Für eine neue revolutionäre Praxis!



PCE(r)



CELLULES COMMUNISTES COMBATTANTES
CCC

Eine Dokumentation
von
✪
antiimperialistischen
✪
feministischen
✪
kommunistischen
✪
Beiträgen
zur Debatte über die
Neubestimmung
revolutionärer Politik

1986 - 1993

Vorwort der MitherausgeberInnen

Entgegen dem sog. Legalitätsprinzip, das heißt präzisen, bürgerliche Sicherheit gewährleistenden gesetzlichen Vorgaben politischen und polizeilichen Handelns, handeln die staatlichen Institutionen im Rahmen des von ihnen gezimmerten "Systems Innerer Sicherheit" immer erneut nach dem sog. Opportunitätsprinzip. Das heißt je nach Situation wird diese oder jene Maßnahme ergriffen und werden beispielsweise bürgerliche Rechte verletzt oder nicht. Vor allem präventive Vorkehrungen werden getroffen, die, mit dem Schein des Sicherheitsversprechens versehen, bürgerliche Sicherheit gefährden, indem sie die Sicherheit bestehender Herrschaftsverhältnisse zu garantieren suchen. An den Voraussetzungen dieser präventiven Maßnahmen hat der Gesetzgeber meist fahrlässig mitgewirkt. Beispielsweise sind strafrechtliche Normen beschlossen worden, die jeder aufgeklärten und demokratisch-rechtsstaatlichen Strafrechtslogik widersprechen. So der § 129a StGB.

Wir, die wir dieses Buch mitherausgeben, das wir nicht mitverfaßt haben und dessen Argumente wir weithin nicht teilen, handeln gleichfalls präventiv. Freilich strikt im Rahmen des grund- und menschenrechtlich fundierten Legalitätsprinzips. Wir wollen nämlich dabei helfen, zu gewährleisten, daß die Herausgeber dieser Aufsätze, Briefe und Erklärungen u.ä.m. ihre Vorstellungen öffentlich zugänglich machen und damit der öffentlichen Diskussion unterwerfen können. Eine solche Veröffentlichung könnte aber, siehe den demokratisch-rechtsstaatlich unhaltbaren § 129a StGB, sobald sie erfolgt ist, noch zu unterdrücken versucht werden. Und diejenigen, die dafür verantwortlich sind, werden dann strafrechtlich verfolgt. So mitten in dieser Republik seinerzeit Bommi Baumanns Buch "Wie alles anfing...". Seinerzeit wurde der in der Zwischenzeit kassierte, jedoch strafrechtlich anderwärts ersetzte § 88a StGB Öffentlichkeit unterdrückend und strafverfolgerisch benutzt.

Was immer man von den in sich kontroversen Gedanken dieses Buches halten mag: In jedem Fall verdienen sie die gleiche Chance öffentlich diskutiert und damit kritisiert und gegebenenfalls verworfen zu werden, wie dies für andere passend-unpassende Überlegungen gilt. Informationsfreiheit und Offenheit der Diskussion gehören zu den Grundbedingungen jeden freiheitlichen Streits. Fundamentalopposition ist nicht von vornherein auch gedanklich unzulässig. Gewalt entsteht erst aus Unterdrückungen aller Art, selbst wenn diese im Namen der Bekämpfung von Gewalt auftreten.

gez. ASTA-FU
gez. Frigga Haug
gez. Wolfgang Fritz Haug
gez. Wolf Dieter Narr
gez. Uwe Wesel
gez. Harald Wolf

Für eine neue revolutionäre Praxis. *Triple Oppression & bewaffneter Kampf.* Eine Dokumentation von antiimperialistischen, feministischen, kommunistischen Beiträgen zur Debatte über die Neubestimmung revolutionärer Politik 1986-1993 mit einem Vorwort der MitherausgeberInnen
hrsg. von der Broschürengruppe in Zusammenarbeit mit dem ASTA-FU sowie Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Wolf Dieter Narr, Uwe Wesel und Harald Wolf
VerfasserInnen: Broschürengruppe, Lucio Colletti, Galvano della Volpe, Karl-Heinz Dellwo, ...
Selbstverlag: Berlin, 1994, 212 Seiten

Inhalt:

I. Für eine neue revolutionäre Praxis! 5
1. Vorwort 6
2. Einleitung: *triple oppression* und bewaffneter Kampf 7

3. Für eine produktive Debatte zwischen AntiimperialistInnen, FeministinnenInnen und KommunistInnen! Zusammenfassungen der Texte (abstracts) 10

II. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit I: Kommunistische Kritiken an der alten Politik der RAF 16
1. Gefangene aus der PCE(r) und der GRAPO, *Zwei unvereinbare Linien in der europäischen revolutionären Bewegung* (1986) 17
2. Frédéric Oriach, *Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution* (1985) 25
3. o. Verf., *Für den Kommunismus!* (Papier vom Widerstands-Kongreß 1986) 46

III. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Weißen und *People of Color*: Antirassismus ist mehr als Antifaschismus und traditioneller Antiimperialismus! 51
1. Christian Klar, *Brief vom Jan. 1992* 52
2. Heidi Schulz, *Auszug aus einem Brief vom Jan. 1993* 53
3. RAF, *Auszug aus der Weiterstadt-Erklärung* (April 1993) 54
4. Lutz Taufer, Auszug aus dem Text "*Ghetto oder Gesellschaft*" (Jan. 1993) 55
5. einige Frauen aus der *radikal*, *Gegen das organisierte Deutschtum!* (Herbst 1992) 56
6. Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen, *Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik* (März 1992) 63

IV. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen I: Feministische Kritiken an der alten und neuen Politik 65
1. Schweizer Feministinnen, *Ein Stein in der Sonne* (1990) 66
2. Frauen aus der *radikal*, Stellungnahme zu "*Ein Stein in der Sonne*" 70
3. Sterin, *Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln* (Okt. 1992) 75
4. Frauen/Lesben aus Gießen, *Eine feministische Kritik* (Feb. 1993) 76
3. deutsche Lesben aus dem linksradikalen Frauen-/Lesben-Spektrum, Stellungnahme zur "*Feministischen Kritik*" (Mai 1993) 82

V. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen II: Zur kommunistischen Debatte über das Patriarchat 85
1. Stellungnahme der Kommunistischen Brigaden 86
2. Stellungnahme der belgischen CCC-Gefangenen 87
3. Kritik von Pro Kommunismus an diesen beiden Texten 95

VI. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit II: Kommunistische Kritiken an der neuen Politik der RAF 107
1. ZK der PCE(r), *Strategische Neuorientierung oder Das Ende des bewaffneten Kampfes* (Juni 1992) 108
2. Gefangene aus den CCC, *Eine nicht zu rechtfertigende Erklärung* (Okt. 1992) 110
3. Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, *"... sag mal wo leben wir denn?"* (Mai 1992) 114
4. Michi Dietiker / Ali Jansen / Bernhard Rosenkötter, *Über das Schleifen von Messerrücken* (Juli 1992)

VII. *Kritische Theorie*: Die Totalität eliminiert die gesellschaftlichen Antagonismen. Die theoretischen Ursachen der Defizite der alten und neuen Politik 124
1. Broschüren-Gruppe, *Frankfurter oder Rote Armee Fraktion? - Zur Kritik des Einflusses der Kritischen Theorie auf die RAF* 125
2. Galvano della Volpe, "*Kritik eines spätromantischen Paradoxes* (Über die 'Dialektik der Aufklärung von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno)" und "*Marcuses Moralismus und Utopismus*" 136
3. Karl Marx und Friedrich Engels, *Über die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie*. Auszug aus dem *Kommunistischen Manifest* 140
4. Lucio Colletti, *Von Hegel zu Marcuse* 143
5. Friedrich Engels über die Parole "*Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk*" 150
6. Karl Marx über die Forderung nach "gerechter Verteilung des Arbeitsertrags" 151
7. Rolf Nemitz, *Ideologie als "notwendig falsches Bewußtsein" bei Lukács und der Kritischen Theorie*
8. Stuart Hall, *Ideologie und Ökonomie - Marxismus ohne Gewähr* 161
9. Desch, *Vom Protest zum Widerstand - aber wie?* 164

VIII. antiimperialistische Kritiken an der neuen Politik 185
1. Nathalie Ménigon, Gefangene aus der AD, *Brief vom 14.06.1992* 186
2. Joëlle Aubron, Gefangene aus der AD, *Brief vom 12.06.1992* 188
3. Christian Klar, KONKRET-*Leserbrief* und *Prozeßerklärung* (Herbst 1992) 188
4. Rolf Heißler, *Brief vom Jan. 1993* mit Kritik an der Erklärung von Karl-Heinz Dellwo 191
5. Heidi Schulz, Auszug aus einem *Brief vom Jan. 1993* mit Kritik an der Erklärung von Karl-Heinz Dellwo 192

außerhalb der Kapitel-Überschriften
1. *Die RAF - eine nachholende Résistance? Die BRD - eine gefestigte Demokratie?* Auszüge aus dem KONKRET-Interview der Celler Gefangenen (6/1992) und dem *Odranoel*-Beitrag von Lutz Taufer 81
2. Karl-Heinz Dellwo, *Erklärung vom Nov. 1992* 189
3. Lutz Taufer, *Gesellschaft oder Isolation* (Feb. 1992) 194

IX. Anhang 206
1. Quellenverzeichnis 207
2. Hinweis auf weiterführende Literatur 208

I. Für eine neue revolutionäre Praxis!

> "'92 gab es plötzlich soviele SchwätzerInnen wie nie zuvor, von denen wir in unseren offensiven Phasen nichts mitbekommen haben. Niemand von denen war und ist bereit, selbst bewaffnet zu kämpfen. (...). Denn Schwätzertum führt nicht mal zu Wiederholungen des alten, es führt zu nichts."
> **RAF, 02.11.1993**

> "Eine der härtesten Lektionen, die wir zu lernen hatten, war, daß revolutionärer Kampf eher wissenschaftlich (scientific) als emotional ist. Ich sage nicht, daß wir nichts fühlen sollten, aber Entscheidungen können nicht auf Liebe oder Wut basieren. Sie müssen sich begründen auf den objektiven Bedingungen und danach richten, *was* rational und unemotional (notwendig) zu *tun* ist."
> **Assata Shakur zit. n. Klaus Viehmann u.a., *Drei zu Eins***

1. Vorwort
2. Einleitung: *triple oppression* und bewaffneter Kampf
3. Für eine produktive Debatte zwischen AntiimperialistInnen, Feministinnen und KommunistInnen! Zusammenfassungen der Texte (abstracts)

Vorwort

Am 10.4.92 verkündete die RAF die Einstellung ihrer gezielt tödlichen Angriffe gegen Repräsentanten von Staat und Kapital. Diese und auch die im August folgende, ausführlichere Erklärung lösten eine heftige Kontroverse über ihre neue Politik aus. Kritisiert wurde vor allem die Verknüpfung von bewaffneten Aktionen mit der Situation der Gefangenen, der unscharfe Begriff der aufzubauenden "Gegenmacht von unten" etc.
Die RAF wies die sich nach dem April 1992 entwickelnde Debatte, ob ihre neue Politik revolutionär oder reformistisch sei, als "Scheindiskussion" zurück. So richtig es auch sein mag, daß oft Denunziationen und Beschuldigungen die Auseinandersetzung beherrschen, so richtig ist es allerdings auch, daß eine grundlegende Reflexion über revolutionäre Theorie und Praxis und entsprechende Konsequenzen in der jetzigen Situation zwingend notwendig sind.
Diese Broschüre soll in die aktuellen Diskussionen eingreifen und Material bieten zu grundsätzlichen Fragen von Strategie und Taktik. Aus diesem Grund wird nicht auf die jüngsten Konflikte innerhalb des Gefangenenkollektivs eingegangen. Die in diesem Rahmen vorgebrachten Beschuldigungen sind in Form und Inhalt zum großen Teil wenig geeignet, produktive Auseinandersetzungen zu befördern. Außerdem finden wir es als Herausgeber dieser Broschüre wichtig, die Aufmerksamkeit auf bisher vernachlässigte Aspekte zu lenken, die nicht ursächlich in den letzten zwei Jahren liegen. Vielmehr müssen zentrale Fehleinschätzungen der RAF kritisch beleuchtet werden, die sich durch den größten Teil ihrer Geschichte ziehen. Nur so kann die jüngste Entwicklung verstanden und verarbeitet werden.
Die vorliegende Broschüre versammelt Texte verschiedener, teilweise gegensätzlicher politischer Richtungen, die sich aber alle mit revolutionärer Politik im allgemeinen oder mit der Politik der RAF im speziellen befassen. Die Auswahl der einzelnen Beiträge erfolgte nach subjektiven Kriterien, aber nicht willkürlich.

Broschüren-Gruppe

Einleitung

Wir greifen als Kommunisten in die aktuelle Debatte zur Neubestimmung revolutionärer Politik ein. Im Unterschied zu vielen anderen kommunistischen Gruppen postulieren wir jedoch nicht die Existenz des Hauptwiderspruchs Kapital-Arbeit, dem in hierarchischer Folge Nebenwidersprüche angegliedert werden. Grundlage unserer Analysen bildet die triple-oppression-Theorie, nach der drei antagonistische Widersprüche existieren, die zudem relativ unabhängig voneinander sind. Aufgrund dieser theoretischen Bestimmung setzt unsere Kritik an der RAF an verschiedenen Punkten an. Sie kann hier allerdings nur skizziert werden, Schwerpunkt der Broschüre sind Texte anderer Gruppen und Einzelpersonen. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, daß unser persönlicher Erfahrungshorizont aufgrund der politischen Herkunft oder des Alters äußerst unterschiedlich ist. Wir veröffentlichen im folgenden also Texte, in denen sich unsere Positionen großenteils wiederfinden. Dies bedeutet allerdings nicht, daß alle hier versammelten Materialien unsere uneingeschränkte Zustimmung besitzen. Viele haben formale und inhaltliche Schwächen, leiden unter einer verkürzten, patriarchalen Betrachtungsweise, einer unangemessen heroischen Sprache, einer schematischen Auffassung des Geschlechterverhältnisses oder einem unsachlichen Umgang mit dem Gegenstand ihrer Kritik. Nichtsdestoweniger besitzt jeder Texte wichtige, diskussionswürdige Ansätze, die unseres Erachtens bei einer Neubestimmung revolutionärer Politik berücksichtigt werden müssen.

Eine solche Neubestimmung ist nur möglich, wenn bisherige Versäumnisse und Fehlentwicklungen klar benannt und in ihrer Ursache bestimmt werden. Dafür ist es erforderlich, bis zum Frontkonzept der RAF, teilweise noch weiter, zurückzugehen. Nur so erschließen sich Kontinuitäten theoretischer Fehlleistungen, die fast zwangsläufig zur Erklärung vom 10.4.92 und zur jetzigen Situation der RAF führen mußten.

Zu diesen Fehlleistungen zählt ein schematisches Gesellschaftsverständnis. Hatte sich die RAF anfänglich noch explizit auf hiesige Widersprüche bezogen (wenn nicht auf Patriarchat und Rassismus, so doch auf Klassenauseinandersetzungen), machte sie seit dem Scheitern ihrer Offensive vom Mai 1972 drei zentrale Konfliktlinien aus, die der Gesellschaft äußerlich sind: Metropole-Trikont, West-Ost, Staat-Gesellschaft. Ihren theoretischen Niederschlag fand diese Analyse dann im sogenannten Frontkonzept vom Mai 1982. Eine solche Sicht der Dinge ist undialektisch und führte schließlich aufgrund der Umwälzungen 1989/90 und der Schwäche der trikontinentalen Befreiungskämpfe zur vollständigen Fixierung auf den angeblichen Widerspruch Staat-Gesellschaft.

Da der Staat jedoch kein außerhalb der eigentlichen Gesellschaft existierendes Subjekt ist, sondern vielmehr Resultat innergesellschaftlicher Widersprüche (daher sein patriarchaler, rassistischer und Klassencharakter), ist es unsinnig, zwischen beiden einen Widerspruch oder gar einen Antagonismus suchen zu wollen. Für sich betrachtet hat auch der Begriff der "Gesellschaft" keinen analytischen Wert. So konkret die Gesellschaft auf den ersten Blick erscheinen mag, sie bleibt eine inhaltsleere Abstraktion, wenn nicht die sie konstituierenden Klassenverhältnisse begriffen werden. Die einzelnen Klassen werden wiederum erst konkret bei Betrachtung der Produktionsverhältnisse, aus denen sie hervorgehen. Eine ernsthafte Analyse gesellschaftlicher Widersprüche ist also nur möglich, wenn von der materiellen Basis ausgegangen und diese als Ansatzpunkt von Veränderungen begriffen wird (vgl. K. Marx: Einleitung zu den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie, 1857, S. 21ff.).

Bezog sich die RAF zu früheren Zeiten wenigstens noch auf den Klassenwiderspruch, so hat sie es mittlerweile geschafft, auch diesen zu eliminieren. Begriffe wie "Klassenkampf" oder "Proletariat" erscheinen in den neueren Texten kaum oder gar nicht, das "Kapital" scheint nur eines der vielen Synonyme für das "System" zu sein. Geschlechterwiderspruch und Rassismus sind Aspekte, die in den Analysen der RAF traditionell nur marginale Bedeutung besitzen und, wenn überhaupt, als von außen in die Gesellschaft getragene Manipulation wahrgenommen werden.

Insofern die RAF seit Mitte 1972 statt der Ursache (die Widersprüche in der Gesellschaft) deren Auswirkung ([die Existenz des] Staat[es]) bekämpft, war sie objektiv schon damals reformistisch. Sie war allerdings bis 1989/92 subjektiv revolutionär, denn sie faßte den von ihr wahrgenommenen Widerspruch Staat-

Gesellschaft als antagonistisch auf. Da sie heute diesen von ihr ausgemachten Widerspruch nicht mehr als antagonistisch betrachtet, Widersprüche innerhalb der Gesellschaft aber gleichwohl immer noch ignoriert, ist ihre neue Politik offen reformistisch. Es geht also darum, den Staat "zurückzudrängen" statt ihn zu zerschlagen und "wegzukommen davon, in erster Linie darauf zu gucken, wer ist für und wer ist gegen revolutionäre Politik" (August-Erklärung).
Vorrangig geht es der RAF jetzt um "konkrete veränderungen", die nicht "bis auf die zeit nach der revolution verschoben werden können" (WWG-Erklärung); um Freiräume, "Gegenmacht von unten" (April-Erklärung). Die RAF gibt diese Konzeption als Alternative zum 'Abwarten bis zur Revolution' aus (was aber ohnehin niemandE vorgeschlagen hat). Tatsächlich bedeutet die neue Konzeption der RAF vielmehr nicht das Abwarten, sondern die Revolution aufzugeben. Denn wenn es möglich ist, daß nicht nur *Reformen im System*, sondern ein tatsächlicher "Entwicklungsraum für (...) Fundamentalopposition" (August-Erklärung) bzw. eine "gesellschaftliche Alternative", also doch wohl eine *Alternative zum System*, schon "hier und heute" anfangen (April-Erklärung), warum dann überhaupt noch für die Revolution kämpfen?
Die jetzige Situation der RAF ist Resultat einer Entwicklung, in deren Verlauf bewaffnete Aktionen technisch immer mehr vervollkommnet wurden, das "Primat der Praxis" also realisiert wurde, die theoretischen Aspekte jedoch in den Hintergrund rückten. Diese beobachtbare Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die RAF natürlich theoretische Analysen besaß und besitzt, auf deren Grundlage die praktische Politik gestaltet wurde. Die theoriefeindliche Selbstdarstellung der RAF (s. schon Konzept Stadtguerilla, Abschnitt "Primat der Praxis") bzw. der Vorwurf der Theorielosigkeit mögen also partiell zutreffen. Dies festzustellen bleibt aber unzulänglich, wenn nicht die Frage nach der Richtigkeit der trotzdem entwickelten Konzepte gestellt wird. So werfen die Gefangenen der GRAPO/PCE(r) in ihrem Text "Zwei unvereinbare Linien innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung" der RAF militaristische Positionen vor, die deren kleinbürgerlichen Charakter nur schlecht verhüllten.
Die hier kurz angedeutete Kritik an grundsätzlichen theoretischen Positionen der RAF sollte allerdings nicht dazu führen, daß Verhältnis zwischen alter und neuer Politik als lineare Kontinuität aufzufassen, vielmehr führten die veränderten Bedingungen nach 1989/90 zum Wegfall einiger Elemente der RAF-Politik und zur Hervorhebung bzw. Neueinfügung anderer.
Ob und welche der in den jeweiligen Beiträgen geäußerten Kritiken zutreffen, soll an dieser Stelle nicht abschließend beurteilt werden, sondern Gegenstand der sich hoffentlich entwickelnden Diskussion sein. Diese sollte unseres Erachtens wegkommen von kurzfristigen taktischen Überlegungen und sich stattdessen konzentrieren auf die grundsätzlichen und perspektivischen Fragen revolutionärer Politik. Auf dieser Prämisse basiert Kapitel VII, in dem die theoretischen Ursachen der Defizite der alten und neuen Politik beleuchtet werden. So sehen wir das schematische Gesellschaftsverständnis der RAF als ein Resultat des Einflusses von Georg Lukács bzw. der Frankfurter Schule (hier vor allem Horkheimer, Adorno und Marcuse). Ein falsches Hegel-Verständnis führte zur Übernahme philosophisch eng gebundener Kategorien wie "Verdinglichung", "Entfremdung" oder "Totalität" in gesellschaftsanalytische Modelle. Die Verwendung dieser Kategorien im falschen Zusammenhang verdeckt Widersprüche (z.B. wenn von der "Totalität" des kapitalistischen Alltags bzw. des Metropolenlebens gesprochen wird) und erklärt sie in reduktionistischer Weise zum Ausdruck eines einzigen Prinzips (nämlich der Ware-Geld-Beziehung). In letzter Konsequenz läuft diese Konzeption auf die hierarchische Einteilung in einen Hauptwiderspruch und mehrere Nebenwidersprüche hinaus und ist zugleich Ansatzpunkt für reformistische Tendenzen, da die kapitalistische "Totalität" alle Menschen der "Verdinglichung" (oder auch "Entmenschlichung") unterwirft und eine Umgestaltung (nicht: Umwälzung) bestehender Verhältnisse somit eine die Menschheit als Ganzes betreffende Frage ist. Die Bekämpfung spezifischer Unterdrückungsverhältnisse tritt zurück zugunsten der Bewältigung "globaler Probleme".
Unsere These vom Einfluß der Frankfurter Schule auf die RAF soll auch hier keine Vorstellung von linearer Kontinuität befördern. Die genannten Autoren wurden von den Mitgliedern der RAF selbst teilweise gar nicht gelesen, und doch waren und sind letztere eingebunden in eine Rezeptionskonjunktur spezifischer

Texte von oft unterschwelligem Einfluß. Warenkritik und Verdinglichungstheorie sind seit Ende der 60er Jahre zentrale Topoi des Diskurses innerhalb der "anti-autoritären" bzw. "undogmatischen" Linken. Der von uns aufgezeigte Einfluß der Frankfurter Schule ist also mittelbarer Natur und bedeutet auch nicht, daß sich in der Theorie der RAF keine anderen Elemente finden lassen. Diese anderen Elemente werden von uns nicht explizit behandelt, da wir sie als nicht so problematisch empfinden, wie die der Kritischen Theorie entliehenen.

Die vorliegende Broschüre ist ein Versuch, unterschiedliche Ansätze revolutionärer Politik zusammenzutragen und so eine übergreifende Debatte zu ermöglichen.

Entsprechend unserem Ausgangspunkt, der triple-oppression-Theorie, dokumentieren wir Texte, die sich primär aus einer feministischen oder kommunistischen Sicht mit einer Kritik an der RAF oder mit revolutionärer Politik allgemein beschäftigen und bisher noch nicht in leicht zugänglicher Form vorlagen oder kaum Beachtung gefunden haben. Außerdem dokumentieren wir in Kap. VIII einige antiimperialistische Stellungnahmen, die zwar nicht auf der Grundlage der *triple oppression*-Theorie, aber einer unversöhnlichen Haltung gegenüber dem Staat, die neue Politik der RAF schon *vor* dem jetzigen Bruch unter den Gefangenen kritisierten.

Artikel, in denen die Politik der RAF unter antirassistischen Gesichtspunkten diskutiert wird, sind uns leider kaum bekannt. (Vgl. aber den Beitrag von Frauen aus der *radikal* in Kapitel IV, Feministische Kritiken an der alten und neuen Politik der RAF.) Wir mußten deshalb für das Antirassismus-Kapitel auf zwei Texte zurückgreifen, die die von der RAF zu dieser Frage vertretene Position anhand anderer VertreterInnen dieser Position kritisieren.

Nicht in die Broschüre aufgenommen haben wir (wie oben begründet) Texte, die sich mit der Auseinandersetzung zwischen den Gefangenen und der Mehrheit der Gefangenen und der RAF beschäftigen. Allerdings dokumentieren wir im Anhang der Broschüre einen Text von Lutz Taufer, der sich aber nicht mit der aktuellen Kontroverse beschäftigt, sondern die Ursachen der Spaltung in Differenzen hinsichtlich der Politik in den 70er und 80er Jahren sieht. Auch wenn wir vieles an der Kritik von Lutz Taufer teilen, ändert dies nichts daran, daß wir - wie an den anderen Texten in der Broschüre deutlich werden dürfte - die Schlußfolgerungen, die er und andere daraus ziehen, nicht teilen. Wir legen deshalb - genauso wie die Celler Gefangenen ihrerseits - Wert auf die Feststellung, daß unsere Entscheidung, hier verschiedene ihrer Texte zu dokumentieren, nicht Ausdruck eines Konsenses mit ihnen über den Inhalt der Broschüre ist.

Keinen Eingang in die Broschüre fanden außerdem bereits veröffentlichte, leicht zugängliche Texte, die Ausdruck einer patriarchalen Betrachtungsweise sind. In diesem Zusammenhang ist auf die wichtigen Diskussionsbeiträge hinzuweisen, die die italienischen Gefangenen in den letzten Jahren verfaßten. Von der "gruppe 2" wurden sie bereits publiziert. Artikel von Gruppen, die der Politik des bewaffneten Kampfes aus verschiedenen Gründen prinzipiell ablehnend gegenüberstanden und -stehen wurden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Abschließend möchten wir allen danken, die am Vorbereitungstreffen für diese Broschüre am 14.11.93 teilgenommen haben oder uns anderweitig mit Anregungen und Kritik behilflich waren.

Broschüren-Gruppe

3. Für eine produktive Debatte zwischen AntiimperialistInnen, FeministInnen und KommunistInnen! Zusammenfassungen der Texte (abstracts)

Die Gliederung der Broschüre folgt zunächst gemäß der *triple oppression*-Theorie den drei antagonistischen Widersprüchen:
++ Kapital -- Arbeit I und II (Kap. II und VI)
++ Weiße -- *People of Color* (Kap. III)
++ Männer -- Frauen I und II (Kap. IV und V).
Anschließend werden die *theoretischen* Ursachen dafür, daß die RAF diese *inner*-gesellschaftlichen Widersprüche (außer in ihren Anfangsjahren den Klassenwiderspruch) ignoriert hat, untersucht. Wir sehen die Ursache dafür in dem durch die RAF von der Frankfurter Schule übernommenen hegelianischen Totalitäts-Verständnis. In diesem Modell sind die Widersprüche nicht entscheidend (für revolutionäre Brüche), sondern bloß "Ausdruck" eines einfachen, evolutionären weltgeschichtlichen Entwicklungsprinzips. (Kap. VII).
In Kap. VIII dokumentieren wir einige antiimperialistische Stellungnahmen, die zwar nicht auf der Grundlage der *triple oppression*-Theorie, aber einer unversöhnlichen Haltung gegenüber dem Staat, die neue Politik der RAF kritisieren.

II: Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit I: Kommunistische Kritiken an der alten Politik

Das "zwei Linien"-Papier der GRAPO/PCE(r)-Gefangenen

Die GRAPO/PCE(r)-Gefangenen vertreten die These, daß die Fixierung der RAF auf den Staat und seinen polizeilichen und militärischen Apparat statt auf den Klassenkonflikt ursächlich für die ihres Erachtens militaristische Strategie der RAF (gewesen) sei. Im Gegensatz zur Politik der RAF, sei es die Aufgabe der KommunistInnen, ein revolutionäres politisches und militärisches Programm zu erarbeiten, sowie "sich mit den fortschrittlichen Arbeitern zu vereinen, sie zu organisieren und die realen Konflikte in den Betrieben auszunutzen, um sie an der Waffe des Marxismus auszubilden und auf dem Weg der Revolution voranzubringen". Dazu müsse eine Kommunistische Partei geschaffen werden. Während wir die Gründung einer KP in der BRD für absehbare Zeit für keine aktuelle Aufgabe halten, ist der Text u.E. u.a. deshalb für heute wichtig, weil die Genossen schon damals befürchteten, daß die RAF "früher oder später in opportunistische, bürgerliche Positionen" verfallen würde. Die Position der RAF, das Ziel sei der Kampf, charakterisierten sie als "modernisierte, radikalisierte Version der alten revisionistischen These Bernsteins, 'die Bewegung ist alles'".

Die Stellungnahme des militanten französischen Kommunisten Frédéric Oriach

Der Text von Oriach kritisiert ebenfalls u.a. eine Politik des bewaffneten Reformismus - allerdings nicht vorrangig am Beispiel der RAF, sondern am Beispiel autonomer Freiraum-Politik. Dies gibt dem Text insofern eine Aktualität, als sich die RAF ja heute positiv auf das autonome Konzept der "Gegenmacht von unten" bezieht.
Im Gegensatz dazu benennt er (für das Frankreich der 80er Jahre) - ausgehend von der These, daß unter heutigen Bedingungen die klassische leninsche Aufstands-Taktik überholt sei und durch die Strategie des langanhaltenden Volkskrieges, die allerdings ebenfalls auf die Übernahme der Staatsmacht ziele, ersetzt werden müsse - drei Schritte als vordringlich: 1. Analyse der aktuellen Realität und Erarbeitung einer daraus abgeleiteten revolutionären Strategie 2. "Politische Einigungsarbeit um die eben genannte politisch-theoretische Basis." 3. "Eine militärische Praxis, welche darauf abzielt, der Organisation die Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik und ihrer weiteren politisch-militärischen Entwicklung in der Guerilla zu geben."

Das "Für den Kommunismus!"-Papier vom Widerstands-Kongreß 1986

Wie die beiden vorgenannten Texte kritisiert auch dieses Papier die "militaristische politik/praxis" der RAF. Die Ursache für diese Politik seien Einschätzungen der gesamten antiimperialistischen Bewegung gewesen, die eine Versimplifizierung von komplexen Zusammenhängen darstellten. Als Beispiele nennt das Papier die Thesen vom "imperialistischen gesamtsystem", von der "angleichung der bedingungen des europäischen proletariats" und, daß die Politik in der Militärstrategie auf ihren reinen Begriff gekommen sei. Dies bedeute eine Überschätzung der "Totalität" des Imperialismus, während wir von Marx wüßten, daß das Kapital - aufgrund der Existenz von Ausbeutung und Unterdrückung - seinen Antagonismus, die Ausgebeuteten, selbst erzeuge. Anstatt an deren (zunächst punktuellen) Widerstand anzuknüpfen, dienten die schematischen Einschätzungen der antiimperialistischen Bewegung dazu, "subjektivismus und wunschdenken" sowie eine "militaristische politik mit dem anschein der legitimation / der notwendigkeit zu versehen". Im Gegensatz dazu plädieren die Verfasser(Innen?) des Textes dafür, innerimperialistische Widersprüche zur Kenntnis zu nehmen, "ohne abstriche an (...) revolutionärer theorie und praxis zu machen". Anders als diese differenzierte Position schlug aber die neue Politik (zumindest im ersten Halbjahr '92) in eine *einseitige* Fixierung auf die Existenz zweier Fraktionen im Staatsapparat um, bei der jede revolutionäre Staatstheorie (die Einsicht in die Existenz eines gemeinsamen Herrschaftsinteresses *aller* Herrschenden) gekippt wurde.

Unsere Einwände gegen diese kommunistischen Positionen

Wir haben Widersprüche zu den drei vorgenannten Texten, insofern sie alle drei allein das Verhältnis Kapital-Arbeit als antagonistischen gesellschaftlichen Widerspruch charakterisieren, während sie zu den anderen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen schweigen. Aber auch in Bezug auf das Klassenverhältnis selbst haben wir in Bezug auf die Texte der GRAPO/PCE(r)-Gefangenen sowie von Oriach Einwände:
++ Gegen die dort zugrunde gelegte essentialistische (von Essenz = Wesen/Geist) Konzeption des Klassenbewußtseins. Damit wird eine (vermeintliche) kleinbürgerliche Klassenlage, zum Generalschlüssel, mit dem jede ideologische Abweichung vom Marxismus auf sehr einfache (zu einfache, wie wir meinen) Art und Weise erklärt werden kann. Die Kehrseite der gleichen Medaille ist, daß sich die Herausbildung revolutionären proletarischen Klassenbewußtseins als einfacher hegelianischer Entwicklungsprozeß vom *an sich* (latentes Klassenbewußtsein) zum *für sich* (manifestes Klassenbewußtsein) vorgestellt wird. Dies war zwar die Vorstellung des jungen, noch von der idealistischen Dialektik Hegels beeinflußten Marx; dies ist aber nicht die von Lenin in *Was tun?* in Ansätzen entwickelte marxistische Theorie revolutionären Klassenbewußtseins.
++ Gegen die damit im Zusammenhang stehende Neigung zu einem gewissen Geschichtsdeterminismus / Evolutionismus.
++ Gegen die Tendenz auch der kommunistischen Strömung in der westeuropäischen Guerilla, die legalen Möglichkeiten revolutionärer Politik in der imperialistischen Metropole zu unterschätzen.

++ Gegen die Neigung von Oriach - ebenso wie die antiimperialistische Tendenz - mit den idealistisch-philosophischen Kategorien der "Totalität", der "Entfremdung" / "Verdinglichung" u.ä. zu operieren.
++ Gegen die mit den genannten dogmatischen Positionen (und wohl nicht nur der Qualität der Übersetzungen) zusammenhängende, teilweise recht hölzerne und formalistische Sprache.

III. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Weißen und* People of Color*: Antirassismus ist mehr als Antifaschismus und traditioneller Antiimperialismus!

Gleichermaßen wie die RAF den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ignoriert(e), ignoriert(e) sie auch den Antgonismus zwischen Weißen und *People of Color*. Dies gilt bezeichnenderweise auch für *beide* Gruppen unter den Gefangenen aus der RAF.

Heidi Schulz, *Auszug aus einem Brief vom Jan. 1993*

Die Gefangene aus der RAF betrachtet die "deklassierung weiterer breiterer teile der gesellschaft" als die "grundlage (basis, voraussetzung) dafür", daß "viele ihre perspektivlose situation bei den faschistischen organisationen zu lösen versuchen". In diesem Sinne müßten in den "wirklichen *klassen*verhältnissen" und in den "werte-losen, *kaputten familienstrukturen*" die "ursachen faschistischer gewalt" gesucht werden. In diesem Zusammenhang spricht sie von "formen von unzufriedenheit und blinder gewalt, die *unbegriffen* rechte parolen *übernehmen*". Für den "antirassistische(n) antifaschistische(n) kampf" begrüßt sie deshalb Ansätze "wie z.b. in mannheim, wo sich aus den zusammenstößen zwischen 'rechten und linken jugendlichen' eine initiative entwickelt hat, um die sprachlosigkeit zu brechen": "fußballspiele sind da genauso teil wie gespräche und es wäre nichts als dumme arroganz, solche initiativen als 'sozialarbeiterfrieden' abtun zu wollen."

Christian Klar, *Brief vom Jan. 1992*

Eine ähnliche verelendungstheoretische Rassismus-Erklärung vertritt auch der Gefangene aus der RAF, Christian Klar. Bei den in die "deklassierung rutschenden, bei den rechten jugendgangs" macht er eine "gespaltenheit in revolte aus dem gefühl der eigenen entwertung im kapitalismus, gegen lüge und das tägliche ablösen von lebenslust / andererseits die reaktionären, ganz konformen träume, auch sadismus" aus. Ergänzt wird dieser Erklärungansatz von ihm durch eine manipulations-theoretische Sicht auf das rassistische Massenbewußtsein. Er schreibt: Die "eliten" hätten ein "eher taktisches verhältnis" zum Rassismus, "indem sie mit rassistischer (nationalistischer) *verhetzung im volk manövrieren*". In dem Zusammenhang wirft er die Frage auf, ob "die, die jetzt für den antifa-kampf aufstehen, sich in diese sackgasse bewegen könnten: dass *die herrschenden mit der steuerung der rassistischen ausbrüche* auf der untersten ebene [sic!] 'einen sektiererischen konflikt kreiren', in dem linke kräfte sich aufreiben (sollen) und die eliten dabei unangefochten bleiben?" Und in seiner Prozeßerklärung (in dieser Broschüre in Kap. VIII abgedruckt) behauptete Christian Klar - ausgerechnet zu dem Zeitpunkt als sich der Staat versuchte, mit der Inszenierung von Lichterketten etwas vom Rassismus von unten *abzusetzen*! -, "daß seit den pogromen in rostock der rassismus zur *offiziellen* deutschen *staats***ideologie** erklärt worden ist" (Mit dieser Kritik soll nicht bestritten werden, daß die **reale** Staats**politik** - allerdings *vor und* nach Rostock! - rassistisch war). Und - auf andere herrschende Inhalte bezogen - erklärt er folgendes zum "modell (...) westliche(r ...) herrschaftstechnik": die "medienmaschine" projiziere "eine scheinwelt in die wohnstuben" der reichen Zentren. Die dritte Ursache sieht Christian Klar in der von der bürgerlichen Aufklärung bewirkten Spaltung von Körper und Geist. Der Rassismus sei ein fehlgeleiteter Kampf gegen diese Entfremdung ("wird die ursache des schmerzes projiziert auf die 'sündenböcke'").

RAF, *Auszug aus der Weiterstadt-Erklärung* (April 1993)

Die RAF schließlich fragt in ihrer Weiterstadt-Erklärung "(...) was 500 Jahre kolonialismus im bewußtsein der metropolenbevölkerung *angerichtet haben*" und gibt folgende Antwort: "rassistische ideologie" - "in krisenzeiten von staat und kapital offen mobilisiert", um die "herrschaft des kapitalistischen systems über die menschen" durch "tausend trennungen" zwischen ihnen aufrechtzuerhalten. Damit erscheinen in diesem Weltbild auch die Weißen als *Opfer* des Kolonialismus/Rassismus. Dieselbe Gleichsetzung von Herrschenden und Beherrschten nimmt die RAF vor, wenn sie vor einer Eskalation der "gewalt jede/r gegen jede/n" warnt. Entsprechend fallen die politischen Schlußfolgerungen aus: "Rassismus von Staat und Nazis bekämpfen! Rassistisches Bewußtsein im Kampf für das Soziale unter den Menschen aufheben." Man/frau beachte die feinsinnigen Unterschiede: Staat -- Gesellschaft / Rassismus - rassistisches Bewußtsein / bekämpfen - aufheben.

Lutz Taufer, Auszug aus dem Text *"Ghetto oder Gesellschaft"* (Jan. 1993)

Auch der Gefangene aus der RAF, Lutz Taufer, sieht die Ursache der "re-faschisierung" in der "unaufhaltsamen verwahrlosung der gesellschaft, ihrer sozialen bindekräfte" sowie der *"fehlende(n) freude am kind"* und dem 'Werte-Vakuum".
Unabhängig von der Frage des Rassismus verweisen wir
-- zur Kritik des Erklärungsansatzes, der das konformistische Massenbewußtsein als Produkt von Manipulation ('Manöver der Eliten' / des Staates) sieht, auf den Aufsatz von Stuart Hall
-- zur Kritik der einseitigen Sicht von Christian Klar auf die Aufklärung auf den Aufsatz von Galvano della Volpe
-- zum Bezug der RAF auf "das Soziale" bzw. die "Gerechtigkeit" auf die entsprechenden Texte von Marx und Engels (alle in Kap. 8).
Unmittelbar zur Frage des Rassismus drucken wir hier (da wir keine Texte kennen, die sich mit der diesbzgl. RAF-Position direkt auseinandersetzen) zwei Texte ab, die die auch von der RAF vertretene Position kritisieren.

einige Frauen aus der *radikal*, *Gegen das organisierte Deutschtum!* (Herbst 1992)

Die *radi*-Frauen sehen in der "Armutsargumentation" die "Weigerung, die an den Pogromen Beteiligten ohne jede Beschönigung als TäterInnen und damit als handelnde Subjekte zu erkennen, die auch eine Verantwortung für ihre Taten haben und nicht nur fehlgeleitete, bewußtseinslose, arme Opfer sind; statt dessen wird der Versuch unternommen, 'Erklärungen' für das rechte Verhalten in (angenommenen) sozialen Problemen zu finden". Es werde "davon ausgegangen (...), daß der Zusammenhalt der ArbeiterInnen als 'Klasse' einer 'Spaltungsstrategie' der Herrschenden (genannt: Rassismus) zum Opfer fällt und allein durch Informationsarbeit das 'getrübte', 'verschleierte' Bewußtsein aufgehellt werden könnte." Die Verfasserinnen widerlegen anhand empirischer Daten die These vom Zusammenhang zwischen Armut und Rassismus und weisen darauf hin, daß die Bevölkerung durchaus nicht nur "von oben" manipuliert wird, sondern sich "selbstbestimmt und selbstorganisiert gegen AusländerInnen verhält" - sozusagen die etwas andere "Gegenmacht von unten".

Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen, *Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik* (März 1992)
Die Frauen kritisieren "autonome Politik als 'lückenfüller' für funktionen, die kirchen, parteien, humanistische kräfte nicht besetzen, (...) autonome sozialarbeiterInnen". "sozialarbeit und praktische hilfe" könnte zwar u.U. durchaus richtig sein, dabei dürften aber nicht andere "erfahrungen und diskussions- oder praxisansätze (wie z.b. eine umfassende diskussion um internationalismus oder eine debatte um militante organisierung...) rausgekickt" werden. Vor allem dürfe nicht vergessen werden, daß "Opfer" gleichzeitig auch "Täter" sein könnten. Darüber hinaus stellen sie einige "grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik" sowie zum Verhältnis von Kritik und Selbstkritik an.

IV. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen I: Feministische Kritiken an der neuen und der alten Politik
Ebenfalls nicht als antagonistisch wurde und wird in der alten und neuen Politik der RAF das Geschlechterverhältnis betrachtet.

Ein Stein in der Sonne
Das Papier Schweizer Feministinnen erschien 1990 in der *radikal*. Sie vertreten dort in Kritik an Eva Haule (Gefangene aus der RAF) und Gisela Dutzi (seinerzeit Gefangene aus dem Widerstand) die These, daß das Patriarchat durch den Verrat, den einzelne Männer an ihm üben, genauso wenig gestürzt werden könne wie der Kapitalismus durch den Klassenverrat einzelner Angehöriger der Bourgeoisie. Sie übertragen des weiteren den Klassenbegriff auf das Geschlechterverhältnis, wodurch die Frauen als die unterste Klasse erscheinen, während das männliche Proletariat als "Zwischenklasse" bezeichnet wird. Damit wird dem Feminismus als Theorie und Praxis die Aufgabe zugewiesen, nicht nur das Geschlechterverhältnis, sondern das 'ganze System von ganz unten bis oben' umzuwälzen.

Stellungnahme von Frauen aus der *radikal* aus diesem Text
Die Frauen aus der *radikal* teilen zwar ihrerseits die Kritik an der RAF, wenden aber gegen die "Zwischenklassen"-Theorie der Schweizerinnen ein, daß diese die (bspw. rassistischen) Spaltungen unter Frauen (und Männern) außer Acht ließen. Es seien eben nicht alle Frauen 'ganz unten'.

Sterin, *Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln!* (Stellungnahme zur August-Erklärung)
Die Verfasserin ist der Ansicht, daß das, was die RAF in ihrer Erklärung vom August 1992 zum Patriarchat schreibe, "besonders frustrierend, fast schon zynisch" sei. Sie fordert die RAF auf, zur triple oppression-Theorie Stellung zu nehmen. Außerdem fragt die Autorin: "Warum schreibt ihr Frauen aus der RAF nichts zu eurer eigenen Entwicklung, zu eurer Unterdrückung als Frauen, aber mehr noch zu eurem Widerstand als Frauen in der Guerilla?" Hatte die Rote Zora "keinen Einfluß auf euch?" Außerdem kritisiert die Verfasserin, daß "in den letzten zehn Jahren sehr produktive und ernsthafte kommunistischen Kritiken" an der antiimperialistischen Bewegung in der BRD von dieser "bestenfalls ignoriert" worden seien. Der von der RAF aufgegriffene Begriff der "Gegenmacht von unten" sei sehr "undeutlich"; er müsse genauer definiert werden. Dafür sei auch eine "Selbstkritik der autonomen und antiimperialistischen Bewegung" notwendig.

Eine feministische Kritik
Die Verfasserinnen vertreten die These, daß die antiimperialistische Bewegung und die RAF bisher zwar nicht gegen das Patriarchat, aber "auf internationalistischer grundlage gegen staat und kapital" gekämpft hätten. Deshalb sei für Feministinnen bisher sowohl Widerspruch als auch Solidarität möglich gewesen. Die neue Politik der RAF ignoriere aber nicht mehr nur den Geschlechterwiderspruch, sondern sei "ausdruck der privilegien weißer männer (und sich daran orientierender weißer frauen)", die es ihnen ermöglichten, jetzt auch den Frieden mit Staat und Kapital schließen zu wollen. Dies bedeute einen Nachvollzug der "neue(n) rhetorik des revisionistischen patriarchats" vom Ende der 80er Jahre ('globale Menschheitsprobleme' etc.).

Stellungnahme von deutschen Lesben aus dem linksradikalen Frauen-/Lesben-Spektrum
Bezugnehmend auf die These der "Feministischen Kritik", Frauen könnten "sich niemals den luxus erlauben, die 'eskalation zurückzunehmen', für frauen herrscht täglich krieg, der nur mit einem gegenkrieg von unten zu überleben" sei, kritisieren die deutschen Lesben an der "Feministischen Kritik" "ein undifferenziertes 'frauen-als-opfer'-bild". "für das blanke überleben gibt es insbesondere für weiße frauen 1000 Möglichkeiten, die sie fleißig nutzen: (...)." Im übrigen sehen die deutschen Lesben zwar ebenso wie die Verfasserinnen der feministischen Kritik, "daß die raf gefahr läuft, reformistische politik als 'das neue' zu verkaufen". Sie kritisieren aber an verschiedenen Beispielen, daß die feministische Kritik "mit unterstellungen, pauschalisierungen und aus dem zusammenhang gerissenen zitaten" arbeite.

V. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen II: Zur kommunistischen Debatte über das Patriarchat
Die gleiche Kritik (Ignoranz und dadurch Apologie des patriarchalen Geschlechterverhältnisses) trifft allerdings auch die kommunistische Strömung in der revolutionären Bewegung. Dies zeigen die Stellungnahmen der Kommunistischen Brigaden und der Gefangenen aus den belgischen Kämpfenden Kommunistischen Zellen (CCC) zu diesem Thema.

Die Position der Kommunistischen Brigaden
Die Kommunistischen Brigaden schreiben, das heutige Patriarchat sei ein funktionales Integral des Kapitalismus. Deshalb könne es keinen "antipatriarchalen Kampf per se" geben. Vielmehr müsse er mit der "Orientierung als Kampf gegen den Kapitalismus bestimmt werden." Im Gegensatz dazu sei die "Denunziation des Mannes als sexistischer Unterdrücker (...) bestenfalls reformistisch", im schlechtesten Fall, wie der Kampf gegen die Pornographie, eine Stärkung der Konterrevolution.

Die Stellungnahme der CCC-Gefangenen
Nach Ansicht der CCC-Gefangenen hat der Kapitalismus das Patriarchat hinter sich gelassen. In Bezug auf das imperialistische Zentrum lasse sich nur noch von Sexismus sprechen. Der Kampf gegen letzteren sei aber - anders als der "universelle und antagonistische Widerspruch zwischen internationalem Proletariat und imperialistischer Bourgeoisie" - "nicht der wesentliche Hebel" revolutionärer Politik. Es könne daher keinen selbstbestimmten feministischen "Kampfpol" geben.

Kritik von Pro Kommunismus an diesen beiden Texten
ProKo wendet gegen diese Auffassung(en) ein, daß die Texte der Kommunistischen Brigaden und der CCC-Gefangenen zu Beginn ihrer Ausführungen voraussetzten, was sie eigentlich erst noch beweisen wollten - nämlich, daß es keinen (relativ) eigenständigen, gesellschaftlichen Geschlechterantagonismus gebe. Diese Auffassung(en) basierten auf einer unzureichenden Kenntnis oder Auseinandersetzung mit dem Gegenstand ih-

rer Kritik - der feministischen Theorie. Letztere habe nachgewiesen, daß sich auch heutige Frauenunterdrückung nicht allein mit ihrer (vermeintlichen) Kapitalfunktionalität oder als Relikt aus vorkapitalistischer Zeit erklären lasse. Ob der Kampf gegen Frauenunterdrückung revolutionär oder reformistisch geführt werde, hänge nicht von dessem Verhältnis zum Klassenkampf, sondern davon ab, ob er die patriarchale Gesellschaftsstruktur angreife oder nur einzelne ihrer Auswirkungen. In diesem Sinne sei gerade die traditionell kommunistische Position die reformistische, die sich im übrigen *insofern* von der sozialdemokratischen nicht unterscheide und die deshalb im Sinne der von Feministinnen längst geleisteten materialistischen Patriarchats-Analyse und -Kritik überwunden werden müsse.

VI. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit II: Die kommunistische Kritik an der neuen Politik

Trotz dieser Kritik an der kommunistischen Strömung in der westeuropäischen revolutionären Bewegung, die wir im Grundsatz teilen, halten wir viele der Einwände der kommunistischen GenossInnen gegen die neue (und alte) Politik der RAF für richtig. Deshalb veröffentlichen wir in unserer Broschüre die Stellungnahmen des ZK der PCE(r) und der Gefangenen aus den CCC zur April-Erklärung der RAF. Außerdem veröffentlichen wir zwei Stellungnahmen der sich als Kommunisten verstehenden Bernhard Rosenkötter und Michi Dietiker (1988 - 1993 Gefangene aus dem Widerstand) sowie Ali Jansen (1970 - 1981 Gefangener aus der RAF; 1988 - 1994 Gefangener aus dem Widerstand).

Stellungnahme des ZK der PCE(r) vom Juni 1992

Die GenossInnen der illegalen, wiedergegründeten spanischen KP sind der Ansicht, daß die Erklärung der RAF vom April 1992 "in gewisser Weise" eine Anerkennung der schon früher von der PCE(r) vorgebrachten Kritik an der antiimperialistischen Linie bedeute. Allerdings gehe die RAF von dort aus den falschen Weg. Dies zeige sich an deren Einschätzung der Kinkel-Initiative und deren Konzeption der "Gegenmacht von unten". Schließlich erinnert die PCE(r) daran, daß die RAF ursprünglich meinte, mittels des bewaffneten Kampfes die Bedingungen für den Aufbau einer Kommunistischen Partei schaffen zu können. Später habe die RAF diesen Plan aufgrund verschiedener Umstände durch subjektivistische und spontaneiistische Ideen ersetzt.

Stellungnahme der Gefangenen der belgischen CCC

In ähnlicher Weise unterscheiden auch die Gefangenen aus den Kämpfenden Kommunistischen Zellen in Belgien zwischen verschiedenen Phasen in der Politik der RAF. Sie fordern die RAF auf, über die "wesentliche Dimension des revolutionären Kampfes nachzudenken und ihre *allgemeinen Vorhaben*, ihre *Analysen der objektiven Realität*, ihr Verständnis der *historischen Mechanismen*, ihre *strategischen und taktischen Auffassungen*, ihre kurz- und langfristigen *Ziele* etc. darzulegen." Dies wäre die Voraussetzung dafür, daß die Selbstkritik der RAF keine "erneute Demonstration des Subjektivismus, diesmal im allgemeinen Rahmen eines opportunistischen Debakels" darstellen müßte.

Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, *"... sag mal wo leben wir denn?"* (Mai 1992)

Die drei Gefangenen aus dem Widerstand kommentieren die von der RAF in ihrer Erklärung vom April 1992 gegebene neue Staatseinschätzung so: "wer sowas denkt und schreibt, der hat sich von der dringend notwendigen rekonstruktion revolutionärer politik verabschiedet, der sucht zuflucht in den reformismus." "dieser text ist sowas wie der logische und beinahe zwangsläufige endpunkt einer langjährigen fehlentwicklung; (...)."

Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, *Über das Schleifen von Messerrücken* (Juli 1992)

Die Verfasser rekonstruieren die Entstehung der RAF aus der StudentInnenbewegung und erinnern an folgende Bestimmung aus dem "Konzept Stadtguerilla": "Wir sagen nicht (...), daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte.". Ein Abgehen von diesem Konzept sei in den 70er Jahren vom Abflauen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) und der staatlichen Repression erzwungen gewesen. Im Frontkonzept der RAF vom Mai 1982 sei diese Bewegung weg vom Ausgangspunkt schließlich "zum Programm erklärt" worden. **Solange diese damalige "mutwillige Verortung des eigenen politischen Standpunkts außerhalb der Gesellschaft"** - u.E. wäre es präziser zu sagen: außerhalb der die Gesellschaft strukturierenden Widersprüche (s. dazu in der Einleitung unsere Kritik am Gesellschaftsbegriff der RAF) - **nicht selbstkritisch aufgearbeitet werde, könne die jetzt geforderte 'Rückkehr in die Gesellschaft'**, die sich dadurch u.E. als Rückkehr in das System erweist, **nur in einer Art und Weise erfolgen, die undialektisch ins "scheinbare Gegenteil umschlägt".** Im Gegensatz dazu gehe "es um die Suche nach Formen, in denen viele Menschen" den Bruch mit den herrschenden Verhältnissen "vollziehen können". Dies kann aber nicht mittels eines kriterienlosen Bezuges auf die "sozialen Prozesse in der Gesellschaft" erfolgen. Denn "aus politischer Basisarbeit (läßt sich) nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickeln". Deshalb ist jene ausschließlich "Voraussetzung für, (...) aber nicht selbst schon revolutionäre Strategie". "Erst die richtige Einschätzung aller konkreten Kämpfe, sowohl in ihrer gesellschaftlichen Begrenztheit wie auch in der politischen Brisanz der darin aufbrechenden Widersprüche, der entstehenden Umgangs- und Organisationsformen, der Mittel und Ziele macht es möglich, auch aus ihren konkreten Niederlagen nicht als Verlierer hervorzugehen." "Innerhalb dieses Rahmens bleiben Sabotage und bewaffnete Aktion grundsätzlich unverzichtbar." In Anbetracht der Grenzen sozialer Bewegungen, der Grenzen der Spontaneität, mündet "jede Konkretion" unserer Politik "'als 'Lösung von unten' (...) zwangsläufig im Reformismus". Eine Neubestimmung revolutionärer Strategie ist deshalb - sozusagen - nur 'von oben' (ausgehend von der zunächst abstrakten Erkenntnis, daß es "keine Lösungen unterhalb der Revolution" gibt) möglich. In diesem Sinne gilt: "Wenn wir eine wirkungsvolle konkrete Praxis entwickeln wollen, (...), müssen wir die Angst vor Widersprüchen, die Abneigung gegen das Abstrakte überwinden." Denn nur von der zitierten abstrakten Erkenntnis aus ist es möglich, zu einer "immer weitergehende(n) Bestimmung von Kriterien und deren schrittweiser Konkretion in der Praxis" zu gelangen.

VI. Kritische Theorie: Die Totalität eliminiert die gesellschaftlichen Antagonismen. Die theoretischen Ursachen der Defizite der alten und neuen Politik

Einleitung:

Frankfurter oder Rote Armee Fraktion - Zum Einfluß der *Kritischen Theorie* auf die *RAF*

Wir sehen die Politik der antiimperialistischen Bewegung in mehrfacher Hinsicht von der Kritischen Theorie beeinflußt und veröffentlichen deshalb verschiedene Kritiken an Positionen der Frankfurter Schule. Wir sehen den erwähnten Einfluß insbesondere in folgenden Punkten: in einer schematischen Gesellschaftsanalyse ("Totalität"), in einer subjektivistischen Strategie ('Sprung heraus aus dieser Totalität') und in einer idealistischen (Geschichts)philosophie ("für vernünftige Lösungen"). Vor diesem Hintergrund dokumentieren wir die folgenden Kriti-

ken an der Frankfurter Schule sowie drei Auszüge aus Texten von Marx und Engels.

Galvano della Volpe, "*Kritik eines spätromantischen Paradoxes* (Über die 'Dialektik der Aufklärung von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno)" und "*Marcuses Moralismus und Utopismus*"
Der italienische Vertreter einer anti-hegelianischen Marx-Interpretation, Galvano della Volpe, kritisiert die einseitige Bewertung der Aufklärung durch Horkheimer/Adorno und deren damit im Zusammenhang stehende romantische Kritik der "Technik und der modernen gesellschaftlichen Organisation" und deren aristokratisches Nicht-Ertragen-Können der Massen. Demgegenüber schwanke Marcuse zwischen der gleichen Technikfeindlichkeit einerseits und der Vorstellung, daß "die bis zu den Grenzen des technisch Möglichen getriebene Automation" unabhängig von der Entwicklung des Klassenkampfes "mit einer Gesellschaft unvereinbar ist, die auf der privaten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft beruht." Die Kritische Theorie habe aufgrund dieses Schwankens und ihrer Massenfeindlichkeit keine gesellschaftsverändernde Strategie.

Auszug aus dem *Kommunistischen Manifest*
Im Gegensatz zu einem solchen Leiden an der 'Moderne', wie es u.a. die Kritische Theorie kennzeichnet, haben Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest* folgende Position formuliert: "Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst fortschrittliche Rolle gespielt. (...) Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. (...). Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen."

Lucio Colletti, *Von Hegel zu Marcuse*
Der della Volpe-Schüler, Colletti, zeigt die Wurzeln der Wissenschaftsfeindlichkeit von Marcuse im philosophischen Idealismus Hegels und die politischen Wurzeln Marcuses in der jung-hegelianischen Bewegung des deutschen Vormärz auf.

Engels über die Parole "Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagwerk"
Im Gegensatz zu jeder idealistischen Kritik der herrschenden Verhältnisse macht Engels geltend, daß der Tausch Lohn gegen Arbeitskraft auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse nicht ungerecht, sondern gerecht sei. Die Forderung nach einem "gerechten Lohn" sei deshalb durch folgende Parole zu ersetzen: "Besitzer der Arbeitsmittel - der Rohstoffe, Fabriken und Maschinen - soll das arbeitende Volk selbst sein."

Karl Marx über die Forderung nach "gerechter Verteilung des Arbeitsertrags"
Und Marx schreibt im gleichen Kontext: "Ich bin weitläufiger auf den 'unverkürzten Arbeitsertrag' einerseits, 'das gleiche Recht', 'die gerechte Verteilung' andrerseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden, unsrer Partei wieder als Dogma aufdrängen will, andrerseits aber die realistische Auffassung (...) wieder durch ideologische Rechts- und andre, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht."

Die "realistische Auffassung" erfordert eine "konkrete Analyse der konkreten Situation".

Rolf Nemitz, *Ideologie als "notwendig falsches Bewußtsein" bei Lukács und der Kritischen Theorie*
Rolf Nemitz vertritt in diesem Aufsatz die These, daß Lukács diese Analyse mit seinem von Hegel übernommenen Totalitätsbegriff - wie schon von Lenin kritisiert - nicht leisten könne. Alles sei für Lukács immer nur "Ausdruck" eines einfachen Prinzips - des Warenverhältnisses. Aus dieser vermeintlich totalen "Verdinglichung" finde Lukács dann seinen vermeintlichen Ausweg wiederum mittels der hegelschen Philosophie, hier der Dialektik von Subjekt und Objekt. Das Proletariat solle nach Lukács durch bloße Selbsterkenntnis (seiner Lage) fähig sein, "eine gegenständliche, struktive Veränderung" der Gesellschaft zu bewirken. Wenn auch diese "spekulative Hoffnung (...) auf das Proletariat" bei der Frankfurter Schule in Enttäuschung umgeschlagen sei, habe sie doch methodisch vieles von Lukács übernommen.

Stuart Hall, *Ideologie und Ökonomie - Marxismus ohne Gewähr*
Der britische Marxist, Stuart Hall, diskutiert ebenfalls Lukács' Interpretation der herrschenden, bürgerlichen Ideologie als "notwendig falsches Bewußtsein". Er vertritt die These, diese 'Falschheit' dürfe nicht als bloße "Illusion, (...) Trick, (...) Taschenspielerei" verstanden werden. Im Gegensatz zu einer rationalistischen Gegenüberstellung von (bürgerlicher) Ideologie und (marxistischer) Wissenschaft müsse anerkannt werden, daß Ideologien zwar "einseitig", aber "partiell" richtig seien.

Desch, *Vom Protest zum Widerstand - aber wie?*
Desch wendet sich unter besonderer Berücksichtigung von Stellungnahmen der Frankfurter Schule zum Geschlechterverhältnis einmal mehr gegen den (wert)-konservativen Charakter der Kritischen Theorie. Des weiteren: Die Frankfurter Schule kritisiere kapitalistische Herrschaft als Manipulation und setze "Aufklärung" als Mittel dagegen. Die RAF habe dieses Strategie - unter Radikalisierung der eingesetzten Mittel ("Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen wir auch in das Bewußtsein der Massen.") - übernommen. Die Folge sei eine pädagogische Konzeption des Klassenkampfes und ein Avantgarde-Verständnis, nach dem die Avantgarde den Massen nicht "einen Schritt" (Lenin), sondern eine Idee voraus sei.

Kap. VIII: antiimperialistische Kritiken an der neuen Politik
Wir veröffentlichen schließlich aber noch jene Stellungnahmen von Gefangenen aus RAF und Action Directe, die mehr oder minder auf der Grundlage der alten antiimperialistischen Konzeption, die neue Politik kritisieren. Außerdem dokumentieren wir die Erklärung von Karl-Heinz Dellwo (auch im Namen von Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Lutz Taufer, Knut Folkerts und Stefan Wisniewski) vom November 1992, weil sich ein Teil der hier abgedruckten Kritiken direkt auf diesen Text beziehen.
Wir veröffentlichen die genannten kritischen Stellungnahmen hier, weil wir diese Kritiken (wenn auch nicht unbedingt deren dürftige Alternativ-Vorschläge) teilen. Wir verstehen diese Entscheidung auch als ein Zeichen dafür, daß wir den subjektiv revolutionären Charakter der alten Politik anerkennen, während die neue Politik - weil sie das Ziel der Umwälzung der Staatsmacht aufgegeben hat und die Unterscheidung zwischen revolutionär und reformistisch zurückweist - diese Gemeinsamkeit verlassen hat. Schließlich denken wir, daß die Zur-Kenntnisnahme dieser Kritiken an der neuen Politik von Ende letzten / Anfang diesen Jahres die Verwunderung über den jetzt scheinbar überraschend eingetretenen Bruch zwischen der Mehrheit der Gefangenen einerseits und der RAF und einer Minderheit der Gefangenen andererseits beseitigen kann.

Nathalie Ménigon, Gefangene aus der AD, *Brief vom 14.06.1992*
Die Gefangene aus der Action Directe, Nathalie Ménigon, kritisierte - früher als alle Gefangenen aus der RAF - bereits im Juni 1992 die "inhaltslosigkeit der erklärung" der RAF vom April 1992. Das Einzige, was dem Text entnommen werden könne, sei die "aufforderung zur diskussion". Diese wolle sie "nicht mit kritik (...) stören".

Joëlle Aubron, Gefangene aus der AD, *Brief vom 12.06.1992*
Etwas deutlicher äußerte sich schon zwei Tage zuvor die Gefangene aus der AD, Joëlle Aubron. Sie sah in der Erklärung der RAF vom April 1992, insbesondere in deren positiven Bezug auf eine "politische Lösung", die Gefahr "das kind mit dem bad auszuschütten" - also nicht (nur) die Fehler der bisherigen Politik zu berichtigen, sondern revolutionäre Politik überhaupt aufzugeben. Allerdings sieht sie in einer Position - wie wir sie bspw. in dieser Broschüre vertreten -, die die jetzige Entwicklung der RAF als Bestätigung der älteren kommunistischen Kritik an der antiimperialistischen Linie betrachtet, als "sterile Abrechnung". Leider begründet sie diese Auffassung außer damit, daß sie die GRAPO-Kritik an der RAF als "alte Geschichten" abtut, nicht. Zu der von der RAF für ihre Entscheidung u.a. angeführte Begründung (verändertes globales Kräfteverhältnisse / Zusammenbruch der Sowjetunion) schreibt Joëlle Aubron: Dieser Zusammenbruch bedeute gerade das Scheitern des "revisionistischen modells" einer "idealen fixierung auf eine zukunft ohne ende". Demgegenüber bedeuteten 25 Jahre westeuropäische Guerillapolitik die "radikale infragestellung der linearen prozesse der akkumulation der kräfte" zugunsten des "dialektischen moment(es) des aufbaus des revolutionären pols". Wir verstehen dies als Kritik an der Suche der RAF nach einer "alternative hier und heute", bei der die RAF die Machtfrage auf den St. Nimmerleins-Tag (erst "längerfristig" gehe es darum, den "herrschenden die bestimmung über die lebensrealität ganz [zu] entreiß[en]") verschiebt. Ist das Konzept der "Gegenmacht von unten" nicht die Wiederbelebung der Vorstellung von "linearen prozesse(n) der akkumulation der kräfte"?

Christian Klar, KONKRET-*Leserbrief* und *Prozeßerklärung* (Herbst 1992)
Der Gefangene aus der RAF, Christian Klar, sieht in der neuen Politik der RAF die Gefahr einer Kapitulation vor "Kleinmut und links-deutscher Einseiferei". Die "neu aufbrechende und sich organisierende linke hier im land" solle "ihre strategie entwickeln (...), ganz ohne sich von den drohungen des apparats beeindrucken zu lassen, daß er ja die gefangenen in der hand hat." Damit hatte sich Christian Klar (nach den Widerstands-Gefangenen Michi Dietiker, Ali Jansen und Bernhard Rosenkötter), wenn auch mehrere Monate nach der April-Erklärung, so doch als erster RAF-Gefangener öffentlichen gegen die Konzeption der RAF gewandt, durch "rücknahme der eskalation" den "politischen raum" für staatliche "zugeständnisse für politische lösungen" für die Gefangenen "aufzumachen" (April-Erklärung).

Karl-Heinz Dellwo, *Erklärung vom Nov. 1992*
Im November 1992 legte der Vertreter der neuen Politik, Karl-Heinz Dellwo, eine Zwischenbilanz der staatlichen Reaktion auf die neue Politik der RAF vor: Die "'Kinkel-Initiative' sei ihren Realitätsbeweis schuldig" geblieben. Die Konsequenz daraus war aber nicht eine Infragestellung der neuen Politik, sondern deren radikalisierte Fortsetzung. Karl-Heinz Dellwo erklärte (nicht nur als persönliche Entscheidung, sondern politisch begründet): "(...) keiner von uns wird nach seiner Freilassung zum bewaffneten Kampf zurückkehren. (...). *Aus den tiefgreifenden* globalen und innergesellschaftlichen *Umbrüchen" war "der Schritt der RAF überfällig* und hat die Suche nach Neubestimmung (...) erleichtert". (Die RAF selbst hatte sich zuvor nicht eindeutig geäußert: In ihrer WWG-Erklärung hatte sie für heute jedwede bewaffnete Aktionen für den von ihr für nötig befundenen Prozeß für schädlich erklärt. In ihrer August-Erklärung hatte sie sich dann die Option auf den bewaffneten Kampf, wenn auch nicht als Strategie, so doch als taktisches Mittel, offen gehalten).

Rolf Heißler, *Brief vom Jan. 1993*
Im Jan. '93 widersprach dann Rolf Heißler, ein anderer Gefangener aus der RAF, der Einschätzung von Karl-Heinz Dellwo, "die 'kinkel-initiative' sei gescheitert oder tot, im gegenteil, sie steht in vollster blüte und erntet ihre ersten erfolge". Die Erklärung der RAF vom April 1992 signalisiere: "die raf in ihrem jetzigen zustand der desorientierung ist mit sich selbst beschäftigt, und damit handlungsunfähig und braucht nicht mehr ernst genommen zu werden."

Heidi Schulz, Auszug aus einem *Brief vom Jan. 1993*
In diesem Kontext wirft die Gefangene aus der RAF, Heidi Schulz, anderen Gefangenen aus der RAF vor, sie würden mit ihrer Politik "nicht mehr von der realen wirklichkeit ausgehen," sondern den Eindruck erwecken, "man könne mit diesem staat einig werden". Tatsächlich könne der Kampf für die Zusammenlegung und Freiheit der politischen Gefangenen nur erfolgreich geführt werden, wenn er "in den gesellschaftlichen klärungsprozeß gegen die reaktionäre entwicklung als kampf gegen staatliche unterdrückung, (...) in den prozeß der neuformierung des revolutionären projekts" integriert sei.

Dieser These können wir bei allen Differenzen, die wir zur alten Politik der RAF haben, zustimmen. Wir hoffen, daß sie der Ausgangspunk für eine produktive Debatte zwischen AntiimperialistInnen, FeministInnen und KommunistInnen über die Neubestimmung revolutionärer Praxis ist.

Dokumentation
Lutz Taufer, *Gesellschaft oder Isolation*
Ausgehend von den Diskussionen, die sich an der Spaltung des Gefangenenkollektivs entwickelt haben, unternimmt Lutz Taufer einen kritischen Rückblick auf die Politik der RAF seit 1977. Er thematisiert die inhaltliche Ausrichtung des Front-Konzepts und kritisiert den Mangel an Diskussionen zwischen RAF und Gefangenen einerseits und anderen gesellschaftlichen Kräften andererseits. Bezüglich der RAF-Erklärung vom April 1992 weist Taufer darauf hin, daß es damals "niemanden gegeben hat, der Irmgard Möllers Erklärung widerspricht" (*in der Erklärung wurde die Entscheidung der RAF, auf tödliche Angriffe zu verzichten, begrüßt*). Wir haben als Broschürengruppe zwar erhebliche Differenzen zur politischen Position der Celler Gefangenen, denken aber, daß der dokumentierte Artikel eine hilfreiche Analyse der letzten 17 Jahre ist und zahlreiche diskussionswürdige Aspekte enthält.

PS: Wir haben versucht, offensichtliche Rechtschreib-, Grammatik- und Übersetzungsfehler, soweit sie nicht die inhaltliche Aussage berührten, stillschweigend zu korrigieren. Wir hoffen, dabei keine neuen Fehler produziert zu haben.

Broschüren-Gruppe

II. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit I: Kommunistische Kritiken an der alten Politik der RAF

"Westeuropa als Schnittpunkt der Linie Ost - West, Nord - Süd, *Staat - Gesellschaft* (...)."
RAF, *Front-Konzept*

"solange eine solche *gesellschaft*liche alternative zur zerstörung im *system* nicht spürbar und greifbar existiert, (...)."
RAF, *April-Erklärung*

"Der Staat ist (...) keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; (...). Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, (...). Damit (...) ist eine *scheinbar* über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen (...) soll; diese (...) Macht ist der Staat. (...). Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, die Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse."
Friedrich Engels, in: Marx/Engels, *Werke*, Bd. 21, 165, 166 f.

"(...) Erkenntnis, daß die Völker der Dritten Welt die Avantgarden sind, (...) in den Metropolen (... scheinen) die Massen das Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte, als Objekt des imperialistischen Systems weitgehend verloren zu haben (...), so daß sie für's Auto, ein paar Plünnen, 'ne Lebensversicherung und 'nen Bausparvertrag jedes Verbrechen des Systems billigend in Kauf nehmen, (...)."
RAF, *Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes* (Nov. 1972)

"Es ging (...) darum, in dieser politischen Wüste, in der alles nur Schein, *Ware*, Verpackung, Lüge und Betrug ist, (...) aus der Verbindung und der Identität mit den Kämpfen in Südostasien, Afrika und Lateinamerika gewaltsam *hier hereinzubrechen* (...)."
RAF, *Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front* (Mai 1982)

"All theses options" - die Verdinglichungs-Theorie, die Entfremdungs-Theorie und die Kritik des ungleichen *Tausch*s - "say something true and important about capitalism, and they give an ideological judgement which can be used in the struggle to destroy it and replace it with a socialist society. But (...) from the point of view of science as a guide to political action, all these variants have to be refuted. (...). In the science of history," d.h. im historischen Materialismus, "capitalism is a specific mode of *production*, characterized by a specific combination of forces and relations of production. (...).
Now we have already seen that, far from conceiving society as a complex structure, *historicist theories* of society look for an inner essence revealed in all parts. If this essence is oppressive, the source for a transformation cannot be found inside society, for all its manifestations share the oppressive nature of essence. The agent of transformation can only be an *external* Negation Subject. (...). But the proletariat no longer seems 'absolutely' miserable and excluded in the so-called welfare state. (...). But was the role of the proletariat in *Marx's theory* ever that of an absolute negation of capitalist society? (...). The(...) productive forces, which come into contraction with the private mode of their appropriation, include the increasing use of science, developed communications, a high educational level and an internalized discipline in the work force. Their effects on the working class are not immiseration but rather the provision of greater facilities for organization and a greater capacity to replace the capitalist regimentation of production by social appropriation und working-class controll from below. (...). Hence Marxist theory *does not need a conception of the proletariat as a incarnation of the negation of human existence.*"
Göran Therborn, in: *Western Marxism. A critical reader*, London, 1977, 83 - 139 (99, 115, 116)

1. Gefangene aus der PCE(r) und der GRAPO, *Zwei unvereinbare Linien in der europäischen revolutionären Bewegung* (1986)
2. Frédéric Oriach, *Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution*
3. o. Verf., *Für den Kommunismus!* (Papier vom Widerstands-Kongreß 1986)

Kommune CARLOS MARX, politische Gefangene der PCE(r) und der GRAPO; Gefängnis von Soria

Zwei unvereinbare Linien innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung

Es wäre absurd zu meinen, das Problem, das sich gegenwärtig der europäischen revolutionären Bewegung stellt, die Existenz zweier divergierender Linien, sei lediglich ein Problem für oder gegen die Partei; als würde man sich einer "Mode" anschließen, der Rekonstruktion der Kommunistischen Partei, der Partei der Arbeiterklasse. Das jedoch scheint die "antiimperialistische" Strömung darunter zu verstehen, so argwöhnisch, wie sie in bezug auf alles ist, was nach Arbeiterklasse und kommunistischer Bewegung riecht.

Aber im Grunde handelt es sich um die Existenz von unvereinbaren Divergenzen (in der Einschätzung des Charakters der Revolution in Europa, des proletarischen Internationalismus, der politischen Organisierung der Massen, der Rolle und den Zielen des bewaffneten Guerillakampfes, der Strategie und Taktik etc.). In diesem Artikel wollen wir diese Unterschiede unter dem Gesichtspunkt des Marxismus untersuchen; das heißt, eingehend die ökonomischen Wurzeln und die Klassenherkunft der Politik untersuchen, die die "Antiimperialisten" machen, ihre grundlegenden Ideen und Konzepte und letztlich die Beziehung ihres politischen Projekts, ihrer Taktik und ihrer Strategie zu den jüngsten historischen Tatsachen, die sich in Europa ereignet haben, besonders in ihrer Verbindung mit der kommunistischen Arbeiterbewegung.

Diese Untersuchung wird es uns ermöglichen zu beweisen, daß die "Antiimperialisten" kein kommunistisches Programm haben, daß ihre ganze Taktik sich um die "antiimperialistische" Aktivität dreht, anti-USA, anti-NATO, und daß ihre Ziele und ideologischen Positionen zum großen Teil korrespondieren mit den Klassenpositionen wichtiger Teile des Kleinbürgertums, die sich durch das Vordringen der Monopole und Multis ruiniert und enteignet von seinen alten Klassenvorrechten sehen, was ihre Verzweiflung und Radikalität erklärt. In jeder Hinsicht handelt es sich um einen Linksopportunismus, der seine Kraft aus der ständigen Repression zieht, die diese Sektoren aufgrund der Ausbreitung des Staatsmonopolismus bis in alle Ecken der Gesellschaft hinein, bis zu ihrer Proletarisierung, erleiden. So ist zu verstehen, daß ihre Aufrufe zur antiimperialistischen "Einheit" keine andere Grundlage haben, als den blinden Kampf gegen die NATO und die Monopole: militaristischer Kampf, dessen einziges Ziel es ist, die Militärapparate des Imperialismus anzugreifen.

Ihre fortgesetzten propagandistischen Aktionen enthüllen uns überdies, daß sie mit ihrem vergeblichen Vorsatz nur darauf aus sind, "den Drachen zu töten", die eigenen Kräfte zu vergeuden und die Aufmerksamkeit der Revolutionäre und der Massen von den wirklichen Problemen abzulenken, die sich der Bewegung heute stellen.

An diesem Punkt muß daran erinnert werden, daß die Guerilla-Bewegung, die Anfang der 70er Jahre in Europa aufgekommen ist, es schon vor einiger Zeit erreicht hat, mit dem falschen bürgerlich-reformistischen Frieden zu brechen. Sie hat es erreicht, die Aufmerksamkeit der Massen auf die revolutionäre Perspektive zu lenken. Aber einige Gruppen, die verblendet sind durch die Resultate der Guerilla-Aktivität, bedenken nicht, daß das wichtigste Ziel, das man in dieser ersten Phase des bewaffneten Kampfes in Europa verfolgt hat, schon erreicht ist. Sie bedenken nicht, daß es genau deshalb jetzt darum geht, die anderen revolutionären Aufgaben anzupacken, die historisch vernachlässigt wurden, und daß die Guerilla-Aktivität sich in den Rahmen der breiten politischen, militärischen und organisatorischen Bewegung einfügen muß, die sich nach allen Seiten ausdehnt. Sie bestrafen sich selbst damit, sich auf diese Weise unwiderrufbar von der revolutionären kommunistischen Bewegung in Europa zu trennen.

Es ist unverzichtbar aufzuzeigen, daß - wie die Ereignisse es bewiesen haben - in dem Zeitraum der 70er Jahre jene Form des bewaffneten Kampfes notwendig war, weil sie weitgehend die einzige Möglichkeit war, revolutionäre Politik in den imperialistischen Metropolen zu machen. Aber die Entwicklungen sind schon so weit vorangeschritten, daß man, wenn man so weiter machen würde wie früher, nicht nur eine theoretische Dummheit begeht, sondern ungerechtfertigterweise auf einer einseitigen und kontraproduktiven Praxis für die revolutionäre Bewegung in Europa insistert.

Heute ist die Wiedervereinigung aller revolutionären kommunistischen Kräfte unter der gleichen Fahne des Marxismus-Leninismus nicht mehr aufzuschieben; ihre Anstrengung geht dahin, ein proletarisches Programm für die sozialistische Revolution auszuarbeiten und eine tragfähige und ideologisch festgefügte leninistische Partei aufzubauen. Ausgehend von der umfassenden politischen und militärischen Vorstellung, die man mit der Partei erreichen kann, ausgehend von den proletarischen Klassenpositionen und angesichts der Nah- und Fernziele, die die sozialistische Revolution dem Proletariat vorzeichnet: So müssen alle politischen und militärischen Aufgaben entworfen werden. Die wichtigsten Aufgaben heißen heute, die kommunistische Partei zu stärken und ein Minimalprogramm der sozialistischen Revolution in jedem Land auszuarbeiten.

Dazu gehört ebenso die Organisierung und Erziehung der Arbeiter in den Ideen des Kommunismus, die Demaskierung der bürgerlichen Politik und ihrer reformistischen und revisionistischen Allianzen etc... . Die Formierung einer kleinen Armee von proletarischen Kämpfern, die es lernen, den langandauernden Volkskrieg zu führen, die modernen Techniken der Kriegsführung zu beherrschen etc., unter den in Europa herrschenden Bedingungen. Sie führen die militärischen Angriffe immer unter der Führung und Orientierung der proletarischen Politik durch und mit dem Blick auf den Volksaufstand und die Bewaffnung des Volkes.

Unter Berücksichtigung der existierenden Kräfteverhältnisse muß die Führung der Guerilla in der Anfangsphase skrupelhaft genau die Ziele auswählen, die Ansammlung von revolutionären Kräften auf der Seite des Proletariats ermöglichen, indem sie die Durchsetzung der politischen Ziele erleichtert, auf die die organisierten Kräfte hinarbeiten. Dieses und kein anderes ist das militärische Programm der sozialistischen proletarischen Revolution in Europa.

Bis vor kurzem konnte man es aufgrund politischer und historischer Bedingungen noch zulassen, daß sich revolutionäre Aktivität vor allem auf den militärischen Kampf konzentrierte. Aber heute ist es schon dringend notwendig, die oben beschriebenen Ziele in Angriff zu nehmen. Je länger es dauert, diese politischen und militärischen Aufgaben des revolutionären Kampfes in Europa zu begreifen und anzupacken, umso schwieriger und steiniger wird der Weg zur sozialistischen Revolution sein.

Sich als Kommunist zu bezeichnen, heißt nicht, es auch zu sein

Eine Sache ist es, für den Kommunismus zu sein, wie das alle Organisationen sein wollen, und eine ganz andere Sache ist es, in jedem Moment den Klassenkampf zu verteidigen, gegenüber jedem konkreten Problem die Positionen des Kommunismus zu vertreten. Eine Sache ist es, großspurige, populäre sozialistische Erklärungen abzugeben und von Befreiung zu reden, und eine ganz andere Sache ist

es, sich darum zu bemühen, in Theorie und Praxis die universellen historischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus und die Erfahrungen des Proletariats und der Völker der ganzen Welt in ihrem Kampf für die nationale Befreiung anzuwenden, den Sozialismus und den Kommunismus zu erreichen. Eine Sache ist es, sich antiimperialistisch zu nennen, und eine andere Sache ist es, sich als Feind dieser Prinzipien und der kommunistischen Aufgaben zu entpuppen.

Jeder halbwegs ernsthafte und bewußte Arbeiter begreift leicht, daß man in einem bestimmten Moment kein revolutionäres Programm und auch kein militärisches Programm der Proletarier hat. Das ist eine Aufgabe, die viel Zeit braucht. Viele Kampferfahrungen und verschiedene kommunistische Traditionen müssen zusammengefaßt werden etc... . Aber dieser gleiche Arbeiter wird es als schweren Fehler bezeichnen, wenn man immer wieder aufs Neue die Ausarbeitung des kommunistischen Programms von sich weist und verweigert. Diejenigen, die eine solche Haltung einnehmen, beweisen, daß ihre hochtönenden, sozial-befreienden Erklärungen und Manifeste lediglich ein Wortschwall sind, mit dem sie nur ihre irrigen politischen Positionen mit revolutionärer Phraseologie verbrämen wollen. Angesichts der politischen Bedingungen in der Welt können sich die Opportunisten nur so präsentieren, als wären sie Kommunisten.

Für jeden, der die Doppelbödigkeit dieser Haltung analysiert, ist der Unterschied zwischen den Worten und den Taten sehr schockierend. Für diejenigen, die vorgeben, für die sozialistische Revolution zu sein, während sie in Wirklichkeit noch nicht einmal hören wollen, daß vom Proletariat, der modernen Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, geredet wird, wäre es besser, klar und offen zu sagen, daß sie nur das Ziel haben, sich mit den imperialistischen Institutionen herumzuschlagen, aber daß es nicht ihre Sache ist, die Arbeiterklasse und die Volksmassen in ihrem Land zu organisieren, um mit ihnen zusammen auf dem Weg zur sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats voranzukommen. Es ist klar, daß die revolutionäre kommunistische Bewegung erstarkt. Die Opportunisten sehen sich immer mehr in ihrem Spiel entlarvt, und die wirklichen Kommunisten und die bewußten Menschen beginnen, ihnen die kalte Schulter zu zeigen, weil sie merken, daß man auf diesem Weg nirgendwo hinkommt.

Die politische Position von Gruppen wie der RAF, ihre militaristische Taktik, ihre Interpretation des Kräfteverhältnisses zwischen den sozialen Klassen, ihre antileninistischen Erklärungen (gegen die Partei etc.), ihre ideologischen Positionen (die innerimperialistischen Widersprüche zu negieren) und viele andere Einschätzungen machen deutlich, daß sie zwischen den Klassen stehen, machen ihren kleinbürgerlichen Klassencharakter klar. Es ist offensichtlich, daß eine enge Verbindung zwischen diesen politischen, ideologischen und organisatorischen Positionen und der Geschichte und den Ideen des Klassensektors, den sie repräsentieren, besteht. Genauso ist die wachsende Isolierung zu konstatieren, die diese Tendenz wegen ihres Herauslassens von Positionen und ihrer Entwicklung zu mehr und mehr antileninistischen und antiproletarischen Positionen hat. Es gibt genügend Beispiele für unsere Behauptung. Da gibt

++ es ihre klare Entwicklung zu strikt militaristischen Positionen mit der Schaffung dieses "deutsch-französischen" Hirngespinstes der westeuropäischen "antiimperialistischen" Guerilla;

++ die Verweigerung der brüderlichen und offenen ideologischen Auseinandersetzung mit anderen revolutionären Organisationen;

++ ihre Manie, jede ernsthafte Analyse über jede für die Bewegung wichtige Angelegenheit in eine Demonstration von Omnipotenz der NATO zu verwandeln;

die Erklärung - ohne rot zu werden -, daß jede Verurteilung eines Revolutionärs oder eine Verurteilung zum Tode auf machiavellistische Weise von der höchsten Kommandostelle der NATO geplant ist...

Wir negieren im übrigen nicht die gewaltige Vorstellungskraft dieser "antiimperialistischen" Genossen, aber wir stellen gleichzeitig fest, daß es sich um eine sehr kurzsichtige, preußische Vorstellungskraft handelt, wenig gewohnt an die dialektische Analyse aller Faktoren, die in den sozialen und politischen Phänomenen eine Rolle spielen. Obwohl das dialektische Genie Hegel in diesem Land geboren wurde.

Wenn diese Gruppen jetzt wütend auf die "Linke" schießen und sich über die Aufgaben lustig machen, die die Kommunisten in Europa in Angriff nehmen, und wenn sie ihren Antiimperialismus mit noch kühneren und spektakuläreren Aktionen akzentuieren, so versuchen sie doch in Wirklichkeit nur, ihre natürliche Unvereinbarkeit mit den proletarischen Positionen zu verbergen. Sie ziehen einen dichten Schleier über die kleinbürgerlichen Motivationen und anarchistischen Tendenzen, die ihren Aktionen eigen sind. Gleichzeitig versuchen sie, die geringe oder nicht vorhandene politsche revolutionäre Effektivität, die sie mit ihren militaristischen Aktivitäten erreichen, dadurch zu erhöhen, daß sie heute die angebliche militärische Bedeutung des imperialistischen Angriffsziels maßlos übertreiben. Das sind nicht die Aufgaben, Genossen Antiimperialisten, die jetzt für das revolutionäre europäische Proletariat anstehen. Wenn ihr wirklich die sozialistische Revolution in eurem Land machen wollt, führt der Weg, den ihr gehen müßt, heute in eine andere Richtung als in die, in die ihr uns führen wollt.

Deshalb muß betont werden, daß die Konzeptionen der RAF vom Leninismus weit entfernt sind; und daß der Kampf gegen jede Art von Opportunismus stets eine Konstante der leninistischen Partei gewesen ist. Wir müssen uns deshalb fragen, welche Umstände den Opportunismus der "antiimperialistischen Strömung" möglich gemacht haben. Wir glauben, es sind ohne Zweifel die folgenden:

Zum einen die offensichtliche Desorientierung der Arbeiterklasse in bezug auf die revolutionären Prinzipien. Die Gründe für diese Desorientierung müssen vor allem in den revisionistischen Theorien gesucht werden, die im Zusammenhang mit dem XX. Kongress der KPdSU entstanden sind. Man muß außerdem berücksichtigen, daß dies in einer Periode des ökonomischen Aufschwungs des Kapitalismus nach dem 2.Weltkrieg geschah.

Der andere Punkt ist das Fehlen von wirklich kommunistischen Parteien, die sich der neuen Situation entgegenstellen könnten. Das hat dazu geführt, daß zahlreiche revolutionäre Gruppen entstanden sind, die zu einem guten Teil die revolutionären Traditionen des Marxismus-Leninismus nicht kennen. Diese Gruppen haben die Konfrontation mit dem Staat mit der wirksamsten Methode geführt, die ihnen am Anfang zur Verfügung stand: der bewaffnete Kampf. Aber es fehlt ein gefestigter leninistischer Geist, genauso wie die Absicht, eine Partei zu schaffen, die die Arbeiterklasse organisieren, erziehen und führen kann. Sie verfallen deshalb früher oder später in opportunistische, bürgerliche Positionen: die ideologischen Konzeptionen, die sie verteidigen, sind Proudhon oder Bakunin näher als dem Marxismus. In Wirklichkeit sind sie eine Mischung aus beiden.

Ein politischer Prozeß, der sich heute in Europa abspielt, ist für alle Kommunisten und Revolutionäre von Bedeutung: das wachsende Zusammenwirken der Kommunisten mit den fortschrittlichsten Sektoren und Elementen des Proletariats. Wir müssen mit unserer Arbeit dazu beitragen, daß dieser fast spontane Prozeß sich bewußt vollzieht und auf organisierte und gelenkte Art und Weise geschieht.

Die objektiven Bedingungen um diese Aufgabe zu erfüllen, sind bereits gegeben: große Teile der Arbeiterklasse, die kämpferischsten und fortschrittlichsten, suchen eine proletarische und kommunistische Organisation für ihre Führung.
Gleichzeitig führt die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsdepression, die Kürzung der bürgerlichen Sozialprogramme, die Arbeitslosigkeit und die Verelendung großer Teile des Volkes, die ständige Entlassung großer Massen von Arbeitern durch die staatsmonopolistischen Pläne der Umstrukturierung etc. dazu, daß tausende und abertausende von Arbeitern anfangen, aufzuwachen und für den Sozialismus zu kämpfen. Sie sind sich ihrer historischen Verantwortung bewußt und identifizieren sich mit ihrer Klasse. Sie sind zu höchsten Opfern bereit, um die Sache des Proletariats vorwärts zu treiben. Die reformistischen Fallen und Vorurteile, die von der "Wohlstands-" oder "nachindustriellen" Gesellschaft ausgebeutet wurden, liegen bereits hinter uns. Das sind alte ideologische Reliquien des Monopolismus der Nachkriegszeit.

Unser internationalistischer Beitrag

Aufgrund des zuvor Gesagten und angesichts derjenigen, die die Praxis des proletarischen Internationalismus gegenwärtig darin sehen, kleine supranationale militärische Organisationen zu schaffen (bedeutungslose Nachahmung der NATO), verteidigen wir die immer noch gültige Konzeption: der proletarische Internationalismus heißt für Kommunisten die Pflicht, die Revolution im eigenen Land zu machen und entsprechend ihrer Kräfte dazu beizutragen, daß sie überall triumphiert. Dazu beizutragen heißt fundamental heute in Europa:
1. aktiv an der ideologischen Diskussion teilnehmen, an der Debatte über die Prinzipien, die Strategie und Taktik und die unmittelbaren Aufgaben der Kommunisten, die gerade allerorts anstehen.
In dem Maße, wie das unsere materiellen Bedingungen ermöglichen, beteiligen wir uns schon seit längerer Zeit an dieser Diskussion, indem wir unsere Erfahrungen beitragen, unsere grundlegenden Positionen verteidigen und brüderlich die Positionen der anderen kritisieren. So haben wir auch in der kleinen Debatte interveniert, die es zum Internationalismus gegeben hat, welche Aufgaben unserer Meinung nach unaufschiebbar sind für die Kommunisten (wie die Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei und die Denunzierung und Demaskierung jeder Art von Opportunismus), wie die Rolle und die Gestaltung der Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt sein muß, über die Rolle und Funktion des bewaffneten Kampfes, der Guerilla, welchen Charakter heute die innerimperialistischen Widersprüche haben etc... Wir haben verschiedene Artikel dazu geschrieben.
2. moralisch und materiell den ideologischen und politischen Kampf unterstützen, den unsere Genossen in anderen Ländern führen. Wir glauben, daß die beste Form der moralischen Unterstützung die direkte und offene Kritik ist, die Schwächen der anderen und ihre Ursache aufzuzeigen, uns die gerechte Verteidigung der kommunistischen Positionen zu eigen zu machen, ihren Kampf gegen opportunistische und militaristische Positionen zu unterstützen etc...
Angesichts der Situation, in der die revolutionäre Bewegung in Europa sich befindet, ist es uns auferlegt, mit aller Klarheit und Entschiedenheit die grundlegenden Unterschiede aufzuzeigen, die zwischen den zwei Linien bestehen, die sich endgültig herausgeschält haben. Dieser unverzichtbaren ideologischen Aufgabe auszuweichen, würde bedeuten, der revolutionären Bewegung enormen Schaden zuzufügen.
Deshalb heißt das Ziel: Gehen wir entschlossen den Weg, den uns die proletarische Partei, die Organisation der Arbeiterklasse und der langandauernde Volkskrieg weisen; kritisieren wir unermüdlich die kleinbürgerliche militaristische Tendenz der "Antiimperialisten"; kämpfen wir unerbittlich gegen den pan-europäischen Nationalismus; kämpfen wir ohne Aufschub für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats in Europa, indem wir Schritt für Schritt die Brüderlichkeit aller Proletarier des Kontinents verstärken, dadurch, daß wir uns - in erster Linie - auf unsere eigenen Kräfte verlassen, auf die immensen Kräfte aller Arbeiter, die den Kapitalismus in jedem Land bekämpfen.
Ohne Zweifel finden wir zwischen diesen zwei Haupttendenzen, in die sich die revolutionäre Bewegung in Europa verzweigt, auch einige Gruppen, die unschlüssig schwanken. Ohne Zweifel kann kein Kommunist, der wenigstens minimal dem Kampf seines Volkes verpflichtet ist, übersehen, daß angesichts der signifikanten Entwicklung hin zur Radikalisierung, die die Kämpfe und Streiks der Arbeiter allerorten nehmen (die sich gegen die Projekte der dekadenten Krisenlösung richten), die revolutionäre kommunistische Tendenz großen Rückhalt und Unterstützung erhält. Deshalb ist ihre Verstärkung, Verwurzelung und Entwicklung vorauszusehen.
In der BRD gibt es schon eine beginnende kommunistische Strömung, die die Kritik an der "antiimperialistischen" Strömung angefangen hat. Obwohl in Italien die Bewegung in zahlreiche Sektoren aufgespalten ist, entwickelt sich immer klarer eine kommunistische Strömung. Die Roten Brigaden für die kämpfende kommunistische Partei, die beachtliche Fortschritte machen und sich Bahn brechen gegenüber den reformistischen und "guerilleristischen" Varianten. Unter den Franzosen - wenn wir Action Directe beiseite lassen, die mit den Budgets der RAF einen Pinienkern spaltet - sind die Dinge weiter zurück. Man könnte sagen, daß einigen französischen Gruppen die entsprechende praktische Aktivität fehlt, obwohl sie in bestimmten theoretischen Fragen weit fortgeschritten sind. Das ist ein Fehler, der ein enormes Hindernis darstellt, wenn wir uns die Aufgaben vor Augen halten, die auf die Kommunisten warten. Obwohl die Belgier noch jung sind in ihren Aktivitäten, haben sie nicht aufgehört, einen frischen Wagemut in den Kampf einzubringen, indem sie die Theorie mit der revolutionären Praxis zu verbinden versuchen und mit Entschlossenheit die anstehenden Probleme angehen. Und sie lassen sich nicht von den Sirenengesängen der "Antiimperialisten" ködern. Sie haben sich den Aufbau der kommunistischen Partei von den Positionen des Proletariats zum Ziel gesetzt. Unsere Position ist genügend bekannt.
Man versteht den Wutanfall der "Antiimperialisten", wenn die proletarischen Positionen und das kommunistische Programm der Arbeiterklasse verteidigt werden, weil dadurch offenbar wird, daß sie selbst kein proletarisches Programm haben. Ihr Geschnatter über "Internationalismus" ist nichts weiter als ein chauvinistischer Pan-Europäismus, ohne daß ein anderes Ziel zum Vorschein käme, als ein atomfreies Europa, ein grünes Europa und eines ohne die NATO. Ein utopisches und nicht zu verwirklichendes Ziel, das das Ideal und die kleinbürgerliche Illusion einer Welt ohne Kriege repräsentiert (was nur in einer völlig sozialistischen Welt möglich ist).
Diese Tendenz der Bewegung, die wir gerade untersuchen, ist deshalb in ihren Zielen reaktionär, da sie sich dem fortschrittlichen Lauf der Geschichte, den historischen Zielen des Proletariats entgegenstellt; und das ist so, trotz ihrer kriegstüchtigen und kämpferischen Entschlossenheit, antiimperialistisch, anti-NATO, anti-multinationale Konzerne und anti-alles mögliche.

Eine Karikatur des Marxismus

Die Komponenten der antiimperialistischen Strömung nennen sich gewöhnlicherweise marxistisch. Aber nichts ist weiter weg von der Wirklichkeit. Ihr Marxismus ist eine wahrhafte Karikatur

der fundamentalen Ideen von Marx, Engels und Lenin, eine grobe Deformation des historischen und dialektischen Materialismus.

Charakteristisch für die Marxisten ist immer gewesen, daß sie sich immer auf eine ökonomische und soziale Klassenanalyse bezogen haben, um dementsprechend das proletarische Programm und die kommunistische Strategie auszuarbeiten. Um diese Aufgaben zu verwirklichen, unterscheiden sie die sogenannten objektiven Bedingungen (jene, mit denen das Proletariat und seine kommunistische Avantgarde konfrontiert sind) von den subjektiven Bedingungen (woran das Proletariat entscheiden kann, welches seine Taktik und seine Strategie sein muß etc.). Was einem bei den Dokumenten der RAF als erstes ins Auge springt, ist das Fehlen einer Analyse dieser Art. Im Rahmen der Analyse, an die uns die RAF gewöhnt hat, wollen wir das Irrige ihrer Konzepte von der Proletarisierung und dem internationalen Proletariat hervorheben. Der erste Einblick in diese Konzepte zeigt uns schon ihre Haltlosigkeit und Schwäche. Mehr noch: die RAF bringt einen extremen Subjektivismus zum Ausdruck und erklärt immer mehr in ihren veröffentlichten Dokumenten, daß die sozialen Klassen sich nicht mehr "durch die Position, die sie im Produktionsprozeß einnehmen," definieren können. Für Marx und Engels dagegen, und auch für Lenin, war in den Analysen der Klassen und des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft jene Klassendefinition immer eine unangreifbare Festung des Marxismus, des Materialismus. Und bei vielen Gelegenheiten haben sie darauf hingewiesen, daß, wenn man sich davon entfernt, dies in den Sumpf des Idealismus, des Opportunismus und des Chauvinismus führt.

Hinter der Terminologie, die durch die RAF benutzt wird, wie z.B. die "militante Proletarisierung", die Entfremdung und Verbürgerlichung der Arbeiter, die Basisprozesse etc., verbirgt sich ein Angriff auf den Marxismus, von dem sie nichts wissen wollen. So schreiben sie, daß "die Klasse" - so abstrakt benannt - diejenigen sind, die "den destruktiven Charakter des Systems begriffen haben", und daß "von diesem Fundament der Proletarisierung aus die Personen, die in den Basisprozessen, im Widerstand etc. präsent sind, aus allen Schichten des Volkes kommen."

Unzweifelhaft haben die ungestüme Ausbreitung und der Vormarsch der Monopole und Trusts in allen Wirtschaftsbereichen der kapitalistischen Gesellschaft und die Unterdrückung und Beschneidung der Interessen des Kleinbürgertums eine große allgemeine Unzufriedenheit hervorgerufen. Doch es kann sicher nicht zugebilligt werden, daß diese Sektoren, die sich abrupt durch ihre spezielle Situation radikalisiert haben, die Interessen des Proletariats repräsentieren, genausowenig wie dessen Ziele, noch seine Klassenpositionen. Das Ziel der Kommunisten besteht angesichts der besonderen Situation, in der sich diese Schichten im Proletarisierungsprozeß befinden, darin, sie zu einem proletarischen Programm hinzuziehen; ihnen begreifbar zu machen, daß es keinen anderen Weg als die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus gibt. Kritisiert werden müssen ihre Verzweiflung und ihr Opportunismus, ihr Mangel an längerfristigen Vorstellungen und die Beschränktheit ihres Blickwinkels etc.

Aber das ist nicht die Haltung, die die Genossen der RAF angesichts dieses Phänomens einnehmen. Vielleicht weil sie ebenfalls von dort herkommen und es noch nicht geschafft haben, sich wirklich ganz von den kleinbürgerlichen Vorurteilen zu befreien und sich die kommunistische Ideologie zu eigen zu machen. Ganz im Gegenteil: um noch tiefer in den Sumpf der idealistischen Konfusion zu fallen, bringen sie ein ganz besonderes Schmuckstück "marxistischer" Analyse hervor: den Widerspruch Staat-Gesellschaft als den Hauptwiderspruch in den Metropolen.

Niemals hat der Marxismus von einem Widerspruch zwischen Staat und Gesellschaft gesprochen - einfach weil der Marxismus immer von einer Klassenanalyse ausgegangen ist, vom Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Wenn er vom Staat gesprochen hat, dann immer als von dem, der er ist: ein Repressionsapparat einer Klasse über eine andere, ein in seiner Essenz repressiver Militärapparat, organisiert gerichtet gegen die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat. Der Staat ist das bedeutendste Instrument, das die Bourgeoisie hat, als Instrument des Klassenkampfs von oben gegen das Proletariat. Das ist das Wesen des Staates. Von daher muß das Proletariat seine ganzen Anstrengungen darauf richten, den Staat der Bourgeoisie zu stürzen, um ihn durch einen anderen zu ersetzen, den proletarischen Staat, die Diktatur des Proletariats.

Den Staat gegen "die Gesellschaft" zu stellen, wie das die "Anti-Imperialisten" machen, würde bedeuten, den Staat außerhalb der Gesellschaft zu stellen als eine Art höhere Einheit, die über ihr steht. Das heißt, den Klassencharakter des Staates zu negieren. Das bedeutet dann gleichzeitig, ihn für eine bösartige und überflüssige Einheit zu halten. Das Ziel der Revolutionäre wäre dann, jede Spur von Staat zu tilgen, so wie es seinerzeit Bakunin vorschlug. Zusammen mit ihrer anti-staatlichen Voreingenommenheit und dem Fehlen eines kommunistischen Programms, schlagen uns die "Anti-Imperialisten" (im Einklang mit diesem Widerspruch Staat-Gesellschaft) eine Interklassen-Allianz vor, um den Staat zu bekämpfen, der in ihren Augen der einzige Verursacher allen Übels ist, das die "Gesellschaft" erleidet.

Obwohl sie in einem ihrer Dokumente sagen, daß ihre revolutionäre Politik in den Metropolen "nichts mit einer Welt-Konzeption" zu tun hat, zeigen wir auf, daß das falsch ist. Ihre weltweite Analyse (Konzeption) ist die des Kleinbürgers, der von den Multis erdrückt wird, der in seiner Verzweiflung seine ganzen wütenden Angriffe gegen den imperialistischen Staat richtet, besonders gegen seine Militärapparate und seine Allianzen. Diese Angriffe haben keine andere Perspektive, als den gleichen Kampf, den sie hervorrufen, sie erinnern an die Arbeiter, die die Maschinen zerstörten, damit dadurch die Ausbeutung des Proletariats zu Ende ginge: das waren vor allem alte, ruinierte Sektoren des Handwerks und des Kleinhandels, die sich aus ihren Werkstätten und kleinen Geschäften vertrieben sahen.

Der Kampf der Opportunisten unterscheidet sich radikal vom Kampf der Kommunisten, von ihrem anti-imperialistischen Kampf, von ihrer Organisierung der Arbeiter, vom Aufbau der proletarischen Partei, von der Vorbereitung der organisierten Arbeiterkräfte im Geist und im Kampf des verlängerten Volkskrieges.

Die politischen Konzeption der "Anti-Imperialisten" besitzt zwei ausgeprägte theoretische Schnittlinien, zwei zentrale Punkte, die klar ihre Vision revolutionärer Politik definieren. Ihre Idee von der "militanten Proletarisierung" und ihre Interpretation der Entfremdung und Verbürgerlichung, die die Arbeiter in den Metropolen Europas erleiden.

Für sie ist das Proletariat nicht ein objektives Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, sondern ein Bewußtseinsakt. Deshalb vertreten sie, daß das Subjektive das Wesentliche und "das Entscheidende für den Kampf in den imperialistischen Zentren" ist. Die imperialistischen Zentren - so fahren sie fort - schaffen "überhaupt keine revolutionäre Bedingung (ausgehend von den objektiven Widersprüchen und den existierenden Bedingungen), sondern nur Zerstörung und Verelendung."

In einem unserer vorhergehenden Artikel haben wir gesehen, daß es bestimmter revolutionärer Bedingungen bedarf, damit die Revolution triumphiert. Dieses sind in erster Linie objektive Bedingungen. Wir fügen hinzu (entsprechend der Analyse Lenins in dieser Frage), daß die objektiven revolutionären Bedingungen

nicht genügt haben, um ein Regime oder eine Regierung zu stürzen, weil diese nicht fallen, wenn man sie nicht stößt. Deshalb ist eine reife und disziplinierte proletarische Partei unverzichtbar und eng verbunden mit der revolutionären Massenbewegung. Aber davon reden die "Anti-Imperialisten" nicht. Für sie existiert das Proletariat objektiv nicht, sondern einzig durch einen Akt des Bewußtseins; mittels der Aneignung der Positionen des internationalen Proletariats; so würden die Individuen dazu kommen, Proletarier zu sein. Für den Leninismus hingegen, besteht die einzige Art und Weise, die "Klasse an sich" in die "Klasse für sich" zu verwandeln, in der Arbeiterpartei. Die "Klasse an sich" ist die Arbeiterklasse, so wie sie im Prozeß der kapitalistischen Produktion existiert: auseinandergerissen, uneinig und ohne Bewußtsein über ihre Situation. Lediglich durch die proletarische Partei ist es zu erreichen, die Arbeiterklasse zu organisieren und zu vereinigen, damit sie politisch als unabhängige Kraft in den Klassenkämpfen ihres Landes interveniert - in dem Bewußtsein ihrer historischen Rolle und den Zielen des Sozialismus und Kommunismus: das ist die "Klasse für sich".

Im Gegensatz dazu ersetzen die "Anti-Imperialisten" die marxistische Analyse der ökonomischen und politischen Bedingungen des Landes durch ein subjektivistisches Verhältnis von Haß und Wut. Das ist an sich sehr wichtig für den Kampf gegen die Bourgeoisie, aber in jeder Hinsicht unzureichend. Auf dieser Grundlage - der Grundlage des Hasses und der Wut - sagen sie, "jetzt entwickelt sich die revolutionäre Front im Zentrum." Nicht auf den Schultern des Proletariats, wie Marx und alle Marxisten versicherten, sind wir aufgerufen, die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen, die Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft zu sein! Der subjektive Ansatz der RAF in bezug auf die Klasse und den Klassenkampf wird durch den Trugschluß der Verbürgerlichung und Entfremdung der europäischen Arbeiterklasse vervollständigt. Der Neo-"Marxist" H.Marcuse sagt, daß die Arbeiterklasse in der modernen kapitalistischen Gesellschaft unterwürfig allen Interessen der Bourgeosie dient, und daß sie, weil sie objektiv an der Ausbeutung anderer Völker teilnimmt, sich in ihrer privilegierten Position sehr wohl fühlt. Etwas ähnliches sagt die RAF. Im Gegensatz dazu bezeichnet Marx mit dem Begriff der Entfremdung den Produktionsprozeß im Kapitalismus selbst, die Beeinträchtigung, die der Arbeiter als Produzent erleidet, weil er von den Produkten, die er produziert, enteignet wird. Das ist es, was den Arbeiter als Klasse wirklich interessiert, weshalb er auf seine Fahnen die Losung "ENTEIGNUNG DER ENTEIGNER" schreibt. Und dieser Widerspruch, der in jeder kapitalistischen Produktionseinheit steckt, ist auch das Samenkorn, aus dem das proletarische Bewußtsein erwächst, die mächtige, kämpferische Kraft des Proletariats. Das ist was anderes als das, was die RAF verteidigt. Deshalb wundert es uns auch nicht, daß ihnen mit diesem subjektivistischen und proudhonistischen Gepäck nicht in den Kopf geht, daß es einen anderen revolutionären Weg gibt, einen kommunistischen Weg. Sie sind so sehr von ihrer kleinbürgerlichen anti-imperialistischen Ideologie gepackt, daß alles, was nicht Kugeln auf die Dächer der NATO schießt, für sie keinen Sinn macht. So weit geht ihre Blindheit, daß sie mit Naivität und ohne rot zu werden vertreten, daß die militärische Struktur des NATO-Oberbefehls über alle Angelegenheiten der Welt entscheidet. Sie glauben felsenfest, daß die Internationalisierung des Kapitals (ein Prozeß, der mit dem Handels-Kapitalismus begonnen hat und dann durch die Monopole beschleunigt wurde) zuvor von den "Lehnstühlen" des Kapitals beschlossen wird; als ob die eigene kapitalistische Entwicklung, die Gesetze des Gewinns, die ungleiche Entwicklung und die Konkurrenz - alles objektive Faktoren, wie Marx bewiesen hat - überhaupt keinen Einfluß hätten.

Vielleicht stellen sie sich deshalb mit Hingabe gegen jeden neuen Plan der NATO und des IWF, das konterrevolutionäre Sancta Sanctorum, statt für die Schaffung eines proletarischen und kommunistischen Programms zu arbeiten und dafür Propaganda zu machen.

Man versteht so ihre Aversion gegen jede kommunistische Aktivität, ihren Angriff gegen das kommunistische Programm der Revolutionäre in Europa, ihre Verachtung der Arbeiter und der Rolle und historischen Verantwortlichkeit des Proletariats. Aber, wie das immer dem Kleinbürgertum passiert, bleiben ihnen gegenüber dem festen und entschlossenen Vorankommen des Proletariats nur noch zwei Optionen: sich entweder mit Leib und Seele mit dem Proletariat zu vereinigen, mit der Diktatur des Proletariats und dem Sozialismus, oder leichte Beute zu werden für den Imperialismus, von dem sie sagen, daß sie ihn mit aller Kraft bekämpfen. Christian Klar sagt, daß das Proletariat "diejenigen verkörpern, die den Imperialismus bekämpfen". Aber auf welchen Kampf bezieht er sich? Ohne Zweifel auf den Kampf der "anti-imperialistischen Guerilla". Die Arbeiter, die in ihrer Fabrik kämpfen, um ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, und die sich den Plänen der kapitalistischen Überausbeutung entgegenstellen, sind in ihren Augen keine Proletarier und lohnen keinerlei Interesse. Es sei denn, die Streiks in den Unternehmen verlassen das institutionalisierte und gering zu schätzende "Terrain der einfachen Opposition". Aber worin besteht die Arbeit der Kommunisten, wenn nicht darin, sich mit den fortschrittlichsten Arbeitern zu vereinen, sie zu organisieren und die realen Konflikte in den Betrieben auszunutzen, um sie an der Waffe des Marxismus auszubilden und auf dem Weg der Revolution voranzubringen?

Der Opportunismus der RAF versucht eine Ausbeutung der Arbeiterkämpfe, wenn sie aus den etablierten Gleisen rauskommen (was gegenwärtig durchaus häufig ist, wenn wir die kapitalistische Krise in Betracht ziehen), um sie in eine weitere Waffe im Kampf gegen die NATO zu verwandeln. Kommunisten machen etwas ganz anderes. Sie versuchen jede Fabrik in eine Festung der proletarischen Partei zu verwandeln und den Kampf gegen die NATO in eine weitere Front des Kampfes gegen den Kapitalismus und für die Diktatur des Proletariats. Die Aufgabe der Revolutionäre im ökonomischen Kampf der Arbeiter ist seit langem von Lenin klargestellt worden: "Der ökonomische Kampf ist ein unvermeidbarer Konflikt im Kapitalismus und er ist eine unverzichtbare Waffe, damit die Arbeiter ihre Lebensbedingungen verbessern können. Gleichzeitig ist er eine sehr nützliche Waffe des Kommunismus, um die Kampffähigkeit der Arbeiter, ihr revolutionäres Bewußtsein zu stärken, um das proletarische Programm zu verbreiten." Es geht nicht um die Politisierung der Arbeiterstreiks, wie manche denken, die schon genügend politisiert sind, und sie in "revolutionären Kampf um die Macht" zu verwandeln, "Bollwerk der Guerilla" etc. Wer den ökonomischen Kampf mit dem politischen Kampf vermischt, begünstigt die Konfusion und die Pläne der Bourgeoisie und des Reformismus. Die proletarische Partei muß ihre Aktivitäten auf die großen Betriebe des Landes konzentrieren, aber nicht um Gewerkschaften zu konstituieren, sondern um die Arbeiter nach den Prinzipien des Kommunismus zu organisieren, des Programms der sozialistischen Revolution und der proletarischen Strategie und Taktik. Sie muß mit aller Kraft die Revisionisten bekämpfen, die Umstrukturierungspläne der Monopole denunzieren, im Kampf Arbeiterorganisationen schaffen, die unabhängig von der Bourgeoisie und den Reformisten sind.

Wenn die Geschichte etwas bewiesen hat, und sie hat es oft bewiesen, dann das, daß die Revolution dort siegt, wo die Revolutionäre sich auf ihre eigenen Kräf-

te verlassen haben, auf die Kräfte ihres Proletariats und ihres Volkes, indem sie den revolutionären Kampf entwickelten. Das erfordert, daß an der Verstärkung der revolutionären Arbeiterbewegung gearbeitet wird, und daß deshalb alle Aufgaben angepackt werden, die hier aufgeführt wurden.
Die übrigen revolutionären, sozialistischen und fortschrittlichen Länder der Welt haben immer das Land unterstützt, das eine Revolution macht; ohne die Voraussetzung, sich auf seine Kräfte zu beziehen, ist nichts zu machen. Und sich auf die eigenen Kräfte stützen, heißt in Europa, sich auf die mächtige Kampffähigkeit des Proletariats zu beziehen, die wichtigste und führende Kraft der Revolution. Die Arbeiterklasse ist diejenige Klasse, die mit Entschlossenheit und Hingabe gegen die kapitalistische Gesellschaft kämpft. Die einzige, die sie stürzen und den Sozialismus aufbauen kann. Etwas anderes denken heißt, sich vom Abc des Marxismus zu trennen.

Kommunistische Partei oder nationale Befreiungsbewegung?

Auf die Frage nach den Übereinstimmungen innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung, zwischen der anti-imperialistischen und der kommunistischen Tendenz, würden wir sagen, es gibt sehr wenige. Allgemein könnten wir sagen, daß die einzigen Übereinstimmungen der Kampf gegen den Imperialismus und der bewaffnete Kampf sind. Das ist sehr wenig, wenn wir uns klarmachen, was die jeweilige Strömung unter Kampf und unter Imperialismus versteht, und wie sie jeweils den bewaffneten Kampf, seine Ziele und Verbindungen mit dem revolutionären Kampf des Proletariats bestimmen. Der Kampf der anti-imperialistischen Strömung konzentriert sich in erster Linie auf die Vorbereitung und Ausübung von bewaffneten Aktionen gegen die Institutionen der atlantischen Allianz, die NATO. Ihre Aktionen im Rahmen dessen, was sie "Strategie gegen ihre Strategie" nennen und die supranationale "Einheit" der revolutionären Guerilla-Organisationen sind eine grobe Verdrehung des Internationalismus. Aber um welche Strategie kann es sich denn handeln, wenn man im Schlepptau der imperialistischen Strategie läuft? Sicherlich um gar keine. Die bewaffneten Aktionen der RAF, Action Directe und anderer ähnlicher Gruppen, die kein proletarisches politsches Programm für den Kampf für den Sozialismus haben, sind durch ihren Radikalismus, Spontaneismus und Opportunismus gekennzeichnet; sie haben kein anderes Ziel als das Militärische, was angesichts der gegenwärtigen Situation mehr eine Bremse darstellt als ihre Weiterentwicklung oder einen Impuls; es handelt sich um eine modernisierte, radikalisierte Version der alten revisionistischen These Bernsteins, "die Bewegung ist alles."
Das ist um so deutlicher, je mehr man die desorientierende und anachronistische Rolle versteht, typisch für die kleinbürgerlichen, anarchistischen Positionen und ihr politisches Credo - zusammengefaßt in der Aktion und der Bombe gegen die NATO.
Wir müssen für alle klarstellen, daß der Ursprung dieses schlimmen Anti-Imperialismus in der Enge seiner politischen Vorstellung wurzelt und in der Armut ideologischer und organisatorischer Gesichtspunkte, die schlecht von den Erfahrungen anderer Völker kopiert wurden. Wir müssen uns am Ziel orientieren, den ideologischen Kampf und den Kampf um die Prinzipien gegen diese opportunistische Strömung unterstützen.
Wir sollten uns daran erinnern, daß das alte Territorium Deutschlands der Ort des Zusammenstoßens zweier antagonistischer Lager ist; des Sozialismus und des Kapitalismus. In der BRD kann man besser als an jedem anderen Ort die Rolle sehen, die in der heutigen Welt die militärischen Organisationen der anti-kommunistischen Allianz spielen. Es ist deshalb leicht zu verstehen, daß die revolutionäre Bewegung dort mehr auf der Form der militärischen imperialistischen Allianz insistiert hat, als auf ihren Klasseninhalt. Mehr auf die äußere Macht des Imperialismus, als auf die Aufgaben der Organisierung, der Aufklärung und des Bemühens, sich an die Spitze der Arbeiterklasse zu stellen, um nicht nur mit den Allianzen des Imperialismus fertig zu werden, sondern, was wichtiger ist, mit den Klassen und der Produktionsweise, die jene ermöglichen.
Es spricht wenig für die RAF, wenn sie nach 15 Jahren bewaffneten Kampfes gegen den Imperialismus noch nicht die Grundzüge ihrer anti-imperialistischen Strategie skizziert hat. Die übrigen revolutionären Bewegungen Europas haben schon wichtige und entscheidende Schritte nach vorne gemacht in der politischen, organisatorischen und ideologischen Gestaltung ihrer Organisationen auf dem Weg zum Kommunismus, während die RAF weiterhin in den alten Vorstellungen eingeschlossen bleibt, die sie zum Entstehen gebracht haben: die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien und die direkte Konfrontation mit dem Imperialismus, ohne sich an Klassenkonzeptionen zu halten.
Ihr alter und geliebter Vorschlag einer westeuropäischen Front hat eine durchschlagende Zurückweisung erfahren seitens der kommunistischen Strömung. Ihr ist allein die "Vereinigung" mit Action Directe gelungen, einer Gruppe ohne die Geschichte der RAF, obgleich mit den gleichen politischen Vorstellungen anarchistischer Tendenz. Diese westeuropäische Front ist außerdem die schlechteste Parodie der Fronten der nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonien und der Halbkolonien, die es auf europäischem Boden geben kann. Die Deutschen neigen sehr dazu, diese Bewegungen als politische Modelle universeller Gültigkeit anzusehen, obwohl der so einschneidende Unterschied zwischen Europa und Ländern der 3.Welt unmittelbar ins Auge springt; sie haben immer versucht, sich in solch eine Bewegung zu verwandeln.
Diese vereinfachende und eindimensionale Analyse, die häufig von den verschiedenen revisionistischen Strömungen vertreten wurde - besonders von den jruchovistas [... - gemeint sind die AnhängerInnen Chruschtschows. Anm. d. Hg.] - wurde von Mao Tse Tung hart kritisiert, "weil sie dazu tendiert, alle Widersprüche, die es auf der Welt gibt, subjektiv durch einen einzigen zu ersetzen."
Mit solch einem speziellen Schema ist auf dem revolutionären Terrain in Westeuropa sehr wenig zu machen. Besonders dann, wenn man sich das Schlechteste zum Vorbild nimmt; das heißt, wenn wir uns an den Äußerlichkeiten festhalten und unfähig sind, den politischen und militärischen Inhalt zu begreifen, den diese Bewegungen in sich tragen. Es steht fest, daß die Völker und Nationen der 3. Welt den Proletariern Europas sehr wertvolle Lehren zur Verfügung gestellt haben. Aber ihre Formeln einfach nur abzupausen und nachzumachen, ist eher kennzeichnend für Dummköpfe als für Revolutionäre.
Wir können uns eine umfassendere Vorstellung von ihrem Opportunismus und Spontaneismus machen, wenn wir uns aufmerksamer mit der Interpretation auseinandersetzen, die sie von ihrem Vorschlag der "Einheit" geben. In Wirklichkeit schlagen sie überhaupt keinen überzeugenden Grund vor, der es rechtfertigen und erlauben würde, diese "Einheit" zu begreifen, es sei denn "die Schaffung von neuen Bedingungen für den Kampf im eigenen Land." Aber als Marxisten müssen wir uns fragen: neue Bedingungen aufgrund welcher Prinzipien? Ohne Zweifel kommen unsere Genossen von der RAF sehr schwach daher, was Prinzipien anbelangt: deshalb ist ihre Antwort auf diese Frage eher praktischer Art, man beabsichtigt, "die Reaktion im Kampf zu antizipieren." Diese Meinung wiederholen sie in ihren neuesten Dokumenten hartnäckig, was uns jedenfalls an ihre In-

terpretation der revolutionären Politik als "Strategie gegen ihre Strategie" erinnert.
Sie sind so sehr besessen davon, ihren "anti-imperialistischen" Kampf in den Kontext der Weltrevolution zu stellen, die weltweite "anti-imperialistische Front" etc., daß sie die Entstehung und Entwicklung der neuen revolutionären Bewegung in Europa auf externe Gründe zurückführen, anstatt auf interne Ursachen: sie versichern, daß die Niederlage, die der Imperialismus in Vietnam erlitten hat (sicher ein sehr wichtiger Faktor für seine Schwächung) Hauptursache der ökonomischen und politischen Krise des Imperialismus gewesen sei. Wenn wir uns jedoch an die Dialektik halten (ein Wort mit merkwürdigem Klang für die RAF, wie wir weiter oben gesehen haben), erkennen wir, daß die Hauptursache für die gegenwärtige tiefe Wirtschaftskrise des Kapitalismus eine Krise der Überproduktion und der Restrukturierung des Kapitals ist. Dies ist dem Kapitalismus immanent. Die Krise gehorcht einem neuen Entwicklungsgrad des Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und den ererbten Produktionsverhältnissen aus der Nachkriegszeit.
Die Genossen der anti-imperialistischen Strömung müssen die Lektion lernen, die wir in "Der revolutionäre Kampf verschärft die innerimperialistischen Widersprüche" vertreten haben. Da machen wir klar, daß der beste Anti-Imperialismus und proletarische Internationalismus derjenige ist, der sich dem Kampf gegen seine imperialistische Bourgeoisie verpflichtet, weil dadurch, daß man die eigene Bourgeoisie bekämpft und sie stürzt, man dem Imperialismus eine Niederlage bereitet und er auf allen Ebenen zurückgeschlagen wird.
Klar ist, wie sie sagen, daß die Konfrontation zwischen Imperialismus und "Befreiung" verläuft, nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus, nicht zwischen nationaler imperialistischer Bourgeoisie und dem revolutionären nationalen Proletariat, das dafür kämpft, die Diktatur des Proletariats durchzusetzen, seinen Staat.
Ihre so ersehnte Befreiung hat einen "interklassistischen" Charakter, was sehr viel eher den revolutionären politischen Konzeptionen anderer Gefilde entsprechen würde, wo zusammen mit einem schwachen Proletariat eine Bauernschaft existiert, die die Hauptkraft der Bevölkerung ausmacht und eine kleine und mittlere Bourgeoisie.
In Europa hingegen machen die Bauern im allgemeinen weniger als 10% aus, während das Proletariat die immense Mehrheit der Bevölkerung ist. Wir haben keine nationale Bourgeoisie, die die Revolution fordert, unter anderem weil die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution in Europa schon lange Zeit vorbei ist.
Kein Zweifel, die Anti-Imperialisten werden deshalb nicht von ihren Vorstellungen ablassen. Sie sehen die Radikalisierung bedeutender Sektoren des Kleinbürgertums, die ihre alte Rolle der "Intelligenzia" (Techniker, Lehrer, Journalisten, Studenten etc.) entwertet sehen durch die großen monopolistischen Trusts (die ohne Mitleid die alten liberalen Berufe opfern, die mehr oder weniger freien Berufe, die von der Gesellschaft der liberalen Bourgeoisie geerbt wurden). Sie versuchen, die Interessen dieser Sektoren in der politischen Szene zu repräsentieren. Man begreift so die mutigen Angriffe auf die großen Industrie- und Militärunternehmen der Schlüsselsektoren des Imperialismus und auf die repräsentativsten Institutionen der imperialistischen Bourgeoisie.
Trotz allem ist es in Europa das revolutionäre Proletariat, das auf die Bourgeoisie zielt, das sie stürzen will etc. Sein Programm ist ein Klassenprogramm, vertritt die Strategie des langandauernden Volkskrieges, der im Volksaufstand mündet, um die Diktatur des Proletariats durchzusetzen. Das Kleinbürgertum hingegen richtet seine Anstrengungen gegen die Militärapparate der imperialistischen Allianz, gegen die NATO etc., und in seiner Strategie taucht weder die Diktatur des Proletariats, noch die These vom langandauernden Volkskrieg auf, noch stützt es sich auf die Basis der Arbeiterklasse.
Die Kommunisten jedes Landes hingegen helfen bewußt dem Proletariat ihres Landes im Kampf gegen ihre Bourgeoisie, gegen deren Ausbeutungs- und Unterdrückungpläne, und den bürgerlichen Opportunismus zu demaskieren. Sie organisieren die Arbeiterklasse unabhängig von der Bourgeoisie und von den korrumpierten und integrierten Gewerkschaften, um die Klassenkollaboration der reformistischen und revisionistischen Parteien zu denunzieren und gegen sie zu kämpfen etc. Davon ausgehend müssen sich die Kommunisten bemühen, eine mächtige marxistisch-leninistische Partei zu schaffen, mit dem Ziel, das Proletariat gegen die Finanzoligarchie und die Großgrundbesitzer und ihren Staat zu führen. Ohne diese proletarische Partei ist die Revolution der grandiosesten Niederlage ausgeliefert. Ohne diese Partei werden alle Versuche nutzlos, den bewaffneten Kampf für den Kommunismus zu organisieren.
In einem von der RAF radikal verschiedenen Sinn artikulieren sich die Roten Brigaden für den Aufbau der kämpfenden kommunistischen Partei etc. in ihren letzten Dokumenten, wo sie sich auf die Notwendigkeit "der proletarischen und revolutionären Alternative zur Krise der Bourgeoisie und dem imperialistischen Krieg" beziehen. Die Roten Brigaden sagen in ihrem Text "Strategische Achse für die Konstruktion der Partei", daß sie früher aufgrund ihrer "relativen Unerfahrenheit und politischen Jugend" ihren damaligen Charakter als kämpfende revolutionäre Kraft nicht weiterentwickeln konnten. Es ist kein Zufall, daß die Widersprüche in den Brigaden sich in dem Moment verschärften, wo "sie die ganze Gültigkeit und Tiefe ihrer Erfahrungen beweisen, die sie in den Jahren des Kampfes aufgebaut haben." In diesem Moment war die Grenze der Entwicklung erreicht, die durch die bis dahin konzipierte Strategie des bewaffneten Kampfes ermöglicht wurde.
Wir haben am Anfang dieses Textes gesagt, daß der bewaffnete Kampf, so wie er konzipiert und bis vor kurzem durchgeführt wurde, die Aufgabe reichlich erfüllt hat, die ihm durch historische und politische Bedingungen der ersten Phase des revolutionären und proletarischen Kampfes bestimmt war: die Demaskierung der bürgerlichen Demokratien, des Klassencharakters der monopolistischen und chauvinistischen Bourgeoisie, der Rolle der reformistischen und revisionistischen Parteien als Lakaien der Monopole. Außerdem eine praktische Tatsache von großer Bedeutung auf dem politischen Terrain zu beweisen: daß man den monopolistischen Staat, den Imperialismus bekämpfen und besiegen kann. Wenn jetzt diese Ziele erreicht sind, ist es logisch, daß ohne Verzögerung die Aufgaben angepackt werden müssen, die zu einer marxistisch-leninistischen Partei führen, fest verankert in den Prinzipien und verwurzelt im revolutionären Proletariat. Ohne Zweifel ist der bewaffnete Kampf weiterhin die Lanzenspitze der Widerstandsbewegung, die vom Proletariat angeführt wird und von der Partei geleitet.
Diese Grenze, von der wir schon oft gesprochen haben, kann man nur zerbrechen (wie das schon einige revolutionäre und proletarische Organisationen machen), indem man sich bemüht, alle Aufgaben ideologischer, politischer und organisatorischer Art auszuführen, die auf die Konstruktion und Ausbreitung aller Sektoren des Proletariats in den Fabriken, den Schichten, den Stadtvierteln etc. abzielen. Denn nur ausgehend von der breiten Perspektive, die die Partei bietet, kann die Guerillaaktivität und die Organisierung der fortschrittlichen proletarischen Massen simultan und sich ergänzend entwickelt werden,... die bereit und entschlossen zum mutigen Kampf gegen

den kapitalistischen Staat der Monopole sind.
In die ökonomische Sponaneität zu fallen, kann nur überwunden werden, wie in einem Dokument der BR für die PCC versichert wird, "wenn die Prinzipien des Marxismus und alle historische Erfahrung des internationalen Proletariats sicher festgehalten werden." Schließlich besteht für die Roten Brigaden, im Gegensatz zu dem, was die RAF aufrechterhält, die Hauptaufgabe für die europäischen Revolutionäre im Aufbau der kämpfenden kommunistischen Partei, denn: "das ist die Forderung, die die Massenmobilisierungen ausdrücken, die Forderung, für die möglichen Transformationen zu kämpfen, die die Situation braucht; auf dem politischen revolutionären Terrain zu kämpfen für die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Proletariats, die proletarische revolutionäre Offensive aufzubauen, ausgehend von der Einheit und Autonomie, die die Massen gegen die Umstrukturierung und gegen den imperialistischen Krieg zum Ausdruck bringen."
"Die revolutionäre Alternative konkretisieren und verstärken, zu der die proletarischen Mobilisierungen objektiv tendieren, und was zum Teil den Kommunisten und revolutionären Avantgarden subjektiv auferlegt, die Reihen fester um die Hauptaufgaben der aktuellen Situation zu schließen. Das ausgehend von einer politisch-militärischen Praxis gegen die antiproletarische und reaktionäre Politik der sozialen Befriedung, gegen die militaristische Politik des westlichen Imperialismus."
Die Roten Brigaden führen voller Mut, trotz der Hindernisse und der Schläge der Opportunisten und Abenteurer unter die Gürtellinie, eine wertvolle Selbstkritik durch, in der sie die politische revolutionäre Arbeit auf theoretischer und praktischer Ebene neu bestimmen, unter dem Licht der Erfahrungen von 15 Jahren bewaffneten Kampf für den Kommunismus. Mit ihrer Kritik stellen sie die leninistischen Organisationsprinzipien, den demokratischen Zentralismus, gegen den kleinbürgerlichen, individualistischen Egoismus. Sie schützen die proletarischen Interessen und Prinzipien der Klasse gegenüber den monopolistischen Interessen, die zur Zeit die Aufgabe und Auslieferung des Kampfes verfechten. Die Regierungen der Monopole sind jetzt daran interessiert, diese abschwörerische Haltung zu schüren, angesichts der mächtigen revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse, die überall in dieser Situation der akuten Krise des Imperialismus anwächst. Einer Krise, die die politischen und ökonomischen Fundamente der kapitalistischen Länder erschüttert.

Die Roten Brigaden stellen den proletarischen Kampf dagegen, der darauf ausgerichtet ist, die politische Macht zu ergreifen, gegen den Opportunismus derjenigen, die den bewaffneten Kampf in der gleichen Weise rechtfertigen, wie der bürgerliche Soziologe die Explosion gewalttätiger Radikalität aufgrund der Mängel der kapitalistischen Gesellschaft erklärt und nicht aufgrund ihrer wirtschaftlich-historischen Wurzeln. Kleinbürgerliche Soziologen, die jetzt begeistert das Wohlwollen des imperialistischen Staates suchen.
Wie wir sehen, favorisiert die Kritik der Roten Brigaden, die sie an "guerilleristischen" Positionen haben, die Absicherung der kommunistischen Position und die Klärung der Strategie der Kommunisten.
Über diesen letzten Punkt haben wir unsere Meinung bereits in unserem Artikel "Partei und Guerilla" erklärt, den wir gerne allen geben, die an einer detaillierteren Diskussion über die Strategie der Kommunisten in Europa interessiert sind. Deshalb müssen zwei fundamentale Schlußfolgerungen aus unserer Kritik gezogen werden:
1. es gibt zwei unterschiedliche Arten, revolutionäre Politik in Europa durch den bewaffneten Kampf zu machen:
- eine kommunistische, die sich auf Ergebnisse stützt, die es bis jetzt im Kampf gegeben hat, und die die These vom langandauernden Volkskrieg vertritt, der notwendigerweise in den Volksaufstand mündet;
- die andere Richtung, die anarchistisch, kleinbürgerlich und opportunistisch ist, der eine revolutionäre Strategie fehlt und die kein anderes politisches Ziel hat, als den militärischen Institutionen des Imperialismus Schläge zu versetzen.
2. daß auch aus den Erfahrungen, die bis jetzt gemacht wurden, in erster Linie jetzt die Schaffung der kommunistischen Partei, der Organisation der kämpfenden Arbeiter herausragt. Diese Position wird von der kommunistischen Strömung vertreten, die das Militärische vom Politischen abhängig macht. Die "anti-imperialistische" Strömung hingegen beachtet diese Aufgaben der Kommunisten nicht, führt die Entfremdung und Verbürgerlichung der Arbeiter an und läßt sich auf ein interklassistisches Terrain ein, das nach außen hin sehr bombastisch wirkt, wie die "westeuropäische Guerilla", aber ohne jeden proletarischen Inhalt und ohne jede Perspektive ist.

Eine unverzichtbare Aufklärung

Unsere Aufmerksamkeit wird besonders auf die Haltung gelenkt, die in Italien als "zweite Position" eingenommen wird, die als eine Strömung aus den Roten Brigaden hervorgegangen ist, und die heute von dieser Organisation getrennt ist.
Wegen der Verwirrungen, die das Vertreten der unterschiedlichen Positionen in die Reihen der revolutionären Bewegung tragen kann, wollen wir kurz auf die Konsequenzen eingehen, welche unserer Meinung nach gegen diese Positionsnahme sprechen. Das ist notwendig gerade zu diesem Zeitpunkt, in dem ein wichtiger Sprung nach vorne gemacht wird.
Ebenso wie die Mehrheit der revolutionären Gruppen in Europa, läßt diese Position zu, daß eine Etappe bereits zu Ende ist und jetzt eine andere innerhalb der Bewegung beginnt.
Aber trotzdem sind für sie die Konzepte des langandauernden Volkskrieges und des bewaffneten Kampfes für den Kommunismus veraltet. Sie (diese Position) verteidigt dagegen eine klassische Konzeption des Aufstandes. Das heißt, sie negieren, daß es gegenwärtig ohne die Entwicklung des langandauernden Volkskrieges unmöglich ist, alle notwendigen Bedingungen für den Aufstand zu schaffen, um im richtigen Moment das bürgerliche Regime stürzen zu können.
Wie sie sagen, ist der bewaffnete Kampf weiterhin die Form, kommunistische Politik zu machen. Aber ihre Indefinition (ihre Undefiniertheit) der Art und Weise, wie Politik mittels des bewaffneten Kampfes zu machen ist, macht es notwendig, daß wir das aus dem Rest ihrer Erklärung erraten. Auf den ersten Blick fällt einem auf, daß ihre Positionen des bewaffneten Kampfes ausschließlich defensiv sind, sowohl auf dem politischen, wie auch auf dem militärischen Terrain.
Bezüglich der kommunistischen Partei, ihrer Aktivitäten und Ziele, Propaganda, Organisierung etc. kann man einige ihrer Vorschläge akzeptieren. Natürlich ist klar, daß die Tatsache, daß man für die Diktatur des Proletariats ist und für den Sozialismus, nicht viel klar macht über die Aufgaben der Kommunisten, wenn diese strategischen Ziele in keiner Weise präzisiert werden - ohne die geringste Konfusion oder Unsicherheit.
Die passive Rolle, die sie in der Theorie und in der Praxis dem bewaffneten Kampf zuordnen, korrespondiert mit ihrer Einschätzung der Situation als nicht revolutionär. Scheinbar ist dies ihre große Entdeckung. Außerdem scheint es für sie schon eine ausgemachte Sache zu sein, daß der Aufstand losbricht, wenn es eine revolutionäre Situation gibt. In unserem Artikel "Partei und Guerilla" haben wir gesagt, daß wir uns in der Entwicklung in eine revolutionäre Situation befinden, und wir haben dafür zahlreiche wirtschaftliche, politische und selbst psychologische Tatsachen angeführt, die

wir hier nicht wiederholen wollen. Die "zweite Position" ignoriert die Tatsache, daß einzig durch die Entwicklung des langandauernden Volkskrieges auf lange Sicht die Entfesselung des Aufstands hervorgerufen werden kann, daß der langandauernde Volkskrieg, die politische Widerstandbewegung der breiten Massen und die Guerilla der aktive Faktor und das auslösende Moment sind, wenn bereits die politischen und ökonomischen Bedingungen geschaffen wurden, und wir direkt mit der extremen Verschärfung der sozialen Widersprüche und der objektiven Bedingungen konfrontiert sind.
Deshalb ist es von vitaler Bedeutung von jetzt ab (und entsprechend wie es die Situation der revolutionären Kräfte in jedem Land erlaubt), die Aufgaben in Angriff zu nehmen, die dazu führen, die Guerilla in jeder Hinsicht zu stärken; nicht den "bewaffneten Kampf" als "Unterstützung" der kommunistischen Politik, sondern die Guerilla mit ihrer eigenen Wesenseinheit im Militärischen, Organisatorischen und mit ihren Zielen. Natürlich werden diese immer in ihren grundlegenden Linien orientiert und geführt sein durch die Partei der Arbeiterklasse. Aufgrund ihrer Äußerungen über die Rolle des bewaffneten Kampfes kann die Position, die von ihnen vertreten wird, nur als beschämend qualifiziert werden, weil sie diese wichtige Methode des modernen revolutionären Kampfes nicht so bewerten, wie es sein müßte. Weil sich gänzlich gegen den bewaffneten Kampf zu stellen bedeuten würde, mit rasender Geschwindigkeit auf das Terrain des opportunistischen Revisionismus abzugleiten, schreiben sie ihm weiterhin eine Bedeutung zu; nur tun sie das, weil es ihnen von den Ereignissen auferlegt wird und nicht, weil sie eine marxistisch-leninistische Bewertung der Situation der am meisten entwickelten kapitalistischen Länder machen und ohne die entsprechende Verantwortung auf sich zu nehmen, die das in sich trägt. Diese Bewertung kann nur darin bestehen, daß in den Ländern des modernen kapitalistischen Staatsmonopolismus keine Bedingungen bestehen, um eine Politik durchzuführen, die auf friedliche Weise revolutionäre Kräfte ansammelt, die "im Kalten" die politischen und militärischen revolutionären Kräfte der Partei und der politischen Organisationen der Arbeiter und der Guerilla ansammelt.
Es handelt sich um eine historische Charakteristik des Imperialismus. Eine Charakteristik, die strategisch von den revolutionären Kommunisten in Betracht gezogen werden muß. Es handelt sich in keinem Augenblick um ein taktisches Problem, um eine Möglichkeit oder Zufälligkeit, sondern um eine fundamentale Grundlinie der Zeit, in der wir leben.
Wenn wir außerdem in Betracht ziehen, daß die Entwicklung der revolutionären Situation in jeder Hinsicht und Perspektive progressiv ist, auferlegt uns diese Tatsache noch dazu wichtige Bezüge zur militärischen Aktivität und zur politischen Aktivität. Die Zukunft der revolutionären kommunistischen Bewegung läuft darüber, daß sie es lernt, in der richtigen Bestimmung die militärische Aktivität der Guerilla und die politische Aktivität der Partei miteinander zu verbinden.
Nur auf diese Weise kann längerfristig garantiert werden, daß, wenn die politische Widerstandsbewegung der breiten Massen genügend gereift ist, ebenso wie das Proletariat, die Guerilla und die Partei, und wenn die objektiven notwendigen Bedingungen erreicht sind, sowohl das militärische als auch das politische Programm der proletarischen Revolution, das Zusammenfließen des Volksheeres und der Aufstand für die Zerschlagung des bürgerlichen Regimes gesichert werden können.
Sich von diesen grundlegenden Linien zu trennen bedeutet heute, sich vom Kommunismus zu trennen.

Anmerkungen: 1. BR-PCC: "Strategische Resolution Nr. 20; März 1985"

17°C
Zeitung für den Rest

IS THIS REAL?
Quantenphysik und Relativitätstheorie – Naturwissenschaften als Ideologieträger
„FAMILIENPLANUNG" VS „MIGRATIONSDRUCK"
Zur Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, September '94
COMICS UND HOLOCAUST
Art Spiegelmanns „MAUS" und „Der Schrei nach Freiheit" von Cothias/Gillon – ein Vergleich
DEUTSCHE TRÄNEN/SPIELBERGS LIST:
Steven S. schenkt den Deutschen den Film zum Zeitgeist
KAPITALISMUS UND LEBENSWELT
Zwei Diskussionsbeiträge
INTERVIEW: GETO BOYS
SYMPATHY FOR THE DEVIL
(Sub)kulturelle Avantgarde und die Ästhetik des Bösen
Günther Jacob zu Gründen und Hintergründen des Interviews mit den Geto Boys und vieles mehr

Nr.8 im linken Buchhandel
oder direkt bestellen bei: 17°C, c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 HH
Einzelpreis: 6 DM + Porto (1,50 DM), Abos + Nummern: 25,– DM. V. Schmidt, Sonderkonto, Kto-Nr. 713990-200, Postgiro HH (BLZ 200 100 20)

Frédéric Oriach

Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution

I. Einführung

1. Die Revolution ist nicht ein Existentialismus sondern ein konkretes Projekt
Wir bezeichnen uns als Kommunisten, was aber weder als Anspruch einer Identität noch als moralische Aussage zu verstehen ist, da der Wille zum Kommunismus zweifelsohne auf ganz unterschiedlichen philosophischen Motivierungen beruhen kann, sondern als Sinnbezug und vor allem als Bezugsrahmen auf ein konkretes präzises materielles Projekt. Eine Gesellschaft ohne Klassen und damit ohne Staat, die Entfaltung der Menschheit im Sinn ihrer Bedeutung durch die dialektische Auflösung der Widersprüche, welche die potentielle Menschheit in einer primitiven Phase halten, in der das menschliche durch die Beherrschung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen negiert wird. Diese Hoffnung ist Triebkraft und Ziel unseres Kampfes, das revolutionäre Einwirken auf die Geschichte ist somit die Praxis, die diese Zielsetzung verwirklichen soll. Wir stellen das klar, da allzu häufig unter dem Gewicht der Entfremdung, Verfall der Willenskräfte, zermürbende Mittelmäßigkeit und Herdentrieb Hoffnung und Wille in eine feige und ängstliche Flucht in einer Art Gewerkschaftsbewegung des Alltags umgekehrt werden.
Dann sprechen wir von Revolution und geben dabei diesem Wort seinen ganzen Sinn, sein ganzes Gewicht, seine extreme Genauigkeit und seine absolute Globalität wieder. Unser Ziel ist es, die Revolution zu machen und nicht, "Kommunisten zu sein", sondern den Kommunismus als neue soziale Bewegung einzusetzen.
Dieses legt politische Bestimmung mit strategischer Bedeutung fest. In der Tat, um unsere Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung zu erreichen, müssen wir unsere Lage innerhalb der Geschichte in den Griff bekommen. Durch unser Handeln in der Gegenwart errichten wir unsere Zukunft. Aus diesem Grund wäre es historisch selbstmörderisch, die revolutionären Bestrebungen in Richtung eines (wenn auch unbewußt) in der Vergangenheit anknüpfenden Willens, sich dem Sinn der Geschichte zu widersetzen, umzulenken. Das geschieht jedoch, wenn manche dazu kommen, als Alternative den Rückschritt auf vorkapitalistische

Formen der gesellschaftlichen Produktion und Organisation vorzuschlagen oder aber (bei den angeblich radikalsten) wenn das politische Handeln sich darauf beschränkt, gegen alles zu sein, was die kapitalistische Entwicklung kennzeichnet. Wir weisen hier auf den Antiimperialismus, wenn er sich darauf beschränkt, sich den Wirkungen des Imperialismus entgegensetzen zu wollen, den Antimonopolismus, den Antifaschismus, das gegen alles und jedes sein, wobei die gesellschaftliche Problematik auf Schnickschnack-Ideen in Form von Zwangsmonomanien beruht, wobei z.B. als prinzipielle Frage die Politik der Kernenergie oder des Rassismus oder des amerikanischen Imperialismus oder der "Kriegsvorbereitungen" usw. gestellt werden. Genug Schnickschnack! Die Realität läßt sich nicht zerstückeln, entweder faßt man sie in ihrer komplexen Totalität oder man begreift sie nicht und bleibt ein Reformist oder versucht, irgendwelche Errungenschaften zu wahren, die integraler Bestandteil der bourgeoisen Herrschaftsmechanismen sind. "Menschenrechte", "Freiräume", "Demokratie", "Unterschiede", "Autonomie" usw. eine lange Litanei bourgeoiser Werte.

Wir wollen damit nicht sagen, man solle nicht bei Gelegenheit das verteidigen, was ab und zu die Brutalität einschränken kann. Das ist notwendig, wie für die Arbeiterklasse der wirtschaftliche Kampf in den Betrieben notwendig ist. Wir wollen nur sagen, daß es objektiv reaktionär ist, wenn man aus der Defensive eine Politik machen will (und wenn es die "Antiimperialistische" Abwehr ist). Revolutionär zu sein, bedeutet nicht gegen die historische Entwicklung des Kapitalismus zu sein, sondern ganz im Gegenteil für dessen Überwindung einzutreten. Man muß für die Vernichtung des Kapitalismus durch seine historische Überwindung eintreten und nicht für das vergebliche Bemühen, seinen unerbittlichen Gang zu verlangsamen. Revolutionär sein heißt entschlossen in die Zukunft blicken, ein Projekt mitleben, eine Zukunft errichten, neue im Kampf geschmiedete Werte entstehen lassen.

2. Die imperialistische Realität, in der wir uns befinden

Unsere Absicht ist hier nicht, die derzeitige Lage und die Arbeitsweise des Imperialismus zu analysieren, sondern die Entscheidung für eine bewaffnete Politik zur Machtübernahme und zur Durchsetzung der Revolution zu erklären. Im übrigen ist es nicht die objektive augenblickliche Lage, die unsere strategischen Projekte und Entscheidungen bestimmt, sondern erst ausgehend von unseren historischen Plänen analysieren wir dann in der Folge die jeweilige Situation, um ihr unsere Taktik möglichst wirkungsvoll anzupassen (viele, auch kämpfende Gruppen, tun das Gegenteil und lassen sich ihre strategischen Entscheidungen von der jeweiligen Situation diktieren, was dazu führt, daß sie etwas als "strategische Projekte" vorstellen, was nur der mehr oder weniger partielle Versuch ist, Probleme des Imperialismus usw. zu analysieren und was zeigt, daß sie keinerlei historische Perspektive haben). Doch da nicht jeder unbedingt alle unsere Analysen und Vorschläge kennt, ist es vielleicht in dieser Einführung nützlich, in großen Zügen die imperialistische Lage kurz zu skizzieren, in der unser Kampf stattfinden muß.

Die derzeitige Entwicklungsphase des Imperialismus ist gekennzeichnet durch eine strategische Umorientierung, wobei es in erster Linie um die Herausbildung der imperialistischen Zentren selbst geht, während sich die imperialistische Produktionsweise in der vorherigen Phase zunächst in Richtung Peripherie ausdehnte. Das bedeutet natürlich nicht, daß sich der Imperialismus aus der "Dritten Welt" (= 3/4 der Welt) zurückzieht, es sei denn, er ist angesichts des Aufstiegs der revolutionären und nationalen Befreiungskämpfe dazu gezwungen. Ganz im Gegenteil, in den beherrschten Ländern erleben wir eine Verstärkung der immer brutaler werdenden Ausbeutung, deren krimineller Charakter erst ganz zu Tage tritt, wenn man weiß, daß dank der sozial-ökonomischen Strukturen dieser Produktionsweise die mittlere Lebenserwartung in der Dritten Welt bei nur 54 Jahren liegt und daß hier über 300 Millionen Menschen voll arbeitslos sind. Die Entwicklung des Imperialismus, innerhalb dessen Frankreich eine treibende Kraft ist, besonders als zweiter Unterdrücker nach den USA und als Vektor des amerikanischen Imperialismus, führt zu einer ständigen Vergrößerung der Ungleichheiten. Während im 17. Jahrhundert der Abstand zwischen dem reichsten und dem ärmsten Land 1:2 betrug, liegt er jetzt bei 1:40. Und es wird immer schlimmer, da es der Weltbank zufolge im Jahr 2000 in den "Entwicklungsländern" 700 Millionen Menschen geben wird, die in absoluter Armut leben. Das wird dieser höchst amtlichen Stelle zufolge dazu führen, daß selbst unter den "Entwicklungsländern" mit dem schnellsten Wachstum nur 9 darauf hoffen können, die Industriestaaten einzuholen und auch das erst in 100 Jahren! Außer natürlich, wenn es eine radikale Änderung der Produktionsweise gibt.

Wenn man das wahre Wesen der imperialistischen Produktionsweise verstehen will, um ihr die großen strategischen Linien, welche die revolutionäre Bewegung einschlagen muß, anzupassen, so muß man sich ganz klar machen, daß die Trennungslinie nicht mehr zwischen den beherrschten Formationen und den imperialistischen Metropolen verläuft, sondern diese selbe Linie sich auch in den imperialistischen Zentren fortsetzt. Es wäre ein großer Irrtum, eine revolutionäre Analyse auf rein ideologische oder moralische Kriterien zu gründen und davon auszugehen, daß die Ausbeutung der Völker der Dritten Welt sehr viel krasser erscheint und daß im Vergleich die Lage des Proletariats im Westen bevorzugt erscheint. Einige gehen in ihrer ideologischen Beurteilung soweit, die Existenz des Proletariats im Westen überhaupt zu leugnen, weil sie angeblich an der Ausbeutung der Völker der Dritten Welt beteiligt sein sollen, was allerdings dazu führt, daß man den revolutionären Kampf auf den Ausdruck einer einfachen internationalistischen, auf die Dritte Welt ausgerichteten Solidarität verkürzt, die außerhalb des Hauptrahmens für jede nationale, sozial-ökonomische Formation steht, nämlich dem Klassenkampf auf nationaler Ebene. Solche Standpunkte, die charakteristisch sind für den kleinbürgerlichen Intellektualismus, treffen sich mit dem Kretinismus der unwissenschaftlichen, subjektivistischen Auffassungen von einer angeblichen Verbürgerlichung der Arbeiterklasse (was dann durch die Anziehungskraft der Randgruppenexistenz ausgeglichen würde).

Das sind nur rein kulturelle Rechtfertigungen der derzeitigen Passivität jener, die sich als Revolutionäre bezeichnen und sich nur der Radikalisierung des Klassenkampfs durch einen kommunistisch bewaffneten Kampf unter proletarischer Führung widersetzen wollen.

Weit davon entfernt, sich in einem materiellen Wohlstand aufzulösen, der die Unterschiede zwischen den Klassen durch eine gerechte Neuverteilung der den Völkern der Dritten Welt abgepreßten Superprofite einebnet, vergrößern sich die sozialen Ungleichheiten auf allen Ebenen nur noch mehr. In Frankreich z.B. besitzen der INSEE zufolge 1980 5% der reichsten Haushalte 69 % des Gesamtvermögens; die Kluft zwischen den Einkünften der 125.000 reichsten Haushalte und den 10% der ärmsten hat das Verhältnis 1:1000, und übrigens mit steigender Tendenz seit dem 2. Weltkrieg. Außerdem ergeben sich hierbei sehr starke regionale Unterschiede (was übrigens dazu beiträgt, die schwachen Versuche, Westeuropa als ein vereinheitlichtes Feld zu betrachten, in dem sich eine einheitliche revolutionäre Politik entfalten könnte, in Frage zu stellen),

wenn man weiß, daß über 5 % der Bevölkerung Südeuropas in absoluter Armut lebt.
Diese Lage verschlechtert sich für das Proletariat laufend. 1985, also dieses Jahr, weist die INSEE auf, daß bei den Nettolöhnen für 1984 72 % der Lohnabhängigen des privaten und halböffentlichen Bereichs weniger als 5660 FF pro Monat verdienen. In vier Jahren "Sozialismus auf französische Art" sind die Löhne der 10% Bestverdienenden schneller gestiegen als die der untersten 10%. Die Frauen werden auch 84 im Durchschnitt rund 1/4 schlechter bezahlt als die Männer. Allein 1984 ist die Zahl der 15- bis 24jährigen Erwerbstätigen um 226686 Personen zurückgegangen; von 334306 Jugendlichen unter 24 Jahren, die zwischen März 83 und März 84 ins Berufsleben eingetreten sind, sind 140193 arbeitslos geworden und 124889 haben einen nicht gesicherten Status (nur 669224 sind "normale" Erwerbstätige geworden).
Der Klassenkampf als natürlicher Ausdruck des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital stößt auf Wirtschaftsmechanismen, welche die Gesetze des Marktes und der kapitalistischen Akkumulation und Reproduktion regeln, und diese Konfrontation hinsichtlich des Preises der Arbeitskraft trägt zur natürlichen Tendenz des Sinkens der Profitrate bei, die sich in der derzeitigen historischen Periode nur noch weiter beschleunigt, weil sich diese durch das imperialistische Phänomen als Ausdruck der erweiterten Reproduktion des Kapitals außerhalb der ursprünglichen Produktionszentren gekennzeichnet hat und weil sie durch die nationalen Befreiungskämpfe und die Ausweitung der sozialistischen Regimes auf den Widerstand des Weltproletariats gestoßen sind.
Um diese Tendenzen des Sinkens der Profitrate aufzufangen, muß natürlich die Ausbeutungsrate erhöht werden. Das versucht man durch eine Verlagerung der imperialistischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in die Bereiche mit hoher Produktivitätsrate, der imperialistischen Metropolen selbst, zu erreichen. Es ergibt sich eine intensivere Ausbeutung der Arbeit und somit auch eine Erhöhung der Produktivitätsrate. Die Entsprechung dieses Prozesses in den beherrschten Ländern ist in diesem Fall die verstärkte Unterentwicklung durch eine Überspezialisierung in den Leichtindustrien (als Unterlieferanten der Industrien der imperialistischen Metropolen) mit geringer Qualifikation und sehr niedrigen Löhnen. Diese imperialistische Umgliederung erfolgt in dem Rahmen, der durch die sogenannte Wirtschafts"krise" vorgezeichnet ist. Doch täuschen wir uns nicht. Es handelt sich mehr um eine Wachstums"krise" als um die Ankündigung eines bevorstehenden spontanen Bankrotts. Nicht umsonst sind wir zu dem Punkt gelangt, daß Finanzkreise beunruhigt einer möglichen Wahlniederlage der Sozialisten bei den bevorstehenden Wahlen entgegensehen: In vier Jahren Sozial-Faschismus hat sich der Börsenumsatz vervierfacht, während er unter der vorherigen Regierung rückläufig war, der Gesamtwert der Aktien der Pariser Börse ist von 200 Milliarden FF 81 auf über 500 Milliarden FF 85 gestiegen, die Darlehen sind von 580 Milliarden FF in 81 auf 2112 Milliarden in 84 gestiegen, die französischen Werte (Aktien und Obligationen) sind 84 um 16,4 % gestiegen und 83 sogar um 56 %.
Es steht also nicht alles so schlecht für das Kapital! Die Krise bedeutet also nicht eine wirkliche Schwächung des Kapitalismus, der in seine entwickelte imperialistische Phase gelangt ist, sondern im Gegenteil die Geschichte zeigt uns, daß der Kapitalismus fortschreitet und sich durch die Krisen hindurch entfaltet, welche das Spiel seiner inneren Widersprüche offenlegen. In diesem Kontext müssen wir unsere heutige Lage sehen.

II. Bewaffneter Kampf und legale politische Aktion

1. Der bewaffnete Kampf kann nicht das spontane Produkt der Massenbewegung sein

Alles hängt davon ab, was man unter bewaffnetem Kampf versteht und welche Rolle man ihm zuerkennt. Es kann sich um eine einfache Form des Kampfes handeln, deren Besonderheit nur darin liegen würde, sich dort anzusiedeln, wo man ein erhöhtes Gewaltniveau wahrnimmt. Die bewaffnete Struktur würde also darauf abzielen, der bewaffnete Arm der Massenbewegung zu sein, der die Ebenen der Konfrontation übernehmen würde, die für die legalen Strukturen zu hoch sind. In diesem Fall würde die bewaffnete Struktur aus der legalen Struktur hervorgehen und damit aus einem Prozeß, der zumindest teilweisen Radikalisierung dieses legalen Teils, was von vornherein enge Bindungen zwischen den beiden und die Beibehaltung dieser Verbindungen durch eine gegenseitige Durchdringung der beiden Strukturen impliziert. In dieser Perspektive kann man also als Hauptaufgabe festhalten, die durch die Legalität definierten Räume maximal zu besetzen. Die Entwicklung der Guerilla erfolgt dann in Form einer bewaffneten "Bewegung", als Fortsetzung der legalen Bewegung. Schematisch ist das etwa die Entscheidung, die Gruppen wie Prima Linea ausgehend von der autonomen Bewegung, die Bewegung 2. Juni, die abgespaltene Gruppe der Napap, die sich gegen uns gestellt hat, Action Directe (deren Problem es am Anfang ist, daß das rasch schief gelaufen ist) usw. getroffen haben.
Diese Konzeptionen von bewaffnetem Kampf entsprechen aus theoretischer Sicht dem, was die Theorien der autonomen Bewegung waren (in ihren subjektivistischen wie in ihren arbeiterorientierten Versionen). Auf der subtilsten Ebene entspricht dies den Gedankengängen im Stil von Guaterri-Deleuze, einer Molekularisierung der Kämpfe durch ein Netz von Kluften und Freiheitsräumen, die sich aus Strömen von Wünschen ergeben und die man soziologisch als die Forderung nach zu erfüllenden Unterschieden (Selbstaufwertung dieser oder jener Kategorie usw.) bezeichnen könnte. Es handelt sich dabei um den Willen zur Dekodierung, das heißt nach Überwindung der von den herrschenden Strukturen zugewiesenen Territorien. Das klingt verführerisch, doch muß man sehen, daß diese Entterritorialisierung nur auf Wünschen und Realitäten beruhen kann, die Produkte oder Bestandteile der strukturellen Tätigkeit selber sind (es sei denn man ist philosophisch völlig Idealist). Das bewirkt, daß die Besetzung sogenannter entkodierter Räume faktisch nur der Ausfüllung und Verstärkung der Räume entspricht, die strukturell durch das System mit dem Ziel, seine eigenen Funktionsbedürfnisse zu erfüllen, definiert sind (Räume der Machtausübung oder Ausbeutung). Diese Entscheidungen scheinen mir somit voll den Interessen des derzeitigen Systems und seines permanenten historischen Entwicklungs- und Ausbauprozesses zu entsprechen. Und das in der von Wirtschaftlern, Soziologen, Politikern und verschiedenen Zukunftsforschern der bourgeoisen Herrschaft empfohlenen Entwicklung in Richtung auf das, was sie eine "duale" Gesellschaft nennen (in einer Umgruppierung der Machtzentren, die man militärisch als strategische Zentralisierung und taktische Dezentralisierung bezeichnen könnte).
Natürlich preist dies alles in einer pseudo-"marxistischen" Sprache, gespickt mit unverständlichen Wortneuschöpfungen und Italialismussen, die außerhalb Italiens keinen verständlichen Sinn machen(1), einen perfekten klassenübergreifenden Standpunkt, der auf dem Vorrang des kulturellen Verhaltens basiert.
Doch der subjektivistisch aufgefaßte bewaffnete Kampf als sozialkulturelles Verhalten, der Ausdruck eines besonderen "Raumes" in einem Mosaik weiterer

Räume, als "Unterschied" als einer der "1000 Plattformen" ist, kann nur eine gettoisierende, selbstmörderische Praxis sein. Auch suchen wir ganz im Gegenteil nach dem Zutagetreten und der Entwicklung eines fortschreitenden Prozesses, der organisiert und politisch zentralisiert ist und nicht mit zerstückelten Flächen übereinstimmt, sondern ganz im Gegenteil die Vollständigkeit der historischen Formation durchdringt. Wir sehen im bewaffneten Kampf ein Instrument der organisierten Klasse mit historischer Funktion. Dabei ist jeder dieser Begriffe in seiner vollsten Bedeutung zu verstehen.

Das bedeutet, daß es sich nicht um eine von mehreren Formen des Kampfes handelt, sondern daß er sich als Ausdruck einer Politik versteht, die auf die gesamte Umwandlung der Gesellschaft abzielt. Also unterscheidet es sich sehr von einem beschränkten beanspruchenden Vorgehen und anstatt sich an struktureller Zerstückelung zu heften, wird hier versucht, die zahlreichen Widersprüche ins Lot zu bringen, indem klar gemacht wird, was letzten Endes das Hauptmittel zum Lösen des sozialen Widerspruchs ist. Und das mit einem vollständigen Verstehen der Realität, nicht schematisch oder durch verkürzenden Dogmatismus, sondern weil die Wahrheit in dieser Totalität der objektiven Realität steckt, einer Totalität, die sich aus der Tatsache erhält, daß es praktisch keinen Aspekt der Existenz mehr gibt, der sich der kapitalistischen Produktionsweise entziehen könnte. Die andere Quelle dieser Zusammenrechnung ist selbstverständlich die geschichtliche Bewegung (und oberhalb der Geschichte gibt es noch einmal eine weitere zusammenrechnende Kraft, doch das ist ein anderes Problem!) und die Eigenart dieser geschichtlichen Bewegung ist es, Fragen klassenbezogen zu stellen, als Zusammenstoß zwischen Klassen, als zu erleidende oder auszuübende Kraft.

Allerdings ist zu präzisieren, daß diese Konzeption nicht in Sektierertum führen soll, was die Verschiedenartigkeit der Praxen und der Meinungen betrifft, da wir denken, daß die organisierte Bewegung des bewaffneten Kampfes sich nicht in der Form zeigen wird, daß die heute bestehenden Strömungen zerfallen, sondern durch paralleles Auftreten eines wirklich neuen Prozesses; in gleicher Weise wie die bolschewistische Bewegung nicht das Auslöschen der revisionistischen Sozialdemokratie und der sozialrevolutionären oder freiheitlichen Strömungen gebraucht hat, auch wenn sie sich auf die Kritik an diesen stützte, sondern sie hat sich als neue Alternative durch Rückgriff auf die wissenschaftliche Methode eines authentischen Marxismus als Instrument zur Analyse der Totalität der russischen Realität dieser Zeit entwickelt.

2. Die Probleme des Übergangs von legal zu illegal

Das Verhältnis zwischen dem Raum für die legale politische Arbeit und den illegalen Strukturen kann nicht als von vornherein bestimmt betrachtet werden, sondern in der dialektischen Perspektive der Bewegung, die passend für diese zwei Strukturarten ist. Dies ermöglicht es, drei Schemata hervorzuheben:

1. Daß die Guerilla als das Ergebnis der Entwicklung der internen Widersprüche der legalen Bewegung und des Prozesses der Radikalisierung/Bewußtseinsbildung erscheint;
2. Daß die legale Bewegung die Peripherie des radikalsten und damit organisierten und bewaffneten Kerns ist, und daß sie sich um die Guerilla herum entwickelt;
3. Daß die legale Bewegung und die bewaffnete Struktur sich parallel in dieser organisierten dialektischen Wechselwirkung entwickeln, wie wir weiter unten im Text präzisieren werden.

Die zweite Perspektive scheint schwer zu realisieren, da die Guerilla historisch gesehen sekundär gegenüber der legalen Bewegung ist, man würde also eine Zersetzung von diesen benötigen, damit die Guerilla zum zentralen Raum werden kann, um den sie sich entwickeln würde. Außerdem ist klar, daß die Entwicklung des bewaffneten Kampfes ein Bewußtwerden mit sich bringen muß, die ideologische und politische Umwandlung, die Ausdehnung der revolutionären Ideen, doch ist nicht sicher, daß diese Ausdehnung zu einer Entwicklung der legalen Bewegung führt, denn die Guerilla wirkt zwar auf das Kräfteverhältnis ein, jedoch durch die Zuspitzung der Widersprüche, wodurch sie zur Erhebung des Gewaltniveaus des Zusammenstoßes beiträgt. Das impliziert eine stärkere allgemeine Militarisierung und Unterdrückung, wodurch der Raum der legalen Freiheiten eingeengt wird und damit objektiv die Möglichkeit der legalen Bewegung eingeschränkt werden.

Die erste Perspektive, daß nämlich die Guerilla das Ergebnis der (teilweise oder allgemeinen) Radikalisierung der legalen Bewegung ist, stellt den Fall dar, der uns am meisten entgegengestellt wird. Wenn die legale Bewegung zwar direkt zum bewaffneten Kampf führen kann, dann nur über einen Aufstandsprozeß. Damit verfällt man wieder in die Illusion der linksradikalen Gruppen, die denken, daß das leninistische Schema von 17 auf jede beliebige historische Lage übertragbar sei, und es gehe darum die Massen durch legalen Militantismus darauf vorzubereiten (was sie seit 60 Jahren tun ohne auch nur einen Schritt vorangekommen zu sein) bis die Lage wunderbarerweise reif ist für den großen Abend. Wenn es angesichts dieser Perspektive nur das Projekt des Aufstands geben kann, dann weil man sich nur schlecht vorstellen kann, wie die Guerilla, die eine klandestine politisch-militärische Strukturierung voraussetzt, sich auf derselben Ebene wie die legale Bewegung entwickeln soll, insofern deren offenes Auftreten die Guerilla durchlässig für Geheimdienstaktivitäten und Angriffe des Feindes machen würde.

Weiter gibt es zwei Sperren, die eine ist ideologisch, die andere politisch.

Auf ideologischer Ebene. Der Unterschied zwischen bewaffnetem Kampf und legaler Aktion ist nicht quantitativ, sondern qualitativ. Der Übergang von der einen zur anderen Form kann somit nicht durch eine lineare und homogene Entwicklung, sondern nur sprungweise erfolgen. Das führt dazu, daß es für jedes Problem zwei Möglichkeiten geben kann, die eine illegal, die andere legal. Man darf nie vergessen, daß wir in einem System des politischen Liberalismus leben, die politische Form der bourgeoisen Diktatur ist hier die Demokratie, und wenn wir mit etwas unzufrieden sind, so gibt es eine Auswahl legaler Mittel, um uns auszudrücken: Demos, Flugblätter, Zeitungen, Wahlzettel usw. Auch ist der bewaffnete Kampf etwas ganz anderes als ein äußeres Mittel, das man aus Verzweiflung einsetzt. Robespierre hat mit Recht gesagt, Ludwig den XVI. zu töten, sei kein Akt der Gerechtigkeit oder Ausdruck der Unmöglichkeit es anders zu machen sondern eine "politische Entscheidung" und genauso müssen wir hier den bewaffneten Kampf betrachten: nicht als äußerstes Mittel, sondern als mit kühlem Kopf getroffene, rein politische Entscheidung, die wissenschaftlich durch ihre Funktion in einer rational überlegten revolutionären Strategie gewählt wurde.

Andererseits denken wir nicht, daß man den bewaffneten Kampf nicht richtig in seiner allgemeinen strategischen Funktion sieht, und somit die illegale Aktion als einzige Antwort auf eng begrenzte Probleme begrenzen würde [Wir denken, gemeint ist folgendes: *Andererseits denken wir, daß man den bewaffneten Kampf nicht richtig in seiner allgemeinen strategischen Funktion sieht, wenn man die illegale Aktion einzig als Antwort auf eng begrenzte Probleme betrachten würde.* Anm. d. Hg.] (Antifaschismus, Antirassismus, Antiatomkraft usw.). Denn man begreift, außer man hat nur eine begrenzte und bruchstückhafte Sicht, daß diese Fragen nicht von ihrem Kontext

abgesondert werden können, und daß man sich zur Ohnmacht verurteilt, wenn man einen radikalen Ansatz auf besondere Bereiche beschränkt.

Es gibt eine Vielzahl von Strukturen, die sich im legalen Raum entwickeln und mehr oder weniger radikal sind; Protest oder Forderungen, die durch die Tatsache gekennzeichnet werden können, daß sie nicht die Machtfrage stellen, sondern einzig und allein [*durch*, Erg. d. Hg.] den Grad der Autonomie und der Einrichtung innerhalb der geltenden Rahmen. In dem Maß, in dem es sich um vereinzelte Bereiche handelt, die immer mit einem ganz spezifischen Problem verbunden sind, kann es in ihrem Innern keine Umwandlung in Richtung des bewaffneten Kampfes geben (sofern man in ihm die Funktion einer echten revolutionären Strategie sieht, daß heißt einschließlich der Eroberung der Staatsmacht). Diese legalen Räume, in denen sich die sogenannte "zivile Gesellschaft" gegen den Staat äußert, diese sind ein bißchen mit den Gewerkschaften vergleichbar, die die Hochburgen des Widerstands der Arbeiter sind, was eine notwendige Funktion ist, die jetzt auch in den nicht produzierenden Bereichen ausgeweitet werden kann, da sich die kapitalistische Produktionsweise inzwischen auf alle Lebensbereiche erstreckt. Aber, in gleicher Weise wie früher die Gewerkschaften weder mit der Partei identisch waren, noch die Struktur bildeten, die auf die Gründung der Partei abzielte, kann die Gesamtheit der legalen Organe nicht Träger der Erfahrung, der Fähigkeit, der Synthese und der organisatorischen Strukturierung sein, die für die Entwicklung eines bewaffneten Kampfs mit wirklich strategischer Funktion erforderlich sind. Wie soll auch ein Kollektiv, das durch Antifaschismus oder gegen Repression oder durch die Unterstützung von Gefangenen oder irgend etwas anderes vereinigt ist, im Rahmen dieser spezifischen Aktivität die für ein wahres revolutionäres Projekt erforderliche historische Analyse durchführen?

3. Grenzen der Legalität und Klassenstandpunkt

Ein revolutionäres historisches Verständnis kann sich nur aus einem Klassenstandpunkt ergeben. Das ist sicher das Hauptproblem, radikal sämtliche sozialen Strukturen durch die Zerstörung des bourgeoisen Staats und der Machtübernahme verändern zu wollen, auf den Kommunismus hinzugehen. Das setzt voraus, die Bewegung der Geschichte verstanden zu haben und sich in sie einzuordnen. Diese Bewegung ist die des Klassenkampfs, es geht daher darum, sich als Klasse einzuordnen, das heißt, sich die praktischen und theoretischen Mittel dieser Dialektik zu verschaffen, die aus der Verwirklichung des Proletariats als Klasse die Voraussetzung für seine Abschaffung macht, Verwirklichung impliziert: Klassenidentität, Klassenbewußtsein, Klassenstandpunkt. Da die Kräfte, die die Geschichte machen, die Klassen sind, kann das revolutionäre Projekt nur mit dem Prozeß des Erwerbs eines Klassenbewußtseins durch das Proletariat zusammenfallen. Und man kann sich schlecht vorstellen, wie dieser Prozeß aus dem Spiel zerstückelter legaler, beschränkter Strukturen entstehen soll, die im allgemeinen keinen Klassenstandpunkt annehmen, sondern im Gegenteil einen klassenübergreifenden Standpunkt aufgrund von mehr oder weniger opportunistischen Begriffsverwirrungen befürworten, mit denen der Antagonismus der objektiven Klasseninteressen durch die Widersprüche zwischen Kategorien ersetzt werden soll, die durch sozialkulturelle Verhaltensweisen bestimmt sind (das "Individuum", gegen den Staat, der "Jugendliche", eine individuelle Sensibilität für dieses oder jenes besondere Problem usw.). Die komischsten Beispiele finden sich in dem, was die "autonome Bewegung" war, die davon noch verbliebenen Einflüsse, wenn wir etwa sehen, wie das Konzept des "jungen Proletariers" erfunden wird (oder noch aktueller und noch komischer: der "Stadt-Proletarier", was überhaupt nichts aussagt); ein Konzept, das für die, die damit umgehen, den jungen Arbeiter bedeutet (als wenn er andere Interessen hätte als der ältere Arbeiter!), den Vorstädter, den Gymnasiasten in der Phase des Umbruchs zum Erwachsenwerden, den Studenten, der in den Ferien arbeitet und sich kulturell etwas anders verhält als wenn er einige Jahre später zum leitenden Angestellten oder Unternehmer geworden ist [Wir denken, gemeint ist: *(...); ein Konzept, nach dem - für diejenigen, die mit ihm umgehen - 'junger Arbeiter' (als wenn er andere Interessen hätte als der ältere Arbeiter!) bedeutet: der Vorstädter; der Gymnasiast in der Phase des Umbruchs zum Erwachsenwerden; der Student, der in den Ferien arbeitet und sich kulturell etwas anders verhält, als wenn er einige Jahre später zum leitenden Angestellten oder Unternehmer geworden ist.* Anm. d. Hg.]. Dieser Raum der legalen politischen Tätigkeit ist somit in klassenübergreifende Spezialisierungen zerstückelt, während der bewaffnete Kampf der Ausdruck eines organisierten revolutionären Projekts sein muß, dessen Existenz nur auf Klassenstandpunkten, auf der Herausbildung des Klassenbewußtseins beruhen kann. Auf politischer Ebene haben die Entwicklungsgrenzen der legalen Strukturen externe und interne Gründe. Die externen Gründe beruhen insbesondere auf der Entwicklung der Mechanismen der sozialen Macht, entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung des Imperialismus. Wir sehen darin die außerordentlichen Fähigkeiten der bourgeoisen Macht, Dinge aufzunehmen und sich zu regenerieren (es ist nicht umsonst, wenn Soziologen, Psychologen usw. vom Staat bezahlt werden, um "alternative" Bewegungen und "neue soziale Bewegungen" zu studieren und anzuregen). Es gibt die Tendenz einer Ausweitung der lohnabhängigen Arbeit und der Proletarisierung in Richtung einer wachsenden sozialen Bipolarisierung. Die politische Macht muß sich dieser Realität anpassen, deren Eigenart darin besteht, daß sie (um den Bruch zu vermeiden) eine verstärkte Führung, eine vollständigere und wirksamere Beherrschung erfordert, was zu dem Versuch führt, den Klassenkampf zu zersplittern, indem die innere Geschlossenheit der Übereinstimmung der Klasse gebrochen wird. Die bourgeoise Macht versucht, das Klassenkonzept im kollektiven Bewußtsein durch den Begriff der Zugehörigkeit zu sozial-kulturellen Verhaltensweisen zu ersetzen ("Jugendliche", Ökos, Homosexuelle, Punks, "linkes Volk" und wie sie alle heißen). Ein perfektes Beispiel ist die Erfindung des Begriffs der "Buren" durch die Manager des Sozialfaschismus und des Zionismus, um damit einerseits zu versuchen, die arabisch-islamische Identität zu zerbrechen und andererseits auch, um die soziale Klassenidentität des arabischen Gastarbeiterproletariats zu Fall zu bringen. Wenn es nicht durch das kulturelle Verhalten oder die ideologische Sensibilität geschieht, dann lassen sich diese Kategorien mittels einer untergeordneten wirtschaftlichen Eigenschaft fabrizieren, die jedoch so herausgestellt wird, daß sie gegenüber den Produktionsverhältnissen als überragend betrachtet wird. Indem die bourgeoise Diktatur (ihre Massenmedien und Intellektuellen, Machtstrukturen) die Überlegenheit [*die Überlegungen*?, Anm. d, Hg.] der Soziologie über die Volkswirtschaft organisiert, wird dem Freiraum der Legalität, der durch den Nebelstorm [*-sturm* od. *-strom*, Anm. d. Hg.] der Vereinigungskollektive und der sogenannten Alternativbewegungen durchzogen ist, die Aufgabe übertragen, die Klasseninteressen heterogen zu machen, die Proteste aufzusaugen. Indem sie mit neuen Freiheitsräumen versorgt werden, in denen sie sich austoben können, die subversiven Tendenzen lahmzulegen, indem sie im Sinn der herrschenden Ordnung lahmgelegt werden.

Während der Imperialismus die große monopolistische Konzentration und die weltweite Erfassung der kapitalistischen Produktionsweise organisiert, kann er es sich leisten, soziologisch und ideologisch Räume für Formen der Selbstverwaltung freizugeben (die allerdings von jeder Entscheidung in Grundsatzfragen verschlossen bleiben). Räume für die Meinungsäußerung und das Abreagieren, die bis ins Unendliche besetzt werden können, denn wenn eine Gruppe oder eine Strömung nicht mehr gefällt, braucht man nebenan nur eine neue zu gründen, was zu noch mehr Verschiedenartigkeit und Ohnmacht führt. Man muß also begreifen, daß der durch die Legalität begrenzte Raum der politischen Existenz genau der ist, durch den die imperialistische Macht selbst wirkt, sich entwickelt und entfaltet. Je besser der Raum der Legalität ausgefüllt ist, um so mehr wird seine Funktion verwirklicht und um so weniger kann es der wahre Ort für eine wahre Subversion sein.

Es gibt auch noch interne Gründe, weshalb ein evolutionärer Übergang der legalen Bewegung zum bewaffneten Kampf unmöglich ist. Dieser sogenannte Raum der Legalität funktioniert, indem er Kräfte schafft und verteilt. Mächte, die also nur durch die Tätigkeit der Legalität weiterbestehen können. So wird er zum bevorzugten Raum der Kleinbourgeoisie, weil sie dort spezifische, ihr zugewiesene politische Funktionen ausüben kann, das heißt dort, wo die Verwaltung der Ideologie und der Politik der bourgeoisen Diktatur stattfindet. Das Kleinbürgertum ist der politische Transmissionsriemen zwischen der kapitalistischen Bourgeoisie und den proletarischen Massen, es ist voll und ganz Treuhänder und Wächter der Interessen des Kapitals.

Und so verwaltet dann das intellektuelle Kleinbürgertum die legalen Bewegungen, alle "Alternativen", Antirepressiven Bewegungen, die linksradikalen Gruppen, die Solidaritätsbewegungen, kulturelle Kreativbewegungen, philosophische Bewegungen, alle Organe des Ausdrucks.

Wie soll man sich vorstellen, daß die Inhaber einer solchen politischen und ideologischen Macht darauf lächelnd verzichten könnten? Denn der Übergang zum bewaffneten Kampf setzt die Aufgabe dieser Macht voraus, nicht weil sie die Hierarchie oder weil sie die Beteiligung von Kleinbürgern ausschließt, sondern einzig und allein, weil in diesem Raum der Legalität die Macht dieser Kategorie über die politischen und ideologischen Bewegungen wesentlich zu ihrer offiziellen Funktion gehört, so wie sie ihr durch die Produktionsverhältnisse zugewiesen und im allgemeinen vom Staat belohnt wird, ein Verhältnis, daß natürlich unmöglich ist, wenn man einen bewaffneten Kampf führt!

Jeder hat unzählige Beispiele im Kopf, die aus den genannten Gründen deutlich die Unmöglichkeit zeigen, sich schrittweise von der Macht des Kleinbürgertums in legalen Strukturen zu lösen. Sobald diese Kategorie sieht, daß die Macht ihr entgleitet, reagiert sie mit Gegnerschaft und sabotiert, verrät, vernichtet die Strukturen, deren tatsächliche Leitung sie hat. Diese Macht entgleitet ihr in der Illegalität und wenn auch nur auf Grund des konspirativen Charakters des Vorgehens, das notwendig ist, und das zum Bruch zwischen der beruflichen und der halbberuflichen öffentlichen Tätigkeit einerseits und der politischen Aktivität andererseits führt (während die existentielle Eigentümlichkeit des intellektuellen Kleinbürgertums gerade auf der "Nicht-Trennung" zwischen bezahlter und kostenloser sozialer Aktivität beruht). Übrigens ist das auch bestimmt der Grund dafür, daß die psychologische Charakteristik des intellektuellen Kleinbürgertums in Fragen des bewaffneten Kampfs zugespitzte Paranoia ist, man hält sich für das Ziel eines Komplotts, übernimmt eine Bullensichtweise der Geschichte, indem man überall Infiltrationen oder Manipulationen sieht, glaubt sich vom Faschismus, vom Krieg oder was sonst noch bedroht, gefällt sich in der beschreibenden Analyse der Repressionspraxis, um sich nur umso mehr davon zu überzeugen, daß man besser zuhause bleibt. Das ist also ein weiterer Grund, weshalb der Übergang von der legalen Bewegung zum bewaffneten Kampf nicht in einer linearen Vorwärtsentwicklung erfolgen kann, weil es zu viele politische, ideologische, aber auch psychologische und polizeiliche Sperren gibt, die sich einer schrittweisen Radikalisierung innerhalb eines legalen Rahmens entgegenstellen, der zu einem wirklichen revolutionären Prozeß und damit zum bewaffneten Kampf führen könnte.

Diese Zeilen verfolgen ein deutliches Ziel, nämlich über die Funktion des bewaffneten Kampfes zu sprechen, so wie er hier und heute notwendig ist, deshalb werden wir auch nicht über die legale politische Arbeit sprechen, sondern nur in ihrem Bezug auf den bewaffneten Kampf darauf hinweisen. Die legale politische Aktion gehört in andere Diskussionen. Wir wollen hier nur, ehe wir sie hier genauer wiederfinden werden, die großen Grundzüge der legalen Aktion in ihrem Verhältnis zur bewaffneten Aktion und in ihrer allgemeinen Notwendigkeit darstellen:

- Das ist der Rahmen, in dem der kommunistische Kämpfer die militante politische Erfahrung erwerben muß, die notwendig für seine Wirksamkeit in der Guerilla ist.
- Die legale Aktion fördert die revolutionäre Bewußtseinsbildung der Volksmassen, die damit empfänglicher werden für die Ziele des revolutionären bewaffneten Kampfes und natürlich auch für die Notwendigkeit seiner quantitativen Entwicklung (ohne Verbindung mit einer legalen politischen Aktion, die weitergehend-öffentlich ist, wäre eine Guerilla von den Massen isoliert und damit zum Vegetieren verurteilt, sie könnte sich nicht mehr entwickeln und ihr Schicksal wäre einzig und allein von den Risiken der Repression abhängig).
- Die legale Aktion bildet den Raum, durch den die kämpfenden kommunistischen Kräfte ihre politische Linie aufbauen und die richtige strategische Richtung einschlagen können, sowie eine korrekte Praxis hinsichtlich der objektiven und subjektiven Interessen der breiten proletarischen Massen verfolgen können. Denn die legale politische Aktion ist der Hauptrahmen für die Anwendung der Massenlinie: von den Massen ausgehen, um zu ihnen zurückzukehren. Durch die systematische politische Untersuchung müssen die wirklichen Bedürfnisse und Kapazitäten der Volksmassen ergriffen werden und dann muß daraus eine Aktionslinie entwickelt werden, welche die Synthese der fortgeschrittensten Ideen der Massen darstellt (denn richtige Ideen von den Massen kommen einzig und allein von den Massen und nicht von den Analysen dessen, was die Verwalter des Feindes erzählen. Man erfährt mehr an der Theke einer volkstümlichen Kneipe als in den neuesten Berichten der Trilateralen, der NATO oder anderer, zumindest wenn man die Revolution machen will). Diese Synthese muß mit Hilfe verschiedener uns zur Verfügung stehender Instrumente ausgeführt werden, insbesondere des Marxismus-Leninismus, aber auch der Intuition, für das, was richtig ist und für den tiefen Sinn unseres langen Marsches. Diese Synthese muß dann an die Massen zurückgeben werden durch Information, Agitation, militante Propaganda und revolutionäre Aktion. Die Wirkung der politischen Intervention, bewaffnet oder nicht, muß dann innerhalb der Massen abgeschätzt werden und zu einer neuen Synthese führen, usw. - in einem dialektischen Vorrücken.
- Die legale politische Aktion ist der Rahmen, in dem der Kämpfer seine Motivierung und seine ideologische Entschlossenheit erwirbt, was nur möglich ist, wenn er die wirklichen Lebensbedingungen der Proletarier kennt. Kenntnis, die voraussetzt, um objektiv zu sein, daß man auch die Kämpfe der Massen teilt.

- Der für die kommunistischen Kämpfe vorzugsweise in Frage kommende Rahmen der politischen Aktion ist nicht der der "alternativen" Strukturen oder des Protestes gegen diese und jene Institution, insofern, daß diese Strukturen häufig klassenübergreifend sind und besonders kleinbürgerliche Kategorien oder Randgruppen betreffen, die zwar unruhig sind, jedoch für die Revolution von keinerlei Interesse sind. Der Rahmen der legalen politischen Aktion muß somit einzig und allein durch die Klassenanalyse bestimmt werden, durch eine objektive Analyse der sozialen Zusammensetzung des Kreises in dem man tätig wird, an den man sich wendet. Folglich muß dieser Rahmen proletarisch sein, wir müssen uns an die Arbeiterklasse und die übrigen authentischen proletarischen Schichten wenden, was objektiv und nicht subjektiv betrachtet werden muß. Das Proletariat ist festgesetzt durch seinen objektiven Platz in den Produktionsverhältnissen und nicht durch subjektive Kriterien wie die "Revolte", Kriminalität oder andere Verhaltensweisen von Minderheiten, zumal diese Art von subjektiven Kriterien allgemeine Kategorien des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats bezeichnen, das heißt Kategorien, die sich vielleicht zum Teil der Revolution anschließen werden, die jedoch keinesfalls darin eine andere als eine völlig untergeordnete Rolle spielen können.

III. Aktualität der Staatsfrage

1. Klassenkampf oder Kampf gegen den Staat?

Eine sehr wichtige Frage, auf die wir häufig bei unseren Widerspechern stoßen, sowohl denen, die sich dem bewaffneten Kampf widersetzen, als auch denen, die wie Action Directe oder gewisse anarchistische Gruppen, zwar den bewaffneten Kampf praktizieren, jedoch auf nichtmarxistischen Grundlagen, ist das Problem des Staates, das Verständnis, daß man davon hat und wie es sich in unseren Kampf einfügt.

Objektiv ist der Staat nichts anderes als das Instrument der Diktatur einer Klasse, also heute das Instrument der Bourgeoisie. Als Kommunisten wollen wir natürlich die Abschaffung jedes Staates erreichen, da wir für eine klassenlose Gesellschaft kämpfen und da der Staat sich nur durch die Existenz der Klassen ausdrückt. Jedoch verwechseln wir nicht die Ursachen und die Wirkungen, ein Gesellschaftssystem und ein einfaches Rädchen darin, eine herrschende Klasse und ihr politisches, verwaltungs- und militärisches Herrschaftsorgan.

Das Hauptfeld ist sicherlich nicht der Staat und natürlich noch weniger die wenigen transnationalen bürokratischen Strukturen, mit deren Hilfe die imperialistischen Staaten vergeblich versuchen, ein wenig leitende Ordnung in die Anarchie zu bringen, die ihr System charakterisiert (doch das verstehen unsere neuen Sozialrevolutionäre, Luxemburgisten und Neo-Bundisten, bewaffnete Version nicht, da könnte man sich kaputtlachen...).

Andererseits wollen wir auch nicht die Vorstellung vom Staat als großen bösen Wolf ersetzen durch die schrecklicher egoistischer und habgieriger Bürger, denn es geht in erster Linie weder um Einzelpersonen noch ihre bürokratischen Apparate, sondern im Wesentlichen um eine Produktionsweise, die dem gesamten Herrschaftssystem und damit auch dem Staat usw. zugrunde liegt.

Den Staat an sich oder die Bourgeoisie an sich als "Hauptfeind" zu betrachten, läuft darauf hinaus, daß man nur Symptome sieht, denn man wird weder die Bourgeoisie noch den Staat zerstören, wenn man nicht die derzeitige Produktionsweise vernichtet.

Allerdings trifft es zu, daß nach einer derzeit recht verbreiteten Tendenz der Staat als eine Art Menschenfresser angesehen wird, der im allgemeinen für alle Übel verantwortlich ist. Wenn man den Staat nicht als Produkt einer bestimmten Produktionsweise betrachtet, dann müßte er das Ergebnis einer imaginären "menschlichen Eigentümlichkeit" sein, die sich in Form von Machtgelüsten bei bestimmten Individuen äußert. Diese These offenbart sich entweder durch utopische Theorien oder Reformismus. Ein Reformismus, der sich im Wesentlichen durch 3 Tendenzen äußert. Die sogenannten Rechtsextremen, die Neo-Liberalen und die "neuen Philosophen", häufig ehemalige Linksradikale, die sich zum Antikommunismus und einem fanatischen Zionismus im Dienste der Verteidigung der Demokratie bekehrt haben, deren These es ist, einen Staat von möglichst wenig Staat vorzuschlagen, wie Bernard-Henry Levy sagt. Die zweite große Tendenz ist die des traditionellen "Zentrums", das heißt der Sozialfaschismus, wie er in Frankreich herrscht (die Sozialdemokratie charakterisierte bereits die vorangegangenen Regimes, insbesondere das von Giscard, das vielleicht selbst noch mehr sozialdemokratisch war als die Mitterrand-Bande, und die Sozialdemokratie wird auch noch der Hauptcharakter für das politische Regime nach 86 und 88 sein). Dieser Strömung können wir alle zurechnen, die Parasiten der Bourgeoisie-Macht sind, diejenigen, welche "links von der Linken" stehen, die linksradikalen Grüppchen, deren Neo-Revisionismus sich in dem Gekriesche kümmerlicher lästiger Bettler um kleine Pöstchen innerhalb der Sozialdemokratie äußert; diese haben zum Wahlsieg der Obersau Mitterand im Namen eines "kleineren" Übels beigetragen und als ewige Prostituierte werden wir sie auch 86 und 88 sehen, wie sie für die Linke stimmen, mit dem Vorwand, daß man der sogenannten Rechten und dem sogenannten "Faschismus" den Weg versperren müsse. Schließlich gibt es eine dritte Strömung, die sich als extreme Linke darstellt, die wir jedoch als Radikalreformismus bezeichnen. Es handelt sich um die Selbstverwalter, "Alternative" Strömungen, Grüppchen, die bewußt oder unbewußt auf die Theorien der Autonomen hinweisen und deren Ziel es ist, zerstückelte und klassenübergreifende Freiräume zu errichten, definiert durch kulturelle Verhaltensweisen, "Wünsche", die sich vom Klassenkampf und dem Gang der Geschichte absetzen, also die Suche nach Einrichtungen und nach der Mentalität von Wohlfahrtsempfängern, die sich zwar gegen den Staat auflehnen, jedoch pausenlos einen vom Staat anerkannten Status, mehr Dienstleistungen, indirekte Löhne usw. fordern.

Alle diese Tendenzen, einschließlich derer, die "Antiimperialismus" ohne konkrete Klassenlinie betreiben und somit nicht die Machtübernahme im Auge haben, haben letzten Endes eines gemeinsam: daß sie den Staat zum zentralen Objekt machen, ob sie ihn nun verkleinern, verstärken, oder verwalten wollen, indem sie ihn zu einem besseren Verteiler von Dienstleistungen oder unter Isolierung des Staates Autonomieräume entwickeln wollen. Das Prinzip ist dasselbe: Die Institutionen werden als Vorrangige betrachtet (die NATO oder die EDF oder die Gefängisverwaltung oder die Schule usw...). Die Hauptfrage der Produktionsweise wird nicht gestellt, die Art und Weise wie sich die Widersprüche entwickeln, was die Richtung der Geschichte darstellen, wird nicht berücksichtigt, der Klassenkampf wird verkannt und durch Bestrebungen sozialkultureller Kategorien, verhaltensbedingte, subjektivistische Einstellungen, angeblich Gramsci-artige Gegensätze zwischen "legalem Land", Staat gegen "Gesellschaft", "herrschende Klasse" gegen "Volk" ersetzt. Oder sonstige idealistische Konzeptionen, welche sogar auf bestimmte Guerillagruppen in Westeuropa einen tiefgreifenden Einfluß ausüben.

2. Die Entwicklung der Formen des Staates muß berücksichtigt werden, wenn wir darum kämpfen, uns dessen zu bemächtigen.

Wir kritisieren also ganz radikal die Thesen, wonach der Staat als solcher der

Hauptfeind sei. Allerdings muß man etwas weitergehen, denn man darf nicht in das umgekehrte Übermaß verfallen. In dem Maße, wie man nämlich die derzeitige Produktionsweise abschaffen will, sieht man sich notgedrungen mit den Instrumenten der Kontrolle, Verwaltung und Repression und so mit dem Staat konfrontiert. Die Revolution impliziert das Zerbrechen aller Instrumente der alten Gesellschaft insbesondere der Zerstörung ihres Staates. Für das Proletariat bedeutet Machtübernahme auch Übernahme der bis jetzt vom bourgeoisen Staat verwalteten Mächte. Das ist vielleicht eine Offensichtlichkeit, doch muß man sie in Erinnerung rufen, da man den Staat auch nicht als ein sozusagen neutrales Instrument betrachten darf, das einfach von einer Hand in die andere übergeht oder automatisch im Verlauf des revolutionäres Prozesses zusammenstürzen würde (er wird im Gegenteil stärker, je weiter der revolutionäre Prozeß voranschreitet). Es geht so weit, daß der reine Werkzeugcharakter des Staates es rechtfertigen würde, daß er von den kommunistischen Kräften in der vorrevolutionären Phase genutzt würde, man müßte also das Wahlsystem, den Parlamentarismus und die Möglichkeit einer pazifistischen Machtübernahme anerkennen. Wir haben gar nicht unbedingt etwas dagegen, es wäre ideal, wenn Wahlen den Bürgerkrieg ersetzen könnten. Doch hier und heute ist das nicht der Fall, die proletarische Revolution erfordert die totale und gewaltsame Zerstörung des bourgeoisen Staatsapparates.

Man muß auch sehen, daß die Entscheidung für oder gegen den Parlamentarismus nicht zu den Grundsatzfragen gehört, sondern zu den von einer objektiven Analyse der derzeitigen Realität bestimmten Standpunkten. Zum Beispiel, die Lage in Rußland vor 1917 war anders und ermöglichte Formen des Parlamentarismus, denn damals handelte es sich dort um einen doppelten Prozeß der Revolution, das heißt um eine demokratische Revolution (die folglich auch Demokratie, Parlamentarismus, Legalismus usw. umfaßte) und die einer proletarischen Revolution als Sprungbrett diente, was natürlich hier und jetzt nicht der Fall ist, wo die demokratische bourgeoise Revolution bereits seit geraumer Zeit stattgefunden hat. Diese heutige Realität zeigt uns außerdem, daß zwar das sozial-ökonomische System immer noch genauso funktioniert wie in der Zeit, wo Marx seine Funktionsweise erläuterte, aber daß es andererseits seit dieser Zeit tiefgreifende Veränderungen erfahren hat, die seiner natürlichen Entwicklung und seinem Reifwerden entsprechen.

Die Beschreibung, die Marx oder Lenin von der Funktion des Staates geben konnten, trifft immer noch zu und bestätigt sich im Verlauf der Zeit noch immer mehr. Zutreffend ist jedoch dabei die Beschreibung der Funktionsweise und nicht die Beschreibung einer historisch gegebenen Form, die sich unveränderlich verewigen würde. Denn die Form des bourgeoisen Staates ist im ständigem Wechsel begriffen, entsprechend der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Auch wenn wir uns denken können, daß die revolutionäre Benutzung des bourgeoisen Staates heute auszuschließen ist und daß auch die Auffassung vom Staat als einfaches Herrschaftsinstrument und einfacher politischer Ausdruck der Macht der herrschenden Klasse etwas nuanciert werden muß, so bleibt diese Analyse restlos zutreffend und muß nur angesichts der objektiven Umwandlungen präzisiert werden, die im Lauf der kapitalistischen Entwicklung, die sich heute in ihrer modernen imperialistischen Phase befindet, im Wesen des Staates eingetreten ist.

3. Der imperialistische Staat, Funktion des Kapitals

In der Tat läßt sich heute weniger denn je ein antikapitalistischer Kampf, der im allgemeinen zum Klassenkampf gehören würde, vom Kampf gegen den Staat trennen, der ein politischer oder politisch-militärischer Kampf wäre, wie wenn der Staat nur ein einfaches Instrument wie die Polizei oder die Armee wäre, das der Machtübernahme des Proletariats im Wege steht. Wenn man nämlich einerseits davon ausgeht, daß der Staat das Produkt der Organisation der Klassenverhältnisse in einem bestimmten historischen Augenblick ihrer Entwicklung ist und daß die zum Entstehen der gesellschaftlichen Verhältnisse (und somit auch des Staats) führenden Produktionsweise sich entwickelt und sich damit umgestaltet, dann muß man andererseits auch zugeben, daß der Staat bezüglich dieser Umgestaltung fortschreitet, sich entwickelt, reift und sich verändert.

In welchem Sinne erfolgt diese Veränderung? Es ist die Übersetzung der Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise auf Staatsebene. In allen Richtungen und Tiefen des sozialen Kontextes. Jeder kann feststellen, in welchem Maß auch die kleinsten Äußerungen des gesellschaftlichen, ja sogar des privaten Lebens zunehmend von der derzeitigen Produktionsweise bestimmt werden. Eine Produktionsweise, deren Existenz untrennbar verbunden ist mit dem Mechanismen der Akkumulation/Reproduktion des Kapitals. Das sind Mechanismen, deren innere Widersprüche sich im tendenziellen Rückgang der Profitrate offenbaren, wobei dieser tendenzielle Rückgang dazu führt, daß bezogen auf den absoluten Mehrwert ein zunehmender Anteil an relativem Mehrwert ausgepreßt wird. Diese zunehmende Bedeutung der Erzeugung von relativen Mehrwert liegt wirtschaftlich gesehen den meisten Erscheinungen zugrunde, die für die derzeitige Phase der westlichen Gesellschaft als typisch beschrieben werden, das heißt allen Formen, die von einigen mit dem Begriff der "Konsumgesellschaft" bezeichnet werden (dieser Begriff ist natürlich irreführend, hat jedoch einen vertrauten Klang, den jeder versteht). Profitstreben bis in die allerkleinsten Handlungen des Alltags, eine völlige Dominanz des Tauschwertes gegenüber dem Gebrauchswert. Produktion nicht nur von mehr oder weniger fetischisierten Gebrauchsgütern, sondern auch Erzeugung von Bedarf und sogar in einem gewissen Sinn von Bedarf an Bedarf. Rentabilisierung durch Verschwendung, Rentabilisierung der gesamten menschlichen Aktivitäten und damit auch aller Vergnügungen, Gefühle und alles dessen, was zur Psychologie und zum kulturellen Bereich gehört. Galoppierende Ausweitung der Entfremdung und Versachlichung.

Und im Rahmen dieser Entwicklung der Entfremdung und der verstärkten Auspressung von relativem Mehrwert wird dem Staat eine ausführlichere Rolle zugeteilt, als die die ein einfaches Instrument [*spielen*, Einf. d. Hg.] würde. Eine ausführlichere, zugleich auch unbestimmtere Rolle im Sinn einer allgemeinen Fusion und Gliederung aller Funktions- und Führungsapparate des Kapitalismus, das heißt des sozialen, wirtschaftlichen, ideologischen, politischen und militärischen Komplexes, der dazu führt, daß das Kapital nicht nur eine einfache wirtschaftliche Kategorie, sondern nach der Formulierung von Marx eine soziale Beziehung ist. Die gegenseitige Durchdringung von Kapital und Staat entspricht dann dem Sinn der historischen kapitalistischen Entwicklung, dies entspricht etwa dem was Mario Tronti (2) sagt:

"Je mehr die kapitalistische Entwicklung voranschreitet, das heißt je mehr die Erzeugung von relativem Mehrwert sich durchsetzt und überall ausbreitet, desto perfekter wird unausweichlich der Kreislauf Produktion-Verteilung-Tausch-Konsum; das heißt, daß die Beziehung zwischen kapitalistischer Produktion und bourgeoiser Gesellschaft, zwischen Fabrik und Gesellschaft, zwischen Gesellschaft und Staat immer organischer wird. Auf der höchsten Ebene der kapitalistischen Entwicklung wird das soziale Verhältnis ein Moment der Produktionsver-

hältnisse, und die gesamte Gesellschaft wird zu einem Ausdruck der Produktion, das heißt, daß die gesamte Gesellschaft in Funktion der Fabrik lebt und die Fabrik ihre ausschließliche Herrschaft über die ganze Gesellschaft ausdehnt. Auf dieser Basis versucht die kapitalistische Staatsmaschine sich zunehmend mit dem Bild des kollektiven Kapitalisten zu identifizieren; sie wird immer mehr ein Besitz der kapitalistischen Produktionsweise und somit eine Funktion des Kapitalismus".

Konkret geht das noch weiter als die Keynesianistische Funktion des bourgeoisen Staates über die Arten der Planung und die Intervention des Staates in der Wirtschaft; es hängt zusammen mit dem Anwachsen des Anteils des Finanzkapitals und somit auch mit den staatlichen transnationalen Währungsmechanismen, der zunehmenden Rolle des Steuerwesens, mit dem Staat als Arbeitgeber im öffentlichen Bereich, der immer bedeutsamer wird, der Ausübung kapitalistischer Monopole direkt durch den Staat, dessen Rolle in der Ausbildung großer imperialistischer Monopole. Natürlich sind auch die Verhältnisse des Staates zu den Medien im gleichen Sinn zu betrachten, die zentrale Rolle des Staates bei der Massenmanipulation nicht nur zum Schutz der kapitalistischen Ordnung, des sozialen Friedens und der Reproduktion suprastruktureller [d.h.: *Überbau-*, Anm. d. Hg.] Institutionen, sondern auch als leitender Vektor der Bildung oder Ausweitung sozial-ökonomischer und ideologischer Räume, in denen (insbesondere durch die Bildung von künstlichen Bedürfnissen) die Auspressung des Teils des indirekten Mehrwerts erfolgt, das heißt desjenigen, der nicht aus der entlohnten Produktionstätigkeit stammt.

Ein weiteres wichtiges Phänomen dieser Entwicklung der Funktion des Staates ist natürlich seine Rolle bei der Regelung des Arbeitsmarktes, aber auch und vor allem bei der Einkommensverteilung. Man muß nämlich wissen, daß ein Viertel der Einkünfte der lohnabhängigen Erwerbstätigen aus dem "indirekten Lohn" besteht, das heißt aus der Gesamtheit der staatlichen Sozialleistungen.

Folglich spielt der moderne bourgeoise Staat zunehmend die Rolle eines Kapitalisten, er strebt danach, sich immer mehr mit dem Kapital zu vermischen, eine Funktion des Kapitals zu sein. Man darf ihn also nicht mehr nur als einfaches bourgeoises Herrschaftsmittel ansehen, dessen Instrumentcharakter ihm eine Art defensiver Neutralität verleihen würde, aufgrund derer man dieses Staatsinstrument gegen die Bourgeoisie einsetzen könnte, genauso wie eine Kanone neutral ist und genauso gegen die Bourgeoisie wie gegen das Proletariat eingesetzt werden kann. Der moderne Staat ist viel mehr als der "Verwaltungsrat", den sich die Bourgeoisie zugelegt hatte, um ihre politischen Interessen zu verwalten. Er ist nicht mehr nur "kapitalistisch" durch die Tatsache, daß er dem Kapitalismus dient, sondern weil er selbst als Kapitalist funktioniert. Und als solchen müssen wir ihn angreifen, nicht als einfaches Hindernis, das sich der revolutionären Bewegung entgegenstellt und weil er repressiv ist, sondern weil er ein vollwertiger Partner des Klassenkampfs ist. Man muß ihn also genauso angreifen, wie man in der Fabrik die Arbeitgeberschaft angreift, ohne ihn aber zwanghaft zum symbolischen Ziel zu machen, was in gewissen Sinn den Kapitalismus personifizieren würde, während doch klar ist, daß wir das gesamte System und damit an der Basis die kapitalistische Produktionsweise selbst historisch zerstören müssen. Und der Prozeß dieser Vernichtung läuft über den sofortigen Angriff gegen die Gesamtheit der Ausdrücke und die Funktion bourgeoiser Herrschaft.

IV. Der revolutionäre Kampf und der Marxismus

1. Der Marxismus-Leninismus, lebendige Methode, verwirft keine Form des Kampfes

Welche Stellung hat der revolutionäre bewaffnete Kampf? Die erwägenswertesten kritischen Anmerkungen zu unseren Auffassungen von der revolutionären Strategie und Taktik stützen sich -oder behaupten sich zu stützen - auf die Referenz älterer strategischer Lösungen, welche die marxistische Methode in der Geschichte der Arbeiterbewegung hervorgerufen hat. Wir stellen uns also in diesen Zusammenhang. Allerdings erheben wir weder den Anspruch, auf alles eine Antwort zu haben, noch, die Debatte abzuschließen; es handelt sich hier nur darum, in aller Kürze einige Grundzüge vorzustellen, die man natürlich sehr viel ausführlicher darstellen und vertiefen müßte. Zunächst einmal darf man nie vergessen, daß die großen Theoretiker des Marxismus Mechanismen und Funktionsweisen beschrieben haben, die nach wie vor aktuell sind, andererseits haben sie den historischen und dialektischen Materialismus als Möglichkeit zum aktiven Verständnis der objektiven Realität und der historischen Prozesse erarbeitet, welche sie erklären. Ferner haben sie politische Lösungen formuliert, die jedoch sicherlich keine allumfassende Bedeutung haben. Anders als beim historischen und dialektischen Materialismus entsprechen diese Lösungen nur der Anwendung der marxistischen Analysemethoden auf bestimmte historische Zustände und können also nicht unverändert von einer Epoche auf die andere oder von einer nationalen Realität auf eine andere übertragen werden. Es liegt auf der Hand, daß Lösungsvorschläge, die zur Zeit der industriellen "Revolution" gültig waren, nicht dieselben sind, wie die, welche in der Phase des Monopolkapitalismus anwendbar sind und weniger diejenigen, die in einer Zeit angewendet werden, wo der Imperialismus die hegemoniale Form der kapitalistischen Produktionsweise ist. Der Marxismus-Leninismus widersetzt sich entschieden jedem Dogmatismus, jedem Automatismus der taktischen und strategischen Lösungen, er weist auf lebendige Methoden hin, um in jeder Epoche und in jeder Lage die entsprechenden Methoden zu finden, ohne mechanisch eine Theorie anzuwenden, die sonst in ein Dogma verwandelt würde. Es ist übrigens das, was Lenin selbst erklärt:

"Das ist der Grund, warum der Marxismus keine Form des Kampfes absolut ablehnt. In keinem Fall will er sich auf die in einem bestimmten Augenblick vorhandenen und möglichen Kampfformen beschränken; er gesteht zu, daß eine Veränderung der sozialen Konjunktur unausweichlich das Auftreten neuer Formen des Kampfes nach sich ziehen würde, die Militanten der jeweiligen Zeitspanne noch unbekannt sind (...) An zweiter Stelle fordert der Marxismus absolut, daß die Frage der Formen des Kampfes unter ihrem historischen Aspekt erwogen wird. Diese Frage außerhalb konkreter historischer Umstände zu stellen, bedeutet das ABC des dialektischen Materialismus zu ignorieren. An verschiedenen Momenten der wirtschaftlichen Entwicklung treten, in Zusammenhang mit den verschiedenen Bedingungen der politischen Lage, der nationalen Kulturen, den Existenzbedingungen usw. unterschiedliche Kampfformen in den Vordergrund, werden zu den wichtigsten und in der Folge ändern sich die sekundären, zusätzlichen Formen ebenfalls. Der Versuch mit ja oder nein zu antworten, wenn es um die Einschätzung eines bestimmten Kampfmittels geht, ohne ausführlich die konkreten Umstände der Bewegung und den erreichten Entwicklungsstand zu prüfen, hieße, das marxistische Terrain vollständig zu verlassen."

Das bedeutet zumindest, daß der bewaffnete Kampf als wichtigste Kampfform einer revolutionären Strategie nicht von vornherein als im Widerspruch zur marxistischen Theorie ausgeschlossen werden kann.

2. Der revolutionäre Terrorismus ist eine nützliche und notwendige Form des

Kampfes, der Teil unseres kommunistischen Erbes ist

Dann stellt sich die Frage nach der Bedeutung des Begriffs "Terrorismus". Dieses Konzept hat im Verlauf der Geschichte einen Bedeutungswandel durchgemacht. Er wird von den Medien sehr pejorativ verwendet, anscheinend seit dem letzten Weltkrieg aufgrund der negativen Verwendung dieses Begriffs durch die Nazi-Propagandisten. Vor dieser Zeit enthielt dieses Wort ein weniger deutliches Werturteil und Emotionalität, sondern bezeichnete einfach eine besondere Form des politischen Handelns: Gewaltsame Aktion, um diejenigen, gegen die es gerichtet war, in Terror zu versetzen. Diese Bedeutung wird von den historischen Theoretikern des Marxismus benützt, die damit nur die Form bestimmter Aktionen ohne pejorative Nebenbedeutung bezeichnen. Für sie unterscheidet sich Terror von Aktionen in Zusammenhang mit einem Aufstand dadurch, daß er den gesamten revolutionären Prozeß begleiten kann, ohne wie der Aufstand auf eine Endphase beschränkt zu sein. Doch hat er damit nicht nur eine einfache punktuelle Bedeutung, und Engels hob bereits eine strategische Funktion hervor:

"Um die Agonie der alten Gesellschaft und die blutigen Geburtswehen der Neuen abzukürzen, zu vereinfachen und zu konzentrieren, gibt es nur ein Mittel: den revolutionären Terror".

Das ist deutlich! Allerdings ist zuzugeben, daß dieses Zitat mit einer einschränkenden Bedeutung dargestellt werden kann, daß heißt, daß der Terrorismus eine Art Hilfsmittel wäre, wenn auch sicherlich strategischer und nicht nur taktischer Art, da er nach Engels eine allgemeine, historisch ausgedehnte Aktion ist, aber das doch vor allem zur Verschärfung der Widersprüche dienen würde, um den Zusammenstoß der Klassen zu radikalisieren und zu beschleunigen, ohne daß damit dem Terrorismus eine Funktion auf der Ebene der eigentlichen politischen Entwicklung zugewiesen wäre (mit der Organisation verbunden usw.). In diesem Zitat erscheinen Terrorismus und Partei nicht deutlich verbunden, doch werden wir sehen, daß sie es sind, daß der Terrorismus seinen Platz im Aufbau der Partei hat und daß der Terrorismus von der Partei gelenkt, organisiert werden muß. Der revolutionäre Terrorismus ist nicht eine Form des individuellen Kampfes, den man als unmittelbare Form des Widerstands des Proletariats einfach spontan stattfinden lassen könnte. Die Avantgarde muß die Führung davon übernehmen, sagen Marx und Engels:

"Weit davon entfernt, sich den angeblichen Exzessen und Repressalien der Volkswut gegenüber gehaßten Individuen oder Gebäuden, mit denen sich abscheuliche Ereignisse verbinden, zu widersetzen, muß man diese Repressalien nicht nur einfach dulden, sondern ihre Führung direkt übernehmen".

Die Bolschewiken traten nachdrücklich für Terroraktionen ein. Lenin betont das ausreichend, man braucht sich nur seinen Text über den "Partisanenkrieg" oder die Sammlung von "Texte über die Jugend" anzusehen, wo er Jugendliche beschimpft, die nicht genügend Bomben herstellen und sagt, es sei richtig, die Verantwortlichen der Repression zu töten, das Geld aus den Banken zurückzuholen wie es die Bolschewiken taten (siehe die berühmten Banküberfälle Stalins in Baku 1904...).

Aber Vorsicht, wir können nicht die aktuelle Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes erklären, indem wir Analysen vom Beginn des Jahrhunderts über die moderne Realität hervorbringen. Zumal für Lenin der Einsatz von Terror nur eine Kampfform sein konnte, der Massenaktion und der politischen nicht-militärischen Aktion der Partei untergeordnet war und das, was wesentlich ist, mit dem einzigen Ziel, den Aufstand vorzubereiten. Dabei wurden zwei Ziele verfolgt, das erste besteht darin, die Massen mit der Taktik des Aufstands vertraut zu machen:

"Der Partisanenkrieg, der allgemeine Terror, die sich seit Dezember in Rußland fast ohne Unterbrechung überall ausbreiten, werden unbestreitbar dazu beitragen, den Massen die richtige Taktik im Augenblick des Aufstands beizubringen. Dieser durch die Massen ausgeübte Terror muß von der Sozialdemokratie akzeptiert und in ihre Taktik eingefügt werden; sie muß ihn selbstverständlich organisieren und kontrollieren, um den Interessen und Erfordernissen der Arbeiterbewegung und des revolutionären Kampfes allgemein unterordnen". (Lenin).

Das zweite Ziel besteht darin, durch diese Taktik zur politischen und militärischen Formierung der Avantgarde (immer im Hinblick auf den Aufstand) beizutragen, wie es Lenin 1905 sagt, als er den Angriff eines Kommandos auf ein Gefängnis begrüßt:

"Hier werden die Vorkämpfer des bewaffneten Kampfes nicht nur verbal, sondern auch durch die Tat eins mit der Masse, sie setzen sich an die Spitze der Kampfabteilungen und -Gruppen des Proletariats, bilden durch das Feuer und Eisen des Bürgerkriegs Dutzende von Volksanführern, die morgen, am Tag des Arbeiteraufstands, mit ihrer Erfahrung und ihrem Heldenmut Tausende und Zehntausende Arbeiter werden unterstützen können."

Man wird uns entgegenhalten, daß durch diese letzten Zitate eine Begriffsverschiebung des "Terrorismus" (die eine gewisse Pünktlichkeit der Aktion impliziert) zu dem des "Partisanenkriegs" erfolgt: Wir können also annehmen, daß diese Differenzierung den Begriff aufeinanderfolgender Phasen in der organisatorischen Funktion und Nutzung der bewaffneten Kampfformen einführt, einer Konzeption, die noch heute voll gerechtfertigt erscheint.

Um klar und unbestreitbar die leninistische Konzeption der bewaffneten Aktion zusammenzufassen, muß man Lenins Vorschläge beim Vereinigungskongreß der POSDR von 1906 lesen:

"1. Die Partei muß zugestehen, daß bewaffnete Aktionen von zur Partei gehörenden oder an ihrer Seite kämpfenden Kampfgruppen grundsätzlich zulässig und in der aktuellen Periode opportun sind;

2. Die Art der bewaffneten Aktion muß der Aufgabe entsprechen, Führer für die Arbeitermassen in der Zeit des Aufstands auszubilden und Erfahrung in der Durchführung überraschender Offensivaktionen zu erwerben;

3. Das wichtigste Nahziel dieser Aktionen muß die Zerstörung des Staats-, Polizei-, und Militärapparats sowie ein gnadenloser Kampf gegen die aktiven Schwarzen Hundertschaften(3) sein, welche Gewalt und Terror gegen die Bevölkerung einsetzen.

4. Zuzulassen sind auch bewaffnete Aktionen, um in den Besitz von Finanzmitteln des Feindes zu kommen, das heißt der autokratischen Regierung, damit diese Gelder dem Aufstand zugute kommen; dabei ist sorgfältig darauf zu achten, daß die Interessen der Bevölkerung so wenig wie möglich beeinträchtigt werden;

5. Bewaffnete Partisanenaktionen müssen unter Kontrolle der Partei so durchgeführt werden, daß die Kräfte des Proletariats nicht nutzlos vergeudet werden und daß gleichzeitig die Eigenschaften der Arbeiterbewegung in dem entsprechenden Ort sowie die Einstellung der breiten Massen berücksichtigt werden."

Man könnte die militärische Frage auch ausgehend vom Standpunkt des Blanquismus, des Anarchismus, des guevarischen Foquismus, des Maoismus usw. betrachten; wenn wir das nicht tun, dann, weil die Kritiken, die an uns gerichtet sind, vorgeben, sich auf traditionelle marxistische Bezüge abzustützen, aber auch weil wir uns selbst auf einen orthodoxen Marxismus beziehen(4), der den beachtlichen theoretischen und praktischen Beitrag von Lenin mit einbezieht. Außerdem weil uns natürlich die mechanische Übernahme der von Lenin in sei-

ner Zeit erarbeiteten Lösungen völlig verfehlt erscheinen würde, obwohl sie die theoretisch gründlichsten und zusammenhängendsten sind, die man unserer eigenen Auffassung von der militärischen Frage im modernen revolutionären Prozeß entgegensetzen kann.

3. Die leninistische Insurrektionstheorie ist eine historisch richtige, jedoch heute überholte Form

Lenins Auffassungen zum bewaffneten Kampf sind sowohl auf der Ebene der theoretischen Grundsätze als auch hinsichtlich der historischen Notwendigkeiten einer bestimmten Epoche richtig. Nun hat sich aber die Epoche geändert, diese Konzeptionen bleiben grundsätzlich richtig, sie müssen aber auf der Ebene der politischen Praxis neu formuliert werden. Es gibt Phasen, die neu zu bestimmen sind, andere verschmelzen dadurch, daß sie überholt sind. Die Zeit bringt neue Erfordernisse mit sich.

Die wesentliche Veränderung betrifft den Begriff des Aufstands, dessen Vorbereitung wie wir gesehen haben, für Lenin die Formen des bewaffneten Kampfes rechtfertigte und bestimmte (doch selbst das könnte man den verschiedenen linksradikalen Sekten entgegenhalten, die objektiv gesehen nichts als Reformismus betreiben, indem sie abgesehen von einem verbalen Radikalismus und einer überholten rituellen Phraseologie nicht den geringsten theoretischen und praktischen Unterschied gegenüber den Sozialdemokraten aufweisen, sich aber trotzdem zweifellos in mystischer Weise auf Marx, Lenin oder Mao zu berufen wagen). Der Aufstand bleibt für alle, die sich als proletarische Revolutionäre begreifen (und somit die Machtübernahme durch das Proletariat anstreben), auch wenn sie heute den bewaffneten Kampf ablehnen, strategisch ausgedrückt, das Hauptziel, das zu einem Umsturz der bourgeoisen Herrschaftsapparate führen soll. Sie können im übrigen diesen Aufstandsprozeß auf verschiedene Art und Weise sehen, doch es ist das Prinzip selber des Aufstands, das uns als nicht mehr passend im modernen Westen erscheint, und deshalb spielt die Kritik eine wesentliche Rolle in unserer Auffassung des bewaffneten Kampfes. Eine Darstellung des Inhalts dessen, was wir als die Leitlinien einer Strategie des bewaffneten revolutionären Kampfes sehen, wird somit die Kritik der Insurrektionstheorie einbeziehen.

Und wir hoffen durch diese wenigen Erklärungen unseren lieben Kritikern begreiflich zu machen, daß sie im Irrtum sind, wenn sie behaupten, daß für uns "die Folge der Vermehrung individueller Handlungen oder der kleinen Gruppen zur Revolution führt, weil dies die Massen "erwecken" würde! Das ist absurd. Wir haben niemals - weder theoretisch noch praktisch! - das geringste mit dem Anarchismus oder irgendeiner Form kleinbürgerlichen Radikalismus zu tun gehabt. Im übrigen sind wir allmählich etwas verärgert darüber, daß immer alles in einen Topf geschmissen wird, Verwirrungen sorgfältig aufrecht erhalten werden und Kritiken an imaginären Standpunkten geübt werden. Wir fordern daher die ultralinken Grüppchen aller Art sowie die verschiedenen Linksradikalen auf, sich mit ihrer Kritik an unsere genauen und konkreten Standpunkte zu halten und nicht an das, was sie sich als getreue Mitläufer der Staatspropaganda oder als glühende Anhänger des radikalen Kretinismus auf eine absurde Art und Weise einbilden (oder einbilden wollen) was wir tun, sagen, denken.

Andererseits muß man erstmal Begriffsklarheit schaffen, um diskutieren zu können. Zum Beispiel, das, was immer als "militärische Frage" bezeichnet wurde, ist nicht dasselbe wie die Frage des proletarischen Selbstschutzes. Man muß beides genau auseinanderhalten. Der Selbstschutz der Arbeiter und des Volkes in den Kämpfen ist ein wichtiges Problem, für das eine Praxis des bewaffneten Kampfes bestimmte Lösungen bringen kann, sicherlich aber nicht auf eine systematische Art und nicht immer wünschenswert. Der Selbstschutz ist wichtig für die Entwicklung der proletarischen Kämpfe und den Prozeß des Bewußtwerdens, er ist ein Begriff, der nicht im Gegensatz zum bewaffneten Kampf steht, ihn aber auch nicht impliziert. Wenn wir hier vom bewaffneten Kampf sprechen, dann nicht im Rahmen der unmittelbaren taktischen Probleme der Massenbewegung (das ist eine Frage, die wir an anderer Stelle diskutieren können), sondern auf der Ebene des globalen revolutionären Prozesses, das heißt im Rahmen einer historischen revolutionären Strategie. Die "militärische Frage" bezeichnet das allgemeine Problem des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen den Kräften des Proletariats und den imperialistischen Kräften. Damit stellt sich die militärische Frage nach der Bildung von kämpfenden Kräften, nach der Art des Parteiaufbaus, der Zerstörung des bourgeoisen Staatsapparats, der Machtübernahme durch das Proletariats auf dem Weg zum Kommunismus.

V. Der bewaffnete Kampf in der revolutionären Strategie

1. Kritik der Theorie der friedlichen Aufstandsvorbereitung

Also, wie stellen wir uns diese Strategie vor?

Um auf diese Frage zu antworten, müssen wir auf das Problem der leninistischen Auffassung der Strategie zurückkommen, um zu sagen, worin wir die verschiedenen Linien dieser politischen Strömungen nicht teilen können, die sich als Wächter einer angeblichen marxistischen Orthodoxie, "Fundamentalismus" oder "Evangelium" des Marxismus, je nach den Fällen, ausgeben, und die sich mit Hilfe von außergewöhnlichem Mut oder einer noch erstaunlicheren intellektuellen Verkalkung seit nunmehr 60 Jahren krampfhaft als die Partei oder künftige Partei sehen und in der liturgischen Verzauberung der geheiligten Texte und gegenseitiger Exkommunizierung leben, ohne jemals auch nur eine Spur von Phantasie oder Realismus an den Tag zu legen! Diesen Strömungen zufolge, wären Methoden anzuwenden, die in halb feudalistischen Ländern zu Beginn des Jahrhunderts mehr oder weniger Erfolg hatten. Und dies durch politischen Kampf, mit dem Versuch den Bewußtseinsstand der Massen durch eine geduldige Agitations- und vor allem Propagandaarbeit, durch Erklärung und Erziehung zu heben, bis zu jenem strahlenden Morgen des großen Abends, wo den Massen dann nur noch Gewehre ausgeteilt werden müssen, um den Sturm auf die Paläste anzutreten. Es ist nicht verwunderlich, daß sich angesichts des geringen Erfolgs dieser Strategie die meisten linksradikalen Strömungen gesagt haben, daß in der Verzweiflung der Lage es noch vorzuziehen war, am Arsch der Sozialdemokratie zu kleben, um die wachsamen Kritiker zu sein oder um eines Tages eine kleine Beteiligung an der Regierungsmacht zu erlangen und sich dabei gleichzeitig, um den Schein zu wahren, zu sagen, man werde, dann die Sozialdemokratie "links" überholen (wie in Chile, Portugal usw. nehme ich an?)

Zwei Probleme tauchen bei dieser Auffassung der Bewußtseinserweckung und der Organisation der Massen allein durch die traditionelle politische Arbeit auf, und wir müssen unsere Strategie unter Berücksichtigung dieser Probleme konzipieren. Das erste Problem betrifft die Frage der Möglichkeit einer friedlichen Vorbereitung zum Aufstand. Das zweite Problem ist die Möglichkeit des Aufstands selbst. Betrachten wir dies aufmerksamer. Ist eine friedliche Vorbereitung zum Aufstand möglich? Wenn wir darauf mit Nein antworten, wollten wir natürlich nicht sagen, daß die Kämpfe zur Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Massen sowie der nicht bewaffnete politische Kampf für die Propaganda und des Auftretens neuer Orga-

nisationsformen der Massen nutzlos seien, ganz im Gegenteil. Sie sind sogar erforderlich und es geht hier nur um die Frage, welche Kampfform die Avantgarde heute annehmen muß, in der sich die kommunistische Strategie in ihrer zugespitzten und umfassendsten Form konzentrieren muß.

Man muß bei der Betrachtung der objektiven Realität auf die außerordentlichen Fähigkeiten der heutigen Bourgeoisie zur Verwertung, Absorbierung und Unterschlagung sehen. Das hängt mit dem im Lauf der kapitalistischen Entwicklung auf allen Ebenen der Gesellschaft eingetretenen Umwandlungen zusammen. Es gibt immer weniger Räume, die sich der Rationalität der kapitalistischen Produktionsweise entziehen können und das äußert sich in verschärfter Entfremdung, allgemeiner Kontrolle durch Herrschaftsorgane über alle Lebensbereiche. Die Rationalität des sozial-ökonomischen Systems selbst und seine Allmacht sind die Hauptursache für den ideologischen und psychologischen Zustand und umso mehr diese Rationalität ausgewertet wird, umso schlechter ist der Zustand. Die Werkzeuge der Manipulation, die Reproduktion der Ideologie, waren noch nie so mächtig, und sie sind auch immer wirkungsvoller geworden. Früher spielten Kirche, Familie usw. eine Repressionsrolle ersten Grades, einfach durch direktes Verdrängen und Hemmen mit Hilfe von Tabus, während heutzutage das System sehr viel komplexer ist und die psychologische Repression sich permanent jedem Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung anpaßt, wobei das Verdrängen durch verschiedene Übertragungen erfolgt (man verzichtet auf seine Freiheit, doch Kredit läßt den Neuwagen als Geschenk erscheinen...). Und vor allem der Klassenkampf ist nach dem gleichen Prinzip auch eine Triebkraft für das Kapital, ein gewisses Niveau an Protest ist für das System notwendig und gehört zu seinem Betrieb. Und sei es nur um den Bedarf zu wecken, auf den das System durch massive und anarchische, verdummende Überinformation antwortet, die es braucht, um uns zu betäuben und uns seine Macht-Ideen einzuhämmern.

Wie sollen wir nun durch Flugblätter, kleine Zeitungen, Sprühaktionen und Megaphone wirksam der Macht der staatlichen und monopolistischen Massenmedien Konkurrenz bieten, die vom Imperialismus weltweit verbreitet sind? Allein schon diese Feststellung begründet die Mutlosigkeit des Linksradikalismus, dem nur folgende Alternative bleibt: Integration in der Unterwerfung oder Sterilität kleiner Abwehrinseln, die zusammengeschweißt werden entweder durch versichernde Dogmatik oder durch einträchtiges Nebeneinander, und die sich dadurch die Illusion geben Widerstand zu leisten, während sie doch nur den Versuch machen, ein wenig abseits zu leben. Wir behaupten dann, daß heute keinerlei Fortschritt ohne eine Strategie des radikalen Bruchs in allen Bereichen möglich ist, wir sagen, daß es sich nicht um Selbstschutz handelt, es geht nicht darum, Gruppen zu bilden, um sich warm zu halten, indem man sich mittels einer Gruppensprache als anders bezeichnet als es der Oppressor wünschen würde, um eine Lebensweise, um eine Redensart, um einen Wortstreit, der übrigens semantisch immer gleich abläuft, welche Gedankenreferenz es auch immer sein mag (freiheitlich, "alternativ", "marxistisch-leninistisch", Zeugen Jehovas oder sogar "bewaffneter Kampf"...). Wenn es dabei um eine Art des Seins, und im gewissen Sinn um eine existentielle Militanz und nicht so sehr um eine Kampfstrategie geht, mit der konkret eine Revolution, ein Machtwechsel herbeigeführt werden soll. Wir sagen, man muß mit der Einfachheit vorgekauter Ideen und der Selbstbefriedigung Schluß machen, die sich aus einem bestimmten Protestgebaren ergeben (Filzpantoffeln unter den Cowbowstiefeln tragen!). Weder Opfer noch Komplizen, wir müssen die sein, die angreifen.

Man kann heute nicht mehr annehmen, daß durch einfache politische Überzeugungsarbeit der Bewußtseinsstand des Proletariats soweit gehoben werden kann, wie es für einen Aufstand notwendig wäre. Man kann sich im übrigen fragen, ob das jemals denkbar war...

Vergessen wir z.B. nicht, daß das vorrevolutionäre Rußland politisch-ideologisch nicht mit unseren bourgeoisen Demokratien vom Ende des 20. Jahrhunderts vergleichbar war: Beim Verteilen der Iskra riskierte man Sibirien, und bei Demonstrationen setzte man sich nicht den harmlosen Tränengasgranaten aus, die hier zu dem Ruf Faschismus führen, sondern Säbelhieben. Das bedeutet, daß zu jeder Epoche, die gleichen Kampfformen nicht dieselben Werte des Bruchs und der Subversion haben. Im schlimmsten Fall war das Anbringen der Roten Fahne in der zaristischen Epoche eine ebenso radikale Dissidenz wie heute das Legen einer kleinen Bombe.

Außerdem darf man die Leute auch nicht für dumm halten, heute können die Proletarier nachdenken, lesen, sie sind gut informiert und begreifen, daß dieses System verrottet und schädlich ist, und wenn auch Aufklärungs- und Informationsarbeit nach wie vor notwendig ist, so muß sich unser politisches und ideologisches Vorgehen anders äußern, andere Ziele haben.

2. Ideologische Rolle des bewaffneten Kampfes

Das System der Entfremdung erreicht nie gekannte Grade und das könnte hinsichtlich der Möglichkeiten zur Befreiung pessimistisch stimmen. Das wäre ein Fehler, da die Unterdrückung sich zur gleichen Zeit entwickelt, wie sie die Mittel zu ihrer Bekämpfung und die Gründe zu ihrem Verschwinden entwickelt. Insbesondere geht die wirtschaftliche Entfremdung der Arbeit einher damit, daß dem Arbeiter seine Arbeit fremd wird, daß ihm keine Arbeit Befriedigung mehr schafft, daß er in ihr keine ethische oder schöpferische Tätigkeit sieht, deren Rechtfertigung im Allgemeinen kaum noch sichtbar ist, außer der einzigen Rationalität, der Ausbeutung; ein Wandel, der den Bruch mit dieser Produktionsweise nur erleichtern kann. Das System reagiert auf diese neue Schwäche, die sich aus der einfachen Entwicklung des Kapitalismus ergibt, durch gesteigerte Repression, durch Schaffung von Abhängigkeit. Es wird also alles getan, um die Individuen voneinander zu isolieren, Klassenabgrenzungen mittels kultureller Beeinflussung, je nach Altersgruppen, Moden usw. zu verwischen und insbesondere durch massive Besetzung des gesamten Alltags, bis zur Manipulation des Unterbewußtseins, um ein Gefühl der Vernichtung, der Unterlegenheit und der Schwäche des Individuums zu bilden, daß sich machtlos und allein fühlt angesichts eines übermächtigen Systems, das ihm engumgrenzte Bezirke einrichtet, die aber nur das negative Abbild der Maschen in dem Überwachungsstrich und Steuerungsnetz sind. Abgegrenzte Bezirke für die Lohnarbeit, für das Vergnügen, zum lernen, zum lieben, wobei sich der Konsum ritualisiert und sich die Legalität nicht zu sehr als großer Knüppel darstellt, sondern mehr als eine Vielzahl von Türen (Presse, Parteien, Versammlungsfreiheit, Streikrecht, Meinungsfreiheit usw.), mit der Überschrift "zum protestieren - hier eintreten", die zum weichen Daunenbett der Bourgeoisie führen, das Schreie und Schläge erstickt.

Auch wenn Schreie und Schläge sich nutzlos und verzweifelt in der weichen Matratze verlieren, die tatsächlich die beste Panzerung der bourgeoisen Diktatur ist, können wir doch durch Feuer und Schwert Risse hervorrufen, aus denen die dämpfenden Federn quellen werden, was zu einem Blutsturz der Demokratie führen wird. Das bedeutet sicherlich eine Verringerung der "Freiräume" und der Grund"freiheiten", eine Radikalisierung der Repression, doch zugleich wird auch das Feindbild deutlicher, und die Widersprüche werden bis zum Zerreißen zugespitzt, die bourgeoise Diktatur wird ihres

augentäuschenden Schleiers beraubt und zeigt ihr wahres Gesicht, eine klare und direkte Entwicklung des Kampfes, Kraft steht gegen Kraft, Klasse gegen Klasse. Die Verteidiger des Kapitalismus können den bewaffneten Kampf verleumden, schlecht machen, die Partisanen als "Terroristen" bezeichnen, ihre eigenen Denkkategorien auf die Guerilla übertragen und in ihr das sehen, was sie selbst sind: Söldner, und somit versuchen, sie zu schwächen. Doch sie werden niemals die bewaffnete Opposition institutionalisieren und auffangen können, während doch alle anderen Formen außer der des revolutionären Krieges von der Funktionsweise des Kapitalismus integriert werden können. Weil kein gesellschaftliches und damit staatliches Klassensystem Handlungen hinnehmen kann, die auf seine gewaltsame Zerstörung abzielen.

Auf der Ebene dieser Phase, die früher, die einer nicht bewaffneten Vorbereitung war, zielt der bewaffnete Kampf allein auf einen echten Bruch des Konsens ab. Indem er die Dissidenz über die mögliche Funktionsweise des Kapitals und des Staates hinaustreibt. Der Partisanenkrieg zeigt die Schwächen des für allmächtig gehaltenen Feindes, er zeigt, daß man kämpfen und siegen kann. Schon die einfache Tatsache, daß man zu Repressalien gegen den Feind in der Lage ist, spielt ideologisch gesehen eine außerordentliche bedeutsame befreiende Rolle. Schon die geringste Erfahrung in militanter Massenarbeit zeigt das: die Leute sagen uns bei der Arbeit oder auf der Straße, daß sie die Nase voll haben und daß sich alles vollständig ändern müßte, und wenn sich dabei auch jeder Einzelne unschwer bereit erklärt, revolutionär zu sein, so wird er doch hinzufügen, daß es keinen Zweck habe sich zu engagieren, Gefahren auf sich zu nehmen, da niemand wirklich etwas tue und alle anderen Dummköpfe sind usw. Dann ist es politisch und ideologisch von großer Bedeutung zu beweisen, daß der Klassenfeind nicht allmächtig ist und solidarisches Handeln der Bevölkerung möglich ist und daß man den Ausbeutern schmerzhafte Schläge zufügen kann, daß Bullen und Justiz für ihre Morde und Übergriffe bezahlen müssen, daß die kolonialistischen Söldner physisch für die Ermordung jedes Bruders in der Welt und den beherrschten Ländern geraubtes Kilogramm Reichtum büßen müssen, jeder Arbeitgeber psychisch und materiell darin gehindert werden kann, sich auf dem Rücken des Arbeiters zu bereichern, auf Kosten seiner Erschöpfung, Entfremdung, Verstümmelung, auf Kosten eines Lebens, das beschlagnahmt war durch die absurde Rationalität eines unmenschlichen Systems. Außerdem sagen wir, daß bewaffneter Kampf zum Hoffnungsträger werden kann, zum Funken der Würde, welche die Flamme der Freiheit entzündet.

3. Der revolutionäre Kampf muß eng mit den Volksmassen verbunden sein

Doch das ist nur die allgemeine politisch-ideologische Rolle des bewaffneten Kampfs, der global handelt als Beispiel für den Widerstand und den revolutionären Angriff unter konkreter Veränderung des Kräfteverhältnisses und des Feindbildes, welche andere menschliche Werte in Erscheinung treten läßt, als die, mit denen uns die alte Gesellschaft der Herrschenden versteinert. Es gibt eine deutlichere politisch-ideologische Rolle, die der Existenz des bewaffneten Kampfes innerhalb der Massen. Denn unsere üblichen Kritiker werfen uns vor, wir stünden außerhalb der Volksmassen und genau dieses Bild zeichnet auch die reaktionäre Propaganda. Daß bestimmte bewaffnete Gruppen heute völlig abseits stehen und auch nicht den geringsten politischen Bezug zu den Massen haben (höchstens, um gelegentlich in antirepressives Elendsgejammer zu verfallen oder sich in den Gefängnissen mit der Kriminalität des Lumpenproletariats gleichzuschalten) steht fest. Andererseits ist es auch normal und unvermeidlich, daß die Militanten individuell gezwungen sind, völlig im Untergrund zu arbeiten, um ihre Aktivitäten korrekt fortsetzen zu können. Doch außerhalb des Volkes steht nur der, der das wünscht. Es sei uns gestattet, durch ein kleines persönliches Beispiel diese Frage zu erklären: Bevor ich mich auf Grund der Ereignisse und bestimmter Notwendigkeiten, die sich aus unseren politischen Entscheidungen ergaben, gezwungen sah, ganz zum Militanten zu werden, war ich ein Arbeiter wie jeder andere, Gewerkschaftsmitglied (nicht aus Bewunderung für die Gewerkschaft), sondern ganz einfach, weil die Gewerkschaft bestimmte militante Möglichkeiten bot und die fortschrittlichsten Elemente ihr angehörten), wobei ich mein illegales Engagement geheim hielt und gleichzeitig ganz legal in der Agitation und Massenorganisation, der Information und Propaganda tätig war. Ende dieser persönlichen Zwischenbemerkung. Wir wollten nur sagen, daß der bewaffnete Kampf einem nicht zum Außenstehenden in Bezug auf die Massen macht, wenn man das nicht will (und wir wollten es eben nicht). Selbstverständlich können bewaffnete Aktionen heute nur durch Untergrundstrukturen geführt werden), doch das bedeutet nicht, daß deswegen ihre Militanten oder ihre politischen Linien der breiten Masse fremd sind. Ebenso wie ein Flugblatt nicht von der breiten Masse formuliert und verteilt wird, sondern von ihren fortschrittlichsten Elementen, und das gleiche gilt auch für den bewaffneten Kampf, insoweit er von den fortschrittlichsten Elementen des Proletariats oder anderen Schichten des Volks geführt werden muß, und nicht von einer Art revolutionärer Geheimagenten, die nicht in den Massen einbezogen sind.

Solange ihre eigene Sicherheit es ihnen erlaubt, müssen die Partisanen eine Lebensweise erhalten, die den übrigen Proletariern konform ist. Ihre Klassenidentität nicht nur ideologisch und politisch, sondern auch ihre eigene soziale Stellung beibehalten, aktive, alltägliche, permanente Beziehungen zu den Volksmassen unterhalten. Nicht nur durch die Anwendung einer historisch gesehen proletarischen politischen Linie, sondern auch durch ihre Rolle als objektive Avantgarde im Alltagskampf des Proletariats. Insbesondere in den Kämpfen für die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Massen. Und wenn diese soziale Integration für eine winzige Minderheit von Militanten aus Sicherheitsgründen oder aufgrund besonderer militanter Aufgaben nicht möglich ist, dann dürfen wir keine Außenseiter oder Rebellen sein, sondern Vollzeitmilitante, Berufsrevolutionäre und wenn auch das Wort einige Idealisten schockiert, Funktionäre ihrer Organisation.

4. Eine proletarisch-politische Linie

Das zweite Bindeglied zu den Massen ist natürlich die Verwirklichung einer proletarischen politischen Linie, die sich auf eine Klassenanalyse und einen Klassenstandpunkt stützt; das heißt einer Linie, die der geschichtlichen Funktion und dem geschichtlichen Werden des Proletariats als Klasse entspricht, die dazu aufgerufen ist, durch ihre Machtübernahme das Entstehen einer klassenlosen Gesellschaft zu ermöglichen. Die kommunistische Linie.

Die dritte Achse der Integration in die Volksmassen ist die organisatorische Linie. Wir haben nie an kleine verstreute Elemente gedacht(5), welche die Massen durch ihre Aktion aufwecken sollen, wie das die Anarchisten im vorigen Jahrhundert denken mochten. Für die Kommunisten geht es gegenüber den Massen darum, durch ihre politische Praxis das Proletariat aus einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich zu verschieben. Das heißt zur Klassenneubildung eines Proletariats beizutragen, dessen Bedeutung immer weiter wächst (im Gegenteil zu dem, was manche behaupten), das aber stark aufgeteilt ist (unterschiedlicher Status innerhalb der Arbeiterklasse, Proletariat im Dienstleistungsbereich usw.), um

schließlich die Verwirklichung des Proletariats als Klasse zu beschleunigen, als dialektische Voraussetzung für dessen eigenes Verschwinden im Übergang zum Kommunismus. Das bedeutet Zugang des Proletariats zum Klassenbewußtsein. Träger, Ausdruck und Faktor des Klassenbewußtseins ist dabei die politische Organisation des Proletariats als Partei.

5. Der Aufbau der Partei

Unsererseits denken wir, daß die Partei sich nicht selbst proklamieren kann, und die Partei als Voraussetzung für den revolutionären Aufschwung zu schaffen bedeutet, den Pflug vor das Pferd zu stellen. Die Partei ist der wichtigste politische Ausdruck des Proletariats, sein zentraler Ort, der Motor und die Verkörperung des revolutionären Klassenbewußtseins. Daher kann man annehmen, daß wenn man die Partei verteidigt, man das Proletariat verteidigt, aber wenn das letztgenannte nun in der Bewegung des Klassenkampfs noch nicht auf eine ausreichende Ebene der Wiederzusammensetzung, der politischen Identität und im gesamten sozialen Bereich als der größte objektive und subjektive Widersacher in Erscheinung getreten ist, dann riskiert die Entwicklung der Partei, sich - durch Kompromisse mit der Bourgeoisie in ihrem parteipolitischen Spiel - auf den Verrat der Klassen zu orientieren. Oder aber es wird eine Verknöcherung um die "richtigen" Grundsätze und eine Linie, die zu ihrer Zeit richtig war, deren Anwendungsversuche aber auf die Wandlungen der objektiven Realität stoßen, [*eintreten*, Einf. d. Hg.].

Wir können damit annehmen, daß die Partei die organisatorische Dynamik der objektiven Avantgarde des Proletariats zum Ausdruck bringt, daß sie aber ausdrücklich als gebildete Partei erst in Erscheinung treten kann, wenn sie vom Proletariat auf diesen Weg in die Welt gesetzt wird, wobei sie dann die politische, theoretische und militärische Zentralisierung des Proletariats in der Organisierung der entwickelsten Elemente seiner Avantgarde ausdrückt (die Partei ist weder eine Massenorganisation noch eine Gewerkschaft). Die Partei bildet sich als monolithischer Ausdruck der Reife des Proletariats im Zuge der politisch-militärischen Konfrontation und folglich im Zuge des schrittweisen Auftretens der Notwendigkeit eines zentralisierten Instruments, das dem Proletariat als wichtigstes Instrument für die Machtübernahme dienen kann.

Die russischen Kommunisten haben sich nicht sofort in einer Organisation konstituiert, welche den Anspruch erhob, allein über die richtige Praxis zu verfügen und von vornherein als zentral zu gelten. Allerdings konnte dort die Partei als solche vielleicht frühzeitiger in Erscheinung treten, insofern die proletarische Zentralisierung unmittelbarer vorhanden war: eine kleine konzentrierte Arbeiterklasse, die Organisation der Avantgarde dieser proportional reduzierten Schicht konnte ganz legitim als Partei des Gesamtproletariats auftreten (dessen Schichten, von der Arbeiterklasse abgesehen, völlig heterogen waren und damit keine autonome politische Kapazität hatten, was heute nicht mehr der Fall ist).

Doch sind wir weder Subjektivisten noch Mechanisten, wir denken auch nicht, daß die Partei durch spontane Zeugung oder schrittweise im Laufe der Entwicklung des Klassenkampfs entstehen wird, da eine Wechselwirkung zwischen dieser Entwicklung des Klassenkampfes und dem Vorgehen der Partei besteht. Damit es eine Partei gibt, muß der Wille dazu vorhanden sein, sie muß sich bilden, und diese Bildung muß einen bewußten politischen Willen und einer geduldigen Organisationsarbeit entsprechen. Alles hängt jedoch auch von den nationalen historischen Bedingungen ab, das heißt, nicht nur von den objektiven sozialen Gegebenheiten, sondern auch von der eigenen Geschichte, von jeder nationalen Arbeiterbewegung. In Spanien z.B. wird die Geschichte gekennzeichnet durch eine ununterbrochene Kontinuität der kommunistischen Bewegung, nicht nur der organisierten kommunistischen Existenz innerhalb der Arbeiterklasse, sondern sogar auf dem Niveau der kämpfenden kommunistischen Bewegung, da der bewaffnete kommunistische Kampf innerhalb des antifaschistischen Widerstands seit 1937 nie aufgehört hat. Aufgabe der modernen Kommunisten war somit die politische Wiedererrichtung der kommunistischen Partei und nicht ihre Schaffung aus dem Nichts, und diese historische Aufgabe ist das Werk der (wiedererrichteten) Kommunistischen Partei Spaniens. Es liegt auf der Hand, daß das in der BRD nicht der Fall ist, wo die kommunistische Bewegung ganz neu ins Leben gerufen werden muß, da es keinerlei Kontinuität dieser Art gibt, weil die kommunistische Bewegung dort seit vor dem Krieg zerschlagen worden ist.

In Frankreich ist die Lage ebenfalls anders (diese fundamentalen Unterschiede tragen übrigens mit dazu bei, daß der Aufbau einer einheitlichen revolutionären Bewegung auf europäischem Boden Blödsinn ist, abgesehen davon, daß soziale, wirtschaftliche und kulturelle Unterschiede selbst in dem imperialistisch immer stärker vereinheitlichten Europa wesentlich bleiben; zwischen London und Athen, Frankfurt und Neapel, Brüssel und Sevilla gibt es ebenso viele Unterschiede wie zwischen New York und Abidjan). Etwas vereinfacht läßt sich sagen, daß die Lage der Kontinuität der kommunistischen Bewegung in Frankreich besser ist als in Westdeutschland, doch nicht so gut wie in Spanien: einerseits aufgrund der Voraussetzungen, unter denen die FKP entstand, die von Anfang an große Schwächen hatte, und andererseits weil die Kapazitäten des bewaffneten kommunistischen Kampfs, der im Rahmen des antifaschistischen Widerstands zur nationalen Befreiung aufgetaucht war, 1945 abgewürgt wurde und wir also 40 Jahre Zerstörung kommunistischer Bewegung in diesem Land vorfinden. Für uns muß es somit in Frankreich weniger um eine Wiedererrichtung als um einen erstmaligen Aufbau der kommunistischen Partei gehen. Das ist eine langfristige organisatorische Aufgabe; nun sprechen wir von der Partei, wie wir sie weiter oben definiert hatten. Und diese Steigerungsfähigkeit des Aufbaus der Partei verbietet natürlich nicht anzunehmen, daß ein wichtiger Schritt auf diesem Wege der relativ kurzfristige Aufbau einer Partei wäre, einer revolutionären Partei mit folgenden drei Kennzeichen: Kommunistisch, Proletarisch, Kämpfend.

6. Der bewaffnete Kampf als Praxis der Avantgarde beim Aufbau der Partei

Wir stellen folglich den bewaffneten Kampf nicht als eine Gesamtheit von Grüppcheninitiativen dar, mit denen die Masse erweckt und Reaktionen ausgelöst werden sollen, wobei man abwartet, was geschieht. Der bewaffnete Kampf kann sich aber auch nicht darauf beschränken, den "bewaffneten Arm" der Massen zu bilden, wir lehnen diese Vorstellung völlig ab, die aus der Guerilla eine Art radikale Untergrundfraktion der Gewerkschaftsbewegung machen würde, wobei abgewartet würde, daß die Massen ein Bedürfnis äußern, um dann zu seiner Befriedigung beizutragen usw. Wir verstehen den bewaffneten Kampf weder als Ausdruck eines bewaffneten Arms der Massen noch als der bewaffnete Arm einer nicht bewaffneten politischen Organisation (wie das zwischen der proletarischen Linken und dem neuen Volkswiderstand der Fall sein könnte; dieses Konzept halten wir heute für falsch).

Andererseits betonen wir nachdrücklich, daß der bewaffnete Kampf nicht eine Form des Kampfs unter anderen ist, nicht ein besonderes Hilfsmittel der Massenkämpfe. Der bewaffnete Kampf läßt sich nur als kommunistisch und revolutionär bezeichnen, wenn er sich in die Kontinuität der historischen Strategie der kommunistischen Weltbewegung einfügt. Er muß zum konkreten Ausdruck des Pro-

zesses werden, bei dem die organisierte Avantgarde des Proletariats politisch in den Vordergrund tritt, eine Avantgarde, die der Ort ist, indem sich das Klassenbewußtsein des Proletariats katalysiert, was die historische Funktion der Partei ist, weshalb der revolutionäre bewaffnete Kampf ein wesentlicher und untrennbarer Bestandteil des Prozesses zum Aufbau der Partei ist.
Konkret bedeutet das unter anderem, daß der bewaffnete Kampf als politische Praxis, die durch eine wahre Strategie diktiert wird (die also unvereinbar ist mit Spontaneität und Subjektivismus) im Proletariat verankert sein muß und dort also höchster politischer und militärischer Ausdruck einer allgemeinen politischen Aktion, die zentral organisiert ist, funktionieren muß, das heißt also, daß die traditionellen Funktionen der Organisationen einbegriffen sein müssen, die sich auf die revolutionäre Bewegung berufen, ohne sich die Mittel zu geben, um wirklich revolutionär zu sein. Das bedeutet, daß um den bewaffneten Kampf herum (das heißt im selben Rahmen der organisierten Strategie wie der bewaffnete Kampf und nicht speziell durch ihn) alle taktischen Formen der politischen Aktion, der Propaganda, Agitation, Denunziation, Erklärung, Information, der Bildung und Entwicklung von Massenorganisationen ablaufen müssen.

VI. Die politisch-militärische Frage

1. Die Machtübernahme wird durch einen langandauernden revolutionären Krieg möglich sein

Nachdem wir uns mit dem Problem der Bewußtseinserweckung befaßt haben, ausgehend von der Kritik der Insurrektionstheorie, wollen wir diese Kritik fortsetzen, indem wir sie diesmal aus militärischer Sicht betrachten. Die politische Machtübernahme durch das Proletariat auf einem punktuellen und massiven Aufstand abstützen, ist heute unmöglich. Wir haben die politischen und ideologischen Gründe gesehen, die Gründe bestehen ebenfalls aus militärischen Motiven. Niemals waren die Repressionsapparate so mächtig und wirksam, niemals gab es ein solches Mißverhältnis zwischen den militärischen Möglichkeiten des Proletariats und den militärischen Kräften der bourgeoisen Diktatur. Auf internationalem Niveau steht uns das System der NATO gegenüber, die Koordination der Polizeien, die Informatisierung der Nachrichtendienste und damit der Aufschwung des internationalen Austausches, die wirkungsvollen Möglichkeiten des "europäischen Rechtsraums", die aktive Tendenz zur europäischen Standardisierung der Bullen-, Justiz- und Knastapparate (mehr oder weniger) bis zu den militärischen Geräten. Selbstverständlich ist das alles von der Homogenisierungstendenz unzertrennlich, die sich auf der sozial-ökonomischen und politischen Ebene, unter der Schirmherrschaft der Sozialdemokratie, ergibt.
Auf nationalem Niveau brauchen wir uns nicht lange bei der militärische Macht des Feindes aufzuhalten, wir werden in dieser Frage von den antirepressiven Heulsusen und sonstigen Demokraten (selbst wenn sie bewaffnet sind), die vom "großen Bruder" besessen sind, zur Genüge mit Informationen bedient. Es reicht, das beträchtliche Anwachsen der Militär- und Polizeikräfte zu beschreiben, ihre wachsende technische und strukturelle Fähigkeit zur Aufstandsbekämpfung, das Überziehen des ganzen Landes mit einem engmaschigen polizeilichen Netz zur Überprüfung sowohl der Massen als auch des Einzelnen, für das alle Errungenschaften aus Wissenschaft und Technik eingesetzt werden.
Selbst in dem völlig unmöglichen Fall, daß die notwendige Planung und militärische Vorbereitung des Aufstands der militärischen Kontrolle des Feindes entgehen würde und es damit auch seiner präventiven Repression entgehen würde, hätten die Volksmasse auch nicht die geringste Chance im heutigen Westeuropa erfolgreich die direkte Auseinandersetzung zu übernehmen, was Formen des Stellungskriegs, die Errichtung befreiter Gebiete, die Besetzung städtischer Ballungszentren, die nicht nur punktuell wären, voraussetzt. Heute kann eine zahlenmäßig kleine, spezialisierte und professionelle Streitmacht, die mit modernem Gerät ausgerüstet ist, voll wirksam eine Offensive gegen einen Aufstand durchführen. Ferner ist die neue Dezentralisierung der Einsatzkommandos und ihre Fernmeldemittel zu berücksichtigen, was bedeutet, daß eine plötzliche Aufstandsoffensive nicht in der Lage wäre, das operative Funktionieren des Feindes zu lähmen, da die Führungs-, Fernmelde-, Logistik- und Kampfmittel nicht konzentriert sind, sondern auf sehr flexible Netze verteilt sind (die Frage läßt sich heute nicht mehr durch Einnahme einiger Kasernen und des Hauptpostamts lösen...).
Hinzu kommt, daß wenn die Entwicklungskrise des Imperialismus allzu kritisch andauern würde, ohne daß ein momentaner Ausweg in einer militärischen Konfrontation zwischen den Blöcken gesucht würde, könnte der Bourgeoisie gar nichts besseres passieren als ein Proletarieraufstand, weil es dann zu einer Neuauflage der Vernichtung der Kommune von 1871, der Kommune von Shanghai, der Spartakistenbewegung usw. kommen könnte. Die Bewegung würde im Blut erstickt werden, vor allem durch die neuen, leichten Artilleriesysteme, der Luftkampfmittel (vor allem Kampfhubschrauber), zweifellos auch mittels taktischer Nuklearwaffen, deren konterinsurrektioneller Einsatz ausgesprochen realistisch erscheint, weil die materiellen Vernichtungen relativ begrenzt sind (was weniger spektakulär und moralisch akzeptabler ist), wobei die vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten dieser taktischen Nuklearsysteme sehr aussichtsreich erscheinen und ein großer Fortschritt für die Militärwissenschaft sind. Diese Art militärischer Konfrontation hätte für die Bourgeoisie die Vorteile der klassischen innerimperialistischen Kriege: Brutale wirtschaftliche Erneuerung, Beseitigung der Überproduktion usw. Außerdem ließen sich damit einige Reste institutioneller Widersprüche der Bourgeoisie durch Einsetzung brutaler staatlicher Strukturen beseitigen, es würde zu einer besseren Beherrschung der imperialistischen Umstrukturierungsbewegungen kommen, und ein gebrochenes Proletariat würde wieder erneut ein halbes Jahrhundert sozialen Friedens unter verstärkter Ausbeutung und Repression ergeben.
Wir müssen uns also für einen langfristigen revolutionären Prozeß, einen langandauernden Revolutionskrieg entscheiden, weil derzeit die Aussichten auf eine Revolution ausgeschlossen sind, die sich auf einen friedlichen, parlamentarischen Übergang (diese Lösung ist so absurd, daß wir gar nicht darüber sprechen) oder einen friedlich vorzubereitenden plötzlichen und massiven Aufstand abstützen würden.

2. Die wichtigsten Kriterien in Verbindung mit der strategischen Entscheidung des bewaffneten Kampfs

Als Zusammenstoß zwischen militärisch ungleichen starken Kräften muß der proletarische Befreiungskrieg als Hauptform die Guerilla haben, da der Partisanenkrieg das einzige militärische Mittel ist, das bei einer Konfrontation mit zahlenmäßig und technisch überlegenen Kräften erfolgreich sein kann.
Ein solcher langandauernder Krieg wird innerhalb des Proletariats die Entwicklung einer echten (und nicht selbst ernannten) Avantgarde ermöglichen, die durch das Klassenbewußtsein bestimmt ist. Ein Klassenbewußtsein, das sich nur durch einen absoluten Einsatz im Klassenkampf, und dies auf seinem höchsten Niveau, in seiner Gesamtheit erwerben und sich objektiv verwirklichen läßt. Der bewaffnete Kampf für den Kommunismus zielt auf diese kämpferische Gesamtheit ab und will somit den Raum der absoluten antagonistischen Konfronta-

tion als den Ort bezeichnen, wo das revolutionäre Klassenbewußtsein entsteht, insofern es vor allem eine Vollständigkeit ist, das vollständige Bewußtsein, am Gang der Geschichte als Klasse beteiligt zu sein, deren Kampf um die Macht die Menschheit aus ihrer tierhaften verfremdeten Vorgeschichte herausreißen wird.
Die Partei ist zugleich Träger und Produkt des Klassenbewußtseins, da sie die Zentralität des Proletariats als Klasse zum Ausdruck bringen muß und die am weitesten fortgeschrittene Organisationsform des Proletariats ist.
Folglich muß der bewaffnete kommunistische Kampf der höchste (weil der vollständigste) Ausdruck des Klassenbewußtseins sein, doch ist die Partei zugleich Träger und Produkt dieses Klassenbewußtseins (genauso wie sie ihr organisatorischer Ausdruck ist, während das Konzept des bewaffneten Kampfes sich mehr auf die Äußerungsform als auf die Art der Kollektivierung des Bewußtseins bezieht); der bewaffnete Kampf äußert sich daher gemäß einer Entwicklung, welche die der Partei eigentümlichen Funktion zunächst auftauchen läßt und dann ihre Verwirklichung anstrebt. In diesem Sinn ist der bewaffnete Kampf der Klassenkampf, der den Weg zum Aufbau der Partei beinhaltet. Das erfordert von der Guerilla einen klaren Kurs bei ihren Entwicklungsentscheidungen. Schauen wir uns das näher an:
- Wir wollen den Kommunismus. Um dahin zu gelangen, muß das Proletariat die Macht übernehmen und sie ungeteilt ausüben. Das ist heute angesichts der Polarisierung der Gesellschaft möglicher denn je. Sie hat aus dem Proletariat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gegenüber der Bourgeoisie gemacht, die sich zunehmend um die imperialistische Oligarchie schart, selbst wenn die innere Zusammensetzung des Proletariats heterogen ist (allerdings darf man das auch wieder nicht übertreiben, da z.B. die Arbeiterklasse immerhin sehr viel homogener ist als früher). Das "Volk" hier und jetzt ist das Proletariat, nur die Proletarier. Und das Kleinbürgertum? Es liegt in jeder Hinsicht im Sterben und kann keinerlei revolutionäre Rolle mehr spielen, es ist heute historisch völlig reaktionär, da seine objektiven Interessen, (die es übrigens in seinen politischen Äußerungen voll zum Ausdruck bringt) einmal eine Ablehnung der Vernichtung des Kapitalismus (daher immer heftigerer Antikommunismus des Kleinbürgertums insgesamt, selbst in seinen früher als "fortschrittlich" bezeichneten Schichten: die Linksintellektuelle z.B. sind die hohen Priester im Kampf gegen den Kommunismus) und Widerstand gegen die imperialistische Entwicklung sind, was in beiden Fällen dem Sinn der Geschichte zuwiderläuft und somit reaktionär ist. Folglich muß sich die Guerilla als Kampfform und Organisationstyp im Proletariat entwickeln und darf auf keinerlei Klassenbündnis beruhen. Dabei sehen wir das Proletariat nicht so wie bestimmte Subjektivisten, die das Proletariat anhand von Bewußtseinskriterien oder Situationen im Abseits definieren, sondern wir verstehen es im marxistischen Sinn des Wortes und können hier, wenn wir sehr großzügig sind, nur diejenigen als Proletarier sehen, deren Einkünfte weder direkt noch indirekt auf einer Mehrwertauspressung stammen. Wir sprechen dabei nicht vom Proletarier als "soziale Figur" oder von etwas das durch sozio-kulturelle Kriterien definiert ist, sondern einzig und allein anhand seines objektiven Platzes in den Produktionsverhältnissen.
Das bedeutet nicht, daß Außenseiter oder Kleinbürger, getrieben von ihrer Subjektivität oder ihrer intellektuellen Überlegung sich nicht auf seiten der Guerilla einsetzen können. Das soll nur heißen, daß die Arbeit der organisatorischen Entwicklung der kommunistischen Kämpfer sich ausschließlich im proletarischen Milieu abspielen muß, daß die politische und militärische Leitung der Organisation streng von Proletariern gesichert wird (und nicht von Kleinbürgern bzw. subjektiven Proletariern).
- Ein weiterer Wesenszug der Guerilla auf ihrem Weg zum Aufbau der Partei ist die Bildung einer Kaderorganisation. Die den bewaffneten Kampf führende Organisation hat absolut nichts mit einer Massenorganisation zu tun, es handelt sich weder um eine bewaffnete Gewerkschaft noch um eine Art Dachverband von Kampffronten, von sozialen Bewegungen oder bewaffneten Gruppen, die politisch autonom wären, es handelt sich auch nicht (folgt meinem Blick...) um ein Untergrundgrüppchen, das sich auf Bewegung Ausgeflippter, Lumpenproletarier oder orientierungslosen Kleinbürgern abstützt (welche die erste Gelegenheit nützen, um zu bereuen und ganz aktiv mit den Bullen zusammenzuarbeiten; auch das ist eine Gemeinsamkeit zwischen bestimmten derzeitigen Gruppen oder den sozialrevolutionären bzw. anarchistischen Gruppen von früher, von denen sie bis zum Sigel beeinflußt werden). Ganz im Gegenteil, die kämpfende kommunistische Organisation muß aus kommunistischen Kadern zusammengesetzt sein, daß heißt aus erfahrenen Partisanen, die höchst politisiert sind, eine solide Erfahrung in Massenagitation, Propaganda und Organisation haben und ausreichende politische und theoretische Fähigkeiten haben, damit jeder Militante der aktive Erzeuger der kollektiven politischen Linie sein kann. Jeder Kämpfer muß in der Lage sein, die gesamte strategische Linie auf sich zu nehmen und er muß somit politisch und militärisch fähig sein, von sich aus und unter allen Umständen eine Organisationseinheit ins Leben zu rufen oder neu zu errichten.
- Um den revolutionären Prozeß wirklich zu beherrschen, und zu verhindern, daß die kämpfende kommunistische Organisation nur eine Art bewaffneter Arm der spontanen Massenbewegung ist (die durch Spontaneität nicht zur Revolution geführt werden, sondern zum "Gewerkschaftswesen" wie Lenin bemerkte) und sich diesem gegenüber folgsam und opportunistisch verhält, müssen Arbeitsweise und Vorgehen der Organisation eine einheitliche Linie zum Ausdruck bringen, in der jeder Partisan sich voll identifizieren muß. Opportunismus und Bündnisse auf der Basis eines "kleinsten gemeinsamen Nenners" sind abzulehnen. Es handelt sich somit nicht um eine Sammlungsbewegung, in der jeder tut, was ihm paßt, wobei man sich auf einer politischen Basis befindet, die häufig in den letzten Jahren die Regel war und sich folgendermaßen zusammenfassen läßt: "Man muß was tun, man muß sich organisieren, um mit den Kumpeln und netten Leuten, die handeln wollen, Sachen gemeinsam zu tun" oder sonstige Absurditäten, die übrigens de facto völlig undemokratisch sind, da die Weigerung der politischen und organisatorischen Strenge dazu führt, daß die tatsächliche Leitung dieser Art von Konglomerat von einer "Elite" monopolisiert wird, die aus denjenigen besteht, die aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung oder ihres sozialen-beruflichen Status mehr politische und theoretische Fähigkeiten haben. Eine wirkliche kommunistisch Funktionsweise muß ganz im Gegenteil auf dem demokratischen Zentralismus beruhen, auf einer präzisen, organisierten Struktur, so daß jeder wirklich und wirksam an der Ausarbeitung der politischen Linie teilnehmen kann, in einer organisierten kollektiven Betätigung, die sich eine zentrale politisch-militärische Führung als Funktion gibt, welche die Kollektivierung und Vereinheitlichung der Synthese der politischen, militärischen, theoretischen und organisatorischen Praxis der verschiedenen Kampfeinheiten und jedes einzelnen Militanten gewährleistet.
- Diese strukturierten und zentralisierten Aspekte einer Organisation, die auf diese Weise versucht, sich die Mittel zu geben, um objektiv an der objektiven Spitze des Klassenkampfs zu sein, führen dazu, daß die Organisation der kommenden Partei vorgreift, und auf diese Weise kann die

Partei sich im Verlauf des revolutionären Prozesses herausbilden. Dieses Konzept des "Vorgriffs" ist extrem wichtig, denn dank ihm lassen sich sowohl abenteuerliche Übereiltheit als auch Verknöcherung vermeiden, ein Festfahren aufgrund der Unfähigkeit, den Kampf von einer Phase in die nächste zu führen. Daher gibt sich der revolutionäre bewaffnete Kampf keine endgültige Form, die bis zum Endsieg beibehalten werden müßte. Er muß eine Reihe unterschiedlicher Phasen durchlaufen, die miteinander verknüpft sind und jeweils einer bestimmten Situation des politischen und militärischen Kräfteverhältnisses entsprechen. Dabei ergibt sich die Verknüpfung zwischen zwei aufeinander folgenden Phasen gerade dadurch, daß eine bestimmte Phase einer historisch gegebenen Situation entspricht, gleichzeitig aber auch auf die folgende Phase vorausgreifen muß und also die Tendenzen enthält, die sich durch ihre Entwicklung in der folgenden Phase voll durchsetzen werden, die dann ihrerseits wieder zum Teil auf die nächste folgende Phase vorausgreifen usw.

3. Die Vorbereitungsphase auf die Etappe der bewaffneten Propaganda

Das bedeutet, daß wir uns in Frankreich in einer Vorphase der Phase der bewaffneten Propaganda befinden, die aus drei hinsichtlich ihrer Bedeutung aufeinanderfolgenden Phasen bestehen muß, die jedoch chronologisch gesehen eine gewisse Gleichzeitigkeit haben sollen oder zumindest rasch aufeinander folgen:

1. Am Vorrangigsten ist eine intensive theoretische Vorarbeit, Analyse der aktuellen Realität in all ihren Komponenten, und deren Neuintegration in eine historische Perspektive und eine ausreichend konkrete und vollständig globale revolutionäre Strategie zu entwickeln, die dann in Verbindung der daraus folgenden Praxis sich als zusammenhänge und totalisierende politische Linie äußert, welche die politische Kontinuität und die politisch-militärische sowie die organisatorische Entwicklung weiterführt.

2. Eine politische Einigungsarbeit um die eben genannte politisch-theoretische Basis. Das muß sich in einem Ansatz zur Strukturierung der revolutionären Organisation äußern, die bereits zu diesem Zeitpunkt folgende Eigenschaften aufweisen muß: eine strukturierte Organisation (anhand der Erfahrungen, die wir aus den traditionellen Organisationsformen der Arbeiterbewegung und aus den verschiedenen und gegenwärtigen Erfahrungen der revolutionären Guerilla ziehen), strategisch zentralisiert, kommunistisch, im Untergrund und bewaffnet, antiimperialistisch und damit internationalistisch (was aber keinerlei Fusion mit Organisationen bedeutet, die aus anderen nationalen Realitäten herkommen, denn das wäre erst in einem sehr hohen und damit späteren Entwicklungsstadium denkbar), proletarisch durch ihre Zusammensetzung und ihre Klassenstellung. Sie muß das Politisch mit dem Militärischen unter einheitlicher Führung verbinden, was bereits ein Ansatz zur "kämpfenden Partei" ist, von der Lenin als Organisationsform der Avantgarde während der Insurrektionsperiode sprach; das politische darf dabei dem militärischen nicht untergeordnet sein, andererseits darf das militärische auch nicht einfach ein "bewaffneter Arm" des politischen sein, da beim heutigen Stand der imperialistischen Integration die militärische Frage vor allem eine politische ist und die politische Frage sich ohne Einbeziehung der militärischen Frage weder lösen noch stellen läßt. Das Politische und das Militärische sind untrennbar, und im modernen proletarischen Befreiungskampf wird die Partei ebenfalls der zentrale Kern der Roten Armee sein.

Die Mittel dieser Praxis der politischen Bildung und Vereinheitlichung sind der politische Kampf innerhalb der revolutionären Bewegung. Bekehrungseifer, die Ausbildung von Kadern, Massenagitation und -Propaganda in all ihren Formen und in allen Bereichen, die wahre Einsätze des Klassenkampfs bilden(6).

3. Eine militärische Praxis, welche darauf abzielt, der Organisation die Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik und ihrer weiteren politisch-militärischen Entwicklung in der Guerilla zu geben. Diese Praxis des bewaffneten Kampfs erfüllt damit drei Funktionen: ideologisch und politisch, logistisch organisatorisch. Die Bedeutung der militärischen Aktion in der derzeitigen Phase ist nicht sofort erheblich und kann keine "strategische" Tragweite im politischen und ideologischen (und natürlich noch weniger im militärischen) Sinne haben; sie nicht auf abstrakten Analysen wie geopolitischen Überlegungen oder anderer völlig abstrakten Konzeptionen beruhen zu lassen, wie die "Umstrukturierung-zur-Kriegsvorbereitung-zu-bekämpfen", unter denen sich niemand etwas vorstellen kann. Man muß entschlossen konkret, direkt leserlich sein; ein richtiges politisches Vorgehen das keinen Kommentar und Erklärung braucht.

Die Bedeutung dieser Praxis liegt besonders in der Vorbereitung der wirklichen, offenen Phase bewaffneter Propaganda, das heißt: indem schon einige Aspekte aufgezeigt werden, jedoch relativ verstreut und gemäß der flexibelsten Ausdrucksformen.

4. Die Phase der bewaffneten Propaganda

Diese von uns gerade genannte Phase muß sich konkrete politische und organisatorische Ziele vornehmen, welche kurzfristig erreichbar sind, da es sich um eine kurze Periode handelt. Dagegen ist es schwer, im voraus den zeitlichen Rahmen der eigentlichen Phase der bewaffneten Propaganda zu bestimmen, da ihre Resultate anders als in der ersten Phase nicht von uns abhängen. Die Etappe der bewaffneten Propaganda muß alle Aufgaben der vorhergehenden Periode fortführen, zu denen sich eine Umwandlungsaktion der Realität des Landes hinzufügt, indem sie als errichtete politische Kraft einschreitet. Die Phase der bewaffneten Propaganda ist durch folgende Aspekte gekennzeichnet, die mehr auf eine Entwicklung als auf eine direkte Übernahme des Kräfteverhältnisses abzielen:

- Die revolutionären kommunistischen Ideen müssen, mit den Guerillaaktionen als Stütze, so breit wie möglich verbreitet werden; diese Aktionen spielen dabei eine medienpolitische Rolle: mag für die Bourgeoisie womöglich das Fernsehen das schlagkräftigste Medieninstrument sein, nur gut, für uns ist es die bewaffnete Aktion, deren Wirksamkeit im übrigen durch die Medien des Feindes verstärkt wird. Es geht nicht um Aktionen, welche von der Mehrheit der Massen begeistert aufgegriffen werden, denn wenn das möglich wäre, dann würde das bedeuten, daß das Klassenbewußtsein des Proletariats soweit entwickelt ist, daß die Revolution bereits seit langem hätte stattfinden müssen; nein, es geht einfach darum, daß die Aktionen richtig sind (nicht richtig an sich, das will nichts besagen, sondern richtig in Funktion ihrer politischen Wirksamkeit), wobei die Ziele so selektiv sein müssen, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht angegriffen fühlen kann. Die bewaffneten Aktionen müssen in den proletarischen Schichten Zustimmung finden, bei denen wir die stärksten revolutionären Potentiale erkannt haben. Das wiederum hängt mit der unumgänglichen notwendigen Klassenanalyse zusammen, denn bei jeder bewaffneten Aktion muß man ebenso wie bei jeder schriftlichen oder mündlichen Äußerung, von der Bombe bis zum einfachen Flugblatt obligatorisch, sehr präzise festlegen, an wen man sich richtet; Aktionen der revolutionären Praxis brauchen sich nicht darum zu kümmern, ob sie moralisch an und für sich richtig sind (und wäre es eine "revolutionäre" Moral) noch um die großen abstrakten Analysen, sondern sie müssen völlig bestimmt sein durch eine straffe Dialektik, in der die Klasse oder Klassenschicht

oder sogar diese oder jene Gesellschafts- oder Berufsgruppe oder sozial-kulturelle Gemeinschaft bestimmt ist, auf die sich die fragliche Aktion abstützt und an die sie sich wendet.

Ausschlagebend für die Wahl und das Niveau der Aktion ist jedoch nicht, ob sie "den Massen Spaß macht". Die Aktionen müssen nämlich immer oberhalb dessen angesiedelt sein, was von der Mehrheit voll gebilligt werden könnte, allerdings ohne politisches Abenteuertum, also ganz genau an der Grenze, jenseits der die Aktion von seiten der Proletarier mißbilligt werden würde (angesichts der derzeitigen Herrschaft der Bourgeoisie). Indem sie also ständig diese Akzeptanzstufe der proletarischen Mehrheit streifen, führt die Vervielfachung der Aktionen dazu, daß die breiten Massen sich daran gewöhnen, die bewaffnete Aktion als eine politisch legitime, normale und natürliche Form des politischen Kampfes anzusehen. Der bewaffnete Kampf erlangt dadurch die Legitimität und Ernsthaftigkeit, die das politische, ideologische und militärische Engagement einer wachsenden Zahl von Proletariern begünstigt. Wenn wir in den letzten Sätzen jedesmal ausdrücklich von "Proletariern" sprechen, dann weil es uns einzig und allein um das Proletariat geht.

Wir messen dem hysterischen "Antiterrorismus"-Geschrei, dem Seufzen und Gekreische der Linksradikalen und der Demokraten, das heißt all der verängstigten Kleinbürger, die sich der Entwicklung des revolutionären bewaffneten Kampfs widersetzen, nicht die allerkleinste Bedeutung bei, weil dieser sie nicht mehr ruhig ihre Existenzängste und ihre müßigen Diskussionen genießen läßt. Der bewaffnete Kampf stört die berufsmäßigen Jammerfritzen, die in einem abstoßenden Sadomasochismus gegen die "Repression" gefallen finden und die fürchten, von der gegen den revolutionären Kampf gerichteten Repression ebenfalls betroffen zu werden, was uns völlig egal ist, ganz im Gegenteil, wenn sie durch den Gegenschlag der legitimen Repressionsaktionen zum Selbstschutz der Bourgeoisie gegen die proletarischen und revolutionären Angriffe zu leiden haben: eine wahre Erlösung!

Gegen die großen und kleinen Wächter der bourgeoisen Moral, die jahrhundertelang als Rechtfertigung für Sklaventum, Massenmord, Repression und Entfremdung schlimmster Art diente, werden wir die Wahrheit sagen, weil man sagen muß, wie es ist, um es verändern zu können, wir werden es durch unsere Politik, durch unsere Aktionen sagen: Nein, nicht alle Menschen sind Brüder, Mensch ist nicht gleich Mensch, ein Toter hat nicht dasselbe Gewicht wie ein anderer. Es ist richtig, auf weißen Terror mit rotem Terror zu antworten. Und wenn das den Kleinbürgern mißfällt, dann wird es derselbe Preis sein, denn wenn diese Klasse behauptet, sich nach moralischen Werten eines humanistischen, idealistischen und erstarrten Bewußtseins zu richten, so kämpfen die Proletarier nicht, um sich mit einem innewohnenden Bewußtsein voll zu füllen, sondern für ihr Leben, sowohl für ihren Alltag als auch für ihr historisches Werden, ihr Leben das beschlagnahmt, niedergewalzt und entfremdet ist. Die philosophische Nuance ist erheblich, auf Seiten der Bourgeoisie gibt es ein vollendetes, ausgebildetes Bewußtsein und es geht darum, die objektive Realität mit den moralischen Werten dieses Bewußtseins in Übereinstimmung zu halten, während es auf Seiten der Proletarier weder eine vollendete Moral noch ein vollendetes Bewußtsein gibt, sondern nur ein wesentliches Vorrücken eines Bewußtseins durch die Umwandlung der objektiven Realität, eine Dynamik die das Auftreten von neuen Werten mit einbezieht. Auf der einen Seite also der Anspruch auf eine Immanenz der Tatsachen und Werte, auf der anderen Seite, unserer Seite, bewußte Unterwerfung an eine Transzendenz, unter anderem die Transzendenz der Geschichte, die den Gang der Welt durchläuft. Radikaler Unterschied.

Daher braucht die kommunistische Partei keinerlei Demagogie einzusetzen, man braucht sich nicht "beliebt" zu machen und die Frage, ob revolutionäre Aktionen auf Zustimmung oder Ablehnung stoßen, stellt sich nur in einer historischen, strategischen Perspektive und vor allem in einem Klassensinn, das heißt ausschließlich in Funktion der bestimmten sozialen Schichten, an denen sich die revolutionäre Politik richtet und nicht in Funktion der "Leute" im allgemeinen (dieser Begriff ist bedeutungslos, außer für die Subjektivisten, die "Gesellschaft" und "Staat" gegenüberstellen). Der bewaffnete Kampf kämpft gegen das Aufgeben, die Entmutigung und die Passivität, indem er zeigt, daß es eine wirkliche Oppositionspolitik, eine Praxis des realen Bruchs geben kann, daß die Furcht das Lager wechseln kann, die Straflosigkeit und Permanenz der Ausbeuter und Unterdrücker nichts Endgültiges sind, das auch für die Unterdrückten Angriff möglich ist. Dabei versucht der bewaffnete Kampf das mitzuteilen, was wirklich eine neue Mentalität sein muß: "Wagt es zu kämpfen, wagt es zu siegen!", was der Funktion der Bewußtseinsbildung des bewaffneten Kampfs an sich entspricht.

5. Die Frage der Organisation im bewaffneten Kampf

- Diese Funktion der bewaffneten Propaganda muß zusammen mit den anderen vielfältigen Formen der politischen Aktion (insbesondere Massenarbeit) während dieser Phase organisatorische Ausdrucksformen finden. Es genügt nicht, Aktionen durchzuführen, auch wenn sie strategisch miteinander verbunden sind, sondern diese müssen unter allen Umständen innerhalb des Proletariats eine Kontinuität haben. Zu dieser Hauptbeschäftigung stoßen wir auf die Frage der Sympathisanten, ein sehr verworrener Begriff, der jeden politischen wie militärischen Opportunismus erlaubt (wie uns die beklagenswerte Schwäche und Isolierung gegenüber der Repression derjenigen zeigt, die sich nicht scheuen, sich in ihrer bewaffneten Praxis auf unpolitische Individuen, Straftäter, ausgeflippte Kleinbürger und Anarchisten abzustützen, und sich selber als "Kommunisten" bezeichnen usw.; es wäre zum Lachen, wenn die menschlichen und ideologischen Schwächen nicht so schwerwiegend wären).

Wir denken, daß die Abschottung der Strukturen absolut sein muß, das die Partisanen ihre politische Zugehörigkeit völlig geheim halten müssen und daß die Organisation völlig hermetisch sein muß. Was versteht man nun demgegenüber unter Sympathisanten? Wenn wir uns das Beispiel von bestimmten Gruppen ansehen, dann konnte man denken, daß es "Sympathisanten der Guerilla" gibt. Leute, die mit Formen des bewaffneten Kampfs sympathisieren, wozu jede ideologische Welle ausreicht, und die Rolle der "Militanten" wäre dann, diesen sogenannten Sympathisanten die Soße zu liefern, mit der alles umhüllt wird, das heißt eine ritualisierte, konfuse, mechanisierte Phraseologie, zusammengesetzt aus idiotischen Wortneuschöpfungen (in Frankreich geschieht das vor allem, indem man nach einigen Phrasen von achtundsechzig greift, die an einem unverständlichen Salat von italienischen und deutschen Wörtern umformiert werden, was einem Denken von verzweifelnder Armseligkeit einen "seriösen" Anstrich gibt). Das Resultat ist, daß wir in diesen Gruppen gänzlich unpolitische Ausgeflippte, Bullen, Spitzel, Humanisten, die existentiell auf Abwege geraten sind, sehen, die an bewaffneten Aktionen teilnehmen, bewaffnete Raubüberfälle durchführen, sich um Logistik kümmern, Verantwortlichkeit und andere Ungereimtheiten übernehmen. Wir unsererseits erklären, daß eine wirklich kommunistische Organisation keine aktiven Sympathisanten haben kann, die man als "Sympathisanten des bewaffneten Kampfes" bezeichnen könnte. Der bewaffnete Kampf muß dem höchsten Niveau des Engagements entsprechen, dieser kann sich nur auf einem

hohen Stand des politischen Bewußtseins abstützen, an ideologischer Festigkeit, theoretischer Ausbildung und militanter Erfahrung. Ansonsten läßt der Wunsch sich als Kämpfer oder aktiver Sympathisant zu engagieren, nur ein militaristisches, abenteuerlustiges, im besten Fall manipulierbares Individuum erkennen. Für Militaristen und Abenteurer darf es aber keinen Platz in einer kommunistischen Organisation geben. Ganz anders stellt sich die Frage für Personen, die sich wirklich im Volk eingefügt haben, die kämpferisch sind, sozial und psychologisch klar sind und die den kämpfenden kommunistischen Ideen in der Ganzheit ihres politischen Bewußtseins und nicht nur in Teilaspekten nahestehen. Es ist besser, sich auf aufrichtige und solide Kommunisten abzustützen, statt auf Leute, die den bewaffneten Kampf billigen, ihn unterstützen wollen, aber keine kommunistischen Militanten sind. Das muß man begreifen, um die notwendige Ausbildung politischer Kader, Führer und vermittelnde Kader der Guerilla und der Massenbewegung absichern zu können. Die Existenz von Massenkadern, die nicht in der Guerilla aufgehen, ist eine absolute Notwendigkeit in jeder historischen Situation und überall in der Welt. Sie ist eine unausweichliche Voraussetzung nicht nur für die qualitative und quantitative Entwicklung der revolutionären Kräfte, sondern auch für das einfache Überleben der Guerilla angesichts der feindlichen Gegenangriffe, indem sie einen ständigen Wiederaufbau der Strukturen ermöglicht, wenn diese während dem Zusammenstoß Einbußen erleiden. Der militärische Gegenschlag der Bourgeoisie drängt die ursprünglichen Strukturen in eine völlig unproduktive Defensive und verwandelt den revolutionären Kampf in einen einfachen Kampf zwischen einer Gruppe bewaffneter Rebellen und dem Staat (eine Lage, die angesichts des ungleichen Kräfteverhältnisses kaum länger zugunsten der Guerilla andauern kann), falls es nicht innerhalb der Volksmassen Partisanen gibt, die die politischen Fähigkeiten haben, in ihrem Bereich die quantitative Entwicklung fortzusetzen, ständig die vernichteten Kampfeinheiten wieder aufzubauen und mit der Ausarbeitung und dem Funktionieren der politischen Linie weiterzumachen. Die Rolle dieser Massenkader ist es, eine politische Massenpraxis zu organisieren und durchzuführen, die sich in ihren Entscheidungen und Ausrichtungen an der strategischen Linie der kämpfenden kommunistischen Organisation orientiert. Dies innerhalb der bereits existierenden Massenorganisationen, die notwendig sind, um die Kämpfe für die unmittelbaren Bedürfnisse des Proletariats führen zu können, unabhängig von den Organisationen der Klassenzusammenarbeit. Durch diesen Prozeß erfolgt das qualitative und quantitative Anwachsen der Guerilla, weil nur aus dieser politischen Massenpraxis die proletarische Avantgarde hervorgehen kann, aus der die organisierten kommunistischen Kämpfer hervorgehen sollen. Das bedeutet, daß die Organisation keine Mühen scheuen darf, die erforderlichen politischen und strukturellen Mittel anzuregen, um im Volk die bewußtseinserweckende Aktion des revolutionären bewaffneten Kampfs zu verstärken, da das Klassenbewußtsein sich in dem Maß entwickelt, wie das Proletariat sich politisch organisiert, allein die Tatsache, daß bewaffnete Aktionen durchgeführt werden, genügt natürlich nicht, um die Organisation entstehen zu lassen. Folglich sind Instrumente für eine nichtbewaffnete politische Aktion notwendig. Mittel für die Agitation, für die Propaganda, der Popularisierung der Kampfaktion der Massenorganisation in bestimmten Teilbereichen, der theoretischen und politischen Ausbildung der Untergrundpartisanen als auch der politischen Massenkader.

6. Der Aufbau der Organisation kann nicht mit einer Frontpolitik identisch sein

- Diese politische Aktion der Organisation und der Ausbildung der in vorderster Linie stehenden Elemente der Volksmassen beinhaltet ein weiteres strategisches Ziel, das zur Phase der bewaffneten Propaganda gehört. Die kämpfende Organisation darf nicht eine Koordinierung von Fronten sein, sondern sie muß homogen, monolithisch, genau strukturiert und in ihrer Führung zentralisiert sein. Dann setzt die Phase der bewaffneten Propaganda diesen Prozeß der Strukturierung und Vereinheitlichung/Zentralisierung fort, aber sie muß ebenfalls dieses Ziel ausweiten. Die bewaffnete Propaganda ist die erste Form des konkreten Auftretens der Politik des bewaffneten Kampfs für die kommunistische Revolution, sie ist die erste öffentliche Äußerung der politischen Linie der kämpfenden kommunistischen Organisation. Dieser Prozeß muß die Richtigkeit der befolgten Linie zeigen, indem sie politische und militärische Erfolge davonträgt, indem sie sich sichtbar entwickelt und von den Schlägen der feindlichen Abwehr weniger betroffen wird als andere. Diese Phase muß also eine anti-sektiererische Politik der politischen Öffnung, des Dialogs, der politischen und militärischen Konfrontation umfassen, welche den Prozeß der Einigung unter de Revolutionären fördern muß. Wir gehen allerdings nicht von dem illusionären Grundsatz einer "natürlichen" Einheit aus, von einer Einstellung "wir sind alle Brüder trotz unserer Unterschiede im Detail", was spontane Annäherungen und Anläufe zum einträchtigen Miteinander legitimieren würde, nein, und es sind sicherlich nicht die Formen des Kampfes, die ein Kriterium für politische Nähe bilden können. Nochmals, wir sind gegen Frontpolitik, wenn es um strategische Fragen geht, wie sie vom revolutionären bewaffneten Kampf gestellt werden, wir sind gegen die Tatsache, sich mit politischen "Umfeldern" zu identifizieren. Die Einigungsprozesse zwischen Organisationen, Strömungen und Gruppen sind nur mit einer sehr schrittweisen, politisch sehr vorsichtigen Annäherung denkbar, in deren Verlauf die betroffenen Gruppen sich objektiv wandeln. Das, was vereinigen kann, ist auf keinen Fall ein Zusammenschluß und auch nicht Bündnisse, sondern der politische Kampf, die Konfrontation, der Kampf zwischen zwei Linien, das heißt der Ablauf des Klassenkampfs innerhalb der revolutionären Bewegung selbst. Das umfaßt eine intensive politische und theoretische offene Praxis: Thesen, Analysen, Orientierungen (natürlich nicht die taktischen) müssen weitgehend bekannt, und von den Revolutionären kritisch diskutiert werden.

Mit der politischen und ideologischen Aktion des bewaffneten Kampfs an sich und der vielfältigen politischen Aktion der kommunistischen Organisation innerhalb der proletarischen Massen ist diese Praxis des offenen politischen Kampfs innerhalb der revolutionären Bewegung (und in der politischen Szene im Allgemeinen) die dritte politische Funktion, über die die kommunistische Organisation verfügt, um sich qualitativ und quantitativ fortzuentwickeln.

VII. Hin zum revolutionären Bürgerkrieg

1. Während der Phase der bewaffneten Propaganda entstehen die Voraussetzungen für den revolutionären Bürgerkrieg

- Die Phase der bewaffneten Propaganda bereitet somit auf allen Ebenen die darauffolgende Phase vor, doch der augenfälligste Vorgriff ist zweifellos die objektive Funktion des bewaffneten Kampfs (wenn auch beschränkt auf ihr propagandistisches Stadium), auf die Voraussetzungen des Kräfteverhältnisses. Obwohl es sich noch nicht um eine Praxis handelt, welche das Kräfteverhältnis direkt verändert, sprechen wir von den Voraussetzungen dafür. Diese Funktion ist evident, allein die Tatsache, daß sich ein bewaffnetes Dissidententum (7) äußert, begünstigt den Prozeß der Militarisierung der kapitalistischen Führung, die Zuspit-

zung der Widersprüche der bourgeoisen Demokratie, die Militarisierung der Politik. Während dieser Phase versucht die Guerilla natürlich nicht, militärisch zu siegen, doch ihre Störtätigkeit und die Vervielfachung der Aktionen drängen den bourgeoisen Staat in die Defensive, was ja gerade angestrebt wird (es muß soweit kommen, daß Sandsäcke vor jeder Bank gestapelt sind; jeder Bau der Arbeitgeberschaft, der Polizei, der Armee, der Justiz, der Politiker muß von Stacheldraht umgeben sein). Die Dialektik des revolutionären Prozesses führt genau durch diese Reaktion. Denn derzeit erstreckt sich die bourgeoisen Diktatur genau über den gesamten sozialen Bereich bis in die Köpfe hinein, wenn sie aber gezwungen ist, sich defensiv neu zu formieren, indem sie sich stärker militarisiert, dann läßt sie eine neue subjektive Distanz zwischen den Volksmassen und sich in Erscheinung treten. Das Gefühl der Legitimität der imperialistischen Diktatur gerät ins Wanken, sobald sich die Herrschaftsfunktionen konzentrieren und also solche in Erscheinung treten, statt im sozialen Kontext aufgelöst zu sein. Das was übrigens Marx sagte: "Der revolutionäre Fortschritt erfolgt durch die Schaffung einer mächtigen und vereinheitlichten Konterrevolution, durch die Schaffung eines Feindes, der die Partei des Aufstands dazu führen wird, durch den Kampf die Reife zu erlangen, die aus ihr die echte revolutionäre Partei macht".
Die Militarisierung des Klassenkampfs, begünstigt durch die Guerilla, führt zu einer Verengung der Abstützbasis des imperialistischen Staates und damit zu einer fortschreitenden institutionellen Destabilisierung, bis dem Kapitalismus als einziger Garant nur noch die bewaffnete Macht bleibt. Dieser Prozeß ist ideologisch und politisch zu verstehen, insofern der revolutionäre bewaffnete Angriff die Zuspitzung bestimmter Widersprüche bewirkt: dort, wo sich die Beziehungen zwischen der bourgeoisen Macht und den Proletariern befinden.
Die soziale Übereinstimmung beruht auf dem Funktionieren der bourgeoisen Demokratie, mit allen formellen Ausdrucksfreiheiten, der Vereinigung usw... die das ebenso benötigt, Freiheiten, welche die Bourgeoisie absolut einschränken oder abschaffen muß, wenn sich eine bewaffnete Politik entwickelt. Falls das bourgeoise System jedoch die demokratischen Grundlagen verliert, aufgrund denen es funktioniert, so wohnt man einer Einschränkung, Schwächung und Zerbrechlichkeit der bourgeoisen Macht auf den politischen, ideologischen und sogar psychologischen Ebenen bei. Und auch das entspricht somit dieser Funktion des bewaffneten Kampfs, nämlich eine tiefgreifende Trennungslinie zwischen dem Feind und uns zu ziehen. Diese Trennungslinie unversöhnlich zu ziehen heißt, jedem nur noch eine einzige unumgängliche Alternative zu lassen : Revolution oder Konterrevolution. Und es wird ein erheblicher politischer und ideologischer Fortschritt sein, die umgehende Begriffsverwirrung zu bezeichnen, die Übereinstimmung über den Haufen zu werfen, indem jede einzelne politische Kraft gezwungen wird, ihr Lager zu wählen. Manche (Ultralinke, verschiedene Linksradikale, Anhänger von Bewegungen aller Art und alle die, die aufgrund ihres sozialen Status etwas zu verlieren haben, in der Art dieser berühmten "Freiheiten", aus denen sie die einzigen sind, die irgendein Nutzen daraus ziehen) werden uns kritisieren, indem sie sagen, daß diese Strategie die traditionellen politischen Kräfte nur enger um den Staat scharen wird. Das ist richtig und auch gar nicht negativ, sondern genau das, was wir anstreben. Die Frage stellt sich, ob wir die Revolution wollen, oder ob wir dafür sind, daß der bourgeoise Staat von weiter "links" stehenden Kräften verwaltet wird. Wenn wir die Revolution wollen, dann müssen die revolutionären Kräfte als einzige echte Opposition, als einzige wirkliche unterschiedliche Alternative erscheinen. Und darum ist es eine ausgezeichnete Sache, wenn die konterrevolutionären Kräfte aller Tendenzen, die das institutionelle Spiel in Gang halten, indem sie sich als oppositionell ausgeben, ihr wahres Gesicht zeigen und sich noch enger um die imperialistische Oligarchie gruppieren, was das politische Feld für das Eindringen einer echten Opposition um den revolutionären Kampf herum, öffnet.

2. Die Endphase des revolutionären Krieges für die Übernahme der Staatsmacht

Durch die damit verbundene objektive Radikalisierung bereitet die Phase der bewaffneten Propaganda die folgende Phase vor, indem sich zunächst das Feld für eine politisch-militärische Auseinandersetzung ergibt, das sich dann in Form eines revolutionären Bürgerkrieges ausdrückt, dessen militärische Form die Guerilla sein wird, die das gesamte in Betracht gezogene Gebiet und den gesamten sozialen Kontext erfaßt. Es handelt sich um einen Guerillakrieg, bis auf die Endphase, in der sich bereits in weiten Gebieten die proletarische Macht konstituiert (an erster Stelle dort, wo der revolutionäre Kampf mit einem nationalen Befreiungskampf des Volkes zusammenfließt, in "Frankreich": zunächst einmal Euskadi, Bretagne, Korsika...) und das in einem komplizierten Kontext des langandauernden Prozesses mit vielfältigen internationalen militärischen und diplomatischen Verwicklungen, wie sie zum politisch-militärischen Kräfteverhältnis gehören, und was diese befreiten Gebiete lebensfähig macht, das heißt die weitere Vernichtung von Zonen weißer Macht durch Offensiven des konventionellen Kriegs (klassisch und modern).
Die Phase der ausgedehnten Guerilla zielt anders als die der bewaffneten Propaganda auf politisch-militärische Siege ab, welche das Kräfteverhältnis tatsächlich verändern. Und zwar durch Störaktionen, Vernichtung feindlicher Mittel, welche den Feind binden, ihn zwingen, sich von den Bevölkerungen zu isolieren, sich auf bestimmte Orte zu konzentrieren oder seine Kräfte zu verteilen und dadurch verwundbar zu werden. Bezweckt wird damit, daß der Feind sich in diesem Prozeß der Militarisierung und des Selbstschutzes immer tiefer verstrickt, daß er zu einem wachsenden Sicherheitsaufwand genötigt wird, der normalerweise nicht nur auf seinen eigenen Kräften beruht, sondern auf dem gesamten sozialen Funktionieren und seiner vielfältigen institutionellen Netze (daher die "Sicherheitsdoktrin", die in Westeuropa und früher in Lateinamerika auf Anstoß von Nordamerika übernommen wurde und in der äußere militärische Sicherheit, innere militärische Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit, politische und zivile Sicherheit im "sozialen Frieden" miteinander verbunden werden). Der imperialistische Staat beginnt dann zu zerfallen, um seinen zentralen Kern politisch-militärischer Macht erhalten zu können, was seinerseits der revolutionären Bewegung zugute kommt, da der Prozeß der institutionellen Auflösung und des Unfähigwerdens der Mechanismen der bourgeoisen demokratischen politischen Macht zur Entwicklung von direkter Machtentfaltung des Proletariats über punktuelle oder ständige Massenorganisationen, revolutionäre Betriebsausschüsse, Stadtviertelräte usw... und Massenkampfstrukturen beiträgt, die schon in der Phase der bewaffneten Propaganda in unterschiedlichen Formen entstehen müssen und sich mit der orientierenden Leitlinie, Organe der direkten Macht der Volksmassen zu sein, befestigen müssen.
Politisch-militärisch gesehen zielt die Phase der Ausweitung der Guerilla darauf ab, schrittweise eine Ausgewogenheit der Kräfteverhältnisse zu erreichen. Die Entwicklung der Offensivfähigkeiten der kommunistischen Kräfte sowie ihre dialektische Begleiterscheinung durch den Zerfall der Institutionen der bourgeoisen Macht werden schrittweise diesen Gleichstand der Kräfte erreichen und sie dann in einer Endphase umkehren in der

das Proletariat sich aufmacht, den bourgeoisen Staatsapparat völlig zu zerstören, die Macht der Proletarier allgemein einzuführen und zu stabilisieren, die bereits während des revolutionären Klassenkriegs in Erscheinung getreten ist. Die Endphase, in der das Klassenverhältnis zu unseren Gunsten umgekehrt wird, wobei es zweifellos zu einer größeren Vielfalt strategischer Offensiven, der Fortsetzung/Entwicklung der Guerilla zu Formen des konventionellen Kriegs zwischen unterschiedlichen Machtbereichen kommt, lokal oder regional durch insurrektionelle Machtübernahmen.

3. Zusammenfassend ist die bewaffnete revolutionäre Strategie, die moderne Methode, die notwendig ist für die kommunistische Revolution im heutigen imperialistischen Westen

Wir möchten in diesen Zeilen besonders zu verstehen geben, daß es Zeit ist, daß der bewaffnete Kampf nicht länger als eine Art technisches Spielzeug, als vom Himmel gefallene Erfindung, als eine neue etwas verzweifelte Form des Kampfs erscheinen soll, er uns weiter als irgendwelchen romantischen Purismus entsprechen würde. Es handelt sich weder um eine Neuigkeit, die völlig abgetrennt von der Geschichte auftaucht, noch um die Wiederholung vergangener und damit überholter historischer Formen, sondern es handelt sich um die moderne Form eines Kampfes, der fest in der Kontinuität der Geschichtsbewegung verankert ist. Ausschließlich in diesem Rahmen muß man nicht nur die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfs begreifen, sondern ihn auch organisieren und strategisch meistern als das, was am Ende des 20. Jahrhunderts im Herzen der herrschenden Metropolen eines imperialistischen Systems, dessen kapitalistische Produktionsweise sich seinem Ende nähert, die historische Kontinuität zum Ausdruck bringt, die über die Kommune von 1871 und die Oktoberevolution führt.

Selbstverständlich erheben diese Zeilen keinen Anspruch auf Vollständigkeit, es handelt sich nur um ein sehr allgemeines Schema, um strategische Orientierungen, jeder Punkt muß gründlich untersucht, ergänzt werden und jeweils auf die allgemeine Strategie zurückgeführt werden. Das ist die Aufgabe, die sich aus einer Notwendigkeit ergibt, die der revolutionären Theorie. Es geht übrigens nicht darum, über rein taktische Fragen öffentlich zu diskutieren, das würde nur zur Information des Feindes dienen und nicht den Revolutionären, welche dem doppelten Grundsatz größerer strategischer Strenge und größerer taktischer Flexibilität verpflichtet sind (wobei jeder seinen Phantasien freien Lauf lassen muß). Eine revolutionäre Theorie, in der wir mit großen Schritten in allen Bereichen voranschreiten müssen (politisch und militärisch, aber auch sozial, wirtschaftlich, philosophisch, kulturell usw.), weil man sich ganz absolut, unnachgiebig und wiederholt klarmachen muß, das heute wie vor sechzig Jahren und wie es auch weiter der Fall sein wird: "Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung". Die unerläßliche Aufgabe der dynamischen und permanenten Ausarbeitung der kommunistischen revolutionären Strategie nicht anzunehmen, würde bedeuten, daß man damit einverstanden ist, sich im Kreis zu drehen, daß man die Verzweiflung, die Mittelmäßigkeit leichter Ersatzlösungen mit guten Gewissen in den kleinen Widerständen, die zu nichts führen, akzeptiert. Den Staat, den Faschismus, den Rassismus, die verschiedenen Symptome des Imperialismus, die Repression, eine Menge Dinge zu "bekämpfen", immer "gegen" kann punktuell nützlich sein, ist aber nur ein Zeichen von existentiellen Militantismus, während wir den Mut haben müssen zuzugeben, daß das nur Luft ist, etwas was zu nichts führt. Das soll einmal ganz klar und brutal gesagt sein, statt in der Ohnmacht kleiner Formierungen mit gutem (und wenn auch bewaffneten!) Bewußtsein abzudanken, sollte sich dann schon besser jeder auf seine Insel zurückziehen, den Stränden des Pazifiks oder Möhren in der Pampa anpflanzen. Oder etwas wagen, wagen zu triumphieren, wagen die Geschichte am Rockzipfel zu fassen, sie zu unserer zu machen, indem wir sie mit unserem Willen nach Freiheit zurechtschmieden. Wir können Erbauer und Eroberer sein, wenn wir uns bewußt machen, daß eine neue Welt in unserer Reichweite liegt, wenn wir nur die Hand danach ausstrecken.

Die Entwicklung der Zivilisation ist an einem entscheidenden Punkt angelangt, von wo sie aus der Urgeschichte heraustreten kann und das heute Mögliche hat die gleichen Dimensionen, wie die Entfremdung, die Unterdrückung, das Übermaß an Entmenschlichung einer in voller Fäulnis begriffenen Gesellschaft. Unsere Generation hat somit erstmals seit Jahrtausenden die Möglichkeit, zum Kommunismus zu gelangen, die Türen zur Befreiung des Individuums und zur Befreiung aller menschlichen Bedürfnisse weit aufzustoßen, und das zu unseren Lebzeiten. Unsere Generation ist die, welche die ersten Schritte der Menschheit in das Zeitalter des Kommunismus macht.

Bemerkungen:

1. Vergleiche für die arbeiterorientierte Version:
Die Strömung der Ex-Zeitung "Clash" und die italienische Fraktion der ebenfalls eingegangenen Zeitung "L'Internationale".
Für die subjektivistische Außenseiter-Version:
Die Strömung der kleinen Zeitung "Molotov und Konfetti".
2. Diesen Autor zu zitieren, bedeutet nicht, die Gesamtheit seiner Thesen zu übernehmen! Und die Metapher von der Fabrik darf nicht zurückgeführt werden auf verkürzende Vereinfachungen der Autonomen über die "soziale Fabrik", den "Stadtproletarier" und andere "Neo"-Späßchen!
3. Extreme zaristische Rechte
4. Im Gegensatz zu den theoretischen Grundlagen bestimmter bewaffneter deutscher und französischer Gruppen, die derzeit die Medienszene beherrschen.
5. Nicht einmal koordiniert oder verbündet in einer Front; die Formen des Kampfes können für die Bildung einer Front nicht maßgeblich sein, momentan geht es um die Frage der Organisation und der Partei, um die Entwicklung des revolutionären Kampfs und nicht um eine "Front", weder national noch europäisch.
6. Die wahren Einsätze des Klassenkampfs bilden, das heißt die auf einer objektiven Analyse der objektiven Realität beruhen, insbesondere auf der Analyse der Klassenzusammensetzung und nicht auf subjektiven Faktoren wie Streben nach Illegalität und Revolte bzw. Ausmaß der erlittenen Repression usw.
7. Das führt dazu, daß auch wenn wir in Frankreich die derzeit öffentlich existierenden französischen bewaffneten Gruppen radikal kritisieren, wir jedoch nicht desto weniger jede politisch bewaffnete Äußerung begrüßen, die sich als revolutionär versteht, alles was die Unsicherheit der Demokratie verstärken kann, ist uns augenblicklich günstig.

Schwarzer Faden

Nr.49 (2/94), 72 S., enthält u.v.a.:

Schwerpunkt Mexiko: Interviews mit Comandanta Ramona, Com. Ana Maria und Com. Marcos; *Medien:* Radio Patapoe (BILWET); *Rassismus:* Die Vertreibung der KaukasierInnen aus Moskau (Markus Matyhl), 205 Jahre Kolonialismus in Australien (Karl Rössel), *Rechte:* Europapositionen der Rechten, Netzwerk rechter Publizistik (Dieter Schmidt); 7.-DM

Noam Chomsky

Clintons Vision

Analyse derzeitiger US-Politik. Mythos und Absichten Bill Clintons; Juli '94, 100S. 14.- DM

Trotzdem ★ Verlag
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax: 07033-45264

Für den Kommunismus!

wir sind uns bewußt, daß dieses papier nur der anfang unserer diskussion ist; einer diskussion, die noch weitgehend auf (allerdings notwendige) kritik beschränkt ist, da diese kritik aber vom willen zur veränderung diktiert ist, wird sie nicht auf dauer auf bloße kritik beschränkt bleiben.

"DER REVOLUTIONÄRE KRIEG IST EIN POLITISCHER KRIEG" (Tupamaros)

wir wollen mit diesem papier hier, mit unseren überlegungen und argumenten in die auseinandersetzung eingreifen, die sich zwar an dem letzten angriff der RAF entwickelt hat, die aber nicht nur darauf (auf diesen angriff) zu reduzieren ist.

die sich in dem angriff auf die Air Base und den gefreiten pimental materialisierende politik und praxis ist nicht das ergebnis eines fehlers, sondern sie ist der (vorläufige?) höhepunkt einer langen entwicklung, an der die gesamte antiimperialistische bewegung und nicht nur die RAF anteil hat(te).

die versimplifizierung von komplexen, vielschichtigen und komplizierten zusammenhängen (z.b. "gesamtsystem"), d.h. die verflachung der politischen analyse, gar keine oder mangelhafte auseinandersetzung mit marxistischen grundlagen, außer acht lassen des historischen prozesses, aus dem die aktuellen angriffe, kämpfe und projekte **auch** heraus entwickelt werden (was zu brüchen in der kontinuität der kämpfe führt), subjektivismus und wunschdenken wirken schon seit langem in unserer politischen arbeit, unserem denken und fühlen, unserem politischen kampf. insofern ist es nur eine logische entwickung, daß sich diese fehler heute auch in der politik der guerilla fortsetzen. das zu erkennen und zu beseitigen, muß eine der konsequenzen unserer auseinandersetzung sein - da sich ansonsten die fehler der vergangenheit in fataler weise weiterpotenzieren und die ganze revolutionäre kraft, die im kampf der guerilla und der organisierung der antiimperialistischen front steckt, sich nicht entfalten kann, letztendlich sogar die praxis kontraproduktiv zu den proklamierten zielen werden kann.

eine voraussetzung für die jetzt anstehenden und auch schon laufenden auseinandersetzungen (die für die fortentwicklung der antiimperialistischen front/für die gesamte revolutionäre entwicklung in der BRD existentiell sein wird) ist ein befreites und besitzloses verhältnis zu kritik und selbstkritik, ein verhältnis, das wir gegenwärtig weder in den diskussionen unter uns (d.h. innerhalb der antiimperialistischen bewegung) noch in den erklärungen der RAF der letzten zeit finden können.

in diesem papier wollen wir unsere wichtigsten widersprüche zu zentralen politischen thesen/aussagen, die gegenwärtig die diskussion **und** politische praxis der 'front' bestimmen, rausarbeiten und sie zur diskussion stellen.

"*... die imperialistischen staaten können aus ihrer substantiellen instabilität und dem fortschreitenden verlust ihrer legitimität nur noch ihre potenz zu herrschen demonstrieren,* ***sie sind heute mit der tatsache konfrontiert, daß sie für keine einzige ihrer maßnahmen einen passiven konsens haben, politische agonie - das ist die andere seite ihrer macht...***" (gemeinsame erklärung von AD und RAF, hervorhebungen von den verfassern des papiers)

"*....weil die militärstrategie zum angelpunkt geworden ist, ist auch die politik gestorben - bzw. darin kommt sie auf ihren 'reinen begriff'...*" (erklärung der gefangenen aus der RAF zu 77)

"*... ihre macht ist militärstrategie, aufstandsbekämpfung, maschine - aber hohl, nur gewalt, sonst nichts, es ist ihre reaktion auf die sich vereinheitlichende kraft der internationalen kämpfe für befreiung, auch in westeuropa...*" (hungerstreikerklärung, dezember 1984)

trotz fortschreitenden verlustes seiner legitimation ist es offensichtlich, daß der kapitalismus in den metropolen noch über einen "konsens" in der bevölkerung verfügt. dieser konsens ist zwar äußert labil und wird immer öfter durch kurzfristige und begrenzte revolten unterbrochen, aber er ist dennoch vorhanden. er wird auch weiterhin bestehen bleiben, wenn wir, die antagonistische linke, die komplexität der metropolenwirklichkeit und die des revolutionären kampfes negieren.

wenn man die imperialistische macht nur noch in der militärstrategie zu erkennen glaubt und den revolutionären kampf auf "strategie gegen ihre strategie" reduziert, ist eine militaristische politik/praxis die zwangsläufige folge und damit auch die politische und militärische niederlage der kommunisten.

"*...der begriff der veränderten bedingung ist: die ausbildung des gesamtsystems mit seinem kern ... der NATO ... das heißt gesamtsystem, das unter der unaufhebbaren hegemonie des US-kapitals die konkurrierenden interessen von teilfraktionen des ganzen, ob national oder ökonomisch als teilfraktion definiert, in der umfassenden krise der kapitalverwertung reguliert und gegen den weltweiten revolutionären prozeß zur aggression, d.h. zum versuch der sicherung der herrschaft auf neuer stufe zusammenfaßt...*" (gefangener aus der RAF am 10.4. zu den aktionen 1981).

der begriff des gesamtsystems, wie er hier gebraucht wird, negiert völlig die auch heute bestehenden innerimperialistischen widersprüche. natürlich hat der begriff seine berechtigung, aber in einer definition, die von der hier gebrauchten grundsätzlich abweicht. lenin hat in seiner schrift "der imperialismus als höchstes stadium des kapitalismus" die tendenz zur monopolisierung als grundsätzliche eigenschaft des imperialismus analysiert. er betonte dabei allerdings, daß gerade durch die monopolisierung die konkurrenz auf höherer (welthandels-) ebene fortgesetzt wird, da dadurch auch die nationalen interessen, eben durch die monopolisierung, mit mehr macht, besser durchgesetzt werden können. das hat zur folge, daß sich weltweit die bedingungen der einzelnen länder noch schärfer auseinander entwickeln, denn wie könnte die verschärfung der ausbeutung (also das ärmer machen des einen teils durch den anderen) eine angleichung der bedingungen zur folge haben? "das finanzkapital und die trusts schwächen die unterschiede im tempo des wachstums der verschiedenen teile der weltwirtschaft nicht ab, sondern verstärken sie...." (lenin, s.o.). das gilt auch heute noch, z.b. auch für die EG-staaten. die BRD ist die wirtschaftlich stärkste macht, frankreich hat den wirtschaftlichen anschluss an die BRD nicht geschafft, england ist noch schwächer.

dazu kommt, daß der unterschied zu den stärksten wirtschaftsmächten (BRD, frankreich, england) einerseits und den schwachen peripherie-staaten (irland, belgien, portugal, spanien, griechenland) andererseits, immer weiter aufreißt. die schwächeren driften unter dem mörderischen konkurrenzdruck immer weiter ab. trotz ähnlicher maßnahmen gegen die ausgebeuteten, die sich u.a. in der zunehmenden monopolisierung und der gleichzeitig dazu verlaufenden vernichtung ganzer industriezweige ausdrückt und wodurch in der tat eine teilweise "angleichung der bedingungen für das europäische proletariat" (zusammenschlußerklärung von AD und RAF) geschaffen wird, wirkt sich auch die reaktionäre krisenlösungsstrategie aufgrund der unterschiedlichen ausgangsbedingungen im konkreten endeffekt nochmal extrem unterschiedlich aus. kürzungen im sozialen bereich oder lohnverluste bedeuten hier in der BRD nochmal was ganz anderes als z.b. in spanien oder belgien. deshalb ist es auch unzulässig oder oberflächlich von einer "angleichung der bedingungen für das europäische proletariat" zu reden. die gesamten materiellen lebensbedingungen

(die ja wohl als wichtiges moment in einer revolutionären entwicklung anerkannt sind und bleiben) z.b. der englischen arbeiterklasse waren denjenigen der deutschen arbeiterklasse in den 60-ziger Jahren weitaus angeglichener als sie es heute sind.
die eigendynamik des kapitalismus, der permanente druck von konkurrenz und effektivität, erzeugt außerdem entscheidende entwicklungen quasi 'aus sich selbst heraus' (automation, massenentlassungen, neue technologien, umstruktierungen etc.), die sie für alle wirtschaftlich miteinander in beziehung stehenden länder ebenfalls unausweichlich machen. das führt jedoch auch gleichzeitig immer wieder zu neuen und sich z.t. vertiefenden widersprüchen innerhalb des "gesamtsystems". es ist für uns, die revolutionäre linke, unbedingt notwendig, diese widersprüchliche eigendynamik des kapitalistischen systems und seiner organisationsformen und strategien zu begreifen, weil auch darin immer wieder ansatzpunkte und möglichkeiten liegen, die wir in unserer praxis zu beachten haben/die wir u.U. für uns nutzen können.
das schematische erklärungsmuster der planmäßigen schaffung einer "zwei-drittel-gesellschaft" oder des "europaweiten angriffs auf das proletariat" vermittelt nur die eine hälfte der wahrheit. so hat z.b. die ausgrenzung und massenhafte verarmung eines drittels der metropolengesellschaft zur folge, daß diese menschen auch nicht oder nur wenig konsumieren können, ergo der europäische markt wiederum noch enger und die absatzprobleme der kapitalisten noch größer werden. wo sollen sie ihren scheiß dann noch loswerden? vielleicht nähern wir uns mal dem gedanken, daß eine solche entwicklung selbst unter kapitalistischen ausbeutungs-gesichtspunkten von einem gewissen zeitpunkt an kontraproduktiv wird und so auch wieder andere verhältnisse eintreten werden oder zumindest versuche dazu.
worauf wir hinauswollen: daß wir, der revolutionäre widerstand, endlich kapieren müssen, daß die herrschenden nicht so einfach nur vom planquadrat ihrer chefetagen aus strategien und projekte entwerfen können und sie dann auch punkt für punkt durchsetzen können (was schnell die horrorvisionen von "entscheidungsschlacht", "eliminierung des antagonismus", "weltfaschismus" usw. hervorbringt), sondern, daß in der wirklichkeit des kapitalismus und dessen krisenlösungsstrategien immer wieder neue widersprüche aufreißen, die die imperialistischen projekte behindern, in Frage stellen, verändern.
die ungleichzeitigkeit der kapitalistischen entwicklung und die unterschiedlich starke auswirkung der krise in den verschiedenen europäischen staaten können z.b. auch zur unterschiedlichen entwicklung oder besser: zu noch unterschiedlicheren entwicklungen von klassenkämpfen und tendenzen zur revolutionären umwälzung führen, die situation in spanien ist z.b. heute schon extrem verschieden zu der in anderen europäischen ländern, die konfrontation am weitesten zugespitzt... diese realitäten müssen wir zur kenntnis nehmen, wenn wir wirklichkeitsnahe und realistische politische strategien für unseren kampf hier in der BRD entwickeln wollen.
der schematische begriff von "gesamtsystem" und "angleichung der bedingungen" erschlägt alle diese notwendigen differenzierungen und verstellt den weg für genauere analysen. gleichzeitig entstehen daraus abstrakte und schematische vorstellungen von revolutionärer praxis in der metropole, wonach die entwicklung der kämpfe, die entwicklung von klassenbewußtsein im jeweiligen land weder als ausgangspunkt noch als ziel für die konkrete revolutionäre praxis begriffen werden. was dann nur noch zählt, ist ein genauso schematischer und undifferenzierter bezug auf "frontabschnitt" im internationalen klassenkrieg. unklar bleibt, wie wir in der BRD, als teil des "frontabschnitts westeuropa", überhaupt auf diese weise zu einer politisch-militärischen kraft werden können, die in der lage ist, **tatsächlich** mal ne rolle im internationalen kräfteverhältnis einzunehmen. mehrmals aufgefallen ist uns darüber hinaus, daß in vielen papieren, egal ob sie aus dem widerstand, von der RAF oder gefangenen aus der RAF stammen, beispiele für die entwicklung des gesamtsystems angeführt werden, die lediglich die ebene der repression betreffen. z.b. "*...seit sich gegen die offensiven der guerilla hier 77 und in italien 78, dann 80 gegen die volkskämpfe in der türkei das US-interesse und der imperialismus als gesamtsystem aufgerichtet hatte...*" (gefangene aus der RAF am 10.4. zu den aktionen 1981). wir wissen aber, daß es keine entwicklung aus den letzten jahren oder jahrzehnten ist, daß das kapital gegen einen gemeinsamen feind gemeinsam vorgeht. schon 1871, während des deutsch-französischen krieg, wurde die pariser commune gemeinsam vom deutschen und französischen staat zerschlagen. danach bildetet sich die sog. "heilige allianz" gegen den internationalen sozialismus. wenn wir daran erinnern (es ließen sich unendlich viele weitere beispiele anführen), negieren wir dabei nicht die ständig zunehmende zusammenarbeit der imperialistischen staaten bei der bekämpfung revolutionärer organisationen. kein revolutionär ist nicht mit der tatsache konfrontiert, daß die konterrevolutionäre zusammenarbeit gerade auch in westeuropa heute schon auf allen ebenen (gesetzgebung, justiz, propaganda und natürlich erst recht in der exekutive) ein sehr hohes niveaus erreicht hat und daß die NATO dabei eine wichtige rolle einnimmt. aber auch diesen prozeß muß man differenzierter untersuchen: nach jahrzehnten der relativen ruhe entwickelte sich seit dem ende der 60er jahre in vielen westeuropäischen ländern erneut der politisch-militärische kampf für den kommunismus. aus dieser revolutionären entwicklung ergab sich für alle westeuropäischen staaten nach kurzer zeit die notwendigkeit einer möglichst weitgehend koordinierten zusammenarbeit. da zwischen den westeuropäischen staaten bei der gemeinsamen bekämpfung der westeuropäischen guerilla eine weitgehende **interessenidentität** vorherrscht, blieben und bleiben die real existierenden innerkapitalistischen widersprüche **in dieser frage** relativ unbedeutend - relativ! denn selbst im gemeinsamen kampf gegen revolutionäre organisationen und bewegungen und staaten sind die imperialistischen staaten nicht ein widerspruchsfreier und per se interessengleicher block.
interessengegensätze treten bei ihnen - wie schon gesagt - zwar nur im geringen maße bei der bekämpfung der westeuropäischen guerilla auf, werden aber von der einschätzung und bekämpfung revolutionärer organisationen/bewegungen/staaten ökonomische und politische interessen tangiert, machen sich oft "risse" innerhalb des imperialistischen lagers bemerkbar; risse, die nicht nur verbaler und propagandistischer art sind, sondern die sich oft auch sehr materiell auf die verhaltensweisen einzelner staaten/regierungen auswirken. beispiel dafür ist der konflikt um die frage der offenen militärischen intervention der USA in Nicaragua innerhalb der NATO, aber auch die letzten monate haben das mehrmals deutlich gemacht (achille lauro/italien, ausweisung von palästinensern aus griechenland, lybien). selbst die aktuellen milliardengeschäfte zwischen unternehmen aus der BRD und der Sowjetunion (es geht dabei um 15 milliarden DM) wirken sich mit sicherheit auf die haltung der BRD-regierung aus, die eskalition gegen lybien mitzutragen oder nicht.
warum das alles negieren? zumal die konsequenz aus der existenz der innerimperialistischen widersprüche für revolutionäre in der BRD und WE heute nicht heißen kann, unsere praxis auf das aufspüren und ausnutzten dieser widersprüche auszurichten. ohne abstriche an ihrer revolutionären politik und praxis zu ma-

chen, nutzte die RAF in der mitte der 70er jahre die damals auch unter den kapitalistischen regierungen westeuropas bestehenden widersprüche gegen die vorherrschaft der BRD in WE in der europäischen kampagne gegen die "germanisierung europas" aus und behinderte damit die pläne des BRD-imperialismus erheblich. heute gibt es weitere/andere innerimperialistische widersprüche, morgen entwickeln sich neue..... sie negieren nutzt den imperialisten, schadet den revolutionären!

wir denken, daß das "gesamtsystem" und die "gleichzeitig der antiimperialistischen kämpfe" innerhalb der 'front' gleichermaßen oberflächlich 'analysiert' werden. vorab: die wirkung der gleichzeitig der antiimperialistischen kämpfe ist ein beständiger bestandteil aller antikapitalistischen und antiimperialistischen kämpfe. sie ist keine entwicklung der letzten jahre, sie ist ein immanenter bestandteil aller kämpfe gegen die bourgeoisie. so wurde der nazifaschismus z.b. durch die gleichzeitigkeit der kämpfe der albanischen und jugoslawischen partisanen, der französischen und niederländischen, des norwegischen und polnischen widerstands, des kampfes der sowjetischen partisanen und der roten armee und....und.... zerschlagen. weitere beispiele lassen sich in der revolutionären geschichte viele finden. allerdings sehen diese beispiele anders aus als die von den genossen aus der RAF beschriebenen:

"*...ihr zusammenschluß zum homogenen konterrevolutionären block, den sie brauchen, um die militärische offensive politisch durchzuhalten, ist aber weder ganz vollzogen noch ist er abgesichert. gleichzeitig ist es so, daß die revolutionären kämpfe, so unterschiedlich die bedingungen und verschieden weit sie entwickelt sind, in ihrer wirkung schon zusammen in diese offensive eingreifen und ihren konkreten zielen zuvorkommen.*

die New Jersey, die im libanon mit den schwersten bombardierungen seit dem vietnamkrieg doch noch einen amerikanischen sieg erzwingen sollte - hinterher hat ein pentagon-beamter gesagt, daß es dort jetzt aussehen müßte wie auf dem mond - haben sie dafür aus El Salvador abgezogen, wo sie kurz vorher hinverlegt worden war, um die zivilbevölkerung zusammenzuschießen und so die guerilla zu isolieren..." (erklärung der gefangenen aus der RAF zu 77).

behauptet wird in dieser erklärung also folgendes: wenn die eskalation 1982 im libanon (die auch die verlegung der New Jersey von El Salvador hin zum libanon 'notwendig' gemacht haben soll) nicht aufgetreten wäre, dann hätten die USA damals in El Salvador direkt und unmittelbar militärisch interveniert ("...um die zivilbevölkerung zusammenzuschießen...") diese behauptung ist nicht nur durch nichts belegt, sondern im gegenteil: alle tatsachen sprechen eindeutig dagegen, diese behauptung negiert völlig die **damalige** (die beschießung des libanon durch die new jersey fand 1982 statt) und auch noch gegenwärtige US-strategie gegen El Salvador, Nicaragua und dem gesamten mittelamerikanischen raum. die USA gründen die contra-banden und todesschwadrone. sie bilden und rüsten sie aus, sie rüsten und bilden die reaktionären armeen mittelamerikas aus, darunter auch die El Salvadors, sie intervenieren in den krieg gegen das el salvadorianische volk darüber, daß sie mittels militärberater diesen krieg bestimmen und leiten, aber sie vermieden und vermeiden bislang (was nicht für alle zeiten bedeutet, d.h. aufgrund bestimmter entwicklungen sich unter umständen auch relativ schnell ändern kann) die eigene offene militärische intervention - was eine solche wie oben beschriebene beschießung durch die New Jersey bedeutet hätte. eine offene und direkte militärische intervention versuchen die USA u.a. auch wegen der existenz der innerimperialistischen widersprüche (selbst von der gefahr eines auseinanderbrechens der NATO wird in diesem zusammenhang geredet!) zu verhindern, **vor allem aber** wegen der unüberschaubaren eskalation des revolutionären widerstands im gesamten latein- und mittelamerikanischen kontinent.

die revolutionären kämpfe in verschiedenen ländern der erde wirken also sehr wohl zusammen, aber nicht in der wie oben (zitat) versimplifizierten art und weise. eine intervention in El Salvador / in mittelamerika wurde **bislang** durch die oben genannten faktoren verhindert; faktoren, die für den libanon in der art nicht existent waren und sind und in denen die kämpfe im libanon nur eine **sehr** untergeordnete rolle spielen konnten. mit sicherheit bestand während der gesamten phase (1982) für den US-imperialismus das problem nicht in einem zu schwachen militärpotential, wie die angebliche verlegung der New Jersey glauben machen soll. wir sind der ansicht, daß die politische situation in mittelamerika und dem nahen osten, hier auch nochmal speziell libanon, in keinster weise zu vergleichen ist. in mittelamerika ist die revolutionäre entwicklung so weit vorangeschritten, daß eine US-intervention in El Salvador sich zumindest zu einem "steppenbrand" in der gesamten region ausdehnen kann. im Nahen Osten ist die revolution sehr viel schwächer entwikkelt. wenn man feststellt, daß die revolutionären kämpfe in ihrer wirkung zusammenkommen und mechanisch daraus folgert, daß eine militärische intervention im libanon eine (gleichzeitige) in El Salvador unmöglich macht, leugnet man im grunde diese unterschiede.

wir fragen uns daher, wie weit die behauptung fundiert ist, daß die revolutionären kämpfe... ihren konkreten zielen zuvorkommen? gerade im libanon, kann davon ja wohl keine rede sein. sicher, das langfristige ziel, die befriedung und gleichzeitige beherrschung, ist nicht voll erreicht. was aber erreicht ist, ist die weitgehende zerschlagung von strukturen, die von palästinensischen revolutionären und ihren organisationen über jahre hinweg aufgebaut wurden (bekaa-ebene z.b.). in diesem zusammenhang sehen wir auch den abzug der multinationalen 'friedenstruppe'. sie mußten feststellen, daß ihre direkte militärische präsenz alle im libanon vorhandenen kräfte einte (natürlich oft nur auf druck der jeweiligen basis). diese einheit und die stärke der kämpfe, die aus ihr heraus möglich wurden, hat schließlich zum abzug der truppen geführt. ein erfolg des libanesischen und palästinensischen volkes, der keinesfalls in frage gestellt werden kann. nach dem abzug der truppen ist aber durch den imperialismus eine situation im libanon geschaffen worden, in der die revolutionären kräfte in auseinandersetzung mit islamischen fundamentalisten, christlichen faschisten etc... absorbiert werden. vom völligen scheitern und einer vollständigen niederlage der imperialisten im libanon kann also keinesfalls gesprochen werden.

wir fragen daher die genossen aus der RAF und den teilen des widerstands (die die hier hinterfragten und kritisierten 'analysen' in vielfältiger art aufgegriffen haben), was wollt ihr mit diesen offensichtlich falschen behauptungen belegen? wir sehen uns zu dieser frage gezwungen, weil das offensichtlich falsche an teilen (wichtigen teilen) der 'analysen' für uns nicht mehr erklärbar ist und wir uns dadurch des eindrucks nicht mehr erwehren können, daß diese art der 'analysen' in erster linie dazu dienen soll, eine militaristische politik mit dem anschein der legitimation/der notwendigkeit zu versehen. dadurch, daß

- daß militärische potential des imperialismus im zusammenhang mit dem "zusammenwirken der kämpfe" heruntergespielt wird,
- das "zusammenwirken der kämpfe" auf die militärische ebene reduziert wird (TWA z.b.)
- insgesamt eine **ganz neue** entwicklungsphase der internationalen kämpfe und ihres zusammenwirkens behauptet wird (die als folgeerscheinung die kriterien für counter und revolutionäre aktion auf den kopf stellen sollen - siehe eins der vorbereitungspapiere zum kongreß,

in dem bezug auf die anschläge der faschisten auf US-soldaten genommen wird.
- die gesamte reorganisation des kapitalistischen systems / des imperialismus als eine entwicklung dargestellt wird, die alleine der militärischen lösung untergeordnet sei ("entscheidungsschlacht", "kriegsökonomie"),
- die politische ebene der imperialistischen strategien und seine integrationsfähigkeit (zumindest in den metropolen) völlig negiert und sogar abgestritten wird (siehe erklärung zu77),
- die totalität des "gesamtsystem" wiederum weit überhöht und die innerimperialistischen widersprüche als irrelevant oder als nicht vorhanden dargestellt werden,
dadruch wird zwingend der eindruck erweckt, daß es möglich ist, den imperialistischen krieg/das gesamte imperialistische system ausschließlich auf 'seiner' ebene, nämlich der militärischen, zu bekämpfen und schließlich zu beseitigen, eine illusion, die verheerende folgen haben muß.
"*...die härte, mit der die imperialisten jetzt auf allen ebenen und an allen fronten krieg führen, liegt in ihrem ziel: sie begreifen ihn als entscheidungsschlacht, weil sie nach dem einbruch in vietnam die sicherung ihrer macht nur noch in der vollständigen eliminierung des antagonismus für möglich halten...*" (gefangene aus der RAF zu 77).
auch diese aussage kann ja nur bedeuten, wenn die schweine **jetzt** den antagonismus ausrotten wollen, wir jetzt gefordert sind: entweder oder....
wie man zu einer solchen einschätzung kommen kann, bleibt uns ein rätsel, wissen wir doch spätestens seit Karl Marx, daß es zum wesen des kapitalismus gehört, seinen antagonismus selbst zu produzieren, denn zur ausbeutung gehört auch der, der ausgebeutet wird **und aus dieser ausbeutungssituation heraus immer wieder den widerstand dagegen organisiert/entwickelt**... so ist es also eine in sich widersprüchliche aussage, daß der imperialismus seinen antagonismus ausrotten könne, was ja damit gemeint sein muß; denn daß er es will, aber nicht kann, ist ebenso alt wie in diesem zusammenhang bedeutungslos. uns darf es also nicht darum gehen, irgendeine "entscheidungsschlacht" zu gewinnen, sondern die revolution im eigenen land (als teil des weltrevolutionären prozesses) voranzutreiben. dabei ist die frage, ob 'nationale revolutionen möglich sind oder nicht' für uns überhaupt **keine** frage. diese frage ist für kommunisten in jeder hinsicht bedeutungslos! entscheidend ist nämlich, daß wir nur aus der revolutionierung unserer realität und gegenwart, d.h. aus unseren nationalen bedingungen und kämpfen zu einer kraft werden können, die national **und** international eine revolutionäre rolle einzunehmen in der lage ist.
wir halten daher die frage nach der möglichkeit einer 'nationalen revolution' für ablenkend und irreführend und möchten vorschlagen, daß die hier versammelten genossen eine diskussion (hier und zu hause) darüber einleiten, ob wir uns zukünftig nicht das debattieren von und orientieren an belanglosen fragen grundsätzlich ersparen sollten. leider haben wir die arbeitspapiere zum kongress erst vor wenigen tagen erhalten, daher konnten wir uns mit diesen papieren noch nicht in der notwendigen ausführlichen art und weise auseinandersetzen. das gleiche problem hatten wir im grunde mit der gesamten kongressvorbereitung, die kurzfristigkeit, die nicht geführten diskussionen in größeren zusammenhängen - das alles erschwerte eine konstruktive (mit-)arbeit an dieser phase zum aufbau der antiimperialistischen front. wir stellen uns den kampf um die "einheit" und um's " zusammenkommen" grundsätzlich anders vor und erwarten (von uns und anderen), daß daraus für die zukunft in jeder hinsicht konsequenzen gezogen werden. wir werden uns jetzt darauf beschränken müssen, uns mit den wichtigsten punkten der (uns vorliegenden) arbeitspapiere auseinanderzusetzen - und zwar mit den punkten, über die wir in den arbeitsgruppen diskutieren wollen.

ZUSAMMENWIRKEN DER KÄMPFE WELTWEIT

daß revolutionäre kämpfe/entwicklungen weltweit die kräfte des imperialismus zersplittern könnten und so auch seiner fähigkeit zur militärischen intervention/eskalation grenzen gesetzt werden, ist ne grundsätzlich richtige - aber auch nicht neue - tatsache. allerdings hat dieses "zusammenwirken" bestimmte kriterien, die erfüllt sein müssen, sonst ist weder objektiv noch subjektiv ein zusammenwirken vorhanden. nicht die tatsache, daß kämpfe in verschiedenen regionen **zum gleichen zeitpunkt** laufen, macht bereits ihr zusammenwirken aus, sondern die frage nach der politischen **identität** ist dafür bestimmend. also, gegen wen sich die kämpfe richten und **für was** gekämpft wird, um welche klassenposition, welche gesellschaftlichen ziele. gegen welchen feind **und für** welche eigenen vorstellungen - das ist nicht voneinander zu trennen und macht die politische identität des kampfes aus. **dann erst** ist die "objektiv antiimperialistische wirkung" gegeben (damit beziehen wir uns z.b. auf die auseinandersetzung um die TWA-entführung - wem nützt sie?) nach diesem kriterium kann man auch nicht einfach kämpfe von ganz unterschiedlicher politischer identität zusammenwerfen und behaupten, sie würden sich aufeinander beziehen. das brauchen wir doch nur mal an uns selbst zu überlegen (diskussion 1982 um die anschläge der faschisten gegen US-soldaten). das "zusammenwirken" ist darüber hinaus auch ne frage, wie weit der revolutionäre prozeß in den jeweiligen regionen tatsächlich entwickelt und verankert ist. also, wie gefährlich der jeweilige prozeß in seiner aktuellen entwicklung und perspektivischen explosionskraft für den imperialismus ist.
und genau bei dieser frage sind wir mit uns selbst konfrontiert. wenn wir von dem, was richtig ist am "zusammenwirken der kämpfe" ausgehen, müssen wir uns selbstkritisch fragen, **wie** wir **hier** in der metropole BRD überhaupt so stark werden können, daß wir unseren (richtigen) internationalistischen anspruch erfüllen können und uns stattdessen nicht in wunschvorstellungen ergehen. nur wenn wir uns diese frage **politisch** beantworten, werden wir in der lage sein, sie auch praktisch zu beantworten, d.h. auch: irgendwann ein relevanter faktor (auch) im internationalen kräfteverhältnis sein. und an dieser stelle kommen wir nicht an der frage vorbei, ob die aktion im august (pimental und air base) neue bestimmung und neuer weg für den revolutionären prozeß hier sein kann - oder ob sie nicht vielmehr diesem prozeß schadet. wir meinen, letzteres.
der bezug auf die internationale entwicklung der kämpfe bringt uns nicht weiter, wenn wir es nicht schaffen, in der strategie der antiimperialistischen front die **nationalen und** die **internationalen** bedingungen miteinander zu verbinden. genau das war die bestimmung der politik der RAF von anfang an. sie ist immer noch richtig!
wir können nicht verstehen, daß in papieren zum kongress seitenlange analysen über die internationale situation, über das gesamtsystem und die entwicklung des widerstands hier bis zum sommer 85 entwickelt werden - und an der entscheidenden frage, die für uns / für die ganze weitere entwicklung **hier** existentiell ist (eben weil die gesamte antiimperialistische front/jede revolutionäre politik und praxis davon berührt ist), nach nen halben jahr dazu nur kommt: "*...womit wir schwierigkeiten haben, ist die genaue bestimmung für den prozeß hier, wohin die eskalation und polarisierung in die tiefe der gesellschaft genau laufen soll...*" und gleichzeitig kritik an den aktionen sich reduziert auf das vermittlungsproblem und das verhältnis der guerilla zum wi-

derstand, was sich darin ausdrückt. es ist einfach ein absoluter widerspruch zwischen dem verhältnis, mit dem die genossen sich mit der internationalen situation und den strategien der herrschenden auseinandersetzen und dem verhältnis, mit dem die politischen auswirkungen der neuen bestimmung / des neuen weges auf die situation hier in der metropole BRD diskutiert werden. darüber wollen wir auch auf dem arbeitskreis sprechen.

wie in verschiedenen papieren zum kongress formuliert wurde, geht es nicht um die bornierte vorstellung von "nationaler revolution". das verfälscht das eigentliche problem. weil ganz unabhängig von der relevanz der frage, ob eine "nationale revolution" in der metropole (oder auch in der sog. 3. welt) noch möglich ist oder nicht, es eine unumstößliche tatsache ist, daß wir die kräfte für ne revolutionäre entwicklung hier aus der situation und den bedingungen der brd entwickeln müssen.

auch da wo wir uns mit dem imperialistischen gesamtsystem auseinandersetzen, kommen wir zu den gleichen fragen, wenn wir konsequent an den ergebnissen der analysen weiterüberlegen.

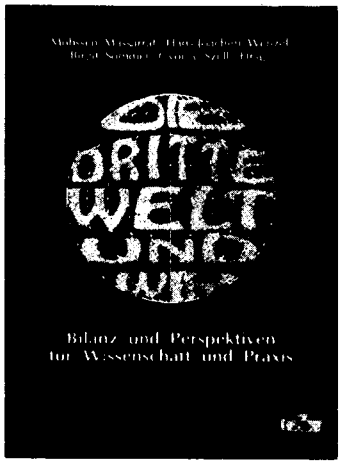
in erklärungen und texten von gefangenen, von der guerilla und dem widerstand und in den ersten kongresspapieren wurde das "imperialistische gesamtsystem" als eine art monolithischer block beschrieben. die tatsache, daß das kapitalistische system aus seiner eigendynamik zahlreiche widersprüche gesetzmäßig und ständig neu hervorbringt, die sich auf alle anderen ebenen auswirken, daß es nationale, historische usw. widersprüche innerhalb der imperialistischen mächte gibt, wurde überwiegend negiert, übersehen oder für nicht relevant gehalten bzw. einfach die unterordnung dieser widersprüche unter die gesamtimperialistischen interessen behauptet, der imperialismus wurde darauf reduziert, daß seine strategie nur noch auf militärische lösungen abziele, daß er nicht mehr in der lage sei, für die durchsetzung seiner interessen auch politische mechanismen anzuwenden. die konsequente folge einer solchen schematischen (und falschen) analyse besteht in der vorstellung, daß nun die zeit gekommen sei, für die revolutionäre in den metropolen, nur noch auf militärischer ebene (strategie gegen ihre strategie) gegen des US-imperialismus zu kämpfen. ergo: airbase und pimental. ein solches weltbild/eine solche 'analyse' bildet den politischen hintergrund für das abgleiten der revolutionäre in militaristische strategien.

in den neusten papieren zum kongress ist eine an vielen stellen differenzierte auseinandersetzung mit dem 'imperialistischen gesamtsystem, dessen macht nur noch militärstrategie ist' wiedergegeben. angefangen bei der erkenntnis, daß "*die großen sprüche der imperialisten und das, was sie in bestimmten situationen tatsächlich verwirklichen können, zwei verschiedene dinge sind...*" (was uns sicher auch von der erdrückenden welle von schulz- und weinberger-zitaten befreien wird) bis dazu, daß "*das kräfteverhältnis immer in konkreten kämpfen entschieden wird, und so auch die harte haltung nichts endgültiges ist...*" oder daß "*die imperialisten einfach an jeder einzelnen stelle neu kalkulieren müssen, ob der politische schaden, die kurz- und längerfristigen folgen einer militärischen vergeltungsaktion, einer intervention oder die durch- bzw. nichtdurchsetzung eines projekts in den zentren größer sind als der nutzen....*"

diese einschätzungen kommen der wirklichkeit schon um einiges näher. vor allem ist daran wichtig für uns, daß die widersprüche innerhalb des imperialismus oder auch die politischen, ökonomischen grenzen, an die er stößt, oder die gratwanderung zwischen militärischen/repressiven strategien einerseits und politischen auswirkungen andererseits... daß das alles bereiche sind, in denen sich für uns, für die revolutionären kräfte, immer wieder raum eröffnet, wo wir auch wirkung erzielen können/müssen. damit meinen wir nicht ne politik, die sich nur an den widersprüchen der imperialisten orientiert. aber wenn wir an den einzelnen widersprüchen weiter überlegen,nehmen wir als beispiel das problem der politischen grenzen, an die der imperialismus stößt, dann wird daran deutlich, daß für die revolutionären kräfte genau auch dieses terrain wichtig ist, wo wir ebenfalls siege erringen können durch die **politische** wirkung unseres **handelns,** der aktion, der mobilisierung, der täglichen kleinarbeit und so verstehen wir den satz der tupamaros: "DER REVOLUTIONÄRE KRIEG IST EIN POLITISCHER KRIEG." **das** ist die 'schärfe' des krieges in den metropolen, wie wir sie begreifen.

was jedoch in den papieren zum kongress auffällt, daß auch beim bereich "gesamtsystem" die schlußfolgerung aus den inzwischen differenzierteren einschätzungen nicht gezogen werden oder nicht als kriterien für die auseinandersetzung mit den aktionen im august mit einbezogen werden. würden sie das, wäre auch an **dieser** stelle der widerspruch zu dieser neuen bestimmung eine zwangsläufige folge. gerade da brechen die überlegungen jedoch ab.

iz3w
NEUERSCHEINUNG



Die Dritte Welt und Wir

Beiträge von fünfzig Autorinnen und Autoren zu aktuellen Themen des Nord-Süd-Konflikts. Das Buch vermittelt für alle, die sich in Wissenschaft und entwicklungspolitischer Arbeit mit den Problemen der Dritten Welt befassen, einen Überblick über den neuesten Stand der Diskussion.

Juni 1993
512 Seiten · DM 28,–
ISBN: 3-922263-11-9

iz3w
postfach 53 28 · 79020 freiburg
Für den Buchhandel: Prolit, Gießen

III. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Weißen und *People of Color*: Antirassismus ist mehr als Antifaschismus und traditioneller Antiimperialismus!

> "(...) die tatsache, daß die *warengesellschaft* in ihrer heutigen fundamentalistischen ausprägung (...) zu einer unaufhaltsamen verwahrlosung der gesellschaft (...) führt (... ist) akut bedrohlich vor allem in den erfolgen neofaschistischer rattenfänger (...). und wenn heute eine re-faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen vakuum, das diese linke in ihrem rückzug aus einer (...) neusetzung von *werten* (...) hinterlassen hat".
> **Lutz Taufer, *Ghetto oder Gesellschaft***

> "(...) rechte jugendgangs (... sind eine) revolte aus dem gefühl der eigenen *entwertung* im kapitalismus, gegen lüge und das tägliche abtöten von lebenslust (...) die christlich-abendländische 'kulturelle leistung' der trennung von körper und geist (die *spaltung* in der person) (... gibt) die unbegriffene - scharfe glasscherbe ab(...), die den weissen HERRENmenschenwahn immer wieder hochbringt. es ist die scherbe, die den herrenmenschen abhält, sich auf den grund der eigenen seele niederzulassen (...). die gespenster irren seitdem durch die welt, erlösung sich wünschend und erhoffend bei der suche nach der ursprünglichen *einheit*, (...)."
> **Christian Klar, *Brief vom Jan. 1993***

"Ursache allen Übels soll das rationale (...) Denken sein und die Bevorzugung falscher Werte (...). Die materiellen Verhältnisse werden als Folge diesen falschen Denkens begriffen. (...) Eine Botschaft, die auf guten Boden fällt, der vorbereitet ist durch eine Weltuntergangsstimmung, in der Menschen als Klassen-Rassen-Geschlechtslose Gattung begriffen werden, so als sei die in der kollektiven Untergangsphantasie ersehnte Gleichheit vor dem jüngsten Gericht gesellschaftliche Realität. (...). Die oppositionellen Strömungen und Kämpfe sollen dementsprechend nicht als Widerstand begriffen werden, sondern als Ausdruck des Wertewandels, als Beweis für den beginnenden Umbruch. (...). Als Verhaltensempfehlung an die auf diese Art entpolitisierten Widerständigen gilt das Motto 'Kooperation statt Konfrontation'. (...). Männer wollen/sollen *ganz* werden. Sie wollen geheilt werden von der Last der Männlichkeit, insbesondere der Verantwortung für ihre 'männlichen' Taten, und sie wollen der Abhängigkeit von den Frauen entkommen. (...). Ganzheitlichkeit, das ist die Ganzheitlichkeit des weißen Mannes. (...). Ein Wertsystem hat noch nie eine Frau geschlagen, vergewaltigt, ausgebeutet. Es mag die Verhältnisse gerechtfertigt haben und tut es immer noch, aber *ist* nicht die Gewalt, die Ausbeutung, die Unterdrückung. Wir sollten uns das Wissen darum, daß männlichem Verhalten ein Interesse und nicht einfach nur ein falsches Wertsystem zugrundeliegt, nicht abkaufen lassen (...). Wir sollten uns nicht einlassen auf den erneuten Versuch, uns in eine männlich definierte Ganzheit einbinden zu lassen. Und das alles noch versetzt mit der Aufforderung zu Geduld und Kooperation: Die Geduld der Frauen ist die Macht der Männer! "
Claudia Neidig / Beate Selders, in: *Frauen & Ökologie*, Köln, 1987, 75 - 86 (76, 77, 84)

"(...) warum suchen sich die Subjekte, die - beispielsweise in Griechenland - nicht weniger die 'Wertform des Indviduums' sind, soviel seltener in genannter Weise 'zu heilen'? Das sind Fragen, die den Schluß nahelegen, daß Rassismus (...) sich nicht umstandslos auf die Warenform als sozialer Kernstruktur in kapitalistischen Gesellschaften reduzieren läßt."
autonome lupus-Gruppe, in: *konkret extra*, Nr. 1/1992, 5

"Die klassische Arbeiterbewegung war auf die Produktion zentriert und hatte als historische Voraussetzung und immer weniger effektiven Horizont den Internationalismus. Eine künftige anti-kapitalistische Massenbewegung" - die aber eben nicht mehr nur eine anti-kapitalistische sein darf, sondern gleichermaßen eine antirassistische und antipatriarchale sein muß! - "hat gewiss als Voraussetzung einen effektiven Anti-Rassismus, was viel mehr ist als Internationalismus."
Etienne Balibar, in: *Widerspruch* (Zürich), Vol. 21, Juni 1991, 11 - 19 (18)

1. Christian Klar, *Brief vom Jan. 1992*
2. Heidi Schulz, *Auszug aus einem Brief vom Jan. 1993*
3. RAF, *Auszug aus der Weiterstadt-Erklärung* (April 1993)
4. Lutz Taufer, Auszug aus dem Text "*Ghetto oder Gesellschaft*" (Jan. 1993)
5. einige Frauen aus der *radikal, Gegen das organisierte Deutschtum!* (Herbst 1992)
6. Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen, *Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik* (März 1992)

Christian Klar

Brief vom Januar 1992

... ich möchte jetzt zumindest mal soweit kommen, dir aufzuschreiben, wie ich seit ner weile versuche, mich in dieser rassistischen erweckungssituation zu orientieren.
das erste muss sein, finde ich, genau hinzuschauen, wie rassismus bei den verschiedenen klassen sich subjektiv ausdrückt: bei den in die deklassierung rutschenden, bei den rechten jugendgangs (die gespaltenheit in revolte aus dem gefühl der eigenen entwertung im kapitalismus, gegen lüge und das tägliche abtöten von lebenslust / andererseits die reaktionären, ganz konformen träume, auch sadismus), bei den 'ordentlichen bürgern' (gefangen in zwangsstruktur von ordnung, sauberkeit, funktionieren und lustfeindlichkeit), bei den ideologischen und organisierten neonazis, bei den politischen und wirtschaftlichen eliten.
um jetzt nur mal das letzte genauer zu machen, weil das dann in den weiteren zusammenhang führt: für einen primitiven rassismus sind sie ja subjektiv meist zu aufgeklärt. im rahmen des geldsystems und seiner transnationalen verwertungsbewegung ist ihnen durchaus jede hautfarbe 'gleich'. bei ihnen ist es also viel eher ein taktisches verhältnis, indem sie mit rassistischer (nationalistischer) verhetzung im volk **manövrieren**. den hahn auf- und zu drehen, stichworte, auch z.b. falsche statistiken ausgeben oder zurücknehmen. aber eben im zusammenhang der eliten kommt sofort die geschichte mit rein: auschwitz und die schöpfung der atomaren waffe. die maximale abstrahierung vom konkreten menschen als demoralisierende vorbereitung und dann die technik des völkermords. auschwitz muss dabei verstanden werden als modell imperialistischer modernisierung. soweit ist die antifaschistische aufklärung seit dem zweiten weltkrieg kaum vorgedrungen (die beschwörung des unmittelbaren menschlichen grauens ist, in der gesellschaftlichen breite, immer der schwerpunkt geblieben). aber wir wissen, es ist teil unserer eigenen politisierung, in der imperialistischen bourgeoisie hat es seitdem in hinsicht auf dieses modernisierungsmodell **keinen bruch gegeben**. in der bestimmung der atomaren waffe (und anderer herrschaftsprojektionen) setzt sich folgerichtig das wesentliche davon fort. und damit steht die weit verästelte gestalt vom heutigen rassismus auch in einem völlig erweiterten (schlacht)-feld: das heute von unserer seite her mit der internationalistischen kampagne zu '500 jahre unterdrückung und widerstand' betreten wird.
die '500 jahre' sind meines wissens in der metropolitanen linken, mal bis zu den frühen jahren dieses jahrhunderts zurückgeblättert, jetzt zum ersten mal solch ein bewußter bezugsrahmen geworden.
aber tatsächlich spielt in die aktuelle situation auch eine subjektive sache aus viel älteren schichten mit rein, ohne die rassismus meiner einsicht nach nur wenig verstanden werden kann: die christlich-abendländische 'kulturelle leistung' der trennung von körper und geist (die spaltung in der person), die, sagen welche, die das genauer erforscht haben, auf dasselbe halbe jahrtausend zurück reicht. die deformierungen bedeutet und alle möglichen erscheinungen von entfremdung und gleichzeitig die - unbegriffene - scharfe glasscherbe abgibt, die den weissen HERRENmenschenwahn immer wieder hochbringt. es ist die scherbe, die den herrenmenschen abhält, sich auf den grund der eigenen seele niederzulassen und **von da aus** zu leben, freie beziehungen zu anderen menschen/völkern einzugehen, ihn vielmehr immer neu zwanghaft zur leistung gespenstischer selbstkonstitution treibt (populär: die zu irgendwas hochgestylten). und weil diese Scherbe nicht einmal entdeckt ist, wird die ursache des schmerzes projiziert auf die 'sündenböcke', hassend am meisten die, die mehr freisein und lebendigkeit ausstrahlen und ursprüngliche menschliche bedürfnisse 'anmelden'. die gespenster irren seitdem durch die welt, erlösung sich wünschend und erhoffend bei der suche nach der ursprünglichen einheit, vergeblich aber ohne den bruch mit der herrenstruktur, und so können sie sich die einheit doch immer weiter nur vorstellen... im vollzug von **ausgrenzung** der 'fremden', der unordentlichen frauen, der nicht funktionierenden (in deutschland werden 10 prozent der kinder mit pillen vollgestopft in die schule geschickt), der krüppel, der für den markt überflüssigen...
wir sind also angekommen nicht bei den rechtsextremisten, sondern bei der metropolitanen gesellschaftlichen **mitte** und dem system. und das heute mit diesem ungeheuren wissenschaftlichen, logistischen und militärischen zerstörungspotential zur hand, das sich die imperialistischen eliten angehäuft und für sich monopolisiert haben.
soweit also mal angerissen die gedankenlinien, entlang denen ich den zugang zur situation suche.
vielleicht wird aus dem ausgebreiteten auch etwas deutlich, dass der internationalismus der metropolenkämpfer, die von den 70er jahren herkommen, noch etwas andere wurzeln hat - und darum auch für die zukunft gekämpft werden muss, anders als welche sagen, die es fertig zu bringen scheinen aus nem konjunkturellen soli-bewusstsein raus leicht auch mal davon zu trennen?
und hier jetzt mal ne denkpause.
ich möchte für diesmal nur noch die frage anknüpfen, die mich in dem zusammenhang der täglichen nachrichten stark beschäftigt. wie ihr nämlich die gefahr seht, dass die, die jetzt für den antifa-kampf aufstehen, sich in diese sackgasse bewegen könnten: dass die herrschenden mit der steuerung der rassistischen ausbrüche auf der untersten ebene 'einen sektiererischen konflikt kreiren', in dem die linken kräfte sich aufreiben (sollen) und die eliten damit dabei unangefochten bleiben? ...

Der Bundeskanzler warnt

Lesen schadet der Gesundheit

Ein »ak« beispielsweise enthält mindestens 40 Seiten hochkonzentrierte linke Verdrehungen und böswillige Unterstellungen

Ach so, ja. Und wer oder was ist ***»ak«***? Am besten selbst mal nachsehen. *Kostenloses Probeexemplar bestellen.* ***»ak«*** ist eine sozialistische Monatszeitschrift jenseits von Dogmatismus und Anpassung an den Zeitgeist. ***»ak«*** erscheint seit 1971. Übrigens : Das Kürzel steht für »Analyse und Kritik«.

ak kostet DM 6,–, erscheint vierwöchentlich und ist in allen linken Buchläden und gut sortierten Zeitschriftenläden erhältlich oder direkt bei

Hamburger Satz- und Verlagskooperative Schulterblatt 58B, 20357 Hamburg

DIE AKTION

Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst



Aus dem Inhalt der letzten Ausgaben: Reise durch ein krisengeschuttetes Amerika. Im Inneren der Festung – Momentaufnahmen aus Europa. Italien Dossier (II). Integration und Klassenkampf

verlegt bei Edition Nautilus

Katalog anfordern! Am Brink 10 / 21029 Hamburg

Heidi Schulz

Über Rassismus

Auszug aus einem Brief vom Januar 1993

[... der Anfang des Brief ist in dieser Broschüre in Kap. VIII abgedruckt ...]
ich denke, heute in einer situation, wo sich offen zu zeigen beginnt, wohin grossdeutsche politik führt: krieg, asylverhinderung, oberwasser für alle rechten, reaktionären entwicklungen, rassistische faschistische gewalt, "grosse koalition" (ohne dass sie formal an der regierung wäre), zu alle einschneidenden politischen entscheidungen, um die politisch-strategischen grenzen zu durchbrechen, die dem deutschen imperialismus durch die nachkriegs-grenzen und -geschichte (eben auch durch den sozialistischen block) in seiner expansion eingeschränkt haben - weltweit wie im innern - müssen alle um einen gemeinsamen politischen begriff von unten und eine gemeinsame politische antwort gegen diese entwicklung kämpfen.
der sogenannte "solidarpakt", bei dem schon die entwürfe in der schublade liegen, die in ost- und west(deutschland) eine weitgehende deklassierung weiterer breiterer teile der gesellschaft planen, die viele aus vielen gesellschaftlichen schichten in einen ökonomischen und sozialen verarmungsprozess drücken wird. der eine weitere grundlage (basis, voraussetzung) dafür sein wird, dass viele ihre perspektivlose situation bei den faschistischen organisationen zu lösen versuchen werden; solange, auch, "die" linken zusammenhänge sich nicht damit auseinandersetzen, oder sogar konkreten authentischen initiativen in den rücken fallen (wie teile der pds gegen authentische organisierungsvorschläge und versuche ausserhalb der gewerkschaften von/mit arbeiterInnen aus dem osten).
während gleichzeitig von oben "den einen" die gelder für soziale projekte gestrichen werden - wie treffpunkte für jugendliche, für ältere menschen, behindertenеinrichtungen, obdachlose, fortschrittliche "antipsychiatrie"-projekte, besetzte häuser.. - werden von unten "den anderen" dazu die brandbomben und todschlägertrupps "geliefert", in aktion gesetzt.
sicher kann niemand fertige antworten zu allem aus der schublade ziehen, umso wichtiger sind aber die klare benennung von inhaltlich-politischen bestimmungen, die von den wirklichen klassenverhältnissen ausgehen, von den ursachen faschistischer gewalt, statt mit politisch blindem handeln eine polarisierung zu verbreitern und zu vertiefen, die eine breite entpolitisierte unzufriedenheit vieler jugendlicher weiter in die rechte "ecke" treibt, die sie willkommen aufnimmt, weil "die" linke, viele linke zusammenhänge, es sich zu einfach machen - sich nicht mit der realität von deklassierten und den ursachen ihrer blinden gewalt auseinandersetzen.
"faschisten jagen und schlagen, wo man sie trifft" ist keine antwort auf die sozialen und politischen ursachen - dem nährboden faschistischer gewalt.
es ist doch auch unser ureigenstes interesse - das von denen, die in diesen imperialistischen verhältnisse nicht mehr leben wollen und können - nicht nur gegen die rechten zu kämpfen, wenn sie sich offen bestialisch zeigen, sondern gegen alle ursachen dieser entwicklung und d.h. gegen ihre grundlagen, um einen eigenen umwälzenden prozess mit langem atem zu kämpfen; mit politischen Vorstellungen von einem anderen leben, dafür. und sicher ist es schwieriger sich mit jugendlichen, die rechten parolen aufsitzen, auseinanderzusetzen, ihre denkschemata auseinanderzunehmen, als ihnen nur eins aufs maul zu hauen - was gegen die wirklichen faschisten sicher keine frage ist.
die eigene hilflosigkeit oder orientierungsschwäche kann niemand (niemals) durch schläge "ersetzen". wenn heute so viele 12-13-14...jährige kids den faschisten in die arme laufen, dann ist das nicht nur eine frage, aus welchen werte-losen, kaputten familienstrukturen sie kommen, in denen autoritätshörigkeit und unterordnung schon immer wichtiger waren als selbständiges und verantwortungsvolles denken, als einem grundbaustein dieser gesellschaftsstrukturen, sondern es ist auch eine "frage" an die geschichte linker politik - hier ausdruck dessen, wie wenig bzw. mit welcher entfremdung aus der privilegierten distanz sie die augen vor den sozialen-klassenwidersprüchen verschliessen und sich mit den politischen ursachen von deklassierungsprozessen auseinandergesetzt haben.
diesen fehler zu zementieren, indem man die fehlende anziehungskraft einer nichtexistenten linken zur grundlage des eigenen denkens und handelns macht, kann dieses defizit einer eigenen orientierungslosigkeit und das anwachsen von faschistischer organisierung und gewalt nur vergrössern. man muss zwischen formen von unzufriedenheit und blinder gewalt, die unbegriffen rechte parolen übernehmen, und denen, die wirklich faschisten sind, unterscheiden, will man dieser entwicklung nicht weiter das feld überlassen, die viele jugendliche weiter in ihre arme treibt.
dazu gehört aber sich tatsächlich mit ihrer realen lage, ihren widersprüchen und problemen auseinanderzusetzen - dass geht nicht von einer warte aus, die für viele "linke" hier das bestimmende ist: "wir sind die guten mit durchblick" und "ihr die verdummten bösen", einer haltung, der die realen klassenverhältnisse im eigenen "links-alternativen ghetto" abhanden gekommen sind, ein bewußtsein über die eigene reale lage - und das gemeinsame der lage aller unterdrückten.
es gibt einige wenige ansätze, die in diesen auseinandersetzungen richtig eingreifen, wie z.b. in mannheim, wo sich aus den zusammenstößen zwischen "rechten und linken jugendlichen" eine initiative entwickelt hat, um die sprachlosigkeit zu brechen. fußballspiele sind da genauso teil wie gespräche und es wäre nichts als dumme arroganz, solche initiativen als "sozialarbeiterfrieden" abtun zu wollen.
sicher reichen solche initiativen allein, auch wenn sie so zahlreich wie notwendig wären, nicht aus, wenn nicht gleichzeitig um eine entwicklung gekämpft wird, die gegen die ursachen rechter gewalt eine eigene orientierung und politik setzt.
und sicher ist auch, dass das nicht ohne einen gesellschaftlichen klärungsprozeß möglich sein wird - wie sich jede/r politisch verhält zu den fundamentalen fragen (denen die meisten linken zusammenhänge aus dem weg gehen), zu den politischen und sozialen fragen, wie sie aus den existierenden gesellschaftlichen widersprüchen aufbrechen, aus der veränderten gesamtpolitischen lage, in der das deutsche kapital sich auch mit krieg wieder neue absatzmärkte, ausbeutung von anderen völkern und fremden ressourcen sichern will. (schließlich ein ursprung von rassismus und "herrenmenschen"-denken, aus 500 jahren kolonialer-imperialer herrschaft entwickelt).
ohne hier auf die komplexen entwicklungen eingehen zu können, die zu der zuspitzung weltumspannender krisen in grausame verteilungskämpfe und "bürgerkriege" geführt haben, wie in jugoslawien und somalia, oder angola... eins steht mit sicherheit fest, sie wären ohne die einmischung und machtpolitik zur durchsetzung politischer, ökonomischer und militärstrategischer interessen imperialistischer grossmächte nicht möglich gewesen, die nun im namen "humanitärer aktionen" den weg freimachen sollen für die akzeptanz einer militärischen interventionspolitik in der tradition kolonialer militaristischer machtpolitik.
was ist antirassistische, antifaschistische politik eigentlich? ist das das recht, hier geduldet zu werden, solange menschen für die verwertungsinteressen des grossen geldes, der multinationalen konzerne, ausbeutbar sind? menschenrechte, die

nach den verwertungsbedingungen des kapitals quotiert mal proklamiert, dann ausser kraft gesetzt werden, oder damit ihre exportgeschäfte nicht gefährdet werden? ich denke, antirassistischer antifaschistischer kampf ist etwas anderes, ist der gemeinsame kampf mit allen völkern um befreiung.
kampf um befreiung von neokolonialer-imperialistischer ausbeutung und herrschaft - von jeder form der ausbeutung des menschen durch den menschen - was, solange dieses kapitalistische prinzip herrscht, in zeiten der verschärften krisen immer wieder rassistische und faschistische unterdrückung produziert.
[... das Ende des Briefes ist in dieser Broschüre in Kap. VIII abgedruckt ...]

Aufsätze zur Diskussion
Eine theoretische Zeitschrift des revolutionären Marxismus

AzD 58 - Dezember 1993
Inhalt u. a.

* ***Indianische Militärstaaten***
* ***Vorgeschichte Mexikos***
* ***Aztekisch-mexikanische Agrarordnung***

AzD 59 - März 1994
Inhalt u. a.

* ***Die mexikanische Revolution***
* ***Allianz von Kleinbürgern und Bauern***
* ***NAFTA: das Ende der Dorfgemeinden***

Preis pro Nummer: DM 7,50

****

Außerdem soeben erschienen:

H. Karuscheit, A. Schröder

Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus
Zur russisch-sowjetischen Geschichte

396 Seiten DM 28,-

****

Bestellungen an: VTK
Postfach 16 07 25, 60070
Frankfurt/Main

Rote Armee Fraktion /
Kommando Katharina Hammerschmidt

Weiterstadt

[...]
aus teilen der frauenbewegung gab es die kritik an uns, daß wir nur wenig auf ihre diskussionen eingegangen sind, die für teile von ihnen in den letzten jahren sehr wichtig gewesen sind, wie die diskussion um rassismus. und auch durch die sich überschlagenden ereignisse wie z.b. in rostock ist es für uns dringend geworden, diese auseinandersetzung genauer zu führen.
wenn wir auch nach wie vor die verschärfung der lebensbedingungen hier und die um sich greifende perspektivlosigkeit vieler menschen sowie das fehlen der linken als kraft als einen grund für einen zulauf bei den faschisten sehen, ist es auf der anderen seite aber auch klar, daß die wurzel, dafür, warum sich hier in der metropole, im neuen großdeutschland, die unzufriedenheit in einem solchen ausmaß gegen fremde entlädt, tiefer liegen. damit müssen sich alle sehr bewußt auseinandersetzen. wie ein mosambikaner sinngemäß gesagt hat: bei uns sind die menschen auch arm und trotzdem schlagen sie deshalb nicht auf die nächsten unter ihnen ein.
die auseinandersetzung über rassismus wird also sicher ein wichtiger teil beim aufbau einer gegenmacht von unten sein - die nicht im ghetto bleiben oder als abgrenzung zu anderen geführt werden kann, sondern als frage ans eigene bewußtsein, wie jede/r sein will und welche gesellschaftliche entwicklung man/frau will.
daß da in der vergangenheit fehler gelaufen sind, kritisiert die autonome l.u.p.u.s.-gruppe in ihrem buch "geschichte, rassismus und das boot" so: "so selbstverständlich und geübt es scheint, heute über rassismen, über das 'spezifisch deutsche' oder über deutsche einzigartigkeiten zu streiten, so selbstverständlich sah die revolutionäre linke in den letzten 20 jahre darüber hinweg. ... was in der linken auseinandersetzung um patriarchales verhalten unmöglich geworden ist, schien in der frage des deutschseins auffällig leicht zu fallen: wir haben damit nichts zu tun."
die chancen, heute vieles anders zu machen und neues herauszufinden sind groß: die frage nach dem aufbau einer gegenmacht von unten ist nicht ausschließlich eine frage an weiße, deutsche linke, sondern eine frage danach, wie menschen, die hier leben, sich gemeinsam organisieren können. und die bevölkerung setzt sich hier aus menschen der unterschiedlichsten nationalitäten und hautfarben zusammen.
"der dialog mit schwarzen frauen muß nicht in fernen ländern stattfinden, sondern ist/wäre viel einfacher und intensiver mit den frauen möglich, die in der brd leben. die geschichte von migrantinnen und ihr wissen aus den herkunftsländern ist dabei für das begreifen internationaler zusammenhänge so wichtig wie ihre politischen meinungen und erfahrungen mit rassismus und dem anderen sexismus, der sie hier trifft, für das verständnis der brd-gesellschaft..." (aus: "basta" - frauen gegen kolonialismus).
"... es war die 68er bewegung, die das, was der faschismus nach dem judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und ausgemerzt hatte, die linke, ihre werte, kultur und kontinuität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in deutschland west. und wenn heute eine re-faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen vakuum, das diese linke in ihrem rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen verantwortung und neusetzung von werten und einstellungen hinterlassen hat." (lutz taufer, gefangener aus der raf).
es ist eine aufgabe der linken in ihrer praxis neue werte zu setzen und zu leben, ansonsten wird in der gesellschaft immer nur das hervorbrechen, was 500 jahre kolonialismus im bewußtsein der metropolenbevölkerung angerichtet haben: rassistische ideologie. das weiße herrenmenschenbewußtsein ist seit 500 jahren voraussetzung für kolonialistische und imperialistische ausbeutung der völker im trikont. es ist im bewußtsein der weißen metropolenbevölkerung aus dieser geschichte vorhanden und wird in krisenzeiten von staat und kapital offen mobilisiert.
rassismus heißt, menschen in "andersartige" und "mehr-" und "minderwertige" zu kategorisieren. so werden immer die kategorisiert, die im kapitalistischen produktionsprozeß entweder nicht gebraucht werden oder härter ausgebeutet werden sollen.
die zerstörung des sozialen unter den menschen ist die voraussetzung für rassismus. diese zerstörung bedeutet, daß auf der basis des kapitalistischen systems, dem 24-stunden-alltag von leistung und konkurrenz, den menschen eigene kriterien geraubt und durch für den kapitalismus funktionale werte ersetzt wurden - am effektivsten in der metropole. das zeigt sich z.b. am verhältnis zu arbeit und leistung als wertdefinition des menschen: ohne arbeit bist du nichts... es ist das verhältnis zur zeit, wo es für die meisten menschen zur normalität geworden ist, in einem vollkommen vorbestimmten rhythmus und stress das ganze

leben zu verbringen, in dem es keinen platz für kreativität und lebenslust gibt.
[... Der hier ausgelassene Absatz ist zu Beginn des nächsten Kapitels dieser Broschüre zitiert ...]
es war und ist immer die voraussetzung für die herrschaft des kapitalistischen systems über die menschen gewesen, mit solchen kriterien auch tausend trennungen zwischen sie zu setzen: die trennungen in mehr- und minderwertige, in leistungsfähige und "arbeitsscheue"; in schwarze und weiße; in männer und frauen; alte und jung; kranke, schwache, behinderte und starke, gesunde; in gescheite und "dumme".
dieser prozeß der zerstörung hat heute eine dimension erreicht, in der die gesellschaft in ein inneres um-sich-schlagen übergeht.
rassistisches bewußtsein wie überhaupt der destruktive prozeß in der gesellschaft kann nur in kämpfen, in denen soziale beziehungen und werte hervorgebracht und umgesetzt werden, aufgehoben bzw. umgedreht werden. eine perspektive revolutionärer entwicklungen wird nur in solchen prozessen wieder vorstellbar werden.
entweder schafft die linke - und damit meinen wir alle, die auf der suche nach wegen sind, wie menschenwürdiges leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann - einen neuen aufbruch, der seine wirkung in der gesellschaft hat, oder der "aufbruch" bleibt auf der rechten, faschistischen seite.
entweder wird von unserer seite aus eine basisbewegung von unten entwickelt, die von solidarität und gerechtigkeit, vom kampf gegen soziale kälte, perspektivlosigkeit und armut bestimmt ist, oder die explodierenden widersprüche werden weiterhin destruktiv bleiben und die gewalt jede/r gegen jede/n eskalieren.
[...]
RASSISMUS VON STAAT UND NAZIS BEKÄMPFEN!
RASSISTISCHES BEWUSSTSEIN IN DER GESELLSCHAFT IM KAMPF FÜR DAS SOZIALE UNTER DEN MENSCHEN AUFHEBEN - AUCH DAFÜR BRAUCHEN WIR EINE BASISBEWEGUNG VON UNTEN, DIE VON SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT, VOM KAMPF GEGEN SOZIALE KÄLTE, PERSPEKTIVLOSIGKEIT UND ARMUT BESTIMMT IST!

Lutz Taufer

Gesellschaft oder Ghetto

[...]. "selbst ein so sympathisch nüchterner mann wie schäuble spricht vom verlust der wertbindungen, der mitte der sechziger jahre entstand", berichtet die süddeutsche zeitung am 7.12.1992 von einer schäuble-"rede über deutschland". was ist es, was diesen "nüchternen" politiker dermaßen irritiert, ein viertel jahrhundert nach seiner zeit als einer der anführer des rings christlichdemokratischer studenten in freiburg? sicher nicht diese oder jene aktion der studentenbewegung, eher schon der zumindest partiell und temporär erfolgreiche angriff auf jene denkmuster und mentalitäten, die den kapitalismus im innersten, bis jetzt jedenfalls, einigermaßen am laufen hielten: die verlorengegangenen anbindungen an die herrschenden werte. unschwer zu begreifen, daß eine solche eindringliche offensive nicht durch rückzug ins ghetto geschieht, sondern durch jene bewegung, die in der genau entgegengesetzten richtung sich entfaltet.
wie nun aber jener eigentümliche gedankensprung, mit dem schäuble, an die denunziation von 68 anknüpfend, in seiner rede fortfährt: "und er appelliert an das deutsche volk, sich nicht nur am konsum zu orientieren, sondern auch die freude am kind zu entwickeln"?
wie?! hat 68 hemmungslosen konsum propagiert, haben wir zielstrebig auf jene kinderfeindliche Gesellschaft hingearbeitet, wie wir sie heute haben? warum redet dieser mann solchen unsinn? ich denke, wir müssen dabei zweierlei auseinanderhalten: erstens die tatsache, daß die warengesellschaft in ihrer heutigen fundamentalistischen ausprägung (in schäubles worten: alleinige orientierung am konsum) zu einer unaufhaltsamen verwahrlosung der Gesellschaft, ihrer sozialen bindekräfte und so ihrer reproduktion überhaupt führt (fehlende freude am kind), akut bedrohlich vor allem in den erfolgen neofaschistischer rattenfänger bei tausenden von kindern und jugendlichen sichtbar.
und zweitens, daß selbst einem schäuble inzwischen dämmert, was ein marx schon vor 140 jahren skizziert hat: daß nämlich unter dem fundamentalismus der ware verhältnisse zwischen menschen zu verhältnissen von sachen werden. als führender cdu-politiker kann er dieses aber nicht aussprechen, vermutlich noch nicht einmal in seinem bewußtsein zulassen, also wird es abgespalten und auf einen sündenbock projiziert. von daher die brüche in seiner argumentation.
das klima in diesem land ist in den letzten beiden jahren umgeschlagen. eine dramatische entwicklung, die in ihrem vollen ausmaß erst 1992 deutlich geworden ist. was wir heute wissen, war zu beginn des jahres noch nicht sichtbar. reaktionäre bis faschistische tendenzen, und zwar nicht nur in organisierter form in der bandbreite von spd bis hin zu bewaffneten neonazistischen trupps, haben sich breit gemacht. und längst auch das alltagsbewußtsein erreicht. werte und denkmuster der linken kommen nicht mehr oder nur in diffuser, widersprüchlicher form zum tragen. breit angelegte aktionen gegen rassismus, antisemitismus und nazismus haben stattgefunden, als koalitionen von linken, sozialdemokratischen und bürgerlichen kräften. ihre traditionelle rolle als motor solcher mobilisierungen hat die linke eingebüßt. schlimmer noch: da demonstrieren millionen gegen faschismus und militanten rassismus, ohne zuvor mit der herrschenden wertskala gebrochen zu haben. und doch muß auch daran erinnert werden: bei allen grausamen verirrungen war es in der bisherigen geschichte die linke, die kontinuierlich dafür garantiert hat, daß um menschliche und soziale emanzipation gekämpft wird. ein anderes politisches kontinuum, das auch nur ähnliches für sich in anspruch nehmen könnte, fällt mir, in deutschland jedenfalls, nicht ein. wenn es nach dem zweiten weltkrieg in diesem land eigen-ständige demokratisierung gegeben hat, so war das nicht der us-import dollars & democracy, es war die 68er-bewegung, die das, was der faschismus nach dem judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und nahezu ausgemerzt hatte, die linke, ihre werte, kultur und kontinuität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in deutschland west.
und wenn heute eine re-faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen vakuum, das diese linke in ihrem rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen verantwortung und neusetzung von werten und einstellungen hinterlassen hat.
die welt, nicht zuletzt die westlichen systeme, befinden sich in einem sich beschleunigenden prozeß der implosion, der vermutlich von ähnlicher dimension sein wird wie der übergang vom mittelalter zur neuzeit. und insofem ist der satz vom ende der geschichte wahr. aber die verwechslung einer neuen zeit mit der mensch und natur in ihrer weiterexistenz bedrohenden apokalypse namens warengesellschaft zeigt nur, wie sehr die mächtigen selbst in perspektivischer ratlosigkeit befangen sind. das macht sie nicht ungefährlicher, im Gegenteil. "aktionismus statt politik", bilanziert die süddeutsche zeitung die bonner politik des jahres 1992. aber ihre versuche, die

bedrohlicher und unbeherrschbarer werdende situation unter aufbietung aller mittel und brutalitäten, unter abwurf auch noch des letzten moralischen ballasts, doch noch einmal zu stemmen, ist der historischen situation gegenüber genauso blind wie der "blick über kimme und korn." dieser situation ein "revolutionäres projekt" entgegenzustellen, das auch nach einjähriger debatte über das stadium guter absichten und böser unterstellungen nicht hinausgekommen, halte ich nicht für einen angriff auf diese verhältnisse, sondern für einen rückzug von ihnen. [...].

Der Film "...was aber wären wir für Menschen..." behandelt die Zeit von 1967 bis 1977. Er enthält Interviews mit ehemaligen Gefangenen aus der Guerilla, mit Zeitzeugen, einem Arzt, Angehörigen und einer ehemaligen Gefangenen, und vermittelt anhand von umfangreichen Dokumentarmaterial einen Eindruck von der Aufbruchstimmung der späten 60er Jahre - nicht nur in der BRD.
Der Film ist zu bestellen bei:
Gruppe 2, Fasanenstraße 142,
82002 Unterhachin
Leihgebühr: 45,- DM / 14 Tage

CONTRASTE

Alternativen Versammlung In der Diskussion: Green-Card · Europäische Projektemesse · -Lobbying- -Soziales Wirtschaften- · Akademie für Kollektives Manegement · Entwicklungszentren für den Norden Zeitungstreffen Verband der Alternativ-Zeitungen gegründet Umwelt-Festival AUFTAKT zu einer neuen Zivilisation Wagenburg Heidelberg Plädoyer von OB Beate Weber für mehr Toleranz... Frauenstreik Warum die Genossin Luxemburg den Aufruf zum Frauenstreik unterschrieben hätte... Kiepenheuer & Witsch im Zwielicht Ökofaschist veröffentlicht kritische Bibliographie über Erzbischof... Soziokultur Vom multikulturellen Ghetto zur interkulturellen Anerkennung... u.v.m.

Das Alles und noch viel mehr...
in CONTRASTE. für 8 Mark frei Haus!
JA ich will die neue CONTRASTE
Meine Anschrift: _____
_____
_____
8 DM in Briefmarken/Scheck habe ich beigelegt.
Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:
CONTRASTE, Postfach 104520, 69035 Heidelberg
108-9420

einige Frauen aus der radikal

Gegen das organisierte Deutschtum!

Für den Zusammenbruch!
Rückwärtsrolle ?
Grüße an Lupus!

Das Thema, das die autonome Linke hier seit dem 22. August des Jahres einerseits am meisten beschäftigt, andererseits vor die größten Probleme stellt, sind die Pogrome gegen Flüchtlingsheime und Flüchtlinge, die mit Hilfe massenhafter, aktiver Unterstützung der deutschen Bevölkerung, ausgehend von Rostock-Lichtenhagen in vielen Städten der Ex-DDR, stattfanden. Nachdem es schon im letzten Jahr zu mehrtägigen Angriffen, gemeinsam getragen von organisierten Rechten sowie der Erna-Normalbevölkerung auf ein Flüchtlingsheim in Hoyerswerda und im Juni des Jahres zu einem Pogrom auf der Schönau bei Mannheim gekommen war, wurden die Angriffe in Rostock-Lichtenhagen zum Ausgangspunkt für einen neuen, nicht gekannten Höhepunkt rassistischen Terrors. Im Moment sind zumindest die vermassten Angriffe auf die Heime etwas abgeebbt, aber täglich finden Brandanschläge auf AusländerInnenunterkünfte und anderer rassistischer Terror gegen AusländerInnen statt.
Die ersten Reaktionen der autonomen Linken zeigten sich in einer erhöhten Mobilisierungsfähigkeit für Demos und anderen Massenaktionen und in verstärkten Kleingruppenaktionen vor allem gegen faschistische Kneipen und Treffpunkte. Die Bereitschaft dazu ist mittlerweile wieder etwas zurückgegangen. Man/frau ist wieder zum Alltag zurückgekehrt, die Nachrichten über die täglichen Angriffe auf AusländerInnen gehören unterdessen zu dessen Normalität.
Weitgehend unbeantwortet sind die drängenden Fragen danach, wie antifaschistische Politik aussehen kann, angesichts der nicht nur erstarkenden faschistischen Organisationen, sondern gerade der Bereitschaft zum rassistischen Terror weiter Teile der Bevölkerung, die sich gegenwärtig offensichtlich von Zeit zu Zeit in aktiver, gewaltsamer Vertreibung entlädt und dabei auch bereit ist, Tote unter den AusländerInnen in Kauf zu nehmen.
Im Grunde ist damit der Zustand wieder eingetreten der seit dem Ende der Angriffe in Hoyerswerda jeweils zwischen den Pogromen Normalzustand in der BRD ist: Laut Statistik des BKA fand im Jahr 1991 durchschnittlich jeden Tag (!) ein rassistisch motivierter Sprengstoff- oder Brandanschlag statt. Die Dunkelziffer dürfte allerdings ein Vielfaches dieser Zahl betragen. Über die Angriffe gegen ausländisch aussehende Menschen in allen öffentlichen Bereichen ist damit im übrigen noch gar nichts gesagt.
Angesichts solchen Ausmaßes des rassistischen Normal-Terrors bilden Pogrome nur die Spitze des Eisbergs. Gleichzeitig erscheinen sie im Gesamtzusammenhang der rassistischen Gewalt einerseits und der menschenverachtenden Ausländerpolitik andererseits auch gar nicht mehr als das Besondere, sondern eher als folgerichtige zeitweilige Steigerung der üblichen rassistischen Gewalt.

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten...

Grund genug, sich Gedanken darüber zu machen, wie kontinuierliche antifaschistische Politik gestärkt werden kann, und welche Möglichkeiten wir haben, speziell auf die Pogrome zu reagieren:
Auf die Ereignisse in Rostock reagierte die radikale Linke erst einmal mit bodenloser Hilflosigkeit. Grüppchenweise fanden zwar einige schnell und spontan den Weg nach Lichtenhagen, ohne allerdings recht zu wissen, was man/frau dort machen könnte. Die erste größere, von Autonomen getragene Aktion (eine antifaschistische Demo) fand erst am nächsten Wochenende, also eine ganze Woche nach Beginn des Pogroms statt, quasi als "alles vorbei" war. Auch die weithin getragene Aufforderung an die Lichtenhagener Bevölkerung: "Schämt euch", zeugt von Ohnmacht der Situation gegenüber.
Wofür soll sich die so angesprochene Bevölkerung denn schämen? Etwa dafür, daß mit ihrer tatkräftigen Unterstützung beinahe 150 VietnamesInnen verbrannt wären? Die Aufforderung, "sich zu schämen", scheint angesichts der bewußt in Kauf genommenen Gefährdung von über 150 Menschen doch wohl etwas unangemessen, wenn nicht gar lächerlich. Sie verniedlicht geradezu den Terror der deutschen Bevölkerung, indem sie so tut, als würde man mit "dummen Jungs" schimpfen. Nimmt die Linke die Bereitschaft zu rassistischer Gewalt der ganz normalen Durchschnittsbevölkerung immer noch nicht ernst....?
Pogrome stellen die Linke offenbar in mehrfacher Hinsicht vor eine neue Situation:
Wurde in den letzten 2 Jahren noch versucht, den Schutz von Flüchtlingsunterkünften gegen faschistische (Klein)-Gruppen zu organisieren (z.B. durch Telefonketten) so können kleine, antifaschistische Grüppchen gegen einen Mob von mehreren hundert Leuten wenig ausrichten. Allein in Quedlinburg ist es gelungen, sich mit ca. 200 Leuten relativ spon-

tan schützend vor ein Heim zu stellen und darüber hinaus rechte Gruppen sowie die randalierende Bevölkerung anzugreifen und wenigstens für die Dauer der Anwesenheit der Autonomen zu vertreiben. Solches Vorgehen finden wir beispielhaft und unbedingt nachahmenswert in einer Situation, in der es einerseits darum gehen muß, den öffentlichen rassistischen Konsens auf der Straße durch Präsenz und durch militante Angriffe auf die RassistInnen zu brechen, andererseits die Flüchtlinge, die auch in Quedlinburg z.B. noch im Heim waren, zu schützen oder, wo möglich, gemeinsam mit ihnen Schutz zu organisieren (wie z.B. Ende Oktober in Greifswald). Zum ersten Mal seit es die Pogrome in Deutschland gibt, mußten die Erna-NormalrassistInnen, die dort seit Tagen allabendlich ihr Bier nicht mehr vor der Glotze, sondern auf der Straße vor dem Heim tranken, zur Kenntnis nehmen, daß sie persönliche Konsequenzen und Risiken für ihre Beteiligung an den Angriffen zu tragen haben. Soweit uns bekannt ist, blieben die Aktionen von Autonomen in Quedlinburg, die die rassistische Bevölkerung in einer eskalierten Situation vor Ort mit allen Mitteln an weiteren Angriffen zu hindern suchten, die einzigen dieser Art, die nicht von Flüchtlingen getragen wurden.

Dafür gibt es unserer Meinung nach verschiedene Gründe: Wir denken, daß solche Aktionen vielen Autonomen zu undifferenziert erscheinen. Dahinter steckt die Weigerung, die an den Pogromen Beteiligten ohne jede Beschönigung als TäterInnen und damit als handelnde Subjekte zu erkennen, die auch eine Verantwortung für ihre Taten haben und nicht nur fehlgeleitete, bewußtseinslose, arme Opfer sind; statt dessen wird der Versuch unternommen, "Erklärungen" für das rechte Verhalten in (angenommenen) sozialen Problemen zu finden (Arbeitslosigkeit, enge Wohnungen, Orientierungslosigkeit durch die unterstellte Auflösung sozialer Strukturen...), die trotz gegenteiliger Beteuerungen häufig nichts anderes sind als verständnisvolle Entschuldigungen. Indem sie die Ursache für die rassistische Gewalt ständig bei den sozialen Problemen dieser Gesellschaft und der bösen, bösen Welt sucht, trägt die Linke zur TäterInnenentlastung und Legitimation der Angriffe auf AusländerInnen bei.

Wir verstehen antifaschistische Gegenwehr gegen die rassistische, deutsche Bevölkerung nicht wie im Papier: "'Schönau' Rassismus - Antirassismus - Klassenkampf" beschrieben als "das autonome 'Konzept Strafexpedition', das nicht mehr differenziert, das nicht polarisiert und nicht politisiert, sondern im moralischen Überschwang kurzerhand (einen ganzen Stadtteil; Einfügung von uns) zu faschistischem Gebiet erklärt" . Wir finden militantes Vorgehen gegen die an einem Pogrom beteiligte Bevölkerung legitim und notwendig. Es geht in solch einer eskalierten Situation vor Ort nicht um die "saubere" Vermittelbarkeit einer antifaschistischen Aktion, nicht um "Überzeugungsarbeit vor Ort oder (moralische) Appelle; erstes Ziel muß die Verhinderung oder zumindest Begrenzung des Terrors und der Schutz der Flüchtlinge sein. Das funktioniert (u.a. vor Ort) nur, wenn der rassistische Konsens, in der sich die Bevölkerung bewegt, gebrochen wird und die TäterInnen darüber hinaus durch militante Angriffe auf sie abgeschreckt und eingeschüchtert werden.

Alle weiteren Überlegungen über das Aufbrechen rassistischer Bewußtseinsstrukturen und der Verankerung antifaschistischer Ideen kommen danach. Das bedeutet nicht, daß wir auf eine Analyse verzichten wollen, die die Bedingungen und Ursachen der gegenwärtigen rassistischen Massenmobilisierungen erklärbar macht.

Die Hilflosigkeit der Linken resultiert aus einer uneindeutigen Haltung den RassistInnen gegenüber. Deswegen meidet sie die Konfrontation mit der rassistischen Gewalt und geht erst auf die Straße, wenn die Pogrome vorbei sind. Mit jedem gelungenen rechten Angriff wird es jedoch für uns schwieriger werden, den Rechten was entgegenzusetzen, denn jeder Abend den sie ungehindert ein Flüchtlingsheim angreifen können, jeder "ausländerInnenfreie" Stadtteil, macht sie stärker und uns schwächer.

Wir haben oft den Eindruck, daß gerade die Linken, die sich um eine differenzierte, analytische Betrachtung der gesellschaftlichen Situation sowie der Entwicklung der staatlichen, faschistischen Tendenzen bemühen, die Frage nach den praktischen Konsequenzen autonomer Politik nicht stellen. Mit dem Verweis auf eine fehlende Analyse und dem zweifellos oft wenig differenzierten Gesellschaftsbild der Autonomen wird die Frage nach den jetzt möglichen und notwendigen Politikansätzen in den Bereich zukünftigen Geschehens verwiesen. Dem wollen wir entgegenhalten, daß es eine politische Perspektive, die an der praktischen Lösung hier und jetzt vor Ort vorbeikommt, nicht geben wird.

Eine beschriebene Uneindeutigkeit gegenüber den rassistischen NormalbürgerInnen fällt z.B. bei denjenigen Linken auf, die große Hoffnungen in die Revolutionierung der Arbeiter(innen)klasse setzen, aber leider zeigt sich, daß bei vielen dieser ArbeiterInnen (z.B. in Lichtenhagen und Schönau) eine große Bereitschaft zu offenem, rassistischem Terror besteht. Damit wollen wir nicht sagen, daß wir das "Proletariat" für die rassistischste Klasse halten. Z.B. wohnen in den Plattenbausiedlungen der Ex-DDR im Gegenteil zu vergleichbaren westlichen Wohngegenden alle sozialen Schichten (außer richtige Bonzen) zusammen. Also auch AkademikerInnen, Beamte,... die mit Sicherheit genauso vor die Heime gezogen sind und Beifall geklatscht haben. In Villengegenden, in denen AusländerInnenheime errichtet werden sollten oder worden sind, organisiert sich die dort lebende Bevölkerung z.B. in rassistischen Bürgerinitiativen, gründet Vereine oder versuchte Druck auf die LokalpolitikerInnen auszuüben. Die Upper-class bedient sich dabei oft einer subtileren rassistischen Argumentation.

Dennoch: gegenüber dem Proletariat heißt "Aufklärung" das Zauberwort, das den deutschen ArbeiterInnen bzw. der Bevölkerung der Ex-DDR endlich die Augen öffnen, sie auf den Pfad der revolutionären Tugend bringen soll. Gilt der Dialog mit Nazis, also organisierten Faschisten, weitgehend als verpönt, so soll die Botschaft an die rassistische Bevölkerung sein: "Ihr handelt gegen unsere Interessen als ArbeiterInnen, gegen die Flüchtlinge, was eure KlassengenossInnen sind und damit auch letztlich gegen euch selbst... Ihr schadet der ArbeiterInnenklasse und nützt den Reichen, den Managern und Politikern..." ("'Schönau'...", Ludwigshafen).

Dort wo radikale GegnerInnenschaft und Konfrontation notwendig wären, versucht die Linke, die anbiedernde Bekehrung der RassistInnen. Diese Bevölkerung mit linken Argumenten erreichen und "überzeugen" zu wollen, zeugt von vollkommener Selbstüberschätzung und einer falschen Analyse der Situation, indem davon ausgegangen wird, daß der Zusammenhalt der ArbeiterInnen als "Klasse" einer "Spaltungsstrategie" der Herrschenden (genannt: Rassismus) zum Opfer fällt und allein durch Informationsarbeit das "getrübte", "verschleierte" Bewußtsein aufgehellt werden könnte.

Den Höhepunkt dieser dumpf-marxistischen Haltung fanden wir in der Wildcat 60, Oktober 92, in der rassistischer Terror schon beinahe als "vorrevolutionäre", auf alle Fälle das System angreifende Handlung gewertet wird [*die von den Verf.innen zurecht kritisierte Haltung bspw. der* wildcat *ist zwar dumpf, aber keineswegs (traditions)-marxistisch, sondern von der Klassenbewußtseins-Theorie von Lukács Theorie vom "falschen Bewußtsein" und der Offensiv-Mythologie des - sich ebenfalls als 'undogmatisch' begreifenden - Operais-*

mus ('die Arbeiterklasse bestimmt die Kapitalbewegung') geprägt. Anm. d. Hg.] - leider nur noch ein wenig fehlgeleitet durch die medienwirksam geführte Asyldebatte sowie der sonstigen Medienhatz gegen AusländerInnen:

"Gerade zwei Jahre nach dem Anschluß sind die Parteien und Gewerkschaften in der Ex-DDR am Ende - aber die Leute bleiben mit ihrer Kritik auf halber Strecke stehen: Sie verweigern sich und beklagen im nächsten Moment, sie würden von politischen Entscheidungsprozessen 'ausgeschlossen'. Sie merken, daß dieser Staat gegen ihre Interessen handelt, aber anstatt ihn zu bekämpfen, verweigern sie nur ihre Teilnahme (...): erst Opfer des Stalinismus, dann Opfer der Umstrukturierung, Opfer der Medien, Opfer der Antifa... Die Panik vor der Zukunft wächst, aber sie packen nicht selbst an (...) (In Rostock, Quedlinburg, Hoyerswerda ... haben sie's angepackt, aber das wollt ihr wahrscheinlich nicht wahrhaben! d. Tippse). Gerade die von staatlicher Alimentierung Abhängigen haben Panik, ihr Geld an bettelnde Roma zu verlieren. Krawalle sind oft **Verhandlungsformen** (Hervorhebung von uns) in Systemen, wo Menschen sich nicht (mehr) politisch vertreten fühlen." (Wildcat 60, S. 6).

Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wird die gesellschaftliche und politische Realität einfach geleugnet und umgeschrieben, als hätte es die wochenlangen Pogrome einfach nicht gegeben:

"Die 'faschistische Gefahr' ist ein Medienprodukt, das Copyright liegt bei der Linken und den Profitzwängen der kapitalistisch organisierten Medien. Ein und derselbe Fascho erscheint in 5 Zeitschriften: Reporter bezahlen Skins für Angriffe auf Heime. In Talkshows werden Jugendliche aufgefordert jetzt doch mal endlich 'was Ausländerfeindliches' zu sagen; (...) In Rostock waren während der Randale 500 ReporterInnen zugange. Nehmen wir mal an, nur die Hälfte von ihnen hätte Kamera und Mikrofon aus der Hand gelegt und jeweils drei hätten sich einen steinewerfenden Jugendlichen geschnappt, dann wäre die Randale beendet gewesen - die Medienfritzen hätten aber durch so ein Vorgehen natürlich weniger Geld verdient." (Wildcat 60, S. 5f).

Eine blödsinnigere Verdrängung und Verdrehung der Tatsachen und gleichzeitige Entschuldigung der rassistisch-chauvinistischen Bevölkerung als Opfer ist wahrhaftig kaum mehr vorstellbar.

"Eine Verharmlosung und Entschuldigung, die in der deutschen Linken Tradition hat. Die heutige Linke ähnelt hier dem marxistischen Antisemitismustheoretiker, der im Judenhaß einen annehmbaren Kern erkennen will. Für diesen Theoretiker steht das 'Juda verrecke' als unaufgeklärte Einkleidung für die an sich erstrebenswerte Beseitigung von Zins und Geld. Im Judenverfolger wird der Genosse erkannt, dem lediglich die marxistische Schulung fehle." (Heinsohn, 1988) (...).

Diese Linke, die das deutsche Volk so umsorgt, Kritik an den Massen möglichst vermeidet und "Erziehung" und "Therapien" empfiehlt, ignoriert nicht nur den aktuellen Zustand dieses Volkes, sondern ignoriert auch dessen Taten in der Geschichte. Mehrheitlich waren die Deutschen in irgendeiner Funktion (und wenn sie noch so banal erschien) an der Vernichtung der europäischen Juden im Nationalsozialismus beteiligt. Und sie werden es wieder tun, wenn es auf höchster Ebene beschlossen wird, und es wieder ganz normal finden, wenn sie von Angriffen, Vertreibungen, Ermordungen mitbekommen (oder mitmachen). Den Linksradikalen ist es noch nicht einmal im Bewußtsein, daß sie dies zum Thema machen und damit reflektieren müßten." ("Fluchschrift"; Nr. 1; Juni 1992; Frankfurt/M.). [*So richtig die Kritik an Therapie- und Erziehungskonzepten ist, so falsch ist es, die Linke {nach all der stalinistischen, autonomen und antiimperialistischen Sektiererei} gerade wegen* **zu wenig** *Massenfeindlichkeit zu kritisieren. Im übrigen ist die pauschalisierende Rede von "dieses Volk", "waren [...] und [...] werden es wieder tun" etc. mythologisierend - letztlich biologistisch - und geschichtsdeterministisch. Anm. d. Hg.*].

Die Linke will es nicht wahrhaben, wenn sich z.B. die Ex-DDR Bevölkerung selbstbestimmt und selbstorganisiert gegen AusländerInnen verhält. Ob in Form rassistischer Pogrome oder BI's gegen Flüchtlinge, das kann nix Selbstbestimmtes sein, denn dieser Begriff ist im autonomen Einmaleins doch ganz anders besetzt??!!

Die Orte Fürstenberg und Goldberg haben wir als exemplarische Beispiele dafür herausgesucht, wie sich die Bevölkerung in der Ex-DDR selbstorganisiert:

Der Ort Fürstenberg wird sicherlich vielen in diesem Zusammenhang ein Begriff sein. Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück sollte ein Supermarkt eröffnet werden, der Bau dafür war nahezu fertiggestellt. Nach Bekanntwerden dieses Plans begann eine kontroverse öffentliche Diskussion darum, die Jüdische Gemeinde und viele andere Gruppen protestierten gegen die geplante Eröffnung. Die LokalpolitikerInnen verteidigten das Vorhaben mit dem Verweis auf die dringenden Versorgungsbedürfnisse der FürstenbergerInnen, als wenn es im ganzen Ort keinen anderen Platz für einen Supermarkt gegeben hätte.

Die ansässige Bevölkerung mischte sich alsbald tatkräftig selbst in die Diskussion ein. Eine Bürgerinitiative für den Supermarkt wurde gegründet; einmal müsse die Geschichtslast doch abgeworfen werden, damit wolle man/frau jetzt nichts mehr zu tun haben, zumal mit dem vereinigten Deutschland der dunkle Teil deutscher Geschichte doch wohl überwunden sei..., so lautete die Argumentation pro Supermarkt. Straßenblockaden, Kundgebungen und fast tägliche Protestdemos wurden auf die Beine gestellt.

Zweites und ganz aktuelles Beispiel ist die 5000-Seelen-Kleinstadt Goldberg, in der gerade gegen rumänische Flüchtlinge (hauptsächlich Roma) mobil gemacht wird, die nach Goldberg kommen, weil dort in einer ehemaligen NVA-Kaserne eine ZAST (Zentrale Anlaufstelle für AsylbewerberInnen) eingerichtet wird. Von Fremden wollen die GoldbergerInnen zwar leben, hatten dabei aber eher an "deutsche Touristen" gedacht und nicht an "Zigeuner", die "wie die Heuschrekken und nicht zu integrieren" seien, und die "alle beklauen", 0-Ton Frau Waltraud Müller (53) (siehe Foto) im Spiegel 44/1992, aus dem auch die folgenden Zitate stammen.

Den von "oben" kommenden Planungen und Anweisungen wird in Goldberg nicht mehr gefolgt. Es wird mit einer Energie und Vehemenz kritisiert, protestiert und Widerstand geleistet, bereit, bis zum Äußersten zu gehen - die man/frau sich zu anderen Anlässen nur wünschen könnte: "Hatte der Minister sie (die Bevölkerung, d. Verf.) etwa um ihr Einverständnis gebeten, seine ZAST in dieser Idylle errichten zu dürfen? Hatte er sich um die sensible Wirtschaftslage gekümmert? Natürlich nicht, sagt jedenfalls Frau Bier (siehe Foto) und deshalb sei das Diktatur" (Spiegel, 44/1992).

Frau Müller und Frau Bier gehörten zu den HauptorganisatorInnen des Widerstands, der Großteil der Bevölkerung hat sich angeschlossen. Innenminister Kupfer, der den rassistischen Mob schon während der Pogrome in Rostock verständnisvoll und wohlgesonnen in Schutz genommen hat, zeigt ein offenes Ohr für die Probleme der GoldbergerInnen: Er erklärt, daß "wir in unserem Staat die Asylbewerber nicht einfach einsperren können. 'Leider', fügt er hinzu". Die Landesregierung hat mittlerweile versprochen, daß die ZAST in Goldberg im April nächsten Jahres wieder geräumt wird.

Dies sind zwei Beispiele dafür, daß die Bevölkerung sich sehr wohl von "unten"

organisieren kann, wenn es um eine Sache geht, die ihnen unter den Nägeln brennt, die also ihre Interessen betrifft. Dabei stellen sie sich keineswegs dumm an und können politische Erfolge für sich verbuchen.
Nun mag man uns entgegenhalten, daß sich die Bevölkerung, indem sie sich gegen AusländerInnen organisiert, dem Konsens mit der gegenwärtigen staatlichen Politik, mit "denen da oben", sicher sein kann und das rassistische Klima ausnutzt. Zweifelsohne wirkt sich die tägliche Bestätigung der eigenen, rassistischen Position durch z.B. die staatliche Ausländerpolitik verstärkend auf die Motivation zum rassistischen Verhalten aus; das erklärt jedoch nicht die grundsätzliche Bereitschaft dazu, Zeit, Energie und Entschlossenheit in eine rassistische Organisierung und rassistischen Terror zu stecken.
Einen weiteren Grund für die Haltung und das Nicht-Verhalten von Linken der rassistischen Bevölkerung gegenüber sehen wir in der seit ca. 3 Jahren rasant voranschreitenden Isolation linksradikaler Positionen. Die eigene Isolation durch den Rechtsruck, den alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte vollzogen haben, macht Druck auf die radikale Linke in Richtung Liberalismus, also etwa steigt die Bereitschaft einen höheren Preis für Bündnisse mit Linksliberalen oder Grün-Alternativen zu zahlen [*Sicherlich ist es zu kritisieren, daß im Interesse des Zustandekommens von Bündnissen heute häufig die eigene (revolutionäre) Position nicht mehr geäußert oder gar revidiert wird (der Übergang ist fließend); aber die früher häufig anzutreffende Haltung, die Übernahme der eigenen Position durch die potentiellen BündnispartnerInnen zur Bündnisvoraussetzung zu machen, war keine sinnvolle Alternative dazu. Denn sie bedeutete den faktischen Verzicht auf* jede *Bündnispolitik. Anm. d. Hg.*] (und verstärkt die Zweifel) an den eigenen Positionen.
Gab es z.B. noch 1986 seitens der Grünen und AL die "Aktion Fluchtburg", die das Verstecken der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge (und damit die Organisierung illegaler Aufenthaltsmöglichkeiten...) zum Ziel hatte, so legten die Grünen Anfang dieses Jahres den kompletten Entwurf eines "Einwanderungsgesetzes" vor, im Zuge dessen die Quotierung von AusländerInnen gefordert wird (was bedeutet, daß lediglich eine bestimmte Zahl von AusländerInnen überhaupt in die BRD eingelassen werden soll).
Wir sehen uns also einem völkisch-nationalen und rassistischen Konsens gegenüber, der in der deutschen (und unserer) Geschichte nach '45 ohne Beispiel ist. Niemand, weder grün-alternative noch sonstige linksliberale Kräfte vertreten inhaltlich auch nur annähernd unsere Positionen in Sachen Ausländerpolitik (von politischen Konsequenzen ganz zu schweigen). Im Gegenteil: sie tragen den deutschtümelnden und rassistischen Konsens auf grün-alternative Art und Weise mit. Angesichts solcher Isolation der eigenen Position kann den Autonomen Angst und Bange werden, was z.B. eine verklärende, populistische Haltung gegenüber den RassistInnen hervorruft.
"Auf wen sollen wir uns denn hier sonst noch beziehen...?", hören wir schon die (selbst-) zweifelnden Bedenken... Wir denken daß Populismus und Anbiederung an eine Bevölkerung, die schon lange etwas ganz grundsätzlich anderes will als wir, uns nicht weiterhelfen, sondern im Gegenteil zu einer Verwässerung der eigenen anti-rassistischen Positionen führt. Statt dessen kann nur eine radikale Konfrontation in Wort und Tat den nationalistisch-rassistischen Konsens in dieser Gesellschaft ankratzen, überall dort, wo rassistische Gewalt auftritt.
Einen letzten Grund für die schleppende bis nicht-vorhandene Reaktion der Autonomen auf die Pogrome sehen wir in der Unflexibilität und Unorganisiertheit derer, die bereit dazu wären, sich mit vielen schützend vor ein Heim zu stellen und eventuell sogar den Mob anzugreifen. Wir denken, daß sich ein nennenswertes, spontanes Reagieren auf die Angriffe kaum mit unserem, in der Regel reichlich durchorganisiertem Alltag vereinbaren läßt. Schließlich sind wir ja auch nicht durch direkte eigene Betroffenheit zur unmittelbaren antifaschistischen Gegenwehr gezwungen, sondern können es uns aussuchen, wann wie oder ob wir überhaupt reagieren wollen. Diese "Freiheit" nehmen sich auch die meisten von uns (um nicht zu sagen: alle) heraus. [*Das ist eine rein moralische Kritik, die daran vorbei geht, daß wir* alle **tatsächlich** *unser Leben organisieren müssen. Anm. d. Hg.*]
Wenn wir nicht zukünftig dazu in der Lage sind, die Notwendigkeiten unseres Alltags so einzurichten, daß wir auch mal flexibel reagieren können (es finden ja auch nicht täglich Pogrome statt), dann werden wir in solchen Situationen immer das Nachsehen haben.
Niemand (außer den Flüchtlingen, die sich selbst verteidigen oder den Bullen) wird so dem rechten Terror eine Grenze setzen. Wenn man bedenkt, mit welcher Selbstverständlichkeit die Leute vor dem Flüchtlingsheim agieren oder zumindest rumstehen wird klar, daß sie sich nicht nur im Recht fühlen, sondern auch nicht die geringste Angst vor irgendeinem/r Gegner/in haben, der/die ihnen dieses "Volksfest" kräftig vermasseln könnte. Ihr Handeln bleibt bisher ohne Konsequenz seitens der AntifaschistInnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen.
Zu der zur Zeit notwendigen Flexibilität gehört einerseits die Vernetzung unter den Leuten, die bereit sind, im Falle eines Pogroms sofort dorthin zu fahren, das heißt, man muß sich erreichen und verständigen können, andererseits muß jede/r für sich überlegen, ob sie/er nicht vielleicht das nächste Mal krankfeiern kann, um mehr Zeit zu haben, die Kinder abwechselnd mit anderen Eltern betreut bzw. bereit ist, einige der sonstigen gesellschaftlichen "Verpflichtungen", die so zu den angenehmen Seiten des autonomen Szenealltags gehören (wie Essensverabredungen, Kino, Feiern u.ä.) mal sausen zu lassen. Sonst werden es nie viele sein, die gerade mal zufällig Zeit haben. Es kommt, wie gesagt, ohnehin nicht jeden Tag zu solchen Pogromen wie in Hoyerswerda oder Rostock und bei den täglichen Einzelaktionen von Rechten können wir vor Ort sowieso kaum etwas machen, weil sie in den meisten Fällen nicht berechenbar sind.

Von linken Erklärungsansätzen oder: die Untiefen der Risikogesellschaft

Wie wir hoffentlich deutlich ausgedrückt haben, stehen wir nicht so sehr auf das Erklärungsmuster, das die sozialen Probleme einer an Leistung und Verwertbarkeit orientierten "Risikogesellschaft" (der Begriff ist zahllosen wissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema entlehnt) zur Ursache des rassistischen Terrors macht. Als die konkreten Probleme werden benannt: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Angst vor Deklassierung, Zerstörung der gewohnten sozialen Ordnung, Zerstörung der herkömmlichen Bindung (in der Regel ist die deutsche Dumpf-Familie damit gemeint) und daraus resultierende Halt- und Orientierungslosigkeit - so wollen es jedenfalls die zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über rechtsextreme Motivation, mit denen auch die autonome Linke liebäugelt.
Uns drängt sich da die Frage auf, aus welchem Grund denn Wohnungsnot und Arbeitsplatzverlust für eine gewaltbereite, ausländerInnenfeindliche Haltung prädestinieren sollen??? Die Argumentation, die "Armut und Deklassierung" zum Ausgangspunkt rassistischer Gewalt macht, ist doch gerade auch den Flüchtlingen gegenüber reichlich zynisch und verächtlich, sind sie doch um ein vielfaches ärmer und deklassierter als diese privilegierten Weißen in einem der reichsten Länder der Metropole.

Außerdem haben z.B. einige Länder des Trikont sehr hohe Aufnahmequoten für Flüchtlinge; in einigen afrikanischen Ländern und z.B. in Pakistan ist das fast die Hälfte der Bevölkerung. Wir haben aus diesen Ländern nichts Vergleichbares an Haß und Aggressionen gegen diese gehört, ganz im Gegensatz zu den reichsten Ländern der Welt, in denen es mittlerweile zum gängigen Erklärungsmuster für rassistisches Verhalten gehört, daß Einwanderung von ausländischen Menschen eben Fremdenhaß erzeugt.
Nebenbei bemerkt gibt es auch einiges an sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, die sich zwar zum Ziel gesetzt haben, die rechte und rassistische Bevölkerung zu Opfern der unterstellten sozialen Misere, Orientierungs- und Haltlosigkeit der modernen "Risikogesellschaft" zu machen, die aber dann doch irritiert feststellen müssen, daß "ökonomische Bedrängnis" weder durch Arbeitslosigkeit noch allgemein im Sinne von niedriger Schichtzugehörigkeit für rechtsextremes Verhalten prädestiniert. "Rechtsextreme Jugendliche kommen eher aus dem mittelständischen Milieu" ("Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft". Rommelspacher, Birgit, in: 1999 2/91 S. 78). Bei den Republikaner-WählerInnen ist "Wohnungs- und Hausbesitz (...) sogar etwas überrepräsentiert. Republikaner-Sympathisanten sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufriedener als SPD-Wähler und Grüne" (ebda.).
Die Haltlosigkeit der "Armutsargumentation" zeigt sich auch daran, daß wesentlich weniger Frauen als Männer die Republikaner wählen, oder ihnen gar beitreten. Frauen bilden bekanntlich die Hälfte der Bevölkerung, die deutlich weniger über unabhängigen Reichtum oder über eigenes Einkommen verfügt. Außerdem haben Frauen und Mädchen durch ihre Geschlechtszugehörigkeit auf dem Arbeitsmarkt die schlechteren Chancen, was sich durch höhere Arbeitslosigkeit, niedrigeren Verdienst, miesere, weniger abwechslungsreiche und weniger spannende Jobs und schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten im Vergleich zu Männern ausdrückt. Trotzdem scheinen sie weniger anfällig für rechtsextreme Positionen und Politik zu sein: Sie sind in rechten Parteien unter den Mitgliedern sowie unter den SympathisantInnen deutlich unterrepräsentiert und nach ihrer politischen Orientierung befragte Mädchen zeigen sich z.B. viel seltener rechtsradikal oder rassistisch bzw. sind in ihrer Haltung (sollte diese rechtsgerichtet sein) weit weniger gefestigt als männliche Jugendliche. Eine Erklärung dafür sehen wir darin, daß Mädchen sich häufig an der Meinung und Haltung der Jungs orientieren, mit denen sie z.B. in einer Clique zusammen sind, oder schlicht an der ihres aktuellen Freundes. Diese Orientierung am Mann (wie sie ja *auch [und was noch? Das ist doch wohl der wesentliche Grund! Anm. d. Hg.]* gesellschaftlich gewünscht wird) macht sie weniger gefestigt in ihren politischen Urteilen, da diese ja nicht ihre eigenen sind. Das halten wir den Mädchen keineswegs zugute, *[das ist ja sehr generös: "wir halten den Mädchen keineswegs zugute," daß sie unterdrückt werden und deshalb eine weniger gefestigte rassistische Einstellung haben. Anm. d. Hg.]* im Sinne, sie wären weniger rassistisch und also die "besseren" Kids. Wir denken aber, daß die Problematik "rassistische Einstellung" bei Mädchen (und auch bei Frauen) z.T. eine grundsätzlich andere ist, als bei Jungs/Männern. Die Argumentation, die Armut zur Ursache von Rassismus erklärt, blendet diese Tatsachen aus. Sie ignoriert, daß das Verhalten von Männern und Frauen am Punkt Rechtsextremismus und rassistische Gewalt signifikant auseinanderfällt und versucht allein für das Verhalten der rassistischen Männer eine Erklärung zu finden, ohne diese Einschränkung deutlich zu machen. Mit der Nicht-Beachtung des unterschiedlichen Verhaltens von Frauen und Männern wird einmal mehr der Mann zur Norm für die Menschheit im allgemeinen gemacht - Frauen kommen in dieser Betrachtung nicht vor.
Ähnlich verhält es sich mit dem anderen "Risikobereich", der unterstellten Vereinzelung und Orientierungslosigkeit durch die Zerstörung der sozialen, besonders der familiären Beziehungen und dem daraus angeblich resultierendem Bedürfnis nach vorgegebener alten Ordnung. Auch hier der männliche Blick auf die Realität, wenn es um die Wertung der Tatsachen und deren vermeintliche Konsequenzen geht:
Wieso ist ein zweifellos fortschreitender Individualisierungsprozeß in dieser Gesellschaft allein negativ zu bewerten? Wir sind uns sicher, daß die höhere Brüchigkeit der Familien von vielen Frauen als mindestens widersprüchlich und eben nicht eindeutig negativ erlebt wird. Immer mehr Frauen kämpfen nicht mehr um jeden Preis für den Erhalt "ihrer" Familie, wodurch sie deren Entwertung selbst mit verursachen. Anders ist der überdurchschnittlich hohe Anteil der Scheidungen, die von Frauen eingereicht werden, nicht zu erklären. Diese Entwicklung ist doch auch ein Schritt zur Befreiung aus patriarchalen Zwängen und wird von vielen auch so erlebt.
Die Auflösung der Familie bedeutet neben dem Verlust eines traditionellen Orientierungsmusters und der oft nur scheinbaren sozialen Sicherheit eben gerade für Frauen ein Mehr an Unabhängigkeit und Selbstbestimmung über eigenes Geld, Zeit, Wohnung, Freundschaften, über den eigenen Körper und die eigene Sexualität, eben eine Befreiung aus der sozialen Kontrolle der patriarchalen Institution "Familie" und aus der ganz materiellen Gewalt, die diese meistens bedeutet. Sehr viele Frauen wissen das zu schätzen.
Das Gejammere über den Verlust des sozialen Haltes "Familie" scheint eher die männliche Beurteilung der Dinge zu sein, der um sein Reproduktionsruhekissen, den Bestand seiner emotionalen, sexuellen und sozialen Sicherheit und Versorgung und nicht zuletzt um seinen Macht- und Herrschaftsbereich "Familie" bangt.
Birgit Rommelspacher sieht darüber hinaus eine Parallele zwischen den herkömmlichen Erklärungen von rassistischer und sexistischer Gewalt. Genauso wie die sozialen und ökonomischen Probleme der/des Einzelnen zu den Ursachen rassistischer Einstellung und Gewalt gemacht werden, müssen eben diese Probleme von Männern auch als Ursache für sexistische Gewalt gegen Frauen herhalten. In der patriarchalen Argumentationslogik wird der einzelne, "bedauernswerte" Mann zum Opfer seiner persönlichen Biographie und sozialen Herkunft erklärt, der keinen anderen Ausweg mehr hat, als Gewalt gegen Frauen auszuüben; in der rassistischen Argumentationslogik sind es die sozialen Verhältnisse der "Risikogesellschaft", die die weißen RassistInnen zu TäterInnen machen. In beiden Fällen werden die Täter zu den eigentlichen Opfern, die Leidtragenden (Frauen bzw. Flüchtlinge) *[vielleicht gibt es ja auch welche, die ihr "Leid" nicht (er)tragen, sondern sich wehren?! Anm. d. Hg.]* werden zu "Opfern der Opfer" (es gibt überhaupt nur noch Opfer), oder sie werden nicht beachtet. Die Vorteile, Macht und Privilegien, die die TäterInen (Männer bzw. weiße RassistInnen) aus ihrem Verhalten ziehen, werden dabei einfach ignoriert, sie sind praktisch nicht existent. Eine Einordnung der sexistischen bzw. rassistischen Gewalt in die bestehenden gesellschaftlichen Zusammenhänge in dem Sinne, daß es sich bei dem rechten bzw. patriarchalen und sexistischem Terror um reale Machtverhältnisse handelt, findet nicht statt.
Doch zurück zur rassistischen Bevölkerung:
Die Linke hat nun als Erklärung für die rassistische Gewalt die "Sündenbocktheorie" anzubieten, nach der die Durchschnittsbevölkerung schnell bereit ist, in den AusländerInnen die "falschen Verantwortlichen" für die ei-

gene mißliche Lage zu sehen. Diese Theorie unterstellt den Handlungen der RassistInnen einen rationalen Kern, demzufolge sie versuchen, jemanden für ihre eigene Misere verantwortlich zu machen. Aus dieser Annahme folgt dann auch der Vorsatz und die Praxis, der Bevölkerung mit rationalen Argumenten klar zu machen, daß die in Wohncontainern und Turnhallen zusammengepferchten Flüchtlinge, die noch dazu mit einem mehrjährigen Arbeitsverbot belegt sind, ihnen gar keine Wohnungen und Arbeitsplätze wegnehmen können. Wir fragen uns allerdings, warum die Argumente mit denen die Linke ja nicht erst seit gestern versucht, die Bevölkerung zu "überzeugen" und auf ihre Seite zu ziehen, so vollständig wirkungslos an ihr abprallen. [*Für welche linke Aktivität gilt das eigentlich nicht? Anm. d. Hg.*] Noch merkwürdiger ist es, daß dieses offensichtliche Faktum von der Linken so hartnäckig ignoriert wird.

Wir haben dafür nur eine Erklärung: Das heiß umworbene "gemeine Volk" will von unseren Argumenten einfach nichts wissen - nicht etwa, weil sie falsch oder unverständlich oder die Leute zu blöd sind, um sie zu kapieren, sondern weil sie andere Interessen haben. [*Diese Aussage ist theoretisch sicherlich korrekt. Aber was folgt politisch-strategisch daraus? Eine aufklärerische Strategie ist damit (zurecht) obsolet; eine repressive Strategie ist (abgesehen von ihrer* **politischen** *Fragwürdigkeit) allein schon wegen des - von dieser Interessenlage bedingten - militärisch/zahlenmäßigen Kräfteverhältnisses aussichtslos. Solange nicht gesagt werden kann, was die politisch-praktische Alternative zu einer aufklärerischen Strategie ist, werden große Teile der Linken immer wieder auf die Sündenbock-Theorie zurückgreifen. Denn auf deren (zwar falscher) Grundlage ist es möglich, eine Handlungsstrategie zu entwickeln und so - wenn auch völlig folgenlos - das Bedürfnis, 'etwas' gegen die moralische Zumutung des rassistischen Terrors tun zu wollen, zu befriedigen. Dieses Bedürfnis ist auf Grundlage der richtigen Analyse bisher nicht zu befriedigen. Anm. d. Hg.*] Rassismus ist keine Form fehlgeleiteter Aggressionen, die durch eine perfide inszenierte Medienkampagne die AusländerInnen trifft, aber doch im Kern gut ist, weil sie im Grunde aus der eigenen sozialen und ökonomischen Unterdrückung resultiert.

Rassistisches Verhalten ist vielmehr eine Möglichkeit, den nationalistischen Chauvinismus des deutschen Herrenmenschentums und dazu die eigene Macht als Weiße in einem durch und durch ausländerfeindlich und rassistisch strukturiertem Land im Einklang und Pakt mit den Herrschenden auszuleben. Rassistische Gewalt bietet eine, durch staatliche Politik geförderte Möglichkeit, sich einer als die "Anderen" definierten Gruppe überlegen zu fühlen. Auf der Straße im sicheren Verbund mit der Masse und in der Gewißheit und dem Bewußtsein im staatlichen und gesellschaftlichen Konsens zu handeln, die nationalistisch-chauvinistische Sau rauszulassen, dazu muß der/die deutsche Normal-RassistIn nicht unbedingt arbeits- oder wohnungslos sein.

Die Bevölkerung hat sich aktiv auf die Seite der Herrschenden gestellt, sie wollen wieder "wer" sein, wollen zu den SiegerInnen gehören, ihr Selbstwertgefühl ihre Identität ziehen sie aus ihrer Macht gegenüber den "Anderen". Einer solchen Haltung ist logisch-argumentativ nicht beizukommen. Große Teile der Bevölkerung haben die Interessen der Herrschenden zu ihren eigenen gemacht. Sie verteidigen ihre Privilegien, ihren (selbst armseligen) Wohlstand, ihr Auto oder das Eigenheim mit Gartenzwerg. Sie wollen, daß die Verhältnisse, und insbesondere ihre Position darin, erhalten bleiben und nicht nur das: in einer Gesellschaft, die vollständig an Leistung und Konsum ausgerichtet ist, ist die Gier nach immer größerem Wohlstand und immer größerer Macht unersättlich. Der Anspruch nach "mehr" bemißt sich nicht daran, an was es einem/r objektiv zu einer menschenwürdigen Existenz mangelt oder etwa, was ökologisch gerade noch vertretbar wäre, oder was ohne die gewaltsame Einschränkung und Ausbeutung anderer Menschen zu haben wäre, sondern einfach daran, was man nicht hat und noch haben könnte. Diese Einstellung macht das egozentrische Begehren zum Maßstab aller Dinge und des eigenen Verhaltens. Jeder erworbene Besitz weckt wie selbstverständlich das subjektive Bedürfnis nach mehr Besitz und dem Empfinden darüber, was einem an Wohlstand und Konsum "zusteht" sind nach oben keine Grenzen gesetzt. [*Ist das nicht auch eine etwas sehr geradlinige Analyse, die noch dazu von einer fragwürdigen (s. FIATs Clube of Rom) Konsumverzichts-Propaganda durchsetzt zu sein scheint? Anm. d. Hg.*] Die Bemühungen um die Verwirklichung des eigenen Strebens nach immer mehr Eigentum und immer mehr Privilegien werden dabei rigoros auf Kosten anderer Menschen und deren Bedürfnisse durchgesetzt. Deshalb verteidigt die weiße Bevölkerung die herrschende Ordnung, in der sie ihre Privilegien und ihre Macht zu behalten und auszubauen sucht, und sieht sich in letzter Konsequenz als Richter über Leben und Tod auf.

Man spricht nicht laut bei Tisch

Zur herrschenden Ordnung gehören jedoch nicht nur die aus der weißen Hautfarbe und dem deutschen Paß abgeleiteten Macht- und Konsumansprüche; zu dieser Ordnung gehören genauso die Vorstellungen der deutschen Bevölkerung über "Sitte", "Ordnung", "anständiges" Verhalten und bürgerliche Kultur, die zur Allgemeingültigkeit erhoben werden. Zu den gesellschaftsfähigen (Verhaltens-)Normen, die qua weißer Definitionsmacht festgelegt und, wie wir zeigen werden, mit Gewalt durchgesetzt werden, gehören die "preußischen" Tugenden wie: Ordnung, Höflichkeit, Sauberkeit, Pünktlichkeit, reibungs- und widerspruchsloses Funktionieren Anpassungsfähigkeit und Duckmäusertum, "Gesundheit" und natürlich Heterosexualität. Diese Normen bilden den Sozialcharakter großer Teile der weißen Bevölkerung. Wer ihnen nicht entsprechen kann oder will, wird ausgegrenzt, geächtet und verfolgt.

So wurde als eine der wichtigsten Ursachen für die Angriffe auf die ZAST in Rostock/Lichtenhagen immer wieder die Tatsache benannt, daß wochenlang Flüchtlinge vor der ZAST kampieren mußten, weil sie von der Behörde keine Unterkunft erhielten. Das Schlimmste, was der zarten Lichtenhagener Volksseele in diesem Zusammenhang widerfahren konnte, war nicht der Fakt, daß den Flüchtlingen wochenlang keine Unterkunft, Verpflegung und sanitären Einrichtungen zur Verfügung gestellt wurden, sondern daß diese eben aufgrund des Fehlens jedweder Versorgung in die Büsche scheißen mußten. Derartigen Mißständen ("scheißende Asylanten") muß natürlich Einhalt geboten werden - notfalls mit gewaltsamer Vertreibung und eben nicht mit dem Aufstellen von Toiletten-Häuschen - mal ganz abgesehen davon, daß es für die meisten deutschen Typen ganz und gar nicht ungewöhnlich ist, auf dem Weg von der Kneipe nach Hause in eine Ecke oder an den Baum zu pissen - aber das ist selbstverständlich eine andere Geschichte... In diesem Zusammenhang stehen auch die wenig beachteten Angriffe von Nazis auf ein Heim mit behinderten Kindern in Stendal, sowie auf einen Bus mit gehörlosen Kindern irgendwo in Brandenburg. Auch sie fallen aus der Norm, in der Nazi-Zeit hieß es: der Norm des "gesunden Volkskörpers", heraus. Wie die Flüchtlinge werden sie, ausgehend vom Standpunkt des gesunden, weißen Herrenmenschen, als "die Anderen" definiert, die als Kranke oder Behinderte nicht dem gesellschaftlichen Gesundheitsfetisch ent-

sprechen - damit sind sie zum Abschuß freigegeben.
Ein anderes Beispiel für die Prägung deutscher Saubermänner/frauen -Charaktere ist der Spremberger Nazi-Skin Sven Grimm, der unlängst in einem Interview im ARD (29.10.92) erklärte, daß er mit seinen "Kameraden" nachts Streife fährt, um neben AusländerInnen und Linken "kriminelle Einbrecher" zu jagen. Da trifft sich sein "Bedürfnis" nach Ruhe und Ordnung mit dem z.B. der Lichtenhagener oder Goldberger Bevölkerung, die Angst vor den Diebstählen der "Zigeuner" haben. Die Konditionierung des Sozialcharakters der deutschen Bevölkerung auf eben die genannten Werte und Normen ist in der Ex-DDR noch wesentlich ungebrochener als im westlichen Teil der BRD. So kommt eine vergleichende Studie der Uni Potsdam zu dem Ergebnis, daß die "klassischen Tugenden wie Gehorsam, Ordnungsliebe, Höflichkeit und Verantwortungsbewußtsein" bei der Kindererziehung in der Ex-DDR wesentlich durchgängiger eingefordert werden als im Westen, wo es mehr Eltern auf Autonomie, Selbstverwirklichung, Originalität und persönlichen Erfolg ihrer Kinder ankam (Sturzbecher, Dieter; Institut für Familien- und Kindheitsforschung; Potsdam; 1990).
Wir nehmen an, daß im Westen linke Bewegungen (angefangen von den 68ern) sowie deren gesellschaftliche Integration in vielerlei Hinsicht diese preußisch-traditionalistische Prägung der Grundwerte aufgebrochen haben - eine Entwicklung, die in den Städten und der Umgebung linker Zentren natürlich fortgeschrittener ist als auf dem Land bzw. dort, wo linke emanzipatorische Bewegungen nur geringen Einfluß hatten/haben.
Kinderläden und breit diskutierte Konzepte der antiautoritären Erziehung, Frauenbewegung, Lesben- und Schwulenbewegung, Alternative und Grüne und eine Menge anderer emanzipatorischer Ansätze sind zuerst in linken Zusammenhängen und Lebensformen ausprobiert worden, prägten jedoch zunehmend auch andere gesellschaftliche Bereiche und wurden allmählich zum verbreiteten Allgemeingut der westlichen Gesellschaft. Einerseits konnten durch die Verallgemeinerung dieser Ansätze viele vormals antistaatliche Linke wieder gesellschaftlich integriert werden andererseits ließen sie sich zum guten Teil kapitalistisch verwerten: Selbständiges Denken und Arbeiten, persönliches Engagement Eigeninitiative und (Selbst-) Organisierung, Unabhängigkeit (z.B. von familiären Bindungen) sind nur einige Schlagworte, die ein karriereorientiertes Yuppileben heute kennzeichnen.
Einen vergleichbaren Umbruch des überkommenen Sozialcharakters hat es in der DDR einfach nicht gegeben, weshalb sich die gesellschaftlichen Wertstrukturen dort wesentlich besser halten konnten. Ungeachtet dessen, daß Verhaltensmuster wie: Autoritätshörigkeit, fehlende Zivilcourage, Angepaßtheit und Unterordnung, ebenso wie die genannten bürgerlichen Tugenden den deutschen Faschismus noch im völligen Kriegschaos bis zur Perfektion am Funktionieren gehalten haben, verstand die SED-Regierung es, sich gerade diese zunutze zu machen. (Was nicht heißt, daß nicht auch im Westen, v.a. in Kleinstädten und ländlichen Regionen der dumpfdeutsche Muff vorherrscht.)
Während der kapitalistische Westen eine immer größere Bereitschaft zur Flexibilisierung von jeder/m einzelnen verlangte, funktionierte der so geprägte Sozialcharakter in der DDR systemstabilisierend - die SED war an einem Aufbruch dessen nicht interessiert. Sie orientierte sich, was Sozialverhalten, Wertmaßstäbe im Umgang miteinander und Kultur anging, an den althergebrachten (bewährten?) bürgerlichen Werten und Idealen. Die/der ArbeiterIn sollte die proletarischen Umgangsformen ablegen und sich "zivilisiert", also den bürgerlichen Normen entsprechend, verhalten. Ebenso wie im Westen blühte in den 50er Jahren in der DDR der Verkauf sog. "Benimm-Bücher" ("Gutes Benehmen von A-Z"; Smolka; 1957), die die Regeln des alltäglichen zwischenmenschlichen Umgangs festschrieben. Was nach der Beurteilung der RealsozialistInnen im kapitalistischen Westen "hohles Formengepräge" war, das allein der Verschleierung sozialer Konflikte und Klassenwidersprüche diene, wurde im sozialistischen Osten als Ausdruck "wirklicher gegenseitiger Achtung und Rücksichtnahme unter Gleichgestellten" und als Beweis für sozialistische Kulturfähigkeit emporgehoben ("Guten Tag, Herr von Knigge"; Schweickert, Hold; 1957). Diese realsozialistische Verklärung deutschen Spießertums und bürgerlicher Verhaltensmuster wurde praktisch bis zur "Wende" '89 durch nichts, außer einer sehr kleinen Subkultur in manchen Städten, in Frage gestellt.

--------- Schnitt ---------

So, wenn ihr's bis hierher geschafft habt, meldet sich mal die Endfassungs- und Überarbeitungsabteilung zu Wort. Wir kriegen immer alle Texte auf den Tisch, die unsere RedakteurInnen nicht geschafft haben, vollständig bis zum Abgabetermin fertigzustellen. Wir sollen die Beiträge dann in eine druckfähige Form bringen - ihr könnt euch vorstellen, was das für 'n mieser Job ist: Fehler suchen, unvollständige Sätze, widersprüchliche Passagen ausbügeln, manchmal werden auch Vorwörter gewünscht - und das alles unter Zeitdruck. Tja, und jetzt ist uns 5 Minuten vor Schluß auch noch dieser Beitrag auf den Tisch geflattert - ohne jeden Schluß wie ihr seht. Da können wir jetzt auch irgendwie nix mehr dran ändern. Es bleibt, wie's ist - vielleicht habt ihr ja Bock, den Beitrag weiterzuschreiben, zu kritisieren oder zu den Problematiken was zu sagen, die hier erstmal offensichtlich ausgeklammert wurden (z.B. Antisemitismus, Frauen und Rechtsradikalismus, oder so).
Ansonsten war's das erstmal von uns - bis zum nächsten Mal.
eure Endfassungsabteilung
Für ungewöhnliche Maßnahmen in ungewöhnlichen Situationen
Und Tschüss!

Anm. d. Hg.
Die im Text erwähnten Fotos konnten wir leider nicht reproduzieren.

17°C Zeitung für den Rest

KRAUTS TO HELL PART 6:

- **KULTURALISMUS:** Demokratischer Rassismus
- **ZUM KONKRET-KONGRESS:** Bettina Höltje entweiht den „Rasse"-Diskursler Türcke
- **CHINA-AVANTGARDE-MALEREI IN BERLIN**
- **GÜNTHER JACOB:** Ich-Identität und Nationale Identität
- **ETWAS BESSERES ALS DIE NATION:** Diskussionsbeiträge, Thesen, Streit zur FNL/„DDR"/Zonen-Tour der Wohlfahrtsausschüsse

ab sofort im linken Buchhandel
oder direkt bestellen bei: **17°C**, c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 HH. Einzelpreis: 6 DM + Porto (1,50 DM), ABOS: 4 Nummern: 25,– DM. V. Schmidt, Sonderkonto, Kto-Nr. 713990-200, Postgiro HH (BLZ 200 100 20)

Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen

Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik

wir sind frauen, die aus verschiedenen politischen bereichen kommen (antiimperialismus, antirassismus, antifa, bevölkerungspolitik) und zum größten teil seit mitte der achtziger jahre daran arbeiten.
wir sind sowohl mit frauen als auch mit männern organisiert.
[... Der Text der Genossinnen hat eine Vergewaltigung im - in besetzten Räumen der Technischen Universität Berlin 1991/92 eingerichteten - Antirassistischen Zentrum (ARZ) zum Anlaß. Die Vergewaltigung wurde zunächst als "sexistischer Angriff" verharmlost. Die Verfasserinnen kritisieren aus diesem Anlaß das "zurückdrehen von frauenkämpfen": "bereits die frauenbewegung seit 68 setzte sich mit der parole 'das private ist politisch' dafür ein, patriarchale gewaltverhältnisse jenseits von 'befindlichkeiten' zu definieren und in einen gesellschaftlichen kontext zu stellen. mittlerweile sind auseinandersetzungen um sexistische strukturen innerhalb der linksradikalen gruppen/strukturen fast vollständig in die 'privaten bereiche' abgedrängt worden, eine offene auseinandersetzung um sexistische gewalt/vergewaltigung wird wieder tabuisiert." Wir teilen diese Kritik. Wir drukken den entsprechenden Abschnitt des Textes der Genossinnen hier dennoch nicht ab, da dies nicht das Thema dieses Kapitels der Broschüre ist und wir zum Thema Patriarchat im nächsten Kapitel verschiedene Texte abdrucken, die sich direkt mit der Position der RAF dazu auseinandersetzen. Wir dokumentieren hier stattdessen die Abschnitte des Papieres, die sich mit dem Verhältnis von Kritik und Selbstkritik sowie der Gefahr auseinandersetzen, daß über eine sozialarbeiterInnenische Praxis die revolutionäre politische Orientierung verloren gehen kann. Die Überlegungen der Genossinnen zur Sozialarbeit können allerdings nicht ohne weiteres auf unser Thema übertragen werden. Denn *sie kritisieren* eine Sichtweise, die Flüchtlingsmänner nur als Opfer/Objekte (von Rassismus und Kapitalismus) und nicht auch als sexistische Täter-Subjekte sieht. *Wir kritisieren* in diesem Kapitel eine Sichtweise, die weiße Deklassierte nur als Opfer des Kapitalismus und nicht auch als rassistische TäterInnen erkennt. Weitere Diskussionen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Situationen sind also erforderlich. Entsprechendes gilt für den Sexismus weißer proletarischer Männer. Wir verweisen dazu u.a. auf die nächsten beiden Kapitel der Broschüre. ...]
uns fällt es schwer, die konkrete kritik an euch, losgelöst vom ARZ und grossen teilen der antirassistischen politik 'seit hoyerswerda' zu formulieren. einige grundsätzliche kritikpunkte sind in dem papier 'kritik und überlegungen zur autonomen flüchtlingspolitik und zur tu-besetzung' in der interim nr. 168 veröffentlicht worden. auf dieses papier können wir uns positiv beziehen. einige punkte unserer kritik wollen wir jedoch in kurzfassung aufgreifen:
-- [... Wir lassen die ersten beiden Punkte aus thematischen und Platzgründen aus. ...]
-- argumente wie "zeitdruck", "überrödelei", "politische notwendigkeiten" um genauso weiterzumachen wie bisher.
-- autonome politik als "lückenfüller" für funktionen, die kirchen, parteien, humanistische kräfte nicht mehr besetzen, als autonome sozialarbeiterInnen und lagerverwalterInnen.
in diesem zusammenhang wollen wir mal darstellen, dass sich unsere kritik nicht an gruppen in der form richtet, die jahrelang kontinuierliche arbeit machen. verschiedene ansätze finden wir als ebene von politik wichtig und notwendig. jeder politische ansatz sollte allerdings getrennt diskutiert werden, anhand von politischen zielen und anhand einer perspektiv- bzw. strategie-diskussion. beratung, sozialarbeit und praktische hilfe kann durchaus eine ebene autonomer politik sein, allerdings sollte die beschränktheit und systemkonformität darin immer wieder thematisiert und in den gesellschaftlichen kontext gestellt werden. ansonsten werden verschiedene erfahrungen und diskussions- oder praxisansätze (wie z.b. eine umfassendere diskussion um internationalismus oder eine debatte um militante organisierung...) rausgekickt. es entsteht eine arbeitsteilung bzw. ein eingeschränkter blickwinkel von politik.
-- funktionalisierung/objektivierung der flüchtlinge, vereinnahmung.
-- flüchtlinge werden vorwiegend als opfer betrachtet und somit als hilfsbedürftig. sie sind allerdings keine homogene gruppe (siehe jugendbanden, wo es ein gespaltenes verhältnis der autonomen zu gibt).
-- "opfer können nicht gleichzeitig täter sein" - eure logik.
-- die eigene identität wird zurückgenommen oder rausgelassen, um eine zusammenarbeit bzw. "breite" zu erreichen und um konflikte zu umgehen.
-- darüber entsteht das gefühl, ganz wichtiges zu tun, rödeln zu müssen und dabei die eigene perspektivlosigkeit (siehe zahlreiche diskussionen nach hoyerswerda) zu verdrängen.
-- flüchtlingspolitik wird hauptsächlich auf bestimmte ereignisse zugespitzt gesehen, wie abschiebungen, angriffe...
weder die fluchtursachen noch die verantwortlichen werden thematisiert. ein internationalistischer bezug wird nicht mehr hergestellt...
-- das "angebot" der quotenlösung (die flüchtlinge der tu auf die berliner quote anzurechnen, was bedeutet, das andere in die ex-ddr müssen) wurde nicht offen thematisiert und gemeinsam diskutiert.
-- eine auseinandersetzung um verschiedene ansätze und erfahrungen von flüchtlingsgruppen, um ziele und forderungen, wie z.b. offene grenzen, sind kaum noch in der diskussion.
-- mangelnde vermittlung von eigenen ansätzen, inhalten und politikverständnis (eigene motivation von politik).
diese und ähnliche kritikpunkt sind sowohl an euch als auch an anderen formuliert worden - bisher mit sehr wenig ergebnis. stattdessen kam von euch sehr schnell die forderung nach durchsetzung von frauenräumen im zentrum. wir kennen aus eigener erfahrungen, daß frauenräume notwendig sein können, wissen aber auch, dass strukturen nicht losgelöst vom inhalt entstehen können. solange die eigenen strukturen und fehler nicht angegangen werden (auch innerhalb der frauenräume), gibt es auch keine garantie, die fehler nicht der reihe nach zu wiederholen.
[...]
insgesamt schätzen wir euer verhalten als ein totales festhalten an eurem projekt ein, daß einen zentralen punkt der antirassistischen politik darstellen soll. für uns ist das ein realitätsverlust und eine grobe selbstüberschätzung. jede grundsätzliche kritik an euch und eurer politik wird mit dem begriff der "entsolidarisierung" (von euch und auch von den flüchtlingen!) abgeblockt, bishin zu der bezeichnung "aasgeier". das steht dann unter dem altbekannten motto: "wer nicht für uns ist, ist gegen uns." einerseits schreibt ihr, ihr fühlt euch isoliert von der autonomen linken, andererseits wird es als ein "schicksalsschlag" erklärt, losgelöst von der massiven kritik und den bedenken vieler vor der besetzung. wir wollen damit nicht ein verhalten der scene legitimieren, "stammtischmäßig" über gerade laufende initiativen zu hetzen und in dem eigenen zusammenhang darüber abzuziehen, ohne dass kritik offen und konstruktiv formuliert wird. das

kann aber eure erfahrung nicht sein. eine "interne" auseinandersetzung hat unserer meinung nach nicht viel gebracht, deshalb machen wir die kritikpunkte öffentlich. viele punkte beziehen sich natürlich nicht nur auf euch, sondern auf alle zusammenhänge in der linken.
wir haben auch nicht vor, mit moralisch erhobenen zeigefinger autonome ansätze und vermeintliche klarheiten in alter manier festzuklopfen. allerdings gehen wir davon aus, daß es eine geschichte gibt, auf die wir uns positiv beziehen können, und daß es insgesamt darum geht, diese geschichte gemeinsam aufzuarbeiten.
an den punkten rassismus/sexismus könnten es im moment folgende fragen oder diskussionsstränge sein:
-- eine bilanz der antirassistischen initiativen der letzten zeit... was hat z.b. das ARZ für konkrete verbesserungen gebracht? wo sind die knackpunkte wie z.b. die quotendiskussion...
-- wäre ein langsames rausgehen der unterstützerinnen möglich, indem sie zunächst einmal nur organisatorisches übernehmen, um sich tendenziell ganz rauszuziehen? (damit meinen wir nicht, das projekt nicht mehr zu unterstützen, weil fehler gelaufen sind, sondern evtl. andere formen der zusammenarbeit zu finden).
-- welche antiimperialistischen/antirassistischen initiativen wären z.z. denkbar? wo kann unter hintergrund einer gesellschaftliche analyse druck auf verantwortliche ausgeübt werden, ohne daß es beliebig wird, ergebnislos bleibt? in diesem zusammenhang wäre auch eine genauere diskussion über bestimmung der nächsten schritte notwendig auf dem hintergrund von gemachten erfahrungen in der organisierung zu diesem thema. dabei geht es um bündnisse genauso wie um militante organisierungsansätze (z.b. die rz-kampagne). an welchen punkten können sich dezentrale ansätze und verschiedene ebenen antirassistischer politik ergänzen ohne inhaltlich zu verwässern? (z.b. zentrale punkte in den stadtteilen, wo flüchtlinge hingehen können, verschiedene bündnisse, militante initiativen, demos usw...).
-- wie gehen wir einerseits mit rechtsradikalen/rassistischen strukturen um, andererseits mit dem wegfall der sozialen puffer (humanistische kräfte, kirchen, al, soziales netz)?
-- wie können wir eine politik verbinden, die sowohl die einzelnen flüchtlinge unterstützt, gleichzeitig aber auch offensiv für uns selbst ist?
-- [...]
-- warum tauchen ziele wie "offene grenzen" nicht mehr in der diskussion auf? haben sich vorstellungen und utopien verändert?
-- wie können wir eine zusammenarbeit mit anderen erreichen, wo wir uns als politisches subjekt transparent machen und die eigenen ansätze vermitteln, ohne widersprüche, z.b. patriarchat, zu verschleiern?
-- welche möglichkeiten gibt es, aus einem eigenen verhältnis heraus, als frauen, selbstorganisierungstendenzen zu unterstützen? unter welchen voraussetzungen?
-- begriffe wie internationalismus/solidarität sind nicht mehr in der diskussion. wie können wir uns wieder mehr daran auseinandersetzen, um nicht symptombekämpfung in den metropolen zu betreiben und das eigentliche ausmaß der flüchtlingspolitik aus den augen zu verlieren?
wir denken, daß es verschiedene ebenen gibt, hintergründe aufzuzeigen, verantwortliche zu benennen, die zusammenhänge zu uns herauszuarbeiten und gemeinsame ziele herauszufinden.
[... den Rest haben wir aus thematischen, inhaltlichen und Platzgründen weggelassen. ...]

literaturhinweise:
-- metropolengedanken und revolution
-- beiträge zur feministischen theorie und praxis, nr. 27, für einen antirassistischen feminismus - der mythos vom schwarzen vergewaltiger
-- angela davis: rassismus und sexismus
-- radikal 144, teil 2, frauenaktion gegen einen vergewaltiger
-- texte der roten zora, insbesondere jedes herz ist ein zeitbombe
-- radikal 145, gehversuche
-- rape is a crime - broschüre zur vergewaltigungsdiskussion
-- thümer-rohr: mittäterschaft und entdeckungslust

clock work 129 a

☆ die zeitung für die freiheit der politischen gefangenen
☆ information über 129a-verfahren und andere politische prozesse

einzelexemplar
-gegen 3.-dm in briefmarken

abobestellung
-mind. 5 exempl. à -,50dm

clockwork 129a
leibnizstraße 24
6500 mainz

Antifaschistisches iNFO

Das Antifaschistische Infoblatt erscheint als bundesweite Zeitung alle 2-3 Monate.

Die Schwerpunkte sind:

* Entwicklungen und Aktivitäten der Neonazis in der BRD und international
* Entlarvung und Veröffentlichung ihrer FührerInnen
* Neue Rechte und Braunzone
* Antifaschistische Aktivitäten in der BRD und international
* Darstellung von Diskussionen über Möglichkeiten von Antifaarbeit
* Der Ruck nach Rechts und die Rolle der Biedermänner in der Regierung
* Rassismus, Sexismus und Nationalismus in der Gesellschaft
* Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen
* Progressive Entwicklungen und Aktivitäten

Das Antifa-Info ist eine Grundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen. Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Das Antifa-Info ist für 4,- DM + 2,- DM Porto zu erhalten. Ein Abo über fünf Ausgaben kostet 30,- DM.

Kontaktadresse:

Antifa-Info, c/o L.Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

IV. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen I: Feministische Kritiken an der alten und neuen Politik

"(...) in diesem system (wird) alles zur ware (...) auch das verhältnis zur körperlichkeit, wobei natürlich die frauen am meisten dazu gezwungen werden, ihren körper als ware zur schau zu tragen, (...)."
RAF, *Weiterstadt-Erklärung*

Die "Annahme eines *linearen* Zusammenhangs in dem Sinne, daß *'der Kapitalismus'* sexuellen Bedürfnissen durchgängig seine Warenform überstülpe", läßt sich aber nicht begründen. Es läßt sich zwar "nicht leugnen, daß *bestimmte* Formen der Sexualität von Frauen und Männern durchaus Warencharakter besitzen - Prostitution, sicherlich auch manche 'Versorgungsehen' - (...)". Aber auch in diesen Fällen stellt sich die Frage: was daran "kapitalistischer Vergesellschaftung geschuldet ist und was nicht? Prostitution bezeichnet ein Gewerbe, das älter ist als der Kapitalismus, 'Waren' wurden hier schon immer ausgetauscht. Was ist dann das spezifisch 'kapitalistische' an der Prostitution?* Mit diesem Beispiel soll lediglich verdeutlicht werden, wie kompliziert, vermutlich aber auch aussagekräftiger eine Gesellschaftsanalyse wird, wenn sie monokausale Erklärungsansätze" (wie alles sei Ausdruck der Warenstruktur) "aufgibt und sich der Differenziertheit sozialer Phänomene" - triple oppression - "stellt, (...)."
Ursula Beer, *Geschlecht, Struktur, Geschichte*, Frankfurt am Main / New York, 1990, 103 f,

1. Schweizer Feministinnen, *Ein Stein in der Sonne* (1990)
2. Frauen aus der *radikal*, Stellungnahme zu "*Ein Stein in der Sonne*"
3. Sterin, *Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln* (Okt. 1992)
4. Frauen/Lesben aus Gießen, *Eine feministische Kritik* (Feb. 1993)
-- Dokumentation: *Die RAF - eine nachholende Résistance? Die BRD - eine gefestigte Demokratie?* Auszüge aus dem KONKRET-Interview der Celler Gefangenen (6/1992) und dem *Odranoel*-Beitrag von Lutz Taufer
5. deutsche Lesben aus dem linksradikalen Frauen-/Lesben-Spektrum, Stellungnahme zur "*Feministischen Kritik*" (Mai 1993)

* Wir wollen in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß für den Kapitalismus nicht die Existenz von Warenverhältnissen charakteristisch ist, sondern daß in ihm *auch die Arbeitskraft* zur Ware wird. Dies verlangt für die Analyse einen Terrainwechsel von den *Austausch*beziehungen zu den *Produktions*verhältnissen.

Feministinnen aus der Schweiz

Ein Stein in der Sonne

Feminismus ist der Klassenkampf von ganz unten gegen das ganze System

Liebe Eva und Gisel,

[...] Wir sagen Nein zum scheinbar so basisdemokratischen "alle gleichzeitig voran", weil es immer auf die selbstmörderische Illusion hinausläuft, der Sieg über die ausgezeichnet vorbereiteten, feindlichen Kräfte könne ein spontaner Akt nicht-vorbereiteter Massen sein. Wir halten daran fest, daß ein Teil der Klasse (eine "Avant-Garde"!) den Kampf um die Macht in nicht-revolutionärer Periode *vorbereiten* muß, und daß der bewaffnete Kampf zugleich die wirksamste Form der politischen Propaganda in nicht-revolutionärer Periode ist. All diese Tatsachen werden nicht dadurch außer Kraft gesetzt, daß das der Situation angemessene, technologische Niveau heute in der Schweiz tief ist. Entscheidend ist das bewußte und gezielte Vorantreiben.
Nachdem Ihr nun aber so klar und offen zum Feminismus Stellung genommen habt, wollen wir als Feministinnen ebenso klar und offen Stellung nehmen. Wir müssen dazu etwas ausholen.

Das imperialistische Patriarchat und seine aktuellen Projekte

Das System - wir nennen es imperialistisches Patriarchat - beruht auf der Ausbeutung und Gewalt gegen Frauen weltweit. Alle einzelnen Projekte sind Angriffe gegen Frauen, die neben und in geringerem Maß auch Männer treffen.
"im kampf der frauen wird ein zentraler nerv des herrschenden systems freigelegt", schreibt Ihr. Wir meinen, da untertreibt Ihr maßlos: Frauen leisten konservativ geschätzt (durch die UNO) weltweit 2/3 der gesellschaftlichen Arbeit und bekommen dafür 1/10 der direkten oder indirekten Lohneinkommen. Dabei ist gesellschaftlich notwendige Arbeit wie Schwangerschaft, Geburt, Stillen, Verhütung, Abtreibung, emotionale und sexuelle Dienste noch nicht einmal mitgerechnet. Frauenarbeit ist *der* Nerv des Systems!
Ganz folgerichtig zielen die aktuellen Projekte des Kapitals gegen die Frauen. Diese sollen noch mehr arbeiten für noch weniger Einkommen.
[... es folgt eine Auflistung von damals "aktuellen Projekten" ...]

Das Proletariat als Zwischenklasse

Das Kapital und sein Staat als oberste Organisatoren des Systems können ihre Projekte nur durchziehen, weil die durch das Kapital ausgebeuteten Proletariermänner zugleich als ausbeutende Klasse gegen die Frauen funktionieren: Die Frauen würden weltweit niemals zwei Drittel der weltweiten Arbeit leisten und sich mit einem Zehntel des Einkommens begnügen, wäre nicht die sexistische und sexistisch-rassistische Gewalt durch *jeden* Mann gegenwärtig - auch durch jeden Proletariermann. Wir rechnen deshalb die Klasse der Proletariermänner zu den *Zwischenklassen*.(1)
Frauen würden sich niemals unentlohnt in Haushalt, Kinderbetreuung und Diensten an den Männern abrackern, sie würden niemals all die unentlohnten und zum Teil ideologisch unsichtbar gemachten Dienste an Männern überall in der Gesellschaft leisten, müßte die Handvoll Unternehmerbosse *selbst* die Kontrolle garantieren. Der Handel mit Frauen aus Afrika, Asien, Süd- und Mittelamerika würde niemals rentieren, würde nur die Handvoll Unternehmerbosse Prostituierte, Gogo-Tänzerinnen oder Ehefrauen kaufen, Sexindustrie und Werbung würden niemals rentieren, würde nur die Handvoll Unternehmerbosse nach Zerstückelung, Folter und Mord an Frauen lechzen. Tatsächliche Mißhandlung, Vergewaltigung und Mord an Frauen wären niemals so massenhaft verbreitet, käme nur die Handvoll Unternehmerbosse als Täter in Frage.
Die Männer - auch die große Masse der ausgebeuteten Männer - haben die Verfügungsgewalt über die Frauen und deren Kinder durch alle Epochen des Patriarchats hindurch bis heute erfolgreich verteidigt. Erst diese Massenhaftigkeit der Gewalt garantiert die für die Ausbeutung notwendige Lückenlosigkeit. Verschiedene Feministinnen nennen das, was die Proletariermänner aus den Frauen ausbeuten und konsumieren "Arbeitsrente". Diese senkt den Wert der Lohnarbeitskraft und steigert folglich den Mehrwert.
Frauen erfahren alltäglich, daß alle Männer objektive Klasseninteressen gegen die Frauen zu verteidigen haben und mit allen Mitteln verteidigen. Die feministische Klassenanalyse geht von diesem gesellschaftlichen Standort der ausgebeuteten Frauen aus.
Was von diesem Standort sofort sichtbar ist, bleibt vom Standort der Männer unsichtbar. Engels hat unfreiwillig einen Katalog der Gewalt- und Ausbeutungsformen geliefert, die in (seiner Ansicht nach) "klassenlosen Gesellschaften" vorkommen: Frauenraub und - tausch ("bloße Methoden, sich Frauen zu verschaffen"), sexuelle Monopolrechte von Männern über Frauen, "Rechte der Männer auf gelegentliche Untreue, grausame Strafen auf Untreue der Frauen", "Belastung der Weiber mit übermäßiger Arbeit", Eigentum des Mannes an den Produktionsmitteln ("Brauch der damaligen Gesellschaft") sowie Ausschluß der Frauen von Stammeseigentum und Mitsprache in Stammesangelegenheiten (2). All das gilt den MarxistInnen bis heute als zwar moralisch verwerflich, aber nicht als klassenspaltend. Vergewaltiger und Vergewaltigte, Ausbeuter und Ausgebeutete sitzen demnach im gleichen proletarischen Boot! Moral ist keine ausreichende Grundlage für einen revolutionären Befreiungskampf.
Mit dem Aufschwung der neuen Frauenbewegung, und weil sie auf die Frauen als Aktivistinnenbasis angewiesen sind, haben sich einige marxistische Gruppen vordergründig angepaßt, ohne ihre Klassenanalyse und Politik zu ändern. In diesem Punkt können wir Eure Kritik voll unterschreiben: *"und es ist auch trügerisch zu glauben, daß die linke hier dadurch revolutionär wird, daß nun 'feministische ansätze' verbal in den verschiedenen linken zusammenhängen präsent sind."*
Indem die unverändert marxistische Propaganda vom Proletariat als unterste Klasse durch Begriffe wie "Patriarchat" oder "antipatriarchaler Kämpf" ergänzt wird, ändert sich tatsächlich nichts, selbst bei zusätzlicher entglasung eines Sexladens alle paar Monate. Vielmehr entstehen Scheinharmonien und scheinbare Einverständnisse zwischen Marxismus und Feminismus. Diese blockieren die Herausbildung eigenständiger, marxistischer *oder* feministischer Identitäten und somit den Radikalisierungprozeß insgesamt.
Wenn - wie MarxistInnen behaupten - zwischen ausgebeuteten Frauen und Männern keine Klassenspaltung besteht, dann wäre autonome Bewegung und Organisierung von Frauen eine willkürliche Spaltung des objektiv einheitlichen revolutionären Subjekts. Das heißt: Autonomer Feminismus wäre kontrarevolutionär. Wenn wir auch die marxistische Klassenanalyse und diese ihre Konsequenzen ablehnen, so schätzen wir doch Eure Haltung: Ihr sprecht die unsägliche Konsequenz marxistischer Klassenanalyse fast offen
aus.

Frauenkampf - und Feminismus - die politische Identität

Überall auf der Welt leisten Frauen Widerstand gegen charakteristische

Merkmale weiblicher Existenz im Patriarchat: Armut und Elend, Obdachlosigkeit. Überausbeutung der Arbeitskraft, Zwangseingriffe in die Fruchtbarkeit, Verstümmelung der Sexualität, Kommerzialisierung des Körpers, Männergewalt und Staatsgewalt. Sie befinden sich dabei nicht auf einer Vorstufe des proletarischen Kampfes, sondern auf dem extremen Gegenpol zu Kapital und Staat: ganz unten, Feministischer Kampf ist Klassenkampf von ganz unten gegen das gesamte System.

Frauen kämpfen in Afrika gegen die Folter von Clitorisbeschneidung und Infibulation, in Indien gegen Brautmorde und Witwenverbrennungen, überall auf der Welt gegen Mißhandlungen, Vergewaltigung und Inzest, gegen die Zerstörung der Felder durch Agrogifte, gegen Betriebsschließungen, gegen Preiserhöhungen usw. Überall auf der Welt richten sich Frauenkämpfe gegen Kapital und Staat als oberste Organisatoren des Systems wie auch gegen die Zwischenklassen der Kleinbürgermänner, der Proletariermänner und der teilweise "hausfrauisierten" Männer in ihrer *ausbeutenden* Funktion. Überall auf der Welt solidarischeren sich Frauen in ihren Kämpfen mit den Befreiungskämpfen der Männer in ihrer ausg*ebeuteten Funktion.*

"Frau-Sein ist kein Programm", hat Ingrid Strobl einmal geschrieben. "Frauenkampf" ist auch keins, fügen wir bei. Solange wir uns allein aus individueller oder Szenen-Herkunft ("von uns ausgehend"), partiellen Forderungen und nicht näher bestimmtem Revolutionsziel definieren, können all unsere Kämpfe durch klassenfremde Interessen instrumentalisiert werden. Frauenbefreiung wird dann illusorisch. **Als Frauen, die für eine umfassende Befreiung kämpfen, brauchen wir ein kollektives Bewußtsein über das gesellschaftliche Wohin und Wie unseres Kampfes, Wir müssen:**

-- von ganz unten bis ganz oben durchschauen wie das System konstruiert ist und wie verschiedenen Ebenen zusammenspielen,

-- die Aufgaben und den Charakter der zu erobernden Macht bestimmen, so daß Befreiung *bis ganz unten* möglich wird,

-- aus eigenen und fremden Kämpfen Schlüsse ziehen und die so entstehende, revolutionäre Theorie als Leitfaden für die Weiterentwicklung der Kämpfe nutzen.

Da und dort haben kämpfende Frauen diese revolutionäre Theorie und Praxis von ganz unten "Feminismus" genannt. Wie immer sie genannt wird, das Zusammenkommen der Kämpfe und die fortlaufende Systematisierung der Erfahrungen zum immer neu überprüften Leitfaden steckt noch weit in den Anfängen. Feminismus ist deshalb noch lange keine inhaltlich präzis definierte, internationale und internationalistische Bewegung. Das hat verschiedene Gründe. Erstens ist es naheliegend, daß die historisch am tiefsten verwurzelten Ausbeutungsverhältnisse die längste Ausgrabungszeit erfordern. 2. kann es in den Anfängen des bewußten Kampfes noch nicht klar sein, in welchen Formen und mit welchen Mitteln Ethnozentrismus und Rassismus zwischen ausgebeuteten Frauen verschiedener Hautfarbe, Herkunft (Trikont/Metropole), Geschlechterorientierung (Lesbe/Hetera) usw. aufzuheben sind. Die feministische Methode - autonome Identität und Aktionsbündnisse - beginnt sich hier erst abzuzeichnen. 3. ist die Theoriearbeit wegen der extremen Ausbeutung der untersten Klasse auf Ausnahmefrauen angewiesen: Frauen, die ihre Last an entfremdeter Arbeit in etwa auf das von Proletariermännern geleistete Maß reduzieren können. Es ist ein weiteres, zu bearbeitendes Problem, daß diese Ausnahmen in der Metropole häufiger sind als im Trikont.

Wie jeder revolutionäre Kampf muß der feministische in offenen und verdeckten oder ausschließlich verdeckten Formen geführt werden, je nach Situation. Aber revolutionär-feministischer Kampf muß sich gegen zwei Klassen und ihre Repression decken: Frauen müssen sich unter Umständen unter dem Vorwand traditionell weiblicher Arbeiten zu Sitzungen treffen, sie müssen in ihren Frauenorganisationen Alibimänner mitorganisieren und vieles andere mehr, um von den Männern ihrer Familie nicht als ihrer Klasse bewußte Frauen, das heißt Feministinnen erkannt zu werden: das kann lebensgefährlich sein.

Wo immer ein Befreiungskampf Formen und Begriffe annimmt, macht sich die Instrumentalisierung des Kampfes für klassenfremde Interessen an diesen Formen und Begriffen fest. So wie es einen reformistischen "Sozialismus" und einen revisionistischen "Kommunismus' gibt, so gibt es einen reformistischen "Feminismus" und einen marxistisch-leninistischen "Frauenkampf". Das (unvermeidliche) Anfügen von klärenden Eigenschaftswörtern verhindert nicht den neuerlichen Mißbrauch. Denn die Ursache liegt in den Kräfteverhältnissen.

Proletarische Macht und feministische Macht

Die Eroberung der proletarischen Macht erlaubt die Beseitigung der Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse von der Zwischenklasse der Proletariermänner an aufwärts. Die Eroberung der feministischen Macht erlaubt die Beseitigung der Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse von der untersten Klasse an aufwärts. Kurz: *alle.*

"bei der feststellung, daß nirgends eine revolution die befreiung der frau gebracht hat, stellt sich sofort die frage. für wen hat sie sie gebracht."

Das ist nicht unsere Frage. Sondern: Erlaubt der Charakter der eroberten Macht, in einem zweifellos längerdauernden Prozeß *sämtliche* Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse zu beseitigen? Die proletarische Macht kann auf Grund ihres Geschlechtscharakters nicht mehr als frauenfreundliche Reformen zugestehen bis die (auch in der proletarischen Revolution unverzichtbare) Mobilisierung der Frauen gebrochen ist, die objektiv in diesem Moment zur weitergehenden, feministischen Macht tendieren muß. Die proletarische Macht kann nicht anders, als in diesem Moment die Reformen zurückzunehmen: Es liegt nicht im objektiven Interesse des Proletariermannes, 50% statt wie bisher 33% der gesellschaftlichen Arbeit zu leisten und dafür 50% statt wie bisher 90% der direkten oder indirekten Lohneinkommen zu beziehen. Da geht's nicht mehr um die schönen und tiefen Beziehungen, sondern um knallharte, materielle Interessen. An diesen Akten der Blockierung des Befreiungsprozesses - Reform und Rücknahme der Reform - kann die proletarische Macht nicht anders als zu Grunde gehen. Dies schafft die Voraussetzungen, in denen eine neue Ausbeuterklasse über Frauen *und* Männer die Macht erobern kann. In der bisherigen Geschichte war das eine Bürokratie, die auf Einheitspartei, staatlichem Repressionsapparat und staatlichem Monopol über die materiellen Reproduktionsmittel und über die Fruchtbarkeit beruht. Die Bürokratie tendiert dazu, das *kapitalistische* Patriarchat wiederherzustellen.

Um mit einem bekannten, wenn auch patriarchal motivierten Bild zu sprechen: Es ist realistisch, ein Ei an die Sonne zu legen und zu sagen: Es wird möglicherweise lange dauern, aber schlußendlich kann ein Küken ausschlüpfen. (Echt? die verblüffte S'in. Mao lesen [Ausgewählte Werke, Bd. I, 369], sagen die Hg.). Eine revolutionäre Politik wird nicht dadurch falsch, daß es lange dauert. **Die Eroberung der proletarischen Macht als Weg zur Befreiung der Frau zu propagieren bedeutet einen Stein an die Sonne zu legen und das Ausschlüpfen eines Kükens anzukündigen. Revolutionärer Feminismus setzt die Eroberung der feministischen Macht als Ziel. Das kann zwar auch lange dauern -**

aber immerhin ist es ein Ei und nicht Stein in der Sonne.
Aber warum denn heute schon so weit denken? mögen nicht wenige sagen. (*Ihr* in Bezug auf Euren Kampf nicht, das wissen wir gewiß). Warum nicht zuerst Männer und Frauen gemeinsam für die proletarische Revolution und in der Etappe danach irgendein unbekanntes Subjekt für die feministische? Das Patriarchat hat sich von der einfachen Klassenspaltung zwischen den Geschlechtern als historisch erster Klassenspaltung in mehreren Tausend Jahren und über viele verschiedene Formen zu seiner hochkomplexen kapitalistischen Form entwikkelt. **Im kapitalistischen Patriarchat** treffen Gewalt und Ausbeutung in reduzierter Form auch die große Masse der Männer. Diese Langzeitfolgen des patriarchalen Unterwerfungsaktes können die Proletariermänner nicht mehr allein zerschlagen. Darum kommen ihnen plötzlich die Frauen in den Sinn. Darin liegt für uns Frauen nicht nur die Gefahr der Unterwerfung unter *männerorientierte*, revolutionäre Führungen, sondern auch **eine historische Chance, zugleich den ursprünglichen patriarchalen Unterwerfungsakt aufzuheben. Möglich ist dies nur mit autonom-feministischer, revolutionärer Führung.**

Die Notwendigkeit feministischer Autonomie

Revolutionär-feministischer Kampf muß in jedem Moment fähig sein, den revolutionären Prozeß auch bei reaktionär-motivierten Rückziehern des revolutionär-proletarisch oder -kleinbürgerlichen Kampfes weiterzutreiben. Revolutionär-feministischer Kampf muß aus diesem und keinem anderem Grund autonom sein, das heißt unabhängig gegen Staat und Zwischenklassen. Der Gradmesser feministischer Autonomie ist der jeweils erreichte Stand dieser notwendigen Fähigkeit. Die formal-organisatorischen Mittel sind wichtige, aber weder einzige noch ausreichende Mittel, um die reale Autonomie herauszubilden.
Ein Beispiel: Vor der Revolution der Nationalen Befreiung von 1979 in **Nicaragua** war die Frauenorganisation AMPRONAC formell autonom, theoretisierte ihre Autonomie aber nicht als politische Notwendigkeit. Während der Revolution unterstellte sie sich im Glauben an ein geschlechtsneutrales "Allgemeininteresse" der Führung der Frente Sandinista. Sie organisierte die Massenbasis der Revolution, garantierte Versorgung, Unterschlupf, Meldedienste, Pflege der Verwundeten und ähnliches. Ein Teil der Frauen kämpfte bewaffnet in der geschlechtlich-gemischten Guerilla. Als dann nach der Revolution die Frauen vom Waffendienst in den sandinistischen Streitkräften ausgeschlossen wurden, protestierten Guerillas gegen die Verweigerung des elementaren Rechts, bewaffnet für die Befreiung zu kämpfen.
Der Frente hatte unter dem Deckmantel eines dringlichen und angeblich geschlechtsneutralen "Allgemeininteresses" die Männermacht stabilisiert. Das weitere ergab sich dann von selbst. Der Frente stoppte die Land- und Betriebsbesetzungen und garantiere das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln. Mit der Agrarreform - Kernstück der Revolution - schaffte er eine neue Zwischenklasse von Landeigentümern und Familienoberhäuptern. Ganz folgerichtig gingen 92% der Landtitel der Agrarreform an Männer, 8% an die Frauen. Ebenso folgerichtig konnte das sandinistische Alimentengesetz die Schwängerer nicht zu Versorgungsleistungen an kleine Kinder zwingen, garantierte ihnen aber den Zugriff auf eheliche und uneheliche Kinder im arbeitsfähigen Alter (mehrwertproduzierende Arbeitskräfte!). Ebenso folgerichtig war die Opposition gegen die Lockerung des somozistischen Abtreibungsgesetzes, das dem Schwängerer ein Veto-Recht erteilt, auch in den sandinistischen Reihen enorm.
Die wichtigsten ausbeutbaren Arbeitskräfte der sandinistischen Agrarreform blieben die Frauen: ohne Eigentum an Produktionsmitteln und ausgeschlossen von der Mitgliedschaft aus den Kooperativen. Frauen hatten weiterhin 18 Stunden pro Tag zu arbeiten, Männer neun. Illegale Abtreibung war weiterhin die häufigste Todesursache von Frauen im gebährfähigen Alter. Die frisch bestätigten Familienoberhäupter beanspruchten gegen alle aufklärerische Propaganda ihr Eigentumsrecht, "ihre" Frauen zu schlagen und zu vergewaltigen.
Wir betonen nochmals: Es geht uns nicht darum, Befreiungsleistungen zu zählen wie Erbsen. Eine Revolution der Nationalen Befreiung ist keine Beseitigung des Kapitalismus und ein Trikontland ist kein reiches Land. **Mit dem Beispiel Nicaragua wollen wir deutlich machen, daß die separate Organisierung der Frauen nicht genügt, um die Stabilisierung der Männermacht zu verhindern. Entscheidend ist die feministische Autonomie.** Die Mehrfachbelastung der Frauen, die Verfügung über Fruchtbarkeit und Kinder und die Männergewalt anzugreifen hätten bedeutet, das weiterbestehende, kapitalistische Patriarchat im Landesinnern an der Wurzel anzugreifen. Autonomer Feminismus hätte zwangsläufig eine Alternative darstellen müssen zum sandinistischen Projekt der Aussöhnung der Zwischenklassen mit dem privaten oder genossenschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und dem kapitalistischen Markt.
Feministische Autonomie beruht auf der Erfahrung und dem Bewußtsein, daß es in einer patriarchalen Gesellschaft nichts geschlechtsneutrales gibt. **Jede noch so geschlechtsneutral erscheinende Kategorie von Gewalt und Ausbeutung nimmt gegen Frauen die volle Form an, gegen Männer eine reduzierte. Darüber hinaus gibt es Kategorien, die fast oder ganz ausschließlich Frauen treffen: Ausbeutung von Sexualität und Fruchtbarkeit. Die nicht-vollzähligen und reduzierten Formen lassen sich nur von den vollzähligen und vollen Formen her mit der Wurzel vernichten.** Die geschlechtlich-gemischte, das heißt männer-orientierte Bewegung geht umgekehrt vor: Sie richtet den Kampf gegen die reduzierte Form und ergänzt bisweilen verbal, was bis zur vollen Form fehlt. Das ergänzte nennt sie "Frauenfrage".
Enteignung von den Subsistenzgrundlagen, Hunger, Vertreibung und Obdachlosigkeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, (Erwerbs-)Arbeitslosigkeit, Folter usw. haben allesamt eine volle weibliche und eine reduzierte männliche Form. Am Beispiel der Aufstandsbekämpfung möchten wir kurz den Blick auf eine volle Form lenken. Sie setzt gegen Frauen auf extrem tiefer Stufe des Widerstands ein: individueller Eigensinn kann genügen. Frauen können körperlichen Strafen bis zur Todesstrafe unterworfen werden, wenn sie sich "frei" in privaten und öffentlichen Räumen bewegen, in denen gleichzeitig Männer sind. Als AgentInnen der Aufstandsbekämpfung treten nicht nur die staatlichen auf, sondern auch Einzelmänner, Männerbanden und die Psychiatrie (Frauen werden bekanntlich wegen geringstfügigen "Abweichungen" von der Norm psychiatrisiert). Gegen widerstand-leistende Frauen darf jeder Mann als knüppelnder Polizist auftreten, nicht allein Faschobanden und die eigentliche Polizei, usw.
Die Einbindung des Frauenkampfes in ein angebliches "Allgemeininteresse" hat deshalb immer eine doppelt negative Wirkung:
-- Der Frauenkampf wird auf sogenannte "Frauenfragen" reduziert (Sex, Kinder haben, Internationale Frauentage und so).
-- Das Befreiungsziel wird auf diejenigen Ausbeutungsformen reduziert, die auch Männer treffen. Ausgebeutete Frauen müssen für ihre Befreiung den zentralen Repressions- und Ideologieapparat (Staat) zerschlagen, d[illegible] Privateigentum an den materiellen Produktions-

mitteln aufheben, den dezentralen Repressions- und Ideologieapparat (Machos und Männerbanden) zerschlagen, das Privateigentum von Männern an Frauen und Kindern aufheben und sich selbst aus der Stellung des Menschen-Produktionsmittels und Sexualobjektes befreien. Ausgebeutete Männer müssen für ihre Befreiung "nur" den Staat zerschlagen und das Privateigentum an den materiellen Produktionsmitteln aufheben.

Kritische Solidarität mit Revolutionen der nationalen Befreiung

Bezüglich der nationalen und/oder antikapitalistischen Befreiungsbewegungen und bezüglich national und/oder vom Kapitalismus befreiten Länder sind internationalistische Feministinnen in den Metropolen solidarisch mit den Klassen ganz unten und ihrem nationalen wie auch gegen das kapitalistische Patriarchat gerichtete Befreiungsinteresse: den Frauen. Frauen aus diesen Ländern haben in den letzten 10 Jahren ihre Kritik an diesen nachwievor
patriarchalen Bewegungen und Systemen zum Ausdruck gebracht. Als Feministinnen würden wir aber auch dann Stellung nehmen, wenn die patriarchale Gewalt und Ausbeutung in nichts als sprachlosem Elend ausdrückte: Wir teilen nicht die Ideologie der Herrschenden, wonach die der Sprache beraubten glücklich wären.
"wir kennen die Kritik vieler Frauen an den Befreiungsbewegungen und national befreiten Ländern im Süden, weil in ihnen die Unterdrückung der Frau nicht oder ihren eigenen Vorstellungen entsprechend beseitigt wird," schreibt ihr.
Im Sommer 1980 fand in Den Haag ein workshop statt. Die dortigen, kritischen Situationsbeschreibungen durch Frauen aus Vietnam, Kuba, Nicaragua, Zimbabwe, China, Jugoslawien sowie Indien und Südafrika wurden durch internationalistische Feministinnen auch in der Metropole aufgenommen und haben viele Diskussionen ausgelöst. Die gemischte Linke, einschließlich marxistisch-leninistische Gruppen, haben diese Frauen aus Afrika, Asien Süd- und Mittelamerika in aller Regel totgeschwiegen oder als ausländisch-gesteuerte Marionetten diffamiert (3).
"Täglich sehen wir, daß die Lebenspraxis der Frauen dieses Volkes eine Reihe von Glaubensvorstellungen widerlegt, welche die patriarchale Ideologie uns aufgezwungen hat", schreibt die nicaraguanische Feministin Aida Redondo nach ausgedehnten Gesprächen mit Marktfrauen von Managua. Als eine dieser Glaubensvorstellungen nennt sie jene, "daß der Feminismus eine charakterisch-ausländische Bewegung sei... Wenn jene Frauen Feministinnen sind, welche die patriarchale Ausbeutung und Unterdrückung durchschauen, dann ist die Mehrheit der Marktfrauen und der Frauen des nicaraguanischen Volkes Feministinnen." Tatsächlich drückt sich in den Zitaten der Marktfrauen der Klassenhaß gegen beide Bosse aus: den kapitalistischen und den proletarischen (4). Beide machen das "Gefängnis" aus, wie Ihr es nennt. Nichts weniger als das kann im Interesse der Frauen im Trikont liegen, und in nichts weniger als diesem sind wir solidarisch mit ihnen.

Antipatriarchaler Kampf (der Männer) und feministischer Kampf (der Frauen)

Aus jeder ausbeutenden Klasse können einzelne individuell austreten. So können auch einzelne Mitglieder der Zwischenklassen Proletarier, Kleinbürger - erste Schritte Richtung Verzicht auf Gewalt und Ausbeutung gegen Frauen machen. Aber niemals wird sich eine ganze Klasse durch Einzelaustritte aus ihrer ausbeutenden Rolle löse.
"die männer in der RAF wären nicht da, wenn sie die gesellschaftlichen und ihre eigenen patriarchalen strukturen nicht als deformierungen ihres eigenen menschseins, als ihre eigene zerstörung erkannt und damit gebrochen hätten", schreibt Ihr als Entgegnung auf einen Satz im 8. März-Flugi der Frauendemo, daß "Männer niemals ihre Privilegien freiwillig aufgeben". Zweifellos können Mitglieder ausbeutender Klassen aus revolutionärer Überzeugung oder aus anderen Motiven individuell aus ihrer Klasse austreten (die Hoffnung eines jeden Autonomen... d. s'erinnen). Ein Fabrikherr kann seine Fabrik den ArbeiterInnen verschenken und selbst Arbeiter werden. Ein Proletariermann kann anfangen, auf die brutalsten Formen der Gewalt und Ausbeutung gegen Frauen zu verzichten und für die subtileren Formen ansatzweise ein Bewußtsein zu entwickeln. Doch was ändert der Austritt des einzelnen Fabrikherrn an der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Bourgeoisie als Klasse, die eben nicht freiwillig austritt? Was ändern die tastenden Schritte des einzelnen Proletariermannes (tapps, tapps, d. s'in) hinaus aus mehrtausendjähriger Geschlechterspaltung an der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Massen der Vergewaltiger und Machos als Klasse, die eben nicht freiwillig austritt? Die Illusion, daß sich irgend eine Klasse durch freiwilligen Austritt ihrer Mitglieder auflösen könnte, entspricht einem längst überwundenen, utopischen Sozialismus.
Wenn Ihr über die Menschlichkeit der Beziehungen in der RAF schreibt, geht das am Feminismus vorbei: Er zielt nicht auf die Umwälzung des gemischten revolutionären Widerstands, sondern des Systems insgesamt.
Zweifellos können sich Proletariermänner in Männergruppen, um ihre tastenden Schritte gemeinsam zu tun und einen anti-patriarchalen Kampf (den Kampf vom Männer-Standort) zu entwickeln versuchen. Sie müssen es sogar. Die historische Chance besteht darin, daß sich im Sturz des *kapitalistischen* Patriarchats nicht mehr einfach Frauen und Männer, 50% und 50% der Gesellschaft gegenüberstehen brauchen. Ob die Chance genutzt wird, ob Teile der Zwischenklassen (Proletariat und Kleinbürgertum) in einen anti-patriarchalen Kampf gezogen und andere neutralisiert werden können, hängt ganz und gar von der autonomen Kraft eines revolutionären Feminismus ab. Diese Kraft beruht absolut nicht auf verbaler Emanzipationshilfe, aber ganz und gar auf dem bewaffneten Kampf gegen Kapital, Staat *und* resistenten patriarchalen Teilen der Zwischenklassen. Das fortgeschrittenste, uns bekannte Beispiel in dieser Richtung sind die bewaffneten Gruppen schwarzer Frauen in Südafrika, die Vergewaltiger liquidieren.
Revolutionärer Feminismus ist die Methode, restlos alle Klassenspaltungen in der Gesellschaft zu beseitigen. Dies muß ansatzweise bereits im Verlauf des revolutionären Prozesses gelingen, um die für den Erfolg unerläßliche Zentralisierung der Kräfte zu erreichen. Die feministische Zentralisierung auf Grund von Autonomie und Aktionsbündnissen wird sich gegen die leninistische der Unterordnung unter Männerinteressen durchsetzen müssen.

'radikaler bruch' und befreite Beziehungen

Ihr benennt die Voraussetzung befreiter, menschlicher Beziehungen klar und deutlich: "der radikale bruch mit dem systemalltag". Aus Eurem Mund heißt das: Bewaffneter Kampf mit all seinen Konsequenzen. Abseits vom radikalen Bruch, abseits vom kontinuierlichen und bewußt vorantreibenden Kampf (dessen technologische Mittel wir heute in der Schweiz tiefer ansetzen müssen als Ihr in der BRD), gibt es nichts als den öden Kreislauf links-alternativer Reproduktion der Arbeitskraft.
Das leuchtet sofort ein, daß auf der

Grundlage des radikalen Bruchs (in Eurem und keinem andern Sinn!) "die elende trennung ... des lebens von der politik und diskussion ... aufgehoben wird.", daß dann Politik zu etwas anderem wird als "ansichtssachen und hier und da mal eine initiative", daß dann "befreiung in den beziehungen der menschen ... materiell wird". Der gemeinsame radikale Bruch und die sich dann erschließende revolutionäre Politik bedeutet ohne Zweifel die tiefste aller Beziehungen.
Und doch fällt auf, wie leicht diese Eure Sätze für die Verklärung von linksalternativer Politik und Szeneleben ganz ohne radikalen Bruch verwendbar sind. Ob es an der Häufung von Ausdrücken wie "Mensch", "Menschlichkeit", "Selbstbewußtsein" usw. liegt, die so sehr das freischwebende Philosophieren anregen? Werden diese Eure Sätze abseits vom radikalen Bruch verwendet, so sind sie reformistisch, sexistisch und rassistisch zugleich: Sie verschleiern sämtliche Klassenspaltungen und reduzieren das Klassenbewußtsein auf das ärmliche "Selbstbewußtsein". Aus Eurem Munde, das heißt glaubwürdig bezogen auf revolutionär kämpfende Zusammenhänge, haben sie eine andere Bedeutung. Aber auch an dieser haben wir unsere Zweifel: Wir glauben nicht daran, daß die Wunden, die Narben und die Deformation aus so viel Tausend Jahren Patriarchat so schnell verheilen.
Für Euren radikalen Bruch, für Eure Kämpfe, für Euer Dran-Bleiben am Kampf, für Entschiedenheit in allen Konsequenzen haben wir für Euch die tiefste und leidenschaftlichste Solidarität.
(kommt uns'n bißchen wie Bewunderung vor!? d. s'in)

20.6.1990

Anmerkungen:
(1) Zu den Zwischenklassen gehört auch jene Kleinbürgermänner. Sie beuten nicht bloß die eigene Arbeitskraft aus, wie Marx behauptete, sondern in der Regel jene von Ehefrau und Kindern.
(2) Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates sowie Anti-Dühring. In Klammern jeweils die Kommentare von Engels.
(4) Die Länderberichte hat Maria Mies protokolliert: siehe "Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis" 8/1983
(5) Aida Redende Lubo, las vendedoras de los mercados, Managua, 1987

Anm. d. Hg.:
Wir haben die im Original unterstrichenen Passagen fett gesetzt; die innerhalb der unterstrichenen Passagen im Original fett gesetzten Stellen haben wir hier *kursiv* hervorgehoben.

Hi ihr lieben Schweizerinnen,

wir haben uns riesig gefreut, als wir euer Papier in die Hände bekommen haben. Die linksradikale, feministische Szene tut sich schwer, Ziel, Inhalt und Methoden ihres Kampfes unter sich in die Diskussion zu bringen. Immer, wenn ein Text in der Richtung auftaucht, freuen wir und unsere Freundinnen uns doof und dusselig.
Zuerst gehen wir auf euren Text ein. Gleichzeitig beziehen wir uns dabei in Gedanken selbstkritisch auf unseren Text aus der [*radikal* Nr., Anm. d. Hg.] 140. Kritik und Selbstkritik gehen fast immer Hand in Hand.
Ob's so schlimm war, werdet ihr im folgenden an unseren hoffentlich geistreichen Anmerkungen feststellen können...
Anschließend machen wir einen kleinen Ausflug, welche Richtung wir inhaltlich und praktisch gut fänden weiterzuverfolgen.
Ihr setzt euch mit zwei Frauen aus der Raf und dem antiimperialistischen Widerstand auseinander. Ihr sagt zu Beginn eure Schwierigkeiten, die ihr hattet, die Diskussion überhaupt anzuleiern.
[...]
Genug - ihr habt ja trotz dieser Aufzählung euch entschieden, eure Herangehensweise und Kritik darzustellen, und das finden wir gut.
Eure inhaltliche Analyse hat uns über große Teile hervorragend gefallen.
Die Einführung des Begriffs "Zwischenklassen" hat bei uns allerdings zu einigen
Heiterkeitsanfällen geführt. Das liegt hauptsächlich daran, daß wir an unsere werten Genossen denken mußten, die immer so ernsthaft über der neuesten "Klassenzusammensetzung" brüten. Die sich viel Mühe geben, neben der "Klasse" nicht die "Frauen" zu vergessen, und die nun mit diesem Begriff sehr eindeutig ihren Platz zugewiesen bekommen.
Gleichzeitig sind wir hier am Knackpunkt angekommen.
Einerseits fanden wir den Text unter dem Aspekt der Patriarchatsanalyse gut, aber er unterschlägt - wie unser Text der 140 auch - die Diskussionen, die unter Frauen schon länger zu Rassismus laufen.
Wie ihr richtig feststellt gibt es nichts, was geschlechtsneutral ist. Ebenso klar ist auch, daß es nichts gibt, was nicht von der Hautfarbe abhängt bzw. der Herkunft.
Ein linksradikaler Frauenkampf, der sich Internationalismus auf die Fahnen schreibt, kann nicht in der Form, wie ihr oder wie wir dies tun, die Unterdrückung durch Rassismus, die Geschichte von Kolonialismus und Imperialismus am Rande abhandeln.
Geschieht das, läuft es zwangsläufig auf eine Vereinnahmung von anderen Kämpfen hinaus. Andere Kämpfe werden ausschließlich aus der Perspektive der eigenen (weißen) Geschichte und daraus entwickelten Kriterien betrachtet und mit diesen dann bewertet.
Ihr sprecht über Solidarität mit Frauen der trikontinentalen Länder, redet über ihre Kämpfe...doch wie können wir sie einschätzen, ohne sie wieder einzuverleiben und in unsere Herangehensweise zu pressen?
"*Was empfinden schwarze Frauen gegenüber der Frauenbewegung? Mißtrauen. Sie ist weiß, daher suspekt. Trotz der Tatsache, daß Befreiungsbewegungen in der schwarzen Welt Katalysatoren für den weißen Feminismus waren, haben zu viele Bewegungen und bewußt begonnen, Schwarze einzubeziehen, mit dem Ergebnis, sie einzuwickeln. Sie wollen nicht schon wieder benutzt werden, jemandem zu helfen, Macht zu gewinnen - eine Macht, die ihnen gezielt vorenthalten wird... Schwarze Frauen sind verschieden von weißen Frauen, weil sie sich selbst anders sehen, anders gesehen werden und ein anderes Leben geführt haben.*" Toni Morrison, 1971 (!), Beiträge 27, S. 27
Auf Seite 8 [in dieser Broschüre: S. 67 Anm. d. Hg.] schreibt ihr von der Ausgrabungszeit, das sehen wir ähnlich. Aber gegraben wird nun wahrlich schon eine ganze Weile. Daß weiße Frauen jetzt mit der Nase auf die Rassismus-Ausandersetzung gestoßen werden und nicht schon weitaus früher "von selber" drauf gekommen sind, macht deutlich, daß dahinter Machtverhältnisse stecken. Wo "wir" unsere Rolle nicht reflektiert haben.
"*Als Gruppe befinden sich schwarze Frauen in einer ungewöhnlichen Position in dieser Gesellschaft, denn wir ... sind am schärfsten von sexistischer, rassistischer und klassistischer Unterdrükkung betroffen. Gleichzeitig sind wir die Gruppe, die nicht dahingehend sozialisiert wurde, die Rolle des Ausbeuters/Unterdrückers anzunehmen: Uns wird kein institutionalisierter 'Anderer' überlassen, den oder die wir unterdrükken könnten... Weiße Frauen und schwarze Männer haben beide Möglichkeiten. Sie können als Unterdrücker oder als Unterdrückte handeln. Schwarze Männer mögen Opfer von Rassismus sein, aber Sexismus erlaubt es ihnen, als Ausbeuter und Unterdrücker von Frauen zu handeln. Weiße Frauen mögen Opfer von Sexismus sein, aber Rassismus verleiht ihnen die Fähigkeit, als Ausbeuter*

und Unterdrücker von Schwarzen Menschen zu handeln. Beide Gruppen haben Befreiungsbewegungen geleitet, die ihre Interesssen favorisierten und die anhaltende Unterdrückung anderer Gruppen unterstützen." Bell Hooks, 1984, Beiträge Nr. 27, S. 47.

Da kommt das Modell der "Zwischenklassen" ins Schwimmen. Es kommt immer auf den Standpunkt an, von dem aus Unterdrückung definiert und von daher die "Plätze zugewiesen" werden.

"Zwischenklassen" könnten wir die Klasse der proletarischen und kleinbürgerlichen Männer in Bezug auf das internationale Patriarchat nennen, das zwar verschieden ausgeprägt ist, aber als Grundlage die Unterdrückung und Ausbeutmg von Frauen hat.

Dann müssen wir unter den "Zwischenklassen" nochmal differenzieren. Wie bezeichnen wir weiße Frauen als Gruppe in ihrer Stellung gegenüber schwarzen Frauen?

Weiße Frauen sind gegenüber schwarzen Männern privilegiert. Obwohl die Frauen von Männergewalt bedroht sind, werden rassistische Männerhorden auf der Straße als erstes "Ausländer klatschen". Auch, wenn diese Männerhorden die größten Frauenfeinde sind, möchten wir diesen Unterschied festhalten.

Dabei geht es nicht um die Frage: Welcher geht es besser, welchen geht's schlechter (weißen Frauen oder schwarzen Männern)? Daß schwarze Männer, die hier leben, auch weiße Frauen anmachen, unterdrücken, sich über sie stellen, ist klar. Und die versuchen auch, das Rassismus-Argument gegen uns zu drehen: Vielen Frauen ist es schon passiert, daß ihnen der Mann, der sie in der U-Bahn anmachte, vorgeworfen hat: sie würde sich aus Rassismus wehren. ("Das machst du nur, weil ich Türke bin!" - "Du bist rassistisch, bei deutschen Männern würdest du dich nicht so anstellen!). Klar ist, daß uns das nicht im Geringsten ein schlechtes Gewissen macht. Solche Situationen sind eindeutig sexistisch und dementsprechend verteidigen wir uns dann auch.

Uns geht es dabei um das Problem der Definitionsmacht. Wer hat das Recht zu definieren, wer wie stark unterdrückt wird, wer legt Rollen im revolutionären Prozeß fest usw.

Z.B. der Spruch: "Alle Menschen sind Ausländer - fast überall!" trifft den Kern der Sache. Der Spruch will eine "tolerante" Haltung gegenüber AusländerInnen fördern und erinnert daran, daß jede von uns in anderen Ländern auch nicht heimisch ist. Der Spruch unterschlägt aber, daß die Definition "Ausländer" seine volle Bedeutung im rassistischen Zusammenhang bekommt. Der Begriff hat Menschen aus einem westeuropäischen Land gegenüber eine andere Färbung als bei Menschen aus einem trikontinentalem Land oder aus Osteuropa.

Es existiert eine rassistische Wertehierarchie, die sich aus Geschichte (Kolonialismus/Faschismus) und der aktuellen weltweiten Hierachie von kapitalistischen/imperialistischen Industriemächten und von ihnen abhängigen Ländern des Trikont ergibt und ableitet.

In diesem System definieren weiße Männer und auch Frauen, wer "Ausländer" ist.

Wenn eine von uns in ein Trikontland reist, ist sie dort weniger "Ausländerin", als vielmehr eine Weiße aus diesem oder jenem Land. Natürlich ist sie auch "Ausländerin", aber ob das Definitionsmacht besitzt, sie das also zu spüren bekommt, hängt vom Kräfteverhältnis ab. Aktuell zu sehen ist das bei Südafrika. Die Schwarzen können dort aufgrund ihrer organisierten Stärke den Weißen praktisch zeigen, daß sie fehl am Platz sind. Vorher konnten sie das sagen, aber Konsequenzen folgen in einem Machtkampf nur aufgrund von Siegen und auf Stärke von unten.

Auf uns bezogen heißt das: Wir müssen als weiße Frauen Rassismus gleichwertig zu sexistischer Unterdrückung und Patriarchat miteinbeziehen. Wir können anderen Unterdrückten nicht unsere Definitionsmacht, die wir als Weiße haben aufdrücken, wie weiße Männer dies uns gegenüber lange genug gemacht haben, wenn sie uns als "Nebenwiderspruch" abtaten oder unsere Autonomie als Spaltung in Frage stellten.

Wie wenig die Auseinandersetzung mit Rassismus entwickelt ist, merken wir an Sätzen wie : " *Ausgebeutete Frauen müssen für ihre Befreiung den zentralen Repressions- und Ideologieapparat (Staat) zerschlagen, das Privateigentum an den materiellen Produktionsmitteln aufheben, den dezentralen Repressions- und Ideologieapparat (Machos und Männerbanden) zerschlagen, das Privateigentum von Männern an Frauen und Kindern aufheben und sich selbst aus der Stellung des Menschenproduktionsmittels und Sexualobjekts befreien. Ausgebeutete Männer müssen für ihre Befreiung "nur" den Staat zerschlagen und Privateigentum an den materiellen Produktionsmitteln aufheben.*"

Der erste Abschnitt stimmt. Beim zweiten wird deutlich, daß ihr ausschließlich von weißen Männern redet. Die Erfahrung von schwarzen Männern geht über diese zwei von euch genannten Punkte hinaus.

Aus den Befreiungskämpfen schwarzer Menschen, wie in dem Zitat von Toni Morrison erwähnt, kommen eine Menge Erkenntnisse, wie Unterdrückung "nach innen" verlagert wird und so viel schwerer zu bekämpfen ist als ein konkret bestimmbarer, äußerer Machtapparat.

Fanon hat in den 50'ern viel darüber geschrieben:

"Ich wollte Mensch sein, nur Mensch. Manche verbanden mich mit meinen versklavten, gelynchten Vorfahren: Ich beschloß, diese Vergangenheit auf mich zu nehmen. Auf der universellen Ebene des Intellekts verstand ich diese innere Verwandtschaft - ich war ein Enkel von Sklaven...

In Amerika werden Neger abgesondert. In Südamerika peitscht man die streikenden Neger auf den Straßen aus und erschießt sie. In Westafrika ist der Neger ein Tier. Und hier, ganz in meiner Nähe, gleich nebenan sagt mir ein aus Algerien gebürtiger Kommilitone: 'Solange man den Araber zu einem Menschen erklärt wie wir, wird es keine gangbare Lösung geben.'

'Weißt du, mein Lieber, das Vorurteil der Hautfarbe, das kenne ich nicht... Aber was denn, treten Sie doch ein Monsieur, bei uns gibt es kein Vorurteil der Hautfarbe... Jawohl der Neger ist ein Mensch wie wir... nicht weil er schwarz ist, ist er weniger intelligent als wir... ich hatte einen senegalischen Kameraden beim Regiment. Er war sehr feinfühlig...'

....wo mich verkriechen?

'Martiniquaner aus 'unseren' ehemaligen Kolonien.'

'Schau den Neger da! ...Mama, ein Neger!...' - 'Still! Er wird böse werden... Achten Sie nicht darauf, Monsieur, er weiß nicht, daß Sie genauso zivilisiert sind wie wir...'

Mein Körper kam ausgewaltzt, zerteilt, geflickt zu mir zurück, ganz in Trauer an jenem weißen Wintertag. Der Neger ist ein Tier, der Neger ist schlecht, der Neger ist bösartig, der Neger ist häßlich; sieh mal, ein Neger, es ist kalt, der Neger zittert, weil er friert, der kleine Junge zittert, weil er glaubt, daß der Neger vor Wut zittert, weil er Angst vor dem Neger hat. Der Neger zittert vor Kälte, jener Kälte, die dir die Knochen verrenkt, der niedliche Kleine zittert, weil er glaubt, daß der Neger vor Wut zittert, der kleine weiße Knabe wirft sich in die Arme seiner Mutter: Mama, der Neger will mich fressen.

Ringsum der Weiße, oben reißt der Himmel den Nabel aus, die Erde knirscht unter meinen Füßen und ein weißes, weißes Lied. Das viele Weiß, das mich ausbrennt...

Wo mich nun verkriechen? Aus den unzähligen Zersplitterungen meines Seins

spüre ich das Blut in mir hochsteigen. Ich war im Begriff wütend zu werden. Seit langem war das Feuer erloschen, und abermals zittert der Neger...
'Schau nur, er ist schön der Neger...'
'Der schöne Neger scheißt auf Sie, Madame!'
....Endlich war ich befreit von meiner Grübelei. Und gleichzeitig wurde mir zweierlei klar: Ich identifzierte meine Feinde und erregte öffentliches Ärgernis. Überglücklich. Man würde sich amüsieren können!"
Fanon, "Schwarze Haut und weiße Masken"
Eigentlich hatten wir nicht vor, einen Text zu Rassismus zu schreiben. Haben wir auch immer noch nicht vor. Andere haben dazu schon viel umfassendere Texte geschrieben und viel genauer, als wir das in der Kürze der Zeit könnten.
Wir haben nur mitbekommen, daß häufig in autonomen Frauenzusammenhängen die Auseinandersetzungen über Rassismus sehr auf der subjektiven Ebene verlaufen - bin ich eine Rassistin, weil ich eben gesagt habe: "Ich hätte gerne einen Negerkuß."?
Das ist zwar eine wichtige Ebene, sich selber abzuklopfen, aber wir weigern uns, das zum nonplusultra der Diskussion zu machen. Wir halten das für die absolute Luxusposition, wenn nicht gleichzeitig die gesellschaftliche Ebene des Rassismus analysiert wird, wo er sich aus ... Weltmarkt... (*Der Satz war leider in dem uns vorliegenden Exemplar des Textes unleserlich. Anm. d. Hg.*)
Alleinstehend macht sie einmal mehr deutlich: Na, die Weißen haben jetzt in Zeiten des offensiven doitschen Machtzuwachses und nationalem Taumel nichts besseres zu tun, als wieder mal um ihren Nabel zu kreisen.
Im Ernst: Das wichtigste an unserer Kritik/Selbstkritik ist für uns folgendes:
In dem Moment, wo wir doch hoffentlich alle übereinstimmen, daß Feminismus den Anspruch hat, **alle** Unterdrückungen und Ausgrenzungen vom Tisch zu fegen, müßten sich alle aufgrund ihrer eigenen Denkweise, Analyse und dementsprechenden Praxis fragen, wie weit es damit her ist. Eigentlich ist es doch der Hohn - Alle wissen, mit EG 92 wird der Großraum Europa gegen trikontinentale Frauen und Männer abgeschottet, es wird abgeschoben und wird hier auf der Straße eine rassistische Gewalt materiell, die total brutal ist, gibt es die institutionelle Entsprechung in Form von Ausländerbullen, Sozialstrategen, die den ausländischen Jugendgangs auf den Straßen hinterherjagen, gibt es die rassistischen Richterschweine, die alles juristisch absegnen...
Und wir? Wo ist die Frauenbewegung, wenn eingewanderte Frauen und Männer angegriffen werden?
Wie stellen wir uns das vor, uns internationalistisch zu organisieren, wenn - aus was für Gründen auch immer - wir praktisch die Solidarität verweigern und oft genug allein lassen, weil wir nicht von uns aus die Bedingungen anderer in unsere Überlegungen miteinbeziehen. Sondern nur schauen, was passiert gegen uns, als feministische Frauen, als Teil der radikalen Linken etc.
Das steht in keinem Verhältnis, wie sich über die eigene Psyche der Kopf gemacht wird - Bin ich eine, bin ich keine... - das interessiert keine, die angegriffen wird und damit erstmal allein steht.
Wir machen das doch auch nicht anders. Vertrauen bekommen wir nicht darüber, daß Männer ihre eigene Sprache feminisieren, daß sie sich beim Pissen hinsetzen, also "gute" aufgeklärte Männer sind. Seht her, ich bin ein "solidarischer Mann" - BÄH!
Nein, wir achten auf die Praxis, auf die Hände, auf die Augen, wo hat er seine Blicke - müssen Frauen auf Demos Männer anmachen, weil sie ihre Knüppel in "entspannten" Situationen demonstrativ zur Schau tragen und nicht unter die Jacke packen können, oder achten darauf auch Männer?
Gehen Männer dazwischen, wenn Frauen angemacht werden... beziehen sie darüber einen Teil ihrer Identität des starken, beschützenden Mannes, achten sie immer zuerst darauf, ob die Frau das selber klarmacht. Tritt in die Eier... oder werfen sie sich gleich in die Arena....? ("Komm Kleine, jetzt komm ich und schmeiß den Laden!")
So eine Sensibilität, so eine Praxis erwarten wir. Das ist unser Maßstab, unsere Basis, und ohne die läuft aber nix.
"Erst in dem Moment, wenn weiße feministische Aktivistinnen nicht nur den Rassismus in der Frauenbewegung eingestehen und persönliche rassistische Vorurteile verweisen, sondern der rassistischen Unterdrückung in unserer Gesellschaft grundsätzlichen aktiven Widerstand entgegensetzen, werden wir wissen, daß weiße Frauen sich dem Rassismus ernsthaft und auf revolutionäre Weise stellen. Wir werden wissen, daß sie sich gegen den Rassismus engagieren, sobald sie mithelfen, die Richtung der feministischen Bewegung zu verändern und daran arbeiten, die rassistische Sozialisation abzubauen, bevor sie Führungspositionen übernehmen, Theorien entwickeln oder den Kontakt zu farbigen Frauen suchen, um so nicht der rassistischen Unterdrückung weiterhin Vorschub zu leisten und nicht-weiße Frauen bewußt oder unbewußt zu mißbrauchen oder zu verletzen. Das sind die wahrhaft radikalen Gesten, welche die Grundlage für das Erleben politischer Solidarität zwischen weißen und farbigen Frauen schaffen". Bell Hooks
Ja, es macht uns zu schaffen, daß bei Frauen in punkto praktischer Solidarität mit eingewanderten Frauen und Männern zur Zeit eine Lähmung festzustellen ist.
Eine theoretische Auseinandersetzung mit Rassismus halten wir für wichtig, da wir die fehlende Klarheit über Bedeutung und Verzahnung anderer Unterdrückungsverhältnisse mit Sexismus und Patriarchat für eine Ursache halten, daß dazu wenig entwickelt wird.
Eine weitere Ebene ist, daß - wie beschrieben - entweder ausschließliche "Tiefenforschung" bei sich selber betrieben wird, anstatt Rassismus ebenso als **gesellschaftliches** Unterdrückungsverhältnis zu sehen.
Oder die Auseinandersetzung schwebt knapp unter der Zimmerdecke und läßt von daher keine praktischen Ansätze mehr sehen.
Was fällt uns dazu ein...(nicht so viel!)?
Straße - alltäglicher Rassismus - garstiges Bedienen von ausländischen Frauen und Männern im Obstladen oder im Supermarkt, Blicke: IIHH sind die dreckig; mitleidige Blicke auf türkische Frauen mit 1000'en Einkaufstüten auf dem Arm; Sozi: Sacharbeiter benutzen ihre Sprachgewandheit, damit die Türkin nix versteht und wenn sie sich umdreht, geht das Gehetze los: "Die sollen doch dahin, wo sie herkommen. Schmarotzer"...
Dann kommt dir Großdeutschland in den Sinn, und da sind sie und du hast sie im Kopf, und ein Wort wird groß "Konfrontation".
Sie, das sind Skins, organisierte Faschisten, faschistische Fußballfans, bräunliche Bürgers, Duckmäuser aber, wenn schlechte Laune, weil mieser Job, nach Untentreter, gegen alles-was-fremd-ist-Treter -AAARRRGGGHHH!!!
Die braune großdeutsche Sauce halt.
Du denkst weiter. Spots: "In der Nacht ... wurde von mehreren Unbekannten das Asylantenlager... in ... mit Molotowcocktails und Steinen beworfen. Die Täter entkamen unerkannt, 1 kurdische Frau liegt schwerverletzt im Krankenhaus. Die Polizei tappt im Dunkeln."
Du gehst auf die Straße, da rempeln ein paar Doppelt-Deutsche einen Ausländer an: klopfen Sprüche. Du bist allein und traust dich nicht dazwischen - OHNMACHT - du sagst dir aber, das nächste Mal bestimmt.
In unseren Diskussionen sind wir oft bei Konfrontation gelandet und dann waren wir schnell bei Angst.
Es ist unter Frauen die Argumentation verbreitet (nicht nur da), sie würden sich

von den Faschos nicht die Ebene der Auseinandersetzung aufzwingen lassen.
Das ist verquere Polit-Argumentation. Es ist natürlich richtig, genau eigene Kräfte und Möglichkeiten gegenüber dem Gegner abzuwägen und nicht in offene Messer zu rennen (im wahrsten Sinne des Wortes). Wir haben aber das Gefühl, daß damit die Probleme, daß viele sich nicht mehr sicher auf der Straße bewegen können, daß die Existenz von der Willkür des Staates abhängt, der abschiebt, ausweist, damit nur verdrängt werden mit fadenscheinigen Argumenten.
Konfrontation macht Angst. Na klar, aber was heißt überhaupt Angst? Wär doch komisch, wenn die nicht da wär, es ist ja auch zum Fürchten. Oder denken wir Frauen, wir sind alle als Kampfmaschinen auf die Welt gekommen, starke, funktionierende Frauen?!
Aber sie ist *real* die Konfrontation. Selbst, wenn wir sie nicht realisieren wollen, sei es aus politischer Unklarheit oder aus Verdrängung, für andere besteht gar nicht die Möglichkeit zu verdrängen, die müssen reagieren.
Das sollte jede sehen und was draus machen.
Es geht um uns!
Wenn z.B ein gemeinsamer Schutz für Flüchtlingslager organisiert werden soll...Da haben meist nur gemischt-geschlechtliche Gruppen vorerst Kontakt hin...mit denen haben wir wenig zu tun, die arbeiten zu Rassismus, haben zu Sexismus nichts im Kopf, also fehlt die Grundlage, ein Bündnis einzugehen ... aber was dann...
gar nichts dazu machen ... bei der Abgrenzung stehenbleiben "außerdem sind bei so Angelegenheiten immer nur diese Macker vor Ort" - Wo tauchen wir dann auf als großer Haufen, sichtbar und stark, nicht untergehend?
Was hindert uns daran, fehlende Strukturen/Kontakte aufzubauen und ein eigenes Verständnis von antirassistischem, feministischem Kampf zu entwickeln?
Es gibt sicher eine Menge Erfahrungen: von Frauen, die in Flüchtlingsgruppen gearbeitet haben, von Fantifa-Frauen, die feministische Antifa-Arbeit machen .... diese Erfahrungen und Ansätze müssen zusammengetragen und ausgewertet werden, damit nicht immer alle so isoliert vor sich hinwurschteln!
Frauen bekommen alltäglich Gewalt zu spüren... Da schlagen wir zurück. Hier entwickeln wir den Ehrgeiz, Vergewaltiger zu jagen und auszuteilen für die jahrelange, permanente Erniedrigung, die uns entgegenschlägt.
Ja, es geht um notwendige Militanz, organisierte Militanz. Wir wollen neben dem notwendigen öffentlichen Präsent-Sein auf der Straße, die ausdrückt: Wir sind viele, die auf der Lauer liegen, falls einer was passiert, wir sind solidarisch miteinander, paßt bloß auf! noch viel mehr, z.B. die Ergänzung, heimlich, schlau und listig die Vergewaltiger auch wirklich zu bekommen. Das muß genauso organisiert werden.
Wir wollen die Diskussion und Praxis, die auch zielgerichtet die Schweine kriegt, die uns angreifen. Alle Schweine, dieVergewaltiger, die Faschos, die Schreibtischtäter, egal. Um beim Beispiel Vergewaltiger zu bleiben, wenn wir neben der öffentlichen Präsenz gleichzeitig überlegen, **wie** wir sie sicherlich in die Hände bekommen und **was** wir dann mit ihnen machen können und **wie sehr** so eine Aktion auch anpowern würde, Mut machen, die Frauen auf die Straße zu treiben, dann denken wir, sowas von vielen organisiert, solche Überlegungen konsequent und ehrgeizig ans Ende gesponnen, würden und einen großen Sprung weiterbringen.
Mit dieser sehr ehrgeizigen Haltung fänden wir es sehr gut, wenn alle auch an die anderen "Themen" rangehen. Das betrifft dann wieder die praktische Solidarität mit anderen Unterdrückten.
Um diese Haltung kommen wir nicht herum, weil Haarwurzeln angegriffen werden und wir es ziemlich nötig haben, uns wirkungsvolle Gegenstrategien auszudenken.
"**Selbstbestimmtes** Leben" und jetzt womöglich auch noch "**selbstbestimmtes** Angreifen" kann auch Zeichen dafür sein, daß wir uns eines Privilegs bedienen, nämlich weiß zu sein, das heißt, es uns an bestimmten Punkten selbst aussuchen zu können, wann wir in eine Konfrontation gehen, während andere (z.B. eingewanderte Frauen und Männer) schon mitten in der Konfrontation stecken - ob sie wollen oder nicht. Das nur: von wegen "Selbstbestimmung".
Das ist für uns keine Frage von Moral ("Wie könnt ihr nur?') sondern Ausdruck dessen, wie stark die Unterschiedlichkeit der Stellung von uns und anderen hier ist, warum es so schwer ist, gemeinsam was zu machen, wo die Gräben liegen, wo das Mißtrauen...
Eine ehrliche Diskussion um Ansätze, Perspektiven und Methoden des radikalen, feministischen Frauenkampfes ist mehr als überfällig . Hallo ihr alle- Packen wir's an!
Wir ergänzen noch 2 Kritikpunkte an dem Papier von den Schweizerinnen, die auch miteinander zusammenhängen.
Das wär zum einen, daß wir nicht ganz verstanden haben, wie ihr nun die Methode des bewaffneten Kampfes beurteilt und begreift.
Ihr trefft da sehr absolute Aussagen, die wir immer relativieren würden. Aussagen wie: "*...daß der bewaffnete Kampf zugleich die wirkamste Form der politischen Propaganda in nicht-revolutionärer Periode* ist" oder *"Ob die Chance genutzt wird, ob Teile der Zwischenklassen (Proletariat und Kleinbürgertum) in einen antipatriarchalen Kampf gezogen und andere neutralisiert* (scheußliches Wort übrigens) *werden können, hängt ganz und gar von der autonomen Kraft eines revolutionären Feminismus ab. Diese Kraft beruht absolut nicht auf verbaler Emanzipationshilfe, aber ganz und gar auf dem bewaffneten Kampf gegen Kapital, Staat und resistent patriarchalen Teilen der Zwischenklassen."*
Wir würden immer dazu sagen, daß der bewaffnete Kampf zur wirkungsvollsten Methode werden kann, wenn die inhaltliche Ausrichtung treffsicher in die Situation paßt. Wenn es ihm gelingt anzupowern, Mut zu machen, Kopfkrämpfe zu lösen (bei den Linken), Blicke zu entschleiern und den Feind zu verwirren. Eine Aktion muß natürlich nicht alle Kriterien auf einmal erfüllen. Oft reichen schon weniger aus, um die Aktion zu einer starken Wirkung zu bringen, aber das wären für uns wesentliche Grundbedingungen.
Eine weitere wichtige Voraussetzung ist, daß er optimale Effekte erzielt, wenn er eingebettet ist in Ansätze eines revolutionären Konzeptes, wenn er nicht allein mit diesen Ansätzen steht oder isoliert ausschließlich von der Gruppe selber nur getragen wird (aber auch da gibt es natürlich Ausnahmen, wo man drauf scheißen muß, wie 77, wenn eine ganze Linke sich verabschiedet und entsolidarisiert, kann an dem Punkt natürlich nicht die Methode an sich in Frage gestellt werden, also eine völlige Abhängigkeit von einer so schwankenden Szene wie hier, darf auch nicht sein), sondern sich organisch einbindet in den Diskussionsprozeß der radikalen Linken.
Kriterien gäbe es da noch mehr, und dies ist auch eine Diskussion an sich, aber ihr seht, eure spärlichen Bemerkungen dazu sind uns zu wenig,
Dann haben wir nämlich Schwierigkeiten mit der Absolutierung, da sie auf eine Stilisierung hinausläuft, auf eine Stilisierung der Methode und letztlich auch der AkteurInnen selber.
Warum redet ihr nicht auch von "militanten Kampf", was noch mehr an .Aktionsformen und -möglichkeiten einschließen würde. Dann müßtet ihr auch nicht ständig betonen, daß bei euch in der Schweiz das "technologische Niveau" so niedrig ist. Das ist sicher auch ein Problem, aber sicher ist es vor allem ein inhaltliches? An dem Punkt ist uns aufgefallen, daß ihr so gut wie gar nichts zu den Frauenkämpfen selber sagt in der

Schweiz. Wir kennen uns da nicht so gut aus. Es wäre sicher wichtig, da mehr drüber zu wissen. Dann könnte auch besser eine Diskussion über Methoden und welche sind "angemessen" und welche nicht stattfinden. So schwebt das nur als Aussage im Raum.

Um beim Beispiel zu bleiben, wenn ihr mehr von militantem Kampf reden würdet, könnten wir euch gleich erwidern: genau da liegt u.a. eines unserer Hauptprobleme in der BRD, daß es so wenig Militante gibt. Wenn aber die einzigen Militanten die von der Guerilla wären, dann säßen die und die ganze Linke aber ganz schön auf dem Trockenen - wenn wir bei dem Bild eines "organischen Konzeptes" bleiben - politisch und nicht strukturell gemeint. Militanz insgesamt und überall, Subversion in der Luft, im Herzen und in jeder unserer Handlungen Die Kraft beruht natürlich nicht auf emanzipativer Argumentationshilfe, aber absolut auf der inhaltlichen Ausrichtung des Kampfes, der Entwicklung der Persönlichkeiten der Kämpferinnen und Kämpfer und der parallel entwickelten revolutionären Kampftechnik.

Wenn ihr vom *"fortgeschrittsten Beispiel in dieser Richtung"* die *"bewaffneten Gruppen schwarzer Frauen in Südafrika, die Vergewaltiger liquidieren"* heranzitiert um eure These der Bedeutung des bewaffneten Kampfes zu belegen, werden wir ziemlich stinkig. Wir finden es dreist das Beispiel so herauszugreifen ohne ansonsten mehr über den Prozeß von schwarzen Frauen in Südafrika zu erfahren, wie dort ihre Strukturen aussehen, wie sie mit Repression umgehen, wie "tragfähig" die Zusammenhänge sind etc. - was bleibt ist die Radikalität der Methode. In der Form, wie ihr das aus dem Zusammenhang rausreißt, ist das eine Instrumentalisierung der Kämpfe der Frauen dort.

Aus diesem schrägen Verhältnis zum bewaffneten Kampf resultiert dann für uns euer opportunistisches Verhältnis zur RAF. Auf der einen Seite kritisiert ihr sie sehr stark inhaltlich (Seite 7, in dieser Broschüre S. ... Anm. d. Hg.), wenn auch schon fast durch die Blume.

Wir wetten 10 Kästen Bier, Sekt, Selter oder Saft, daß bei sämtlichen anderen gemischt-geschlechtlichen Zusammenhängen ihr bei solchen inhaltlichen "Korken", wie die von euch analysierten, nur noch mit dem Holzhammer draufhauen würdet.

Wenn schon eine inhaltliche Polemik beginnen, dann richtig und ordentlich. Die kann auch solidarisch sein.

Ihr würdet einer dermaßen ignoranten Haltung nur mit der absoluten Mißachtung begegnen und sagen, pah, wir sprechen uns in 10 Jahren wenn der militante Frauenkampf auch dem letzten Trottel eine Macht in den Weg gestellt hat, daß kein Vorbeikommen mehr möglich ist. Diese Diskrepanz ärgert uns außerordentlich.

Die Äußerungen der Gefangenen sind auch nicht ständig aus eurer Kritik herausnehmbar, wir ihr das tut:

"Der gemeinsame radikale Bruch und die sich dann erschließende revolutionäre Politik bedeuten ohne jeden Zweifel die tiefste aller Beziehungen Ihr nennt die Voraussetzungen befreiter, "menschlicher" Beziehungen klar und deutlich: "der radikale Bruch mit dem System-Alltag". Aus eurem Mund heißt das: bewaffneter Kampf mit all seinen Konsequenzen. Abseits vom radikalen Bruch (= ausschließlich bewaffneter Kampf.?!? Protest!!!) *abseits vom kontinuierlichen und bewußt vorantreibenden Kampf .. gibt es nichts als den öden Kreislauf links-alternativer Reproduktion der Arbeitskraft."*

Da haben wir noch einmal Heiterkeitsanfälle gehabt. Natürlich gehört es zu unserem Selbstverständnis, sowas wie einen "radikalen Bruch" zu leben. das auch kontinuierlich und bewußt..und vorantreibend. Aber mit den Beziehungen untereinander - vielleicht findet ihr es jetzt frech, daß wir uns jetzt mit der Guerilla "vergleichen" ? - wir denken das liegt doch auf der Hand, daß dir vor allem in Streßsituationen, die eine solche Arbeit mit sich bringt, die patriarchale Scheiße nur so um die Ohren fliegt (zisch!). Das hat nichts damit zu tun, daß die Beziehungen nicht außerordentlich "tief" sind (auch wenn das dann auch nicht für alle gilt, wie das halt bei Gruppen so ist): Es zischt immer wieder.

Dann gibt es keine Zeit, die Streitigkeiten aufzulösen, weil Temine eingehalten werden müssen, du Verpflichtungen anderen gegenüber hast usw.

So hat es zwei Seiten: auf der einen Seite verbindet das Projekt, auf der anderen Seite erschweren die Bedingungen die Möglichkeiten, bis ins Letzte oder Vorderletzte "genau" miteinander umzugehen - auch oft nicht dann, wenn du das willst, sondern wenn das Projekt es dir erlaubt.

Du kannst die Männer, wenn sie Scheiße gebaut haben, oft ja nicht einfach sitzen lassen, weil du vielleicht grad was am koordinieren bist und daher aufeinander angewiesen, dann bist du genervt gereizt, die auch- na Halleluja!

Jede Stilisierung der Guerilla finden wir daher aus unseren Erfahrungen falsch. Da ist sicher genauso wenig Friede, Freude, Eierkuchen wie woanders auch nicht. Selbst wenn sie es behaupten würden - wir würden es nicht glauben, weil es allen Erfahrungen entgegensteht und auch der objektiven Seite: Daß es nicht um einen einmaligen Bruch geht und danach ist klar Schiff, sondern es ein mühsames Ringen umeinander ist, was an die Substanz geht und absolut nichts Glattes ist.

Das wollten wir euch zum Schluß noch sagen.

Wenn ihr euch nicht nochmal öffentlich meldet, dann schreibt uns doch zumindest mal einen Brief!!!

Anm d. Hg.:
Wir haben die im Original unterstrichenen Passagen **fett** gesetzt.

clock work 129 a

☆ die zeitung für die freiheit der politischen gefangenen
☆ information über 129a verfahren und andere politische prozesse

einzelexemplar
-gegen 3.-dm in briefmarken
abobestellung
-mind. 5 exempl. á -,50dm

clockwork 129a
leibnizstraße 24; 6500 mainz

Sterin

Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln!

Zuerst einmal habe ich mich über den Beitrag des kommunistischen Genossen in der Interim Nr. 208 gefreut. Ich nehme an, daß es keine Frau war.
Mit Beiträgen von KommunistInnen, die sich kritisch mit der RAF auseinandersetzen, wurde ja in den letzten Jahren sehr unoffen umgegangen. Dies mag zum Teil seine Berechtigung gehabt haben, insofern sie aus der Kritik an der alten K-Gruppenpolitik in der BRD entspringt. Dazu beigetragen hat sicherlich auch ein Dogmatismus, der sich ausschließlich an einer Parteiorganisierung orientierte und die Rolle des Proletariats überbetonte und als absolut setzte. Dazu kamen häufig auch persönliche Abneigungen gegen einzelne Personen, die sich nur kommunistisch nannten, aber in Wirklichkeit ihre Position dazu benutzten unsolidarisch GEGEN die RAF oder bewaffneten Kampf im allgemeinen zu argumentieren. Andererseits gab es in den letzten zehn Jahren sehr produktive und ernsthafte kommunistische Kritiken, die von antiimperialistischer Seite aus bestenfalls ignoriert wurden. In Frankreich, Belgien, Italien, Spanien etc. gab es vor dem, parallel zu oder gar zusammen mit dem "Front-Prozeß" kommunistische "Linien", die hier für die BRD jedoch nie ernsthaft zur Debatte standen oder einfach "abgetan" wurden. Dies war sicherlich ein Fehler der RAF und vieler AntiimperialistInnen. Es erklärt, warum sie zum Beispiel heute noch nicht vom antagonistischen Widerspruch "Kapital-Arbeit" oder einer ArbeiterInnenklasse sprechen, sondern sich eher auf sozialdemokratische bis grüne Vorstellungen einer "2/3 Gesellschaft" beziehen.
Ich selbst - eine weiße - Frau aus dem Widerstand hier - schreibe ebenfalls von einer kommunistischen Richtung her, aber einer sehr undogmatischen. Ich werde deshalb im Folgenden zum Teil andere Begrifflichkeiten verwenden als es der Genosse in der Interim Nr. 208 macht. Den intellektuellen Sprachstil will ich jetzt nicht kritisieren, denn seine Begriffe sind zumindest klar definiert. So macht es das Lesen einerseits schwerer, das Verstehen jedoch andererseits leichter. Beim August-Text der RAF dagegen war es umgekehrt. Ich bin mir nicht sicher, ob ich ihn richtig verstanden habe, obwohl er in einem eher lockeren Stil geschrieben ist.

Einstellung

Der August-Text der RAF macht einiges präzise, besonders das Kriterium der Selbstkritik und der Einstellung des bewaffneten Kampfes: Für eine "revolutionäre Entwicklung", die nun weniger militärisch am Angriffsziel gegen die imperialistische Strategie gesehen wird, sondern stärker als bisher politisch verstanden wird. Für viele ist die "Neue Politik" der RAF wohl eher unvermittelt gekommen, sogar für einige Gefangene, doch die meisten Leute mit denen ich diskutiere, haben den Schritt der RAF - aus unterschiedlichen Gründen begrüßt oder verstanden. Mir dagegen ging es so, daß ich zunächst nach den Erklärungen vom April und Juni eine Gefahr darin sah, daß sich über die Einstellung der Raum für Politik nicht erweitern, sondern im Gegenteil noch einengen könnte. Im Nachhinein denke ich, daß sich der Raum in der Tat nicht erweitert hat, daß die Diskussion um revolutionäre Politik und effektive Organisierung jedoch wichtiger und notwendiger denn je geworden ist. Das hat die RAF völlig richtig erkannt.

Gegenmacht von unten

Der Begriff der "Gegenmacht von unten" sollte von dem Genossen pro Kommunismus meiner Ansicht nach nicht auf ein bloßes GEGEN reduziert werden. Wegzukommen von einer Politik und von Aktionen von RevolutionärInnen, hin zu einer wirklichen Politik, einer "Gegenmacht von unten", die auch sozialrevolutionäre Prozesse etc. miteinschließt, verstehe ich als eine Politik raus aus der antiimperialistischen Selbstisolierung. Wurden doch gerade Anfang/Mitte der 80er Jahre nicht nur eine kommunistische "Linie" für hier diskutiert, sondern ebenfalls autonome u.a. Ansätze verworfen, wo sich Leute mit ArbeiterInnen auseinandersetzen oder sogar im Stadtteil ansetzen wollten oder sich in "Bewegungen" oder "Kampagnen" engagierten. (Stichwort: Teilbereichskämpfe). Nur zur Erinnerung ein Beispiel aus Berlin: Es gab einige AntiimperialistInnen, die - aus inhaltlichen Gründen - sich nicht an der IWF-Kampagne beteiligten, einige zogen es sogar vor, in den Urlaub zu fahren. Die RAF hat sich jedenfalls damals verhalten.
"Gegenmacht von unten" heißt für mich, revolutionäre Politik auf eine breite Basis zu stellen oder besser ausgedrückt: sie von unten zu entwickeln. Das ist verdammt notwendig, gerade jetzt wo sich die Widersprüche allzu sichtbar immer mehr zuspitzen; und das meine ich nicht allein quantitativ, sondern auch qualitativ.

Bewegungsorientierung?

Gegenmacht von unten ist gleichzeitig ein sehr undeutlicher Begriff.
Niemand wird wohl darum herumkommen, ihn genauer zu definieren.
Bedeutet "Gegenmacht von unten", daß sich die RAF in Zukunft stärker auf soziale Bewegungen beziehen will oder auf autonome Kämpfe usw.? Orientiert sich die RAF zur Bewegungsguerilla um, wird sie etwa zu einer RZ?
Einige wünschen sich das, andere befürchten es eher...
Ich denke, um diese Diskussion weiterzuführen fehlt eine Selbstkritik der autonomen und antiimperialistischen Bewegung bzw. des Widerstands in der BRD. Es geht überhaupt nicht, daß die RAF ihre "Vermittlungs"probleme löst, indem sie sich jetzt auf die Bewegung bezieht.
Der Widerstand muß sich ZUSAMMEN MIT der Guerilla verändern. Das ist dringend.
Zur Selbstkritik am Widerstand gab es gerade in den letzten drei, vier Jahren einige sehr interessante Diskussionspapiere. Sie wurden in WG-Küchen verschlungen, aber sie standen nie offen zur Debatte Z.B. hätte das Papier "Ich sag's wie's ist" - eine Kritik an der Hamburger Bewegung durchaus eine heftige Diskussion um wichtige Fragen im Widerstand anschieben können. Auch einige berechtigten Fragen der RAF an die Hamburger Bewegung werden darin ansatzweise angerissen. Wahrscheinlich war ja die Konsequenz aus dem Papier für Autonome wie für AntiimperialistInnen "abschreckend"? Sollte ich es "die Angst der Autonomen u.a. vor der Partei", nennen oder etwas zynischer die Angst vor jeder Art von Organisierung, die über die Selbstorganisierung hinausgeht.
Hier nur einige Stichworte zur Selbstkritik an der Bewequng: Feuerwehrpolitik, Kampagnen Auf und Ab, leichte Vereinnahmbarkeit durch den Reformismus, Integration von besetzten Häusern, unvernetzte Kleingruppen-Politik, informelle Hierarchie, Mythos von riots, Defensive und Hilflosigkeit gegenüber den Angriffen auf Flüchtlinge.

Theoretische Lücken

Ich bin nicht die Einzige, der theoretische Lücken der RAF auffallen. Diese Lücken bestehen gerade dort, wo Widerstand

eben nicht allein gegen die Kapitalstrategie, gegen Militär- und Staatsapparate entwickelt wurde (NATO/MIK).
Die inneren Widersprüche im Kapitalismus lassen sich mit der triple oppression beschreiben. Die äußeren würde ich verkürzt als Imperialismus der triple oppression bezeichnen.
Auch gibt es inzwischen gute Texte, wie Bücher (Angela Davis, Viehmann und Genossinnen usw.)
Trotz dieser Lücken würde ich der RAF auf keinen Fall unterstellen, daß es ihr nicht um eine revolutionäre Entwicklung geht; oder daß sie sich auf einen "bewaffneten Reformismus" hinbewegt, wie es der Genosse pro Kommunismus glaubt.
die RAF hat das letzte Jahrzehnt offensichtlich einen eindeutigen praktischen Standpunkt bezogen, der nicht mehr zurückzunehmen geht.
RASSISMUS in der BRD kann allerdings tatsächlich nicht mehr nur auf der Erscheinungsebene kritisiert werden. Die Wichtigkeit des antirassistischen bzw. antifaschistischen Kampfes wird immer dringender - sowohl die militante Gegenwehr als auch eine politisch-revolutionäre Ebene.
PATRIARCHAT / SEXISMUS: Für mich als Frau war es besonders frustrierend, fast schon zynisch, darüber nur einen Satz in der Erklärung zu lesen: "Steigende Gewalt gegen Frauen, Kinder und alte Menschen...".

Offene Fragen an die GenossInnen der RAF

Habt ihr die Texte um die "triple oppression" gelesen oder nicht? Warum meßt ihr diesen Diskussionen so wenig Bedeutung bei?
Warum habt ihr scheinbar immer noch Probleme mit dem Begriff ArbeiterInnenklasse?
Könnt ihr was zu den alten "Neuer Faschismus "-Debatten der RAF im Zusammenhang mit den aktuellen Angriffen gegen Flüchtlinge u.a. sagen?
Denkt ihr, daß der Aufbau einer "Resistance" notwendig ist?
Warum schreibt ihr Frauen aus der RAF nichts zu eurer eigenen Entwicklung, zu eurer Unterdrückung als Frauen, aber mehr noch zu eurem Widerstand als Frauen in der Guerilla?
Hatten die Frauen und Männer der RAF keine Auseinandersetzungen mit feministischen Frauen?
Anfang der 80er konstituierte sich doch überall ein neues Frauenspektrum, die mit den damaligen Kämpfen im Widerstand verbunden waren? Die Rote Zora gewann damals an Bedeutung. Hatte dies keinen Einfluß auf euch? Obwohl ihr sagt, daß ihr aus der Bewegung der Anfang 80er Jahre kommt ?
Diese Fragen klingen vielleicht sehr kritisch, aber mehr noch sind sie mir wichtig. Ich bin mit all diesen Fragen auch nicht allein. Die RAF schreibt und kritisiert, daß es Leute gab, die sich nicht mehr kritisch geäußert haben und daß sie umgekehrt auch nicht kritisiert werden wollten. Das soll anders werden.
Übrigens ist kritische Solidarität keine "bequeme Position", sondern sehr, sehr unbequem, denn sie übernimmt politische Verantwortung.
In vollem Bewußtsein der Unterschiede das Verbindende suchen.

EINE FEMINISTISCHE KRITIK

im januar 1992 tritt die sogenannte 'kgt-initiative' (kgt = koordinationsgruppe terrorismusbekämpfung) an die öffentlichkeit, im april verkündet die rote armee fraktion (raf) die einstellung militärischer aktionen, am 15. mai wird günther sonnenberg nach 15 jahren haft entlassen, im august bekräftigt und begründet die raf die grundsätzliche aufgabe des bewaffneten kampfes, ende oktober erklärt ein teil der gefangenen ihrerseits die prinzipielle abkehr vom bewaffneten kampf, und daß sie persönlich diesen im falle ihrer freilassung nicht wieder aufnehmen werden. mitte november ist entschieden worden, daß bernd rössner, der zuvor im knast in kassel eingesperrt war, seine haft für 18 monate in einer therapeutischen einrichtung unterbrechen darf.
zu fragen bleibt: was geht hier eigentlich vor und wie geht es nun weiter? und davor noch die frage: warum beschäftigen sich feministinnen überhaupt damit? zunächst zur zweiten frage:
die ereignisse des letzten jahres im zusammenhang mit der raf, dem bis dahin existierenden bewaffneten kampf in der brd und den politischen gefangenen in bundesdeutschen gefängnissen sind ein ausdruck der gesamten politischen entwicklung. gleichzeitig bestimmen diese vorgänge die heutigen und zukünftigen politischen und gesellschaftlichen realitäten mit, innerhalb derer wir frauen/lesben leben und uns bewegen. darüber hinaus ist es notwendig, sich sozusagen 'ins innere' dieser auseinandersetzungen zu begeben und zwar aus verschiedenen gründen:
die antiimperialistische bewegung und die raf haben lange zeit auf internationalistischer grundlage gegen staat und kapital gekämpft. gemeint sind hier all diejenigen bewegungen, gruppen, organisationen, die mit grundsätzlich antiimperialistischem anspruch gegen staat, kapital und imperialismus vorgehen.
nicht zufällig kämpften viele frauen/lesben in der antiimperialistischen bewegung. nicht zufällig sind viele von ihnen aus der bewegung ausgetreten, um sich dem feminismus zuzuwenden. frauen wurde und wird vor allem in der ablehnung, dem sogenannte 'bruch mit den herrschenden verhältnissen' in der antiimperialistischen bewegung eine vermeintliche antwort auf das eigene leben und erleben im patriarchat suggeriert. die antiimperialistische bewegung richtet sich aber weder subjektiv - d.h. ihrer praktischen arbeit und ihrem anspruch nach - noch objektiv gegen die tatsächlichen Grundlagen des imperialistischen

patriarchats, gegen die ökonomische, sexuelle, emotionale und psychische ausbeutung nicht des menschen durch den menschen, sondern der frau durch den mann. die praktische auswirkung dieser 'begrenzung' erleben frauen innerhalb der gemischt-geschlechtlichen linken immer wieder als brachiale kluft. letztlich besteht aufgrund einer gänzlich verschiedenen klassenanalyse samt deren auswirkungen auf alle bereiche des lebens und vor allem den daraus folgenden unterschiedlichen perspektiven und zielen des kampfes ein unüberwindbarer interessengegensatz zwischen dem feminismus und der antiimperialistischen bewegung. trotz dieses antagonismus besteht ein kritisch-solidarisches verhältnis zwischen dem feminismus und bewegungen, gruppen, organisationen, die mit antiimperialistischem anspruch gegen die herrschenden verhältnisse" vorgehen. solidarisch sind feministinnen mit ihnen überall dort, wo ihr kampf, ihre kampfziele mit feministischen übereinstimmen. der feminismus aber mit dem umfassendsten anspruch: die befreiung der frauen weltweit, muß in theorie und praxis antworten auf die weitreichendsten politischen fragen finden. der feminismus muß die allgemeinste und somit die konkreteste perspektive zur befreiung aller frauen und somit auch aller männer weltweit beinhalten. hier beginnt die feministische kritik: jeder patriarchal geführte kampf und somit auch der der antiimperialistischen bewegung der brd kann nur um teilziele kämpfen - staat/kapital/imperialismus stellen nur segmente im patriarchat dar. wichtige zwar: werden jedoch sie allein bekämpft, bleibt das patriarchat bestehen und organisiert sich neu gegen die frauen. es versteht sich von selbst, daß die feministische auseinandersetzung eine andere geschichtsforschung, andere organisationsformen und strategien hervorbringen muß.

die weiße frauen-bewegung in ihrer gesamtheit hat viel geforscht und analysiert über die grundbedingungen vor allem von weißem frauenleben in geschichte und gegenwart. obwohl diese forschung in ihren anfängen steckt, hat sie doch eine fülle von erkenntnissen über die verschiedensten formen der ausbeutung, unterdrückung und vernichtung von frauen auf ökonomischer, politischer, sexueller, emotionaler, kultureller, spiritueller, psychischer und physischer ebene hervorgebracht. auf der anderen seite gibt es von hier aus viel weniger anstrengungen, die bedingungen des lebens von frauen anderer hautfarben, kulturen, aus anderen teilen der welt grundsätzlich begreifen zu lernen. die folge davon ist, daß es hier kaum eine detaillierte forschung und ein wissen um den zusammenhang der ausbeutungsverhältnisse von frauen weltweit gibt. und es gibt wenig bis keine schlußfolgerungen aus all dem, wie und mit welchen mitteln eine grundlegende aufhebung patriarchaler herrschaft möglich sein wird - die internationale feministische revolution.

die erkenntnisse aus der feministischen und frauenforschung werden nicht in eine klassenanalyse umgesetzt, woraus sich der grundcharakter der auseinandersetzung ergibt - ein antagonistisches verhältnis von internationalem feminismus und imperialistischen patriarchat.

es gäbe bände zu schreiben über die vorgänge des letzten jahres samt der jeweiligen erklärungen der verschiedenen seiten und beteiligten, und anhand derer wäre eine schier unermeßliche fülle von falschen grundlagen, grober fehleinschätzung, eigennütziger geschichtsverdrehung, reformistischer anbiederei und einfach patriarchaler, systemtragender positionen aufzudecken.

ich beschränke mich und werde im folgenden anhand einiger grundlegender diskussionspunkte zur bedeutung und zu den auswirkungen der entscheidung der raf und der aktuellen entwicklung des kampfes der politischen gefangenen aus feministischer sicht stellung beziehen.

aschenputtel und andere märchen oder: was ist die "freilassungsdebatte"?

mit der sogenannten "freilassungsdebatte" ist seit anfang des jahres 1992 zu erleben, daß das system seinen sieg über das kapitel bewaffneter kampf in der brd feiert. die politischen gefangenen sind ein "politisches erbe" aus der zeit davor, das nun aufgeteilt wird: die guten ins töpfchen, die schlechten ins kröpfchen.

seit nunmehr rund einem jahr ist die öffentliche austragung eines zug-um-zug-"spiels" zu beobachten. der startpfiff fiel mit dem vorschlag der koordinationsgruppe terrorismusbekämpfung zur haftentlassung von 7 gefangenen. die kgt besteht aus Mitgliedern der bundesanwaltschaft, des verfassungsschutzes, des bundeskriminalamtes, des bundesinnenministeriums, des bundesjustizministeriums. schon bei der aufzählung dieser mitgliedschaften wird deutlich, daß die kgt nichts anderes ist, als die effektivierte, weil direkte verschmelzung von sogenannter offizieller regierungsebene, polizei und geheimdiensten. diese ehrenwerte gesellschaft bringt also in die diskussion, bestimmte gefangene freizulassen. teile der gefangenen schwenken darauf ein. die alte mär von gegeneinander ausspielbaren verhandlern und betonköpfen im system wird aufgewärmt. so sollen mehr linke draußen auf diese linie verpflichtet werden. der damalige bundesjustizminister kinkel und damit der offiziell-öffentliche staat steigt in die debatte ein. die raf gibt ihre gewaltverzichtserklärung ab, das alles im dienste der 'neuen politik'. die raf erklärt den staat zum verhandlungspartner und erkennt das gewaltmonopol des staates an... die letzte runde im zeitgeschehen ist, daß bestimmte gefangene "der gewalt abschwören". zum ersten mal haben damit gefangene aus dem "gefangenenkollektiv" offen nur für sich selbst gehandelt. parallel läuft die politische isolierung der 'unverbesserlichen', deren vernichtungshaftbedingungen damit ein weiteres mal als "selbstgewollt" legitimiert und verschärft werden können.

die "neuen politikerinnen und politiker" erklären den kampf für die zusammenlegung sowohl praktisch als auch als politische orientierung für überholt. sie erklären das ziel der freilassung der politischen gefangenen als einfacher, realistischer, als das ziel, bessere bedingungen im knast durchzusetzen. in den anfängen begründete die raf ihren kampf noch mit dem wissen, daß "folter kein revolutionärer kampfbegriff ist"; bliebe folter, repression im weitesten sinne zentrales moment im widerstand, würde widerstand zum "moralischen reflex" und richte sich schlußendlich gegen die politischen gefangenen, weil die inhalte, für die sie kämpfen und eingesperrt sind, negiert und bedeutungslos würden. wer im knast nicht auf die "neue politik" einschwenkt, darf für sich selber sorgen bzw. im knast verrotten?

für die feministische bewegung muß das bedeuten, daß sie die gefangenen, die diesen ausverkauf nicht mitmachen, unterstützt. sie wird an dem ziel der befreiung aller politischen gefangenen festhalten.

in einer situation der schwäche der linken - wie z.b. heute - führt der weg raus nur über die aufgabe der politischen identität. für die individuelle suche nach wegen raus aus dem knast gibt es immer verständliche gründe, sie sollten aber auch als solche kenntlich gemacht werden.

der charakter der diskussion der letzten monate in bezug auf den knastkampf wird verschleiert mit den pseudonymen "realistisch", "durchsetzbar". mit diesen begriffen gibt der staat die ebene der auseinandersetzung vor. der widerstand draußen soll auf diese ebene verpflichtet werden. (s. dazu die erklärung der raf zum anti-weltwirtschaftsgipfel-treffen in münchen: '...wir haben gesagt, daß es für uns ein wesentlicher bestandteil in dem jetzt notwendigen aufbauprozeß ist, die freiheit unserer gefangenen genosslnnen

zu erkämpfen. .. es muß die sache von allen sein, die ein ende der folter, die die freiheit der politischen gefangenen wollen, in diesem kampf verantwortung und initiative zu übernehmen... raf, 29.6.1992).
eine dem kalkül des staates entgegenkommende politik.
die allgemeinpolitische diskussion kreist folgerichtig um "das neue", "die politische debatte", die zu führen ist, zu organisieren ist, zu "schützen" ist (gegen wen?) und darum, daß in zeiten allgemeiner ver-gewalt-ung aller lebensbereiche es keine revolutionäre gewalt geben könne, das ist die ebene der sogenannten "sozialpartnerschaft".
die letzten knapp 10 jahre betrachtend: die gefangenen forderten die zusammenlegung und wurden draußen unterstützt. die sogenannte "großaktion an die politischen gefangenen" war 1984 der versuch, die situation im knast und die forderungen der gefangenen in weitere kreise hineinzutragen, öffentlichkeit gegen die kriminalisierung der zusammenlegungsforderung zu schaffen, mit mehr leuten über die bedeutung der politik, für die die gefangenen einsaßen, zu diskutieren. gerade noch vorher brachten damals sogenannte "links-intellektuelle kreise" die "amnestiekampagne" ins rollen, deren begründung davon ausging: "jeder kampf, der gerechte, wie der ungerechte, ist einmal entschieden. wenn sieger und verlierer feststehen, hört der kampf auf ... daß die raf und die gesamte linke in der brd verloren hat und besiegt ist, ist ein unbezweifelbares faktum." (wolfgang pohrt, konkret-reporter) dies hatte 3 ziele:
1. taktisch die bewegung draußen zu entsolidarisieren
2. die gefangenen zur aufgabe ihrer politischen identität aufzurufen, bzw. die bedingungen eines möglichen deals in scheinbar linke vokabeln zu fassen. und schließlich
3. den bewaffneten kampf für beendet, weil gescheitert zu erklären.
auch die zweite argumentationslinie, die heute wieder den braten schmackhaft machen soll, war damals schon formuliert und vom "komitee für grundrechte und demokratie" vertreten. nämlich die sogenannte "einsicht, daß das harte repressionskonzept in eine sackgasse mit demokratisch-rechtsstaatlich tödlichen folgen" geraten sei. heutzutage wird der sogenannten kinkelfraktion als "verhandler" im gegensatz zu den "betonköpfen" diese "einsicht" zugeschrieben, um die verhandler für die linken salonfähig zu machen.

die neue rhetorik des reformismus - oder - der späte anschluß ans positive denken im wassermannzeitalter

die politische führung der kpdsu hat mitte der 80er jahre eine politisch-ideologische stilrichtung mit bürgerlich-reaktionären inhalt entwickelt. diese sollte fortan die innen- und außenpolitische praxis der sowjetunion begründen. das sogenannte neue denken der perestroika stellt lediglich den höhepunkt der revisionistischen entwicklung dar und setzt somit wahrscheinlich insgesamt den endpunkt des revisionismus selbst. die zur zeit dominierende fraktion behauptet eine grundsätzliche veränderung der internationalen lage durch den entwicklungsstand der kommunikationssysteme und der waffentechnologie, durch den drohenden ökologischen kollaps sowie die "soziale zeitbombe" der verelendung im trikont. ein fundamentales interesse am erhalt der zivilisation, der menschheit schlechthin verbinde nun die 'weltgemeinschaft'. jenseits politisch-ökonomischer systemunterschiede müsse sie nun gemeinsam nach lösungen suchen. voraussetzung dafür sei, selbst neue wege zu gehen und gewohnte betrachtungsweisen zu krieg und frieden abzubauen. aufgeklärte teile der westlichen kapitalistischen welt müßten und könnten sich angesichts der drohenden katastrophe zur friedensfähigkeit hinentwickeln. sogenannte "regionale konflikte", die den weltfrieden gefährden, sollten um den systemwiderspruch erleichtert "praktikablen lösungen" zugeführt werden.
das neue denken mit seiner grundprämisse der weltumspannenden interessensgleichheit der menschen als rein biologische kategorie, ungeachtet ihrer klassenzugehörigkeit und damit ungeachtet sexistischer und rassistischer ausbeutung und unterdrückung, ist weder neu noch emanzipativ. es gleicht immer mehr dem reformismus, den wir hier schon lange kennen.
die lediglich neue rhetorik des revisionistischen patriarchats akzeptiert und versöhnt sich mit dem kapitalistisch-imperialistischen patriarchat. sie untergräbt jede - auch patriarchale traditionelle marxistisch-leninistische kapitalismus- und imperialismusanalyse, negiert jedes objektive klasseninteresse und setzt an die stelle der notwendigkeit des klassenkampfes "die suche der menschen nach neuen wegen zu politischen lösungen für akute, die gesamte menschheit betreffende probleme"!
nicht die neuerdings allseits festgestellte veränderte weltlage hat diese politische ideologie hervorgebracht. die gesamte entwicklung entsteht aus der dialektik der klassenkämpfe. umgekehrt hat das neue denken erst den politischen raum eröffnet und die legitimation verschafft für die politischen, ökonomischen und militärischen maßnahmen der sich im umbruch befindenden real-sozialistischen staaten zur beteiligung am aufbau der "neuen weltordnung".
der bürokratische sozialismus löste sich zuerst ideologisch und im nachgang praktisch auf. die ergebnisse sind im zerfall der politisch-ökonomischen systeme und in der territorialen auflösung der staaten des ehemaligen ostblocks zu sehen. folge ist weiter die auflösung von wirtschafts- und handelsabkommen, die in einigen ländern der drei kontinente eine teilweise wirtschaftliche entwicklung außerhalb des diktats des kapitalistischen weltmarktes und der knebelpolitik von iwf und weltbank ermöglichten. die auswirkungen dieses zerfalls sind außerdem kriege und blutige sogenannte "nationalitätenkonflikte" in den ehemaligen ostblockstaaten, die einstellung militärischer und wirtschaftlicher "hilfe" (materieller abhängigkeit und somit ideologischer und praktische kontrolle) für die länder in den drei kontinenten und ihrer befreiungsbewegungen. weiter die rapide ansteigende verarmung afrikas, des trikonts überhaupt, auch osteuropas, die ausweitung von flüchtlingsbewegungen, vor allem von frauen und kindern, das sprunghafte anwachsen faschistischer gewalt in den metropolen u.v.m. darin ist z.b. die "konkrete forderung nach schuldenstreichung" längst kein thema mehr. die gläubigerseite - kapitalistisch-imperialistische staaten und internationale banken - erlassen den ruinierten volkswirtschaften aus eigenen politisch-ökonomischen erwägungen und interessen die groteskgigantischen zins- und schuldenberge teilweise oder sogar ganz. ergebnis der beendigung des kalten krieges ist die einsetzung der uno als eine die ganze welt beherrschende regierung unter der direkten kontrolle der stärksten kapitalfraktionen. direktes ergebnis ist die annektion der ddr durch die brd, die hungerblockade z.b. gegen cuba genauso wie der gemeinsame krieg der "zivilisierten weltgemeinschaft" gegen die arabische region.
direktes ergebnis ist aber auch die mithilfe der imperialistischen länder an der zerstörung jugoslawiens, das ihnen als ursprünglich antiimperialistisches projekt im wege stand. ergebnis ist die besetzung

somalias durch us-soldaten; zur strategischen kontrolle afrikas. ergebnis ist die erneute bombardierung des iraks und die durchsetzung der entwaffnung des iraks.
die weltweite sozialistische bewegung, hier verstanden als die staaten des bürokratischen sozialismus, marxistisch-leninistische befreiungsbewegungen, parteien und organisationen weltweit, zog bei der ideologischen wende beinahe ausnahmslos mit - sei es aus eigeninteresse ihrer bürgerlich-patriarchalen führungen oder aus dem zwang der sich verschärfenden verhältnisse.
das imperialistische patriarchat baut die 'neue weltordnung' von oben her auf. um darin erfolgreich zu sein, benötigt es und bedient es sich maßgeblich der mitwirkung von ehemals oppositionellen parteien, organisationen und bewegungen, die sich die grundzüge des neuen denkens zu eigen gemacht haben.
was hat das nun mit dem heutigen thema zu tun?
die raf und mit ihr ein teil der hiesigen antiimperialistischen bewegung reiht sich mit ihrer "suche nach neuen wegen" in genau diese entwicklung ein.
in den erklärungen der raf von april und august und in jener an die teilnehmerinnen und teilnehmer des anti-weltwirtschaftsgipfel-kongresses sind die grundzüge der oben skizzierten neuen rhetorik des reformismus samt seiner bürgerlich-idealistischen, kapitulationistischen und chauvinistischen inhalte wiederzufinden.
ausgangspunkt der raf in ihren erklärungen zur beendigung des bewaffneten kampfes ist eine "veränderte welt", in der es "tausend probleme" gibt, die "nach lösungen schreien", weil sie sonst die "ganze menschheit in die katastrophe führen". die jeweiligen befreiungsbewegungen und "völker" sind auf sich selbst zurückgeworfen. sie müssen aus "ihrer speziellen geschichte und ihren bedingungen" ohne die althergebrachten wahrheiten aus der zeit des kalten krieges "authentische ziele" und "Lösungen" entwickeln. es ist eine welt, in der die menschen das recht auf die erfüllung "unmittelbar konkreter bedürfnisse gegen die herrschenden durchsetzen" müssen, in der alle althergebrachten wahrheiten, analysen und erkenntnisse überdacht und aufgegeben werden müssen, um raum für neues, lebendiges, lösendes, politisches zu öffnen.
politischen inhalt, umsetzung und auswirkungen der raf-schen neuen rhetorik des reformismus werde ich im folgenden exemplarisch verdeutlichen.

von der marxistisch-leninistischen klassenanalyse mit großen blinden flecken zur fehlenden klassenanalyse und zum subjektivismus

auf die frage, wie es dazu gekommen ist, kann ich hier nicht so eingehen, wie es nötig wäre.
in der april- und august-erklärung der raf 1992, sowie in der darauffolgenden diskussion innerhalb der gemischt-geschlechtlichen linken (mit wenigen ausnahmen) hat dieses angeschlagene politische bewußtsein nun ein ausmaß erreicht, das eindeutig als reformistisch bezeichnet werden muß.
von dem in sich schon unvollständigen antagonismus "proletariat" - "bourgeoisie" ist nichts mehr übriggeblieben, die rede ist nur noch von "menschen". im kontext der "herrschenden verhältnisse" von "menschen" zu sprechen, negiert die gesamte ausbeutungs- und gewalthierarchie im imperialistischen patriarchat. es ist gewiss kein zufall. der entsprechende griechische begriff 'homo' bedeutet übersetzt gleich, entsprechend mann. die in der verwendung des begriffes 'mensch' liegende negation von unterschiedlichen ausbeutungssituationen kann nicht alleine mit fehlendem politischen bewußtsein erklärt werden, ihr liegt ein subjektivismus zugrunde, der es schafft, sich selbst als nabelpunkt der welt zu begreifen. nur so wird es möglich, alles zu vergessen, was über (oder besser unter) das eigene sein hinausgeht, der "kampf" wird so zum eigenen heilungsprozess, zur legitimation der eigenen "befreiung".
frauen können sich niemals den luxus erlauben, die "eskalation zurückzunehmen". für frauen herrscht täglich krieg, der nur mit einem gegenkrieg von unten zu überleben ist. das fehlende ziel: die befreiung der frauen in bisher allen patriarchal-linken konzeptionen macht deutlich, daß der feminismus nicht ein einziges ausbeutungsverhältnis vergessen darf. die reformistische, konterrevolutionäre entwicklung der raf und der antiimperialistischen bewegung ändert das kräfteverhältnis aber auch für andere fortschrittliche kräfte gegenüber dem imperialistischen patriarchat zum schlechten.

der subjektive bruch mit dem system = qualität und verherrlichung

schon oft wurde oberflächlich analysiert, daß die raf in ihren anfängen ein ideologisches konzept und daraus analytische kriterien gehabt, diese aber über die jahre aufgegeben hätte. eine solche betrachtung ist undifferenziert. als produkt der gesellschaftlichen widersprüche ihrer zeit prägten drei ideologische grundelemente die raf in der brd:
1. eine marxistisch-leninistische klassenanalyse und einschätzung der sozialen situation für die metropolen, die sich in etwa auf der ebene auch anderer kommunistischer gruppen der zeit bewegte;
2. eine theoretisch und praktisch internationalistische/antiimperialistische ausrichtung ihres kampfes;
und
3. - aus der entwicklung der 60er jahre hervorgehend - nicht nur das theoretische wissen von der bedeutung der "entfremdung" und der "totalität des systems" für den kampf in den metropolen, sondern die praktische antwort darauf als perspektive, "der subjektive bruch".
stimmt es, daß die kämpfenden damals für die klassenanalyse in den metropolen und für den internationalistischen kampf auf ideologische grundsätze und erfahrungen zurückgreifen konnten, so stimmt es auch, daß sie die ideologischen/politischen kriterien nicht auf den dritten bereich übertrugen. der "subjektive bruch" blieb subjektivistisch, machte das individuum zur zentralen instanz einer moralischen entscheidung: subjekt ist jede und jeder selbst im kampf und sich selbst verantwortlich.
aber: jede politische/gesellschaftliche entwicklung entsteht aus der dialektik des aufstandes von unten gegen die herrschaft von oben. jede äußerung von widerstand ist ausdruck dieses kräfteverhältnisses innerhalb der gesamtgesellschaftlichen bedingungen. auch wir, mit dem was wir heute wissen und denken, sind ein ausdruck der gesellschaftlichen verhältnisse, in denen wir leben. in der geschichte der raf hat sich der "subjektive bruch" zu so etwas, wie einer zuflucht in der vorstellung, zur nische jenseits der gesellschaftlichen bedingungen entwickelt, und damit zu einer konterrevolutionären ideologie. es gibt aber weder für einzelne noch für kollektive die möglichkeit, sich jenseits des gesellschaftlichen kräfteverhältnisses zu definieren und zu bewegen. nichtsdestotrotz liegt gerade im aufgreifen der theorien über die entfremdung und die totalität der herrschaft in den metropolen, in der beantwortung dieser realität (dem durchbrechen des staatlichen gewaltmonopols) die gesellschaftliche bedeutung der raf.

für die feministische bewegung heute ist es wichtig, zu verstehen, daß die frauenbewegung damals und mehrheitlich auch heute noch organisierte militante politik vielfach praktisch ablehnt, ja bereits theoretisch für unangemessen, weil "unweiblich" erklärt. zurück zur bedeutung des "subjektiven bruchs": als lesbische feministin ist mir sehr bewußt, wieviel kraft freigesetzt wird, wenn frauen subjektiv "brechen" mit ihrer rolle und funktion in dieser gesellschaft. im patriarchat sind männer akteure, also subjekte und frauen opfer, also objekte. daraus aufzustehen und subjekt zu sein im kampf für die befreiung der frauen heißt für jede frau persönlich ganz viel. heißt, erfahrene verletzungen nicht länger zu leugnen und zu ignorieren; heißt, die eigene realität jenseits von patriarchaler verschleierung wahrzunehmen; heißt, die kraft der frauen, fast alles ertragen zu können, umzuwandeln in den mut, nicht länger alles ertragen zu wollen!
"der entschluß, die welt zu nähren, ist der einzig sinnvolle entschluß. noch keine revolution hat diese wahl getroffen. denn sie verlangt, daß alle frauen frei sind...
solange wir einander nicht finden, sind wir allein." (adrienne rich)
"es existiert heute eine vielzahl von möglichkeiten, diese gesellschaft zu verändern. es wäre kriminell und unmenschlich, sie nicht auszunutzen. alles, was möglich ist, um dieses system zu verändern, muß getan werden. dies ist, so glaube ich, der tiefere sinn unseres lebens.'
(mara cagol 1969, als kämpferin der brigate rosse von den carabinieri 1975 erschossen)
seit april 1992 erklären die raf und teile der gefangenen, warum der deutsche staat nun aus der oben genannten einordnung auszunehmen ist. die raf und teile der gefangenen arbeiten mit mehreren argumentationslinien. da wird einmal aus der geschichte der brd erzählt, daß es in diesem land keine "resistance" gegen den faschismus gegeben hat, daß es vor über 20 jahren so aussah, als könnte die brd in einen "neuen faschismus" abkippen, daß es damals also gerechtfertigt war, das historisch versäumte nachzuholen und resistance zu machen. für heute sei dieses konzept allerdings überholt, weil die brd sich als gefestigte demokratie erwiesen habe. (nachzulesen z.b. im spiegel-interview der celler gefangenen im juni 1992)
sie denunzieren erstens ihre eigene geschichte, da sie nicht als bürgerlich-antifaschistische resistancebewegung, sondern als kommunistische stadtguerilla angetreten sind. zweitens arbeiten sie allgemein darauf hin, die erfahrung des bewaffneten kampfes als strategie aktuell und historisch zu liquidieren.
die brd ist nichts anderes als die bruchlose restrukturierung und reorganisation der gleichen herrschafts- und ausbeutungsinteressen, die einige jahre vorher ihre gewinne mittels faschismus, völkermord und krieg sicherten. unter der schwarz-rot-goldenen fahne der demokratie benutzten und benutzen gerade die herrschenden die drohung vom "wiederhereinbrechen des faschismus" als katastrophenszenario zur legitimation der von oben bewachten ruhe und ordnung des bürgerlich-kapitalistischen patriarchats. millionen gürtel sollen enger geschnallt werden, damit das deutsche kapital und sein staat mit dem so herausgepreßten geld das aggressive vorantreiben seiner imperialistischen großmachtpläne finanzieren kann (stichwort: annektion der ddr, zugriff auf die märkte in osteuropa, südost-asien usw., eg und großraumformierung, bundeswehr im 'friedenseinsatz', schließung der grenzen gegen flüchtlinge usw. usf.). um sich gegen verschärfende gegensätze im innern abzusichern, werden alte und neue faschisten real und medienwirksam aufgebaut und benutzt als legitimation, um das bollwerk des deutschen staates funktionstüchtig auszubauen. in diesem sogenannten "klima der angst" rufen plötzlich nicht nur "bundesdeutsche normalbürgerinnen und normalbürger" nach einer weise lenkenden ordnungskraft. da "akzeptieren" auch viele linke "das kleinere übel".
frauen sind aufgrund ihrer sozialisation auf frieden und harmonie eingeschworen. wir beobachten, daß auch viele linke frauen immer mehr vor der konfrontation mit den verhältnissen zurückweichen, protestieren, wachen, sich zurückziehen. feministinnen wissen, daß die herrschende realität immer beängstigender wird. aber sie wissen auch, daß sich dukken nicht vor schlägen schützt, daß die herrschenden die unsicherheiten benutzen wollen, um die einen gefügig zu machen und zu integrieren und die anderen zu isolieren und anzugreifen.
frauen haben ein großes selbstschutzinteresse, sowohl diesen kern faschistischer ideologie und gewaltausübung zu bekämpfen, als auch deren verkörperung in form konkreter faschisten/männer.
der deutsche staat benutzt die faschisten und die angst der menschen vor faschistischer gewalt, um seine macht zu festigen. und wer, wie die celler gefangenen, in dieser zeit feststellt, daß die brd sich gegen einen "neuen faschismus" als bürgerliche demokratie behauptet hat, die/der handelt mit bewußter absicht, macht propaganda für das system und gibt dem staat deckung gegen links.
die raf betont außerdem, daß wir in einer zeit leben, in der die gewalt so weit bis in jede zwischenmenschliche beziehung vorgedrungen sei, daß das mittel der gewalt damit stumpf und entwertet und somit aufzugeben sei - und alle müßten nun "ganz neu überlegen".
dem feminismus ist ein gewisses bewußtsein über das ausmaß der strukturellen und individuellen gewalt während der letzten zwei- bis viertausend jahre von männern gegenüber frauen vor allem in "zwischenmenschlichen beziehungen" zu verdanken. wer so argumentiert, entwaffnet den aufstand von unten: direkt und geschichtlich, psychologisch, emotional, politisch.
der feminismus beinhaltet allerdings keineswegs kommunistische konzepte wie z.b. das avantgarde-konzept einer bewaffneten stadtguerilla!
"gewalt" ist ein begriff, der in den letzten monaten verstärkt in der sogenannten öffentlichen diskussion auftaucht. dahinter steht ein bewußtes und - wie es scheint - leider auch erfolgreiches system: "gewalt" wird durch die dauernde berufung zur schlange, vor der die kaninchen erstarren. jede gesellschaftliche auseinandersetzung soll so auf die sogenannte "demokratisch-rechtsstaatliche" ebene fixiert werden.
die öffentliche gewaltdebatte ist insofern ein strategischer counterzug des staates, denn - solange eine fixierung gelingt - ist dies die festschreibung der herrschenden gewaltverhältnisse. es ist notwendig, öffentlich zu unterscheiden zwischen faschistischer gewalt, gewaltmonopol des staates und rebellion von unten; es ist notwendig, position zu beziehen.
wenn die raf ihre aufforderung zum gewaltverzicht gefühlsbetont zu untermauern versucht mit dem jammer: "wir haben immer nur auf den feind gestarrt, uns nie um uns gekümmert", dann ist das nicht nur unpolitisch und entpolitisierend, sondern sexistisch und rassistisch, ausdruck der privilegien weißer männer (und sich daran orientierender weißer frauen). ein privatisierendes päuschen, wie die raf es vorschlägt, heißt mehr vergewaltigte frauen, mehr sexuell ausgebeutete mädchen, mehr diskriminierung und entwürdigung, mehr ökonomische ausbeutung für jede einzelne und für unser geschlecht als sozial unterdrückte klasse, heißt das fortbestehen, die festigung der herrschaft.
"ich bin nicht frei, solange noch eine einzige frau unfrei ist auch wenn sie ganz andere fesseln trägt als ich. ich bin nicht frei, solange noch ein einziger farbiger mensch in ketten liegt. und solange seid auch ihr nicht frei." (audre lorde)
in einer gesellschaft, in der weltweit frauen und mädchen aufgrund patriarchaler machtordnung unterdrückt werden, vergewaltigt werden, ihre gefühle, ihre

kreativität, ihre körper, ihre phantasie, ihre lust, ihre arbeitskraft, ihre intelligenz, ihr wissen ausgebeutet werden, in der frauen eine unterstellte, eine kolonisierte soziale klasse sind, haben frauen individuell und kollektiv die berechtigung, mit jedem mittel gegen das system ihrer unterdrückung und gegen jeden einzelnen unterdrücker vorzugehen! die würde der frauen zu wahren, ist grund genug, sich zu wehren. feminismus ist nicht nur selbstverteidigung mit dem rücken zur wand und dem grauen im herzen. feminismus ist nicht allein der gesellschaftliche rückzug in frauengemeinschaften. das empören gegen ungerechtigkeit, die wut im bauch, die theorie von unterdrückung und veränderung. feminismus ist mehr als die reaktion auf politische umstände oder materielle bedingungen. feminismus ist das bewußtsein, nicht nur von ursachen der unterdrückung, sondern auch von bedingungen, notwendigkeiten, möglichkeiten der veränderung. dieses bewußtsein ist nicht abstrakt, sondern ist die benennung von verantwortlichen, täglich, nächtlich, privat und öffentlich, hier und international!
hamburg, den 20. februar 1993

Die RAF - eine nachholende Résistance? Die BRD - eine gefestigte Demokratie?

Auszüge aus dem KONKRET-Interview der Celler Gefangenen (6/1992) und dem *Odranoel*-Beitrag von Lutz Taufer

In der in dieser Broschüre abgedruckten "Feministischen Kritik" an der neuen RAF Politik heißt es: "da wird einmal aus der geschichte der brd erzählt, daß es in diesem land keine 'résistance' gegen den faschismus gegeben hat, daß es vor über 20 jahren so aussah, als könnte die brd in einen 'neuen faschismus' abkippen, daß es damals also gerechtfertigt war, das historisch versäumte nachzuholen und résistance zu machen. für heute sei dieses konzept allerdings überholt, weil die brd sich als gefestigte demokratie erwiesen habe. (nachzulesen z.b. im spiegel-interview der celler gefangenen im juni 1992). sie denunzieren erstens ihre eigene geschichte, da sie nicht als bürgerlich-antifaschistische résistancebewegung, sondern als kommunistische stadtguerilla angetreten sind. zweitens arbeiten sie allgemein darauf hin, die erfahrung des bewaffneten kampfes als strategie aktuell und historisch zu liquidieren." Die Verfasserinnen sind dafür verschiedentlich der Lüge geziehen worden. Zwar gibt es kein "spiegel-interview der celler gefangenen im juni 1992". Inhaltlich wollen wir es aber unseren LeserInnen überlassen, selbst zu entscheiden, ob sie die These der Verfasserinnen der feministischen Kritik für eine Lüge, oder für die polemisch Herausarbeitung einer Tendenz, die sich *auch* in der Argumentation der Celler Gefangenen findet, halten.

1. Aus dem KONKRET-Interview
"Taufer: [...]
Unsere Einschätzung damals war, daß sich der Imperialismus 'in der strategischen Defensive' befindet. Es waren weltweit und zeitgleich Kräfte gegen das US-dominierte imperialistische Weltsystem heraufgewachsen, und vor dem Hintergrund von **Auschwitz** und Vietnam war es politisch und moralisch denkbar, auch mit dem Versuch des bewaffneten Kampfs in den Zentren des Imperialismus, diesem Aufstand mit allen Kräften beizutreten. Die **schillernde Haltung, die Politik, Wirtschaft, Justiz, Militär zur faschistischen Vergangenheit**, und die eindeutige Position, die sie für den Genozid in Vietnam einnahmen, ließ darüber hinaus die **Frage** offen, **ob der Faschismus in Deutschland wieder hervorkriechen könnte. Der bewaffnete Kampf in der Bundesrepublik war gewissermaßen auch der Versuch einer nachholenden Résistance.**
[...]
Die kommende Ära wird die Ära der sozialen Bewegungen sein, der ökonomischen und sozialen Erfindungen. Vorausgesetzt, es gelingt, den dazu nötigen Raum aufzumachen und konkreter Utopie endlich mal einen diesseitigen Sinn zu geben. Denn die Alternative wäre eine sich ausbreitende diffuse Gewalt und Destruktivität von jenen und gegen jene, die um ihr Überleben kämpfen. Und was dann eine RAF zur Gewaltfrage sagen würde, wäre dieser Eskalation gegenüber völlig gleichgültig.
Von dieser veränderten Weltlage spricht die Erklärung der RAF. Es ist keine Kapitulation, es ist die konsequente Neuorientierung auf eine **Situation, zu der die bewaffnete Aktion quer steht.**
Gremliza: [...]
Dellwo: [...]
Heute fehlt etwas anderes. **Das ist heute nicht durch die Staatsmacht begrenzt.** Es fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer Sinn für die Gesellschaft. Ich weiß, daß es etwas mit der Eigengeltung von Mensch und Natur zu tun hat, die wir uns zurückerobern müssen. Aber unsere erste Schranke ist heute die Entfremdung in der Gesellschaft.
[...]
Gremliza: [...]
Taufer: [...]
Gremliza: [...]
Taufer: Was die Liebe zum Vaterland angeht, die von vielen entdeckt wird - das hat u.a. seinen Ursprung auch darin, daß der Geist der grundsätzlichen Opposition gegen den Kapitalismus von 68 über die Legende von der endgültigen Demokratie liquidiert wurde, die 68 bewirkt haben soll. Ich denke, daß die Diskussion, die die RAF jetzt angestoßen hat, auch die Chance bietet, die letzten 25 Jahre noch einmal neu zu bewerten."
(aus: KONKRET 6/1992, 10 - 19 [11, 12] - Hervorh. d. Hg.).

2. Auszug aus dem Odranoel-Beitrag von Lutz Taufer
"Eine soziale, eine sozialrevolutionäre Bewegung war '68' nur in ersten naiven, und deshalb um so kreativeren Ansätzen. In ihrem Wesen war sie **Abwehrschlacht gegen** tatsächliche oder **vermeintliche Faschisierung *im politisch-staatlichen Bereich*** und insofern Wiederholung oder Verlängerung der antifaschistischen Politik der Weimarer Arbeiterparteien. Was wirklichkeitsfern an dieser Bewegung

war, war vor allem Spiegel einer pathologischen politischen Kultur, in der frühere Nazis durchaus etwas zu sagen hatten, der ersten Nachkriegsgeneration aber eins über die Schnauze gezogen würde, sobald sie den Mund aufmachte. Die freudlosen Gesichtszüge der Negation sind der Linken - von Ausnahmen abgesehen - bis zum heutigen Tage geblieben: die **Abwehrschlacht gegen** Staat, **Faschismus**, Imperialismus. **Nicht zuletzt in meinem eigenen politischen Milieu.** Die Analysen sind Legionen, in denen die Herrschenden und ihre Absichten entlarvt, eigene Vorstellungen aber nur sehr zurückhaltend mitgeteilt werden. Wer zehn, zwanzig Jahre lang in diese trostlose Sackgasse gestarrt hat, dabei im aggressiver werdenden Imperialismus den Beweis entdeckt hat, daß wir alles richtig gemacht haben, wird so leicht den Mut nicht finden, einen freien und unabhängigen Blick zu riskieren. Der erste Schock ist mit Sicherheit groß. Jene, die diese schlechte Unendlichkeit des Negierens noch am ehesten loslassen könnten, gehen in die **Illegalität**. Damit sind wir sie dann aber auch los. Von dort teilen sie uns mit, was dieser oder jener an Schweinereien gemacht hat. Als ob diese Einzelheiten irgendeinen Gebrauchswert hätten! 80% aller Jugendlichen fühlen sich von den Politikern betrogen und belogen. **"Das legale Land ist nicht das wirkliche Land." Von außerparlamentarischen Möglichkeiten in dieser Breite hatten wir vor 25 Jahr nie zu träumen gewagt.** Wir überlassen es mal wieder den Rechten. [...].

Einer der Hauptgründe für das Zusammengehen von CDU und SPD war die heftig umstrittene Verabschiedung der **Notstandsgesetze**. Ein Gesetzespaket also, das die Grundlagen für den inneren Ausnahmezustand regelte. **Mehr als alles andere sah das nach totalitärer Entwicklung aus.** Kern dieses Pakets war der Einsatz der Bundeswehr, der Armee also, zu polizeilichen Zwecken der Aufstandsbekämpfung. Die **Ausschaltung des Parlaments** war vorgesehen. Und das alles schließlich mit legalen Mitteln. War nicht auch **Hitler** auf verfassungsmäßigem Weg an die Macht gekommen?! Subjektiv eingezwängt in eine historische Situation, in der die Vergangenheit noch nicht zu Ende war und bereits als Zukunft wieder zu drohen schien, trugen die Notstandsgesetze erheblich dazu bei, das alte Trauma wieder zu wecken.

[...].

Drei Stränge hat 68 entwickelt: den internationalistischen, der mit dem Vietnamkrieg steht und fällt. Die spätere Denunziation des Internationalismus, die Kündigung der internationalen Solidarität würde ich nicht als Emanzipationsschritt bezeichnen. Angesichts der globalen Verhältnisse schon gar nicht.

Die emanzipative, sozial-erfinderische Tendenz. Hat sie auch Überraschendes, Tiefgängiges hervorgebracht, ist sie doch meist seltsam zwiespältig und unterernährt geblieben.

Schließlich, was heute gern als gelungene Demokratisierung gesehen wird. **Wäre der Faschismus jene rein staatsterroristische Veranstaltung gewesen, *als die wir ihn damals empfunden hatten*, konnte man das so sagen.** Er war es aber nicht, die 'Demokratisierung' war wohl eher eine Modernisierung des zweigleisigen Systems der Macht."

(aus: Lutz Taufer, *Gedanken gegen die Mauern*, in: Pizza [Hg.], *Odranoel*. Die Linke -- zwischen den Welten, Verlag Libertäre Assoziation: Hamburg 1992, 59 - 121 [67 f., 69, 76 f.] - Hervorh. d. Hg.).

Das "System", der "politisch-staatliche Bereich", hat sich modernisiert - die Voraussetzungen des bewaffneten Kampfes sind entfallen, "veränderte Weltlage" hält?!

Antwort auf den Text "feministische Perlen vor antil... E..." (interim 229)*

Wir wollen zu Eurem Referat Stellung beziehen.

"Wir" sind deutsche Lesben aus dem linksradikalen Frauen/Lesbenspektrum.

Euer Referat hat in uns widersprüchliche Überlegungen/Gefühle ausgelöst. Gut fanden wir, daß Feministinnen zu der jüngsten Entwicklung der RAF Stellung beziehen, und daß Ihr deutlich macht, warum eben dies für Feministinnen notwendig ist. Ebenso wichtig ist es, daß Ihr "Feminismus" auf die ursprüngliche Bedeutung "Befreiung von sämtlichen Herrschaftsverhältnissen" zurückführt.

Wichtig ist auch, daß Ihr deutlich macht, daß die RAF Gefahr läuft, reformistische Politik als "das Neue" zu verkaufen. Wir teilen diese Befürchtung. Allerdings richtet sich unsere Kritik an die Verknüpfung der "politischen Neubestimmung" mit der "Gefangenenfrage", wie wir am Schluß erläutern werden. Viele Punkte, die Ihr ansprecht, sehen wir auch als Gefahr. Wir kritisieren jedoch, daß Ihr mit Unterstellungen, Pauschalisierungen und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten arbeitet, die haarsträubend sind. Wir hoffen, daß am Ende unseres Textes nicht der Eindruck entsteht, wir seien unkritisch gegenüber den jüngsten Aussagen der RAF. NUN DENN:

Aus den Erklärungen der RAF vom April und August 92 wird erstmal nur deutlich, daß sie von sich aus die Eskalation zurücknehmen. Was das heißt, sagen sie konkret: "Wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen." (An alle, die auf der suche nach Wegen sind, 10.4.92).

Die RAF hatte bestimmte Konzepte und sehr genaue Vorstellungen, auf welchem Wege das System hier gekippt werden kann. Dieser Kampf ist eindeutig an Grenzen gestoßen. Diese Erfahrung, wie auch die veränderte internationale Situation, einschließlich der Entstehung "Großdeutschlands", werfen viele Fragen auf.

Daß die RAF entscheidet, Ihre bisherige Form des bewaffneten Kampfes einzustellen, halten wir für legitim. Die Frage an Euch: Haltet Ihr es für politisch sinnvoll, als pol. Strategie weiterhin ab und an einen Repräsentanten dieses patriarchal-imperialistischen Systems auszuknipsen?

Ihr macht aus der Entscheidung der RAF, diese Strategie nicht weiterzuführen, eine Absage der RAF an Gewalt generell. So sollen die Celler Gefangenen in einem

Spiegel-Interview (Juni 92) gesagt haben, die BRD habe sich als gefestigte Demokratie erwiesen. (Deswegen sei Resistance nicht mehr nötig). Dieses Interview haben wir nicht gefunden.
Weiterhin unterstellt Ihr, die RAF schlage ein privatisierendes Päuschen vor, und nennt das "rassistisch und sexistisch" (S. 9, in dieser Broschüre S. 80, Anm. d. Hg.). Was ist daran sexistisch und rassistisch, wenn eine Guerilla ihre eigene Art zu kämpfen hinterfragt?
Wie Ihr am Anfang Eures Textes gut herausgearbeitet habt, hat die RAF ihre Aktionen ausschließlich gegen die Herrschenden bzw. ihre Einrichtungen gerichtet. Darin hatten allerdings der Kampf von Frauen gegen Männer, wie auch der Kampf von Schwarzen gegen Weiße und viele andere Kämpfe keinen Platz. Sie sind zum Teil nicht einmal als notwendig erachtet worden.
Wir glauben, daß Ihr Eure Behauptung, die RAF wolle generell auf Gewalt verzichten, aus dem NDR-Interview vom 16.5.92 mit Irmgard Möller, Gabriele Rollnik, Hanna Krabbe & Christine Kuby nehmt:
"Aber was sich z.B. auch verändert hat, ist (....) aber auch die Funktion von Gewalt. Hier in der Gesellschaft, was wir jetzt sehen, ist eine unheimliche Brutalisierung (...) wie gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden. Daß also die Menschen die Gewalt, die auf sie einwirkt (...) gegeneinander wenden. (...). Die Gewalt, die in den sechziger und siebziger Jahren was besonderes war und die auch die Funktion hatte - von unserer Seite - gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen (...) heute sehen wir auch an anderen militanten Aktionen, daß sich daran (an der Gewalt, Anm. von uns) nichts mehr entwikkelt." (Hanna Krabbe).
Von dieser Aussage her, habt Ihr mit Eurer Kritik allerdings recht. Nur: diesen Aufruf zum Gewaltverzicht, wenn es denn einer ist, finden wir nicht in den RAF-Erklärungen. Es ist einfach verwirrend und führt ausschließlich zu Mißverständnissen, wenn Ihr nicht eindeutig angebt, auf welche Texte Ihr Euch bezieht und welche Texte speziell Ihr kritisiert.
Zurück zum "privatisierenden Päuschen". Ihr schreibt: "Ein privatisierendes Päuschen, wie die RAF es vorschlägt, heißt mehr vergewaltigte Frauen, mehr sexuell ausgebeutete Mädchen usw." (S. 9, in dieser Broschüre S. 80, Anm. d. Hg.).
Wir sagen: Die Fortführung des Kampfes der RAF hätte keine einzige Vergewaltigung verhindert, da antipatriarchaler Kampf nie in (deren, Einf. d. Hg.) Theorie und Praxis verankert war. (Zugegeben, das ist polemisch. Wir wissen, daß Ihr das auch so seht.).
Ihr hättet nur dann recht, wenn die RAF alle hier lebenden Frauen, Männer, Jungen, Mädchen aufgefordert hätte, in Zukunft gewaltlos für Veränderungen zu kämpfen.

Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt ist ein undifferenziertes "Frauen-als-Opfer"-Bild. Es hat uns gefallen, daß Ihr "Feminismus" wieder mit revolutionären Inhalten füllt, und daß Ihr deutlich macht, daß gerade rev. Feministinnen oft weitergehende Analysen haben als gemischt-geschlechtliche Zusammenhänge. Auch ist uns bewußt, daß Ihr das Referat vor gemischt-geschlechtlichem Publikum gehalten habt, und vielleicht auch deshalb möglichst widerspruchslos argumentieren wolltet. Trotzdem sind manche Äußerungen einfach übel bzw. von reinem Wunschdenken gespeist:
"Die feministische Bewegung wird an dem Ziel der Befreiung aller pol. Gefangenen festhalten." (S. 3, in dieser Broschüre S. 77, Anm. d. Hg.).
Schön und gut, und es solle auch so sein. Aber gerade Feministinnen haben sich bis heute herzlich wenig an den Freilassungs- und ZL-Kampagnen beteiligt (als Feministinnen).
"Für Frauen herrscht täglich Krieg, der nur mit einem Gegenkrieg zu überleben ist." (S. 6, in dieser Broschüre S. 79, Anm. d. Hg.).
Stimmt ja eigentlich, aber für das blanke Überleben gibt es insbesondere für weiße Frauen 1000 Möglichkeiten, die sie fleißig nutzen: Anpassung an heterosexuelle Zwänge, "der Charme der Weiblichkeit", rassistisch-faschistisches Treten nach unten uvm.
"Frauen haben ein großes Selbstschutzinteresse, sowohl diesen Kern faschistischer Ideologie (...) zu bekämpfen, als auch deren Verkörperung in Form konkreter Faschisten/Männer" (S. 8, in dieser Broschüre S. 80, Anm. d. Hg.).
HÄTTEN SIE ES DOCH NUR! Auch diese These sehen wir durch keine Realität bewiesen. Denn dieses Selbstschutzinteresse fällt nicht vom Himmel, sondern muß sich erkämpft werden. Grade in jüngster Zeit ist es doch auffällig, wie viele deutsche Frauen sich für ihre mickrigen Privilegien (die meistens oft eher idelle Werte sind) entscheiden, statt die Verhältnisse zu bekämpfen.
Deswegen finden wir Eure Einteilung "Männer - Täter - Subjekte - Frauen - Opfer - Objekte" fatal.

Zur Gefangenenfrage

In der BRD gibt es seit 22 Jahren Kämpfe der rev. Gefangenen.
In den Mobilisierungen ging es immer darum, Forderungen gegen den Staat durchzusetzen. Und natürlich wurde auch verhandelt.
Ihr schreibt: "Die RAF erklärt den Staat zum Verhandlungspartner und erkennt das Gewaltmonopol des Staates an." S. 3, in dieser Broschüre S. 77, Anm. d. Hg.
Na und? War das 1977 anders? Der Staat ist ja nun einmal existent, und von seinem Gewaltmonopol auszugehen, heißt ja noch lange nicht, ihn zu akzeptieren.
Weiter schreibt Ihr: "In einer Situation der Schwäche der Linken - wie z.B. heute - führt der Weg raus nur über die Aufgabe der pol. Identität." (S. 3, in dieser Broschüre S. 77, Anm. d. Hg.).
Wir denken, daß jede Verbesserung für die Gefangenen nur erkämpft werden kann. Das ist für uns auch die interessante Frage: Wie stellen wir uns denn vor, ein Kräfteverhältnis aufzubauen, das die Freiheit der Gefangenen erkämpft? Eure Aussage finden wir fatalistisch, weil darin wir und die Gefangenen zum Objekt gemacht werden. Günter Sonnenberg wurde entlassen, weil es seit Jahren Kämpfe für seine Freilassung gab und nicht, weil er seine Identität aufgegeben hätte.

Wir finden es richtig, die Gefangenenfrage von der Entscheidung der RAF zu trennen, bzw. halten wir die Verbindung "Rücknahme der Eskalation"; Auseinandersetzung um die Freiheit für falsch!
Weil sie den Geiselstatus der Gefangenen fortsetzt, ihre Freilassung mit der Frage des bewaffneten Kampfes verknüpft. (Was in der Erklärung vom April darin gipfelte, mit seiner Wiederaufnahme zu drohen, falls der Staat die Gefangenen nicht rausläßt.).
Wir glauben, daß eben diese Verknüpfung die Fragen und Widersprüche zur Entscheidung der RAF genährt haben. Zumindest ging es uns so. Auf der einen Seite sehen auch wir die Notwendigkeit einer Zäsur, wünschen wir uns eine Diskussion über Neubestimmung revolutionärer Politik. Grade auch, weil wir als Feministinnen Strategie und Analyse der RAF kritisieren, könnte das Angebot zur Diskussion ja auch eine Möglichkeit sein, unsere Vorstellungen, Fragen und Ziele zu formulieren. Eine Debatte einzufordern. Wie seht Ihr das?
So, wie die Erklärungen aber geschrieben waren, wurden auch wir den Verdacht nicht los, daß sie sich mehr an den Staat, als an die rev. Linke richten. Aber, wir wissen es nicht. Stellt sich heraus, daß der Vorschlag zur Diskussion nur vorgeschoben ist, stimmen wir dem Begriff "konterrevolutionär" zu.
Aber so eindeutig finden wir das noch nicht!

...jetzt hat uns Weiterstadt samt Erklärung "eingeholt", wir lassen den Text trotzdem so stehen, weil es uns nicht um ein fertiges Produkt, sondern um Auseinandersetzung geht.

Liebe Grüße!

Anm. d. Hg.:
* Die Feministische Kritik erschien in der *interim* mit einer Vorbemerkung, die die hier zitierte Überschrift trug.
Der Text ist im Original in konsequenter Kleinschreibung geschrieben. Die Passagen in konsequenter Großschreibung sind in dieser Form aus dem Original übernommen.

clock
work
129 a

☆ die zeitung für die freiheit der politischen gefangenen
☆ information über 129a - verfahren und andere politische prozesse

abobestellung -mind. 5 exempl. á -,50dm
einzelexemplar -gegen 3.-dm in briefmarken

clockwork 129a
leibnizstraße 24
6500 mainz

Die Beute

Bisher vorgesehene Themen

Beyond Blade Runner
Gespräch mit Mike Davis über Gewalt, Sicherheit, Urbanität

Vom Punk zum Harcore und zurück

Autoritäre Demokratie, neofaschistisch-parlamentarisches Regime?
Fortsetzung der Debatte

Feministische Intellektuelle
Zwischen Kult und Kritik

Algerien
Politischer Islam und das Ende des alten Regimes

Kill the darling
... Ein Abgesang auf den politischen Dokumentarfilm

Die Klassentheorie des Oparaismo
als Orientierung für autonome Politik?

Europa vorn
Internierung und Vertreibung
Strukturelle Gewalt gegen Behinderte

Nation of Islam
Ein US-amerikanisches Medienereignis

Antisemitismus
»Einfühlung« als Methode linker Geschichtsschreibung?

Zwei rosa Pünktchen. Biste Positiv?
Slam Poetry von Paul S. Beatty

White Soul: Country-Music, Roots-Rock-Revival
Negative Mißverständnisse in der europäischen Rezeption

Edition ID-Archiv, Buchversand
Knobelsdorffstraße 8
14059 Berlin

Heft 3 der *Beute* erscheint Anfang September

V. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen II: Zur kommunistischen Debatte über das Patriarchat

> "Wir lassen uns in Scheindebatten über Mackerverhalten in der Szene nicht mehr verwickeln, (...)."
> **Kommunistische Brigaden, *Beitrag zur Debatte...***

"Frauen, die das Machtverhältnis zwischen Frauen und Männern bekämpfen, Frauen, die der patriarchalen Norm (...) den Krieg erklären, Frauen, die die herrschenden Verhältnisse, die Herrschaft im wahren Sinne des Wortes radikal aufheben wollen, bedürfen nicht so sehr der männlichen Genossen, die sich für ihre Freunde halten, als der männlichen Genossen, die bereit sind, zum Feind des Mannes zu werden."
Ingrid Strobl, in: *Metropolen(gedanken) & Revolution*, 13 - 25 (25)

> "(...)der Kampf gegen das Patriarchat (muß) immer in der Orientierung als Kampf gegen den Kapitalismus bestimmt werden."
> **Kommunistische Brigaden, *Beitrag zu Debatte...***

"Die Art und Weise, in der Kapital, Patriarchat und 'Rasse' die Ausbeutung und Unterdrückung (...) strukturieren, läßt es unmöglich und auch nicht wünschenswert erscheinen, einen vornehmlichen Grund von Unterdrückung auszusondern: (...)."
Pratibha Parmar zit. n. Klaus Viehmann u.a., *Drei zu eins*

1. Stellungnahme der Kommunistischen Brigaden
2. Stellungnahme der belgischen CCC-Gefangenen
3. Kritik von Pro Kommunismus an diesen beiden Texten

Kommunistische Brigaden

Patriarchatsdiskussion

Prinzipiell muß gesehen werden, daß die Installierung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen ebensowenig wie jegliche anderen Instrumentarien des kapitalistischen Systems einen Selbstzweck darstellt. Das Patriarchat als soziale Struktur unterscheidet sich vom Zeitpunkt der Einführung der kapitalistischen Produktionsweise an insofern vom vorherigen gesellschaftlichen Prinzip, da es mit klarer Bestimmung zu einem funktionellen Integral im Produktions-Reproduktionszyklus geworden ist. Es ist für eine revolutionäre Theorie, die Massenperspektive haben muß, von elementarer Bedeutung, bei der Behandlung dieser Thematik eine grundsätzliche Differenzierung vorzunehmen, da sich das Patriarchat als Integral der bestehenden Herrschaftsstrukturen auf verschiedenen Ebenen auch unterschiedlich darstellt:

- Im ökonomischen Bezug besteht der funktionelle Wert des Patriarchats im Kapitalismus in der ökonomischen Zwängen unterworfenen Installierung der Frau als Reproduktionsstätte des Arbeiters mit dem sozialen Auftrag, seine Verwertbarkeit als Menschenmaterial für die Produktion von Mehrwert aufrecht zu erhalten und zu reproduzieren. Sie dient als unbezahlte Reproduktionsarbeiterin und darüber hinaus als Gebärmaschine.
- Im politischen Bezug ist die Funktion, neben der Schaffung eines Kanals zur Umsetzung der sozialen Deklassierung des Arbeiters, vor allem darin zu sehen, durch die Schaffung unterschiedlicher "Ränge" in der beherrschten Klasse eine Spaltung und Umorientierung auf die Existenz dieser "Ränge" innerhalb des revolutionären Subjekts, und somit eine Schwächung des Klassenkampfes zu erzielen - also der Einheit in der Orientierung präventiv durch künstlich geschaffene Strukturen, die diese Umorientierung erzwingen, entgegenzuwirken.
- Eine andere Ebene bildet das historisch-strukturell verankerte und bedingte sexistische Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern, das einen eigenständigen gesellschaftlichen Widerspruch darstellt. Dieser ist nicht kapitalismusspezifisch, läßt sich im Kapitalismus aber auch nicht auflösen, da es keinen gesellschaftlichen Ansatz gibt, um einen Kampf gegen diesen Widerspruch zu bestimmen. (Wir negieren natürlich nicht die Notwendigkeit, diese Frage im persönlichen Alltag aufzugreifen, darauf gehen wir am Endes des Kapitels noch ein. Hier aber geht es uns um den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, in dem ein entsprechender Appell praxisfern und illusionistisch ist und keine gesellschaftliche Perspektive hat.).

Für die Zusammenführung des antipatriarchalen und des antikapitalistischen Kampfes ist primär der politisch-ökonomische Bezug von Bedeutung, um die Gesamtheit der Bedingungen des Klassenkampfes richtig umzusetzen und die Positionen darin zu lokalisieren. Leider läßt sich eine Diskussion am Aspekt des funktionellen Wertes patriarchaler Gesellschaftsstrukturen mit dem Ziel, klare Kriterien zur Integration des antipatriarchalen Kampfes in den antikapitalistischen Kampf seit dem Kursieren der "Patriarchatsdiskussion" in Szenestrukturen nur sehr begrenzt feststellen. Auch hier dominiert der Mißstand, daß über den Tellerrand der Szene in der Regel nicht hinausgeblickt wird, daß nicht die soziale Realität im Kapitalismus bzw. der Klassenkampf als Bezugspunkt und Ausgangspunkt dient, sondern lediglich die eigene Szeneidentität. Der antipatriarchale Kampf wird zum Kampf gegen das Instrumentarium verfälscht, das der Installierung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen und der Konditionierung, dem Schaffen einer Basis für unreflektierte Akzeptanz des Patriarchats beim Arbeiter dient; der Kampf wird kanalisiert in Scheinkämpfe reformistischer Art gegen Pornographie etc. **Wenn es richtig ist zu sagen, daß das Patriarchat im Kapitalismus primär als Funktion zu sehen ist, kann es aber keinen wirklich antipatriarchalen Kampf per se, geschweige denn gegen das dem Patriarchat als Basis dienende Instrumentarium geben, sondern muß der Kampf gegen das Patriarchat immer in der Orientierung als Kampf gegen den Kapitalismus bestimmt werden. Zu diesem Zwecke ist nur die Orientierung am politisch-ökonomischen Bezug sinnvoll.** Interessant erscheint in diesem Zusammenhang das scheinbar über Knastkorrespondenz zustandegekommene Papier "Drei zu Eins - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus" (vgl. Interim Nr. 120 vom 25.12.90, S. 15 - 23), in dem versucht wird, die Existenz einer "triple Opression" analytisch zu belegen. Jedoch schweigen sich die VerfasserInnen über den elementaren Aspekt aus, nämlich welche Basis dieses scheinanalytische Gebilde als Grundlage für die Orientierung und die Bestimmung eines revolutionären Kampfes bietet. Die konsequente Weiterführung gemäß dieser Analyse würde bedeuten, im Kampf gegen die gegenwärtigen Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen drei Feinde zu entlarven:

- den Kapitalismus/Imperialismus
- den Mann im Kapitalismus
- den Rassisten im Kapitalismus.

Die letzten beiden Kämpfe werden (von der offensichtlichen Absurdität abgesehen, wie am Anfang erläutert) aber eben nur in der Differenzierung nach ihrem funktionellen, installierten Charakter und ihrer historischen Komponente, und nur durch die alleinige Orientierung am funktionellen Charakter bestimmbar. Rassismus ist eben nicht in erster Linie ein historisches oder genetisches Problem, sondern eine notwendige Institution im sozialen und ökonomischen Gefüge des kapitalistischen Systems, und die Denunziation des Mannes als sexistischen Unterdrücker leitet für sich die Notwendigkeit eines revolutionären, antikapitalistischen Umsturzes nicht ab. Eine anderweitige Bestimmung des Kampfes gegen Rassismus und Patriarchat als orientiert am funktionellen Charakter ist nicht möglich und öffnet höchstenfalls eine reformistische Perspektive. Der Mann hat zwar historisch eine eigenständige Rolle als Unterdrükker inne, ein "Kampf" gegen den Mann im Kapitalismus ist aber substanzlos und nicht bestimmbar, und wird der spalterischen Zielsetzung der Installierung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen gerecht. Es erfordert also nicht, wie eine Schlußfolgerung der VerfasserInnen lautet, eine starke eigenständige antipatriarchale und antirassistische Orientierung (Organisierung), um die Situation, die aus der sozialen Deklassierung der Arbeiter entsteht (Tritt nach unten), anzugreifen und zu kanalisieren, da diese Kämpfe für sich wie gesagt nicht revolutionär bestimmbar sind, keine Ansätze zur Entwicklung einer eigenständigen Massenbewegung bieten. Wenn diese Kämpfe nicht eingebunden in einer antikapitalistischen Orientierung stattfinden, so haben sie als eigenständige Projekte nur den Charakter isolierter Teilbereichskämpfe, die wie andernorts benannt, nicht die Möglichkeit zum Erreichen einer Massenperspektive eröffnen und nur reformistisch wirken können. Es erfordert eine einheitliche antikapitalistische Orientierung, in die antipatriarchale und antirassistische Politik integriert sind.

Gemessen am politisch-ökonomischen Bezug stellt das Patriarchat im Kapitalismus einen Nebenwiderpruch dar, da das Patriarchat wie benannt mitnichten Selbstzweck ist, sondern in seiner Funktion vor allem eine Voraussetzung zur Gewährleistung der Akkumulation von Mehrwert ist.

Im übrigen zeichnet sich in diesem Punkt eine scheinbare Reformierbarkeit des Kapitalismus ab, - das soll heißen, daß sich der Kapitalismus in den Metropolen gegenwärtig so gestalten ließe, daß das Patriarchat als gesellschaftlicher Widerspruch nicht mehr als systemimmanent in Erscheinung treten würde. Das heißt natürlich nicht, daß das historische Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern verschwindet, sondern heißt: die Mechanismen und Widersprüche, die das Patriarchat mit sich bringt, treten nicht mehr als Integral des kapitalistischen Systems auf, die offenkundige Existenz und Auswirkung des Patriarchats im politisch-ökonomischen Bezug werden durch Reformen auf sozialer, ökonomischer, juristischer etc. Ebene verdeckt. Dies resultiert vorrangig aus dem ominösen sozialdemokratisch-behafteten Begriff der Gleichberechtigung der Frau und den damit verbundenen Inhalten heraus, der jede antikapitalistische Tendenz effektiv ausklammert, und sich gegenwärtig als gesellschaftlich realisierbar darstellt.

Durch die damit verbundene Kampagne gegen Erscheinungsformen und Instrumentarien des Patriarchats, also die Umorientierung und Kanalisierung eines antikapitalistischen Kampfes gegen das Patriarchat, ist dem Staat als Instrumentarium des Kapitalismus das Rüstzeug gegeben, diesen reformistischen Forderungen nachzukommen, und den Kapitalismus damit in diesem Punkt scheinbar zu reformieren, was zweckmäßig erscheint, da diese Kosmetik als Effekt die Isolierung und Schwächung eines radikalen antikapitalistischen Kampfes gegen das Patriarchat zur Folge hat.

Um dies noch einmal deutlich zu sagen, die Nichteinbezieung des Hauptaspektes der funktionellen Bedeutung des Patriarchats als analytische Basis und Orientierungspunkt für die Bestimmung des Kampfes gegen das Patriarchat nährt die spalterische Zielsetzung der Installierung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen; die Übernahme reformistischer Scheinprogramme (Kampf gegen Instrumentarien wie Pornographie, Kampf für soziale Gleichberechtigung) in die eigenen Inhalte ermöglicht die Schwächung des antikapitalistischen Kampfes und stärkt die Konterrevolution! **Der Kampf gegen das Patriarchat muß international und klassenbezogen bestimmt und als Kampf gegen Kapitalismus/Imperialismus geführt werden.** Im antiimperialistischen Kontext muß gesehen werden, daß die Diktion patriarchale Gesellschaftsstrukturen als Exportgut der imperialistischen Staaten in die Länder des Trikonts unter ökonomischen Aspekten an Bedeutung verloren hat. Erhalten bleibt die politische Komponente der präventiven Konterrevolution via Bevölkerungspolitik nach dem Motto, "es ist billiger, den Guerillero im Uterus zu töten, als ihn in den Bergen zu erschießen."

Wir lassen uns in Scheindebatten über Mackerverhalten in der Szene nicht mehr verwickeln, weil das nicht die Patriarchatsdiskussion, ja nicht einmal Bestandteil davon ist. Es ist klar, daß Widersprüche zwischen Frauen und Männern angegangen werden müssen. Innerstrukturelle Restaurationsarbeiten belangen uns nicht länger! Uns geht es um die Diskussion über die genannte politische Dimension, um die Schaffung revolutionärer inhaltlicher Substanz und die Bestimmung einer revolutionären Theorie auf der Basis der gesamtheitlichen Analyse der Bedingungen. Läuft es anders herum, so verkommt diese Diskussion um innerstrukturelle Angelegenheiten, ohne daß die Existenz der Strukturen eine inhaltliche Bestimmung hat, zu reinem Selbstzweck und macht so oft deutlich, daß es auch nur um die Szene an sich geht, also um einen selbstgefälligen Club, und nicht um eine revolutionäre Bewegung!

Bertrand Sassoye / Pierre Carette / Pascale Vandegeerde / Didier Chevolet

AN DIE MILITANTEN DER "INTERNATIONALEN INFOLÄDEN"

(Antwort auf den offenen Brief vom Sommer 1990)
AN ALLE GENOSSINNEN UND GENOSSEN
Oktober 1991

EINLEITUNG

A. Zur Erinnerung: der Ursprung der Debatte

Im Oktober 1988 ist eine kleine Broschüre mit dem Titel "Frontline Info / Neues von Frontline", (*) verteilt worden, in der verschiedene Dokumente und Kommuniqués (in französischer Übersetzung oder in englischer Version) zusammengestellt waren. Sie stammte von der Buchhandlung 'Slagerzicht", vom "Internationalen Informationszentrum Frontline', von der "Stedelijk Overleg Amsterdam" und von der "Revolutionär Initief Amsterdam'. Auf diese Weise beabsichtigten die AutorInnen, die Elemente der Information und Analyse bezüglich der damaligen schweren Krise zwischen den militanten Kräften der Niederlande auf die internationale Ebene zu bringen. Sie haben damit versucht, eine Verurteilung der ihnen entgegengesetzten Tendenz zu veranlassen, hauptsächlich gegen "Politieke Vleugel van de Kraakbeweging" und gegenüber der Zeitung "Knipselkrant" - zu deren Boykott sie übrigens aufriefen.

Durch diese Veröffentlichung und die darin genannten Zusammenhänge und Schlußfolgerungen entschieden wir uns, an der Debatte teilzunehmen, und dies umso gewissenhafter, da uns außerdem die Militanten von "Knipselkrant" und vom "Politieke Vleugel van de Kraakbeweging" direkt dazu aufgefordert haben. Im Juli 1989 haben wir mit anderen GenossInnen ein Dokument mit dem Titel "Betreffend die aktuelle Krise zwischen den revolutionären kämpferischen Kräften in den Niederlanden"(*) veröffentlicht. Wir denken, daß die Kenntnis der Broschüre "Frontline Info" vom Oktober/November 1988 und unseres eigenen Beitrags vom Juli 1989 für ein gutes Verständnis der Debatte, wie sie sich zu Beginn darstellte, nützlich ist.

B. Die Entwicklung der Debatte

Unser Dokument vom Juli 1989 hat verschiedene Reaktionen hervorgerufen. Im September des gleichen Jahres hat der "Politieke Vleugel van de Kraakbeweging" einen offenen Brief mit dem Titel 'De krisis binnen de links raifikale buitenparlementaire beweging in Nederland'(*) an uns gerichtet. Der "P.V.K" stellte darin seine Analyse der Krise, ihres Ursprungs, ihrer Entwicklungen und Perspektiven, der sich gegenüberstehenden Parteien etc. dar. Er präsentierte auch die Geschichte und die Rolle der Hausbesetzerbewegung in den Niederlanden. Wir finden hier die Gelegenheit, den GenossInnen des "Politieke Vleugel van de Kraakbeweging" für ihr Mitwirken zu danken.

Im Juli 1990 erhielten wir eine imposante Broschüre in deutscher Sprache mit dem Titel "Dokumentation der Diskussion um den Boykott der Knipselkrant", herausgegeben von den "Internationalen Infoläden"(*). Unter den Dokumenten dieser Publikation war im Namen eines "Teils der internationalen Struktur der Infoshops" ein offener Brief an uns gerichtet.

Ein Aspekt dieses Briefes ist der Mühe wert, hervorgehoben zu werden, denn wir finden hier die Gelegenheit, an einen wichtigen Punkt unserer eigenen Position in der anfänglichen Debatte zu erinnern. In bezug auf die Krise zwischen den militanten Kräften in den Niederlanden haben wir von Anfang an die Grenzen und das Wesen unserer Intervention festgelegt. Unser konkretes Außenvorbleiben vor der niederländischen Bühne (und dazu die Inhaftierung einiger von uns) löste unsere Autorität in nichts auf und räumte uns nur eine politische Verantwortung ein. Übrigens hat sich in diesem Zusammenhang unser Beitrag vom Juli 1989 streng auf theoretischem Terrain gehalten und neben der Fragestellung nur auf den politischen Ratschlag oder die politische Kritik gestützt, in deren Abschluß wir den Boykott von "Knipselkrant" verurteilen.

Die GenossInnen der "Infoläden" scheinen, zumindest in dem an uns gerichteten Brief, die gleiche Zurückhaltung an den Tag zu legen. Dieser Text erwähnt nur kurz die Ereignisse in Amsterdam und bestätigt, daß es vor allem den direkt betroffenen Parteien zukommt, Stellung zu beziehen. Das Wesentliche dieses *offenen Briefes* besteht also aus einer Reihe von Reflexionen, Fragestellungen, Aufforderungen, auf die wir antworten möchten, aber auch aus Behauptungen, die wir gänzlich ablehnen. Einerseits ist dies die Eröffnung einer Debatte, von der wir uns wünschen, daß sie sich auf politischem Gebiet entwickelt und qualifiziert, andererseits aber eine Art Streit, den wir unbegründet finden. Wir hoffen, daß sich die Debatte in Zukunft streng auf die Fragen des theoretisch-politischen Interesses für den Fortschritt der revolutionären Bewegung beschränkt. In dieser Beziehung behalten wir volles Vertrauen und danken an dieser Stelle den GenossInnen der "Infoläden" für ihren Brief.

Nachdem die Beiträge, die bis heute im Verlauf der Debatte erstellt wurden, angeführt worden sind, drängt es sich auf, die Abwesenden zu einer Stellungnahme aufzufordern... mit Ernsthaftigkeit, aber genauso mit Vorsicht. Wir können nicht akzeptieren, daß zwei zentrale Teilnehmer der Anfangsdebatte, nämlich die "Revolutionär Initiatief Amsterdam" und "Knipselkrant", es bis zum heutigen Tage nicht für nötig gehalten haben, sich zu äußern. Wir sind der Ansicht, daß ein solcher Rücktritt, wenn er sich bestätigt und als ungerechtfertigt erweist, die Betroffenen sehr stark in Mißkredit bringt. Aber wir haben gesagt, daß wir vorsichtig sein möchten. Zu der Zeit, als wir dieses Dokument fertigstellten, entdeckten wir zum Beispiel eine Broschüre in deutscher Sprache mit dem Titel "Beitrag für die Debatte... Mai '91", unterschrieben mit "Kommunistische Brigaden"(*), die besonders die Begriffe der Diskussion, die uns beschäftigt, zu berücksichtigen scheint und sich ihren politischen Thesen zuwendet. In der Erwartung, mehr darüber zu erfahren und unter anderem diesen neuen Beitrag einordnen zu können, begnügen wir uns damit, jeden an seine politische Verantwortung zu erinnern, in der Hoffnung, daß dies von allen geachtet wird.

C. Die Fortsetzung der Debatte

Mit unserer Intervention vom Juli 1989 waren drei Kollektive aus unserem Land, "Classe contre classe", die Zeitschrift "Correspondances Revolutionnaires" und die vier militanten Gefangenen der Kämpfenden Kommunistischen Zellen (CCC), beschäftigt. Sie brachte folglich die jedem Kollektiv eigene militante Vorgehensweise zum Ausdruck. Der hier vorliegende Text unterscheidet sich von den vorhergehenden insofern, als er ausschließlich von den Gefangenen verfaßt wurde. Warum? Was "Classe contre classe" betrifft, so hat sich diese Struktur Ende 1989 selbst aufgelöst. Was die Zeitschrift "Correspondances Revolutionnaires" betrifft, so macht sie eine Periode der internen Reflexion bzw. Neudefinition durch, deren Ergebnis Vorrang vor allen kollektiven öffentlichen Stellungnahmen hat.

Die vorliegende Antwort auf den offenen Brief der Militanten der "Infoläden" stammt ausschließlich von den Gefangenen; sie drängt noch mehr darauf, die Debatte streng auf den theoretisch-politischen Bereich zu beschränken. Wir streiten nicht ab, daß dies eine genau vorgegebene Grenze ist, was manche unter Umständen beklagen werden. Unsererseits aber glauben wir, daß man auch sagen kann: die Debatte auf die theoretisch-politische Ebene erheben. Uns scheint, daß bei einer Erklärung der zahlreichen aktuellen Sackgassen subjektive Orientierungen und Verhaltensweisen vorherrschen über die wissenschaftliche Analyse und die revolutionäre Moral. Wir hoffen, daß der vor einiger Zeit begonnene Austausch sich auf internationaler Ebene vergrößern und verbessern wird. In dem Willen, ein ganz klein wenig diesem Fortschritt zu dienen, präsentieren wir diese Arbeit. Für die Verspätung entschuldigen wir uns.

D. Vorstellung

Unsere Antwort besteht aus zwei Teilen. Der erste, unserer Meinung nach der wesentliche Teil, behandelt politische Probleme von Bedeutung. Wie wir glauben, sind diese für die militante Bewegung in Deutschland oder in den Niederlanden besonders bedeutungsvoll. Dieser erste Teil besteht aus zwei Texten:

- EIN BISSCHEN ÜBER POLITIK
- ANTWORT AUF ZWEI PRÄZISE FRAGEN.

Wie stellt ihr euch den Kampf gegen das Patriarchat vor? Welche Bedeutung hat dieser Kampf für euch?

Der zweite Teil, der zwar nebensächlich, unserer Meinung nach aber notwendig ist, liefert einige zusätzliche Präzisierungen zu unserem Dokument vom Juli 1989, ebenso wie er mit den Behauptungen der Militanten der "Infoläden" aufräumt. Die Texte des zweiten Teils tragen die Titel:

- "Falsche Zitate"?!
- Verrat, Konfrontation und Gewalt
- Die "Ätzerinnen" (sic)
- Das Dokument der "Revolutionär Initiatief Amsterdam"

Die Dokumente, auf die in den Texten des zweiten Teils Bezug genommen wird, werden im Nachtrag in Form von Photokopien präsentiert.

Muß darauf hingewiesen werden, daß wir Reaktionen nur auf die beiden Texte des ersten Teils erwarten? Was uns betrifft, so betrachten wir den zweiten Teil als endgültig abgeschlossen.

Alle Dokumente mit Sternchen können bestellt werden bei:
"CORRESPONDANCES REVOLUTIONNAIRES"
BP 1310, 1000 BRUXELLES 1, BELGIQUE

ERSTER TEIL
EIN BISSCHEN ÜBER POLITIK

> *"Wie soll man die Wahrheit über den Faschismus sagen, als dessen Gegner man sich bezeichnet, wenn man nichts über den Kapitalismus sagen will, der ihn erzeugt?*
> *Wie könnte eine solche Wahrheit ein praktisches Vermögen haben?"*
> *BERTOLT BRECHT*

In unserem Dokument vom Juli 1989 bestand das Wesentliche der Kritik am Aufruf zum Boykott von *"Knipselkrant"* in zwei Punkten. Erstens: Wir wiesen darauf hin, wie sehr sich *die Anklageschrift* als von Arglist aufgeblasen herausstellte. Zweitens: Wir beklagten die systematisch unpolitische Haltung der Äußerungen, die die Denunziation von "KK" unterstützten, und dies um so mehr, als der Grund und der Einsatz der offenen Krise in aller Offensichtlichkeit höchstgradig politisch waren.
Folglich bedauern wir, feststellen zu müssen, daß sich auch der *offene Brief* der GenossInnen der *"Infoläden"* durch eine Tendenz zur Festsetzung sehr relativer Interessenpunkte charakterisiert, bei Vernachlässigung - bewußt oder nicht - der politischen Substanz und der politischen Möglichkeiten.
Wir hofften, Gesprächspartner auf einem vornehmlich politischen Terrain zu treffen, aber es wäre unbegründet, für unsere Enttäuschung ausschließlich die Militanten der "Infoläden" verantwortlich zu machen. Wir sagten bereits, daß die "Debatte" in ihrem Ursprung ungesunde Merkmale barg. Und in unserem Beitrag vom Juli 1989 waren wir gezwungen, Punkte zu untersuchen, die quasi gänzlich ohne reelles Interesse waren (um so mehr in der Form, wie die "*R.I.A.*" diese ausgewertet hat). Aber wir versuchten gleichzeitig, diesen Stand der Dinge zu verändern, um dem Meinungsaustausch eine neue gesunde und konstruktive Orientierung zu geben: eine politische, im wahren Sinne des Wortes. Die Militanten der *"Infoläden"* scheinen die Dringlichkeit unserer Sorge nicht zu teilen: ihr *offener Brief* kümmert sich nicht mehr um Fragen, die für die europäische revolutionäre Bewegung und ihre Zukunft lebenswichtig sind, er erörtert allzu oft nur die Randpunkte ihrer entscheidenden Interessen.
Doch wir wollen unsere Kritik dort, wo sie persönlich wird, noch einmal relativieren. Denn es scheint uns, daß die Haltung und die Vorstellungen, von denen der erhaltene Brief zeugt, in einer großen Fraktion der revolutionären Bewegung in Deutschland oder in den Niederlanden sehr weit verbreitet sind. In dieser Hinsicht hat uns die Erfahrung immer wieder gezeigt, daß die Neigung besteht, den Hauptfragen, die von der historischen Theorie abhängen, sorgfältig auszuweichen; Fragen, deren korrekte Resolution [d.h.: Lösung, Anm. d. Hg.] den gesetzmäßigen Weg der sozialistischen Revolution beschreibt.
Das sehr häufige Fehlen von Reflexionen, bezüglich der Perspektiven der revolutionären Aktivität - selbst im Herzen der Bewegung, die diese für sich beansprucht - kann uns ärgern, überrascht uns jedoch nicht.
Damit sich solche Reflexionen in zentraler und unmittelbarer Art und Weise durchsetzen, muß der objektive Nutzen des revolutionären Prozesses als grundlegend angesehen werden. Ein solch vorrangiges Interesse mag einem revolutionären Militanten nur natürlich erscheinen; in Wirklichkeit ist dieser Zusammenhang jedoch viel seltener, als man glauben könnte. Dieser
beträchtliche Mangel stammt vom äußerst schädlichen Einfluß des Subjektivismus.
Eine wichtige Demonstration von Subjektivismus besteht - genau gesagt - darin, die politischen, ideologischen, strategischen und taktischen Entscheidungen von der revolutionären Sache abhängig zu machen; nicht von der wissenschaftlichen Analyse der Realität, sondern von der Geistesverfassung der Militanten. Das heißt diese Entscheidungen nicht von einer globalen Reflexion abhängig zu machen, sondern von dem, was eine besondere Situation oder Erfahrung zu sein scheint.
Thesen wie *"Selbstbestimmung der Kampfpole"*, Optionen wie *"antiimperialistische Front"* sind nichts anderes als die Übertragung spezifischer Eigenschaften des Subjektivismus, die eng verbunden sind mit dem kleinbürgerlichen Individualismus, auf eine - formell und in Anspruch genommene - grüppchenhafte Stufe. Von dem Moment an, wo sich jeder gemäß seinen eigenen Beziehungen, ausgehend von seinen eigenen Erfahrungen, bestimmt, wo jeder nur mit dem Teil der Erfahrung anderer übereinstimmt, der wiederum auf die eigene Erfahrung paßt, erweist sich eine authentische Maßnahme der Synthese - also der Vereinigung und der Organisation - als unmöglich.
Auf diese Weise kann die revolutionäre Bewegung die nebulöse Form eines vielseitigen Bindemittels von stark unterschiedlichen "Polen" annehmen, die aus einer großen Mannigfaltigkeit sozialer Kategorien stammen, ihre jeweiligen Wege verfolgen (welche bei Gelegenheit durchaus übereinstimmen können), stark mit ihren spezifischen Problemen beschäftigt sind und so eine Unzahl von Prioritäten etablieren. Einige werden sich auf das Problem des Sexismus polarisieren, andere auf die Solidarität mit irgendeinem Volk im Kampf, andere auf den Antirassismus, andere auf den Antimilitarismus, andere auf die Wohnungsfrage, die Hausbesetzer, andere auf den antifaschistischen Kampf, wieder andere auf die Unterstützung politischer Gefangener, und die Liste ist endlos. Innerhalb eines solchen Mosaiks können Brücken geschlagen werden, Verbindungen und Kooperationen sich etablieren, jedoch wird dies niemals verhindern, daß Heterogenität und Zersplitterung strukturell vorhanden sind. Die Unfähigkeit, sich einzubringen, sich in ein globales, synthetisches und zusammenhängendes Projekt zu integrieren und sich in einer zentralen, vereinigten Kraft zu organisieren, verurteilt folglich die revolutionäre militante
Bewegung dazu, in revolutionärer Hinsicht nichts zu haben, als den Traum, den Anspruch oder, schlimmer, den sich widerrechtlich angeeigneten Titel.
DER SUBJEKTIVISMUS SPIELT EINE ROLLE IM VORDERGRUND DER ENTARTUNG VON KRÄFTEN, DIE POTENTIELL REVOLUTIONÄR ODER SOGAR REVOLUTIONÄR AN *ALTERNATIVEN KRÄFTEN* SIND, *dazu verurteilt, ewig am Rande des System zu vegetieren, das zu bekämpfen sie vorgeben (vorgaben).*
Daß die Frage des Sexismus die Genossinnen, die direkt mit ihm konfrontiert sind, sehr stark beschäftigt, ist normal, genauso wie ein immigrierter Genosse in der Frage des Rassismus besonders wachsam sein wird. Oder mehr noch, daß die einer dramatischen ökonomischen Unsicherheit unterworfenen GenossInnen persönlich gegen die Ungleichheiten, die Verschwendung und die Spekulation revoltieren werden. Und wir könnten noch hundert ebenso unleugbare Fälle aufzählen. Denn wir beabsichtigen bestimmt nicht, bis zu welchem Grad auch immer, die Legitimität des Kampfes gegen den Sexismus, den Rassismus, die Degradierung der Lebensbedingungen etc. in Abrede zu

stellen; so wie es auch nicht darum geht, eine Hierarchie von mehr oder weniger widerwärtigen Phänomenen zu erstellen und diese stufenweise anzugreifen.
Wovon zumindest von einem revolutionären Standpunkt aus die Rede ist, ist, alle unsere Kräfte zusammenzunehmen, um eine starke Kriegsmaschine gegen das kapitalistische System (und all seine sozialen Äußerungen, wie Rassismus, Sexismus etc.) aufzubauen, die homogen und zusammenhängend ist; eine Kriegsmaschine, die ihre Anstrengungen auf Punkte konzentriert, an denen das System verwundbar ist, an denen der revolutionäre Hebel es am sichersten und schnellsten ins Wanken bringen kann (und nicht dort, wo dieses System für diesen oder jenen Genossen am widerlichsten ist).
Wir lesen in dem *offenen Brief* der GenossInnen der *"Infoläden"*, daß als Antwort auf eine angeblich vom "*P.V.K.*" gemachte Äußerung - *"Erst die Revolution, dann die Frauen"* - der Aufruf zum Boykott der *"Knipselkrant"*, ausgehend von Deutschland, folgenden Abschnitt enthielt: *"Ein revolutionärer Kampf* kann nur *antiimperialistisch und antipatriarchal sein. Es gilt im Kampf um Selbstbestimmung und Kollektivität gegen Unterdrückung und Ausbeutung in allen Punkten zu kämpfen und sich selbst darin zu verändern, sich selbst als Subjekt. Nicht einen Bereich auf später oder irgendwann zu verschieben. Entweder wir packen es an und kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung, oder wir bleiben Unterdrücker, Ausbeuter, Schwein. Um die HERRschaft des Menschen über den Menschen zu beenden, ist es notwendig, den antipatriarchalen Kampf zu führen. Ein Kampf, der nicht antipatriarchal ist, ist KEIN revolutionärer Kampf."* Ja, ein Kampf, der nicht antipatriarchalisch ist, ist kein revolutionärer Kampf. Und ein Kampf, der nicht antirassistisch ist, ist kein revolutionärer Kampf. Und ein Kampf, der nicht antifaschistisch ist, ist kein revolutionärer Kampf. Und ein Kampf, der nicht das Ökosystem verteidigt, ist kein revolutionärer Kampf. Und ein Kampf, der nicht solidarisch mit anderen Völkern im Kampf ist, ist kein revolutionärer Kampf. Etc. etc. etc.
Die Formulierung, mit der der oben zitierte Abschnitt schließt, ist schön und legitim, aber sie birgt nicht das geringste praktische Element einer Antwort auf die Frage nach dem revolutionären Kampf heute in Europa. *Was tun?* Dort liegt die wahre Frage. Die subjektivistische Konzeption der Welt ist absolut unfähig, dieser Frage auch nur einen Deut an Lösung zu geben: bestenfalls erzeugt sie nur eine illusorische und stereotype Einstimmigkeit (wir sind alle gegen Sexismus, Rassismus, Militarismus etc.), in keinem Fall aber erlaubt sie der revolutionären Aktivität, sich in rationeller Art und Weise zu orientieren. Die Marxisten-Leninisten ihrerseits sind der Ansicht, daß das Problem auf zwei Ebenen untersucht werden muß. Da ist einerseits das interne Problem innerhalb der revolutionären Bewegung und andererseits das Problem der Verhältnisse zwischen revolutionärer Bewegung und dem Rest der Gesellschaft.
Es scheint uns richtig und notwendig, daß innerhalb der revolutionären Bewegung größte ideologische Strenge herrscht, und daß man dort keine sexistische, rassistische, individualistische etc. Äußerung toleriert. Hier müssen die Militanten auf genaueste Art und Weise den sozialen Verhältnissen der Gesellschaft, die sie zu konstruieren beabsichtigen, vorgreifen. Aber man darf dabei nicht aus den Augen verlieren, daß es Aufgabe der revolutionären Bewegung ist, die Revolution zu machen, daß die Revolution die gesamte proletarische Klasse betrifft und daß in der Beziehung zwischen revolutionärer Bewegung und Proletariat es der Erfolg der Revolution ist, der alle Kräfte und Aufmerksamkeiten mobilisieren muß.
Es besteht durchaus eine Reihenfolge zwischen den beiden Ebenen, die gleichzeitig deren stärkste und ungeteilte Einheit begründet. Der Sinn der revolutionären Aktivität, also der Bewegung, die Anspruch auf die Verantwortung dieser Aktivität erhebt, ist die revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft und nicht die Eroberung einer Enklave neuer Verhältnisse innerhalb der alten Gesellschaft. Die Verdrängung eines sozialen Systems durch ein anderes ist ein historisch-objektives Phänomen, das besonders strengen Gesetzen gehorcht, die durch die historisch-materialistische Analyse, relativ zur Entwicklung der Produktivkräfte und zu den Rollen der sozialen Klassen etc. aufgedeckt werden. In dieser Hinsicht hat die revolutionäre Bewegung in erster Linie die Aufgabe, diese Gesetze zu kennen, sie zu verstehen und sie in all ihren Orientierungen und Taten zu berücksichtigen; bei der Strafe, auf ewig zum Scheitern verurteilt zu sein oder in der Jauche der *Alternative* (sei sie auch bewaffnet) zu degenerieren.
Man muß sich von der beschränkten, egozentrischen und typisch subjektivistischen Sichtweise befreien, die der revolutionären Bewegung vor allem die Verantwortung zuschreibt, einen für die persönliche und kollektive Entfaltung der Militanten günstigen Bereich abzustecken. Die Revolutionäre verwirklichen sich, indem sie zur Umwandlung der Gesellschaft beitragen (also direkt und indirekt zur eigenen Umwandlung) und nicht, indem sie auf einer selbstbeobachtenden und narzißtischen Suche vom Weg abkommen, was um so unfruchtbarer und suspekter ist, als es utopisch - falsch - ist, eine reale Befreiung von bürgerlich-ideologischen Kategorien ins Auge zu fassen, außerhalb des objektiven Rahmens der sozialistischen Revolution und ihrer Kulturrevolutionen. Der revolutionäre Kampf ist zwar ein Befreiungsfaktor für diejenigen, die sich ihm verschreiben, aber er ist es nur soweit, als man sein Ziel nicht aus den Augen verliert: die Revolution, die Diktatur des Proletariats und den sozialistischen Aufbau in Richtung des Kommunismus.
Abgesehen davon, daß es eine abscheuliche Ungeschicklichkeit ist, *"Erst die Revolution, dann die Frauen"* zu verkünden, ist es eine Dummheit. Eine Dummheit, denn die Revolution hat nur einen Sinn als Befreiung der Frauen, der Männer, der unterdrückten Völker und schließlich der gesamten Menschheit. Eine Dummheit, weil die Formulierung glauben macht, daß ein mechanisches Verhältnis dort besteht, wo ein dialektisches ist. Das revolutionäre Vorhaben kann nur ein globales Vorhaben sein, das die Gesamtheit aller Bestrebungen des ganzen Volkes in seiner Verschiedenheit vereinigt und in der Praxis den Weg für die Verwirklichung dieser Bestrebungen öffnet (so auch die Bestrebungen nach Gleichheit zwischen den Geschlechtern, zwischen den Rassen etc.).
Aber *"Erst die Revolution"* zu proklamieren, ist das Grundlegende, weil es für die revolutionäre Bewegung nicht darum geht, eine Unmenge einzelner Interessen voranzubringen (seien sie auch legitim und lebenswichtig), sondern den Gang ihrer Globalität, einer Globalität derjenigen Klasse, die allein es erlauben wird, daß sich diese Interessen durch den Sturz des Kapitalismus endlich realisieren und harmonisch miteinander übereinstimmen. (Könnte man nicht übrigens denken, daß dies die GenossInnen vom "*P.V.K.*" wirklich auszudrükken versuchten?)
Das Prinzip *"Erst die Revolution"* ist wesentlich; es muß gut verstanden und dann verarbeitet werden. Wir als Marxisten-Leninisten beabsichtigen eine permanente Wachsamkeit in bezug auf unser Verhalten und unsere Beziehungen; wir achten darauf, daß sowohl persönlich als auch kollektiv kein Keim sexistischer, rassistischer, individualisti-

scher etc. Fäulnis auftaucht. Aber wir nehmen diese Verhaltensweise als Revolutionäre an, ausgehend von einer objektiven Position der Revolutionäre und mit revolutionärer Zielsetzung. Wir glauben, daß Wachsamkeit und kollektive Kontrolle, revolutionäre Disziplin, Respekt der kommunistischen Moral nur im Rahmen eines globalen, zentralistischen Vorgehens möglich ist, das sich für eine einheitliche Linie, in einer organisatorisch-einheitlichen Kraft für das einzige Ziel, den Sturz der Bourgeoisie und ihres Staates und für den Aufbau des Sozialismus, einsetzt. Wir glauben, nur auf diese Art und Weise einen Anspruch auf den Einfluß der Gesellschaft und ihrer Entwicklung erheben zu können.

Daraus geht hervor, daß wir das Recht auf Selbstbestimmung eines antipatriarchalischen Kampfpols ablehnen, wie wir dieses Recht für alle Kampfpole ablehnen, (daß diese unvermeidlich als spontaner Ausdruck der Gegensätze existieren, ist eine andere Sache). Wir bemühen uns immer um die theoretische, politische und organisatorische Einheit der revolutionären Bewegung, mittels der widerspruchsvollen Debatte, in der sich die richtigen Gedanken gegenüber den falschen durchsetzen, und durch die Konstruktion der Partei.

Das Besondere muß ins Allgemeine übergehen! Die Erfahrung eines jeden sollte in der kollektiven Erfahrung aufgehen, damit sich die kollektive Linie in jeder einzelnen Kampffront ausdrückt (und diese in der Reihenfolge der Prioritäten und der Unterordnung, die die wissenschaftliche Analyse hervorheben wird, organisiert) und damit sie unaufhörlich stärker wird durch den Reichtum aller Erfahrungen und die Überprüfung der Analyse. Außerhalb dieser Maßnahme schreitet nichts fort, ist nichts erreichbar.

Auch wenn wir in dem *offenen Brief* Abschnitte lesen wie: *"Wir wollen, daß eine Organisierung unseres Kampfes gegen das patriarchal-kapitalistische System in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens, wie wir es uns für die zu erkämpfende Gesellschaft vorstellen, schon enthalten ist"*, denken wir, es mit einer (im nicht-materialistischen Sinne) völlig idealistischen Konzeption zu tun zu haben; mit einer subjektivistischen Abweichung, die den Anspruch erhebt auf radikal neue soziale Verhältnisse *"in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens"*, **vor** und/oder **unabhängig** von einer revolutionären Umwandlung der Gesellschaft.

Dies ist die Art von Überlegung, die im besonderen Sinn zur Aufgabe einer "revolutionären" Position zugunsten einer *alternativen* Position führt. Denn schließlich, wenn es wirklich möglich ist, *"in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens"* soziale Verhältnisse zu schaffen, die vollständig zum Ressort der *"zu erkämpfenden Gesellschaft"* gehören, warum muß besagte Gesellschaft dann noch erkämpft werden? Man sieht hier, wieviel Keime des Linksradikalismus mit seinen unvernünftigen Forderungen der Subjektivismus auf einmal in sich trägt; dazu noch Keime des Reformismus (wenn auch radikal oder bewaffnet) mit seinem Wunsch, das System zu verbessern und sogar eine Nische in seinen Innerem auszuhöhlen. Es ist unbestreitbar, daß der revolutionäre Kampf für diejenigen, die ihn führen, befreiend ist, aber er ist es nur insofern, als er wirklich revolutionär ist, das heißt, **in der objektiven Funktion der übergeordneten Interessen der sozialistischen Revolution;** und in den Rahmen dieser Funktion müssen sich die internen ideologischen Kämpfe der revolutionären Bewegung einfügen, wenn man nicht in den alternativen Typus der *alternativen Geselligkeit* oder den Sektentypus verfallen will. Lenin bestand auf der Tatsache, daß der Klassenkampf, *im genauen Sinn,* nicht begänne, ehe sich die Proletarier Ziele gesetzt hätten (seien sie auch nur ökonomischer Art), die ihre Klasse in der Gesamtheit betreffen (sich also der Klasse der Kapitalisten in ihrer Gesamtheit widersetzten). Die Einzelkämpfe (so auch der eine oder andere Streik in dem einen oder anderen Unternehmen), die unvermeidlich auftauchen, bevor diese globalisierende Maßnahme erscheint, stellen, um Lenins Ausdruck wieder aufzugreifen, nur eine *"schwache Keimzelle"* des Klassenkampfes dar. Nun, wir wollen auf der Tatsache bestehen, daß man ebenso nicht von revolutionären Kampf sprechen kann, bevor man es mit einem globalen, zentralisierenden Kampf für die Zerstörung des Kapitalismus und für den Aufbau des sozialistischen Systems zu tun hat. Die partiellen und verstreuten Kämpfe, die existieren, bevor dieses globale Projekt erscheint, können in der Tat (d.h. wenn sie Forderungen authentisch-proletarischer Natur ausdrücken) nur als *"schwache Keimzellen"* des revolutionären Kampfes bezeichnet werden.

Ein globales revolutionäres Projekt impliziert eine **theoretische Vereinigung** (weil die Maßnahme der Synthese eine der gesamten revolutionären Bewegung gemeinsame Vision der Welt erfordert, eine Vision der Welt, die unserer Meinung nach der Marxismus-Leninismus sein muß); dies impliziert eine **politische, strategische und programmatische Vereinigung** (damit die Kräfte den objektiven Bedürfnissen entsprechend sinnvoll konzentriert und verteilt werden und der Zusammenhalt und die Gewicht ihrer Demonstrationen das Vertrauen der Massen gewinnen); dies impliziert schließlich eine **organisatorische Vereinigung** (die den anderen Ansprüchen an Einheit die Krone aufsetzt und aus der das Konzept der Partei seine historische Legitimität schöpft).

Wir sind nicht naiv: Wir wissen, daß aus den Reihen derer, die sich als "die revolutionäre europäische Bewegung" bezeichnen, viele einem historischen revolutionären Schritt - der Klasse - fernbleiben werden. Viele werden die *"Selbstbestimmung der Kampf*pole" verteidigen und den Schritt der theoretischen, politischen, strategischen, programmatischen und organisatorischen Vereinigung ablehnen; den Schritt der Unterordnung des Teils unter das Ganze, des Zweitrangigen unter das Vorrangige, der einzelnen (oder fraktionellen) Interessen unter das kollektive (oder parteiliche) Interesse.

Wir wissen, daß das subjektivistische, kleinbürgerliche Gift derartig in der europäischen militanten Bewegung verbreitet ist, daß viele GenossInnen noch lange darin verharren werden, sich vorrangig in ihren eigenen Interessenpolen und nicht gemäß der übergeordneten Interessen des revolutionären Kampfes zu positionieren und zu engagieren, wie sie der historische und dialektische Materialismus und die Erfahrung der internationalen kommunistischen Bewegung offenbaren. So werden auch die GenossInnen zahlreich sein, die gegenüber der historisch-zentralen Rolle des Klassenkampfes blind bleiben (Klassen, die - erinnern wir daran - sich objektiv aus der politischen Ökonomie heraus definieren und auf keine andere Weise), dem Widerspruch zwischen Proletariat - und besonders der Arbeiterklasse - einerseits und der Bourgeoisie andererseits, genauso, wie sie blind bleiben gegenüber dem wissenschaftlichen Wert der marxistisch-leninistischen Lehren.

Unsere Pflicht als Kommunisten ist es, diese GenossInnen inständig zu bitten, sich von dem schädlichen Einfluß des Subjektivismus zu befreien, der sie verwirrt. Auch, wenn wir nicht ignorieren, daß eine große Zahl dies nicht kann oder nicht will, solange es stimmt, daß die soziale und kulturelle Herkunft vieler revolutionärer Militanter ein großes Hindernis darstellt, die Abweichungen zu überwinden, die genauso kleinbürgerlich sind wie der Subjektivismus (und seine frontistische Folge), und Ei-

nigkeit unter einer authentisch-proletarischen Position herzustellen.
Diese *Befreiung* kann einen noch härteren und dauerhafteren Kampf erfordern, als die Kämpfe, die nötig sind, um sexistische, rassistische, chauvinistische etc. Verhaltensweisen in den Reihen der revolutionären Bewegung auszurotten. Denn es verhält sich so, daß Antisexismus, Antirassismus etc. als solche, außerhalb eines vorrangigen Klassenzusammenhangs gänzlich mit einer (klein)-bürgerlichen Position übereinstimmen können; es reicht, an die humanistischen Grundlagen der Sozialdemokratie zu denken, in denen sich das europäische, intellektuelle und "progressistische" Kleinbürgertum unverfälscht wiedererkennt... und auf die es auch seinen fanatischen Antikommunismus stützt. Die Wahl von wirklich proletarischen Positionen und Schritten hingegen erfordert - mit allem, was dies in Begriffen von Engagement, Moral, Disziplin, Parteigeist, Unterwerfung des Teils unter das Ganze, des Opfers an das übergeordnete Klasseninteresse etc. bedeutet - einen fundamentalen und beständigen, definitiven Bruch mit den Interessen und dem individualistischen Gepäck des Kleinbürgertums. Es ist wesentlich, den Individualismus und den Subjektivismus zu verwerfen; es ist ein harter Kampf, den wir in unseren Reihen, unseren Köpfen, unseren Entscheidungen, überall und für alle, ununterbrochen und ohne Zögern führen **müssen.** Die Kapazität der europäischen revolutionären Bewegung hat einen davon abhängigen, reellen revolutionären Kampf entwickelt.

ANTWORT AUF ZWEI PRÄZISE FRAGEN

Wie stellt ihr euch den Kampf gegen das Patriarchat vor? Welche Bedeutung hat dieser Kampf für euch?

> *"Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalen (...) Verhältnisse zerstört."*
> *KARL MARX & FRIEDRICH ENGELS*
> *Manifest der Kommunistischen Partei*

Zuallererst, bevor wir zu unserer eigentlichen Position kommen, erscheint es uns sinnvoll, über den Gebrauch des Begriffes Patriarchat nachzudenken, um das Wesen der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, das dem sozialen Gebilde unserer heutigen Länder eigen ist, darzustellen. Wir denken, daß, wenn es auch noch erlaubt ist, in bezug auf bestimmte Länder auf dem Weg der Entwicklung oder periphere Länder (auf verschiedenen Stufen) von Patriarchat zu sprechen, es in bezug auf die entwikkelten Länder der imperialistischen Zentren unzweckmäßig ist; ganz einfach, weil, ungeachtet der Beständigkeit von besonderen Formen ökonomischer Ausbeutung, sozialer, ideologischer und kultureller Unterdrückung, die Gleichheit der Rechte zwischen Männern und Frauen erworben ist.
Das Patriarchat beruht auf der Familie, deren Vermögensbesitzer der Mann ist und in der die Übertragung des Vermögens der Abstammung in väterlicher Linie folgt. Allen anderen Aspekten des Patriarchats und insbesondere seinen ideologischen Folgen ist es daran gelegen, die Unterdrückung der Frau auf die eine oder andere Art zu rechtfertigen, was von der Frage des Besitzes des Familienvermögens, seiner Ausdehnung und seiner Übertragung herrührt. Deshalb erlaubt unserer Meinung nach die Gleichheit der Rechte zwischen den Geschlechtern in der zeitgenössischen Familie und insbesondere die rechtliche Gleichheit auf dem Gebiet des Besitzes und des Erbes nicht, die moderne kapitalistische Gesellschaft als *patriarchalisch* zu bezeichnen; und dies, wir wiederholen es ausdrücklich, trotz der unleugbaren Beständigkeit von spezifischen Äußerungen ökonomischer Ausbeutung, sozialer, ideologischer, kultureller etc. Unterdrückung der Frauen. Wir denken, daß es korrekter ist, unsere aktuellen Gesellschaften als fortgeschrittenen Kapitalismus und die bürgerliche Demokratie als *sexistisch* zu beschreiben.
Es scheint uns noch wichtiger, den Begriff Patriarchat in seinen exakten historischen Zusammenhang zu stellen. Denn es ist gänzlich absurd und falsch, zu behaupten, daß das Patriarchat die Gebärmutter des Kapitalismus sei oder, wie es die GenossInnen der *"Infoläden"* schreiben, *"eine den Kapitalismus - mit bedingende Herrschafts- und Unterdrückungsform"*.
In einer allgemeinen Form beruht eine solche Konzeption auf dem philosophischen Idealismus: sie behauptet, daß der Überbau die Struktur kreiert; sie versichert in der Finalität, daß der Mensch die Gesellschaft und die Geschichte kreiert, statt ein historisches und soziales Produkt zu sein. Eine solche Konzeption verwirft in absoluter Art und Weise den gesamten historischen und dialektischen Materialismus. Sie ist falsch.
Noch genauer, das Patriarchat ist das Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte, die, indem sie das niedere Stadium der Barbarei überholten, mit dem primitiven (stämmischen, klanhaften) Kommunismus brachen, in dem die Abstammung nach Mutterrecht herrschte. Es ist das Wachstum der Produktivität der Arbeit, das (dank der Züchtung, der Agrarkultur, der Herstellung von Werkzeugen) die neuen Reichtümer ins Leben rief und die Akkumulation erlaubte. Es maß dem Privateigentum eine neue Dimension bei und wurde dadurch zum Schlüssel für die Vernichtung der traditionellen Verhältnisse, die von der Hauswirtschaft des primitiven Kommunismus abstammten.
Engels: *"In dem Verhältnis also, wie die Reichtümer sich mehrten, gaben sie einerseits dem Mann eine wichtigere Stellung in der Familie als der Frau und erzeugten andererseits den Antrieb, diese verstärkte Stellung zu benutzen, um hergebrachte Erfolge zugunsten der Kinder umzustoßen. Dies ging aber nicht, solange die Abstammung nach Mutterrecht galt. Diese mußte also umgestoßen werden und sie wurde umgestoßen. (...) Damit war die Abstammungsrechnung in weiblicher Linie und das mütterliche Erbrecht umgestoßen, männliche Erblinie und väterliches Erbrecht eingesetzt. (...) Die erste Wirkung der nun begründeten Alleinherrschaft der Männer zeigt sich in der nun auftauchenden Zwischenform der patriarchalischen Familie."* (aus: "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates")
Auch der Kapitalismus entsteht aus der Entwicklung der Produktivkräfte, aber einige Jahrtausende später. Das ist der ökonomische Rahmen in (und aus) dem der Kapitalismus zum Vorschein kommt, bzw. die feudalistische Produktionsweise, die unbestreitbar patriarchialisch ist. Daraus kann man dennoch nicht den logischen Schluß ziehen, daß das Patriarchat der Ursprung des Kapitalismus wäre. Das Wichtigste ist der Privatbesitz an Produktionsmitteln, und es ist belanglos - zumindest aus [dem, Einf. d. Hg.] historischen Gesichtspunkt des Auftauchens des Kapitalismus - ob er innerhalb der Familie von dem einen oder anderen Geschlecht monopolisiert ist oder sich durch die eine oder andere Abstammung überträgt. Dies wird bestätigt durch die einfache Tatsache, daß heute die kapitalistischen Produktionsverhältnisse fortbestehen, wo doch die Gleichheit der Rechte zwischen den Geschlechtern feststeht, was den Besitz, seine Wertsteigerung und seine Übertragung betrifft.
Überdies wäre es sinnvoll zu unterstreichen, daß es die kapitalistische Entwicklung selbst ist (und besonders die industrielle Revolution, die die Frau aus dem Kreislauf des Haushalts herausholt

und sie in die Lohnproduktion stürzt), der man die soziale Basis schuldet, die der Bewegung der *Frauenbefreiung* erlaubt hat, zu entstehen und zu Ergebnissen zu kommen.

Das Patriarchat hinter sich gelassen zu haben, ist einer der historischen revolutionären Verdienste des Kapitalismus.

Dies alles um zu erklären, daß wir in keiner Weise die spezifische Unterdrückung der Frau in der imperialistischen Gesellschaft abstreiten (wie auch ihre Ausbeutung in der ehelichen Familie als ökonomische Einheit, ihre größte faktische Unsicherheit, ihre Versachlichung etc.) und noch weniger die brutalste Unterdrückung, die sie in zahlreichen peripheren Drittweltländern erduldet. Wir beabsichtigen weder, dieses Problem zu bagatellisieren, noch ihm einen Platz in der historischen Evolution der Menschheit einzuräumen, den es nicht hat. Der Kampf für die Gleichheit der Geschlechter schließt sich dem Kampf für die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten dieser Welt an, aber er ist nicht der wesentliche Hebel. Dieser wesentliche Hebel, wir brachten es kurz in unserem Text *"Ein bißchen über Politik"* zur Sprache, ist der universelle und antagonistische Widerspruch zwischen internationalem Proletariat und imperialistischer Bourgeoisie. Allein die revolutionäre Lösung wird diesem Widerspruch einen wirklichen sozialen, ökonomischen, politischen und ideologischen Fortschritt der Menschheit ermöglichen: Der Marsch zu der kommunistischen Gesellschaft.

Wir möchten nun über einen fundamentalen Unterschied zwischen der Ansicht sprechen, die einerseits bei einer großen Mehrheit der für die *Befreiung der Frau* kämpfenden Bewegungen besteht und andererseits der Ansicht, die von den revolutionären Kommunisten vertreten wird, zu denen wir gehören. Dieser Unterschied besteht in der Position und beruht auf der Klassenanalyse. Unserer Ansicht nach können in einer Gesellschaft, die in sozial-antagonistische Klassen geteilt ist, keine *Rechte oder Freiheiten* existieren, die dem Klassenkampf übergeordnet sind.

Es ist vollkommen richtig, daß in der Vergangenheit Bourgeoisie und Proletariat manchmal ihre Kräfte vereinigt haben (in widersprechender Form insofern beide selbst Produkte der herrschenden Produktionsweise sind), um den Feudalismus endgültig zu liquidieren.

In diesem sehr allgemeinen Rahmen hat der Kampf gegen das Patriarchat und für die rechtliche Gleichheit der Geschlechter die Bewegungen der bürgerlichen, kleinbürgerlichen und proletarischen Frauen vereinigen können (bis vor nicht allzu langer Zeit, das ist wahr). Aber heute ist es unbedingt nötig zu verstehen, daß diese Zeiten durch die bürgerlichen Demokratien der imperialistischen Zentren ein Ende gefunden haben. Es gibt gegenwärtig überaus mehr gegensätzliche als gemeinsame Interessen einer Bürgerlichen und einer Proletarierin; die Intensität der ersten löscht die zweiten völlig aus.

Tatsächlich hängt alles von den realen Zielen ab, die man zu erreichen sucht. Entweder eine radikale und komplette Veränderung der sozialen Verhältnisse, hin zu der Gesellschaft der Gleichheit; die Abschaffung der Ausbeutung und der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, die Beseitigung des Sexismus, der Phallokratie etc. ; oder antisexistische, antiphallokratische Reformen, die aber im Rahmen der global unveränderten sozialen Verhältnisse, in der die Teilung in Klassen und die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen fortbestehen, zwangsläufig unbefriedigend sind. Das erste Ziel ist das der revolutionären KommunistInnen, das zweite das der reformistischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen FeministInnen.

Welche Haltung muß die kommunistische Avantgarde gegenüber den Kampfbewegungen proletarischer Frauen (gegen Überausbeutung, Sexismus etc.) einnehmen? Natürlich eine ungebrochene Unterstützung, die aber in eine politische Arbeit integriert sein muß, welche darauf abzielt, diesen Bewegungen ihren natürlichen Rahmen - den Klassenkampf - bewußt zu machen und somit in Richtung des revolutionären Kampfes zu qualifizieren. Und welche Haltung muß die kommunistische Avantgarde gegenüber dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Feminismus einnehmen? Eine Kritik ohne Zugeständnisse an seinen reformistischen und antiproletarischen Charakter.

Abschließend denken wir: wenn es richtig ist, den Sexismus und die Phallokratie, dort, wo und in der Form wie sie sich zeigen, zu bekämpfen (auch im Proletariat und ganz besonders unter den Kommunisten, die beispielhaft sein müssen, wo sie doch bloß die schwierigen Entwürfe der neuen Menschheit und ihrer sozialen Harmonie sind); dann wird nur die Revolution ermöglichen, alle sozialen, ökonomischen und politischen und auch die ideologischen, eng mit dem Kapitalismus verbundenen, Probleme zu lösen und mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen völlig Schluß zu machen. Für die ProletarierInnen der ganzen Welt ist dieser Einsatz die doppelte Mühe wert.

[Wir lassen an dieser Stelle die Abschnitte *A. "Falsche Zitate"?!* und *B. Verrat, Konfrontation und Gewalt* des zweiten Teils des Textes der CCC-Gefangenen aus. Denn diese beschäftigen sich kaum auf theoretisch-grundsätzlicher Art und Weise mit der Frage des Patriarchats, sondern mit Einzelfragen des eingangs angesprochenen Konflikts in der Amsterdamer Szene und der daraus entstandenen Debatte. Anm. d. Hg.]

C. Die "Ätzerinnen" (sic)

In der von den *"Internationalen* Info-Läden" herausgegebenen Broschüre findet man natürlich unser Dokument vom Juli 1989. Was wir weniger natürlich finden ist, daß bei der Gelegenheit dieser Publikation sich unser Text gespickt mit achtzehn in Klammern gesetzten Kommentaren wiederfindet, beansprucht von anonymen "Ätzerinnen". Wir wollen diesbezüglich reagieren, erst auf den Hauptinhalt der Kommentare und dann auf das Verfahren als solches.

Die Mehrzahl der Kommentare betrifft die Abwesenheit von lexikologisch, orthographisch oder grammatikalisch femininen Formen in bestimmten Passagen unserer Abfassung. Eine unabhängige Notiz am Ende unseres Dokuments scheint den allgemeinen Sinn dieser Kommentare zu rekapitulieren: *"Zur femininen Form, die so oft in diesem Text nicht vorhanden ist: es ist uns nicht klar, ob das ein Problem der Übersetzungen ist und zu Anfang haben wir noch versucht das im ganzen Text zu verändern, zum Ende hin haben wir es aufgegeben, das es einfach zu viel war".*

Tatsächlich ist der Ursprung der Schwierigkeiten linguistisch und besteht in der Tatsache, daß die gesamte Sprache nach der dominanten Ideologie gestaltet ist. Nehmen wir folgendes Beispiel: vier Interventionen der "Ätzerinnen" bestehen in dem Zusatz von *"und frau"* hinter *"man"*. Nun existiert das Problem "man/Mann" im Französischen nicht. "Man" heißt "on" (unbestimmtes Fürwort), ohne daß da die geringste Erinnerung an seinen lateinischen Ursprung "homo" wäre. Daher kommt es, daß im Französischen niemand je die Idee hätte, *"et elle(s) "* oder *"et la/les femme(s)"* nach dem Gebrauch von *"on"* hinzuzufügen, dessen Geschlecht gänzlich als unbestimmt etabliert und anerkannt ist. Was konnte der Übersetzer tun, konfrontiert mit all den "on" in unserer Abhandlung, als sie mittels ihres deutschen Ersatzes zu übersetzen? Wir können doch trotz allem nicht von unserem Übersetzer ver-

langen, daß er des Sexismus der deutschen Sprache schuldig sei!
Wir sind übrigens umso weniger geneigt, die Übersetzungsarbeit zu kritisieren, als sie von einem vernünftigen antisexistischen Bemühen zeugt. Zum Beispiel beschreibt im Französischen das Wort *"camarade"* (Genosse/Genossin, d.Ü.) beide Geschlechter, sowohl im Singular als auch im Plural, während im Deutschen vier unterschiedliche Formen existieren. Nun, die Übersetzung löst dieses Problem mit dem Begriff *"Genoss/innen"*, um *"des camarades (des deux sexes)"* (Genossen [beider Geschlechter], d.Ü.) zu ersetzen.
Ist es nun möglich, systematisch alle lexikologischen, orthographischen oder grammatikalischen Fälle zu beheben, die auf einem Vorrang des männlichen Genus beruhen, in einer durch eine uralte patriarchalische, sexistische Kultur gestalteten Sprache? Im Französischen ist dies unmöglich, zumindest wenn man die Sprache als Kommunikationsmittel betrachtet. Die Präzision der Begriffe, die Übereinstimmung der Adjektive, der Partizipien der Vergangenheit, die Wahl der Fürworter etc. sind zu vielfältig und komplex, um die verallgemeinerte Verweigerung der Vorherrschaft des männlichen Genus oder seines Vorranges in Fällen der Mischung zu erlauben.
Wir müssen uns mit der historischen Realität der Kommunikation abfinden, immer darauf achtend, soweit wie möglich - d.h. ohne die Kommunikation selbst zu gefährden - sexistische Äußerungen einer sexistischen Kultur zu verwerfen. Zum Beispiel opfern wir einen Teil unserer Lesbarkeit, indem wir *"les militant(e)s"* (die Militanten, d.Ü.) schreiben oder wir verdoppeln die Übereinstimmung des Prädikatsnomens hinter *"camarades"*, wir verwenden die Wiederholung *"les travailleurs et les travaileuses"* (die Arbeiter und die Arbeiterinnen, d. Ü.), wir präzisieren *"les proletaires, hommes et femmes"* (die Proletarier, Männer und Frauen, d.Ü.) etc. Aber wir vermeiden auch den Gebrauch von erfundenen Worten, deren antisexistische Orthodoxie ihresgleichen nur in der Seltenheit der Eingeweihten findet; so verbinden wir *"fraternel"* und *"fraternite"* (bürgerlich und Brüderlichkeit, d.Ü.) nicht mit *"sororal"* oder *"sororite"* (schwesterlich und Schwesterlichkeit), was heutzutage ebenso rar in den Wörterbüchern, wie der sozialen und politischen Kultur unbekannt ist.
Also? Also nichts. Genauso wie wir nicht beabsichtigen, den Übersetzer unseres Dokuments vom Juli 1989 für den Sexismus der deutschen Sprache verantwortlich zu machen, erklären wir uns nicht des Sexismus der französischen Sprache für schuldig. Diese ist unumgänglich das einzige, uns zur Verfügung stehende Instrument, um uns verständlich zu machen, trotz all seiner Fehler verwenden wir es zu diesem Zweck - der uns sehr teuer ist. Wir übernehmen ohne eine Spur von Zögern die Tatsache, dies zu respektieren und auch hier die Regeln der Orthographie, der Grammatik etc., wenn die Klarheit unseres Ausdrucks davon abhängt. Und die Kritiken, die man uns eventuell zu diesem Thema senden könnte, nehmen wir mit einem Schulterzucken entgegen.
Zumal es trotzdem die Mühe wert wäre, sich über die reale Wirkung lexikologischer Formen und grammatikalischer Regeln auf den Klassenkampf Gedanken zu machen, oder sei es auch nur in der Beziehung zwischen Männern und Frauen innerhalb der revolutionären Bewegung... Ehrlich gesagt bezweifeln wir stark, daß dies irgendeine Wirkung haben könnte und es scheint uns, als wenn die deutschen GenossInnen der Sache eine übertriebene Wichtigkeit beimessen. Daß man seinen Ausdruck von Wörtern, Begriffen, Konstruktionen etc., die eine aktive Verwirrung mit Merkmalen der dominanten bürgerlichen Ideologie etablieren würden, ausmerzt, ja natürlich, aber daß man sich nicht vorstellt, aus einer gleichmacherischen, grammatikalischen Richtigstellung ein dynamisches Element des Kampfes gegen die bürgerliche Organisation der Gesellschaft zu machen. Wir werden die Gesellschaft nicht verändern, indem wir die Sprache verändern, aber wir werden (besonders) die Sprache ändern, wenn wir die Gesellschaft verändern.
Vergessen wir auch nicht, daß die Sprache aus dem Überbau stammt und daß ihre Wechselwirkungen mit der Basis nicht den Vorrang der Basis vor dem Überbau verdecken dürfen.
Aber die Kommentare, die unser Dokument spicken, sind nicht alles ideologisch-linguistische Vorwürfe. Es sind dort andere, die sich auf eine Diskussion mit einer *"Gruppe Molotow"* (die wir nicht kennen) beziehen, Scherze sein wollen, uns beschimpfen und in lapidarer Art und Weise eine Uneinigkeit in Erinnerung rufen, die wir im *offenen Brief* entwickelt wiederfinden etc. Also, letztlich wollen wir öffentlich die Frage der Zweckmäßigkeit der Einfügung dieser achtzehn in Klammern gesetzten Kommentare stellen.
Uns erscheint schon die Vorgehensweise an sich kritisierbar: sie begibt sich unaufhörlich und eigenmächtig daran, einem Genossen während seiner Darstellung das Wort abzuschneiden. Soetwas schickt sich nicht. In einer Debatte wartet man ab, bis man mit dem Reden an der Reihe ist, und man respektiert die Rechtschaffenheit der Beiträge, die die anderen Beteiligten zuversichtlich beibringen.
Wenn die "Ätzerinnen" an der Diskussion teilzunehmen wünschen oder an einer anderen mit der *"Gruppe Molotow"*, so werden wir die Beiträge, die sie bringen aufmerksam lesen,... aber außerhalb unserer eigenen Abfassungen. Worauf ihr Ausdruck, wie auch der unsrige unbestreitbar an Klarheit gewinnen würde. Weil jenseits von elementarem Respekt unter GenossInnen sich die Frage vom Nutzen des Austausches stellt.
Unsererseits schreiben wir in erster Linie, um verstanden zu werden. Wir verbinden also mit der Zugänglichkeit und der Lesbarkeit unserer Dokumente eine umso größere Bedeutung, als daß wir die ersten sind, die wir unsere Grenzen auf diesem Gebiet kennen: wir wissen unseren Schreibstil schleppend, bedürftig, widerlich, manchmal hochnäsig und immer zum Kotzen. Und wir wissen auch, daß die Übersetzungen die unangenehme Gepflogenheit haben, diese Mängel zu vergrößern, wenn sie nicht eine große Zahl von Sinnwidrigkeiten mit sich bringen, was schlimmer ist. So viele Schwierigkeiten, die verursachen, daß wir sehr ungern, was immer es auch sei - und besonders Unnötiges - sehen, was den Zugang und das Verständnis unserer Abhandlungen noch schwieriger macht. Deshalb bitten wir ausdrücklich darum, unsere Texte zukünftig nicht mehr einer solchen Behandlung zu unterziehen.

D. Das Dokument der "Revolutionär Initiatief Amsterdam"

[Dieser Abschnitt beschäftigt sich einmal mehr mit einem Aspekt des Streits in Amsterdam. Wir dokumentieren ihn deshalb hier genauso wenig wie die dem Text der CCC-Gefangenen beigefügten Reproduktionen verschiedener älterer Stellungnahmen zu dieser Debatte, die für die gegenseitigen Vorwürfe des Falschzitierens relevant sind.]

Bertrand Sassoye, prison de Lantin
rue des Aubépines, 2, 4450 Lantin

Pierre Carette, prison de Mons
boulevard Winston Churchill 24, 7000 Mons

Pascale Vandegeerde, prison de Namur
place Abbé Joseph André 7, 5000 Namur

Didier Chevolet, prison de Huy
rue du Palais de justice 4, 4500 Huy

Pro Kommunismus

Zur Kritik der Texte der Kommunistischen Brigaden und der CCC-Gefangenen

Vorbemerkung: Dieser Text bezieht sich auf die beiden vorstehend abgedruckten Texte: das Kapitel zur Patriarchatsdiskussion aus der (im Literaturverzeichnis genannten) Broschüre der Kommunistischen Brigaden vom Mai 1991 sowie auf Ausführungen der CCC-Gefangenen zu diesem Thema in ihrer Antwort auf einen Offenen Brief der internationalen Info-Läden. Dieser Text ist so aufgebaut, daß im ersten Teil gemeinsame Positionen, der CCC-Gefangenen und der Kommunistischen Brigaden (KomBri) kritisiert werden. In den beiden folgenden Abschnitten wird gesondert auf beide Gruppen eingegangen, während im letzten einige Notwendigkeiten materialistischer Patriarchatskritik skizziert werden.

> "Die Umstände befinden sich in einer ununterbrochenen Wandlung; wenn wir unser Denken den neuen Umständen anpassen wollen, dann müssen wir studieren. Auch diejenigen, die den Marxismus bereits verhältnismäßig gut verstehen, die bereits in ihrer proletarischen Haltung relativ gefestigt sind, müssen immer wieder studieren; sie müssen sich mit Neuheiten vertraut machen, sie müssen die neuen Probleme untersuchen."[1]

I. Zur Kritik der gemeinsamen Grundpositionen von Kommunistischen Brigaden und CCC-Gefangenen

1. Die Methode der Nicht-Argumentation: Aufspaltung des Patriarchats-Begriffs

Sowohl die KomBri als auch die CCC-Gefangenen teilen den Gesamtkomplex von Frauenunterdrückung in zwei Hauptbereiche auf:

++ zum einen handele es sich um ein vorkapitalistisches Relikt. Die KomBri nennen dies "historisches Gewaltverhältnis zwischen Geschlechtern". Die CCC-Gefangenen wollen für diesen Bereich den Begriff "Patriarchat" reserviert wissen.

++ zum anderen handele es sich um einen Ausdruck des Kapitalismus.

Der erste Bereich (und insoweit auch der Kampf gegen Frauenunterdrückung) sei in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr gesellschaftlich-politisch relevant, sondern ein Privatproblem. Der Kampf gegen den zweiten Bereich von Frauenunterdrückung sei ein bloßer Unterfall des Klassenkampfes. Das "Recht [sic!, Anm. d. Verf.] auf Selbstbestimmung eines antipatriarchalen Kampfpols" (CCC, 91) bzw. eine "starke eigenständige antipatriarchale und antirassistische Orientierung (Organisierung)" (KomBri, 86) wird abgelehnt.

Diese Auffassung wird in beiden Texten nicht begründet, sondern - durch die oben zitierte Aufspaltung - definitorisch gesetzt.[2] Dies können sich die KomBri und die CCC-Gefangenen nur (scheinbar!) erlauben, weil sie den Gegenstand ihrer Kritik, den heutigen Feminismus, nicht kennen bzw. so tun, also ob sie ihn nicht kennen. Dies ermöglicht ihnen, die traditionelle marxistische Position einfach nur zu wiederholen, ohne auch nur den Versuch einer argumentativen Widerlegung der feministischen Marxismus-Kritik zu unternehmen.

Im Einzelnen zeigt sich das an folgenden Punkten:

2. Ignoranz gegenüber dem feministischen Patriarchatsbegriff

Im Gegensatz zu den beiden Texten will der Feminismus die *nicht*-kapitalfunktionale(n Teile von) Frauenunterdrückung **nicht** als bloße Relikte aus früherer Zeit betrachten. Deshalb verwendet der Feminismus den Begriff "Patriarchat" nicht (nur) für "the feudal rule of the father as head of the household over 'his' woman, children, labourer and servants". Vielmehr ist die "general assumption behind the discussion of present-day patriarchy (...) that even if women have been oppressed throughout history, patriarchay today is not simple a historical left-over. The subjection of women is not just the last kind of inequality to be removed, as John Stuart Mill thought, but an integrated part of the structure of present-day society."[3]

Auch Juliet Mitchell schreibt, daß der Begriff Patriarchat verwandt wird, "nicht um die Herrschaft des Vaters zu bezeichnen, sondern die Herrschaft der Männer überhaupt. (...), so daß wir sagen können, Feminismus ist die Überzeugung, daß die Unterdrückung der Frau zuallererst dagewesen ist und losgelöst werden kann von jedem spezifischen historischen Kontext."[4]

Dies ist - *in der hier zitierten Form!* - auch nicht mehr als eine Begriffsdefinition und eine Behauptung ohne Begründung. Aber die CCC-Gefangenen und die KomBri sind dafür zu kritisieren, daß sie es sowohl unterlassen haben

++ die Nützlichkeit eines solchen weiten Patriarchats-Begriffs für die von den CCC-Gefangenen zu Recht eingeforderte "historisch-materialistische Analyse" (90) der Gesellschaft zu prüfen,

als auch

++ die - *an anderer Stelle vorgebrachten* - Argumente für die feministische These (daß Frauenunterdrückung nicht [nur] "simple a historical left-over (...), but an integrated part of the structure of present-day society" sei) zu erörtern.

3. Ignoranz gegenüber der Kritik an einer kapitalfunktionalen Patriarchatserklärung

Ebenfalls wurden in der feministischen Debatte längst Argumente gegen eine kapitalfunktionale Erklärung des Patriarchats vorgebracht.

a) Wem nutzt die Frauenlohndiskriminierung?

So läßt sich bspw. Frauenlohndiskriminierung nicht (nur) mit seiner (vermeintlichen) Funktionalität[5] für das Kapital erklären, sondern realisiert ein klassenübergreifendes Interesse *aller Männer*.[6] Eine gleichmäßige Verteilung einer *gegebenen* Lohnsumme auf Frauen und Männer ließe die Profitrate des Kapitals unberührt.

"Wenn auch zwischen den Klassen höchst unterschiedliche Vorstellungen über die Lohnhöhe bestehen, so existiert doch in einem Punkt ein Konsens zwi-

---

1 Mao Tse-Tung am 12.03.57 auf der Konferenz über nationale Propagandaarbeit der KPCh.

2 Besonders deutlich wird diese Methode am Text der KomBri. Der zweite Satz ihres Kapitels zur "Patriarchatsdiskussion" lautet: "Das Patriarchat als soziale Struktur unterscheidet sich vom Zeitpunkt der Einführung der kapitalistischen Produktionsweise an insofern vom vorherigen gesellschaftlichen Prinzip, da es mit klarer Bestimmung zu einem funktionellen Integral im Produktions-Reproduktionszyklus geworden ist." Diese These wird nirgends in dem Text begründet, aber auf sie wird immer wieder zurückgegriffen, wenn es darum geht, konkrete politische Schlußfolgerungen abzustützen ("zu begründen" wäre übertrieben): Bspw. 86: "Wenn es richtig ist zu sagen, daß das Patriarchat im Kapitalismus primär als Funktion zu sehen ist, ..." (Ja, wenn... Aber das ist ja die Frage.), 86: "wie gesagt", "wie anderenorts benannt", "wie benannt", 87: "um es noch einmal deutlich zu sagen". An all diesen Stellen wird die Richtigkeit der Ausgangsthese einfach nur vorausgesetzt; trifft die Ausgangsthese nicht zu, bricht an all diesen Stellen die Argumentation zusammen!

3 Dahlerup 1987, 93, 96. Allerdings gibt es auch einige Feministinnen, die diesen umfassenden Patriarchats-Begriff als zu unpräzise ablehnen. Dies führt sie aber - anders als die KomBri und die CCC-Gefangenen - nicht dazu, zu bestreiten, daß Frauenunterdrückung auch noch eine Dominante der heutigen gesellschaftlichen Struktur ist.

4 Mitchell 1966- 1971, 60, 62.

5 S. zur grundsätzlichen Problematik funktionalistischer Erklärungsansätze: Barrett 1980, 29, vgl. 24 f.; Braig/Lentz, 1983, 16.

6 S. zum klassenübergreifenden Charakter von Frauenunterdrückung auch: Andresen/Woll 1988, 44.

schen männlichen Arbeitern und Kapitalisten. Die Löhne der Männer müssen bei vergleichbarer Arbeit höher sein als die der Frauen."[7] Es ist also *nicht das Kapital*, das die Lohnarbeiterinnen 'doppelt unterdrückt'.[8]
Dies gestehen unfreiwillig auch die CCC-Gefangenen zu, wenn sie auf S. 93 von einer "*Über*ausbeutung" [Hervorh. d. Verf.] der Frauen sprechen. Eine solche "*Über*ausbeutung" läßt sich im Rahmen der Kapitallogik nämlich nicht erklären.[9] "(...) es ist mir nicht klar, warum es im *Interesse des Kapitals* sein sollte, Frauen Löhne zu zahlen, die für Männer einen höheren Lohn notwendig machen, damit diese ihre Frauen unterhalten können. (...) Die Funktionsweise der Ausbeutung verstehen heißt noch nicht, daß geklärt ist, warum (...) ganz bestimmte Gruppen auf diese (ganz besondere, stärkere, Erg. d. Verf.) Weise ausgebeutet werden."[10]
Also: Wieso zahlt *das Kapital* gerade schwarzen Frauen und nicht weißen Männern die niedrigsten Löhne? Und v.a.: Wieso zahlt das Kapital den sog. Familienlohn auch an unverheiratete Männer?[11] Nicht aufgrund seines Interesses *als Kapital*, sondern weil es neben der Herrschaft des Kapitals auch noch eine HERRschaft der Männer und der Weißen gibt. Die richtige Sichtweise lautet also: Nicht Kapitel unterdrückt die Frauen 'doppelt', sondern die Männer unterdrücken die Frauen; und als Lohnarbeiterinnen werden Frauen zusätzlich vom Kapital ausgebeutet.

b) Wem nutzt die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung?
Die gleiche klassenübergreifende Männereinigkeit besteht hinsichtlich der (Nicht)-Eignung von Frauen für die Erwerbsarbeit und - wenn sich Frauen-Erwerbstätigkeit nicht verhindern läßt - in der Beantwortung der Frage, welche Branchen dafür in Frage kommen: nämlich die hausarbeitsnahen.[12]
Die meisten Männer sind zwar als Angehörige der ArbeiterInnenklasse ebenfalls ausgebeutet und unterdrückt, "aber sie stehen auf einer anderen Stufe als Frauen. Sie sind mit der Reproduktion in Form von Hausarbeit in der Regel nicht belastet, sie haben die besseren Arbeitsplätze und die höheren Löhne, sie haben Sitz und Stimme in Betriebs-, Aufsichts-, Stadträten usw."[13] Das Kapital hat insofern nur den Vorteil, seine Interessen gegen eine sexistisch (und rassistisch sowie auf andere Weise) gespaltene Belegschaft *leichter* durchsetzen zu können. Diese *bloße Erleichterung* kann aber *kaum* als *Hauptaspekt* des Patriarchats betrachtet werden.

c) Schlägt das Kapital die Frauen?
Ebenfalls nicht mit der Funktionalität für das Kapital zu erklären ist die massenhafte inner- und außerfamiliare direkte körperliche Gewalt von Männern gegen Frauen.[14]

d) Das Patriarchat ist älter als Klassenherrschaft
Zwar ist das Patriarchat in der Tat keine Naturgegebenheit (da haben sogar ausnahmsweise die CCC-Gefangenen etwas mitbekommen [s. 92]). Nichts desto weniger ist es nicht nur lange vor dem Kapitalismus[15], sondern sogar vor jeder Klassenspaltung entstanden. Die Existenz des Patriarchats kann also auch deshalb nicht mit seiner (vermeintlichen) Funktionalität für Klassenherrschaft, insbesondere den Kapitalismus, erklärt werden:[16]
Bereits in den Jäger- und Sammlerinnengesellschaften (Altsteinzeit), die noch kein Eigentum kannten, gab es eine geschlechtliche Arbeitsteilung und ein gesellschaftliches Einfluß-Übergewicht der Männer - von Frauenunterdrückung soll allerdings noch nicht gesprochen werden können.[17] ***In den meisten (ebenfalls noch klassenlosen) segmentären Gesellschaften*** (Jungsteinzeit) entwickelte sich diese Tendenz in den patrilinearen (= männliche Verwandtschaftslinien) Gesellschaften im Zusammenhang mit der Entstehung des Brautpreises zum ***Patriarchat***.[18] Zusammenfassend:
"Die ökonomischen[19] Gefahren konnten von den egalitären segmentären Gesellschaften noch weitgehend gemeistert werden, (...). Die sexistischen Gefahren haben sie nicht gemeistert. So entstand Macht in der überlegenen Stellung des Mannes gegenüber der deklassierten Frau oder gegenüber einer erst recht deklassierten Vielzahl von Frauen und in der sozialen Kontrolle der Alten über diese Zirkulation der Reproduzentinnen."[20]
Erst später bildete sich mit der Sklaverei die erste Klassengesellschaft heraus.
Davon gingen auch Marx und Engels ursprünglich in der "Deutschen Ideologie" aus: Die Familie sei die erste Form der Arbeitsteilung und des Eigentums gewesen;[21] erst danach seien Klassen (Bürger und Sklaven) entstanden[22]. Diese Erkenntnis ging aber in der späteren - und für die orthodox-marxistische Fassung der sog. "Frauenfrage" maßgeblichen - Schrift von Engels "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" (MEW 21, 25 ff.) wieder verloren.

e) Das Patriarchat ist längerwährend als Klassenherrschaft
Schließlich hat die Erfahrung des "real existierenden Sozialismus" *praktisch* gezeigt, daß die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln nicht automatisch die Aufhebung von MännerHERRschaft über Frauen bedeutet.[23]

4. Ignoranz gegenüber den sozialistischen Feministinnen

Schließlich denunzieren beide Texte (der der CCC-Gefangenen explizite [s. **Fehler! Textmarke nicht definiert.**, 93] und der der KomBri etwas versteckter [86; 86]) den Feminismus als (klein)bürgerlich bzw. antiproletarisch und reformistisch.

---

7 Rentschler 1988, 29.

8 Nach traditionell marxistischer Auffassung werden Frauen 'doppelt' vom Kapital ausgebeutet - einmal als Angehörige des Proletariats und das zweite Mal als "Geschlechtswesen". S. dazu die Kritik bei: Redaktionskollektiv 1988, 8.

9 Vgl. Barrett 1980, 30: "Es ist nicht klar, warum zwischen den spezifischen Formen der Männerherrschaft und beispielsweise den Interessen des Kapitals irgendeine Beziehung bestehen sollte, mindestens erscheint es in keiner der existierenden marxistischen Analysen selbstverständlich."

10 Barrett 1980, 31 f. - Hervorh. d. Verf.

11 Meulenbelt 1988, 127, FN 95. Die traditionelle Forderung der Arbeit*ER*bewegung nach dem Familienlohn schließt - zumindest im Rahmen des Wertgesetzes - eine Gleichbezahlung von Frauen und Männern aus (Ambros/Hentges/Sperling 1989, 23 unter Hinweis auf: J. Kuczynski, Wert und Preis der Frauenarbeit, in: Die Arbeit. Zeitschrift des FDGB, 4/1948, 104 ff.).

12 Rentschler 1988, 30.

13 Meier 1987, 51.

14 S. dazu das Zitat "aus einem Brief einer Mitdiskutantin" bei Viehmann et al. 1990, 39: "Sexueller Mißbrauch als kleines Mädchen und Vergewaltigung, davon sind nicht einzelne Mädchen und Frauen betroffen, sondern Millionen. Gerade die Mißhandlung in der Kindheit ist - wie sich allmählich abzeichnet - ein Massenphänomen und zwar weltweit. Und wir können deshalb davon sprechen, daß dieses Phänomen die gesellschaftliche Rolle von Frauen prägt." S. dazu im übrigen aus der umfangreichen Literatur bspw.: Alternative Liste, Frauenbereich (Hg.), Zum Thema: *Frauen* Widerstand gegen Männergewalt, o.O. (Westberlin), o.J. (um 1988/89).

15 Vgl. Barrett 1980, 18.

16 Barrett 1980, 30.

17 Uwe Wesel, Grundzüge der Rechtsgeschichte (Vorlesung), Wintersemester 1986/87. 1. Skriptum o.O. (Westberlin), o.J. (1986), 10 f.; vgl. 15 f.

18 Wesel, a.a.O., 25 ff., 34. **Zeitlich parallel entwickelten sich in anderen Gesellschaften (als Ausnahme) Matrilinearität und Matrifokalität (die Familie zieht an den Wohnort der Frau).** Nach *Wesel* sind diese Gesellschaften aber nicht von Frauenherrschaft, sondern allenfalls von leichter **Dominanz der Frauen**, im wesentlichen aber Gleichheit/Gleichberechtigung der Geschlechter gekennzeichnet. (a.a.O., 32 f.). Vgl. dazu auch Strobl 1991, 13: "So wenig wir über das **Matriarchat** oder einzelne matriachale Gesellschaften wissen, als gesichertes historisches Wissen, so sicher können wir annehmen, daß sich **das Patriarchat als Herrschaft nur in langwierigen und blutigen Kämpfen durchsetzen konnte.**" (Hervorh. d. Verf.)

19 *Wesel* meint *klassistische* Gefahren, denn nicht nur Klassenherrschaft, sondern auch GeschlechterHERRschaft und Rassismus drücken sich in ökonomischer Ungleichheit/Ungleichberechtigung aus. Anm. d. Verf.

20 Wesel, a.a.O., 35.

21 Marx/Engels 1845, 22, 29, 32.

22 Marx/Engels 1845. 23.

23 Barett 1980, 18.

Daran ist zunächst richtig, daß der Feminismus notwendiger und daher auch begrüßenswerter(!)weise *insoweit* interklassistisch ist, *als sich der Kampf des Feminismus gegen eine interklassistische Erscheinung*, nämlich gegen das Patriarchat, *richtet*. Frauenunterdrückung existiert in allen Klassen!
Im übrigen beweist dieser Vorwurf aber nur aufs Neue, daß beide Texte nicht auf dem Stand der Debatte argumentieren. Denn in den letzten 20 - 25 Jahren hat sich eine Strömung sozialistischer Feministinnen herausgebildet, die
++ sowohl jenseits der traditionellen bürgerlichen Frauenbewegung steht
++ als auch mit der traditionell-marxistischen Nebenwiderspruch-Theorie gebrochen hat. Deren Kampf richtet sich zu Recht gegen patriarchale Verhältnisse in allen Klassen **und** gegen die kapitalistische Klassenherrschaft.[24]
Darüber hinaus gibt es eine Strömung von sog. radikal-feministischen Frauen, die sich zwar nicht auf den Lohnarbeit-Kapital-Widerspruch beziehen, die sich aber nichts desto weniger in einem unversöhnlichen (revolutionären) Widerspruch zum als patriarchal analysierten System sehen. Das Problematische an *dieser* Strömung ist, daß *deren* Argumentationsmuster - **im Gegensatz zu denen der erstgenannten Strömung** - in der Tat vor der *Gefahr* stehen, in einen (umgekehrten) Biologismus abzurutschen[25] und deshalb für Konzepte der Neuen Mütterlichkeit *vereinnahmbar* sind[26].

Darüber hinaus gibt es selbstverständlich (weiterhin) sozialdemokratische und offen bürgerliche Feministinnen. Aber generalisierend kann gesagt werden,
++ daß sich in den letzten Jahren der Begriff Feminismus zur Bezeichnung der revolutionären Strömung in der Frauenbewegung durchgesetzt hat
und
++ daß es den Gefangenen der CCC und den Kommunistischen Brigaden gut zu Gesichte stände, wenn sie sich nicht an den argumentativ schwächsten Gegnerinnen, den bürgerlichen Feministinnen, sondern den entwickelsten feministischen Konzepten abarbeiten würden.

> "Ich beharre fest darauf, daß jemand, der keine Untersuchung angestellt hat, auch kein Mitspracherecht hat."
> Mao Tse Tung[27]

II. Zur Kritik die Position der Kommunistischen Brigaden

1. Das historisch-strukturell verankerte und bedingte sexistische Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern

Die Argumentation der KomBri ist eine Mischung aus zutreffenden und falschen Behauptungen mit dem Ziel, einen eigenständigen antipatriarchalen Kampf als nebensächlich darzustellen, da dieser den Kapitalismus nicht tangiere. Dadurch müssen sie allerdings indirekt die relative Unabhängigkeit von Patriarchat und Kapitalismus anerkennen, also zugeben, daß das Patriarchat kein aus kapitalistischen Produktionsverhältnissen direkt ableitbares Phänomen ist. Es gibt also ein "historisch-strukturell verankerte(s) und bedingte(s) sexistische(s) Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern, das einen eigenständigen gesellschaftlichen Widerspruch darstellt. Dieser ist nicht kapitalismusspezifisch, (...)." (86). Diese zutreffende Charakterisierung des Patriarchats als "eigenständigen gesellschaftlichen Widerspruch" ist der im gleichen Absatz aufgestellten Behauptung, daß "es keine gesellschaftlichen Ansätze gibt, um einen Kampf gegen diesen Widerspruch zu führen", allerdings diametral entgegengesetzt.
"(...) die Denunziation des Mannes als sexistischer Unterdrücker leitet für sich die Notwendigkeit eines revolutionären, antikapitalistischen Umsturzes nicht ab." (86).
"Der Mann hat (...) historisch eine eigenständige Rolle als Unterdrücker inne (...)." (). Diese These ist richtig. Aber gerade die Erkenntnis der relativen Eigenständigkeit des Patriarchats macht die relative Eigenständigkeit eines antipatriarchalen Kampfes zwingend notwendig. Daß die "Denunziation des Mannes als sexistischer Unterdrücker" nicht notwendig antikapitalistischen Charakter haben muß, ist so richtig wie unwichtig. Denn wenn es zutrifft, daß mit der "Installierung (?! Anm. d. Verf.) patriarchaler Gesellschaftsstrukturen" eine "spalterische Zielsetzung" (87) verbunden war, ist es umso dringender den eigenständigen Kampf gegen diese spaltenden Strukturen zu führen. Die angebliche "spalterische Zielsetzung" wird nämlich genau dann realisiert, wenn Feministinnen (und die sie unterstützenden Männer) erleben, daß für KommunistInnen dieser Kampf eine Nebensache ist !
"Im übrigen zeichnet sich in diesem Punkt (das Patriarchat als "Voraussetzung zur Gewährleistung von Mehrwert", d. Verf.) eine scheinbare[28] Reformierbarkeit des Kapitalismus ab, - das soll heißen, daß sich der Kapitalismus in den Metropolen gegenwärtig so gestalten ließe, daß das Patriarchat als gesellschaftlicher Widerspruch nicht mehr als systemimmanent in Erscheinung treten würde." (87). Hierzu muß angemerkt werden, daß *auf der **theoretisch-analytischen** Ebene* ein nicht-patriarchaler Kapitalismus durchaus denkbar[29] ist (eine ***andere Frage*** ist, ob diese Vorstellung - aufgrund der real-historischen Verflechtung beider Herrschaftsverhältnisse - auch auf der ***politisch-praktischen Ebene*** realistisch ist (S. dazu unten). Wenn aber ein nicht-patriarchaler Kapitalismus denkbar ist, dann läßt sich gerade nicht die These aufstellen, das Patriarchat sei das "funktionelle Integral im Produktions-Reproduktionszyklus" (86) des Kapitalismus etc. geworden. Wenn es richtig ist, daß sich der Kapitalismus so gestalten ließe, "daß das Patriarchat als ge-

---

24 Vgl. Mitchell 1966 - 1971, 61 f.: "Meiner Meinung halten heute nur noch die liberalen Feministinnen an der Illusion fest, daß gesellschaftlich Gleichberechtigung in einem demokratischen kapitalistischen Land ohne eine Revolution durchgesetzt werden könne; die radikalen Feministinnen glauben, daß dies nirgendwo erreicht werden kann, ohne daß eine feministische Revolution an allererster Stelle steht. Liberale und radikale Feministinnen sind sich allerdings einig darüber, daß die Unterdrückung der Frau unabhängig von anderer Unterdrückung bekämpft werden kann, während die sozialistischen Frauen in der Frauenbewegung, (...), glauben, daß der Kampf gegen die Unterdrückung der Frau ein zentraler, gleichzeitig aber wesentlicher Teil eines größeren revolutionären Kampfes ist, (...). Die radikalen Feministinnen tendieren jetzt dazu, im Zuge der Entwicklung ihrer Theorie dieses Unterscheidung mit einzubeziehen, (...)."

25 Vgl. bspw. Barrett 1980, 20 f. Redaktionskollektiv 1988, 12; Elvira Scheich, Frauen-Sicht, in: Ursula Beer (Hg.), Klasse Geschlecht, Bielefeld, 1989^2, 132 (137); Strobl 1991, 14, 21 f.

26 Maria Mies: "Mütter, die gar nicht anders (können), als für die Erhaltung und den Schutz des Lebens ihrer Kinder (zu) kämpfen." (Tschernobyl - wer machte uns die Natur zur Feindin, in: taz, 21.5.1986, S. 11 zit. n. Scheich 1987, 87 f.). Claudia von Werlhof: "An den Kindern kann ich daher sehen, wo ich hin muß, und daß es meine Verantwortung ist, dafür zu sorgen, was die Kinder brauchen, und was nichts anderes ist als das, was auch ich und alle anderen brauchen." (Wir werden das Leben unserer Kinder nicht dem Fortschritt opfern, in: Gambaroff et al., Tschernobyl hat unserer Leben verändert. Reinbek 1986, 24 zit. n. Scheich 1987, 89). Zur Kritik s. auch: Elvira Scheich, Männliche Wissenschaft - Weibliche Ohnmacht? und Ilse Lenz, Subsistenzproduktion, Moderne und Freiheit, in: Die Grünen (Hg.), Lebensmodelle für Frauen. 2. Grüne Bundesfrauenkonferenz 28. - 29.11.1987 (Redaktion: Steffi Engert et al.), Bonn, 1987, 87 ff. und 71 ff.; Gudrun Hentges, Feministische Kritik an der Marx'schen Werttheorie - unter besonderer Berücksichtigung des polit-ökonomischen Ansatzes von V. Bennholdt-Thomsen und C. v. Werlhof, Hausarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Phillips-Universität Marburg 1986/87, Marburg, o.J. (1968); Steffi Engert, Alle Frauen sind Hausfrauen - doch was folgt daraus?, in: Inprekorr, Nr. 180, April 1986, 21 ff.; dies., (grün-)Feministische Postmoderne oder Krise als Chance, in: Erwin Jurtschitsch / Alexander Rudnick / Frieder Otto Wolf (Hg.), Grünes & Alternatives Jahrbuch 1988. Grüne Perspektiven, Köln, 1988, 233 ff. [ähnlich unter der Überschrift "Grüne Strategie muß feministisch sein", in: Die Grünen, Bundesgeschäftstelle (Hg.), von der Mühsal der Ebenen und der Lust der Höhen...?, Bonn, 1988, 24 ff. und unter der Überschrift "Mythen von verlorenen Paradiesen sind häufig, solche von deren Wiedergewinnung sind rar' (Imtraud Morgner)", in: Die Grünen..., a.a.O., 1987, 73 ff.]; dies., Feministische Quantensprünge, in: Horizonte (Köln), Nr. 6, Sommer 1988, 13 ff.

27 zit. n. Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln 19884,5 - 13 (5).

28 Das Wort "scheinbar" scheint *nicht die* nachfolgend behauptete *Möglichkeit, sondern deren Charakterisierung* als 'Reform' in Zweifel ziehen zu sollen. S. dazu folgende Passage in der gleichen Spalte des Textes der KomBri: "(...) **ist dem Staat als Instrumentarium des Kapitalismus das Rüstzeug *gegeben, diesen reformistischen Forderungen nachzukommen*, und den Kapitalismus damit in diesem Punkt *scheinbar zu reformieren*, (...).**" (fette Hervorh. i. O., *kursive* d. Verf.).

29 Vgl. dazu auch Barrett 1980, 222 und unten das Zitat in FN .

sellschaftlicher Widerspruch nicht mehr in Erscheinung treten würde", dann bedeutet dies,
++ die Tatsache, daß *trotz dieser Möglichkeit* zur Zeit patriarchale Strukturen bestehen,
- entweder für einen Zufall zu halten (eine Möglichkeit, die mir wenig wahrscheinlich erscheint)
oder
- aber anzuerkennen, daß das Patriarchat eine eigene vom Kapitalismus unabhängig 'Ursache' hat.

2. Der "sozialdemokratisch behaftete" Begriff von Gleichberechtigung der KommunistInnen

Die These der KomBri, daß der "sozialdemokratisch behaftete Begriff der Gleichberechtigung der Frau (...) jede antikapitalistische Tendenz effektiv" ausklammert, übersieht, daß sozialdemokratische Politik *generell* "jede antikapitalistische Tendenz effektiv" ausklammert. Denn sie ist *objektiv* ungeeignet, kapitalistische Produktionsverhältnisse zu beseitigen.[30] Zum anderen ändert die Tatsache, daß SozialdemokratInnen und KommunistInnen unterschiedlich geeignete Mittel zur Realisierung des Ziels einer klassenlosen Gesellschaft anwenden nichts an der Tatsache, daß sowohl SozialdemokratInnen als auch KommunistInnen traditionell auf die sogenannte Frauenfrage die gleiche, verfehlte Antwort geben:[31] Soweit eine *spezifische* Unterdrückung der Frauen/Arbeiterinnen zugegeben wird (meist als vorkapitalistisches Relikt betrachtet, so auch bei den KomBri 87: "*historisches* Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern"]), fordern SozialdemokratInnen **und** KommunistInnen traditionellerweise die *juristische* Gleichstellung (Gleichbe*rechti*gung) von Frauen und die Einbeziehung der Frauen in die Erwerbsarbeit und ähnliches.[32] (Und war in der Arbeiterbewegung noch eine avantgardistische Position.[33] S. dazu weiter unten die Passage zur "proletarischen Frauenbewegung".) Soweit es um die 'Unterdrückung der Frau als Verkäuferin ihrer Arbeitskraft' geht, wird eine (wie unterschiedlich im Einzelnen und im Grundsätzlichen auch immer vorgestellte) Überwindung des Kapitalismus anvisiert.
Diese Auffassung steht im Kontext von Engels' - in seinem "Der Ursprung der Familie,..." entwickelten - Auffassung, daß die Frauenunterdrückung mit dem Privateigentum entstanden sei.[34] Die logische (nicht nur DKP-)Schlußfolgerung daraus ist, daß "die Frauenfrage selbst mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel verschwinde".[35] Dies war auch die Auffassung des Sozialdemokraten August Bebel: "Von unserem Standpunkt fällt diese Frage zusammen mit der Frage, welche Gestalt und Organisation die menschliche Gesellschaft sich geben muß, damit an Stelle von Unterdrükkung, Ausbeutung, Not und Elend die physische und soziale Gesundheit der Individuen und der Gesellschaft tritt. Die Frauenfrage ist also für uns nur eine Seite der allgemeinen sozialen Frage, (...)."[36] Soweit der Stand bis Jahrhundertwende. -
Bei der Kommunistin Clara Zetkin kommt dann noch die Abgrenzung von der sog. bürgerlichen Frauenbewegung hinzu.[37] Dabei ist die These von der Existenz einer proletarischen *Frauen*bewegung weitgehend ein Mythos. Denjenigen proletarischen Politiker und Politikerinnen, die sich auf jene bezogen haben, ging es weder um eine **Bewegung** noch um eine spezielle Interessenswahrnehmung zumindest von proletarischen Frauen: "Vielen Männern sind die Zusammenschlüsse, aber auch die organisierten Treffen von Frauen suspekt. Ihre Ängste sind konkret und praktisch. Die tägliche Versorgung steht auf dem Spiel, Frauen erledigen die Hausarbeit nicht mehr so gut, nicht mehr so selbstverständlich und bereitwillig."[38]
Statt um Fraueninteressen ging es jenen PolitikerInnen darum, daß Frauen dafür gewonnen werden, daß sie die Interessen ihrer proletarischen Ehemänner unterstützen.[39] Deshalb bedeutete die Gegenüberstellung einer angeblich bürgerlichen Frauenbewegung und einer proletarischen angeblichen Frauenbewegung *de facto* die Unterordnung von Fraueninteressen unter die Interessen der männerdominierten **Partei**.[40] So rückte bspw. Clara Zetkin zeitweise[41] die Forderung nach einem Recht auf Frauenerwerbstätigkeit in die Nähe von vermeintlich bürgerlicher "Frauenrechtlerei" und stellte stattdessen die - sicherlich nicht falsche - Forderung nach einem Frauenrecht in den Vordergrund.[42] Dies bestätigt erneut, daß Frauen vor allem als Unterstützerinnen, hier: als Wählerinnen, der Arbeit*ER*organisationen, aber nicht als Kämpferinnen für ihre eigenen Interessen erwünscht waren.
Über Rosa Luxemburg schreibt Ingrid Strobl schließlich: Luxemburg habe die radikalen Feministinnen "Zeit ihres Lebens aufs Schlimmste diffamiert" und sich stattdessen allenfalls auf reformistische Strömungen in der Frauenbewegung bezogen. Rosa Luxemburg selbst habe dagegen "nicht einmal eine reformistische Haltung in der Frauenfrage (gehabt), sie hatte keine. Was sie allerdings nicht daran hinderte, Antifeministin zu sein."[43]
Angesichts der gänzlich unrevolutionären Haltung der Sozialdemokratie zum Patriarchat bestand für diese auch im Zuge der Parteispaltung keine Revisionsbedarf,[44] so daß Ende der 60er /

---

30 Zur subjektiven Seite s.: Parteivorstand der SPD (Hg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1989), Bonn, o.J., 21 ("Überwindung der Klassengesellschaft"), 22 ("von Klassenschranken befreite Gesellschaft").

31 Vgl. dazu am Beispiel der Haltung von SPD und DKP zur Familie: Ketelhut et al. 1984.

32 Heutzutage ist es die SPD, die über diesen traditionellen Gleichberechtigungsbegriff *hinaus*geht. So fort die SPD in ihrem neuen Grundsatzprogramm nicht nur die "rechtliche", sondern auch die "gesellschaftliche" Gleichstellung, worunter sie nicht mehr nur die Einbeziehung der Frauen in die Erwerbsarbeit versteht. Außerdem heißt es dort: "Dies bedeutet nicht die Integration der Frau in eine Männerwelt, sondern die Umgestaltung der Gesellschaft." (Parteivorstand der SPD [Hg.], a.a.O., 18). - **Um es noch einmal zu betonen: Ich argumentiere hier auf der Ebene des *programmatischen Ziels*. Auf dieser Ebene spielt also keine Rolle, welche *Mittel* die SPD auf *programmatischer* Ebene zur Erreichung dieses Ziel ins Auge faßt; und erst Recht spielt auf dieser Ebene keine Rolle, wie die *praktische Politik* der SPD aussieht!**

33 S. dazu Viehmann et al. 1990, 49 f.

34 Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Berlin/DDR, 1983 zit. n. Redaktionskollektiv 1988, 7.

35 So die krit. Darstellung bei Haug 1988, 16. S.a. die krit. Darstellung bei: Redaktionskollektiv 1988, 8: ohne den Sozialismus sei die volle Gleichberechtigung der Frau nicht realisierbar.

36 August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, 1879 zit. n. Luc Jochimsen, Sozialismus als Männersache oder Kennen Sie "Bebels Frau"?, Reinbek bei Hamburg 1978, 11.

37 Redaktionskollektiv 1988, 8; Heinz Niggemann, Einleitung, in: ders. (Hg.), Frauenemanzipation und Sozialdemokratie, Frankfurt am Main, 1981, 20.

38 Köhn et al. 1984, 165 m.w.N.; s.a. ebd., 169 m.w.N.

39 Köhn et al. 1984, 166 m.w.N.

40 Strobl, 1986, 73. Vgl. F. Balibar / N. Labica 1984, 341: "Die Forderungen des 'bürgerlichen' Feminismus, der 'Suffragetten': Recht der Frauen, freie Berufe auszuüben, gleiche Ausbildungsmöglichkeiten wie für Männer, gleiche politische Rechte, wurden zunächst en bloc von der marxistischen sozialistischen Bewegung zurückgewiesen, (...)." sowie Köhn et al. 1984, 174: "In der offiziellen sozialistischen Frauenemanzipationstheorie kam der Geschlechterkampf nicht vor, wurden die Beziehungen zwischen Frauen und Männern harmonisiert. Im Gegensatz dazu thematisierte die sog. bürgerliche Frauenbewegung zu diesem Zeitpunkt (d.h. um die Jahrhundertwende, Erg. d. Verf.) die Geschlechterproblematik und organisierte Kampagnen, die diese zum Gegenstand hatte (...)." Allerdings beziehen sich Köhn et al. 1984, bes. 184 ff. nicht vorrangig auf den radikalen Flügel der sog. bürgerlichen Frauenbewegung, sondern bewerten auch deren gemäßigten Flügel ausgesprochen wohlwollend (s. aber auch Köhn et al. 1984, 200, FN 9).

41 Vgl. dazu Köhn et al. 1984, 199, FN 7.

42 Köhn et al. 1984, 164.

43 Strobl 1986, 73.

44 Vgl. Niggemann, a.a.O., 37: "Es zeigt sich, daß die Fronten der politischen Flügelbildung nicht mit der Haltung zur Frauenemanziption parallel laufen; (...)." Womit Niggemann so nebenbei die These vertritt, die Frauenemanzipation sei unpolitisch... S. dazu auch: Viehmann et al. 1990, 45: "(...) die **sozialdemokratischen und stalinistischen Arbeiterorganisationen** haben so die Ausbeutung der Lohnarbeiter jahrzehntelang als die wichtigste gegen alle 'Nebenwidersprüche' behauptet." (Hervorh. d. Verf.) Das Vorstandsmitglied der bekanntermaßen sozialdemokratisch dominierten IG Metall, Hans Preiss, konnte noch 1977 auf einer IGM-Konferenz unter dem Beifall der Versammlung ausführen: "Zu den Kräften, die objektiv die Geschlossenheit der Kolleginnen und Kollegen spalten, gehört nicht zuletzt die bürgerliche Frauenbewegung. (...) sie hat nie erkannt, daß die Voraussetzungen für die Emanzipation der Frau erst geschaffen werden durch die Emanzipation der arbeitenden Klasse." (zit. n. Köhn et al. 1984, 160). Und das Vorstandsmitglied der etwas *links*-sozialdemokratischeren IG Druck und Papier, Gisela Kessler,

Anfang der 70er Jahre die neue Frauenbewegung (in der BRD) sowohl in Opposition zur Sozialdemokratie als auch in Opposition zu den dominanten kommunistischen Strömungen entstand.[45]
Denn eigenständige patriarchale Strukturen, d.h. Strukturen,
++ die sich nicht nur auf den Bereich des (juristischen) Überbaus beziehen,
++ die vor dem Kapitalismus, ja vor jeder Klassenherrschaft entstanden sind,
++ die auch im Kapitalismus und im ("real existierenden") Sozialismus noch eine aktuelle Bedeutung haben,
und
++ die deshalb nicht mit der vollständigen Durchsetzung des Kapitalismus (Auflösung feudalistisch-patriarchaler Reste) bzw. der Durchsetzung des Sozialismus (Überwindung der 'Unterdrückung der Frau als Verkäuferin ihrer Arbeitskraft' und der kapitalfunktionalen Aspekte von Frauenunterdrückung) mehr oder minder *automatisch* verschwinden, sondern vielmehr relativ eigenständig bekämpft werden müssen,
gibt es traditionellerweise weder für SozialdemokratInnen noch für KommunistInnen! Sowohl KommunistInnen als auch SozialdemokratInnen beschränken sich traditionellerweise - eben weil es solche Strukturen für sie nicht gibt! - auf die Forderung nach Gleichbe*rechti*gung von Mann und Frau. Genau hier muß die Kritik am "sozialdemokratisch-behafteten Begriff der Gleichberechtigung" (**und** an der **kommunistischen** Antwort auf die sog. 'Frauenfrage') ansetzen. Da die KomBri die wesentlichen Aspekte des "sozialdemokratisch-behafteten Begriff(s) der Gleichberechtigung" teilen, sind sie zu einer solchen Kritik nicht in der Lage!

3. Noch einmal zur Aufspaltung des Patriarchats-Begriffs

Des weiteren behaupten die KomBri, daß sich das Patriarchat zur Zeit auf drei unterschiedlichen und vor allem auch analytisch zu trennenden Ebenen darstelle:
a) die Ebene der [angeblichen!, d. Verf.] ökonomischen Funktionalität von Frauenunterdrückung für das Kapital ("unbezahlte Reproduktionsarbeiterin" / Reproduktion des Arbeiters) (86).
Der Sachverhalt als solcher ist hier von den KomBri zwar richtig erkannt und benannt worden, bietet aber keine (ausreichende) Erklärung für die behauptete Kapitalfunktionalität des Patriarchats:
Zum einen greifen die KomBri hier nur einen Aspekt des Patriarchats heraus.
Zum anderen ist es bspw. nicht einsichtig, wieso es nicht *kapitalismus*-immanent *möglich* sein soll, die Reproduktion der Arbeitskräfte weitgehend zu kommerzialisieren (und die [restliche] Reproduktionsarbeit auf Frauen und Männer gleichmäßig zu verteilen)[46] (Wie wir weiter oben gesehen haben, gestehen die KomBri diese Möglichkeit an anderer Stelle durchaus zu.) Dies würde dem Kapital nicht nur höhere Kosten (steigender Wert der Ware Arbeitskraft aufgrund der Kommerzialisierung deren Reproduktion), sondern auch neue Mehrwertquellen verschaffen[47] - nämlich durch die Arbeiten, die dann innerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses geleistet würden. [Dabei ist zu berücksichtigen, daß für den Kapitalismus jede Arbeit produktiv (sprich: mehrwertproduzierend) ist, (unabhängig davon, ob sie in einem stofflichen Verständnis produktiv ist; also unabhängig davon, ob sie neue Gegenstände herstellt!), die in das kapitalistische Produktionsverhältnis einbezogen ist.[48]]. Solange diese Arbeiten außerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses geleistet werden drücken sie "sich nicht in Geld aus" und sind "somit wertlos"[49] (Wert ist hier keine moralische, sondern eine ökonomische Kategorie). Sie kommen - da (tausch)wertlos - nicht dem Kapital, sondern - als *Gebrauchs*werte - den Männern zugute. Damit ist nicht gesagt, daß die Kommerzialisierung von Hausarbeit automatisch das *Patriarchat* untergräbt,[50] sondern nur, daß dieser Vorgang den *Kapitalismus* nicht stürzen würde. Vielmehr ist gerade mit einer Forderung wie der nach Lohn für Hausarbeit die Gefahr der Verfestigung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilungen verbunden.[51]
b) politische Funktionalität von Frauenunterdrückung für das Kapital ("Kanal zur Umsetzung der sozialen Deklassierung des Arbeiters", Spaltung der beherrschten Klasse, Schwächung des Klassenkampfes) (86).
c) das "historische Gewaltverhältnis zwischen den Geschlechtern", für dessen Bekämpfung es aber "keine gesellschaftliche Ansätze" gebe. Daher sei diese Problem im "**persönlichen** Alltag" aufzugreifen; im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang", also für kommunistische **Politik**, sei dieses Problem aber irrelevant. Denn ein "entsprechender Appell", den "persönlichen Alltag" zu ändern, sei - mangels "gesellschaftlicher Ansätze" [und so schließt sich die zirkuläre Argumentation! Anm. d. Verf.] - "praxisfern und illusionistisch". (164)

> Sagt der Kommunist,
> das Problem im "persönlichen Alltag" aufgreifen oder nicht,
> und bleibt das Patriarchat wie's ist.
> (Frei nach der Volksmundweisheit:
> Kräht der Hahn auf dem Mist,
> ändert sich das Wetter oder es bleibt wie's ist.)

4. Die politische Konsequenz der Negation der gesellschaftlich-materielle Basis der *triple oppression*

Die KomBri kritisieren, daß Viehmann et al. (3:1-Papier) nicht in der Lage seien, die gesellschaftlich-materielle Basis für eine triple oppression anzugeben. "Die konsequente Weiterführung gemäß dieser Analyse würde bedeuten, im Kampf gegen die gegenwärtigen Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen drei Feinde zu entlarven:
- den Kapitalismus/Imperialismus
- den Mann im Kapitalismus
- den Rassist[en] im Kapitalismus." (86).

Demgegenüber müsse "der Kampf gegen das Patriarchat immer in der Orientierung des Kampfes gegen den Kapitalismus bestimmt werden" (86). "Gemessen am politisch-ökonomischen Bezug stellt das Patriarchat im Kapitalismus einen Nebenwiderspruch dar (...)". (86) Entsprechendes gelte auch für den Rassismus: "Rassismus ist eben [dieses Wörtchen ist das ganze Argument: "eben" !, Anm. d. Verf.] nicht in erster Linie ein historisches oder genetisches Problem, sondern eine notwendige Institution im sozialen und ökonomischen Gefüge des kapitalistischen Systems (...)". Die Kritik an dieser kapitalfunktionalen Erklärung von Patriarchat und Rassismus soll hier nicht wiederholt werden, da dazu das nötige schon in Teil I. dieses Textes gesagt wurde.
Als Konsequenz fordern die KomBri, nicht nur "Scheinkämpfe reformisti-

---

formuliert 1982: "Die Frauenfrage sei (...) nur ein Teil der sozialen Frage (...) für einen 'Geschlechterkampf' oder 'Männerfeindschaft' sei kein Raum." (Brigitte Zypries, Bericht von der VDJ-Konferenz zur rechtlichen Stellung der Frau, in: Demokratie und Recht, 1980, 427 - 429 [428]). Unseren Helden des kommunistischen Antifeminismus dürfte es schwerfallen, sich von diesen *sozialdemokratischen* Positionen abzugrenzen...

45 Haug 1988, 16 ff.; Niggemann, a.a.O., 11.

46 Braig/Lentz 1983, 13. Vgl. Haug 1981, 650 f., 658.

47 Deshalb ist im Ergebnis - wenn auch nicht in der Begründung - der Hinweis von Beer 1983, 31 richtig, daß die Frauen-"Hausarbeit dem Kapital keinen Pfennig (*erspart*)" (Hervorh. i.O.).

48 S. dazu: Jacques Bidet, Stichwort "Produktion, Produktive/Unproduktive Arbeit", in: Georges Labica / Gérard Bensussan (Hg.), Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6, (West)berlin, 1987, 1045 - 1050 (bes. 1046 unten - 1048 unten).

49 Strobl 1991, 15 f.

50 Vgl. Strobl 1991, 21, 22 f.

51 Haug 1988b, 18 f. Ähnlich schon: Haug 1981, 656.

scher Art gegen Pornographie etc." (86), sondern generell jegliche "reformistischen Forderungen" zur Milderung von Frauenunterdrückung zu unterlassen. Denn "diese Kosmetik" habe "als Effekt die Isolierung und Schwächung eines radikalen antikapitalistischen Kampfes gegen das Patriarchat zur Folge" (87). "(...) ein 'Kampf' gegen den Mann im Kapitalismus ist (...) und wird (...) der spalterischen Zielsetzung der Installierung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen gerecht" (siehe auch dazu die schon oben angeführte Kritik). Im übrigen muß auch hier auf den halbwahren Charakter der Behauptungen hingewiesen werden.

So sind Kämpfe wie der Kampf gegen Pornographie in der Tat reformerisch (**nicht** ***notwendigerweise***: reformistisch)[52] - und zwar weil sie nur einzelne *Erscheinungen* patriarchaler Herrschaft und nicht *die* **patriarchale** (!) Herrschaft *als solche* beseitigen (wollen). Daraus ist aber nicht zu schlußfolgern, daß solche Kämpfe zu unterlassen sind. Vielmehr gilt hier - wie generell (zumindest für LeninistInnen!) -, daß der Kampf um Reformforderung so zu führen ist, daß er **nicht *nur*** eine unmittelbare Situationsverbesserung, sondern eine Begünstigung des revolutionären Prozeß insgesamt bewirkt. D.h. also, daß der Kampf gegen Pornographie beispielsweise so zu führen ist, daß dieses Phänomen *als systematischer Effekt eines* - von Klassenherrschaft (relativ) eigenständigen - *strukturellen, patriarchalen Herrschaftsverhältnisses* angegriffen wird.

Die Auffassung der KomBri bedeutet demgegenüber allerdings nicht, einen "radikalen antikapitalistischen", sondern gar keinen Kampf gegen das Patriarchat zu führen. Denn:

++ Soweit das Patriarchat angeblich eine Funktion der Kapitalakkumulation ist, verbietet sich nach Ansicht der KomBri ein Kampf dagegen, weil ein Erfolg dieses Kampfes den Kapitalismus kosmetisch verschönern würde (87).

++ Soweit das Patriarchat angeblich ein bloßes "historisches Gewaltverhältnis" ist, verbietet sich nach Ansicht der KomBri ein Kampf dagegen, weil einem Kampf gegen ein solches Relikt die "gesellschaftliche Perspektive" (87) fehle.

"Durch diesen kleinen 'Kunstgriff' wird die politische Strategie ableitbar: Zwar existieren patriarchalische Verhältnisse, von denen Männer profitieren, ein prinzipieller Gegensatz zwischen Männern und Frauen bestehe jedoch nicht, und daher könne der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau nur als Bestandteil des Klassenkampfes geführt werden."[53]

III. Zur Kritik die Position der CCC-Gefangenen

1. Das Wahre im Falschen

Ebenso wie der Text der Kommunistischen Brigaden, enthält der Text der CCC-Gefangenen verschiedene Thesen, die - zumindest dann, wenn man/frau sie aus dem Kontext des Versuchs, patriarchale Herrschaft als Nebenwiderspruch zu interpretieren, herauslöst - zutreffend sind:

"Der Sinn der revolutionären Aktivität, also der Bewegung, die Anspruch auf die Verantwortung dieser Aktivität erhebt, ist die revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft und nicht die Eroberung einer Enklave neuer Verhältnisse innerhalb der alten Gesellschaft. Die Verdrängung eines sozialen Systems durch ein anderes ist ein historisch-objektives Phänomen, das besonders strengen Gesetzen gehorcht, die durch die historischmaterialistische Analyse, relativ zur Entwicklung der Produktivkräfte und zu den Rollen der sozialen Klassen, etc. aufgedeckt werden. In dieser Hinsicht hat die revolutionäre Bewegung in erster Linie die Aufgabe, diese Gesetze zu kennen, sie zu verstehen und sie in all ihren Orientierungen und Taten zu berücksichtigen; bei der Strafe, auf ewig zum Scheitern verurteilt zu sein oder in der Jauche der *Alternative* (sei sie auch bewaffnet) zu degenerieren." (90)

Das einzige, was an dieser, ansonsten zustimmungswürdigen, Passage klärungsbedürftig ist, ist der Gesetzes-Begriff der vier Genossen bzw. die prekäre Grenze zwischen Materialismus und Determinismus. Wenn sie von "besonders strengen Gesetzen" sprechen, dann sind in dieser Hinsicht zumindest Bedenken anzumelden. Zur Vielschichtigkeit des marxistischen Gesetzesbegriffs und der Determinismus-Gefahr s. die Stichworte "Basis" (Band 1) und "Gesetz" (Band 3) im "Kritischen Wörterbuch des Marxismus".

Ebenso richtig ist natürlich die Aussage, daß "es utopisch - falsch - (ist), eine reale Befreiung von bürgerlich-ideologischen Kategorien ins Auge zu fassen, außerhalb des objektiven Rahmens der sozialistischen Revolution und ihrer Kulturrevolution. Der revolutionäre Kampf ist zwar ein Befreiungsfaktor für diejenigen, die sich ihm verschreiben, aber er ist es nur soweit, als man sein Ziel nicht aus den Augen verliert: die Revolution, die Diktatur des Proletariats und den sozialistischen Aufbau in Richtung des Kommunismus." (90)

"Auch wenn wir in dem *offenen Brief* Abschnitte lesen wie: *'Wir wollen das eine Organisierung unseres Kampfes gegen das patriarchal-kapitalistische System, in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens, wie wir es uns für die zu erkämpfende Gesellschaft vorstellen, schon enthalten ist'*, denken wir, es mit einer (im nicht-materialistischen Sinne) völlig idealistischen Konzeption zu tun zu haben; mit einer subjektivistischen Abweichung, die den Anspruch erhebt auf radikal neue soziale Verhältnisse *"in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens"*, **vor** und/oder **unabhängig** von einer revolutionären Umwandlung der Gesellschaft. Dies ist die Art von Überlegung, die im besonderen Sinn zur Aufgabe einer 'revolutionären' Position zugunsten einer *alternativen* Position führt. Denn schließlich, wenn es wirklich möglich ist, *'in den wesentlichen Momenten des sozialen Zusammenlebens'* soziale Verhältnisse zu schaffen, die vollständig zum Ressort der *'zu erkämpfenden Gesellschaft'* gehören, warum muß besagte Gesellschaft dann noch erkämpft werden? Man sieht hier, wieviel Keime des Linksradikalismus mit seinen unvernünftigen Forderungen der Subjektivismus auf einmal in sich trägt; dazu noch Keine des Reformismus (wenn auch radikal oder bewaffnet) mit seinem Wunsch, das System zu verbessern und sogar eine Nische in seinen Innern auszuhöhlen." (91 - Hervorh. i.O.).

Hier sind nur drei Bemerkungen anzufügen:

a) Das Patriarchat ist kein Unterfall der "bürgerlich-ideologischen Kategorien". Weder ist es bloß eine ideologische Erscheinung, noch ist es (bloß) eine Funktion der Bourgeoisie. Daher kann das Zwischenziel auf dem Weg zum Kommunismus auch nicht nur in einer Diktatur des Proletariats bestehen. Allerdings scheint mir der Begriff der feministischen und antirassistischen Revolution[54] im Hinblick auf die eventuell Notwendigkeit/Möglichkeit einer antipatriarchalen und antirassistischen Übergangsgesellschaft noch nicht ausgearbeitet zu sein. Die Theorie von der sozialistischen Übergangsgesellschaft (Diktatur des Proletariats) scheint mir

52 Als *"reformerische"* werden von mir Kämple von RevolutionärInnen um begrenzte Ziele bezeichnet. *"Reformistisch"* nenne ich politische Konzepte, die sich ausschließlich auf solche begrenzten Ziele beschränken.

53 Redaktionskollektiv 1988, 8, dort auf die DKP-Position gemünzt.

54 Der Begriff "feministische Revolution" findet sich bspw. bei Mitchell 1966 - 1971, 61.

dafür allerdings nur äußerst begrenzt nutzbar zu machen sein.
b) Der Kritik an den autonomen Antizipation-Hoffnungen ist ohne weiteres zuzustimmen; nur daß damit wohl das Ziel-Weg/Mittel-Problem nicht erschöpfend behandelt ist. Denn die Gefahr, daß Handlung, die eigentlich als Mittel zum Zweck gedacht sind, sich real gegenteilig auswirken (verselbständigen), also gerade nicht Mittel zum Zweck sind, war und ist real.
c) Schließlich kann auch der Wunsch, bereits vor dem Sturz des Systems Verbesserung durchzusetzen, nicht generell verworfen werden. Siehe dazu schon oben Anmerkung zum Kampf gegen Pornographie.
"Ein globales revolutionäres Projekt impliziert eine **theoretische Vereinigung** (weil die Maßnahme der Synthese eine der gesamten revolutionären Bewegung gemeinsame Vision [?!, Anm. d. Verf.] der Welt erfordert, die unserer Meinung nach der Marxismus-Leninismus sein muß); dies impliziert eine **politische, strategische und programmatische Vereinigung** (damit die Kräfte den objektiven Bedürfnissen entsprechend sinnvoll konzentriert und verteilt werden und der Zusammenhalt und die Gewichtigkeit ihrer Demonstrationen das Vertrauen der Massen gewinnen); dies impliziert schließlich eine **organisatorische Vereinigung** (die den anderen Ansprüchen an Einheit die Krone [?!, Anm. d. Verf.] aufsetzt und aus der das Konzept der Partei seine historische Legitimität schöpft)." (91)
Die These ist insofern richtig, als sie die grundsätzliche Notwendigkeit der Organisierung, der Vereinigung betont. Übersehen wird jedoch, daß die theoretische Vereinigung nicht auf der Grundlage des traditionellen "Marxismus-Leninismus" mit seiner Nebenwiderspruchstheorie erfolgen kann. Vielmehr ist diese theoretische Vereinigung nur möglich als Vereinigung des wissenschaftlichen Sozialismus mit dem wissenschaftlichen Feminismus und dem wissenschaftlichen Antirassismus. Diese vielfach (größernteils?) erst noch zu erarbeitende, neue revolutionäre Theorie wird dann sinnvoll auch nicht mehr Marxismus-(Leninismus) heißen können (s. zu letzterem: Linke Liste TU 1989).
Neben den zitierten und großenteils richtigen Ausführungen finden sich im Text der CCC-Gefangenen allerdings auch Passagen, deren Inhalt als grundsätzlich unzutreffend oder nicht nachvollziehbar bezeichnet werden müssen:

2. Zum dritten Mal: Die definitorische Abschaffung des kapitalistischen Patriarchats

"Das Patriarchat beruht auf der Familie, deren Vermögensbesitzer der Mann ist und in der die Übertragung des Vermögens der Abstammung in väterlicher Linie folgt." (92). "(...) es (ist) in bezug auf die entwickelten Länder der imperialistischen Zentren unzweckmäßig (von Patriarchat zu sprechen, d. Verf.) (...); ganz einfach, weil ungeachtet der Beständigkeit von besonderen Formen ökonomischer Ausbeutung, sozialer, ideologischer und kultureller Unterdrückung, die Gleichheit der Rechte zwischen Männern und Frauen erworben ist." (92) "Wir denken, daß es korrekter ist, unsere aktuellen Gesellschaften als fortgeschrittenen Kapitalismus und die bürgerlichen Demokratien als *sexistisch* zu beschreiben." (92).
Die CCC-Gefangenen nehmen hier eine Definition der bestehenden Metropolengesellschaften vor. Eine *Definition*, also auch die vorliegende, kann aber weder korrekt noch inkorrekt noch "korrekter" sein, sondern sie wird *gesetzt*. Die (Un)nützlichkeit einer solchen Setzung kann sich erst im weiteren Gang der Untersuchung zeigen. **Die Unnützlichkeit der in der These angeführten Definition der CCC-Gefangenen zeigt sich daran**, daß es nicht etwa der Feminismus ist, sondern daß *sie* es *selber* sind, die keine Ursache/Basis für die von ihnen zutreffenderweise diagnostizierte "Beständigkeit von spezifischen Äußerungen ökonomischer Ausbeutung, sozialer, ideologischer, kultureller, etc. Unterdrückung der Frauen" 92 benennen können. **Wieso gibt es eine spezifische Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen, wenn es nicht auch ein *spezifisches, strukturelles* Frauen-Unterdrückungsverhältnis (vom Feminismus "Patriarchat" genannt) gibt?** Dem Begriff 'Sexismus' scheint ja, wie sich aus der grundsätzlich nebenwiderspruchstheoretischen Position der CCC-Gefangenen ergibt, eine solche spezifisch (eigenständige) *strukturelle* Bedeutung nicht beigemessen zu werden...
Aus der definitorischen Setzung der "aktuellen Gesellschaften als fortgeschrittenen Kapitalismus und (der) bürgerlichen Demokratien als sexistisch" wird die scheinbare Plausibilität einer nächsten These gewonnen:
"Dieser wesentliche Hebel, wir brachten es kurz in unserem Text *'Ein bißchen Politik'* zur Sprache, ist der universelle und antagonistische Widerspruch zwischen internationalem Proletariat und imperialistischer Bourgeoisie. (...). Unserer Ansicht nach können in einer Gesellschaft, die in sozial-antagonistische Klassen geteilt ist, keine *Rechte* und *Freiheiten* existieren, die dem Klassenkampf überliegen. (...). Es gibt gegenwärtig überaus mehr gegensätzliche als gemeinsame Interessen einer Bürgerlichen und einer Proletarierin; (...)." (93) S. a. 90 "das kapitalistische System (und all seine sozialen *Äußerungen*, wie Rassismus, Sexismus etc.)". 90: "Globalität derjenigen *Klasse*" (Hervorh. d. Verf.).
Wie erwähnt, wird an keiner einzigen Textstelle auch nur der *Versuch* einer Begründung dieser Aussage (Primat des Klassenkampfs) unternommen. Die oben zitierte Patriarchats/Sexismus-Definition kann jedoch eine solche Begründung nicht ersetzen.
Speziell zur Frage des klassenübergreifenden Fraueninteresses sei noch angemerkt,
++ daß **sowohl** bürgerliche **als auch** proletarische Frauen von Männergewalt (u.a. ehelicher und außerehelicher Vergewaltigung), sexistischer Anmache und Werbung bedroht sind;
++ daß bürgerlichen **und** proletarischen Frauen die Verantwortung für Haushalt und Kindererziehung aufgebürdet ist (auch wenn bürgerliche Frauen *eher* die Möglichkeit haben, *einen Teil* der Verantwortung gegen Entgelt an andere Frauen zu delegieren);
++ daß bürgerliche **und** proletarische Frauen der sexistischen Arbeitsmarktstruktur (Entlohnung, Aufstiegschancen etc.) ausgesetzt sind (wobei proletarische Frauen aus Gründen ökonomischer Notwendigkeit vielleicht *eher* die Möglichkeit haben, einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können).
Selbst Lenin stellte zu Recht fest, "die Hauswirtschaft ist in den meisten Fällen die unproduktivste, die barbarischste und schwerste Arbeit, die die Frau verrichtet. Es ist eine sich im allerengsten Rahmen bewegende Arbeit, die nichts enthält, was die Entwicklung der Frau irgendwie fördern könnte." Er zog daraus den Schluß, die "Frau in die gesellschaftlich produktive Arbeit einzubeziehen, sie der 'Haussklaverei' zu entreißen, sie von der abstumpfenden und erniedrigenden Unterordnung unter die ewige und ausschließlich Umgebung von Küche und Kinderstube zu befreien."[55]
Lenin schreibt hier wohlgemerkt "die Frau", nicht "die Arbeiterin". Recht hat

55 LW 30, 36 und LW 30, 401 zit. n. Ketelhut et al. 1984, 120.

er - insoweit. Unrecht hat Lenin insoweit, als die Frauen hier nur *Zubefreiende*, nicht als *um ihre eigene Befreiung Kämpfende* vorkommen. Im übrigen waren/sind Frauen auch in der Erwerbsarbeit noch einer sexistischen Arbeitsteilung unterworfen. Dies war auch in der Sowjetunion - selbst in der (*relativ zum Stalinismus*) anti-patriarchalen Phase unmittelbar nach der Oktober-Revolution - der Fall.[56] Selbst Alexandra Kollontai betrachtete speziell die hausarbeitsnahen Berufe als Sache der Frauen.[57]

3. Wessen "stereotype Einstimmigkeit"? / Den Kampf gegen den Reformismus/Ökonomismus tatsächlich führen!

Auf der Grundlage der unbegründeten These, daß der Klassenwiderspruch die einzige Dominante der gesellschaftlichen Struktur in der imperialistischen Metropole sei, kommt es in dem Text immer wieder zu einer Ebnenverwischung: Statt wenigstens einmal den Versuch einer Begründung dieser These zu unternehmen, polemisieren die CCC-Gefangenen ständig - und zu Recht - gegen *Trade-union*ismus und Teilbereichs-Beliebigkeit. Sie erzeugen dadurch eine - wie sie selber schreiben - "stereotype Einstimmigkeit" (90): "Ja, ein Kampf der nicht antipatriarchalisch ist, ist kein revolutionärer Kampf. (...). etc. etc. etc." (90) "wir sind alle gegen Sexismus, Rassismus, Militarismus" (Seitenref wir_alle)). Damit wird an den längst vorgebrachten Argumenten für die Annahme eines (relativ) eigenständigen Geschlechterwiderspruchs einfach vorbeischwadroniert.

Statt sich mit diesen Argumenten auseinanderzusetzen, vermischen[58] die CCC-Gefangenen ihre - zutreffende! - Kritik an *trade-unionistischen* Positionen bzw. der Teilbereichs-Beliebigkeit mit einer - verfehlten! - Abgrenzung ("Kritik" zu schreiben wäre falsch, denn es werden keinerlei Argumente vorgebracht!) von Positionen, die auch den Geschlechterwiderspruch und den Rassismus als Dominante der gesellschaftlichen Struktur betrachten. Tatsächlich aber stellt sich das *Trade-union*ismus/Reformismus-Problem *in jedem* dieser drei Kämpfe. Es gibt also (genauso wie es einen reformistischen Kampf gegen einzelne *Erscheinungen des* Kapitalverhältnisses und einen [revolutionären?] Kampf gegen *das* Kapitalverhältnis gibt) einen reformistischen Kampf gegen einzelne patriarchale *Erscheinungen* und einen (revolutionären?) Kampf für die Überwindung der patriarchalen *Struktur*[59] - und entsprechend hinsichtlich des Rassismus.

Eine tatsächlich revolutionäre Politik muß sich (aber) wohl aufgrund der realhistorischen Verflochtenheit dieser Strukturen[60] gegen alle drei Herrschaftsverhältnisse richten. Nehmen wir als Beispiel, wo dies - weitgehend *unbewußt* (!) - realisiert wurde, die Oktober-Revolution:

>>++ Wenn *erstens* richtig ist, was Althusser schreibt, - nämlich, daß die Oktober-Revolution nur möglich war aufgrund der "Anhäufung und Zuspitzung aller damals in einem einzigen Staat möglichen historischen Widersprüche" (Althusser 1962, 59),

++ und wenn *zweitens* bekannt ist, daß Frauen in revolutionären Situationen zu einem relativ höheren Anteil am politischen Prozeß teilnehmen (können) als in nicht-revolutionären Zeiten (Klenke 1983, 28; Kolkenbrock-Netz 1983, 33, 35),

++ dann stellt sich *drittens* folgende Frage (...): (...) Ist nicht ein *'rein'* proletarisches (genauso aber auch: ein 'rein' feministisches oder antirassistisches) revolutionäres Bewußtsein *per se* unmöglich? Ist revolutionäres Bewußtsein vielleicht als Produkt der *gleichzeitigen* Eskalation von Klassen- ('Brot und Frieden'), Geschlechter- (quasi Leibeigenschaft der Frauen im Zarenreich) und rassistischen Widersprüchen (Frage des Sezzionsrechts nationaler Minderheiten) zu definieren? Und läßt sich vielleicht weiter sagen, daß der revolutionäre Prozeß in der Sowjetunion genau in dem Moment zum Erlahmen kam, als diese Überlagerung / dieses Zusammenwirken von proletarischen (sozialistischen), feministischen sowie (in heutiger Terminologie: antirassistischen) Kämpfe nationaler Minderheiten wegfiel / zum Erliegen gebracht wurde?<<[61]

Juliet Mitchell schreibt dazu in "Frauenbewegung - Frauenbefreiung":

"Trotz Lenins scharfer (Ökonomismus-, d. Verf.) Kritik sind die Kämpfe der Arbeiterklasse in der westlichen Welt zu stark innerhalb der Grenzen ihrer eigenen ökonomischen Ausbeutung geblieben und waren entweder an Gewerkschaftspolitik oder an reformistische kommunistische Parteien gebunden. (...) Schlamm eines schwarzen Chauvinismus, was das rassische und kulturelle Gegenstück zum Ökonomismus der Arbeiterklasse wäre, wo man nicht weiter als über seinen eigenen Bauchnabel hinausschaut: Was für Arbeiter gilt, gilt auch für Schwarze [und auch - so können wir sicherlich im Sinne von Mitchell ergänzen - für Frauen, d. Verf.]: 'Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf *alle* und *jegliche* Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, (...).'"[62]

4. Frauenunterdrückung ist nicht nur ein Überbauphänomen!

Wenn die CCC-Gefangenen schreiben, "denn es ist gänzlich absurd und falsch zu behaupten, daß das Patriarchat die Gebärmutter des Kapitalismus sei oder, wie es die GenossInnen der *'Infoläden'* schreiben, *'eine den Kapitalismus mit bedingende Herrschafts- und Unterdrückungsform'*. In einer allgemeinen Form beruht eine solche Konzeption auf dem philosophischen Idealismus: sie behauptet, daß der Überbau die Struktur kreiert; sie versichert sich in der Finalität, daß der Mensch die Gesellschaft und die Geschichte kreiert, statt ein historisches und soziales Produkt zu sein. Eine solche Konzeption verwirft in absoluter Art und Weise den gesamten historischen und dialektischen Materialismus," so ist ihrer Kritik an der Position der Infoläden als auch der Kritik an den menschlichen (humanistischen) Allmachtsphantasien zuzustimmen. Nicht zugestimmt werden kann allerdings der im zweiten Satz implizierten These, daß

---

56 Strobl 1991, 21. S. dazu die Position von Lenin 1919, 27: "Wir schaffen mustergültige Einrichtungen, Speisehäuser, Kinderkrippen, die die Frau von der Hauswirtschaft befreien sollen. Und die Schaffung all dieser Einrichtungen ist eine Arbeit, die hauptsächlich von den Frauen zu leisten ist."

57 Alexandra Kollontai, *Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung* (1921), Frankfurt am Main, 1975, 239.

58 Vgl. 89: "Einige werden sich auf das Problem des Sexismus polarisieren, andere auf die Solidarität mit irgendeinem Volk im Kampf, andere auf den Antirassismus, andere auf den Antimilitarismus, andere auf die Wohnungsfrage, die Hausbesetzer, andere auf den antifaschistischen Kampf, wieder andere auf die Unterstützung politischer Gefangener, und die Liste ist endlos." 89: "Daß die Frage des Sexismus die Genossinnen, die direkt mit ihm konfrontiert sind, sehr stark beschäftigt, ist normal, genauso wie ein immigrierter Genosse in der Frage des Rassismus besonders wachsam sein wird. *Oder mehr noch* (sic!, Anm. + Hervorh. d. Verf.), daß die einer dramatischen ökonomischen Unsicherheit unterworfenen GenossInnen persönlich gegen die Ungleichheit, die Verschwendung und Spekulation revoltieren werden." S. 91: "Daraus geht hervor, daß wir das Recht auf Selbstbestimmung eines antipatriarchalischen Kampfpols ablehnen, wie wir dieses Recht für alle Kampfpole ablehnen, (...)." Hier wird übersehen, daß zwar bspw. die Wohnungsnot (der Militarismus, der Lohnkampf, ... etc.) tatsächlich ein aus dem Kapitalverhältnis (und soweit es im Fall der Wohnungsnot um patriarchale Architektur/Stadtplanung geht, aus dem Geschlechterverhältnis etc.) abgeleitetes Phänomen ist, daß aber der Rassismus und das Patriarchat ihrerseits *nicht* aus dem Kapitalverhältnis abgeleitet sind.

59 Zum revolutionären Charakter des Feminismus vgl.: Mitchell 1966-71, 10, 12, 61 f.

60 Vgl. Barrett 1980, 217: "Die Unterdrückung der Frauen ist für die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise notwendig geworden, ohne deswegen selbst in irgendeinem wesensmäßigen Sinn von der kapitalistischen Entwicklungslogik vorgegeben zu sein." S.a. Barrett 1980, 221.

61 Schulze 1992, 2, FN 15.

62 Mitchell 1966-71, 17, 18; das Zitat im Zitat aus *Was tun?*, Berlin 1970, S. 106.

Frauenunterdrückung nur ein Überbauphänomen sei. Vielmehr bestimmen Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus gleichermaßen Basis und Überbau der Gesellschaft (s. dazu die ausführlicheren Erläuterungen im ersten Teil dieses Textes).

5. Kommunistischer Reformismus

Das folgende Zitat dokumentiert unter anderem ein Mißverständnis der marxistischen Positionen bezüglich Gleichheit und Ungleichheit, was zu objektiv reformistischen Forderungen der CCC-Gefangenen führt:

"Tatsächlich hängt alles von den realen Zielen ab, die man zu erreichen sucht. Entweder eine radikale und komplette Veränderung der sozialen Verhältnisse, hin zu der Gesellschaft der Gleichheit; die Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, die Beseitigung des Sexismus, der Phallokratie, etc.; oder antisexistische, antiphallokratische Reformen, die aber im Rahmen der globalen, unveränderten sozialen Verhältnisse, in der die Teilung in Klassen und die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen fortbestehen, zwangsläufig unbefriedigend sind. Das erste Ziel ist das der revolutionären KommunistInnen, das zweite das der reformistischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen FeministInnen."

Zum einen ist hier anzufügen, daß die Einnahme einer feministischen Position noch lange nichts - weder positiv noch negativ - darüber aussagt, ob auch die Abschaffung der Klassen verfolgt wird.

Zum anderen - und hier zeigt sich das Mißverständnis - ist "Gleichheit" eine Kategorie des bürgerlichen Rechts (MEW 19, 20); der Marxismus fordert daher nicht die Gleichheit der Klassen, sondern die Abschaffung der Klassen (MEW 19, 20; MEW 20, 580 f.). Entsprechend geht es für RevolutionärInnen auch nicht (bloß) um die Gleichbe*rechti*gung der Geschlechter, sondern um die Abschaffung der *sozial konstruierten* Geschlechter[63] und der ebenfalls sozial konstruierten "Rassen"[64] als Dominante der gesellschaftlichen Struktur.

Drittens - und hier zeigt sich erneut der Reformismus - ist ja gerade der *Vorwurf der Feministinnen an die KommunistInnen*, daß es *letztere* seien, die sich auf bloße "*antisexistische*, antiphallokratische *Reformen*, die aber im Rahmen der global unveränderten sozialen Verhältnisse" blieben, beschränkten; daß sie die (klassenunabhängigen!) *patriarchalen **Strukturen unangetastet** ließen*!

Insofern läßt sich die These sinnvoll folgenderweise umformulieren:

Tatsächlich hängt alles von den realen Zielen ab, die man/frau zu erreichen sucht. Entweder eine radikale und komplette Veränderung der sozialen Verhältnisse, hin zu der Gesellschaft ohne Herrschaftsverhältnisse; die Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrükkung des Menschen durch den Menschen, oder nur reformistisch die Abschaffung des Kapitalismus, aber weiterhin im Rahmen der globalen, unveränderten sozialen Verhältnisse, in der die Unterdrückung von Frauen durch Männer und von Schwarzen durch Weißen fortbesteht. Das erste Ziel ist das der (umfassenden) RevolutionärInnen, das zweite das der patriarchalen Kommunisten.

6. Anmerkungen zum Verhältnis der CCC-Gefangenen zur Sprache als soziales Kommunikationsmittel:

a) Zur Feminisierung der Sprache:

- Das Übersetzungsproblem:

Wenn es stimmt, daß "das Problem *'man/Mann'* im Französischen nicht (besteht). *'Man'* heißt *'on'* (unbestimmtes Fürwort), ohne daß da die geringste Erinnerung an seinen lateinischen Ursprung *'homo'* wäre." (93),[65] dann wäre - anders als die CCC-Gefangenen meinen (93) - *gerade* der Übersetzer zu kritisieren. Gerade dann wäre es angemessen gewesen, als - (ebenfalls) geschlechterübergreifende - deutsche *inhaltliche Entsprechung* zu *'on'* *'man/frau'* zu wählen.

- Das Problem der Feminisierung (der französischen Sprache):

Die CCC-Gefangenen schreiben eine Feminisierung der französischen Sprache sei aufgrund der "Übereinstimmung der Adjektive, der Partizipien der Vergangenheit, (der) Wahl der Fürwörter, etc." nur unter Zerstörung der Sprache als soziales Kommunikationsmittel möglich (94). Ich weiß nicht, wie das im Französischen genau ist; aber auch im Deutschen müssen ggf. / werden ja die Adjektive teilweise mit ergänzt, ohne daß die Verständlichkeit der Sprache zerstört wird. Im übrigen werden französische und belgische Feministinnen sicherlich längst eine Lösung für dieses Problem gefunden haben - falls es denn besteht.

Schließlich weigern sich die CCC-Gefangenen "*'fraternel'* und *'fraternite'* (brüderlich und Brüderlichkeit, d.Ü.)" mit "*'sororal'* oder *sororite'* (schwesterlich und Schwesterlichkeit, d.Ü.)" zu verbinden, da letztere "heutzutage ebenso rar in den Wörterbüchern, wie der sozialen und politischen Kultur unbekannt sind" (94). Dies zeigt erneut nur den begrenzten politischen Horizont des "kommunistischen" Ansatzes der CCC-Gefangenen. Denn die Parole der Schwesterlichkeit ist nicht nur eine Parole der heutigen Frauenbewegung, sondern hat eine Tradition seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts.[66]

- Das Überbau-Problem / das Problem der Wirkung:

Die CCC-Gefangenen "bezweifeln stark, daß dies (eine Feminisierung der Sprache, Erg. d. Verf.) irgendeine Wirkung haben könnte" und weisen in dem Zusammenhang darauf hin, "daß die Sprache aus dem Überbau stammt".

Sicherlich wird eine Feminisierung der Sprache (allein) nicht das Patriarchat stürzen, aber eine Änderung der patriarchalen Sprache ist ein Elemente des antipatriarchalen Kampfes - und zwar ein relativ leicht zu bewerkstelligendes Element. Daher: Wenn selbst hier schon die Bedenken und Vorbehalte ansetzen, ... -

Frauen wollen zu Recht eine Sprache, in der sie vorkommen - sei es bei Stellenausschreibungen; sei es bei Texten, die den Anspruch erheben eine, "historisch-materialistische Analyse" (90) der Gesellschaft zu geben, ... wo auch immer! Auch der wissenschaftliche Sozialismus mußte neue Begriffe prägen. Und da das Patriarchat anders (komplexer) strukturiert ist als der Kapitalismus, sind die sprachlichen Änderungen, die der Feminismus fordert umfassender, als die der Sozialismus (ge)fordert (hat). "Es hilft hier überhaupt nicht weiter, auf die Geschlechtsneutralität" bestimmter "Begriffe hinzuweisen, (...), wenn Frau-

---

63 Nach traditionell feministischer Ansicht ist zwischen den unterschiedlichen biologischen Eigenschaften von Männern und Frauen (engl. *sex*) einerseits und den daraus angeblich 'ableitbaren', tatsächlich aber erst gesellschaftlich-ideologisch konstruierten sozialen Rollen von "Männlichkeit" und "Weiblichkeit" (engl. *gender*) andererseits zu unterscheiden. Siehe dazu: Haraway 1987 und Hauser 1987. Die neuere Forschung hat darüber hinaus gezeigt, daß auch biologisch nicht eindeutig von einer Zweigeschlechtlichkeit gesprochen werden kann. Vielmehr handelt es sich bei der These von der biologischen Zweigeschlechtlichkeit um eine Projektion patriarchaler Ideologie auf die Biologie (Gildemeister/Wetterer 1992).

64 S. dazu: Viehmann 1990, 33: "Es gibt nur eine 'Rasse': Die menschlich. 'Rassen' sind eine Konstruktion, bei der soziale und kulturelle Unterschiede in angeblich biologisch bedingte Wesenseigenschaften übersetzt werden. 'Rasse' ist eine offene Kategorie, die in der Geschichte unterschiedlich gefüllt wurde. (...). (Biologisch-genetisch sind übrigens die Unterschiede zwischen Weißen genauso zahlreich und groß wie zwischen Schwarzen und Weißen und wie zwischen Schwarzen." So auch: D. Belajew, Genetik, Gesellschaft, Persönlichkeit, in: Hintergrund III/1990, 46 (47): "In diesem Zusammenhang sei unterstrichen, daß sich die genetische Bedingtheit der Variabilität psychischer Eigenschaften lediglich auf die Unterschiede zwischen den Individuen, nicht aber zwischen Nationen, Rassen oder soziale Gruppen bezieht." Vgl. auch Immanuel Wallerstein, Die Konstruktion von Völkern, in: ders. / Etienne Balibar, Rasse. Klasse. Nation, Hamburg/[West]berlin, 1990, 87 ff.

65 Diese Ansicht wird zumindest auch von Annette Runte, Passion oder Segregation?, in: Die Schwarze Botin, Nr. 29, Dez. 1985/Jan/Feb. 1986, 10 - 18 (15) geteilt.

66 Köhn et al. 1984, 182.

en sie schlicht als männliche Begriffe hören und verstehen. Eine Sprechhandlung und eine Anrede gelingt nur, wenn sich die Angesprochene auch angesprochen fühlt. Nun sind wir Frauen da etwas vorsichtig geworden, weil wir es immer wieder erleben, daß wir nicht mitgedacht werden. *'Die Abgeordneten kamen alle mit ihren Frauen zu dem Empfang"* ist ein völlig normaler Satz. Mit *'Die Abgeordneten kamen alle mit ihren Männern zu dem Empfang'* wissen wir weniger anzufangen. Also *die* Abgeordneten, obwohl es grammatikalisch ein wunderbar neutraler Begriff ist: im Singular parallel *die Abgeordnete und der Abgeordnete*, im Plural: *die Abgeordneten*, werden semantisch zunächst männlich interpretiert."[67]

Im übrigen sei in Erinnerung gebracht, daß selbst Stalin in einer seiner späten Schriften ("Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft"), in der er etwas von seinem Ökonomismus/Determinismus abrückte, die These, die Sprache sei ein Element des Überbaus, zurückwies:[68]

"Das ständige Wachstum von Industrie und Landwirtschaft, von Handel und Transport, von Technik und **Wissenschaft**, zwingt die Sprache, ihren Wortbestand laufend mit neuen Worten zu ergänzen, die für deren Tätigkeit unerläßlich sind. Als unmittelbaren Ausdruck dieses Bedarfs ergänzt die Sprache ihren Wortbestand mit **neuen Wörtern**, wird ihr **grammatikalischer Bau** vollkommener. Somit a) kann ein Marxist die Sprache nicht zum Überbau der Basis zählen; b) die Sprache mit dem Überbau verwechseln, heißt einen ernsten Fehler begehen."[69] (Hervorh. d. Verf.) Wo er Recht, hat er Recht. Wir müssen unsere Sprache so ändern ("neue Wörter" / neuer "grammatischer Bau"), daß Frauen darin vorkommen; die objektive Realität zutreffend widergespiegelt wird ("Wissenschaft").

Allerdings können sich die CCC-Gefangenen mit ihrer instrumentalistischen Konzeption (Sprache als neutrales Kommunikations*mittel*) wiederum auf Stalin berufen.[70] Diese instrumentalistische Konzeption bedeutet allerdings eine Vernachlässigung der "Dimension der Praxis, die es ermöglichen würde, die sprachlichen Praxen (die Diskurse) mit dem Überbau in Beziehung zu setzen - ohne (...) die Sprache selbst zu einem Überbau zu machen"[71]. D.h. die Sprache ist nicht einfach ein neutrales, *vorgefundenes* Mittel, sondern sie *entsteht* erst in der sprachlichen Praxis.

b) Zum Monarchismus in der Sprache der CCC-Gefangenen

Mit einer penetranten Häufigkeit kommen in dem Text der CCC-Gefangenen schließlich - vielleicht der Übersetzung geschuldet? - gesundheitspolizeiliche bis Nazi- ["ungesunde Merkmale" (89); "gesunde (...) Orientierung" (89); "Entartung (89)], unwissenschaftliche ["revolutionäre Moral" (88); "Respekt der kommunistischen Moral" (91)], religiöse ["Vision" (91); "offenbaren" (91); "Opfer an das übergeordnete Klasseninteresse" (Seitenref Opfer); "neue Menschheit (93)] und monarchistische ["die Krone aufsetzt" (91)] Begriffe vor.

IV. Für eine materialistische Patriarchats-Kritik

Der begrenzte Horizont des Textes sowohl der Kommunistischen Brigaden als auch der CCC-Gefangenen zeigt sich schließlich daran, daß die KomBri behaupten, für die These von einer "triple oppression" würde (von Viehmann et al.) keine gesellschaftlich-materielle Basis angegeben werden (können) (86) bzw. an der These der CCC-Gefangenen, die heute noch bestehende Frauenunterdrückung sei ein ideologisches bzw. Überbauphänomen (Seitenref Überbau). Vielmehr verfallen gerade die VertreterInnen derartiger Einwände gegen den Feminismus "in den bürgerlichen Idealismus". Denn sie erkennen die Existenz eines sexistischen Bewußtseins an, ohne ein gesellschaftliches Sein als dessen materielle Basis angeben zu können.[72]

Im übrigen ist zwar zuzugeben, daß es Feministinnen gibt, die den Geschlechterwiderspruch dem Klassenwiderspruch mindestens gleichordnen, obwohl sie selbst das Patriarchat für ein Überbauphänomen halten. Eine solche Position ist in der Tat haltlos.[73]

Aber im Widerstreit mit dieser Richtung erheben sowohl die radikal-feministische Strömung (zu Unrecht)[74] als auch die sozialistisch-feministische Strömung (zu Recht) den Anspruch, eine materialistische Patriarchatstheorie zu formulieren. So lautet bspw. der Untertitel des Buches von Michéle Barrett "Umrisse eines materialistischen Feminismus".

Dazu ist es allerdings erforderlich,

++ zum einen den marxistischen Basis-Begriff von seiner stalinistischen Verkürzung zu befreien

und

++ zum anderen auch noch über die so wieder zur Geltung gebrachte Theorie von Marx, Engels und Lenin *korrigierend hinauszugehen*.

1. der marxistische Basis-Begriff

Hier ist zu beachten, daß bei Marx der Begriff der materiellen Basis noch nicht - wie in der späteren marxistischen Theoriebildung - auf die Güterproduktion eingeschränkt war,[75] sondern auf die "gesellschaftliche Produktion (des) *Lebens*" (Marx 1859, 8) insgesamt bezogen war. Friedrich Engels bezeichnete im Vorwort zum "*Ursprung der Familie*" nicht nur die *Produktion*, sondern auch die "*Reproduktion* des unmittelbaren Lebens" als "in letzter Instanz bestimmende(s) Moment in der Geschichte" (Balibar 1984a, 623 - Hervorh. d. Verf.). Diese Ansätze einer nicht klassenreduktionistischen Gesellschaftstheorie (vgl. Balibar 1984b, 634 f.) wurden allerdings weder von Marx noch von Engels weiter ausgeführt und sind in der Geschichte des Marxismus wieder verloren gegangen (worden).

2. Über den Marxismus hinaus!

Ein solcher breiter Basis-Begriff ermöglicht es dann, Geschlechterverhältnisse[76] und Rassismus[77] ebenso wie Klassenverhältnisse als Bestandteile der Produktionsverhältnisse zu betrachten.[78] Zur Analyse dieser "Überdeterminierung" (Überlagerung mehrerer Widersprüche) von "Sexismus, Rassismus und Klassismus"[79] läßt sich Althussers Kategorie des "komplexe(n), strukturierte(n) Ganze(n)"[80] nutzbar machen.[81]

---

67 Senta Trömel-Plötz, Sprache als politisches Instrument, in: Birgit Arkenstette u.a., Grüne Frauen Politik. Texte zur 1. Bundesfrauenkonferenz der Grünen, Bonn, 1985.

68 Zur Materialität der Sprache (Diskurse) s. auch: Francoise Gadet, Stichwort "Sprache", in: Georges Labica / Gérard Benssusan (Hg.), Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 7, Hamburg, 1988, S. 1228- 1233 (1228, 1232).

69 J. Stalin, Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft, in: ders., Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft / N. Marr, Über die Entstehung der Sprache, München, 1968, 23 (23 - 28, hier: 28).

70 Stalin, a.a.O., 23 - 27.

71 Gadet, a.a.O., 1231.

72 Strobl 1991, 24 f.

73 S. dazu die Kritik bei Barrett 1980, 35 ff., 85 f., 218 ff.; Bourne 1984, 22; Haug/Hauser 1984, 60, 62, 73 f.; Viehmann et al. 1990, 39.

74 S. dazu Redaktionskollektiv 1988, 8 f., 12 f.

75 Wolfgang Fritz Haug, "Ideologische Verhältnisse" in der DDR-Philosophie, in: Projekt Ideologie-Theorie (Hg.), Theorien über Ideologien, [West]berlin, 1979[1], 1986[3], 82 ff. (92).

76 Andresen/Woll 1988, 44.

77 Vgl. F. Haug 1988, 17.

78 Barrett 1980, 94 bezieht "den Begriff 'Produktionsverhältnisse' nicht nur auf Klasssenverhältnisse (...). Er beinhaltet auch die Teilung nach Geschlecht und Rasse, Definitionen verschiedener Arbeitsformen (Kopf- und Handarbeit usw.) und Bestimmungen darüber, wer arbeiten soll und woran." Vgl. F. Haug / Hauser 1984, 65; Viehmann et al. 1991, 44 f.

79 So der Untertitel des Buches von Meulenbelt 1986, die aber in ihrer Klassismus-Definition - anders als hier - nicht von einem wissenschaftlichen, sondern von einem soziologischen Klassenbegriff ausgeht (Meulenbelt 1986, 63). Zum Charakter der Soziologie, die keine Wissenschaft, sondern eine Herrschaftstechnik ist, s.: Karsz 1976, 37 f.; Althusser 1963, 108, 110; Althusser 1968, 107.

80 Althusser 1963, 137 ff., der aber selbst an der These von jeweils nur einem Hauptwiderspruch festhielt (Althusser 1963, 138, 149). Allerdings ist es nach Althusser 1963, 158 möglich, daß - mit dem Wechsel der politischen Konjunktur - der Hauptwiderspruch nebensächlich wird und ein Nebenwiderspruch Hauptwiderspruch wird. Saül Karsz schreibt schließlich in seiner Althusser-Einführung,

Aber auch bei der Suche nach einer materiellen Basis des Patriarchats ist wiederum dessen Spezifik zu berücksichtigen:
"Unlike the marxian concept of class exploitation which is defined exclusivley by the relations to the means of production and the extraction of surplus value, the oppression of women does not derive from a single set of social relations but from a complex system of interrelated structures and relations."[82]
[Daher erübrigt sich schließlich der Vorwurf der KomBri, die triple oppression wolle 'den Mann' bzw. 'den Rassisten' zum Feind erklären. Vielmehr bedeutet die These von der Existenz (relativ) eigenständiger patriarchaler und rassistischer Herrschafts*strukturen*, gerade daß der einzelne Sexist und der/die einzelne RassistIn nur ein Teil des Problems ist[83] (genauso wie sich der proletarische Klassenkampf ja auch *nicht nur gegen den/die einzelneN Kapitalistin/en*, sondern gegen die kapitalistische Produktionsweise insgesamt richtet).]
Aber zurück zur Frage nach der Basis von Patriarchat und Rassismus. Sicherlich ist diese Frage noch nicht abschließend geklärt, aber Viehmann et al. versuchen in ihrem 3:1-Papier durchaus eine Antwort zugeben.
Zum Patriarchat schreiben sie:
"Im Begriff der Arbeiterklasse ist das weibliche Geschlecht unsichtbar gemacht. Arbeiterinnen werden durch Vernachlässigung ihrer zusätzlichen Rolle als Haus/Ehefrau auf das Lohnarbeitsverhältnis reduziert. Die zusätzliche Ausbeutung durch den (Arbeiter-)Mann verschwindet in der von Marxisten/Leninisten *oft* propagierten 'Proletarischen Familie'. (...). **Die Bereiche der gesellschaftlichen Produktion, in denen hauptsächlich Frauen** - besonders trikontinentale - **arbeiten**, fallen unter den Tisch. Die ganze **geschlechtliche Arbeitsteilung** und deren enormer Wert für Kapital (?!) und Männer verliert sich als quasi naturgegebene Quelle im Reproduktionsbereich, dem dann keine revolutionäre Sprengkraft zugerechnet wurde. (...) Die **Gewalt gegen Frauen** wurde aus dem privaten Bereich geholt und als strukturelle quer durch alle anderen sozialen Verhältnisse entschleiert; (...)."[84]
Und zu den Rassismen schreiben die GenossInnen, daß "sie in der ArbeiterInnenklasse selbst real existieren. Die funktionierende (!) rassistische Spaltung der arbeitenden Klasse (...). Rassismen nur als 'Schein', nur als Machenschaften und Einredungen der Herrschenden anzusehen, verkennt ihre Popularität und ihre **materiell wirksamen jahrhundertealten Traditionen. Rassismen sind zu Strukturen geworden, die sich nicht auf andere soziale Verhältnisse reduzieren lassen.** Sie lassen sich auch nicht völlig ableiten aus anderen sozialen Verhältnissen, sie haben eine relative Autonomie gegenüber Patriarchat und Klassenherrschaft."[85]

3. Organisierung und Autonomie

Nach alledem bedarf die Notwendigkeit einer "politisch autonomen Frauenbewegung (...) keiner ausführlichen Rechtfertigung mehr".[86]
Einige Elemente, die es eigentlich auch KommunistInnen einfach machen müßten, diese Notwendigkeit (an)zuerkennen, finden sich bereits bei Lenin. Sie müssen allerdings aus ihrer prinzipiellen Einordnung in ein Nebenwiderspruchs-Konzept herausgelöst werden.
Zum einen sprach sich Lenin bekanntlich für das Selbstbestimmungsrecht unterdrückter Völker aus, zum anderen schrieb er: "Wir sagen, die Befreiung der Arbeiter muß das Werk der Arbeiter selbst sein und genauso muß die Befreiung Arbeiterinnen das Werk der Arbeiterinnen selbst sein."[87] Bei dieser Formulierung bleibt unberücksichtigt, daß auch Frauen der Bourgeoisie *als Frauen* unterdrückt sind. Des weiteren ist es eine patriarchale Fehlanwendung des zitierten Satzes, wenn Lenin mit ihm versucht, die oben angesprochene geschlechtshierarchische Arbeitsteilung nach der Oktober-Revolution zu rechtfertigen.[88]
Bei der erstgenannten Position Lenins muß korrigierend ergänzt werden, daß sich daß Problem des Rassismus nicht nur auf den Bereich des Staatsgründungsrechts bezieht, sondern u.a. auch in der ArbeiterInnen- und Frauenbewegung selbst virulent ist. Deshalb muß Lenins Forderung - im Gegensatz zu seiner eigenen Auffassung - auch auf den Bereich der revolutionären Bewegung selbst erstreckt werden.
"Erst auf der Basis von Autonomien wären dann wieder Einheiten möglich, die nicht vereinnahmbar, umarmend oder ungleichgewichtig sind, (...)."[89]
Und *hier* fangen die tatsächlichen Probleme, die in der weiteren Diskussion zu klären sind, an.

wichtige Literatur (weitere in den Fußnoten):

Louis Althusser, Widerspruch und Überdeterminierung. Anmerkungen für eine Untersuchung (1962), in: ders., Für Marx, Frankfurt am Main, 1968, 52 - 99.

ders., Über materialistische Dialektik. Von der Ungleichheit der Ursprünge (1963), in: ebd., 100 - 167.

ders., Von "Das Kapital lesen" (1965) bis "Lenin und die Philosophie" (1968) - Entwurf eines Vorworts (1968), in: ders., Elemente der Selbstkritik, Westberlin, 1975, 97 ff.

Andrea Ambros / Gudrun Hentges / Urte Sperling, "Arbeit der Arbeiterklasse an sich selbst" - Die Arbeitskraft als Ware und die Doppelarbeit der Frauen, in: Perspektiven, Nr. 5, Juni 1989, 17 f.

Sünne Andresen / Ellen Woll, Kappt die Automationsarbeit das Patriarchat?, in: Perspektiven, Nr. 4, Nov. 1988, 39 ff.

Michèle Barrett, Das unterstellte Geschlecht, (West)berlin, 1983 (Originalausgabe: London, 1980).

Etienne Balibar, Stichwort "Klassen", in: Georges Labica / Gérard Bensussan, Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 4, [West]berlin, 1986 (frz. Originalausgabe: Paris, 1984[2]), 615 ff. [a]

ders., Stichwort "Klassenkampf", in: ebd., 626 ff. [b].

Francoise Balibar / Nadya Labica, , Stichwort "Feminismus", in: Georges Labica / Gérard Bensussan (Hg.), Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 2, Argument-Verlag: (West)berlin, 1984, 341 ff.

Ursula Beer, Marx auf die Füße gestellt? Zum theoretischen Entwurf von Claudia v. Werlhof, in: PROKLA, Vol. 50, März 1983, 22 ff.

Jenny Bourne, Für einen anti-rassistischen Feminismus!, o.O. (Westberlin?), o.J. (1990?)(engl. Originalausgabe: Institute of Race Relation: London, 1984).

Marianne Braig / Carola Lentz, Wider die Enthistorisierung der Marxschen Werttheorie, in: PROKLA, Vol. 50, März 1983, 5 ff.

Drude Dahlerup, Confusing concepts - confusing reality: a theoretical discussion of the patriarchal state, in: A. Showstack Saaoon (ed.), Women and the State a shifting boundaries of public and private, London, 1987, 93 - 127.

Regine Gildemeister / Angelika Wetterer, Wie Geschlechter gemacht werden, in: Gudrun-Alexi Knapp / Angelika Wetterer (Hg.), Traditionen. Brüche, Freiburg, 1992, ff.

Donna Haraway, Geschlechter, Gender, Genre, in: Kornelia Hauser (Hg.), Viele Orte. Überall?, (West)berlin/Hamburg, 1987, S. 22 ff.

Kornelia Hauser, Soziales Geschlecht und unbewußte Gesellschaft, in: ebd., 42 ff.

Frigga Haug, Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus, in: Das Argument, Vol. 129, 1981, 649 ff.

dies., Feminismus - Marxismus, in: Perspektiven, Nr. 4, Nov. 1988, 25 ff.

dies / Kornelia Hauser, Geschlechterverhältnisse, in: Projekt Sozialistischer Feminismus (Hg.), Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik, (West)berlin, 1984, 9 ff., 42 ff.

Saül Karsz, Theorie und Politik: Louis Althusser, Frankfurt am Main / [West]berlin / Wien, 1976 (frz. Originalausgabe: Librairie Arthème Fayard, 1974).

Barbara Ketelhut / Christiane Kohne / Maren Kreuz / Erika Niehoff, Die Familie als Brutstätte der Revolution, in: Projekt Sozialistischer Feminismus, Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik, [West]berlin, 1984, 113 ff.

Sabine Klenke, Politik ohne Frauen - Krise linker Politik, in: MOZ, 6-7/1983, 27 - 32.

Birgit Köhn / Helga Milz / Marianne Pieper / Ulla Ralfs, "Verläßliche Frauenpersonen" und "Luxusdamen", in: Projekt Sozialistischer Feminismus (Hg.), Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik, (West)berlin, 1984, 160 ff.

daß Nebenwidersprüche nicht automatisch mit den Hauptwidersprüchen gelöst werden. Vielmehr sei eine "effektive Umwälzung des komplexen Ganzen (...) nur dann möglich, **wenn** die *Gesamtheit*, der (Haupt- und Neben-)Widersprüche gelöst wird." (Karsz 1976, 140 - erste Hervorh. d. Verf., zweite i.O.).

81 Haug/Hauser 1984, 72; Mitchell 1966-71, 96 f., 184, FN 53; Mitchell 1984, 17, 47 f., FN 13.

82 Dahlerup 1987, 102.

83 Vgl. Bourne 1984, 17.

84 Viehmann et al. 1990, 31, 38 - Hervorh. d. Verf. Zur **strukturellen Bedeutung von Männergewalt gegen Frauen** s. auch oben das Zitat in FN 14. Zur Bedeutung der **geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung** als **Basis des Patriarchats** vgl. auch Barrett 1980, 19, 22, 25, 30 f., 34; Haug/Hauser 1984, 59 f., die gegen *einige* Vertreterinnen dieser These Einwände machen, die (vor allem auf der Grundlage der sonstiger Positionen von Barrett und Haug/Hauser) *nicht immer* nachvollziehbar sind.

85 Viehmann et al., 32, 34 - Hervorh. i.O.

86 Barrett 1980, 223.

87 Lenin 1919, 27. Vgl. F. Balibar / N. Labica 1984, 344.

88 S. dazu das Lenin-Zitat in FN . Insofern unkritisch: F. Balibar / N. Labica 1984, 344, s.a. 342: "(...) etwa bis 1925 (...) im Innern der Frauenbewegung eine marxistisch-feministische Strömung entwickelt". Dies geschah - wie oben angedeutet - erst später.

89 Viehmann et al. 1990, 57.

Jutta Kolkenbrock-Netz, Frauen in der Politik und/oder autonome Politik der Frauen, in: MOZ 6-7/1983, 33 - 37.

Kommunistische Brigaden, Beitrag für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas, Amsterdam, 1991, 20 - 21 (Patriarchatsdiskussion).

W.I. Lenin, Über die Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung in der Sowjetrepublik (1919), in: ders., Werke, Band 30, Berlin/DDR, 1979[6], 23 ff.

Linke Liste TU, Den Begriff "Marxismus" beibehalten, kippen, relativieren?, in: PROWO, Null-Nummer 6, 08.12.1989, 5.

Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort (1859), in: MEW 13, 7 - 11.

ders. / Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie (1845), in: MEW 3, 9 ff.

Sigrid Meier, Neue Arbeitsteilungen?, in: Gerhard Brosius / Frigga Haug (Hg.), Frauen \ Männer \ Computer, (West)berlin, 1987, 47 ff.

Anja Meulenbelt, Scheidelinien, Reinbek bei Hamburg, 1988.

Juliet Mitchell, Frauenbefreiung - Frauenbewegung (1966 - 1971), Frankfurt am Main / [West]berlin / Wien, 1981.

dies., Frauen - die längste Revolution. Feminismus, Literatur, Psychoanalyse, Frankfurt am Main, 1987 (engl. Originalausgabe: London, 1984).

Redaktionskollektiv, Auf zu neuen Ufern!, in: Perspektiven, Nr. 4, Nov. 1988, 5 ff.

Frank Rentschler, Die Unfähigkeit zum Lebensgenuß, in: Perspektiven, Nr. 4, Nov. 1988, 26 ff.

Detlef Schulze, Der Beitrag der Althusser-Schule zur marxistischen Theorie des Klassenbewußtseins, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiten von Gareth Stedman Jones, unveröff. Berlin, 1992.

Ingrid Strobl, Die rote Rosa, in: Broschürengruppe für Ulla und Ingrid (Hg.), Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf, Hamburg, 1988[1],70 - 73 (Nachdruck aus: Emma 4/1986).

dies., Die Angst vor den Frösten der Freiheit, in: Projektgruppe Metropolen(gedanken) & Revolution? (Hg.), Texte zur Patriarchats-, Rassismus, Internationalismusdiskussion, Berlin, 1991,13 ff.

Pascal Vandegeerde / Didier Chevolet / Bertraad Sassoye / Pierre Carette, An die Militanten der "internationalen Infoläden" (Antwort auf den offenen Brief vom Sommer 1990). An alle Genossinnen und Genossen, Tournai/Namur/Mons/Huy (Belgien), Oktober 1991.

Klaus Viehmann und Genossinnen/Genossen, Drei zu Eins (1990), in: Projektgruppe Metropolen(gedanken) & Revolution? (Hg.), Texte zur Patriarchats-, Rassismus, Internationalismusdiskussion, Berlin, 1991, 27 ff.

linke Zeitschrift
ARRANCA! NR.3
6 dm

...erscheint mitte dezember

THEMEN:

•LINKE UND GEWALT•
•INTERVIEW MIT HUIDOBRO(TUPAMAROS)•
•THEATERSTÜCK VON MICHAEL WILDENHAIN•
•BEETHOVEN 2.TEIL • LINKE ZENSUR•
•PLATTEN-UND BUCHKRITIKEN•
•U.V.M.•

ZU BESTELLEN BEI:
ARRANCA!, c/o LAZ, CRELLESTR. 22, 10827 BERLIN

AUßERDEM GIBT'S NOCH:
ARRANCA!: NR. 0; NR. 1; NR. 2

Die Geschichte und die Mühen der Ebenen:

Marxistische Arbeit ganz unten in der Weimarer Zeit, im Exil und nach dem II. Weltkrieg. Von der KPD zur "Kommunistischen Partei Opposition (KPD-O)", von der "Gruppe Arbeiterpolitik" zur "Gruppe Arbeiterstimme".

Isaac Abusch

Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten

Herausgegeben von Joachim Kowalczyk

ca. 160 Seiten, Taschenbuch
DM 19.80/Fr. 20.80/öS 155.-
ISBN 3-929455-17-X

Inhalt

»Man muß doch die Menschen zum Kämpfer erziehen«. Über Psychologie und Pädagogik zur Politik; »Denken und Handeln waren eins«. Zur Lehrzeit; »Die Partei hat nicht immer Recht«. Erfahrungen in der KPD; »Und da haben wir einfach weiter diskutiert...«. Freundschaft mit August Thalheimer und Heinrich Brandler; »Wir haben wie die Verzweifelten gearbeitet«. Zur Organisationsarbeit der KPO; »Die Gewerkschaften müssen revolutioniert werden«. Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften; »Kennzeichen: Zeitung in der linken Hand«. Emigration nach Frankreich; »Wieder neu beginnen«. Rückkehr nach Deutschland; »Ich habe immer ein gewisses Mißtrauen gegen Moralisten gehabt«. Über kommunistische Moral; »Es gab auch antisemitische Kommunisten«. Zur jüdischen Frage; »Das bürokratische System erstickt jede Eigeninitiative«. Zu DDR, Sowjetunion und Sozialismus

Bitte über unsere Adresse bestellen:

Thomas Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg.

VI. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit II: Kommunistische Kritiken an der neuen Politik der RAF

> "wir haben überlegt, daß es darum geht, neue bestimmungen für eine politik herauszufinden, die tatsächliche veränderungen für das leben der menschen *heute* durchsetzen kann und die *längerfristig* den herrschenden die bestimmung über die lebensrealität ganz entreißt."
> **RAF, *April-Erklärung***

"Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch *die Zeitdauer*, sondern durch das *Wesen* verschiedene Momente."
Rosa Luxemburg, *Werke*, Bd. 1/1, 428

> "die zerstörung des sozialen unter den menschen (...) bedeutet, daß auf der basis des kapitalistischen systems, dem 24-stunden-alltag von leistung und konkurrenz, den menschen eigene kriterien geraubt und durch für den kapitalismus funktionale *werte* ersetzt wurden - (...). es zeigt sich daran, daß in diesem system alles zur *ware* wird, (...)."
> **RAF, *Weiterstadt-Erklärung***

"Weshalb kann man behaupten, daß die 'Theorie des *[Waren-]Fetischismus*' (...) ein Hindernis bildet (...) für eine materialistische Theorie der *Ideologie* und der Geschichte der Ideologien? (...) Wie wir heute zu wissen beginnen, läßt sich ein ideologischer Vorgang (...) nur (...) durch die Existenz und die Funktionsweise echter ideologischer gesellschaftlicher Verhältnisse (juristischer, moralischer, religiöser, ästhetischer, politischer Art usw.) erklären, die sich historisch im Klassenkampf konstituieren. Es sind spezifische gesellschaftliche Verhältnisse, die sich real von den Produktionsverhältnissen unterscheiden, auch wenn sie durch diese 'in letzter Instanz' determiniert werden. 'Real unterscheiden' will heißen, daß sie sich in *spezifischen Praxen* realisieren bzw. materialisieren, die von besonderen *ideologischen Apparaten* abhängen usw."
Etienne Balibar, in: *Theorien des historischen Materialismus*, Frankfurt am Main, 1977 293 - 343 (310)

1. ZK der PCE(r), *Strategische Neuorientierung oder Das Ende des bewaffneten Kampfes* (Juni 1992)
2. Gefangene aus den CCC, *Eine nicht zu rechtfertigende Erklärung* (Okt. 1992)
3. Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, *"... sag mal wo leben wir denn?"* (Mai 1992)
4. Michi Dietiker / Ali Jansen / Bernhard Rosenkötter, *Über das Schleifen von Messerrücken* (Juli 1992)

Zentralkomitee der PCE(r)

STRATEGISCHE NEU-ORIENTIERUNG oder DAS ENDE DES BE-WAFFNETEN KAMPFS

In ihrer Erklärung vom 10. April gibt die RAF das Ende ihrer bewaffneten Aktionen mit folgenden Worten bekannt: "Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen. Das heißt, wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen."

Auf diese Weise reagierte die RAF auf den Kinkel-Vorschlag, die schwerkranken politischen Gefangenen freizulassen und dies, bei den Gefangenen, die am längsten in Haft sind, in Erwägung zu ziehen, wenn diese ausdrücklich auf Gewalt verzichten. Die RAF verlangte weiterhin die sofortige Freilassung der Haftunfähigen und die Zusammenlegung für die anderen. In ihrer Erklärung fragt sich die RAF, "ob er (Anm.: der Staat) Raum für politische Lösungen zuläßt" für das Problem der Gewalt und die anderen aufkommenden sozialen Konflikte. Sie sagen weiter: "Wir haben von uns aus jetzt mit der Rücknahme der Eskalation aus der Auseinandersetzung einen Schritt gemacht, um diesen politischen Raum aufzumachen. Jetzt ist die staatliche Seite gefragt, wie sie sich verhält...". Die Erklärung endet mit der Drohung, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen, wenn der Staat seine repressive Politik beibehält: "Wenn sie diejenigen, die diesen Prozeß für sich in die Hand nehmen, mit ihrer Walze aus Repression und Vernichtung plattmachen, also weiter auf Krieg gegen unten setzen, dann ist für uns diese Phase des Zurücknehmens der Eskalation vorbei - wir werden uns das nicht tatenlos anschauen. Wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche Gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre Eliten auch nicht leben können. Auch wenn es nicht unser Interesse ist: Krieg kann nur mit Krieg beantwortet werden."

Diese neue Position der RAF gründet sich auf ihrem Handlungsprinzip, der sogenannten "Westeuropäischen Guerillafront", und diese sei zerbrochen.

Sie schreiben: "Wir waren damit konfrontiert, daß die Vorstellung, im gemeinsamen internationalen Kampf einen Durchbruch für Befreiung zu schaffen, nicht aufgegangen ist." Ihre Selbstkritik bezieht sich auch auf andere Aspekte ihrer politisch/militärischen Aktionen: "Wir selbst waren damit konfrontiert, daß wir so, wie wir in den Jahren vor '89 Politik gemacht haben, politisch nicht stärker, sondern schwächer geworden sind." '89 begann nach ihren

Angaben der Prozeß, der zu ihrer neuen Position geführt hat. "Als einen zentralen Fehler haben wir gesehen, daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren, zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden waren, gar nicht."

"Uns ist klar geworden, ..., daß es so nicht weitergeht, ... wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der imperialistischen Kräfte reduziert, und gefehlt hat die Suche nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren... Aus unseren Erfahrungen und aus den Diskussionen mit Genossen über alle diese Fragen steht für uns heute fest, daß die Guerilla in diesem Prozeß von Aufbau nicht im Mittelpunkt stehen kann..."

Aus all diesen Gründen kommen sie zu dem Schluß, daß es notwendig ist, "über unsere Fehler nachzudenken" und "neue politische Definitionen" zu suchen.

Die Erklärung hat innerhalb der revolutionären europäischen Bewegung und speziell in Deutschland einige Verwirrung gestiftet. Dazu hat zweifellos die erläuternde und verworrene Form - bei RAF-Erklärungen schon üblich - der Erklärung beigetragen, die eigentlich doppeldeutig sein soll - was sie für uns aber keinesfalls ist. Bekanntermaßen hatten wir schon vor einiger Zeit eine Auseinandersetzung mit ihnen, in der wir ihre falschen Ideen und ihre falsche Art, den Kampf gegen den Imperialismus zu führen, kritisierten; eine Kritik, die die RAF jetzt in ihrer selbstkritischen Bilanz in gewisser Weise anerkennt.

Aus diesen Gründen, genauso wie in der Auseinandersetzung damals - betrachten wir es als unsere internationalistische Pflicht - zuallererst natürlich gegenüber unseren deutschen Genossen - noch mal klar zu sagen, das ihr Weg in die falsche Richtung führt.

Es ist offensichtlich, daß die Kinkel-Initiative implizit auch im Interesse der deutschen Bourgeoisie gestartet wurde, nicht nur, um mehr als zwanzig Jahre bewaffneten Kampf so bald wie möglich zu beenden, sondern auch, um jede Art von Widerstand auszulöschen, der imstande wäre, ein Ansprechpartner für die Massen in der jetzigen, generellen Krise des Kapitalismus zu sein.

Sie wissen sehr wohl über (ihre) ökonomischen, sozialen und politischen Probleme Bescheid und auch über die wachsende Unzufriedenheit - vor allem in der Ex-DDR -, die sich auch sehr schnell verschärfen können, wenn sich die wirtschaftliche Krise zuspitzt, Deutschland eine immer aggressivere Außenpolitik betreibt und es zu einer innerimperialistischen Auseinandersetzung kommt - was mehr als wahrscheinlich ist. In dieser Situation ist es keinesfalls verwunderlich, daß der deutsche Staat der RAF einen Köder auswirft, wobei er ihre augenblickliche Schwäche, die Sackgasse, in der sie sich befindet, und die zentrale Rolle der Gefangenen für die Bewegung ausnutzt.

Deswegen scheint uns der Waffenstillstand ein großer Fehler zu sein, zumal wenn wir die Begrifflichkeiten betrachten und das Fehlen einer wirklichen politischen und ideologischen Linie, auf die sich Revolutionäre stützen könnten. Vielmehr macht es der Regierung den Weg frei, die Liquidation der Bewegung fortzuführen und zu demonstrieren, daß jeglicher bewaffnete Widerstand gegen den Staat nutzlos ist. Genau deswegen ist es auch schon fast lächerlich, damit zu drohen, die bewaffneten Aktionen wieder aufzunehmen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden.

In der augenblicklichen Situation der Schwäche und Desorientierung der RAF halten wir es für illusorisch, daß das deutsche Großkapital - oder eine Fraktion dessen - ein Interesse daran hat, "Raum für politische Lösungen zu öffnen". Und noch weniger wird sich die Gewaltfrage lösen lassen.

Hinter der Kinkel-Initiative, die der deutsche Polizeistaat dafür nutzt, sich "human" zu zeigen, steht der Gedanke, falsche Hoffnungen zu wecken und gleichzeitig die Repression zu verstärken. Unserer Meinung nach ist das einzige, was man vom deutschen Staat jetzt erwarten kann - auch im Hinblick auf die Ideen und Vorschläge der RAF -, daß er seine Politik der "Wiedereingliederung der Gefangenen" schlicht und einfach fortsetzt, was zu einer wachsenden Repression gegenüber den Gefangenen führen wird; sozusagen die Anwendung der "Politik von Zuckerbrot und Peitsche". Milde für die, die bereuen - Härte (Iso und Folter) für die "Unverbesserlichen".

Daß dies der Weg der Regierung ist, hat sich schon gezeigt, als die Staatsanwaltschaft nach der "großzügigen" Offerte begonnen hat, die Aussagen der reumütigen Ex-Aktivisten aus der Ex-DDR zu benutzen, neue Prozesse gegen die Gefangenen anzustrengen, die zu weiteren langen Haftstrafen führen werden.

Wie die Erfahrung zeigt, werden sich die Gefangenen der Erpressung durch die "Gewaltverzichtserklärung" nicht beugen

- aber auch der Staat wird sie keinesfalls freilassen, sondern die Repression gegen sie verstärken. So wird sich im Gegenteil ihre Situation sogar noch verschärfen.
Gewiß, es geht nicht darum, auf Verhandlungen als Waffe im politischen Kampf zu verzichten, die es eventuell erlauben, dem Staat ein paar Verbesserungen abzuringen, wenn nicht sogar die Freiheit der politischen Gefangenen.
Aber wenn die RAF jetzt, in einer Position der Schwäche jeglichen bewaffneten Widerstand aufgibt und alle möglichen politischen und ideologischen Konzessionen macht, führt das nicht zum Ende ihrer Isolierung und ihrer Schwäche, sondern zeigt, daß es ohne vorherige Kapitulation keinen Ausweg gibt. Dies ist nicht gerade ein Beitrag dazu, die revolutionäre Bewegung zu stärken.
In ihrer Erklärung rechtfertigt die RAF das Ende der bewaffneten Aktionen mit der Notwendigkeit, einen internen Diskussionsprozeß voranzutreiben und eine "Gegenmacht von unten" zu bilden. Aber diese Argumente sind bei näherer Betrachtung nichts wert.
Erstens, weil die Erklärung eines Waffenstillstandes das Ergebnis einer Diskussion hätte sein müssen, da sie doch der ganzen Bewegung die Hände bindet. Tatsächlich begeht die RAF - bzw. ihre Führer genau den Fehler, den sie eigentlich korrigieren wollte: Sie treffen die Entscheidungen, die von den anderen befolgt werden müssen.
Zweitens, weil es ein Unding ist, eine "Gegenmacht von unten" aufbauen zu wollen, in einem bis an die Zähne bewaffneten Polizeistaat, der jegliche revolutionäre Bewegung sofort ausradieren will, wie die Geschichte der letzten Jahre auch gezeigt hat.
Es macht vielmehr Sinn, den bewaffneten Kampf aufrechtzuerhalten - als wesentlichen Bestandteil des Kampfes für den Kommunismus -, nicht nur um die Konterrevolution zu bekämpfen, sondern auch vor allem zur Ergreifung der Macht. Der imperialistische deutsche Staat wird nicht darauf verzichten, "die unten" auszubeuten und zu unterdrücken, noch wird er die in Ruhe lassen, "die für eine humanere Gesellschaft kämpfen". Zu behaupten, etwas anderes könne passieren - abgesehen davon, daß man so albern ist, zu glauben, daß die Bourgeoisie als Klasse eines Tages Harakiri begehen könnte, zeigt nur, daß es am wirklichen Willen fehlt, den Kampf gegen das Unrecht und den Staatsterror weiterzuführen.
Die Ursache für die neue Position der RAF sei die Einschätzung, daß sich "eine komplett neue Situation der weltweiten Kräfteverhältnisse" ergeben habe, als Ergebnis der "Niederlage der sozialistischen Staaten".
Mangels einer genaueren Erklärung scheint die Ursache für ihren Positionswechsel diese neue, plötzliche internationale Lage zu sein.
Da diese neue Situation für die RAF so wichtig zu sein scheint, ist es umso erstaunlicher, daß sie in ihrer Erklärung nicht genauer darauf eingeht. Wenn sie dies getan hätte, wäre sie wahrscheinlich zu dem Schluß gekommen, daß der Zusammenbruch des Ostblocks die innerimperialistischen Rivalitäten speziell zwischen den USA und dem imperialistischen deutschen Staat verstärken würde. Dann hätte die RAF eine wirkliche Erklärung für das Scheitern ihrer antiimperialistischen Politik gefunden, nämlich die angebliche Integration der kapitalistischen Staaten und ihrer "weltweiten Herrschaft".
Darüber hinaus ist jetzt nicht der Zeitpunkt, eine Debatte über das angebliche "Scheitern des Sozialismus" zu führen; die RAF bezieht sich darauf, indem sie die bürgerliche Propaganda übernimmt, die dazu dient, die Krise des Ausbeutungssystems und den Bankrott des revisionistischen Konzepts zu verdecken.
Um verstehen zu können, warum die RAF so sehr irren konnte, muß man sich an ihre Entstehungsgeschichte erinnern und den damaligen historischen Kontext. Daher waren wir umso überraschter, daß diese Phase in der Erklärung überhaupt nicht vorkommt, obwohl dies der einzige Weg gewesen wäre, die eigene Geschichte einzuschätzen und die eigene Perspektive klarzukriegen.
Das hätte dazu beigetragen, die Diskussion transparenter zu machen und mit den vielen weißen Stellen der Geschichte aufgeräumt, mit denen die deutschen Revolutionäre im Augenblick zu kämpfen haben.
Deswegen ist es wichtig, sich daran zu erinnern, daß die RAF von Anfang an den Marxismus gefordert hat und auch die Notwendigkeit einer Partei anerkannt hat, auch wenn sie der Meinung war, daß in der BRD Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre eine Gründung unmöglich war, da die Situation nach dem zweiten Weltkrieg und die speziellen Bedingungen in der BRD dies nicht zuließen.
Trotzdem glaubten sie, daß sie im bewaffneten Kampf die Bedingungen dafür schaffen könnten. Aufgrund entgegengesetzter Faktoren, sowohl internationalen (Aufstieg des Revisionismus) wie auch nationalen (Desorientierung der Arbeiterbewegung, Einfluß revisionistischer Strömungen, der Aufschwung der Wirtschaft, etc...), wurden diese Ideen durch einen zweiten Plan ersetzt.
Wenn dann noch die Gefangennahme und Tötung eines großen Teils der historischen Führungskader und die Integration von unerfahrenen, ideologisch nicht gefestigten jungen Aktivisten hinzukommt, kann man sich besser erklären, wie spontaneiistische Ideen Fuß fassen konnten und die Entwicklung der Theorie einer antiimperialistischen Front begünstigten, die damals schon im Entstehen war. Daß die RAF jetzt ihre eigenen zuletzt verfolgten Prinzipien in Frage stellt, ist unserer Meinung nach ein wichtiger Schritt, um die subjektivistischen und spontaneiistischen Ideen über Bord zu werfen und die Strategie neu zu definieren.
Diese Erkenntnis kann die revolutionäre Bewegung nur stärken, unabhängig davon, welchen Weg die RAF tatsächlich nehmen wird. Denn so werden günstige Bedingungen dafür geschaffen, die Debatte zu vertiefen, die Irrtümer richtig zu stellen, die Organisation voranzubringen und eine revolutionäre Strategie und ein revolutionäres Programm auszuarbeiten, das die Kampferfahrungen der Arbeiterklasse wie auch die des deutschen Volkes zusammenfaßt. Bei konsequenter Betrachtung sind dies unter anderen die Aufgaben, die die deutschen Genossen anpacken müssen, wenn sie ihre Selbstkritik ernst meinen.
Nichtsdestotrotz sind wir besorgt, daß die Suche nach "neuen Definitionen" und "dem Raum für politische Lösungen" zu einem verkappten Reformismus und in den Schatten der Legalität führen kann, ähnlich wie bei den lateinamerikanischen Guerilleros, die sich von der Sozialdemokratie haben einfangen lassen.
Daher wäre es beklagenswert, wenn die RAF einmal mehr ihren Weg verlieren würde und sich in dem vom Staat geknüpften Netz verfangen würde.
Trotz alledem vertrauen wir der Bewegung, daß sie in der Lage ist, diese schwierige Zeit zu überwinden, und daß aus ihrem Fundus heraus die Leute und Kräfte kommen, die in der Lage sind, eine wirklich revolutionäre Organisation zu schaffen, und die in der Lage sind, eine Kampfstrategie für den Kommunismus in Deutschland auszuarbeiten.

Juni '92

Didier Chevolet, Pascale Vandegeerde, Bertrand Sassoye & Pierre Carette
Gefangenenkollektiv der Kämpfenden Kommunistischen Zellen

Eine nicht zu rechtfertigende Erklärung

(Zum Brief der RAF vom 10. April 1992)

Im Frühling dieses Jahres hat die Rote Armee Fraktion ein wichtiges politisches Dokument veröffentlicht. In diesem Text stellt die revolutionäre deutsche Organisation verschiedene Gedanken dar, welche die internationale Situation und die soziale, militante und politische Lage in ihrem Land betreffen (mit besonderem Augenmerk auf die Frage der inhaftierten Genossinnen und Genossen); sie zieht eine Art Bilanz ihrer Aktivität und schließt mit der Entscheidung, den bewaffneten Kampf aufzugeben.
In einer bestimmten Art und Weise hat uns dieser Schritt nicht überrascht. Seit langer Zeit verstehen wir nicht mehr, aus welchen historischen, politischen und strategischen Analysen die RAF ihre kämpfende Vitalität schöpfen konnte. Aber das heißt, daß uns dieser Schluß besonders verabscheuungswürdig erscheint: Er drückt nicht die Eröffnung einer kritischen und selbstkritischen Überlegung aus, die auf eine theoretisch-politische Richtigstellung zugunsten der revolutionären Sache bedacht ist, wohl aber das liquidatorische Resultat des Prozesses von Abweichung und politischer Degradierung, den die RAF während der zwanzig Jahre ihrer Existenz erfahren hat.
Wir wissen, daß viele Militante der sogenannten "*antiimperialistischen*" Bewegung in Deutschland es für extrem unangebracht halten, von aufeinanderfolgenden Etappen in der Geschichte der RAF zu sprechen. Trotzdem, wenn man sich auf den Diskurs und die Praxis der Organisation seit Anfang der 70er Jahre bezieht, ist unbestreitbar, daß die RAF von 1972, 77 oder 82 drei verschiedene, sehr unterschiedliche Gesichter zeigt.
Ursprünglich bezog sich die Organisation teilweise auf marxistische Prinzipien und auf die marxistische Analyse, bewies politische Kreativität und Initiative im revolutionären Kampf. 1977 befand sie sich auf dem Gipfel strategisch defensiver Optionen. 1982 bestätigte sie - durch den Text "*guerilla, widerstand und antiimperialistische front*" - die komplette Preisgabe ihrer anfänglichen marxistischen Referenzen und ihr gänzliches Einschreiben in den Subjektivismus und den Militarismus. Während der folgenden zehn Jahre hat sich die RAF immer weiter in diese Sackgasse verrannt. Ausgehend von der sehr auffälligen Proklamation einer "*westeuropäischen Guerillafront*" mit A.D. im Jahre 1985 und der nicht weniger medienwirksamen gemeinsamen Unterzeichnung einer Forderung mit den B.R./P.C.C. im Jahre 1988 bis hin zu einer großen Zahl bemerkenswerter Guerillaaktionen (ganz besonders die Exekution des Treuhand-Chefs, Rohwedder), konnte sich die deutsche Organisation, mit gutem Willen zwar, nur in verlorenen Illusionen erschöpfen. Heute scheint die RAF nicht mehr zu verstehen, gegen wen sie kämpft und weshalb. Dies ist auf Zeit unvermeidbar, wenn man den historischen Materialismus und den wissenschaftlichen Sozialismus, das Ziel der Klassenrevolution und der Diktatur des Proletariats aufgegeben hat.
Das von der RAF im April veröffentlichte Dokument und besonders seine Schlußfolgerung des "*Abschieds von den Waffen*" haben unter der deutschen militanten Bewegung wichtige Erschütterungen provoziert; sie haben zahlreiche Diskussionen und Stellungnahmen bis auf internationaler Ebene hervorgerufen. So hatten wir die Gelegenheit, den sehr zutreffenden Beitrag des Zentralkomitees der P.C.E.(r.) mit dem Titel "*Replantamiento estrategico o liquidacion?* " [in dieser Broschüre S. Anm. d. Hg.] zu lesen. Auch wir wollen zu diesem Thema beitragen, wenn wir auch die Verspätung bedauern. Wir denken, daß es um unsere Verantwortung und politische Solidarität gegenüber der gesamten revolutionären Bewegung geht.

Bevor wir zum Inhalt des Dokuments der RAF kommen, möchten wir einige Worte zu diesem Brief selbst sagen. Seit vielen Jahren entwickelt sich in der revolutionären europäischen Bewegung eine kritische Debatte. Interessante Beiträge, besonders aus Spanien und Italien, sind im Umlauf, und von unserer Seite bemühen wir uns, an dem Austausch mit unseren bescheidenen Kapazitäten teilzunehmen. Ein großer Teil der Themen und Analysen dieser Debatte auf internationaler Ebene bezieht sich besonders auf die anti-marxistischen, subjektivistischen und militaristischen Positionen, welche in erster Linie die RAF seit Anfang der 80er Jahre vertritt. Nun hat aber, soviel wir wissen, die RAF es niemals für sinnvoll erachtet, diese politischen Kritiken zu beachten oder sich den Argumenten zu stellen, auf denen sie basieren. Und der Brief vom 10. April ignoriert diese noch immer in großartiger Weise.
Obwohl die RAF heute erklärt, daß ein Grund des Scheiterns ihrer Ideen in der Tatsache besteht, daß sie sich isoliert hat, weil sie keine wirkliche politisch-organische Beziehung mit denjenigen aufgebaut hat, die sich in die revolutionäre Perspektive einreihen. Sie ruft zu neuen Beziehungen, zu neuen gemeinsamen Diskussionen und Projekten etc. auf. Aber konkret fährt sie fort, die Debatte zu verhindern und die Fragen und Antworten so zu formulieren, wie sie alleine sie versteht. Zum Beweis die folgende merkwürdige Handlungsweise: Um bessere Bedingungen für eine Grundüberlegung - die sehr weit die militante Bewegung in Deutschland durchzieht - über den bewaffneten revolutionären Kampf zu schaffen, gibt die RAF diesen auf. Anders gesagt, um eine Reflexion über ein Thema zu begünstigen und dabei die Richtigkeit der Schlußfolgerungen zu garantieren, beginnt sie damit, das fragliche Thema eigenmächtig zu liquidieren. Unserer Meinung nach und in diesem besonderen Fall drückt eine solche Handlungsweise keine Suche nach revolutionärem Fortschritt aus, sondern zeigt einen Versuch, im Nachhinein eine Entscheidung zu rechtfertigen, die im Zusammenhang mit anderen, nicht zugegebenen Interessen getroffen wurde.
Ein anderer Aspekt des Dokuments der RAF verdient, hervorgehoben zu werden. Wir haben gehört, daß er sehr verschieden verstanden wurde: Einige sehen darin ein gerissenes taktisches Manöver, andere die Anerkennung der Unangemessenheit der revolutionären Gewalt, etc. Schließlich finden viele darin die Gelegenheit, sich von dem, worauf sie gerade Lust haben, zu überzeugen und ein unendliches und ungenaues Geplauder zu betreiben. Wir denken, daß der RAF in dieser Angelegenheit ein Großteil der Verantwortung zukommt. Seit langer Zeit entwickelt sie in ihrem Diskurs wie in ihrer Praxis viele Zusammenhanglosigkeiten und Verwirrungen, was ein Zeichen für den unbestreitbaren Mangel an ideologischer Klarheit ist. So etwas greift allmählich um sich.
Die konfuse Ausdrucksweise des Briefes vom 10. April hält einer strengen Analyse nicht stand. Die allgemeine Position im gesamten Text läßt weder mehrere Interpretationen noch Zweifel zu. Sie ist weder zweideutig noch unbestimmt, und daß sie sehr ungeschickt formuliert ist, reicht nicht, um den "*Abschied von den Waffen*", den sie in sich birgt, unter einem Schleier von Ehrenhaftigkeit zu verbergen.
Übrigens müssen wir diesem Dokument ein großes (aber einziges) Verdienst anerkennen: Es beleuchtet die Sterilität des subjektivistischen Vorhabens der RAF

seit zehn Jahren und gibt sie zu. Ach, es ist wirklich schade, daß diese Aufklärung und dieses Zugeständnis nicht aus einer Annäherung an den Marxismus-Leninismus hervorgehen, also aus einer Entfernung vom Subjektivismus (zum Beispiel durch eine Ablehnung des Militarismus, die wir begrüßen könnten), sondern im Gegenteil aus einer erneuten Demonstration des Subjektivismus, diesmal im allgemeinen Rahmen eines opportunistischen Debakels. Wenn sie sich in die Überlegungen und Konzeptionen, die in diesem Brief dargestellt sind, versteigt, wird die RAF die revolutionäre Bühne verlassen und alle politischen und ideologischen Fehler konservieren, die wir von ihr kennen und die wir bereits kritisiert haben - und sie wird diese Bühne ohne Hoffnung auf Wiederkehr verlassen.

Es geht also darum, präzise und klar über die verschiedenen Punkte nachzudenken, die im Dokument vom April angeschnitten wurden. Denn den "*Abschied von den Waffen*", der in diesem Text beschlossen wurde, politisch und ideologisch zu bekämpfen, heißt in erster Linie, den Subjektivismus und seinen Nachfolger, den Opportunismus, beide in all ihren Formen zu bekämpfen, seien sie bewaffnet oder nicht. Ist denn schließlich der aktuelle "*Abschied von den Waffen*" etwas anderes als die allerletzte und spektakuläre Etappe einer langen politischen Abweichung? Stammt der schlimmste Fehltritt, der von der RAF begangen wurde, nicht aus der Mitte der 70er Jahre, als die Organisation begann, sich offen vom Marxismus und einer siegesgewissen Strategie loszusagen?

Der Brief vom 10. April beginnt mit einer Art lascher strategischer Reflexion/Bilanz. Es ist die Rede vom Scheitern der von der RAF in den letzten Jahren entwickelten Strategie, aber nichts von den Urhebern des Kampfes, der Art der Auseinandersetzung, der kurz- oder langfristig angestrebten Ziele etc. wird näher bestimmt. Es ist immer nur die Rede von "*wir*", von der "*kraft, die wir gegenmacht von unten genannt haben*", einer "*gesellschaftlichen alternative hier und heute*", "*um befreiung kämpfen* ", was eher ungenügend ist, um eine ernsthafte revolutionäre strategische Reflexion anzustellen. Jedoch ist dies für die RAF vollkommen ausreichend, um der Ansicht zu sein, ihre Erfahrung zeige, daß "*die guerilla in diesem prozeß (wir vermuten, daß es sich um den revolutionären prozeß handelt] (...) nicht im mittelpunkt stehen kann*". Noch selbstkritischer präzisiert die RAF sogar, daß "*gezielt tödliche aktionen (...) die gesamte situation alles, was in den anfängen da ist und für alle (...) eskalieren.*"

Dieser erste Teil setzt sich in einem zweiten fort.

Das berühmte "*alles, was in den anfängen da ist und für alle, die auf der suche sind*" impliziert "*als ganz wesentlichen teil den kampf für die freiheit der politischen gefangenen*". Nach Meinung der RAF eine in bestimmtem Maße glaubwürdige Perspektive. Der Justizminister hätte sich tatsächlich zum Repräsentanten einer Fraktion der Bourgeoisie gemacht, die verstanden hat, daß sie die sozialen Widersprüche nicht durch Repression lösen kann. Sich stillschweigend an diese aufgeklärte Fraktion wendend, fügt die RAF der Liste noch andere Forderungen hinzu: Die Gefängnisse müssen angemessen sein, alle müssen über einen Wohn- und Lebensraum verfügen, die Bürger der Ex-DDR müssen über eine Selbstbestimmung verfügen, der herrschende Diskurs darf nicht mehr rassistisch sein etc. etc.

Das Dokument endet mit einem drittem Teil, dessen Naivität und Logik zu denken geben: Die Antwort, die der deutsche Staat auf diese Forderungen gibt, wird zeigen, ob der politische Reformismus praktikabel ist oder nicht! Und darauf bedacht, diesen Schritt, der ebenso platt reformistisch wie anmaßend ist und gemünzt auf den "*prozess von diskussion und aufbau*", zu schützen, kündigt die RAF an, ihre "*eskalation*" aufzugeben. Aber Vorsicht, wenn der Staat seinerseits den besagten Prozeß nicht ernst nimmt, nun, dann wird die RAF besagte Eskalation wieder aufnehmen ... obwohl diese einige Abschnitte weiter oben als, strategisch unheilvoll betrachtet wurde. Der letzte Satz des Briefes schließt mit einer überwältigenden Redekunst: **"auch wenn es nicht unser interesse ist** (wir unterstreichen dies]*: krieg kann nur mit krieg beantwortet werden*". In etwa ist dies Rache bis zum Tod.

Es ist seit langem offensichtlich, daß der Hauptfehler der RAF in ihrer Fehleinschätzung - ihrer Ablehnung? - des historischen Materialismus besteht. Beispielhaften Mut und revolutionäre Selbstaufopferung verbinden die deutschen Genossinnen und Genossen mit einem unerschütterlichen Subjektivismus. Leider reichen Heroismus und Hingabe nicht aus, um den revolutionären Erfolg zu garantieren. Die Revolution ist nicht nur eine Sache von Personen und des guten Willens. Sie ist ein historisches Phänomen, das auf die objektiv sozial Bestimmenden antwortet.

Es wäre höchste Zeit für die RAF, über diese wesentliche Dimension des revolutionären Kampfes nachzudenken und ihre allgemeinen Vorhaben, ihre Analyse der objektiven Realität, ihr Verständnis der historischen Mechanismen, ihre strategischen und taktischen Auffassungen, ihre kurz- und langfristigen Ziele etc. darzulegen. Kurz, all das, was traditionsgemäß abhängig aus einer Plattform, aus Thesen und aus einem Organisationsprogramm hervorgeht. Wer könnte denn ohne dies jemals überhaupt wirklich und genau wissen, was die RAF denkt und will? Wie könnte die RAF selbst wissen, was sie denkt und will? Wie könnte sie ihren Kampf organisieren und führen?

Was für einen Sinn hat es, von revolutionärer Strategie zu sprechen ohne überhaupt klar definiert zu haben:

- was die konkreten Vorhaben des revolutionären Prozesses sind (z.B. was denkt die RAF von der Diktatur des Proletariats, vom sozialistischen Aufbau?)
- was darin der Hauptgegenstand ist (z.B. was denkt die RAF über das Proletariat? Wie definiert sie es? Welche Rolle erkennt sie ihm zu?)
- wie dieser sich entwickelt (z.B. wie geht die RAF das Problem der objektiven und subjektiven Bedingungen des revolutionären Prozesses an? Die Rolle der Partei?). Dies ist unserer Meinung nach die erste Arbeit, die die RAF zu leisten hätte und die sie der deutschen revolutionären Bewegung und dem deutschen Proletariat unterbreiten müßte.

Die RAF stellt ehrlich fest, daß sie sich in der Sackgasse befindet. Sie bringt für diese Sachlage verschiedene Erklärungen vor, die uns nur ihre Schwäche in der Analyse zu zeigen scheinen. Zuerst der Zusammenbruch des Revisionismus und das aktuelle Debakel des ehemaligen Ostblocks in der innerimperialistischen Auseinandersetzung ... Aber wer konnte noch glauben, daß diese Länder - in irgendeiner Art - Träger einer authentischen Dynamik oder eines authentischen revolutionären Einflusses waren? Daraufhin das Scheitern des Projekts, "*im gemeinsamen internationalen Kampf einen durchbruch zur befreiung zu schaffen*"... Wenn es um anti-imperialistische Bewegung in der Dritten Welt geht, so weicht sie seit bald fünfzehn Jahren zurück, und wenn es um die illusorische "*Westeuropäische Guerillafront*" geht, so hat sie nur durch das journalistische Sensationsbestreben gelebt.

So sehr wir also mit dem Schluß, den die RAF gezogen hat, übereinstimmen, daß nämlich der revolutionäre Kampf sich nur auf den objektiven sozialen Bedingungen eines jeden Volkes gründen kann, so sehr glauben wir auch, daß sie in diesen besonderen Fall eher zu diesem Schluß gekommen wäre, hätte sie einfach einen Klassenstandpunkt eingenommen oder den Reichtum an Analyse und Er-

fahrung der Internationalen Kommunistischen Bewegung studiert.
Dies ist ein Punkt, der umso entscheidender ist, als die Richtigstellung, die von der RAF vorgenommen wird, mit einer Abweichung einhergeht, die ihr jeden Vorteil ruiniert. Wenn sie ihr Hirngespinst der internationalen "*Front*" aufgibt, indem sie sich der nationalen sozialen Realität zuwendet, so hat die RAF bei der gleichen Gelegenheit ihren revolutionären Grund und ihre politisch-militärische revolutionäre Verantwortung als Avantgarde preisgegeben.
Wir haben bereits weiter oben in unserer Kritik auf das Fehlen einer allgemeinen Definition seitens der RAF hingewiesen, ein Fehlen von Bezugnahmen, das einen wirklichen politischen Austausch praktisch unmöglich macht. Das Problem taucht wieder auf, wenn man entdeckt, daß die RAF unbekümmert das revolutionäre Ziel aufgibt und gelassen ihre Avantgarderolle (und Gott weiß, wieweit sie diese Rolle 1972 für die gesamte revolutionäre Bewegung der Metropolen ausfüllte ... bis zu dem Punkt, an dem sie [die RAF, A.d.Ü.] noch heute deren Aura auskostet!) austauscht gegen ein Mitläufertum in der "*alternativen*" Bewegung.
Der wirkliche Inhalt der von der RAF im Moment vertretenen Positionen ist der folgende: Weil sie ihre militaristischen Illusionen sich nicht erfüllen sah, sucht die RAF eine neue Art, mit dem "*alternativen*" Sumpf zu fusionieren, eine Fusion, nach der sie offen seit 1982 strebt. Damals - die Sache mußte stattfinden, indem der Sumpf liquidiert wurde - schrieb die RAF zu diesem Thema in "*guerilla, widerstand und antiimperialistische front*": "*da ist nichts mehr von systemveränderung und 'alternativen modellen' im staat. sie sind nur noch skurril.*" Zehn Jahre später sind die Militanten der RAF für die gleiche Sache bereit, die Liquidierung ihrer Organisation anzubieten. Dies ist das logische Ergebnis ihrer frontistisch-strategischen und gegen die Partei gerichteten Abweichung. Anstatt sich mit Unabhängigkeit und Bestimmtheit an die Avantgarde des revolutionären Kampfes zu halten, dadurch, daß:
- eine Selbstkritik und eine offensive Neuorientierung auf der Basis des Marxismus-Leninismus vorgenommen werden;
- die Strategie und die Taktik, die zur Erhebung des allgemeinen Niveaus des Kampfes in Deutschland notwendig sind, angenommen werden;
- mehr und mehr kämpferische Proletarier und Revolutionäre mobilisiert, rekrutiert und organisiert werden, etc.; beabsichtigt die RAF eher, sich in der marginalen Masse aufzulösen und vor den aktuellen Wünschen und Grenzen des "*alternativen*" Sumpfes zu kapitulieren.
Natürlich muß die revolutionäre Organisation niemals von den (proletarischen!) Massen abgeschnitten sein, aber dies darf sie niemals dahin führen, auf ihre politische Unabhängigkeit zu verzichten und sich von einer autonomen Aktivität loszusagen.
Nun können wir im Dokument vom April lesen, daß die RAF das Problem ihrer Rolle und ihres Einflusses mit den folgenden Worten darstellt: "*wir hatten unsere politik ganz stark auf angriffe gegen die strategien der imperialisten reduziert und gefehlt hat die Suche nach unmittelbaren positiven zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren.*" Was bedeutet das? Daß, weit davon entfernt, die Kritik anzunehmen, die schon hundert Mal an der "*anti-anti*"-Strategie der "*antiimperialistischen*"' Strömung geübt wurde, deren militaristischer Fahnenträger sie war ("*unsere strategie ist es, gegen ihre strategie zu sein*" etc.), die RAF die Konstruktion und die Struktur einer starken kommunistischen Bewegung nicht als "*positives Vorhaben*" betrachtet. Dahingegen erscheint die vulgärste Art von Reformismus, der als "*positiv*" nur diejenigen Ziele ansieht, die kurzfristig und im kapitalistischen System erreichbar sind den Augen der RAF als die verlockendste strategische Option. Und der vollkommene Opportunismus setzt dem Ganzen die Krone auf: Hört man nicht, daß die RAF darauf bedacht ist, "*eigene soziale werte in ihren alltag*" derjenigen sich entfalten zu lassen, die Ihr nahestehen? Und dann noch, daß sie beabsichtigt, sich umzustellen auf eine "*zeit, in der es für alle, um ein sich-finden auf neuer grundlage geht*"? Der revolutionäre Prozeß verlangt also keinen Prozeß der Aneignung von Klassenbewußtsein mehr? Ist es also nicht mehr die Verantwortung der Revolutionäre, dieses Bewußtsein aufrechtzuerhalten und dadurch der Aneignung durch die Bildung zu dienen - gegen die Entfaltung einer "Spontaneität", die unvermeidlich nach den Kategorien der herrschenden Ideologie gestaltet ist?
Mit ihrem Brief vom 10. April verstärkt die RAF früher als erwartet ihren philosophischen Idealismus und ihren politischen Subjektivismus. Betrachten wir nun ihren Standpunkt und ihre konkreten Projekte im Rahmen der aktuellen sozialen und politischen Situation in Deutschland. Die RAF ist der Meinung, daß sie einer "*gesellschaftlichen alternative hier und heute*" keine Aufmerksamkeit geschenkt hat. Eine Alternative, die, so glaubt man, griffbereit ist, denn "... *daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben uns die erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt*". Weiter noch präsentiert die Organisation eine Liste von sozialen Reformen, die zu verwirklichen sie den Staat auffordert. Wir denken, daß all dies von einem phänomenalen Unverständnis der Wirklichkeit herrührt.
Zuerst die Frage nach einer "*alternative*" zur Gesellschaft; worum handelt es sich? Es handelt sich um eine zwangsläufige Randposition. Ein Rand, der nur von Kleinbürgern oder deklassierten Elementen besetzt werden kann. Wie können diese Kategorie und ihr Rahmen - spezifische Bestrebungen und Interessen - eine zu verallgemeinernde revolutionäre Entwicklung bilden? Die Revolution ist eine Sache sozialer Klassen, "*hier und heute*" eine proletarische Sache. Die Revolution hat nichts mit einer Alternative zur Gesellschaft innerhalb der Gesellschaft zu tun, aber alles mit einer Umwandlung der Gesellschaft, der gesamten Gesellschaft. Die Art, mit der die bürgerliche Macht gelegentlich auf die besonderen Forderungen des alternativen Sumpfes eingehen kann, ist mit dem Klassenwiderspruch, der die ganze Gesellschaft durchzieht, nicht zu vergleichen. Sich auf den Erfolg beim ersten Mal zu beziehen, um vorzugeben, daß andere ebenso erreichbar sind, ist ganz einfach irrig. Würde man jemals die Bourgeoisie sehen, wie sie die Interessen der Unterdrückten einräumt oder verteidigt? Es ist absurd, sich so etwas vorzustellen, weil diese Verteidigung eben über die Eliminierung (und nicht die "*alternative*" Ausrichtung) der Bourgeoisie und ihres sozialen Systems geschieht.
Der philosophische Idealismus und der opportunistische Subjektivismus der RAF haben sie dahin geführt, zu glauben, daß die bürgerliche Macht frei sei zu tun, was sie wolle, und daß sie sogar für eine Art rationalen, überlegenen Verstand zugänglich sei. Zu ihrer Liste sozialer Forderungen erklärt die RAF, daß die Antwort, welche die Macht erbringt, zeigen wird, "*wie weit hier ein politischer raum für lösungen erkämpft werden kann*". Aber wer könnte jemals glauben, daß es interklassistische Lösungen für den Kapitalismus, seine antagonistischen Widersprüche, für den Anstieg der Ausbeutung und die durch seine Krise induzierte soziale Degradierung gibt? Die Bourgeoisie hat nicht die Wahl zwischen einer ausgleichenden Intelligenz und einer "*provozierenden und draufgängerischen*" Haltung; sie ist die herrschende Klasse im Kapitalismus, die aus der kapitalistischen Ausbeutung Profit zieht und diese verteidigt, - eine Klasse, die weder etwas anderes sein, noch außerhalb des Rahmens ihrer eigenen Gesetze handeln

kann. Wenn es eine Lösung für die Widersprüche gäbe, die den Kapitalismus unterminieren und dazu führen, daß er gestürzt wird, wenn es interklassistische Lösungen für die ökonomische Krise gäbe, glaubt die RAF nicht, daß die bürgerlichen Herrscher diese nicht längst entdeckt und angewandt hätten?
Was bleibt in dem neuen Schritt der RAF vom dialektischen materialistischen Verständnis der Geschichte, vom wissenschaftlichen, aufrichtigen Vertrauen in die revolutionäre Zukunft? Nichts, einfach nichts. Wenn man den deutschen Genossinnen und Genossen glaubt, wäre das kapitalistische System von innen her reformierbar; dazu würde ausreichen, daß die Bourgeoisie dies versteht, - und natürlich macht es nichts, wenn dies ihren eigenen Interessen entgegensteht. Die sozialen Reformen wären zu allen Zeiten erreichbar, von dem Augenblick an, in dem die Bourgeoisie die Intelligenz dafür besäße (oder muß man ihr vielleicht helfen?); der soziale Frieden wäre zu allen Zeiten erreichbar, von dem Augenblick an, in dem die Bourgeoisie den Willen dazu besäße (idem)! Schließlich faßt die RAF nun den Kapitalismus als ein Produkt der Bourgeoisie auf und nicht die Bourgeoisie als ein Produkt des Kapitalismus.
Ein spezieller Punkt verdient, gesondert behandelt zu werden. Es handelt sich um die Frage der Gefangenen und eventueller Entlassungen oder Haftverbesserungen. Wir denken, daß wir bei diesem Thema äußerst vorsichtig sein müssen. Die taktischen Manöver sind häufig komplex und können nur mittels der gesamten Kenntnis aller ihrer Verhältnisse richtig bewertet werden; auch enthalten wir uns jeglicher kategorischer Beurteilung. Trotzdem verstecken wir unsere Verwirrung nicht und wollen einige Überlegungen darlegen.
Wir denken natürlich, daß es nicht unwesentlich ist, sich um die Entlassung der Genossinnen und Genossen zu bemühen, und daß es richtig ist, daß eine kämpfende Organisation alle Möglichkeiten und Gelegenheiten zu diesem Zweck ausschöpft, also auch die Verhandlung, wenn sie glaubwürdig ist. Aber zu keinem Zeitpunkt kann dies auf Kosten des Kampfes, seiner Zukunft und seiner grundlegenden Vorhaben geschehen. Der revolutionäre Kampf verursacht zwangsläufig eine Repression: der revolutionäre Sieg wird immense Opfer erfordern, dies ist ein historisches Gesetz und sich davor vorrangig zu schützen suchen, führt zwangsläufig zur Aufgabe des Kampfes.
Der Justizminister habe Anfang des Jahres angekündigt, die Entlassung einiger sehr lang Inhaftierter oder Gefangener, deren Gesundheitszustand sich verschlechtert habe, sei in Betracht zu ziehen. In Wirklichkeit nichts Beweiskräftiges, im Gegenteil, perfider Druck auf die geweckte Hoffnung. Analysiert die RAF klar die Situation? Überschätzt sie in diesem Fall nicht ihre Kraft, ihr Gewicht? Wird sie nicht dorthin gelenkt, wohin zu lenken sie glaubt?
Daß eine bürgerliche Fraktion, die euphorisch ist, weil sie denkt, sie habe noch einmal die Grundlagen eines *"Tausendjährigen Reiches"* gelegt (diesmal heißt es *"Neue Weltordnung"*) die sich humanistischem und - publikumswirksamem! - Sanftmut gegenüber einer Handvoll erfahrener Genossinnen und Genossen hingibt, darf nicht mit einem defensiven Rückzug des Feindes verwechselt werden. Im Gegenteil! Übrigens, soviel wir wissen, ist der Minister damit beschäftigt, die Repression gegen andere Gefangene zu verschärfen (besonders dank der Kollaboration ehemaliger Militanter, heute Kollaborateure, die in der Ex-DDR festgenommen wurden). Die - verbale - Eröffnung von Kinkel, beabsichtigt sie schließlich etwas anderes, als eine noch grausamere Repression gegen diejenigen zu rechtfertigen, die ihre Ideen und ihre kämpferische Integrität behalten? Ist sie nicht eine Täuschung, um die authentischen revolutionären Kräfte zu schwächen? Ist sie nicht ein wirkungsvoller Betrug, der schon Resultate zeigt, weil man feststellt, daß er die RAF schon dahin geführt hat, ihre Sache, ihre Unabhängigkeit und ihre Waffen am Rande des Sumpfes zurückzulassen? Für vage, barmherzige Versprechungen, die schon durch eine repressive Verschärfung dementiert wurden, hat die RAF nicht gezögert, öffentlich ihr Erbe von zwanzig Jahren des Kampfes zu liquidieren.
Wir werden jetzt schließen. Wir hoffen, daß der Brief vom 10. April nicht die Gedanken aller deutschen Genossinnen und Genossen und besonders der Gefangenen wiedergibt, die sicher nicht erfreut darüber sind, daß man dem Preis, den sie zahlen, die Negation ihres politischen Engagements und die Liquidierung ihrer Organisation hinzufügt. Der Weg der RAF ist seit ihren Ursprüngen so gewunden, daß es schwierig ist, den Gedanken zu akzeptieren, daß alle mit jeder einzelnen seiner politischen Windungen direkt verbunden waren. Wir hoffen, daß - ist die Rauchwolke einer konfusen Formulierung einmal aufgelöst - die Genossinnen und Genossen der RAF Kenntnis von der subjektivistischen und opportunistischen Natur der Positionen nehmen werden, die sie in ihrem Dokument vom April vorgebracht haben; daß sie es als einen Fehler auf ihrem Weg ansehen, es als null und nichtig betrachten und schließlich die realen Probleme meistern werden, die sich ihrer Organisation und der deutschen revolutionären Bewegung stellen. Und dies auf einer wirklich revolutionären Grundlage, die den selbstkritischen Verstand verbindet mit dem Willen, den Reichtum der Internationalen Kommunistischen Bewegung, der im Marxismus-Leninismus zusammengefaßt ist, in seinem Wert zu erkennen und zur Geltung zu bringen.
Anfang der 7Oer Jahre hat die RAF im Wiederaufbau der europäischen revolutionären Bewegung eine unschätzbare und unersetzbare Rolle gespielt. Auch wenn zum Ende dieser Jahre immer schwerere Fehler gemacht wurden, vergessen wir niemals, wie viel wir ihr schulden, ihr und ihren heldenhaften Gründerinnen und Gründern, die auf Befehl desjenigen Staates massakriert wurden, mit dem zusammenzuarbeiten der Brief vom 10. April einlädt ... Wir haben genug Vertrauen in die Dynamik der deutschen revolutionären Bewegung, um eine energische Reaktion gegen diese verheerende und nicht zu rechtfertigende Erklärung abzuwarten, gegen den Prozeß der politischen und ideologischen Abweichung, dem sie die Krone aufsetzt und hoffen, daß die Militanten der RAF ihren alten und ruhmvollen Platz in den ersten Rängen der europäischen revolutionären Bewegung wieder einnehmen können.

Für die Einreihung der Roten Armee Fraktion in die Erfahrung der Internationalen Kommunistischen Bewegung, die im Marxismus-Leninismus zusammengefaßt ist!

Ehrenvolle Erinnerung an die Genossinnen und Genossen, die im Kampf und in den Gefängnissen getötet wurden!

Ehrenvolle Erinnerung an die Genossen vom Kommando Martyr Halymeh, die in Mogadischu getötet wurden!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

17. Oktober 1992

Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker

"...sag mal, wo leben wir denn?"

Briefe zur April-Erklärung der RAF

Mit dem Folgenden wollen wir einige grundsätzliche Überlegungen in die Auseinandersetzung um die Erklärung der Genossen und Genossinnen aus der RAF vom 10.4.92 einbringen.
Wir stehen dabei vor dem Widerspruch, daß es uns einerseits unter den Nägeln brennt, so schnell wie möglich Stellung zu beziehen, daß aber andererseits die eigentlich nötige Ausführlichkeit und Genauigkeit einer solchen Stellungnahme eine intensive Arbeit erfordert, die wir in der notwendigen Schnelligkeit gar nicht leisten können. Zumal wir immer noch in verschiedenen Knästen hocken und all unsere Diskussionen nur mühsam schriftlich führen können.
Weil wir jetzt aber auf keinen Fall den viel zu oft gemachten Fehler wiederholen wollen, aus diesem Dilemma heraus zu spät oder gar nicht zu reagieren, haben wir beschlossen, zwei Briefe aus der Diskussion mit unseren Genossen und GenossInnen draußen zu veröffentlichen. Das kann natürlich nur der Anfang sein.

Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen, Michael Dietiker
Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand
Butzbach/Schwalmstadt, Mai 92

liebe....,
nun also mal zum zur zeit alles dominierenden thema. weißt du, was mir selbst beim ersten und nun wirklich noch flüchtigen lesen des briefes vom 10.4. sofort wie `ne heiße nadel unter die haut ging, das war diese oberflächliche, sich selbst und damit auch seine eigene geschichte nicht ernst nehmende und (nun, ich sag mal) lieblose art, in der dieser brief so runtergeschrieben worden ist. daß an dieser in jeder hinsicht ja wirklich sehr wichtigen erklärung richtig intensiv gearbeitet worden ist, sie darüber tage, wochen und .... diskutiert, überlegt, diskutiert ... haben, einmal bevor sie sich ans schreiben machten und dann noch einmal bevor sie den text dann wirklich abgeschickt haben, das vermittelt dieser brief eigentlich in keiner zeile. mir zumindest nicht. auch das jetzt nachgeschobene "ps" vom 14.4. macht das m.M.n. deutlich, ist letztendlich aber praktisch nur noch sowas wie das pünktchen auf dem i. da ich nicht weiß, ob es dir in dieser hinsicht ebenso geht, will ich dir an zwei kurzen und m.M.n. symptomatischen briefpassagen versuchen deutlich zu machen, was ich damit meine.
"uns ist klar geworden .... und dass es so nicht weitergeht, dass wir als guerilla alle entscheidungen allein treffen und die anderen sich an uns orientieren. wir haben das zwar oft anders formuliert, aber die realität war so." - steht auf seite 2 ihres briefes.
"wir, die raf, haben seit 89 angefangen, verstärkt darüber nachzudenken, und zu reden, dass es für uns wie für alle, die in der brd eine geschichte im widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. wir haben überlegt, dass es darum geht, neue bestimmungen...." - schreiben sie auf seite 1 des gleichen briefes.
auf der einen seite zu sagen, es geht nicht, daß wir alle entscheidungen allein treffen, sich alle an uns orientieren, auf der anderen seite ohne vorherige breite diskussion gleich für alle, die in der brd eine geschichte im widerstand haben, nicht nur nachzudenken, sondern auch entscheiden zu wollen, ob es so weitergeht oder nicht, das ist einfach nur noch grotesk. leider ist der brief aber nicht nur das!
wie du dir sicher vorstellen kannst, in den vergangenen 2 wochen habe ich die letzten 8 oder 10 jahre noch ein weiteres mal sehr gründlich für mich revue passieren lassen und ich kann mich auch danach nur nochmal wiederholen: dieser text ist so etwas wie der logische und auch beinah zwangsläufige schlußpunkt einer langjährigen fehlentwicklung; einer sehr oft problematisierten und auch ausführlich kritisierten fehlentwicklung. und offensichtlich wird jetzt noch ein weiteres mal, daß die verfasser/innen des briefes sich mit der kritik an ihnen, an ihrer analyse und praxis nie ernsthaft auseinandergesetzt haben.
kurz vorab, damit da keine missverständnisse aufkommen können: ihre entscheidung, die eskalation zurückzunehmen, die ist natürlich richtig, zu kritisieren ist dabei nur, daß sie sich in ihrer erklärung nicht mit der entwicklung hin zu ihrer weitgehenden reduktion auf "gezielt tödliche aktionen" auseinandersetzen; mit einer entwicklung, in der sie angriffe, die nur in besonderen ausnahmefällen legitimiert sein können, zu etwas beinah normalen verkommen ließen. denn die dieser entwicklung zugrunde liegende art und weise, in der sie die realität und machtstrukturen in der imperialistischen gesellschaft wahrnahmen und "analysierten", wiederholen sie jetzt nur noch ein weiteres mal, indem sie völlig unreflektiert ins gegenteil verfallen:
"justizminister kinkel hat mit seiner ankündigung im januar, einige haftunfähige gefangene und einige von denen, die am längsten im knast sind, freizulassen, das erste mal von staatlicher seite offen gemacht, dass es fraktionen im apparat gibt, die begriffen haben, dass sie widerstand und gesellschaftliche widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen mitteln in den griff kriegen. gegen die gefangenen haben sie seit 20 jahren auf vernichtung gesetzt. die kinkel-ankündigung wirft die frage auf, ob der staat dazu bereit ist, aus dem ausmerz-verhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes leben kämpfen, die sich nicht der macht des geldes beugen, die eigene interessen und ziele entgegen dem profitinteressen formulieren und umsetzen, also ob er raum für politische lösungen zuläßt (und wenn auch vertreter aus der wirtschaft dahingehend druck auf die regierung machen, kann das nur gut sein)."
wer sowas denkt und schreibt, der hat sich von der dringend notwendigen rekonstruktion revolutionärer politik verabschiedet, der sucht zuflucht im reformismus.
aber weißt du, beinah ist das ja sogar ein wenig verständlich. genossen/innen, die jahrelang falsche und völlig unbegründet euphorische "analysen" zum ausgangspunkt ihres kampfes machten, die den imperialismus in politische agonie verfallen sahen, die interventionsmöglichkeiten des staates/des kapitals für beendet wähnten und von "entscheidungschlacht" redeten, die müssen natürlich im momentanen siegeszug des imperialismus verzweifeln, ihre zuflucht im reformismus suchen ---- zumindest müssen sie das solange, wie sie sich nicht auf eine kritische aufarbeitung der letzten jahre einlassen, sie nicht in den vordergrund ihrer anstrengungen stellen. aber nein, sie haben sich auch jetzt nicht verändert, d.h. ihre art "politik" machen zu wollen ist die gleiche wie vor 6, 7 oder 8 jahren geblieben. unter dem druck der globalen entwicklung haben sich nur die ergebnisse verändert. und korrespondierend zur analyse und praxis aus den letzten jahren ist letztendlich daher auch der gesamte brief vom 10.4. verfasst worden. mensch muß sich das mal vor augen halten: statt zu realisieren, daß kinkel erkannt hat, daß die weitere von der politik eingeklagte inhaftierung von günter, bernd und z.b. auch irmgard (20 jahre...) kontraproduktiv zu werden droht und ein ständiger nicht zu kalkulierender mobilisierungsfaktor ist, und er deswegen eine völlig unverbindliche pontius-pilatus-initiative startete (und wie zu erwarten war, plötzlich erinnern sich diese herren wieder an die unabhängigkeit der staatsschutzsenate der oberlandesgerichte), da erkennen die illegalen darin eine ent-

wicklung, in der sich politische lösungen nicht nur für uns politische gefangenen abzeichnen, sondern gleich auch für alle, *"die für ein selbstbestimmtes leben kämpfen, die sich nicht der macht des geldes beugen, die eigene interessen und ziele entgegen den profitinteressen formulieren und umsetzen"* und das kapital macht gleich auch noch dahingehend druck.... sag mal, wo leben wir denn?
nun ich laß das für heute erstmal so stehen und setz mich jetzt nicht auch noch mit dem restlichen brief auseinander. grundsätzlich werden wir aber daran nicht vorbeikommen.
zum abschluß noch ein zitat aus dem beschluß des olg (der 2/3 ablehnung):
"der senat hat davon abgesehen, eine sperrfrist gemäß § 57 abs. 6 STGB für die stellung eines erneuten antrags festzusetzen. im hinblick auf die dem senat nach dem anhörungstermin bekannt gewordene, der raf zugeschriebene erklärung vom 10.4.1992, in der auch der verurteilte namentlich erwähnt worden ist, kann nicht ausgeschlossen werden, daß der verurteilte sich in naher zukunft den dort angekündigten gewaltverzicht zu eigen macht und damit eine neue beurteilungsgrundlage schafft."

lieber....,
was du von der atmosphäre der letzten zeit schreibst, diese mischung aus unsicherheit wie was gemeint ist, und unverständnis kann ich mir gut vorstellen --- leider. daß es in einer situation wie heute keine "fertigen antworten" gibt, ist klar (die gibt es in wirklichkeit nie), aber das problem ist, daß zu den ganzen brennenden fragen scheinbar nirgendwo wenigsten klare grundhaltungen formuliert werden, die den jeweiligen einschätzungen zugrunde liegen. dabei ist auch das jetzt von existentieller bedeutung. ich kann dazu nur sagen, wie wir das sehen.
das in kinkels "versöhnungs-offensive" (treffender begriff, hab ich aus einem radio-kommentar) drinstecken würde, uns als *politische gegner* anzuerkennen, denken wir überhaupt nicht. im gegenteil: kinkels eigene interpretation seines schlagworts macht deutlich: er hat "versöhnung" damit erklärt, daß sich schließlich auch die juden mit den deutschen versöhnt hätten! wohlgemerkt, in dem bild sind raf, widerstand und gefangene die nazis und bundesregierung und kapital sind "die juden". was da drinsteckt, ist also, uns mit dem terror der nazis gleichzusetzen, sich als unschuldiges opfer zu gerieren und uns aus der real überlegenen machtposition heraus "anzubieten", wir dürften uns schämen, "entterrorifizieren" und reumütig bessern.
natürlich muß es trotzdem darum gehen, dieses veränderte staatliche kalkül zu nutzen für die durchsetzung von zusammenlegung und freilassung. aber voraussetzung dafür ist, daß wir ihrem kalkül mit einer klaren und offensiven grundposition gegenübertreten, die erklärung vom 10.4. hat da genau gegenteilig gewirkt: seither steht auch bei den staatlich gewollten vorzeige-entlassungen das "abschwören von der gewalt" noch viel betonter im vordergrund. wir halten es in der situation für notwendig, ein paar (eigentlich:) selbstverständlichkeiten deutlich und offensiv zu formulieren. zum beispiel einfach mal klar festzustellen, daß es eine "gewaltfrage" im sinne von "ja oder nein" überhaupt nicht gibt. es gibt lediglich die frage nach dem ziel. was ich damit meine ist, daß der staat den gewaltverzicht ja nicht aus pazifismus fordert, sondern im gegenteil die anerkennung seines gewaltmonopols -- sprich, der staat ist der einzige, der gewalt anwenden darf. was sonst ist denn golfkrieg, autobahnbau, wohnungsnot, wozu dient militär, bullen-, justiz- und knastapparat, wenn nicht zur gezielten ausübung von gewalt? oder anders: zum staatlichen gewaltverständnis der brd gehört die feier des 20. juli, also eines bewaffneten attentats gegen einen staatschef. der gewaltfrage muß also entgegengehalten werden, daß es erstmal nicht um gewalt an sich geht, sondern darum, mit welchem ziel welche gewalt angewandt wird. und daraus ergeben sich erst die kriterien. ganz plump gesagt, die herrschenden setzen zur verteidigung ihrer ausbeutungsinteressen unterdrückerische gewalt ein, und dagegen richtet sich der revolutionäre kampf. so kommts dann vom kopf auf die füße. ein ende von gewalt setzt also die abschaffung der herrschenden verhältnisse voraus.
natürlich ist das so arg simpel ausgedrückt. dazu ist in jeder hinsicht noch sehr viel mehr zu sagen, aber es bleibt trotzdem die grundlage. und so wäre es möglich eine position zu formulieren, die die staatliche abschwör-forderung als entlassungsbedingung zurückweist.
statt aber von der grundlage aus zu argumentieren, bleibt die erklärung vom 10.4. auf eine ganz verheerende weise in genau diesen fragen unklar und widersprüchlich. einerseits wird das scheitern einer bestimmten politik festgestellt und die hoffnung auf eine einsichtige, zu "politischen lösungen" bereite staatliche politik ausgedrückt, andererseits wird die unversöhnlichkeit der ziele betont ("von allein werden sie an keinem punkt zurückweichen"). zu der deshalb notwendigen eigenen stärke wird aber nichts weiter gesagt, als die drohung, dann die politik fortzusetzen, deren scheitern zuerst festgestellt worden war.
das ist unserer meinung nach aber kein zufall und auch kein einzelner fehler. es ist auch nicht nur absurd, sondern ist ausdruck von unklarheiten und fehlern, die schon ziemlich lange die antiimperialistische politik (nicht nur der raf) kennzeichnen. ich kann das auf die schnelle hier nur stichwortartig anreißen, aber es ist einfach existentiell notwendig, diese auseinandersetzung endlich zu führen, wenn wir die probleme jemals knacken wollen.
und damit ist auch schon der erste punkt benannt, nämlich die fehlende bereitschaft zur kritischen und selbstkritischen diskussion der jeweiligen politischen bestimmung und politischen praxis. die obigen "selbstverständlichkeiten" zur frage der gewalt heißen ja nichts anderes, als daß revolutionäre praxis dem ziel entsprechen muß, daß das revolutionäre gewalt nie was selbstverständliches werden kann, daß sie ein höchstmaß an verantwortlichkeit verlangt. wie weit eine praxis, die sich immer mehr auf "gezielt tödliche aktionen" gegen einzelne repräsentanten beschränkt, diesen anforderungen entspricht, also im grund die erste frage nach selbstreflektion für revolutionäre politik überhaupt, war beinah in der gesamten antiimperialistischen linken zumindest in den letzten 10 jahren kein thema. fast alle kritik und beinah alle versuche, solche auseinandersetzungen anzugehen, sind im plumpen Pro-Contra-Schema erstickt worden, zwischen zustimmung und "counter" gabs für kritische weiterentwicklung kaum platz. darin hat sich eine im grund zutiefst unkritische, unrevolutionäre denkweise etabliert, die aus allem nur die elemente herauszupft, die die "an sich" gut und richtig sind oder sonst gerade in den kram passen. und das, was ursprünglich "nur" gegen kritik immunisiert hat, führt jetzt dazu, selbst mit staatlichen angriffen wie der kinkel-initiative genauso umzugehen. so stehen dann plötzlich hoffnungen auf den staatlichen willen zur "politischen lösung" unvermittelt und unvereinbar neben dem wissen um die unversöhnlichkeit der ziele. auf genau derselben ebene lief seit langem die auseinandersetzung mit revolutionärer gewalt. die kritik an der konkreten bestimmung einzelner aktionen wurde sofort zur grundsatzfrage gemacht: wer kritisiert, stelle den bewaffneten kampf in frage. vom notwendigen und in seiner bestimmung ständig genau zu reflektierenden kampfmittel wurde der bewaffnete kampf so zur gesinnungsfrage; und die ebene der "gezielt tödlichen aktionen" zur bestimmung revolutionärer politik schlechthin. und deshalb kriegt jetzt auch die "an sich" ja völlig richtige entscheidung, eine ganz spezifische ebene von praxis so nicht mehr

fortzusetzen, diesen unklaren und schwer faßlichen beigeschmack von "beendigung".
aber in der erklärung vom 10.4. fehlt ja nicht nur ein versuch der analyse der eigenen entwicklung. ja es nicht mal die frage danach aufgeworfen, vielmehr wird als grund für die veränderung an erster stelle der zusammenbruch des realsozialismus genannt!
durch den zusammenbruch des realsozialismus hat sich natürlich die gesamte internationale lage völlig verändert, und natürlich bedeutet das für die nationalen befreiungsbewegungen einen harten schlag und ganz veränderte strategische aussichten. auch die gesellschaftlichen widersprüche in der brd sind durch den ddr-anschluß massiven veränderungen ausgesetzt. und sicher muß die kinkel-initiative auch vor dem hintergrund gesehen werden, daß die herrschenden sich jetzt auf neue, in ihrem ausmaß noch ganz unvorhersehbare probleme einstellen und sich deshalb ein paar unfunktional gewordene "altlasten" vom hals schaffen wollen. aber mit den fragen an die bestimmung revolutionärer politik hier und an die rolle des bewaffneten kampfs hat das ziemlich wenig zu tun. die fragen stellen sich auch nicht erst seit 1989.
natürlich ist die politik der raf von anfang an internationalistisch bestimmt. im zusammenhang mit dem weltweiten kampf der befreiungsbewegungen anfang der 70er jahre. die sowjetunion / der realsozialismus hat darin aber allenfalls eine mittelbare rolle gespielt, als zwar strategischer aber insgesamt trotzdem passiver faktor im internationalen kräfteverhältnis. dieser internationalistische hintergrund war zudem nur ein teil. der andere teil war die situation in der brd, die davon gekennzeichnet war, daß eine breite protestbewegung immer deutlicher an ihre grenzen stieß und für die weiterführung der globalen antiimperialistischen offensive eine überwindung dieser grenzen (gerade) auch in den metropolen notwendig wurde. durch den zerfall und die integration der 68er-bewegung hat dann erstmal zwangsläufig die internationalistische bestimmung eine ganz besondere rolle für die revolutionäre linke in der brd eingenommen. aber spätestens in den 80er jahren wurde das zur vereinseitigung insofern, als sich die politische analyse immer mehr auf die untersuchung und bewertung der imperialistischen planspiele und strategien reduziert hat, die entwicklung in der brd einzig aus diesen blickwinkel wahrgenommen wurde. und die veränderung gegenüber den anfänglichen bestimmungen wurde vielleicht überhaupt nicht mehr realisiert, ganz sicher aber wurde sie nicht mehr diskutiert, sondern sie wurde als quasi gradlinige fortentwicklung unterstellt. und jetzt schlägt das ganz einfach um bzw. setzt sich mit umgekehrten vorzeichen fort. an die stelle der imperialismusstrategie-analysen treten die innergesellschaftlichen widersprüche, genauso vereinseitigt und auch ohne darin die entwicklung der eigenen praxis und die veränderungen der eigenen bestimmung zu untersuchen.
klar ist nur eins: auf die art werden auch noch die letzten grundlagen revolutionärer politik verlorengehen.
ich laß es mal bei diesen kurzen und sehr stichwortartigen bemerkungen. aber es macht vielleicht schon mal deutlich, wo wir die eckpunkte für die genauere auseinandersetzung jetzt und für die aufarbeitung der geschichte sehen - als unbedingt notwendige voraussetzung, wenn wir uns unsere politische geschichte nicht rauben lassen und der rekonstruktion revolutionärer politik und geschichte arbeiten wollen.

Michi Dietiker / Ali Jansen (von 1970 - 81 Gefangener aus der RAF) / Bernhard Rosenkötter - Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand

Über das Schleifen von Messerrücken

"Es gibt keine völlig neue Arbeit, am wenigsten als revolutionäre; die alte wird nur klarer weitergeführt, zum Gelingen gebracht. Die älteren Wege und Formen werden nicht ungestraft vernachlässigt, wie sich gezeigt hat."
(Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit, Ffm 1985, S. 146)
Die Weiterentwicklung revolutionärer Politik verlangt eine nüchterne Einschätzung der Lage und die genaue Analyse der Entwicklung, die ihr zugrunde liegt. Das gilt grundsätzlich und jederzeit.
Die nüchterne Einschätzung für den antiimperialistischen Kampf in der BRD heißt augenblicklich Niederlage - das haben wir mit allen Teilen der Linken, nicht nur der revolutionären gemein.
Es geht bei dieser Feststellung nicht um das Schaffen von Nestwärme dadurch, daß wir quer durch die Fraktionen bei der gesellschaftlichen Einsamkeit wenigstens die Niederlage gemeinsam haben. Es geht dabei erst recht nicht um die Konsumentenhaltung, bei nicht zufriedener Leistung die eigene Praxis und Geschichte einfach wegzuschmeißen und nach etwas prickelnd Neuem zu suchen.
Es geht auch nicht einfach um Fehlersuche. Denn das wirkliche Begreifen von Fehlern und das produktive Lernen daraus setzt das Wissen darum voraus, was wann warum und wie gelaufen ist. Das Ziel der Auseinandersetzung liegt darin, die richtigen und weiterzuentwickelnden Momente herauszufinden, die Gründe zu erkennen, aus denen sie sich nicht entfalten konnten (hier geht es dann auch um die vermeidbaren Fehler), und aus dieser Erkenntnis ihre aktuelle Bedeutung zu bestimmen. Erst so wird sie nützlich für die Rekonstruktion revolutionärer Politik - und dieses Interesse ist schließlich die Grundlage der gemeinsamen linken Diskussion!?!
Die gegenseitige Versicherung über dieses Ziel sollte erlauben, von dem kurzfristigen Klammern an nachträgliche Selbstvergewisserungen abzulassen - eine Haltung, deren Wiederholung Georg Fülberth in *"nachgerade klassischer Weise"* bei Thomas Ebermann entdeckt: *"Ich weigere mich ja zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche einen Blick auf unsere Biographie und Geschichte zu behalten, der*

noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen" (Ebermann, konkret 6/92).
Unter der Überschrift "Auf des Messers Rücken" schreibt Fülberth (konkret 8/92): "*Es ist zu prüfen, ob das stimmt, und dabei sollte man vielleicht bis 1917 zurückgehen. ... Was wie das Ende des Kapitalismus aussah, war nur seine - zugegeben: konvulsivische - Umgruppierung ... Auf des Messers Schneide aber - dies wissen wir erst im Nachhinein - stand dabei nicht.*"
Diese Einschätzung ist zweifellos richtig. Fraglich ist aber, welche Schlußfolgerung zu ziehen ist. Bei Fülberth ist es die Richtigkeit der "*prinzipiellen Opposition gegenüber einem System, dessen möglicher Sieg nicht seine moralische Rechtfertigung bedeutete. ... Es handelt sich um eine Frage der Wertung, welche einer gleichsam wissenschaftlichen Sortierung in Falsch und Richtig nicht zugänglich ist. Fehlerhaft war die Einschätzung des Kräfteverhältnisses, doch auch eine andere Prognose hätte an der Stellungnahme von Linken nichts geändert.*" (ebd.).
So lassen sich immerhin schon einmal erreichte Kriterien dafür retten, was falsch ist an einer ausschließlichen Konzentration auf den "sozialen Prozeß" in der Metropolengesellschaft und auf die Suche nach "politischen Lösungen von unten".
Das kann aber nicht genügen, ebensowenig wie die Feststellung von Karl-Heinz Dellwo, daß es "*eine historische und moralische Legitimation (gibt), hier in dieser Gesellschaft den bewaffneten Kampf geführt zu haben*" (konkret 6/92). *Die* Richtigkeit der Stellungnahme und *die* Legitimität der politischen Praxis sind nur die Voraussetzungen für die wesentliche Frage: die Frage danach, was an der konkreten Praxis nicht nur legitim, sondern politisch richtig war, und was heute politisch richtig ist!

I

Am Ende des Celler Interviews läßt sich Thomas Ebermann zu dem Ausruf hinreißen: "*Die Bereitschaft zur Konsequenz muß unbedingt verteidigt werden gegen die Propaganda, daß der Erfolg das alleinige Kriterium für politisches Handeln sei*" (konkret 6/92). Nachdem er kurz zuvor die kollektive Haltung von uns Gefangenen gegenüber dem staatliche geforderten Abschwör-Ritual als "*untaktisch*" qualifiziert hat, bleibt offen, was daran Selbstkritik ist und was Tribut an vermeintliches Märtyrertum. Richtig ist jedenfalls, daß der Erfolg keineswegs das einzige Kriterium für politische Praxis ist.
Das von Fülberth für alle Teile der Linken festgestellte Fehlen einer Gesamtstrategie heißt nicht, daß das Pochen auf richtige Elemente nur ein Klammern an Einzelstücke als Erkennungswimpel sein muß.
Zumindest in den letzten 25 Jahren hat keine Gruppen der Linken hier auf der Grundlage einer umfassenden Gesamtstrategie operiert, es gab überall nur mehr oder weniger fundierte Analysen, vorrangige Kriterien, darauf aufbauende Einschätzungen und Haltungen. Die Option auf die organisierte Arbeiterbewegung oder auf grüne Reformpolitik beruhte kaum auf einer Gesamtstrategie, die diesen Namen verdient hätte. Der bewaffnete Kampf und der antiimperialistische Widerstand waren die Konsequenz aus bestimmten Erfahrungen und Einsichten, waren als notwendig erkannter Vorstoß und Versuch der Eroberung von neuem Terrain unter den veränderten Bedingungen der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft - auf einer Grundlage, die ursprünglich sehr vielmehr umfaßt hat als den weltweiten Kampf der Befreiungsbewegungen.
Was es bedeutet, unseren heutigen Standort auf dem Messerrücken festzustellen, ist eine geschichtsphilosophische Frage: Ihre Beantwortung hängt davon ab, welche Entwicklungsgesetzlichkeiten das Umdrehen des Messers bewirken könnte. Wollen wir uns der Ungewißheit dieser Frage nicht ausliefern, geht es darum herauszufinden, welche Elemente der eigenen Geschichte wir zur Bearbeitung des Messerrückens scharf machen können - und da gibt es sicherlich mehr als die "Bereitschaft zur Konsequenz", die "historische und moralische Legitimation" und die grundsätzliche Richtigkeit der Parteinahme.
Voraussetzung dafür ist allerdings die etwas genauere Kenntnis unserer Geschichte. Bisher kommt sie in der Auseinandersetzung, wenn überhaupt, nur merkwürdig schemenhaft und eingeebnet vor.
Auch der Begriff der Niederlage hatte mal einen weniger tabuisierten Klang: "*die subjektive seite der dialektik von revolution und konterrevolution: das entscheidende ist, dass man zu lernen versteht. durch den kampf für den kampf. aus den siegen, aber mehr noch aus den fehlern, aus den flipps, aus den niederlagen, das ist ein gesetz des marxismus. kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum endgültigen sieg. das ist die logik des volkes,*" schrieb Holger Meins 1974 in einem Brief aus dem Knast.
Ein solches Verständnis braucht nicht den Glauben an eine Situation auf Messers Schneide. Es steht dazu sogar in einem gewissen Widerspruch, denn es geht aus von einem zähen, langandauernden, schwierigen Kampf, in dem auch jeder wirkliche Fortschritt mit Rückschritten und Niederlagen verbunden ist. Tatsächlich waren die Gründe für den Aufbau der Roten Armee Fraktion auch wesentlich andere: Die politische Bestimmung für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes und für die Organisierung der Illegalität war in erster Linie aus den Bedingungen in der BRD und West-Berlin entwickelt.
Die Vorstellung von einer auf Messers Schneide stehenden "*instabilität des imperialisischen systems*" wurde von der RAF erst 1982 im sogenannten Mai-Papier zu einer grundlegenden und strategiebestimmenden Einschätzung erklärt - ohne dort allerdings die Unterschiede und Widersprüche zu den anfänglichen Einschätzungen und Bestimmungen zu thematisieren. Daß solche späteren Verschiebungen heute als immer schon bestehende Grundlagen erscheinen können, zeigt daß unsere Geschichte auch eine Geschichte der nicht geführten und verhinderten Diskussionen ist. Wenn wir uns also unsere "politische geschichte nicht rauben lassen wollen", heißt das auch, sie uns gegen die selbstverschuldeten Einebnungen zurückzuerobern.

II

Um das anfängliche Selbstverständnis der RAF zu skizzieren (und von da aus die späteren Veränderungen und Verschiebungen anzudeuten), müssen wir zunächst ein wenig ausholen. Selbstverständlich waren die weltweiten Kämpfe der Befreiungsbewegungen von Anfang an der Hintergrund für den Kampf in der Metropole. Im "Konzept Stadtguerilla" schreibt die RAF 1971 zu ihrem Selbstverständnis: "*Der sozialistische Teil der Studentenbewegung nahm, trotz theoretischer Ungenauigkeit - sein Selbstbewußtsein aus der richtigen Erkenntnis, daß die revolutionäre Initiative im Westen auf die Krise des globalen Gleichgewichts und auf das Heranreifen neuer Kräfte in allen Ländern vertrauen kann.*"
Das war der Hintergrund, vor dem sich damals die gesamte Linke weltweit bewegte. Aber die konkrete Bestimmung ihrer Politik entwickelte die RAF aus der Situation hier: "*Die Rote Armee Fraktion leugnet... ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbewegung nicht, die den Marxismus-Leninismus als Waffe im Klassenkampf rekonstruiert und den internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen hergestellt hat. ... Was Stadtguerilla machen kann, hat die Studetenbewegung teil-*

weise schon gewußt. Sie kann die Agitation und Propaganda, worauf linke Arbeit schon reduziert ist, konkret machen. Das kann man sich für die Springerkampagne von damals vorstellen und für die Cabora Bassa Kampagne der Heidelberger Studenten, für die Hausbesetzungen in Frankfurt..." (Konzept Stadtguerilla).

Es war also nicht die internationale Situation, sondern in erster Linie die Entwicklung der Studentenbewegung und der Apo, die den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung setzte. Im sogenannten Organisationsreferat des SDS von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl hieß es schon 1967: "*Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der organisierten Einzelkämpfer in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseins-Prozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch sichtbare irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewissheit werden kann. Die 'Propaganda der Schüsse' (Che) in der 'Dritten Welt' muß durch die 'Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerillatätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen.*"

Die Studentenbewegung selbst war aber nicht in der Lage, diese Vorstellungen auch wirklich umzusetzen. "*Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentisch-kleinbürgerliche Organisationsform, das 'Antiautoritäre Lager' sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene Praxis zu entwickeln, ihre Spontaneität weder einfach in die Betriebe zu verlängern war noch in eine funktionsfähige Stadtguerilla, noch in eine sozialistische Massenorganisation*" (Konzept Stadtguerilla).

In dieser Situation mußte es darum gehen, den bereits zum Vorschein gekommenen richtigen Kern aufzugreifen und ihn in einer anderen Form weiterzuentwickeln. "*Die Linken wußten damals, daß es richtig sein würde, sozialistische Propaganda im Betrieb mit der tatsächlichen Verhinderung der Auslieferung der Bild-Zeitung zu verbinden. Daß es richtig wäre, die Propaganda bei den GIs, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, mit tatsächlichen Angriffen auf Militärflugzeuge für Vietnam zu verbinden, die Bundeswehrkampagne mit tatsächlichen Angriffen auf Nato-Flughäfen...*" "*Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören*" (ebd.).

Für diese Aufgabe aber war die illegale Organisierung notwendig - auch als Konsequenz aus den Erfahrungen der Bewegungen in anderen Metropolenstaaten. "*Das Schicksal der Black Panther Partei und das Schicksal der Gauche Proletarienne dürfte auf jener Fehleinschätzung basieren, ... (die) nicht realisiert, daß sich die Bedingungen der Legalität durch aktiven Widerstand notwendigerweise verändern und daß es deshalb notwendig ist, die Legalität gleichzeitig für den politischen Kampf und für die Organisierung von Illegalität auszunutzen und daß es falsch ist, auf die Illegalisierung durch das System als Schicksalsschlag zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist und das dann die Rechnung ist, die aufgeht*" (ebd.).

Das hieß jedoch nicht, daß nur die Illegalität das "echte" Kampfterrain wäre: "*Wir sagen nicht, daß die Organisierung illegal bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte. Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Fortschritt und Erfolg des anderen ist*" (ebd.).

Die Stadtguerilla sollte als Fraktion der Bewegung fungieren; als diejenige Fraktion, die im Zusammenwirken mit anderen Fraktionen der Bewegung die Organisierung des bewaffneten Kampfes und den Aufbau der Roten Armee vorantreibt - als Rote Armee Fraktion. "*Unser ursprüngliches Konzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozeß mit beeinfußt, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht. Daß die Kontrolle, die die politische Polizei über diese Gruppen hat, ihre Treffen, ihre Termine, ihre Diskussionsinhalte, schon jetzt so weit reicht, daß man dort nicht sein kann, wenn man auch noch unkontrolliert sein will. Daß der Einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann*" (ebd.).

Das war die Situation 1970/71. Die Studentenbewegung war an eine Grenze gestoßen, und es ging darum, durch Transformation der bereits angelegten richtigen Momente diese Grenzen zu überwinden.

III

Die Genossinnen und Genossen, die nur wenige Jahre später in die Illegalität gegangen sind, machten diesen Schritt bereits aus einer sehr veränderten Situation. "Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst - politisches Subjekt, das zum Angriff kommt", sagt Karl-Heinz Dellwo im konkret-Interview - der Unterschied zu den im "Konzept Stadtguerilla" formulierten Bestimmungen ist offensichtlich. Die politischen Bedingungen hatten sich stark verändert. Apo und Studentenbewegung hatten den Sprung über ihre Grenzen nicht geschafft. Was 70/71 noch an gemeinsamer Bewegung vorhanden war, hatte sich aufgelöst in K-Gruppen und reformistische Integration. Der Entschluß zum Aufbau der Stadtguerilla war auch eine Antwort auf diese schon absehbare Tendenz, die in selbstverschuldete Bedeutungslosigkeit führen mußte, "*wenn die Avantgarde selbst die Frage nicht beantwortet, wie die politische Macht des Proletariats zu erlangen, wie die Macht der Bourgeoisie zu brechen ist, und durch keine Praxis darauf vorbereitet ist, sie zu beantworten*" (Konzept Stadtguerilla).

Es war die richtige Antwort in dieser Situation, obwohl auch die bewaffnet kämpfenden Gruppen den Zerfall der Bewegung letztlich nicht aufhalten konnten. Gleichzeitig und durch diese Entwicklung begünstigt, nahm die staatliche Repression massiv zu und konzentrierte sich zwangsläufig auf die im Vergleich zu den "Bewegungszeiten" leichter überschaubaren revolutionären Kräfte. Statt des Kampfes als Fraktion mußte es ohne die Bewegung nun darum gehen, die begonnene Organisierung der Illegalität alleine voranzutreiben; die Genossinnen und Genossen, die den Schritt in die Illegalität mit all seinen Konsequenzen gemacht hatten und die, die in den Knästen saßen, nicht einfach im Stich zu lassen und das neu eroberte Terrain der Illegalität für künftige Mobilisierungen zu halten.

Natürlich hat sich in dieser Situation auch das Selbstverständnis der RAF verändert. Angesichts des Zerfalls der Apo und der damit wesentlichen Bezugspunkt innerhalb der Metropolengesellschaft trat der internationalistische Bezugspunkt stärker in den Vordergrund. Gleichzeitig verschob sich auch das Verhältnis zum Staat: Von der im Rahmen einer breiten politischen Mobilisierung bestimmten bewaffneten Aktion zur direkten Konfrontation, die sowohl durch verschärfte Repression und die Verfolgung draußen bedingt war als auch durch die ganz kon-

krete Notwendigkeit, die Gefangenen aus den Knästen zu holen. Eine Notwendigkeit, die über ihre Selbstverständlichkeit hinaus auch den Grund hatte, die Gefangenen vor der Folter und Vernichtung im Knast zu schützen.
Es ist nicht das anfängliche Selbstverständnis der RAF, aber in der Situation in den Jahren nach 1972, die Karl-Heinz Dellwo im Interview beschreibt: "Wir haben zurückgeschossen, das Verhältnis, das sie nach unten haben, umgedreht und auf sie selbst gerichtet."
Durch das staatliche Vernichtungsprogramm gegen die Gefangenen rückte das Ziel der Gefangenenbefreiung zunehmend in den Mittelpunkt. Damit veränderte sich aber auch die Bedeutung der "Machtfrage".
Der Staat behandelte die Gefangenen als Geiseln (woran sich bis heute im Prinzip nichts geändert hat) und verknüpfte so die eigene Machtposition unmittelbar mit der Frage der Gefangenen. Was umgekehrt bedeutete, daß Gefangenenbefreiung zu einem Angriff wurde, der ganz zentral mit der gesamten Staatsmacht konfrontiert war - viel mehr als "*den staatlichen Herrschaftsapparat an* einzelnen *Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen*".
Diese Entwicklung ist aber erst im Nachhinein so deutlich zu erkennen. Anfang 1975 gelang der Bewegung 2. Juni durch die Entführung des Berliner CDU-Spitzenkandidaten Lorenz noch die Befreiung von 5 Gefangenen aus den Knästen. Die Botschaftsbesetzung in Stockholm durch ein Kommando der RAF wenige Wochen später - ein Angriff in einer bisher noch nicht dagewesenen Schärfe - traf auf die harte Haltung der Bundesregierung, deren damaliger Staatssekretär Kinkel als politischer Verantwortlicher die Sicherheit der Botschaftsangehörigen dem Zerschlagungskalkül opferte.
Nach dieser Erfahrung, und nach dem Tod von Ulrike Meinhof, die am 11. Mai 1976 in ihrer Zelle "erhängt aufgefunden" wurde, sollten die Aktionen des Jahres 1977, die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und die geplante Entführung des Dresdner Bank-Chefs Ponto, die Bundesregierung zum Nachgeben zwingen. Ponto und Schleyer gehörten zur Elite des BRD-Kapitals, und sie verkörperten wie kaum jemand sonst die faschistische Kontinuität der BRD: einen auf "Arisierungen", auf Ausbeutung von KZ- und Zwangsarbeit fußenden Machtaufstieg, der ohne Unterbrechung 1945 direkt in die BRD-Eliteposition führte.
Aber diese Einschätzung ging nicht auf. Die Bundesregierung entschied sich, Schleyer zu opfern und schreckte auch nicht davor zurück, (da Aussagen über die Todesart der Stammheimer Gefangenen mit einer gegen die sie veröffentlichenden Medien unterdrückt werden, beschränken wir uns hier gezwungenermaßen auf selbst von der BAW unbestreitbares:) die Ermordung der Gefangenen von Prominenten in der Öffentlichkeit propagieren zu lassen und sie im Krisenstab zu erörtern.
Konfrontiert mit dieser geballten und vor nichts mehr zurückschreckenden Staatsmacht endeten die Aktionen von '77 mit einer umfassenden Niederlage, die von bisher nicht dagewesenem Terror und Repression gegen die legale Linke und alle auch nur halbwegs kritischen Stimmen begleitet war.
Wenn sich auch im Rückblick deutlich Fehler erkennen lassen, falsche Einschätzungen der eigenen Kräfte und des staatlichen Kalküls, gehören sie wohl zu den "unvermeidlichen" (Gremliza). Nach dem Zerfall der Apo blieb der RAF nur, alleine zu handeln; und in der Situation, in der keine Bewegung mehr politischen Druck zum Schutz der Gefangene entfalten konnte, mußt es darum gehen, alles zu tun, um sie vor Folter und Vernichtung zu schützen: sie zu befreien.

IV

Für die Entwicklung nach 1977 läßt sich allerdings keine vergleichbare Notwendigkeit behaupten.
Vor dem Hintergrund der stärker werdenden sozialen Bewegungen seit Ende der 70er Jahre und der damit verbundenen Massenmilitanz formulierte die RAF ihren politischen Neuansatz im Mai-Papier von 1982:
Die Niederlage von '77 wurde jetzt gleichzeitig als Beginn einer neuen Phase interpretiert: "*sie hätten es fast geschafft. aber die ironie ist, dass sie genau dadurch eine situation geschaffen haben, in der wir unter veränderten und so* besseren *bedingungen weiterkämpfen konnten*" (Mai-Papier). Denn die Entscheidung des Staates für die militärische Lösung "*war der sprung an die spitze der reaktionären gegenoffensive zur vereinheitlichung der apparate der inneren sicherheit in westeuropa,*" an ihm "*ist aber auch die politische schwäche der metropolenstaaten, die innere brüchigkeit der ganzen nach außen so potenten struktur, so evident geworden wie noch nie*" (ebd.).
Im offenen Widerspruch zu dem 11 Jahre früher im "Konzept Stadtguerilla" formulierten Ansatz hieß es nun: "*nachdem aus dem internationalen zusammenhang der kampf um befreiung vom isolierten guerillaprojekt zur greifbaren wirklichkeit in den auseinandersetzungen des tages durchgebrochen ist, geht es jetzt um den sprung mit beiden beinen auf der boden* der *situation* hier, *um widerstand in der metropole in der umgekehrten bewegung von hier aus zur front im internationalen klassenkrieg zu bringen. also die strategie, die* ihre *wurzel hier hat*" (ebd.).
Anstatt die Frage zu untersuchen, wie aus den strategischen Anfangsbestimmungen, die ihre Wurzeln hier hatten, der bewaffnete Kampf zum "isolierten guerillakonzept" werden konnte und was daraus zu lernen ist, wurde die Geschichte einfach umgeschrieben: "*wenn man so will, unterscheidet sich unsere aktionslinie von 77 von der jetzt darin, dass es bis 77 immer auf das ankam, was direkt zum bewaffneten kampf gekommen ist oder diesen schritt vorbereitet hat und dass es jetzt darauf ankommt, dass guerilla, militante und politische kämpfe als integrale komponenten im perspektivischen fluchtpunkt der zu entfaltenden metropolenstrategie zusammenkommen*" (ebd.).
Wurde im "Konzept Stadtguerilla" das Verhältnis von bewaffneter und legaler Politik noch damit beschrieben, "*daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg des anderen ist*", heißt es nun: "*wenn auch bewaffnete, illegale organisation der kern dieser strategie ist, bekommt sie erst ihre ganze notwendige kraft, wenn bewaffnete politik mit militanten angriffen, mit den kämpfen aus der ganzen breite der erdrückung und entfremdung und mit dem politischen kampf um die vermittlung ihres prozesses zusammen zu einem bewussten und gezielten angriff gegen die dreh- und angelpunkte des imperialistischen zentrums gebracht wird*" (Mai-Papier).
Und zwar vor *dem* Hintergrund einer weltweiten Schwäche des Imperialismus. Der Sieg der Befreiungsfront in Vietnam wurde als historischer Durchbruch mit weitreichenden Auswirkungen beschrieben: " *die instabilität des imperialistischen systems bedeutet seitdem weltweit eine situation, in der der imperialismus mit einer niederlage an jedem punkt seines weltsystems, oder dem verlust irgendeiner seiner machtpositionen ... in die endliche krise des systems kippen kann*" (ebd.)
Erst hier taucht der Glaube an eine Situation auf Messers Schneide auf - und wurde gleich zur zentralen Grundlage des strategischen Ansatzes. Mit einer gewissen Notwendigkeit, denn das neue Front-Konzept beruhte, anders als das "Konzept Stadtguerilla", nicht auf den Erfahrung und dem bereits geführten Kampf einer Bewegung, sondern war ein theoretisch entwickelter Ansatz, der sich ausgehend vom Kampf der Guerilla durchsetzen und in einer so erst zu schaffenden Bewegung verankern sollte.
Die Chance dafür wurde darin gesehen, daß die Polizeistaatsformierung nach '77

zu der allgemeinen Erfahrung geführt habe, daß "*der imperialismus ... über keine positive, produktive perspektive mehr (verfügt), er ist nur noch die von zerstörung. das ist der kern der erfahrung, die die wurzel der neuen militanz in allen lebensbereichen ist.*" (ebd.).
So wurde das ganze Problem der politischen Verankerung auf eine völlig neue Weise betrachtet: "*es ist jetzt mehr* der *punkt. die inneren veränderungen hier im einzelnen zu analysieren. denn die haltung und die lebenspraxis derjenigen, die seitdem kämpfen, hat die veränderte situation schon in sich und geht ganz einfach von ihr aus. wir stellen einfach fest: fundamentalopposition ist mit diesem system wie nie zuvor grundsätzlich fertig. kalt, illusionslos, vom staat nicht mehr zu erreichen ... da ist einfach schluss ... und erst hinter dem ende des systems wird eine lebensperspektive vorstellbar*" (ebd.)
Vor diesem Hintergrund hieß die *Konsequenz für* die Bestimmung der Politik: "*revolutionäre strategie ist einfach die strategie gegen ihre strategie, die ihren strategischen plan in ihren konkreten projekten angreift und durch den militärischen angriff die imperialistische offensive nach innen und aussen politisch bricht und damit bewußtsein schafft, das neuer widerstand und prozeß der front national wie international wird, die ihre pläne blockiert, bevor sie sie ausführen können*" (ebd.).
Es ist deutlich: Hier wird das, was in der Entwicklung bis '77 *die* vielleicht unvermeidliche Bewegung weg vom Ausgangspunkt war, zum Programm erklärt.
Die Gesellschaft wird nur noch von außen wahrgenommen, Analyse beschränkt sich auf die Untersuchung der imperialistischen Pläne und NATO-Strategien, militärische Guerillaaktionen werden zum politischen Kern. Politische Auseinandersetzung und Vermittlung entwickelt sich nicht aus den gesellschaftlichen Widersprüchen, sondern beschränkt sich auf Angriff und angestrebte Verhinderung der fortgeschrittensten strategischen Projekte des imperialistischen "Gesamtsystems". Der Bruch mit der Metropolenrealität wird zur Bewußtseinsgrundlage - nicht mehr als aufklärerische "Irregularität", sondern als subjektiver Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropole. Etwas theoretischer formuliert: Mit dem Aufbau der Roten Armee Fraktion ging es ursprünglich darum, die von der Studentenbewegung theoretisch erkannte totale Verdinglichung des Lebens im Kapitalismus zu druchbrechen, ein Kampfterrain zu eröffnen, auf dem die wesentlichen Elemente der "spontanen Irregularität" zu einer kontinuierlichen und nicht mehr integrierbaren politischen Praxis entwickelt werden können.
Im Mai-Papier dagegen drückt sich die Verdinglichung eben der Schritte und Formen aus, die ursprünglich gerade das Durchbrechen der totalen Verdinglichung ermöglichen sollten.
Das verlangte aber Interpretationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die damals nicht weniger falsch waren als heute: Die Behauptung eines weltweiten Kräfteverhältnisses, das die imperialistische Herrschaft auf Messers Schneide stellt, und der Behauptung vom Verlust der (im "Konzept Stadtguerilla" noch als Ausgangsfähigkeit verstandenen) Integrationsfähigkeit des Kapitalismus: "*Die Offensive jetzt ist für sie auch deswegen zur entscheidungsschlacht geworden, weil die reformistische variante, sozialdemokratismus und verdeckter krieg auf allen ebenen gelaufen ist ... weil die militärstrategie zum angelpunkt geworden ist, ist auch die politik gestorben - bzw. darin kommt sie auf ihren reinen begriff*" (Erklärung zu '77 der Gefangenen aus der RAF, 1984 im Stammheimer Prozeß).
Damit waren dem Front-Konzept von vorneherein die Grenzen gesetzt, an denen es auflaufen mußte - spätestens dann, als sich in der Niederlage nicht länger übersehen ließ, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Metropole doch vielschichtiger und widersprüchlicher ist.
Trotzdem hat sich auf dieser Grundlage in den 80er Jahren breiter Widerstand entwickelt, Ansätze zu einer revolutionären Bewegung wie in keinem anderen europäischen Land zu dieser Zeit. Eine Entwicklung, die ohne den Kampf der Guerilla so sicher nicht stattgefunden hätte.
Trotz der Fehler in der Analyse, der fehlenden wirklichen Verankerung, war der Kampf der RAF eine wichtige Orientierung für viele: Die Existenz einer grundlegenden Opposition in einem System, das alle Veränderungsimpulse, alle Subkulturen so umfassend aufschluckt, reformistisch oder direkt kapitalnützlich umbiegt oder blockiert; in einem System, in dessen Rahmen viele wirklich keinen Lebenssinn mehr sehen konnten, das sich aber als allumfassend und ausweglos darzustellen sucht. Die Selbstinszenierung der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft als quasi pragmatischer Gesamtsachzwang, als Beste aller historisch möglichen Gesellschaften, die zunächst nicht durchschaubar ist, wurde in den Angriffen der Guerilla durchbrochen, mit denen konkrete Verantwortlichkeit erkennbar gemacht und die Angreifbarkeit des Systems bewiesen werden sollte. Nicht zuletzt gehört dazu auch die Ausstrahlung des konsequenten Kampfes der Gefangenen, den auch das Isolationsregime der Hochsicherheitstrakte nicht brechen konnte. Es gab ein starkes Bedürfnis bei vielen, die von diesen Momenten angesprochen wurden, sie aufgriffen, sich aneigneten und weiterzuentwickeln suchten. Anti-Nato-Mobilisierungen wie die Bush-Demo 1983 in Krefeld 1983, die Vielzahl militanter Aktionen in den Jahren 85/86 oder der Antiimperialistische Kongreß in Frankfurt 1986 seien hier nur als Beispiele für die Entwicklung erwähnt.
Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die im Ansatz angelegten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Stattdessen führte das zur immer stärkeren Verdinglichung des politischen Bewußtseins:
Revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zum Mythos, zur Verkörperung des "Bruchs", zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin.
Mit teilweise verheerenden Folgen, die Lutz Taufer in seinem "Brief an einen Gefangenen" (konkret 8/92) ganz zutreffend als "*reaktionäre Symbiose*" von wortführenden Aktivisten und apologetenhaften Anhängern beschreibt. Daß wir ein "*ehrliches Verhältnis zu unseren Fehlern und Schwächen entwicklen*" (Taufer, ebd.), wird aber verhindert, wenn nur die oberflächliche Erscheinung der "*reaktionären Symbiose*" beschrieben wird: "*Welche Bedürfnisse auf beiden Seiten mitspielen und woher sie stammen, will ich hier nicht näher untersuchen*" (ebd.). Denn tatsächlich gibt es dabei mehrere Seiten. Auch die Gefangenen aus der RAF haben die Diskussion um die im Mai-Papier formulierte Politik der "bewaffneten Aktion" zumindest nicht forciert. Dieser Zusammenhang darf aber nicht länger aus der Auseinandersetzung verdrängt werden. Wird seine Untersuchung nicht zum Ausgangspunkt gemacht, erscheint alles Übrige nur als leichfertige Schuldzuweisung für den individuellen Sprung aus dem Schlamassel - und läßt die Grundstrukturen unangetastet, statt an ihrer Überwindung zu arbeiten.

V

Denn die Gefahr der heutigen Situation liegt darin, daß dieses verdinglichte Bewußtsein, nachdem es unleugbar an seine Grenze gestoßen ist, nun - anstatt durch Reflexion und selbstkritische Untersuchung seine Grenzen zu überwinden - undialektisch in sein scheinbares Gegenteil umschlägt: An die Stelle, die vorher

das "Gesamtsystem" und die imperialistischen Strategien eingenommen haben, treten plötzlich, als das Neue, das Andere, die "sozialen Prozesse in der Gesellschaft".

"*Heute fehlt etwas anderes. Das ist nicht durch die Staatsmacht begrenzt. Es fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer sozialer Sinn für die Gesellschaft*", so Karl-Heinz Dellwo im konkret-Interview. Daß die spätkapitalistische Metropolengesellschaft über keinen sozialen Sinn verfügt, war allerdings schon der Ausgangspunkt der Apo. Ihre Stärke beruhte auf der Entwicklung eines eigenen "sozialen Sinns", aus dem dann auch der bewaffnete Kampf hervorgegangen ist - der ihn allerdings in der eskalierenden Konfrontation mit der Staatsmacht immer mehr verloren hat. Im Mai-Papier sollte dann das Fehlen des "sozialen Sinns", das Fehlen jeglicher Lebensperspektive im System alleine schon die Möglichkeit der revolutionären Front begründen. Heute ist unübersehbar, daß die Konfrontation mit der Staatsmacht keine ausreichende politische Grundlage sein kann. Aber wenn nicht gemeint ist, daß es unsere neue Aufgabe wäre, der bestehenden Gesellschaft einen Sinn zu stiften, dann ist das Fehlen des "sozialen Gedankens" nichts "anderes", nichts Neues, sondern das, wovon revolutionäre Politik immer schon auszugehen hatte: Die Notwendigkeit, im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse einen sozialen Sinn zu entwickeln, der diese transzendiert.

Tatsächlich etwas völlig Neues ist aber, wenn Karl-Heinz Dellwo jetzt sagt: "*Für mich hat RAF bedeutet, ein bestehendes Vernichtungsverhältnis aufzubrechen, das von diesem Staat immer gegen Minderheiten, gegen Opposition eingesetzt wurde*" (ebd.).

Denn ein Vernichtungsverhältnis läßt sich nur da aufbrechen, wo der zugrundeliegende Widerspruch nicht mehr antagonistisch ist.

Wer jetzt feststellt: "*Wir müssen unser Ghetto verlassen, wir müssen in die Gesellschaft zurück*" (Taufer, konkret 8/92), ohne daran die allererste selbstkritische Frage anzuschließen, wie es nämlich zum damit unterstellten Herausfallen aus der Gesellschaft kommen konnte, für den trifft wirklich zu: "*Die Tür in die Gesellschaft wird erst einmal in jene brandgefährlichen sozialen Gegenden führen, wo der Reformismus lauert*" (Taufer, ebd.).

Es ist diese Gefahr, vor der auch Fülberth zurecht warnt: Daß nämlich in der Euphorie über die neuentdeckten Betätigungsmöglichkeiten beim Erobern von "Räumen" in der Gesellschaft und bei der Suche nach "Lösungen von unten" leicht vergessen werden kann, daß es (wenn dieses Wort einen Sinn haben soll) keine Lösungen unterhalb der Revolution, im Rahmen des kapitalistischen Systems gibt. Natürlich geht es um Selbstorganisation, geht es um einen "sozialen Sinn", darum, Ansätze für ein anderes Leben, jenseits der Herrschaft von Geld und Ware zu erkämpfen und so Schritt für Schritt Raum zu erobern. Darum ging es auch bei der Gründung der RAF. Gefährlich sind nicht die "sozialen Gegenden", sondern das Verhältnis, mit dem wir uns ihnen nähern. Dann nämlich, wenn die Haltung, die politische Basisarbeit - sei es in Bürgerinitiativen oder anderen legalen Gruppen, sei es in Gewerkschaften, im Betrieb, an Schulen und Unis -, die zum Teil sogar Ausbildung und Berufsarbeit als "Counter" gebrandmarkt hat, jetzt plötzlich schlicht gewendet wird.

Es ist weniger das tatsächliche Herausfallen (das so total nie war, sonst hätte der antiimperialische Widerstand nicht so vielfältig und relativ zahlreich sein können), als die im Mai-Papier formulierte mutwillige Verortung des eigenen politischen Standpunkts außerhalb der Gesellschaft, die zu dem jetzt auftauchenden Rückkehr-Bedürfnis geführt hat. Die Neuentdeckung politischer Basisarbeit "in der Gesellschaft" beruht weniger auf deren neuer Qualität als auf der Ignorierung dieses Hintergrunds.

VI

Das Problem ist nur, daß sich aus politischer Basisarbeit nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickeln läßt. Mit dieser Erkenntnis sind wir wieder bei den Fragen der Studentenbewegung angelangt.

Die Tatsache, daß die damaligen Antworten heute nicht einfach wiederholt werden können, ist aber noch lange kein Grund, das ganze damals schon erreichte Erkenntnisniveau und Problembewußtsein über den Haufen zu schmeißen.

Deutlich wird das an einer Äußerung von Knut Folkerts im konkret-Interview: "*Der Emanzipationsgedanke muß wirklich aus der Tiefe und geschichtlichen Reife neu begründet werden, weil ja eine ganze Epoche zu Ende gekommen ist. Befreiung - was ist das heute? Heute sind Aufhebungen möglich, wie sie bisher nicht möglich waren. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist z.B. ein Negativausdruck für die tendenziell mögliche Aufhebung der Arbeit. Wir brauchen ein Wirklichkeitsmoment in der Gegenwart, auch weil es ein langandauernder Übergangsprozeß sein wird. Befreiung kann keine Abstraktion bleiben, kein fernes Ziel. Die Ziele müssen in der Lebenswirklichkeit beginnen, als Aneignungsbewegung.*"

Daß Befreiung nicht abstrakt bleiben und daß Ziele nicht völlig außerhalb der Lebenswirklichkeit wurzeln dürfen, ist sicher richtig - aber nicht erst seit gestern. Schon vor längerem hat Marx deswegen mal das Kapital als die bestimmende Sphäre der Lebenswirklichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft analysiert, um so den Idealismus der utopischen Sozialisten auf eine materielle Grundlage stellen zu können.

So konnte er das Proletariat und die Industrialisierung als diejenigen "Wirklichkeitsmomente in der Gegenwart" bestimmen, von denen aus revolutionäre Politik im langandauernden Übergangsprozeß damals entwickelt werden mußte. Seither geht es darum, was unter dem "Wirklichkeitsmoment" für die konkrete politische Arbeit zu verstehen ist. Etwa Lenin oder Luxemburg haben das als Problem von Reform und Revolution untersucht und auch heute noch Lesenswertes darüber geschrieben. Darauf aufbauend hatte die RAF im "Konzept Stadtguerilla" festgestellt: "*Die 'revolutionären Übergangsforderungen', die die proletarischen Organisationen landauf landab aufgestellt haben, wie Kampf der Intensivierung der Ausbeutung, Verkürzung der Arbeitszeit. etc., - diese Übergangsforderungen sind nichts als gewerkschaftlicher Ökonomismus, solange nicht gleichzeitig die Frage beantwortet wird, wie der politische, militärische und propagandistische Druck zu brechen sein wird, der sich schon diesen Forderungen aggressiv in den Weg stellen wird, wenn sie in massenhaften Klassenkämpfen erhoben werden.*"

Die Gründung der RAF als damalige Antwort kann heute natürlich nicht stupide wiederholt werden. Aber richtig bleibt, daß sich heute genauso allen Veränderungen, die auf eine Überwindung der strukturellen Massenarbeitslosigkeit zielen, mächtige und aggressive Kräfte in den Weg stellen. Zudem ist die Erkenntnis des Zusammenhangs von struktureller Arbeitslosigkeit und möglicher Aufhebung der Arbeit nicht neu, die IG Metall beispielsweise begründet darauf seit Ende der 70er Jahre ihre Tarifpolitik. 1980 formulierte Andre Gorz seinen "Abschied vom Proletariat", wo er aus dem Gedanken der "möglichen Aufhebung der Arbeit" ein Modell entwickelt, das ebenso zwangsläufig wie konsequent die Grundlagen der Metropolengesellschaft, nämlich die imperialistische Arbeitsteilung des Weltmarkts, unberücksichtigt läßt.

Wenn es jedoch um mehr geht als um die andere Verteilung des geraubten Profits zur Aufrechterhaltung des zerstörerischen Konsumwahns, dann sind gesellschaftliche Umwälzungen nötig, die ein

Ende des gift- und müllproduzierenden Metropolenwohlstands, eine Umwälzung der imperialistischen Weltmarkt-Arbeitsteilung mit sich bringen und somit zwangsläufig ein Mehr an Arbeit für alle Menschen weltweit.
Die Vorstellung der Abschaffung der Arbeit ist nur der konsequent zu Ende gedachte sozialdemokratische Gedanke von Umverteilung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse. Wenn der Zusammenbruch des Realsozialismus als Zeichen einer zu Ende gegangenen Epoche etwas gezeigt hat, dann ist es die Priorität von Eigeninitialive, von Selbstorganisation.
Statt um "Abschaffung der Arbeit" geht es um die Verfügungsgewalt: um die gleichberechtigte Selbstbestimmung aller beteiligten Menschen darüber, was und wie produziert wird. Auch ohne eine fertige Antwort auf die Frage nach der praktischen Durchsetzung dieses Zieles wird an dem Beispiel deutlich, warum revolutionäre Politik nicht unmittelbar auf das zurückgreifen kann, was in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen schon vorhanden ist.
Das "Wirklichkeitsmoment" ist das in dieser Gesellschaft nicht lösbare Problem der Massenarbeitslosigkeit, aber durch die eurozentristische Vorstellung von "Aufhebung der Arbeit" wird es sich gerade nicht revolutionär überwinden lassen. Andererseits ist der Gedanke von Selbstorganisation in den real existierenden Arbeitskämpfen so gut wie nicht vorhanden. Aufgabe revolutionärer Politik ist deshalb, ihn dort hineinzutragen. Das setzt aber eine Verankerung in dieser "sozialen Gegend" voraus, die in der antiimperialistischen Linken bisher tendenziell für überflüssig oder falsch gehalten wurde. Diese Verankerung, dort wie in anderen "sozialen Gegenden", ist Korrektur eines Fehlers, ist Voraussetzung für, ist aber nicht selbst schon revolutionäre Strategie. Nicht die "sozialen Gegenden", sondern diese Verwechslung ist das "brandgefährliche", "wo der Reformismus lauert".
Dasselbe gilt für die "sozialen Prozesse in der Gesellschaft". In der zweiten Hälfte der 70er Jahre entstanden in den unterschiedlichsten Bereichen soziale Bewegungen, in denen eine Vielzahl von Erfahrungen gesammelt wurden. Sie alle sind später je für sich an eine Grenze gestoßen, nämlich an die Macht und an die Integrationsfähigkeit des Kapitals. Schon vorher gewußt zu haben, daß sie ihre Ziele gegen diese Macht nicht einfach werden durchsetzen können, rechtfertigt nicht ihre Geringschätzung durch die antiimperialistische Linke als "Teilbereichskämpfe", die von echtem revolutionärem Kampf gegen die imperialistischen Zentren eher ablenken würden. Sicher, die AKWs stehen noch, die Startbahn West ist gebaut, die Häuser sind geräumt, die Raketen stationiert - doch auch hier ist der Erfolg nicht das einzige Kriterium.
Mit der neuen Entdeckung der "sozialen Prozesse" und ihrer Bedeutung aber umgekehrt das Wissen um ihre Begrenztheit aufzugeben, wäre ein ebenso schlimmer Fehler, genauer: die Fortsetzung des alten mit umgekehrten Vorzeichen. Erst die richtige Einschätzung aller konkreten Kämpfe, sowohl in ihrer gesellschaftlichen Begrenztheit als auch in der politischen Brisanz der darin aufbrechenden Widersprüche, der entstehenden Umgangs- und Organisationsformen, der Mittel und Ziele macht es möglich, auch aus ihren konkreten Niederlagen nicht als Verlierer hervorzugehen.
Das gilt gleichermaßen für die Kämpfe der sozialen Bewegungen wie für die des antiimperialistischen Widerstands. Statt der bedingungslosen Identifikation mit den einzelnen Forderungen und den jeweiligen Parolen geht es darum, diese Eingebundenheit und Widersprüchlichkeit zu erkennen und ertragen zu lernen. (Wir empfehlen: Mao zu lesen, z.B. "Über den Widerspruch"!)
Denn es gibt keine einfachen, gradlinigen, unverrückbaren Siege, der revolutionäre Prozeß ist keine Entscheidungsschlacht. Erst dieses Bewußtsein setzt uns in die Lage, ein Leben lang zu kämpfen, anstatt in grandiosen Anstrengungen auszubrennen, um sich dann zurückzuziehen.
Daraus erst entsteht Identität, die auch für andere erkennbar sein wird, das ist der Schritt von Subkultur zu eigener Kultur und endlich auch die Überwindung der vielbeklagten Unfähigkeit zu solidarischkritischem Streit.

VII

Heute müssen wir von Niederlage sprechen und nicht von einer Grenze:
Anders als bei der Grenze, an die die Apo 1970 gestoßen war, geht es heute nicht um eine Transformation der fortgeschrittensten Praxis in eine höher organisierte Form, sondern es geht zunächst nur um die Bestimmung der nach wie vor gültigen Analysegrundlagen und derjenigen Elemente unserer Geschichte, die in veränderten, für heute angemessenen Ansätzen und Formen weiterentwickelt werden sollen.
Einige zentrale Ausgangsbedingungen sind immer noch dieselben wie vor 25 Jahren, wenn auch in extrem verschärfter Form: Das Problem der Entfremdung, der Verdinglichung aller menschlichen Verhältnisse, der zunehmenden Kapitalisierung und warenförmigen Durchdringung aller Lebensbereiche. Voraussetzung für die Subjektwerdung, für den Aufbau von Formen der Selbstorganisation, ist nach wie vor ein "Bruch" mit dieser umfassenden gesellschaftlichen Fremdbestimmung. "Bruch" darf aber weder autonome Selbstghettoisierung sein, noch Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropolengesellschaft durch die Identifikation mit einem illegalen Terrain, das zudem isoliert ist und nicht Fraktion einer Bewegung. Trotzdem muß er, als Bruch in der Wertsetzung, als Bruch mit der kapitalistischen Determination, im eigenen Leben für andere erkennbar sein.
Anstelle des Holzhammerverhältnisses "Jeder muß sich entscheiden" geht es um die Suche nach Formen, in denen viele Menschen Schritt für Schritt diesen Bruch mit den Werten des metropolitanen Konsumalltags vollziehen können. Innerhalb dieses Rahmens bleiben Sabotage und bewaffnete Aktion grundsätzlich unverzichtbar. Genauso, wie es falsch ist, in der illegalen bewaffneten Aktion die Verkörperung des "Bruchs" zu sehen, die höchste Form revolutionärer Politik schlechthin, so ist es falsch, den bewaffneten Kampf mit dem "Sturm aufs Winterpalais", mit einer letzten Aufstandsphase zu identifizieren, wie Fülberth das in schlechter DKP-Tradition tut. Im Fall der russischen Revolution ist letzteres übrigens auch historisch falsch, denn trotz aller Widersprüche war der 'Terrorismus' der Narodniki in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein wichtiger Vorläufer, ohne den die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Rußland nicht verstanden werden kann.
Damit soll natürlich keine Analogie zur heutigen Situation zusammengeschustert werden, aber das Winterpalais-Argument fällt sogar hinter das politische Niveau der Friedensbewegung zurück, die immerhin mit Sitzblockaden schon Formen massenhaften zivilen Ungehorsams organisiert hat, und zwar bewußt als Sabotage, als Angriff auf das herrschende Gesetz, anstatt alles auf eine spätere Ausnahmesituation namens Aufstand zu verschieben.
Gleichzeitig geht es um die Suche derjenigen Wirklichkeitsmomente in der Gesellschaft, die den grundlegenden Widerspruch und seine mögliche Aufhebung beinhalten. Anders als vor 20 Jahren, vor dem Hintergrund einer breiten Bewegung mit starken revolutionären Impulsen, sind diese heute aber nicht in den gesellschaftlichen Konflikten schon aufgreifbar vorhanden. Vorhanden sind nur die Probleme, an denen sich der Widerspruch zeigt, aber die Momente seiner möglichen Aufhebung können zunächst nur abstrakt bestimmt werden: Jede Kon-

kretion als "Lösung von unten" mündet zwangsläufig in Reformismus. Wirkliche Konkretion kann nur im praktischen Kampf erfolgen, auf der Grundlage des Bewußtseins, daß es keine Lösungen unterhalb der Revolution gibt, und daß die Richtigkeit jedes einzelnen Schrittes sich daran bemißt, ob er den Blick auf den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang freilegt oder verschüttet.

Statt der unbeantwortbaren Frage nach einer Gesamtstrategie oder einer Zentralperspektive geht es also um die immer weitergehende Bestimmung von Kriterien und deren schrittweise Konkretion in der Praxis.

Diese Kriterien können zunächst nur abstrakt bestimmt werden, denn die Entwicklung revolutionärer Politik verläuft dialektisch: Sie verläuft unausweichlich in dem ständigen Widerspruch von abstraktem Wertmaßstab und notwendig unzulänglicher praktischgesellschaftlicher Umsetzung. Es gibt die lange Tradition eines falschen, positivistischen Verständnisses der gesellschaftlichen Widersprüche, das letztlich in allen Fehlern und Niederlagen linker Politik eine Rolle gespielt hat. Diesem Verständnis erscheinen gesellschaftliche Widersprüche als etwas Äußerliches, sie müssten nur richtig erkannt werden und linke Politik könnte dann auf der unteren Seite dieses Widerspruchs eindeutig, klar und in sich widerspruchsfrei Position beziehen.

Das ist keine Eigenart der alten Lehre vom Hauptwiderspruch Kapitalverhältnis, dem alles andere als Nebenwiderspruch untergeordnet wurde, es hat genauso in dem reduzierten Antiimperialismusbegriff der 80er Jahre eine wichtige Rolle gespielt.

Tatsächlich aber ziehen sich die Widersprüche immer und unausweichlich auch durch die eigene Praxis. Es gibt keinen "Bruch", kein Programm und keine Strategie, mit dem wir uns selbst aus den widersprüchlichen Zusammenhängen von Rassismus, Sexismus und Klassenwiderspruch hinauskatapultieren könnten. Revolutionäre Politik kann nicht durch die Bestimmung einer "richtigen" Praxis oder einer "richtigen" Position aufgebaut werden, sondern nur durch ständige kritische und selbstkritische Überprüfung, Veränderung, Weiterentwicklung, erneute Überprüfung und so weiter - in einem Prozeß, in dem die Kriterien durch die Praxis zunehmend an Umfang und Deutlichkeit gewinnen.

Welche Kriterien aus unserer Geschichte zu gewinnen sind, haben wir zu skizzieren versucht.

Sie bleiben vorerst relativ abstrakt. Aber nicht das Fehlen von Wirklichkeitsmomenten, nicht das Fehlen klarer Vorgaben ist das Problem, sondern das Bedürfnis nach eindeutigen Gewißheiten, nach einer widerspruchsfreien Position.

Wenn wir eine wirkungsvolle konkrete Praxis entwickeln wollen, die sich nicht selbst wieder fesselt und verdinglicht, müssen wir die Angst vor Widersprüchen, die Abneigung gegen das Abstrakte überwinden.

Hier wird der Mut zur Befreiung gebraucht. Voraussetzung ist das Wissen um den grundlegenden Antagonismus. Aber lebendige revolutionäre Politik kann nur aus der praktischen Kenntnis und der Verankerung in den vielfältigen gesellschaftlichen Widersprüchen entstehen, aus der Neugier auf das Leben.

"*Es gibt riesige Täuschungen der Unwissenheit. Betrug an falscher Phantasie. Weihrauch über durchschaubaren Gefühlen. Doch es gibt auch rote Geheimnisse in der Welt ja nur rote*" (Ernst Bloch, ebd. S. 409)

FÜR DEN KOMMUNISMUS

Butzbach/Schwalmstadt, Juli 1992

ZAG

ZEITUNG ANTIRASSISTISCHER GRUPPEN

Schwerpunkte

Nr. 6 Gleiche Rechte für alle
Nr. 7 Rassismus und Medien
Nr. 8 Abschiebung und Ausweisung
Nr. 9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen
Nr. 10 (2/94) Rassismus und Medien

aus dem Inhalt von Nr. 9

- A. Sivanandan: Statewatching
- Neue Wache: Eine Verhöhnung aller Opfer des deutschen Faschismus
- »Wenn die Arbeit getan ist ...« Über neue Formen der Vertragsarbeit

Im Abonnement

Abo: 4 Ausgaben/Jahr 16 DM
Förderabo: 4 Ausgaben/Jahr 24 DM

Bestellungen an

ZAG / Antirassistische Initiative e.V.
Yorckstr. 59, 10965 Berlin, fon/fax 030-786 99 84

Die Rote Hilfe 4/93

Themen: Schwerpunkt: **4 Monate nach dem Mord an Wolfgang Grams**; Verfolgung von AntifaschistInnen; Politische Gefangene; **§ 129a-Ermittlungen gegen Rote Hilfe**; Abschottung gegen Flüchtlinge in Europa und mehr...

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Fax: 0431/ 7 51 41



VII. *Kritische Theorie*: Die Totalität eliminiert die gesellschaftlichen Antagonismen. Die theoretischen Ursachen der Defizite der alten und neuen Politik

"Lukács's interpretation of the ideological battle between capitalism and socialism as a conflict between formal analytic rationality and the viewpoint of the totality is be found again and again in the works of later thinkers, among them, Goldmann, Marcuse, Satre" and has "permeated the attitudes und activities of radicals and revolutionaries who may never have read a line of Lukács's book."
Gareth Stedman Jones, in: *Western Marxism. A critical reader*, London, 1977, 11 - 60 (57, 18)

> Der "Unterschied, daß der Arbeiter der einzelnen Maschine, der Unternehmer dem gegebenen Typus der maschinellen Entwicklung, der Techniker dem Stand der Wissenschaft und der Rentabilität ihrer technischen Anwendung gegenüber stehen muß, bedeutet eine bloß quantitative Abstufung und unmittelbar keinen qualitativen Unterschied (...)" in der Verdinglichung des Bewußtseins.
> **Georg Lukács, *Werke*, Bd. 2, 273.**

"Der Neohegelianismus" - d.h. Georg Lukács u.a. - "interpretiert die Gesellschaft als homogene Totalität, (...). Ihre konstitutiven Elemente sind in eine undifferenzierte Ganzheit aufgelöst, die *inneren Widersprüche* und Querbeziehungen zwischen den besonderen Ebenen und Strukturen innerhalb eines gegebenen Sozialgebildes werden *ignoriert*."
Miriam Glucksmann, in: *alternative*, Vol. 71, 1970, 74 - 87 (74).

"Für den Marxismus ist die Erklärung jedes Phänomens in letzter Instanz intern: der innere 'Widerspruch' ist der 'Motor'."
Louis Althusser, in: *Was ist revolutionärer Marxismus?*, Westberlin, 1973, 97, FN 2

1. Herausgeber-Kollektiv, *Frankfurter oder Rote Armee Fraktion? - Zur Kritik des Einflusses der Kritischen Theorie auf die RAF*
2. Galvano della Volpe, "*Kritik eines spätromantischen Paradoxes* (Über die 'Dialektik der Aufklärung' von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno)" und "*Marcuses Moralismus und Utopismus*"
3. Karl Marx und Friedrich Engels, *Über die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie.* Auszug aus dem *Kommunistischen Manifest*
4. Lucio Colletti, *Von Hegel zu Marcuse*
5. Friedrich Engels über die Parole "*Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk*"
6. Karl Marx über die Forderung nach "*gerechter Verteilung des Arbeitsertrags*"
7. Rolf Nemitz, *Ideologie als "notwendig falsches Bewußtsein" bei Lukács und der Kritischen Theorie*
8. Stuart Hall, *Ideologie und Ökonomie - Marxismus ohne Gewähr*
9. Desch, *Vom Protest zum Widerstand - aber wie?*

Broschüren-Gruppe

RAF und Frankfurter Schule

Nachfolgend drucken wir verschiedene Texte zur Kritik der Frankfurter Schule (Adorno, Horkheimer, **Marcuse**, im weiteren Sinne auch: Habermas, Fromm u.a.) und des ihr vorausgegangenen links-'kommunistischen' Frühwerkes von Georg **Lukács** ab. Denn wir denken, daß die RAF-Theorie nach dem Scheitern der Mai-Offensive von 1972 zunehmend von der Kritischen Theorie beeinflußt wurde - analytisch von Horkheimer/Adorno, strategisch eher von Marcuse[1]. Auch die GRAPO/PCE(r)-Gefangenen schreiben in ihrer in dieser Broschüre dokumentierten RAF-Kritik von 1986: "Der subjektive Ansatz der RAF in Bezug auf die Klasse und den Klassenkampf wird durch den Trugschluß der Entfremdung und Verbürgerlichung der europäischen Arbeiterklasse vervollständigt. Der Neo-'Marxist' H. Marcuse sagt, daß die Arbeiterklasse in der modernen kapitalistischen Gesellschaft unterwürfig allen Interessen der Bourgeoisie dient, und daß sie, weil sie objektiv an der Ausbeutung anderer Völker teilnimmt, sich in ihrer privilegierten Position sehr wohl fühlt. Etwas ähnliches sagt die RAF."

Im Anschluß an diesen Text gehen wir näher auf die philosophischen Grundpositionen der Frankfurter Schule ein und kritisieren diese ausgehend von einer historisch-materialistischen Position.

Im ersten Teil werden in erster Linie die politischen Implikationen der Rezeption der Kritischen Theorie durch die StudentInnenbewegung und die RAF beleuchtet. Der zweite Teil thematisiert primär die grundsätzlichen philosophischen Aspekte.

Frankfurter Schule und StudentInnenbewegung

Diese These vom Frankfurter Schule-Erbe der RAF mag zunächst diejenigen überraschen, die wissen, daß Adorno sein während der StudentInnen-Revolte besetztes Institut von der Polizei räumen ließ, und daß es Habermas war, der in Bezug auf diese Revolte das Schlagwort vom "linken Faschismus" in die Debatte warf.[2]

Tatsächlich ist es aber zum einen so, daß keinE TheoretikerIn davor gefeit ist, von seinen/ihren LeserInnen - in von jenen selbst nicht gewünschter Weise - beim Wort genommen und 'die Praxis' umgesetzt zu werden.

Zum zweiten war es in der BRD so, daß *die* Kritische Theorie der Frankfurter Schule tatsächlich (fast) die einzige 'kritische' Theorie über die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse war. Originär marxistische Positionen (oder auch nur deren stalinistische Abwandlungen) waren in der BRD aufgrund des vorherigen Faschismus, des KPD-Verbots, der Verfolgung KPD-naher Organisationen sowie von 'Ost-Kontakten' fast nicht vorhanden (Ausnahmen existierten in Person der Professoren Abendroth, Brückner und Hoffmann). So war das einzige begriffliche Instrumentarium, mit dem die StudentInnen seit Mitte der 60er Jahre ihr radikal-demokratisch-humanistisches Unbehagen artikulieren konnten, eben das begriffliche Instrumentarium der Frankfurter Schule. Durch deren - vorrangig an die hegelianischen und feuerbacherianischen Frühschriften von Marx anknüpfende[3] - Theorie lernte die StudentInnenbewegung 'den Marxismus' kennen. Aber was ist nun eigentlich diese Frankfurter Schule?

Was ist die Frankfurter Schule?

Die Frankfurter Schule ist in den zwanziger Jahren als eine mit dem Marxismus sympathisierende Theorieströmung entstanden und hat sich mit dem Institut für Sozialforschung an der Frankfurter Universität institutionalisiert.

Nach dem Machtantritt des Faschismus flohen ihre Protagonisten in die USA. Die Erfahrungen mit Faschismus und Stalinismus ließen insbesondere Horkheimer und Adorno ab 1940 mehr und mehr die Rolle resignierter Intellektueller einnehmen. Die dritte Quelle ihres zunehmenden Geschichtspessimismus war die Erfahrung mit der integrierten, vornehmlich weißen, männlichen Arbeiterklasse der USA. In ihren Studien über die US-Kulturindustrie entwerfen sie ein Bild einer alle Lebensbereiche manipulierenden Kultur, die es der Arbeiterklasse nicht mehr erlaube, systemantagonistische Interessen zu entwickeln. Ihre in diesen Jahren verfaßten Schriften "Dialektik der Aufklärung" (1947) und "Negative Dialektik" (1966) fanden bei den sich für den Marxismus interessierenden StudentInnen in den 60er Jahren großen Anklang. Ähnliche - und ebenfalls von den StudentInnen rezipierte - Analysen legte Marcuse 1964/65 unter dem Stichworten der "Eindimensionalität" und der "repressiven Toleranz" vor.[4] Marcuse blieb aber mit seiner Randgruppen-Strategie ein voluntaristischer, geschichtsoptimistischer Ausweg aus der von ihm behaupteten 'Totalität der Herrschaft'.[5]

Die Gründe für die Hinwendung gerade zu den Theoretikern der Frankfurter Schule sind vor allem:

++ hier wurde eine kritische Denkweise vorgestellt, die die politische Praxis der realsozialistischen Staaten ablehnte.

++ die Erfahrungen mit der Integration der US-ArbeiterInnenklasse schienen in der 'formierten Gesellschaft' der BRD der 60er Jahre ihre Bestätigung zu finden

++ Marcuse reflektierte mit seiner Randgruppen-Theorie das Verhältnis von Integration der ArbeiterInnen und sozialer Lage der radikalisierten StudentInnenschaft.

Der 'Marxismus' von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl

Die Frankfurter Schule-Rezeption führte - bspw. bei Rudi Dutschke - zu einem Marxismus-Verständnis, das sich folgendermaßen charakterisieren läßt:[6]

---

1 "(...) während der Kreis um Horkheimer/Adorno sich darin gefällt, die Kultur des Imperialismus als menschenfeindlich, aber unaufhebbar darzustellen (... machen) Fromm und Marcuse (...) hingegen ihren Einfluß immer dort geltend, wo die 'Linke' nach ihrem Abschied vom Proletariat bestrebt ist, ihren Aktionen und Planungen (...) geistiges Gewicht zu verleihen, mit anderen Worten: wo der kleinbürgerliche Aktionismus an seiner Legitimation zimmert." (Sigmund Piotrowski, *Der imperialistische Liberalismus*. Voraussetzungen, Vorläufer, Vertreter und Wirkungen der Kritische Theorie [Teil II], in: *Aufsätze zur Diskussion* (VTK: Frankfurt am Main), Vol. 15, Sept. 1981, 83 - 134 [86]).

2 S. nicht nur dazu den wichtigen Aufsatz von Göran Therborn, *The Frankfurt School* (1970/71), in: Gareth Stedman Jones et al., *Western Marxism. A Critical Reader*. NLB: London 1977, 83 - 139 (138, FN 31). S. dort auch den Aufsatz von Gareth Stedman Jones, *The Marxism of the Early Lukács*, S. 11 - 60.

3 "Wiederholen wir einmal mehr, daß die Marxisten niemals in der Lage sein werden, irgend etwas an den Fragen der 'Philosophie von Marx' und den Etappen ihrer Transformation zu verstehen, solange sie sich nicht entschließen, Feuerbach zu lesen und zu studieren. Sie würden es sich auf diese Weise sparen, als 'Entdeckung' von Marx zu betrachten, was von Feuerbach stammt, (...)." (Etienne Balibar, *Über historische Dialektik*, in: Urs Jaeggi / Axel Honneth [Hg.], *Theorien des Historischen Materialismus*. Kritische Anmerkungen zu *Lire le Capital*, Suhrkamp: Frankfurt am Main, 1977, 293 - 343 [338, FN 19]).

Vgl. dazu: Louis Althusser, *"Über den Jungen Marx" (Fragen der Theorie)* (1960) und *Die 'Manuskripte von 1844' von Karl Marx* (1962), in: ders., *Ideologie und ideologische Staatsapparate* (Reihe POSITIONEN hrsg. von Peter Schöttler), VSA: Hamburg/Westberlin, 1977, 9 - 44 und 45 - 50;

ders., *Vorwort: Heute* (1965) und *Die "philosophischen Manifeste" Feuerbachs* (1960) und *Marxismus und Humanismus* (1963), in: ders., *Für Marx*, Suhrkamp, 1968, 30 - 38 und 43 - 50 und 168 - 195;

ders.; *Elemente der Selbstkritik* (1972), VSA: Westberlin, 1975, 33 - 52;

Jacques Rancière, *Der Begriff der Kritik und die Kritik der politischen Ökonomie* (Internationale Marxistische Diskussion 28), Merve Verlag: [West]berlin, 1972

und schließlich - als 'politischster' der genannten Texte: Louis Althusser, *Antwort an John Lewis* (1972), in: Horst Arenz / Joachim Bischoff / Urs Jaeggi (Hg.), *Was ist revolutionärer Marxismus?* Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis, VSA: Westberlin 1973, 35 - 76 (58 ff., 65 f.).

4 S. zum Einfluß Marcuse: Ingo Juchler, *Rebellische Subjektivität und Internationalismus*. Der Einfluß Herbert Marcuses und der nationalen Befreiungsbewegungen in der sog. Dritten Welt auf die Studentenbewegung in der BRD (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung hrsg. von Frank Deppe und Georg Fülberth), Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft: Marburg, 1989, bes. 15 f., 34 - 36, 38 - 40.

5 Vgl. Juchler, a.a.O. (FN 4), 31 f.. 40 f.

6 Vgl. zum folgenden: Geoff Eley, *Germany Since '68: From the APO to the Greens*, in: *SR*. Socialist Review (Berkley), Vol. 18, Oct.-Dec. 1988, 131 - 142 (133 f.).

** philosophisch um die Kategorie der "Entfremdung" statt wissenschaftlich um den Begriff der Ausbeutung zentriert und generell von der *hegel*schen Philosophie beeinflußt
** politisch deshalb nicht auf den proletarischen Klassenkampf, sondern auf das mittelständische Leiden am vermeintlichen 'Konsumterror' bezogen
** antileninistisch in dem Sinne, daß eine Partei allenfalls mit einer Nachtrab-Politik gegenüber den sozialen Bewegungen akzeptiert wird
** euro-zentristisch in dem Sinne, daß der Stalinismus (ausschließlich) aus der 'kulturellen Rückständigkeit' Rußlands (wozu anzumerken ist, daß die Aufklärung nach "Petersburg eher und nachhaltiger kam als nach Potsdam oder Garmisch"[7]) erklärt und der bewaffnete Kampf ("Propaganda der Schüsse") auf den Trikont beschränkt wird (s. unten)
und
** schließlich von nicht-marxistischen ethischen Vorstellung bspw. Ernst Blochs und der kritischen protestantischen Theologie (Helmut Gollwitzer) beeinflußt.

Nicht ohne Grund wurden deshalb Lukács, Gollwitzer, Marcuse und Bloch als die "vier Väter" Dutschkes bezeichnet.[8]

Eine genauere Ausformulierung hat diese Konzeption im Organisations-Referat von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl auf dem SDS-Kongreß 1967 erfahren.[9] Dieses Referat, das erst 1979 nach Dutschkes Tod wiederveröffentlicht wurde, verdient aus mehreren Gründen größere Aufmerksamkeit:
-- zum einen schuf es die theoretische Grundlage für die Veränderung der Machtverhältnisse innerhalb des Sozialistischen deutschen Studentenbundes (SDS) zugunsten des 'undogmatisch'-'antiautoritären' Flügels
-- zum anderen versuchte es ausdrücklich nicht mit marxistischen, sondern mit Theorieansätzen der Frankfurter Schule die Möglichkeit/Notwendigkeit der "Urbanisierung ruraler [= ländlicher, d. Verf.] Guerillatätigkeit" zu begründen (wobei aber "Guerilla" für die Metropole wohl **nicht** im Sinne von bewaffneten illegalen Organisationen verstanden wurde.[10] Denn Dutschke und Krahl unterschieden ausdrücklich zwischen "Propaganda der Schüsse" [Trikont] und "Propaganda der Tat" [Metropole].)

So wurde die BRD-Gesellschaft in Anlehnung an Horkheimer als "integraler Etatismus" bezeichnet, d.h. die umfassende Verstaatlichung aller Interessengemeinschaften, z.B. der Gewerkschaften, Arbeit'geber'-Verbände etc.

Das Organisationsreferat relativierte die marxistische Anarchismuskritik, was die RAF später verstärkt fortsetzte. Der aus der Frankfurter Schule kommende Subjektivismus wurde mit Aussagen folgender Art auf die Spitze getrieben:

"Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der ***organisierten Einzelkämpfer*** in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseinsprozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewißheit werden kann."[11]

Was hier als neue Erkenntnis moderner kapitalistischer Herrschaft ausgegeben wurde, wußten Marx/Engels schon im "Kommunistischen Manifest" am "kritisch-utopischen Sozialismus und Kommunismus" zu kritisieren:

"Sie sind sich zwar bewußt, in ihren Plänen hauptsächlich das Interesse der arbeitenden Klasse als der leidensten Klasse zu vertreten. Nur unter diesem Gesichtspunkt der leidensten Klasse existiert das Proletariat für sie. Die unentwickelte Form des Klassenkampfes wie ihre eigene Lebenslage bringen es aber mit sich, daß sie weit über jenen Klassengegensatz erhaben zu sein glauben. Sie wollen die Lebenslage aller Gesellschaftsmitglieder," - ***des*** Menschen - "auch der bestgestellten verbessern. Sie appellieren daher fortwährend an die ganze Gesellschaft" - an ***den*** Menschen - "ohne Unterschied, ja vorzugsweise an die herrschende Klasse. Man braucht ihr System ja nur zu verstehen, um es als den bestmöglichen Plan der bestmöglichen Gesellschaft anzuerkennen."[12]

Aber immerhin war das Organisationsreferat in der Lage, mit dem Legalismus der an der DDR und der Sowjetunion orientierten Teile des SDS zu brechen und die Happenings und die militante Demo-Praxis der StudentInnenbewegung zu rechtfertigen[13] - dies allerdings nicht auf ein Projekt der Umwälzung der Staatsmacht, sondern auf die Aussendung von "aufklärenden Gegensignalen"[14], die Manipulation durchbrechen sollen, bezogen.[15] Dutschke/Krahl schrieben:

"Die 'Propaganda der Schüsse' (Che) in der Dritten Welt muß durch die 'Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit möglich macht. ***Der*** städtische Guerillo ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems repressiver Institutionen."[16]

Es ist nicht verwunderlich, daß dieser Text - bis zu seiner Wiederveröffentlichung 1979 - so lange in Vergessenheit geriet (bzw. verdrängt wurde): Zeigt er doch, daß die GenossInnen der RAF keine exotischen schießwütigen Desperados waren, wie sie bald - vor allem als sich die staatliche Repressionsschraube drehte - auch von vielen APO-AktivistInnen hingestellt wurden. Vielmehr knüpften sie durchaus an Überlegungen der StudentInnenbewegung insgesamt an und entwickelten diese weiter.

Das Organisationsreferat belegt, wie andere Reden auch, die bspw. auf dem Vietnam-Kongreß 1968 gehalten wurden, daß wesentliche Elemente der Theorie und Praxis der RAF zumindest Ende 60er Jahre *von vielen vorweggenommen*,[17] *von Zehntausenden akklamatorisch begrüßt*, allerdings nur *von einigen in die Praxis umgesetzt* wurden.

Die 'proletarische Wende' von 1969

Ein weiterer Grund für das Vergessen bzw. Verdrängen des Inhalts des Referates lag gerade darin, daß die theoretischen Anleihen bei der Frankfurter Schule unverkennbar waren, während diese ihre Attraktivität bei der sich rasch politisierenden und radikalisierenden StudentInnen- und außerparlamentarischen Bewegung verlor, was mehrere Gründe hatte:

---

7 Frieder Otto Wolf, *'Materialismus' als Mechanismus der Verdrängung: Zur systematischen Blockierung des Stalinismus-Syndroms*, in: *MOZ* (SOAK: Hannover) 8/1983 (Aug.), 62 - 63 (62).

8 Gretchen Dutschke-Klotz, *Die vier Väter: Lukács, Gollwitzer, Marcuse, Bloch*, in: dies. u.a. (Hg.), *Rudi Dutschke*. Die Revolte, Reinbek, 1983, 10 - 17 zit. n. Juchler, a.a.O. (FN 4), 90, FN 25, 111.

9 Rudi Dutschke / Hans-Jürgen Krahl, *Organisationsreferat* (1967), in: Linke Liste Universität / Frankfurt (Hg.), *Die Mythen knacken*, o.O. (Frankfurt am Main), 1988[2], 137 - 139 (Nachdruck aus: Diskus [Frankfurt/M.] 1980).

10 Vgl. auch Juchler, a.a.O. (FN 4), 44: "Die konkrete Umsetzung der (...) Theorien Marcuses, Fanons und Che Guevaras stellte die Intellektuellen vor große subjektive Schwierigkeiten."

11 Dutschke/Krahl, a.a.O. (FN 9), 139.

12 Karl Marx / Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei* (1848), in: MEW 4, 459 - 493 (490).

13 Vgl. dazu Juchler, a.a.O. (FN 4), 9, 17, 27 f., s.a. 66 - 68, der aber wohl eher mit dem traditionalistischen SDS-Flügel sympathisiert.

14 Dutschke/Krahl, a.a.O. (FN 9), 139.

15 Vgl. dazu: Eley, a.a.O. (FN 6), 168: "Dies ("die Besetzung und das teach-in [in] der Freien Universität im Juni 1966", d. Verf.) basierte auf der Theorie der exemplarischen Aktion - 'Aufklärung durch Provokation' -, die die Radikalität und das bewußtseinsverändernde Potential von phantasievollen Aktionen betont. Obwohl diese Konzeption nicht 'avantgardistisch' im üblichen leninschen Sinne ist, hängt sie doch von der Aktion einer gegenkulturellen Avantgarde ab. Es (das teach-in, d. Verf.) erhielt außerdem einen starken Impuls von der Rezeption von zwei Büchern Marcuses, *Eros and Civilisation* und *Der ein-dimensionale Mensch*, mit ihrer Kritik der 'repressiven Toleranz' und der bürgerlichen Kultur des Konsums und ihrem Ruf nach den StudentInnen und anderer Randgruppen als revolutionärem Notnagel (*agency* = wörtl.: Agentur, hier im Sinne von: Vertretung/Ersatz/Behelf)." (Übers. d. Verf.; Hervorh. i.O.).

16 Dutschke/Krahl, a.a.O. (FN 9), 139.

17 Die Revolutionäre müßten "illegale Parallelorganisationen zu den Institutionen bilden, die klar den Volkskrieg vorbereiten, Waffenlager bilden, die Nachrichtenverbindungen sichern usw." (Gaston Salvatore, in: *Internationaler Vietnam-Kongreß*. Februar 1968 Westberlin. Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus, Hamburg, 1987 (Reprint), 55 zit. n. Juchler, a.a.O. (FN 4), 73, 105, FN 31, 114.

-- einmal bot der Maoismus die Möglichkeit, sich mit dem Marxismus zu beschäftigen, ohne dadurch Sympathie mit den osteuropäischen nominalsozialistischen Ländern zu haben, die durch die Prager Ereignisse 1968 nicht an Ansehen gewonnen hatten.[18]

-- wichtiger noch war, daß sich das Theorem der Frankfurter Schule von der totalen Integration der ArbeiterInnenklasse in das System des 'integralen Etatismus' als falsch herzustellen schien. Die Ereignisse um den Pariser Mai 1968, der proletarische Widerstand in Italien sowie die September-Streiks 1969 in Teilen der Schwerindustrie der BRD ließen viele AktivistInnen der außerparlamentarischen Bewegung die Bücher von Adorno, Marcuse etc. in die Ecke werfen und traditionelle marxistisch-leninistische Parteikonzepte studieren.

-- Dabei konnten sie den Kulturpessimismus der Frankfurter Schule in die leninsche These vom Imperialismus als angebliche 'Fäulnis'-Phase des Kapitalismus transformieren.

Die rasche Gründung verschiedener ML-Parteien oder Fraktionen, die sich gegenseitig darin überboten, auf dem Boden der Vorstellungen der 20er Jahre zu stehen, ließ erkennen, daß viele die rein betrachtende Perspektive von Adorno, Horkheimer etc. als hinderlich für ihren Aktivismus zu begreifen begannen.

Wir können insofern Lutz Taufer zustimmen, wenn er schreibt: "Aber es liegt in der Logik der 68er-Bewegung. Die marxistisch-leninistischen Studentenparteien sind ihr legitimes Kind. Insgesamt blieb uns ja gar nicht anderes, als an der Vergangenheit anzuknüpfen, die, ohne Durcharbeitung, liegengeblieben war. Und wie anders sollte die Ablösung von dieser Folie erfolgen als Zug um Zug?! Nachdem die Generation vor uns den Faschismus nicht erledigt hatte, wie sollten wir über den traditionellen Antifaschismus hinauskommen, die Fehlentwicklungen der organisierten Arbeiterbewegung, dem Gegenspieler des Faschismus, korrigieren? (...) In ihrem Wesen war" die 68er-Bewegung "Abwehrschlacht gegen tatsächliche und insofern vermeintliche Faschisierung (...) und insofern Wiederholung oder Verlängerung der antifaschistischen Politik der Weimarer Arbeiterparteien."[19]

So wurden die mit der Infragestellung der Frankfurter Schule aufgeworfenen Probleme aber nicht gelöst. Vielmehr wurde der Subjektivismus der Frankfurter Schule einfach umgekehrt und durch einen Objektivismus, der gleichermaßen die post-stalinistische ('revisionistische') DKP wie auch die 'maoistisch'-stalinistischen ('anti-revisionistischen') ML-Gruppen prägte, ersetzt.[20]

Dieser weitgehend auf Proletkult und einem stalinistischen Verständnis von Parteidisziplin reduzierte 'Parteiaufbau' einerseits und die Reformpolitik der Anfangsjahre der sozialliberalen Koalition blockierten eine revolutionäre Weiterentwicklung der Revolte von 68.

Bei den einen führte also der Weg vom *kritisch-theoretischen* Bewußtsein der StudentInnenbewegung zurück in die 20er Jahre. Die anderen "gehen in die Illegalität".[21] Sie radikalisierten den Randgruppen-Ansatz von Marcuse sowie Dutschke/Krahl: Sie entdecken die "Propaganda der Schüsse" auch für die Metropole und wollen damit den integralen Etatismus und das angepaßte Bewußtsein der "passiven und leidenden Massen" durch-/aufbrechen.[22] S. dazu die Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader (1970) und die RAF-Erklärungen seit November 1972. Dazwischen lag eine kurze Phase, in der sich die RAF bemühte, eine marxistische Konzeption des bewaffneten Kampfes in der imperialistischen Metropole zu entwickeln (s. *Konzept Stadtguerilla* [April 1971] und *Stadtguerilla und Klassenkampf* [April 1972]).

Rote Armee Fraktion: Der Versuch einer revolutionären Initiative

In die oben skizzierte Zeit der hektischen ArbeitERtümelei und der Parteigründungen fiel also die Gründung der RAF. Ihre Auseinandersetzung führte sie deshalb zunächst kaum mehr mit der obsolet gewordenen Frankfurter Schule, sondern vor allem mit dem Marxismus-Leninismus und den verschiedenen Parteien, die jeweils allein die korrekte Interpretation davon beanspruchten. Deshalb es nicht verwunderlich, daß sich zwar gestritten wurde, ob die RAF marxistisch-leninistisch oder anarchistisch sei. Auf Verbindungen zur Theorie der Frankfurter Schule aber nicht geachtet wurde; bzw. wurden diese Verbindungen allein von reaktionären CDU/CSU-PolitikerInnen in ihrem Kampf selbst gegen die Position der radikalliberalen kritischen Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD thematisiert.

Die RAF versuchte mit der in ihren ersten theoretischen Schriften skizzierten Konzeption die vorstehend angesprochene Blockierung des revolutionären Prozesses durch die Fortsetzung des studentInnenbewegten Subjektivismus durch die *Spontis einerseits* und den Objektivismus der diversen *'kommunistischen Parteien' andererseits* aufzubrechen:

1. Die Gründung und Existenz von Guerillagruppen, nicht nur in der BRD, war ein *praktischer* Bruch mit der Versozialdemokratisierung der Kommunistischen Parteien, ihrem Revisionismus und Legalismus. Anders als die ML-nostalgikerInnen, die in den 70er Jahren massiv auftraten, war die Metropolenguerilla ein praktischer Bruch mit dem Revisionismus, auch dem stalinistischen.

Das mag erst einmal überraschen, weil zumindest in ihren theoretischen Beiträgen wenig Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Stalinismus erfolgt ist.

Während aber die legalistische, revisionistische Praxis und Theorie der KPs kein Bruch, sondern eine logische Fortsetzung stalinistischer Politik ("Sozialismus in einem Land", Volksfront-Kurs seit 1936 etc.) war, entstand die Metropolenguerilla weltweit aus einer linken, nichtstalinistischen Linie. Die Guerillagruppen im Trikont, auf die sich auch die RAF berief, wie die Tupamaros in Uruguay, die Guerillagruppe um Che Guevara oder ähnliche Gruppen in anderen Staaten, gründeten sich in Abgrenzung und oft im Kampf mit dem Volksfront-Kurs der KPs. Dies veranlaßte Fidel Castro seiner-

---

18 Auch für uns ist allerdings unklar, wie es dazukommen konnte, daß diese Kritik am Realsozialismus der damaligen Gegenwart mit einer Verteidigung des Stalinismus einher gehen konnte. Im Falle der Kommunistischen Partei Chinas lag diese Verbindung zumindest nahe: Denn sie formulierte ihre Kritik aus dem Inneren der kommunistischen Bewegung. So lag es zumindest nahe, daß sie ihre Kritik an den von der KPdSU nach Stalins Tod immer deutlicher vertretenen Theorie des 'friedlichen Übergangs zum Sozialismus', der SU-Variante von 'friedlicher Koexistenz' mit dem Imperialismus, der Ersetzung der Diktatur des Proletariats durch den 'Staat des ganzen Volkes' (schon 1936 in der stalinschen Verfassung und von Chruschtschow bekräftigt) usw. mit einem romantischen Rückblick auf die *teilweise* revolutionaristischere Rhetorik Stalins zu verbinden und die konterrevolutionäre Praxis Stalins weitgehend zu übersehen. Die AktivistInnen der StudentInnenbewegung bezogen sich aber vor ihrer Entdeckung des Maoismus - anders als dieser selbst - nicht grundsätzlich positiv auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der SU und Osteuropa vor dem XX. Parteitag der KPdSU 1956. Bei ihnen bestand daher eigentlich - anders als bei der KPCh - kein Anlaß ihre Kritik an Chruschtschow und Breschnew mit einem romantischen Blick auf die Zeit vor dem *offenen* Ausbruch des Revisionismus-Streit zu verbinden. Für den Revisionismus-Streit zwischen der KPdSU und der KPCh siehe die Dokumentation der wichtigsten Stellungnahmen beider Seiten in: *Die Polemik über die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung*, Oberbaumverlag: [West]Berlin, 6 Auflagen zwischen 1970 und 1973. Für den Versuch einer Anwendung/Ausdehnung der maoistischen Revisionismus-Kritik - allerdings ohne diese explizite zu erwähnen - auf den Stalinismus: Etienne Balibar, *Über die Diktatur des Proletariats*. Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF (Reihe POSITIONEN 2 hrsg. von Peter Schöttler), VSA: Hamburg / [West]berlin, 1977. S dazu auch: Grahame Lock, *Humanismus und Klassenkampf in der kommunistischen Geschichte*, in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus* (VSA: Westberlin/Hamburg), Vol. 8, Nr. 3, Sept./Okt. 1976, 178 - 197; ders., *Hintergründe der chinesischen Kulturrevolution*, in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus*, Vol. 11, April 1977, 105 - 120.

19 Lutz Taufer, *Gedanken gegen die Mauern*, in: Pizza (Hg.), *Odranoel.* Die Linke -- zwischen den Welten, Verlag Libertäre Assoziation: Hamburg 1992, 59 - 121 (67).

20 Vgl. Eley, a.a.O. (FN 6), 137, 142, FN 9.

21 Taufer, a.a.O. (FN 19) , 68.

22 Vgl. zur Stimmung bei denjenigen, die nicht versuchten, "Arbeiterparteien" zu gründen, noch einmal Lutz Taufer: "Die Formel lautete: mehr Lohn gleich mehr Konsum gleich mehr Entfremdung (...). Man las den eindimensionalen Menschen von Herbert Marcuse. (...). Die Arbeiter (...) reagierten (...) aggressiv-abweisend, was von Studentinnen und Studenten (...) als untrügliches Zeichen eines manipulierten Massenbewußtseins entgegengenommen wurde." (Taufer, a.a.O. [FN 19], 69 f.)

seits zu der Aussage, daß dann, wenn Kommunisten versagen, andere die Revolution weitertreiben müssen.[23] So sah sich die RAF auch von Anbeginn in einer Linie mit international kämpfenden revolutionären Gruppen von Lateinamerika bis Palästina. Die Aktivitäten dieser GenossInnen lösten weltweit einen revolutionären Schub aus.

2. In diesem Kontext lehnte es die RAF im "Unterschied zu den 'proletarischen Organisationen' der Neuen Linken" ab, "ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbewegung" zu leugnen.[24] Gleichzeitig versuchte die RAF - wenn auch sehr vorsichtig - die Defizite der StudentInnenbewegung zu benennen:

"Gewiß war das Pathos übertrieben, mit dem sich die Student*Innen*, die sich ihrer psychischen Verelendung (?!) bewußt geworden waren, mit den ausgebeuteten Völkern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens identifizierten; stellte der Vergleich zwischen der Massenauflage der 'Bild'-Zeitung hier und dem Massenbombardement auf Vietnam eine grobe Vereinfachung dar; (...); war der Glaube, selbst das revolutionäre Subjekt zu sein - soweit er unter Berufung auf Marcuse verbreitet war -, gegenüber der tatsächlichen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft und den sie begründenden Produktionsverhältnissen ignorant."[25]

Die "proletarischen Organisationen" sowie die linken Intellektuellen kritisierte die RAF aber nicht (nur) - wie es richtig gewesen wäre - wegen deren falscher theoretischen **und** politischen Praxis, sondern sie setzte deren (falscher) Theorie einen praktizistischen Standpunkt ('die Praxis') entgegen. Die RAF schrieb: "Praxislos ist die Lektüre des 'Kapitals' nichts als bürgerliches Studium."[26] Sie setzte der notwendigen theoretischen Arbeit die These ***entgegen***, daß es "ohne die praktische, revolutionäre Intervention der Avantgarde" keine Vereinheitlichung der ArbeiterInnenklasse geben könne[27] (was an sich richtig, aber in dieser Entgegensetzung falsch ist). Die "praktische revolutionäre Initiative" reduzierte die RAF dabei wiederum auf den bewaffneten Kampf: "Die Rote Armee Fraktion redet vom **Primat der Praxis**. Ob es richtig ist, den **bewaffneten Widerstand** jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln."[28]

Sicherlich - es gab auch andere Bestimmungen in den frühen RAF-Texten (auf diesen Unterschied zu den späteren RAF-Schriften haben Ali/Bernhard/Michi in ihrem in dieser Broschüre dokumentierten Messerrücken-Text zu Recht hingewiesen). Bspw.: "Wir sagen nicht, daß die Organisierung illegal bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte."[29] Diese Bestimmung ließ sich aber aufgrund der Repression und des weiteren Abflauens der Bewegungsreste von 1968/69 nicht durchhalten. **Und mit ihrer anti-theoretischen Position hatte sich die RAF die Möglichkeit verbaut, diese Erfahrungen zu verarbeiten und sie produktiv nach vorne zu wenden.**

Die subjektivistische Wende der RAF nach dem Scheitern ihrer Mai-Offensive

Die Folgen sind bekannt: Mit dem Scheitern der Mai-Offensive, den Festnahmen von Andreas Baader, Holger Meins, Jan Raspe am 1.6.72 und kurz darauf - neben anderen - Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof, war die - von Mao beeinflußte - marxistisch-leninistische Phase der RAF weitgehend zu Ende. Die spätere RAF-Politik war kaum noch vom Ziel ihrer Anfangsjahre - Revolution auch hier -, sondern - neben der Solidarität mit dem trikontinentalen Befreiungskampf - vom Kampf gegen die staatliche Repression (insbesondere gegen die Gefangenen) und später auch von den Kämpfen der sozialen Bewegungen (Anti-AKW, Anti-NATO), die ihre 'revolutionäre Identität' aber häufig auch weniger aus ihren Inhalten als vielmehr aus ihrer militanten Praxis zogen, bestimmt.

Ali/Michi/Bernhard zitieren zu dieser (gegenüber dem Konzept Stadtguerilla) neuen Bestimmung Karl-Heinz Dellwo aus dem KONKRET-Interview der Celler-Gefangenen: "**Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen**, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst - politisches Subjekt, das zum Angriff kommt."

Die Politik jener Jahre nach dem Scheitern der Mai-Offensive der RAF (und mit der langsam einsetzenden Ernüchterung über den stalinistischen 'Parteiaufbau') bedeutete eine Wiederaufnahme des Motivs der 68er Revolte:

"In Westdeutschland rekonstituierten zwei Faktoren die alte Opposition (...). Einer war die Berufsverbote/Anti-Terrorismus-Politik, welche das antiautoritäre Motiv als mobilisierendem Medium einer breiten, vereinten Kraft aktualisierte. Der andere war der Anti-Atom-Protest, welcher die BI-Bewegung radikalisierte und ausweitete (...) bis der 1972 gegründete Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) über 300000 Mitglieder hatte. 1977 brachte die Kombination beider Themen" [Brokdorf/Kalkar, Stammheim und der militärische Sieg des Staates in beiden Fällen] "die außerparlamentarische Bewegung in ein wichtiges, neues Stadium, das 1980 zur Formierung der GRÜNEN als bundesweiter Partei führte. (...). In einem überzeugenden Sinn repräsentiert grüne Politik die Wiederaufnahme des Anti-Autoritatismus der APO mit seiner charakteristischen Betonung der Themen der Herrschaft und der Entfremdung und der Basis von Befreiung/Emanzipation und der Hervorhebung der gleichen Wichtigkeit der gegenkulturellen Erkundung eines alternativen Weges des Lebens. Die Betonung der direkten Demokratie (...) und die einer zentralistischen und bürokratischen Partei entgegengesetzte Idee der sozialen Bewegung. In diesem Sinne war die APO die erste 'neue soziale Bewegung'. (...) der Spruch *(talk)* vom 'Ende Arbeiterklasse' (...)"[30] kam auf.

In ihrer rechtsopportunistischen Variante führte die Wiederaufnahme des Motivs von 68 also zur Gründung der GRÜNEN;[31] in ihrer linksopportunistischen Variante bildete diese Renaissance den Hintergrund des schon früher als die GRÜNEN-Gründung einsetzenden militaristischen Subjektivismus der RAF,[32] der allerdings *theoretisch* erst mit dem

---

23 Vgl. zu dieser Auseinandersetzung bspw. Juchler, a.a.O. (FN 4), 53, 55, 57, 73, 97 m.w.N.

24 Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla* (1971), in: Redaktion (Hg.), Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. *Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF)*, GNN Verlag: Köln, 1988[4], 5 - 13 (8) - *kursiv* gesetzte weibliche Formen hier und im folgenden von den Verf. eingefügt.

25 RAF, a.a.O. (FN 24), 8 - Anm. d. Verf.

26 RAF, a.a.O. (FN 24), 9.

27 RAF, a.a.O. (FN 24), 9 f.

28 RAF, a.a.O. (FN 24), 9 - Hervorh. d. Verf.

29 RAF, a.a.O. (FN 24), 6.

30 Eley, a.a.O. (FN 6), 138 - 140, Übers. d. Verf., "Berufsverbot" auf deutsch im Original.

31 Diesen Zusammenhang '68er Bewegung - GRÜNE' sieht auch Juchler, a.a.O. (FN 4), 76.

32 "Von der Linken der sechziger Jahre übriggeblieben war somit zu Beginn der 80er Jahre eine" GRÜNE "Partei und viele BürgerInneninitiativen, die allesamt Realpolitik betreiben. Zur gleichen Zeit gingen Jugendliche auf die Straße, unter denen das Gefühl des Aufbruchs gewachsen war und die nun Möglichkeiten sozialrevolutionärer Veränderungen sahen. (...). Die Unterwerfung der universitären Linken unter die Gehorsamsübungen des Staates, (...), ließen das Interesse der Jugendlichen, die auf der Suche nach radikalen Lebensweisen waren, an universitärer Bildung schwinden. Auch waren die gesellschafts- und revolutionstheoretischen Entwürfe der StudentInnenbewegung den wenigsten bekannt. Vor allem die politischen Gefangenen und die RAF, die nach dem Ende der StudentInnenbewegung noch den Anspruch hatten, sozialrevolutionäre Politikkonzepte praktisch zu vertreten, vermittelten und agierten mit Begriffen wie Kollektivität und Emanzipation. (...). Die Gefangenen vermittelten den Jugendlichen, die sich in der Anti-AKW-, Hausbesetzer- und Antikriegsbewegung politisiert hatten," im Hungerstreik 1981 **"theoretische Fragmente und Begrifflichkeiten der Studentenbewegung.** Die Situation der Gefangenen spiegelte exemplarisch wieder, wovor jeder sich fürchtete: **soziale Isolation**, vollzogen von eine **übermächtigen Polizei- und Überwachungsapparat**, konstruiert von einem immer anonymer werdenden, mit **modernster Technologie** ausgestatteten Staatsapparat." (Anette Ohme, *Alltagsrealität und Kampferfahrung*, in: *Perspektiven*, Internationale StudentInnenzeitung (Frankfurt am Main), 26 - 27 [26]).

Front-Papier von 1982 zum vollen Durchbruch kam[33]:

1967 sagten Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl in ihrem schon erwähnten Organisationsreferat:

"Durch die globale Eindimensionalisierung aller ökonomischen und sozialen Differenzen ist die damals berechtigte und marxistisch richtige Anarchismus***kritik***, die des ***voluntaristischen Subjektivismus***, daß Bakunin sich hier auf den revolutionären Willen allein verlasse und die ökonomische Notwendigkeit außer acht lasse, heute ***überholt***."[34]

Die RAF griff diese und die schon oben angesprochenen Überlegungen aus dem Organisationsreferat zu 'integralem Etatismus'/Manipulation sowie von Marcuse die Kategorie des "ganzen Menschen"[35] in ihrer Stellungnahme zur "Aktion des Schwarzen September" während der Olympischen Spiele 1972 in München, in der sie erstmals ihre neue "Strategie des antiimperialistischen Kampfes" begründete, und 10 Jahre später im Front-Konzept folgendermaßen auf:

"Mit der Einführung des 8-Stundentages hat der 24-Stundentag der Herrschaft des Systems über den Arbeiter seinen Siegeszug angetreten - mit der Schaffung von Massenkaufkraft und 'Einkommensspitzen' hat das System den Siegeszug über die Pläne, Bedürfnisse, Alternativen, Phantasie, Spontaneität, kurz: den ***ganzen Menschen*** angetreten! Das System hat es in den Metropolen geschafft, die Massen so tief in seinen Dreck zu ziehen, daß sie daß Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte, als Objekte des imperialistischen Systems weitgehend verloren zu haben scheinen, so daß sie für's Auto, ein paar Plünnen, 'ne Lebensversicherung und 'nen Bausparvertrag jedes Verbrechen des Systems billigend in Kauf nehmen, sie sich was anderes als ein Auto, eine Ferienreise, ein gekacheltes Bad kaum noch vorstellen und wünschen können. Daraus folgt aber, ***daß das revolutionäre Subjekt jedeR ist***, der/*die* sich aus diesen Zwängen befreit und seine Teilnahme an den Verbrechen des Systems verweigert. Daß jede*R*, der/*die* im Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt seine politische Identität findet, jede*R*, der/*die* sich verweigert, jeder, der/*die* nicht mehr mitmacht: revolutionäres Subjekt ist - Genosse/*in*."

"Der alte Anarchismus-Vorwurf ist nicht mehr zu gebrauchen - nicht in der Form, wie ihn Marx, Engels, Lenin, Rosa Luxemburg aus der Sozialdemokratie rausgeteufelt haben - zu recht. Nicht in der Form, wie Blanqui, Bakunin, Most, Kropotkin ihn entwickelt und verstanden haben - unreife Ideen in einer unreifen Situation. (...) Ob der Herrschaftsbegriff der alten Anarchist*Innen* ein Vorgriff war auf die erst durch die Entfaltung des Imperialismus entfaltete Herrschaft des Kapitalismus über ***den Menschen*** - (...) - man/*frau* müßte das untersuchen - es kann sein."[36]

"Der ***Sprung*** ist das ***Innere***, lebendige, in konkreten Personen (nicht etwa Massen, Anm. d. Verf.) verkörperte Moment der Veränderung der Bedingungen für den Kampf hier: (...). Es ging sieben Jahre lang darum, in dieser politischen Wüste, in der alles nur Schein, Ware, Verpackung, Lüge und Betrug ist, den Geist und Moral, die Praxis und die politische Orientierung des unwiderruflichen Bruchs und der Zerstörung des Systems hereinzubringen. (...). Also die Strategie, die ihre Wurzel hier hat. Im existentiellen Hunger nach einem anderen Leben, in der Erfahrung der ***Totalität des imperialistischen Zentrums***. (...). Diese Politik (der RAF, d. Verf.) (...) stellt nicht noch eines dieser sich ablösenden ideologischen Modelle (sic!) auf (...)." Sie ist vielmehr ein "Signal der Utopie (...), die ***Wiederherstellung der vollen Dimension des Menschen*** (...)."[37]

Nachdem nun (1992) auch die RAF die Grenzen *dieses* Subjektivismus erkannt hat, deutet vieles darauf hin, daß sie jetzt (wenn auch vorerst nicht organisatorisch, sondern nur politisch) in den Hafen des anderen (rechtsopportunistischen, grünen) Subjektivismus einläuft. Die sog. "Propaganda der Schüsse" wird wiederum - wie bei Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl - auf den Trikont beschränkt. In ihrer WWG-Erklärung hat die RAF im vergangenen Jahr erklärt, daß *hier keinerlei* "bewaffnete aktionen" den "jetzt notwendige(n) prozess (...) voranbringen" könnten (interim, Nr. 201, 09.07.1992, 16 f.) (inzwischen scheinen sie es wieder etwas anders zu sehen), während sie den "bewaffneten befreiungskampf in anderen ländern" nicht in Frage stellen wollen (S. 15).

Frankfurter Schule-Elemente in der RAF-Theorie

Abschließend wollen wir (noch einmal) auf die wichtigsten theoretischen Parallelen zwischen der Kritischen und der RAF-Theorie hinweisen:

-- Ausgangspunkt der Kritik an den herrschenden Verhältnissen ist nicht die Ausbeutung, sondern die Entfremdung; nicht das Sein, sondern das Bewußtsein.

Minderheitsversion:
Wer aber Ursache und Auswirkung vertauscht, der verliert schnell den eigentlichen Feind aus den Augen. Wer nicht mehr den Grundwiderspruch dieser Gesellschaft (den antagonistischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion) als Ursache aller gesellschaftlichen Widersprüche bezeichnet, sondern deren Folgen (z.B. Konsumdenken, Korruption von Teilen der Arbeiterklasse, Zerstörung der Umwelt u.v.m.), der kommt auch darauf, die Arbeiterklasse als manipulierbare Masse anzusehen.
Wer die Tatsache leugnet, daß die Proletarier (ohne Besitz an Produktionsmitteln), also die Lohnabhängigen, diejenigen sind, die am entschiedensten für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eintreten müssen, da sie auch die Einzigen sind, die keinen mehr haben, den sie ausbeuten können, der sieht auch nicht, daß die Arbeiterklasse die wichtigste Kraft bei der Zerschlagung der menschenverachtenden, weil auf Ausbeutung beruhenden Ordnung ist. Enttäuschung über das Verhalten von großen Teilen der Arbeiterklasse, Unzufriedenheit über das Tempo und Ungeduld über die Inhalte von gesellschaftsverändernden Kämpfen sind zwar verständlich, dürfen aber nicht zum Verkennen der eigentlichen Ursache führen.
Wer nur Auswirkungen bekämpft, ändert nichts an den bestehenden Verhältnissen, allenfalls schafft er nur neue Widersprüche.

Mehrheitsversion:
Wer aber Ursache und Wirkung vertauscht, der verliert schnell die eigentlichen Feinde aus den Augen. Wer/welche nicht (mehr) den Grundwiderspruch *des Kapitalismus* (den antagonistischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion) als Ursache bestimmter gesellschaftlicher Erscheinungen erkennt, sondern deren Folgen (z.B. Konsumdenken, Korruption von Teilen der ArbeiterInnenklasse, Zerstörung der Umwelt u.v.m.) (und die anderen antagonistischen Widersprüche gleich völlig ignoriert), der/die kommt auch darauf, die ArbeiterInnenklasse als manipulierbare Masse anzusehen und feministische und antirassistische Kämpfe - zumindest als solche - nicht zur Kenntnis zu nehmen.
Tatsächlich aber sind die ProletarierInnen (ohne Besitz an Produktionsmitteln), also die Lohnabhängigen, die Einzigen, die die *Möglichkeit* haben, die Herrschaft des Kapitals zu stürzen und die Herrschaft über die Produktionsmittel zu übernehmen, *ohne* daß dabei eine neue Herrschaft *über* die ArbeiterInnenklasse geschaffen wird, also tatsächlich alle *Klassen*herrschaft abzuschaffen. Wenn die Rede von einer klassenlosen Gesellschaft nicht eine leere Phrase bleiben soll, dann bleibt also nichts anderes übrig, als den - durchaus beschwerlichen - Kampf um die Umwandlung der reformistischen (ökonomistischen) Praxis der ArbeiterInnenklasse in eine wahrhaft politische - d.h. revolutionäre - Praxis aufzunehmen. Eine Aufgabe, die sich hinsichtlich der anderen Unterdrückungsverhältnisse - mit den notwendigen Änderungen - entsprechend stellt. Enttäuschung über das Verhalten von großen Teilen der ArbeiterInnenklasse, Ungeduld hinsichtlich des Tempos und Unzufriedenheit mit den Inhalten der stattfindenden Kämpfen sind zwar verständlich, dürfen aber nicht zum Verkennen der eigentlichen Ursache, des Klassenkampfes der herrschenden Klasse, führen. Dessen Wirkung ist nur zu überwinden durch die Aufnahme des proletarischen (ökonomischen, politischen, ideologischen, theoretischen...) Klassenkampfes. - Wer/welche nur Auswirkungen bekämpft, ändert nichts an den bestehenden Verhältnissen, allenfalls schafft er/sie nur neue Widersprüche.

-- die gesellschaftliche Wirklichkeit wird (im Rahmen der hegelianischen Marx-Interpretation von Lukács und der Frankfurter Schule) nicht als (komplex gegliedertes) *Ganzes*, sondern als *Totalität* begriffen; statt von einer *Einheit* der Widersprüche geht diese Vorstellung von der *Identität* der Widersprüche aus; die Widersprüche sind daher nicht *entscheidend*, sondern bloß *'Ausdruck'* eines einfachen Prinzips.[38]

-- bei Hegel ist dies der Weltgeist, bei Lukács und der RAF das Warenverhältnis; mit diesem einfachen Schema wird alles und daher nichts erklärt; eine "konkrete Analyse der konkreten Situation"[39] wird nicht geleistet; im Rahmen dieses Konzeptes kann schon die marxistische These von der relativen Autonomie der Überbauten nicht gedacht werden; die Überlagerung des Kapitalverhältnisses durch Rassismus und Patriarchat erst recht nicht.

-- da so die tatsächlichen Widersprüche (Bruchlinien) - als Ansatzpunkte für effektiven Widerstand! - nicht analysiert werden können, bleibt als einziger Ausweg der subjektivistische Sprung.

-- ebenfalls im Anschluß an Hegel werden (philosophische) Vernunft und (wissenschaftlicher) Verstand entgegengesetzt und ersterer letzterem vorgezogen; **die Wissenschaft wird** - aufgrund ihrer Funktion, die Realität (und - was geflissentlich übersehen wird: ihre Veränderungstendenzen!) zu erkennen - **als unkritisch, demgegenüber die Philosophie** - da sie nicht von den Tatsachen, sondern von den Ideen ausgeht - **als kritisch dargestellt**. "Die alte spiritualistische Verachtung für das Endliche und die irdische Welt wiedererstehen als Phi-

33 Zur Bewegungsorientierung der Front-Konzepts s.: Rote Armee Fraktion, *Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front* (1982), in: Redaktion, a.a.O. (FN 24), 116 - 122 (116 f., 120 f.): "Jetzt geht es darum, was insgesamt als *Möglichkeit quer durch alle Gegenden und Scenen schon lebt*, oft diffus und nur als ungefähre Vorstellung spürbar, auf neuer Stufe Kampf werden zu lassen, (...). Das heißt, (...) in einem *offenen strategischen Konzept* zu kämpfen, wo jeder, der aus dem Ernst der eigenen Lage, aus *seiner Geschichte* und seinem *subjektiven Prozeß* sich (...) in den *konkreten Kampf*, in den Zusammenhang der Politik der Guerilla stellt. Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse (...). Worin Leben nicht in einer weiteren Übergangsetappe, Sieg *nicht als Übernahme des Staates* vorgestellt ist, sondern der einheitliche Prozeß des Widerstands, *Gegenmacht* und der Umgestaltung zur Befreiung." (Hervorh. d. Verf.).

34 Dutschke/Krahl, a.a.O. (FN 9), 139 - Hervorh. d. Verf.

35 "(...): zeigen, daß hier der ganze Mensch mitgeht und seinen Willen zum Leben anmeldet, (...)." (Herbert Marcuse, *Das Problem der Gewalt in der Opposition*, in: ders., *Das Ende der Utopie*. Vorträge und Diskussionen in Westberlin 1967, Frankfurt am Main, 1980, 44 - 58 (57) zit. n. Juchler, a.a.O. (FN 4), 65, 102, FN 8, 117).

36 Rote Armee Fraktion, *Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes*, in: Redaktion, a.a.O. (FN 24), 31 - 40 (36, 37).

37 RAF, a.a.O. (FN 33), (117, 121).

38 S. dazu: Miriam Glucksmann, *Einwände gegen Goldmanns Positionen* (1969), in: *alternative*. Zeitschrift für Literatur und Diskussion (Westberlin), Vol. 71: *Literatursoziologie II: Lucien Goldmanns Methode - zur Diskussion gestellt*, April 1970, 74 - 87 (74).
Louis Althusser, *Widerspruch und Überdeterminierung*. Anmerkungen für eine Untersuchung (1962) und *Über materialistische Dialektik*. Von der Ungleichheit der Ursprünge (1963), in: ders., *Für Marx*, Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main, 1968, 52 - 99 (68) und 100 - 167 (137 - 167).
Saúl Karsz, *Theorie und Politik: Louis Althusser*, Ullstein-Verlag: Frankfurt am Main / [West]berlin / Wien, 1976, 149, 163.

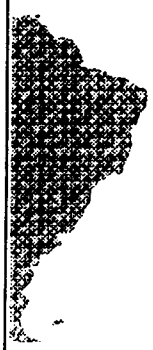
39 W.I. Lenin, *"Kommunismus"* (1920), in: ders., *Werke*, Band 31, 153 (154, s.a. 153) in direkter Auseinandersetzung mit einer stark von Lukács beeinflußten Zeitschrift.

losophie der Revolution, besser der 'Revolte'. Es werden nicht etwa bestimmte historisch-gesellschaftliche Institutionen bekämpft (wie 'Profit', 'Monopol' oder auch 'sozialistische Bürokratie'). Man/*frau* bekämpft Gegenstände und Dinge." Genau in diesem Sinne konvergieren auch bei der RAF Theoriefeindlichkeit und eine Kritik des analytischen, zerlegenden (im Gegensatz zum 'organischen') Denken einerseits und die Forderung nach "vernünftigen" (Eva Haule) bzw. "sinnvollen Lösungen" (RAF-Erklärung vom Aug. 1992).[40]

-- Auf der Grundlage dieser Übernahme des hegelschen Idealismus ist es dann auch kein Wunder mehr, daß sich die RAF und Teile der Gefangenen die Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen im Wege der Durchsetzung 'neuer Werte' vorstellen.

-- Diese 'Strategie' steht schließlich im Kontext der Interpretation des Kapitalismus nicht als *eine* Art der Organisation des sozialen Zusammenhangs, sondern als 'Zerstörung des Sozialen'. Dadurch scheint der Imperialismus ständig am Zusammenbruch zu sein. In dieser Perspektive mag es vielleicht plausibel erscheinen, sich auf die Durchsetzung 'neuer Werte' beschränken zu wollen und dadurch dem Imperialismus den letzten Stoß zu geben.[41] In dieser Perspektive wird ideologischer Klassenkampf allenfalls dahingehend verstanden, "'bedrohte humanistische Werte' dem 'verdinglichten' Einfluß spätbürgerlicher 'Kunstindustrie' zu entreißen und dem 'Erbe' einzuverleiben."[42] In Anbetracht der tatsächlichen Stabilität und des tatsächlichen Kräfteverhältnisses ist eine solche Geringschätzung des revolutionären ideologischen Kampfes und die Geringschätzung der Schaffung einer Organisation, die ihn führt,[43] fatal.

Wenn diese Punkte in den folgenden Texten an der Frankfurter Schule kritisiert werden, dann können diese Texte unseres Erachtens also auch als Kritik an der RAF-Theorie nach dem Mai 72 - teils bis zum April 1992, teils erst ab dem April 1992 - gelesen werden.



Lateinamerika ist mehr als Salsa, Drogen und Bananen

Seit mehr als 15 Jahren berichtet die Informationsstelle Lateinamerika (ila) überdie politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen auf dem Kontinent. Aktuelle und hintergründige Artikel über Verdrängtes und Brisantes, kritische und engagierte Berichte über Unrecht und Ungerechtigkeit geben der "ila" ihr eigenes Profil.

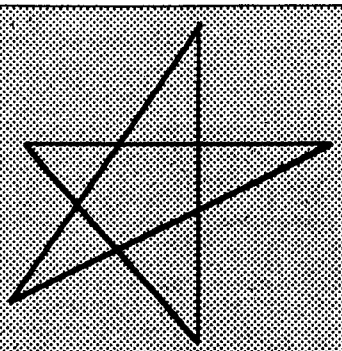
Erscheint 10x im Jahr
Einzelheft 60 Seiten, DM 7,-

BESTELLEN

Informationsstelle
Lateinamerika
Heerstr 205
53111 Bonn
(0228) 65 86 13

ila

alle 14-Tage



Wo informieren sich internationalistische Linke über Widerstand in Österreich gegen EG-Beitritt, die Festung Europa, gegen Haider und andere Faschos in der Alpenrepublik

Die LINKE

Jahresabo DM 70,-/SFr 68 Probeexemplar gratis.
Bestellungen an *Die LINKE*, Postfach 395, 1070 Wien

zum Kennenlernen eine Probenummer bestellen

40 Vgl. Lucio Colletti, *Von Hegel zu Marcuse*, in: *alternative*, Vol. 72/73: *Literatur und Revolution*. Beiträge aus Italien, Juni/Aug. 1970, 129 - 148 (128 f., 141 ff., 134). Zum Unterschied zwischen dem auch von Colletti vertretenen Ansatz der della Volpe-Schule und dem Althusser-Ansatz s.: Louis Althusser, *Für Marx*, a.a.O., 38 f.; Christian Lazzeri, Stichwort "*Widerspruch*", in: Georges Labica / Gérard Bensussan (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 8, Argument-Verlag: Hamburg, 1989, 1431 - 1436 (1432 f.); Waldemar Schmidt, *Probleme einer Metakritik der Anthropologie*, Germinal-Verlag: Bochum, 1980, 249 - 251 mit weiteren Nachweisen. Zum politischen Hintergrund von Hegelianismus und Anti-Hegelianismus s.: Otto Kalscheuer, *"Anti-Hegelianismus" in der Arbeiterbewegung*. Hypothesen zur Althusser- und della Volpe-Schule, in: alternative, Vol. 97, 1974, 164 - 174.

41 Vgl. Nicos Poulantzas, *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Athenäum: Frankfurt am Main, 1974, 196 (im Abschnitt "2. Der kapitalistische Staat und die Ideologien. I. Die historistische Auffassung der Ideologie"). Wenn wir uns hier in der Frage des ideologischen Klassenkampfs mit unserer Kritik an der RAF auf Poulantzas beziehen, wollen wir damit nicht bestreiten, daß sich die RAF in anderen Fragen durchaus in Übereinstimmung mit Poulantzas befand und teilweise noch befindet.

42 Gerhard Plumpe, *Ästhetik und juristische Ideologie*. Einführung zu Bernard Edelman: "Das bürgerliche Recht ergreift Photographie und Film", in: *alternative*, Vol. 118, Feb. 1978, 28 - 31 (29).

43 Vgl. dazu Poulantzas, a.a.O. (FN 41), 203 f.

VIII. Antiimperialistische Kritiken an der neuen Politik

"(...) für den aufbau einer neuen internationalistischen front, von der die in westeuropa ein teil ist."
Rolf Heißler, Brief vom Jan. 1993

"Der Anarchismus war nicht selten eine Art Strafe für die opportunistischen Sünden der Arbeiterbewegung. (...) Grundsätze und Ziele sind zwei verschiedene Dinge. In Bezug auf die Ziele können auch die Anarchisten mit uns übereinstimmen, (...)."
Lenin, *Werke*, Bd. 31, 17 und Bd. 32, 492

1. Nathalie Ménigon, Gefangene aus der AD, *Brief vom 14.06.1992*
2. Joëlle Aubron, Gefangene aus der AD, *Brief vom 12.06.1992*
3. Christian Klar, KONKRET-*Leserbrief* und *Prozeßerklärung* (Herbst 1992)
-- Dokumentation: Karl-Heinz Dellwo, *Erklärung vom Nov. 1992*
4. Rolf Heißler, *Brief vom Jan. 1993* mit Kritik an der Erklärung von Karl-Heinz Dellwo
5. Heidi Schulz, Auszug aus einem *Brief vom Jan. 1993* mit Kritik an der Erklärung von Karl-Heinz Dellwo

Joëlle Aubron

Brief vom 12. Juni 1992

bist du in der lage, dir einen begriff davon zu machen, wie mein gemütszustand nach der erklärung der raf und der diskussion, die anfängt, war? ich weiss es nicht, du mußt es mir sagen und vielleicht bin ich zu schnell. jean-marc (rouillan,anm.d.ü.) sagt, daß ich immer zu viel auf einmal sagen will, und übrigens, weil ich nicht den raum habe, mich auszulassen, rede ich verkürzt. aber eigentlich ist es eine "reaktion mit noch erhitztem gemüt"; welches sind heute die wichtigen achsen.
in interim habe ich einen text gefunden und übersetzt, der "von einer revolutionären strömung" unterschrieben ist. und wenn da auch die kritik an der internationalen analyse der raf-erklärung fehlt - oder vielmehr die kritik an dem fehlen dieser analyse, finde ich den rest der formulierten kritik berechtigt.
ich weiss, daß eva einen brief an die frauen in hamburg geschickt hat.(1) ich hoffe, daß ich ihn bald habe, denn ich erwarte viel davon - genau, wie eva das an jean-marc geschrieben hat, um "...die konfrontation zu klären.... wie im allgemeinen für die kontinuität des politischen prozesses hier und in westeuropa."
selbst wenn ich inzwischen die ganze erklärung kenne, so ändert das nichts an meiner kritik. was ich unterstreichen will: wie auch immer mein ärger über den politischen inhalt ist, ich denke, daß die "waffenruhe" von der revolutionären bewegung in der brd als arbeitsmöglichkeit begriffen werden kann.
und jetzt folge ich also der auseinandersetzung mit grossem interesse. natürlich bin ich auch beunruhigt, weil die erklärung durch ihre verworrenheit gefahr läuft, anlaß zu sterilen abrechnungen zu geben. wie in der letzten nummer von interim (nr. 195). da ist ein text, der, so weit ich ihn verstehe, mir überhaupt nicht gefällt. die alten geschichten mit der kritik der gefangenen aus der grapo, eine sogenannte kommunistische brigade, die, das weiß ich von woandersher, sich in einem anderen text auf frederic oriach bezieht, ein französischer militanter, der auch intelligente sachen zu sagen hat, wenn er nicht gerade davon besessen ist, über uns herzuziehen. aber gut, das, ich bin fatalistisch, gehört zu den risiken einer diskussion.
sobald ich mit meiner post weitergekommen bin, will ich den text übersetzen, der in der taz veröffentlicht wurde und der an die erklärung anknüpft, über die wir bei deinem besuch gesprochen haben: vor allem zitate aus alten raf-texten. das alles, um dir zu sagen, daß ich sehr aufmerksam verfolge, wie die diskussion läuft.
übrigens hat jean-marc vorgeschlagen, eine broschüre in französisch mit zwangsläufig nicht zu vielen exemplaren zu machen. wie immer gibt es das problem, wer von 'uns' daran interessiert ist, das zu machen und innerhalb einer nicht zu langen zeit. ich werde "überall" die frage stellen. aber ich glaube, daß es wichtig ist, daß die französischen militanten, die daran interessiert sind, sich eine vorstellung von dieser diskussion machen können.
selbst wenn ich den text über den kampf der hafenstrasse (2) sehr interessant fand, denke ich, daß du danebenliegst, was meinen gebrauch des begriffs "politische lösung" angeht. ich beziehe mich auf die italienische begriffsbestimmung. da ist "politische lösung" eine version des italienischen staates und einiger gefangener, die abgeschworen haben, um die frage der politischen gefangenen zu "lösen", und darüber hinaus die guerilla aus der politischen landschaft italiens zu entfernen. d.h. während die gefangenen geiseln des staates sind, ausgehend von dem niveau der politisch-gesellschaftlichen konfrontation, deren fortgeschrittenster ausdruck auf dem terrain des revolutionären krieges die guerilla ist, löst die verhandlung mit dem staat diesen zusammenhang auf, verkauft die guerilla, und hilft damit bei der befriedung der imperialistischen zentren und damit erzeugt das auch den mangel an radikalen politisch-sozialen perspektiven, während die härte des klassenkampfs immer gewaltsamer diese zentren durchquert.
natürlich ist aus verschiedenen gründen, unter anderem, weil die raf nicht für sich beansprucht, avantgarde zu sein, die verhandlung mit dem staat wegen der freilassung der gefangenen in der brd nicht zu vergleichen mit der italienischen bedeutung der "politischen lösung". aber ob die raf für sich beansprucht, avantgarde zu sein oder nicht, ändert nicht viel daran, daß sie 20 jahre lang das höchste niveau der konfrontation mit dem staat bedeutet hat. und die bedeutung also, die die "deeskalation" in dem zusammenhang haben kann, wo das kräfteverhältnis günstig für die bourgeoisie ist, wo letztere gleichzeitig eine politische herrschaftskrise erlebt, egal übrigens wie schwach das revolutionäre lager ist.
gut, aber eigentlich sehe ich es so, daß es nicht sehr interessant ist, darüber lange zu diskutieren. ich gehe davon aus, daß die waffenruhe existiert, daß sie den problemen entspricht, die sich angesichts der schwierigkeit von perspektiven heute stellen, und daß man also damit (der waffenruhe) arbeiten muss.
einesteils gibt es das problem der gefangenen und also die mehr oder weniger unvermeidlichen versuche von seiten des staates, "die spreu vom weizen zu trennen". das, was er mit den prozessen auf der grundlage von aussagen der aussteiger aus der ehemaligen ddr machen will. gleichzeitig will er versuchen, die "spreu" zu normalisieren über haftbedingungen, die von der negation des politischen gekennzeichnet sind. was er bis heute aufgrund des widerstandes und des zusammenhangs der gefangenen nicht vollenden konnte, aber auch aufgrund seiner eigenen widersprüche, wo er immer den ausnahmezustand der konfrontation verwalten mußte - also die sonderhaftbedingungen.... all das ist also der job der mobilisierung für die freilassung aller und die frage, wie man mit der staatlichen linken (grüne etc.) umgeht.
auf der anderen seite gibt es das problem, daß die revolutionäre bewegung ziemlich solide sein muss, um nicht das kind mit dem bade auszuschütten (ein französischer ausdruck, der bedeutet, daß man unter dem vorwand, falsche orientierungen infrage zu stellen, vergißt, die schritte, die gemacht wurden, zu bewahren). das würde in diesem fall im zusammenhang damit stehen, daß das erbe der kämpfe und erfahrungen, die irrtümer aber auch die schritte, die gemacht wurden, gering geschätzt wird, während genau aus diesem erbe die neue revolutionäre qualität entsteht und entstehen wird. die ist noch embryonal, aber trotzdem objektiv und subjektiv radikale kritik der alten revolutionären bewegung, die mit dem revisionismus zusammengebrochen ist.
ich weiß nicht, ob es mir gelingen wird, in diesem brief wirklich auf alles zu antworten, was der text über die internationale situation an gedanken bei mir auslöst, und die diskussion um diese veränderungen. meine gefühle und gedanken sind gemischt beim lesen dieses briefs, manchmal bin ich vollkommen einverstanden damit, ein anderes mal nicht. und ich will vor allem dahin kommen, einen guten anfang zu finden. vielleicht ist es das, daß ich dir sage, was ich unter dieser neuen noch embryonalen qualität verstehe.(3)
denn die politik des bewaffneten kampfs in den zentren hat sich zum teil als kritik der alten schemata des revolutionären prozesses konstituiert. deswegen trugen diese politische strategie und das neue internationale verhältnis noch den stempel der alten schemata. so waren insbesondere die kämpfenden organisationen, die in den imperialistischen zentren aktiv wa-

ren, objektiv - aber auch subjektiv - in die "zwangsjacke" der ost/westkonfrontation eingezwängt.
die stärke der subjektiven prägung hängt auch von der des revisionismus in jedem land ab. so habe ich den eindruck, daß in den ländern, wo der revisionismus in der arbeiterklasse ziemlich eingepflanzt ist (wie italien oder frankreich im gegensatz zur brd und der integration der arbeiterklasse in das sozialdemokratische modell, das dort vorherrscht) die revolutionäre politik gezwungen war, mehr abstand von den alten schemata des prozesses zu nehmen. dieses alte schema ist das, was in dem brief beschrieben wird mit "die offensive aller möglichen befreiungskräfte in eine strategische offensive gegen das imperialistische system insgesamt einmündete, das, seiner zentralpotenz beraubt, dem würde nicht standhalten können."
aufpassen, ich will nicht sagen, daß diese konzeption total fehlte und deshalb spreche ich von der zwangsjacke der ost/west-konfrontation. aber genau von diesem ausgangspunkt aus, der zwangsjacke also, sehe ich den zusammenbruch des sowjetischen blocks als positiv an, denn er "macht frei" von dem "weltweiten politischen koordinatenkreuz". und das genau in einem moment, wo in dem für sie günstigen kräfteverhältnis, das die bourgeoisie errungen hat, der bruch zwischen den nutzniessern des systems und den ausgegrenzten quer durch die ganze welt geht. auf der einen seite ist es die integration der abhängigen bourgeoisien in die imperialistische bourgeoisie (es fehlt nicht an beispielen dafür, wie die anwendung der iwf-pläne, der golfkrieg, der von der uno gedeckt wird, nicht nur von den 5 ständigen mitgliedern des sicherheitsrates, sondern von allen, ausgenommen einige wenige länder, etc.) auf der anderen seite die allgemein verbreitete ausgrenzung nicht nur der mehrheit der bevölkerungen im trikont, sondern auch in den zentren.
trotzdem stimme ich mit dir überein, daß der zusammenbruch des "sowjetischen modells" oder seine damalige ablehnung mit dem iranischen beispiel das zeichen sind für die notwendigkeit, glaubwürdige perspektiven für eine menschliche zukunft zu entwerfen, und diese perspektiven müssen auch, wie el nato sagt, von konkreten und unmittelbaren bedürfnissen ausgehen.
aber diesen letzten punkt finde ich auch positiv. ich mag keine prozesse mit "zukunftsmusik". und ich sehe es seit langem so, daß diese ideale fixierung auf eine zukunft ohne ende eine der charakteristiken des revisionistischen modells ist. sie ist die negation des lebens, aber sie steht auch im widerspruch zum dialektischen materialismus. es hat mir gut gefallen, daß du marx zitiert hast: "die menschen machen ihre geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien stücken..." es geht also nicht darum, schöne worte zu predigen. das ist nicht möglich, und das gegenteil zu glauben, öffnet genau die tür für bürokratische abweichungen - da gibt es "die, die bescheid wissen und die, die zuhören". das ist eine karrikatur des verhältnisses avantgarde/massen, die vom revisionismus entwickelt wurde. noch einmal: das leidet unter dem mangel an dialektik.
aber, um auf die neue revolutionäre qualität als wesentliche hinterlassenschaft dieser letzten 25 jahre zurückzukommen, werde ich schon grob 3 elemente zitieren:
die radikale infragestellung der linearen prozesse der akkumulation der kräfte im langdauernden revolutionären krieg; der angriff auf das herz des staates als unmittelbares und dialektisches moment des aufbaus des revolutionären pols, das neue internationale bewußtsein über die dimension des kampfes. der angriff in den zentren ist nicht nur solidarische unterstützung der kämpfe, die sich hier und da in den abhängigen ländern ereignen, er ist zugleich notwendigkeit für hier und für dort. der klassenkampf ist unabtrennbar international. und wenn wir daran zweifeln würden, dann ist es gerade die kapitalistische produktionsweise und ihre weltweite verwurzelung, die uns das beweist, jetzt geht es darum, und da liegt die dringende und vitale schwierigkeit, die gelöst werden muss, "den bonus zu optimieren" und andere, die ich nicht zitiert habe, weil ich faul bin.
so kommt man immer auf das problem der neuen politischen bestimmung zurück, die eine anstrengung zur neu-definition von perspektiven erfordert, wie die strukturen der organisierung und der klasse. d.h., wie können die errungenschaften dieses jahrhunderts potenziert werden, unter anderen von den sackgassen auszugehen, denn diese sind mit ihrem misslingen genau die erfahrungen und beweise in vivo, daß der revolutionäre prozeß niemals ein rezept ist, sondern im gegenteil von der bewegung ausgeht. und genau das ist im wesentlichen der kommunismus, es geht nicht darum, einen idealen zustand zu erreichen, sondern darum, daß das leben und seine bewegung im zentrum der gesellschaft stehen, statt einer vergegenständlichung der gesellschaftlichen verhältnisse, wo die individuen immer mehr konsumenten sind und nur über die warenwerte definiert werden.

(1) joëlle meint einen brief von eva haule vom 9. april 1992 an die frauen in hamburg, die einen aufruf zur freiheit für alle politischen gefangenen geschrieben haben, veröffentlicht u.a. im angehörigen info nr. 88.

(2) joëlle meint damit einen brief von eva haule von 1991 an die hafenstraße.
(3) joëlle bezieht sich hier auf einen brief von lutz taufer vom 21.12.1991 an leute in tübingen.

Nathalie Ménigon

Brief vom 14. Juni 1992

... wie ich dir gesagt habe, als wir uns das letzte mal gesehen haben, die "waffenruhe" ("trève" im französischen, anm. d.ü.) ist nicht das problem.
ich war in dem augenblick entrüstet über die politische inhaltslosigkeit der erklärung und auch über das, was mich auf einer anderen ebene beschäftigt hat. die waffenruhe ist also eine notwendigkeit. wir stimmen, denke ich, in diesem punkt überein. tatsächlich ist das einzige, was aus diesem text gezogen werden kann, die aufforderung zur diskussion, und zwar wegen des mangels an konkreter perspektive. so ist das wichtige diese diskussion in der deutschen revolutionären bewegung und all derer, die in europa teil der revolutionären geschichte sind.
im moment ist das wichtige, die entwicklung dieser diskussion zu verstehen und wo sie steht. und auch, was uns auch betrifft, die diskussion nicht mit kritik zu stören und so den diskussionsprozess, der in gang gekommen ist, zu begreifen. und zwar aus dem verständnis und der überzeugung, dass das konzept der einheit der revolutionäre keine leere hülse ist, sondern im gegenteil schon realität und eine kraft, die aufgebaut wird. so muss die kritik, die wir üben, positiv sein für alle, aus der erkenntnis, dass "zusammen kämpfen" auch heisst, zusammen zu überlegen.
du musst wissen, dass meine erste reaktion fast immer aus dem bauch kommt, emotional ist. wie eva (haule, anm. d.ü.), die geschrieben hat, dass sie tage damit verbracht hat, sich an den kopf zu schlagen. ich selbst habe mich erschlagen gefühlt von der politischen schwäche, die diese erklärung gezeigt hat. jetzt, wo ich viel ruhiger bin, beschäftige ich mich rationaler damit, was die breite diskussion bringen wird. und deshalb habe ich natürlich das bedürfnis, diese diskussion zu verfolgen. auch da, wo es um die mobilisierung zur freilassung aller gefangenen geht.
in dem zusammenhang: es ist klar, dass, wie du sagst, wenn die regierung auf ihrer position beharrt: freilassung nur unter der bedingung des abschwörens, aufgrund von juristischen prozeduren, muss die mobilisierung stärker und schärfer werden.

Christian Klar

KONKRET-Leserbrief

Der Kopf mag ja rund sein und uns damit der Gefahr aussetzen, daß sich die Gedanken in beliebige Richtung wenden, aber vorne auf dem Kopf sitzt auch eine Nase, die hilft, vorwärts und rückwärts zu unterscheiden. Er enthält eine kleine Leinwand hinter der Stirn, auf die der Verstand Visionen wirft, und er besitzt Augen, um den Blick kühl über Kimme und Korn zu führen.
Allerdings beherbergt der Kopf, wie weit man das Teil auch ausräumt, nicht das Herz, das noch in den ärgsten Zeiten gegen Kleinmut und links-deutsche Einseiferei revoltieren könnte.
Christian Klar
Stammheim

Erklärung im Stammheimer Prozeß: "Die Situation der Gefangenen ist wie gehabt"

anfang des jahres kam die koordinierungsgruppe für terror, die in wiesbaden alle die repressionsapparate und dienste zusammenführt, die seit der alten gestapo getrennt bleiben sollten, mit einer sache raus, die als eine neue haltung des apparats in der gefangenenfrage gelten soll. der damalige bundesjustizminister präsentierte das für die öffentlichkeit, und seitdem hieß das "kinkelinitiative". daran kam anfangs auch optimismus auf - was die lage der gefangenen angeht - als auch allgemeiner: erwartung auf eine rücknahme der kriminalisierung und unterdrückung der linken, radikalen, oppositionellen bewegungen im land. inzwischen sind 8 monate vergangen. es ist hier nicht sache, ins einzelne zu gehen. wer nicht tägliche, hautnahe erfahrungen macht, liest jedenfalls zeitung und sieht die tv-bilder.
aber kurz zum bereich knäste und prozesse. daß dieser prozeß hier überhaupt angesetzt wurde und weitere in der art folgen werden, sagt schon entscheidendes. die situation der gefangenen ist wie gehabt. die verweigerung der zusammenlegung und die handhabung der freilassungen bzw. die ablehnungen sogar gegenüber weiteren schwer kranken - das alles ist keine neue haltung, vielmehr ist aus einer mehrmonatigen entwicklung ein geiselkalkül mit ganz neuem ehrgeiz herausgekommen: im angeschlagenen rhythmus haben sie sich errechnet, das geiselmaterial reicht ihnen für die nächsten 10 jahre (selbst)disziplinierung militanter politik in deutschland? derweil ist in den letzten monaten eine ganz andere initiative fett geworden, nochmal eine "kinkel-initiative", diesmal eine echte: in konsequenten schritten wurden verbliebene hindernisse aus dem weg geräumt, um auch deutsches militär in die startpositionen zu bringen für das kommende blutige rennen der imperialistischen mächte um die neuaufteilung der einflußregionen. zwischen erster und zweiter sache besteht natürlich ein zusammenhang. fürs aufschwingen zur weltmachtfähigkeit, die neue dominierung und verwüstung anderer europäischer und vieler außereuropäischer völker heraufbeschwört, soll die organisation in deutschland, die aus den vergangenen 22 jahren die größte internationalistische ausstrahlung und moralische achtung besitzt, an die gefangenenfrage gefesselt werden.
aber die westliche weltpolizeitendenz, die politik der verwüstungen, um platz zu schaffen für erweiterte machtpositionen und neue booms der weltmarktfürsten und die tatsache, daß seit den pogromen in rostock der rassismus zur offiziellen deutschen staatsideologie erklärt ist, diese entwicklungen bringen mich zu der meinung, daß die neue aufbrechende und sich organisierende linke hier im land ihre strategie entwickeln sollte, ganz ohne sich von den drohungen des apparats beeindrucken zu lassen, daß er ja gefangene in der hand hat.
zum prozeß hier: er ist auf die gelaufenen kronzeugengeschäfte aufgebaut. im sozusagen rechtlichen bedeutet das nur, daß die staatsschutzjustiz sich ein weiteres mal als institution selbst auf den begriff bringt: alles ist recht, was nur ihre rolle als bloßes instrument zur ausmerzung revolutionärer opposition schmiert. aber es gibt da einen wichtigen punkt. das modell ist die westliche medienmaschine, wie sie 1991 für die bevölkerungen der reichen zentren eine scheinwirklichkeit in die wohnstuben projizierte, bis der konsens so weit geschaffen war, die golfintervention durchzuführen. in derselben herrschaftstechnik läuft das mit der präsentierung von sogenannten kronzeugen. die paar kriminalistischen informationen sind ganz zweitrangig. die hauptsache ist die ausgedehnte inszenierung von scheinwirklichkeit für die staatliche politik, tatsächliche geschichte zu usurpieren, damit sie nicht von unten für die zukunft angeeignet wird, der apparat mästet sich am kollaborateur. aber in der sache authentisches kann der nicht mehr vermitteln. er selbst ist aufgelöst in den zwängen der inneren rechtfertigung, von rückversicherungen und für die erfüllung des eigenen beitrags zu dem geschäft, das ihm den lohn bringen soll.
schließlich zur geldaktion in zürich: man müßte nicht groß darüber reden, wenn es

bei dieser aktion nicht opfer unter unbeteiligten gegeben hätte.
grundsätzlich vorweg noch gesagt: daß für die bedürfnisse revolutionärer bewegungen das geld aus den tresoren des kapitals herausgeholt wird, ist natürlich gerechtfertigt. damit werden die scheine aus dem kreislauf der ausbeutung und versklavung rausgenommen und gerechten zwecken übergeben.
es geht hier um die geldbeschaffungsaktion im november 1979 in der züricher innenstadt. der ausgangspunkt der probleme ist gewesen, daß der abgang nach der bank nicht ausreichend überlegt aufgebaut worden ist, dann muß nur noch ein zufall dazukommen, und die bedingungen sind da, in denen aktivbürger sich ermutigt fühlen, hilfskraft für die b. zu spielen. solche leute haben schließlich auch mobilisierte polizei an die raf-gruppe rangeführt. bis dahin war noch kein mensch verletzt worden. aber zwei der polizisten lösten dann an zwei verschiedenen orten die schußwechsel aus, in deren zusammenhang eine passantin tödlich getroffen wurde und eine zweite frau schwer verletzt. allerdings anders als die anklageschrift monströs zeichnet, hat es von der raf-gruppe an keiner stelle der flucht absichtliche schüsse gegen das leben ziviler personen gegeben, auch gegen keine der beiden frauen! aus den objektiven hinweisen ist nicht mal gewiß, ob der tod der passantin oder die verletzung der pkw-besitzerin durch polizeikugeln oder durch kugeln aus den waffen der raf-gruppe verursacht wurden. und nach den eigenen rekonstruktionen später gab es nur wahrscheinlichkeiten, gefolgert aus dem standort der personen und aus den schußrichtungen. aber das alles soll nicht die verantwortung unklar machen. die liegt schon mal darin, daß es die eigene aktion gewesen ist. und besonders darin, als den gefechten mit polizisten nicht mehr auszuweichen war, die waffen zum teil mit einem mangel an umsicht eingesetzt worden sind, zum teil auch mit schlimmer rücksichtslosigkeit, die in solcher umgebung nicht sein darf. es gehört zur grundsätzlichen verantwortlichkeit, daß der einsatz der waffen, wenn dem schon nicht mehr ausgewichen werden kann, dann so geschieht, daß keine unbeteiligten gefährdet werden.
das sind prinzipien aus dem wesen der revolutionären linken - um sich als einzelner und als organisation immer wieder dahinzuschaffen, es auch umzusetzen, muß die (selbst)erziehung bewaffnet kämpfender linker organisationen sein.

Karl-Heinz Dellwo

Erklärung von Ende Okt. 1992

die bundesjustizministerin hat bernd rößner 'strafausstand' gewährt. das ist der ersatz für eine entscheidung des bundespräsidenten, die trotz fester zusagen nicht gekommen ist. statt einer politischen entscheidung liegt nun eine vor, die die notwendigkeit einer politischen antwort des staates auf die gefangenenfrage, aber auch auf die raf, unterschleichen will. an der staatlichen haltung uns gegenüber hat sich damit nichts geändert. diese entscheidung macht politisch nichts auf.
im januar '92 war der damalige justizminister kinkel mit der erklärung an die öffentlichkeit getreten, von seiten des staates politische bewegung in das verhältnis zu uns reinzubringen. eine 22jährige konfrontation hat ganz einfach auch ihre faktische evidenz geschaffen, der nur noch dummköpfe ihren politischen gehalt bestreiten können. das war durchaus neu, gehörte es doch zur politischen schizophrenie dieser jahre, das politische dieser situation im interesse ideologisch-propagandistischer positionen wegzubeten. es kam allerdings schon jahre zu spät.
wir hatten 1989 in unserem damaligen hungerstreik um zusammenlegung bereits versucht, die politisch und auch militärisch festgefressene situation zu öffnen und eine neue entwicklung zu ermöglichen. die raf hatte, wie ihr nicht-militärisches verhalten bewies, diesen versuch mitgetragen. vom staat allerdings war das nur als unsere schwäche ausgelegt worden, wieder einmal lehnten sie sich zurück, wieder einmal sahen sie sich kurz vor dem großen sieg. so traten sie nach dem abbruch des hungerstreiks auch nur nach: die verweigerung der zusammenlegung wurde festgeklopft, neue kampagnen gegen uns oder unsere anwälte inszeniert, neue zellenrazzien und das einleiten neuer prozesse. nach außen weiter der alte repressionsbetrieb. das ergebnis war die fortsetzung der militärischen konfrontation.
kinkel dann am jahresanfang, 'mit den sicherheitsbehörden abgestimmt', schien endlich ein anzeichen dafür zu sein, daß auch der staat sich der politischen realität stellen will. allerdings kam kurz nach dieser 'initiative' von den gleichen 'sicherheitsbehörden' die erste rücknahme: die baw zog ihren selbstproduzierten "kronzeugen" nonne aus der tasche und versuchte, jedes politische vorgehen zu durchkreuzen.
auch ansonsten blieb die 'kinkel-initiative' ihren realitätsbeweis schuldig. wäre sie ernst gemeint gewesen, hätten ihr schritte zur zusammenlegung folgen müssen. im vollständigen fehlen dessen war bereits ausgedrückt, daß auch die 'kinkel-initiative' weiter auf der prämisse der zerstörung der gruppe basierte. daran wird sich natürlich nichts entwickeln.
im april kam dann die erklärung der raf, angriffsoperationen auszusetzen zugunsten der einleitung eines politischen prozesses. die gefangenen haben das durch die erklärung von irmgard möller bekräftigt. diesen schritt der raf muß man eindeutig als versuch sehen, aus der illegalität heraus das neu in gang zu setzen, womit die gefangenen 1989 gegen die dumpfe haltung der macht gescheitert waren. mit weiteren erklärungen hat die raf inzwischen ihre entscheidung bekräftigt und vertieft. damit war auch die frage des bewaffneten kampfes offen gemacht und eine situation hergestellt, wie es sie zuvor noch nie gegeben hat.
die unmittelbaren öffentlichen reaktionen darauf - läßt man politiker wie däublergmelin oder penner beiseite, ebenso die csu, von der nichts anderes zu erwarten ist - waren teilweise von der erkenntnis getragen, daß es auf diesen qualitativen schritt der raf eine entsprechende antwort geben muß. gekommen ist sie nicht.
stattdessen wurde nur taktiert. während v. stahl z.b. öffentlich erklärte, die gefangenen müßten nicht abschwören oder ihre geschichte denunzieren, versuchte der zuständige olg-senat günter sonnenberg im anhörungsverfahren dazu zu zwingen. gegen die sofortige freilassung von bernd rößner wurden immer neue schwierigkeiten geschaffen. wurde der raf-schritt im april in den öffentlichen stellungnahmen noch begrüßt, erklärte die neue bundesjustizministerin unter ausschluß der öffentlichkeit im august den anwälten: 'es wird keine politische entscheidung geben', 'keine zl', und: 'machen sie den gefangenen keine hoffnungen' . verbunden war das mit dem verlangen, daß das nicht öffentlich wird. eine vollständige absage, aber ohne politische kosten - wie immer die strategie des maximalen profits! darüber hinaus zieht die baw nicht nur ihre neuen verfahren durch, die ein neues aggressives moment in die situation bringen; sondern sie führt sie auch mit der öffentlich dargelegten absicht, die freilassung von bestimmten gefangenen auf mindestens die nächsten zehn jahre zu verhindern. als könnte das aufgehen!
das war die staatspolitische antwort auf die raf-erklärung, und sie hat nur ein 'signal': das alte wird fortgesetzt, nur diesmal unter dem schein von 'normalisierung' der situation. während die raf raum und zeit für eine entwicklung außerhalb des auch staatlicherseits festgefressenen kriegsverhältnisses ge-

öffnet hat, wird der raum von staatsseite wieder zugemacht und die zeit verspielt. während raf und gefangene einen prozeß politischer diskussion angestoßen haben, in dem auch selbstkritisch über unsere geschichte reflektiert wird, wird von der staatsseite die eigene vergangenheit tabuisiert. aber 22 jahre ausnahmezustand und ausnahmesituation auf allen gebieten gegen uns werden nicht durch ein übergleiten in einen scheinnormalen zustand aufgehoben.

wir hatten keine irrationalen oder unerfüllbaren anforderungen gesetzt. uns war klar, daß es ein längerer prozeß ist, an dessen ende die freiheit der politischen gefangenen steht und eine lösung für darüber hinausgehende fragen. in der erklärung von irmgard möller stand, daß niemand von uns davon ausgeht, daß die freiheit aller gefangenen von heute auf morgen umgesetzt werden kann, aber es muß für alle und alles eine perspektive in einem überschaubaren zeitraum geschaffen werden.

sofort möglich für den apparat und die politik war die freiheit aller haftunfähigen gefangenen, das einleiten bei denen, die über 15 jahre inhaftiert sind, und jener widerstandsgefangenen, die schon jetzt zwei drittel ihrer haft hinter sich haben. für die anderen als übergangslösung zu ihrer freiheit die zl. zu den notwendigen schritten von staatsseite gehört auch die mehrfachanrechnung der isolationshaft. nichts ist gelaufen.

trotz dessen haben wir noch auf die angekündigte entscheidung zu bernd rößner gewartet, um danach für alle, die über 15 jahre in haft sind, entlassungsanträge zu stellen. das sind in lübeck: irmgard möller, hanna krabbe, christine kuby; hier in celle lutz taufer, knut folkerts und ich. in bochum betrifft es stefan wisniewski. verbunden damit war die bereitschaft zu den anhörungen, und es ist auch klar, auf was wir uns dort einlassen und auf was nicht: keiner von uns wird nach seiner freilassung zum bewaffneten kampf zurückkehren. wir hatten das im april bereits gesagt: aus den tiefgreifenden globalen und innergesellschaftlichen umbrüchen ist eine einfache fortsetzung der politik und praxis der 70er und 80er jahre unmöglich. der schritt der raf war überfällig und hat die suche nach der neubestimmung systemoppositioneller politik erleichtert.

keiner von uns aber wird in diesen anhörungsverfahren eine auseinandersetzung über unsere geschichte, unser selbstverständins oder das, was ein emanzipatorischer prozeß -individuell wie auch gesellschaftlich - in der zukunft sein kann, führen. diese auseinandersetzung ist öffentlich, und wir suchen darin eine neue grundlage für die zukunft. wir werden uns mit diesen gesellschaftsverhältnissen nicht versöhnen. wir wollen auf anderer ebene gegen die kapitalistischen verhältnisse für deren fundamentale umwälzung weiter kämpfen, die lebensverhältnisse hier und im trikont lassen für uns nichts anderes zu.

an der entlassungsfrage bernd rößner hätte sich eine politische zäsur auf der staatsseite artikulieren können. nach dem inhalt der nun getroffenen entscheidung können wir nur noch feststellen, daß sie diese politische bedeutung nicht mehr hat. denn die jetzige entscheidung besagt, daß die weitere behandlung aller fragen nicht nur der form, sondern auch dem inhalt nach an die justiz abgegeben worden ist. jene wird aus ihrer ideologischen und normativen fixierung heraus erst recht nicht die entscheidung treffen, zu denen die politik offensichtlich nicht willens ist.

natürlich soll jede/r **raus**, die/der raus kann. irmgard möller sitzt im 21. haftjahr. 17 jahre nach dem völkerrechtswidrigen vietnamkrieg vollstreckt die bundesregierung immer noch die rache an denen, die auf seiten dieses vom imperialistischen genocid bedrohten volkes gegen diesen krieg gekämpft haben. das steht symbolhaft für die zustände hier: die vom system gehaltene vergangenheit wütet in ihrer logik und in ihrem sinngehalt immer weiter fort. mit nichts gibt es einen bruch. so kann alles auch immer neu wiederkommen: dafür steht auch der namensgeber der 'kinkel-initiative', der, kaum zum außenminister geworden, seinen vietnamkrieg in kurdistan mitführt. so setzt sich auch im innern die logik ihrer staatsschutzdemokratie fort. so können wir auch nur feststellen: wie jedesmal in der vergangenheit, so ist auch dieser versuch von ihnen, eine andere entwicklung einzuleiten, gemeinsam von politik und apparat substantiell aufgefressen worden.

wir werden das mit den anhörungsverfahren weitermachen, aber wir sagen auch: es gibt grundsätzlich gegenüber den gefangenen und der raf von seiten des staates keine offene politische situation mehr. sie hängen immer noch der absicht nach, uns als gruppe politisch zu zerstören.

wir sagen aber auch: auch wenn alles eine neubestimmung erfahren muß - die geschichte im bewaffneten kampf ist teil unseres lebens. er selber ist teil des weltweiten aufbruchs ab mitte der 60er jahre. es wird niemanden gelingen, diese geschichte auszulöschen und unseren zusammenhang zu sprengen. unsere entscheidung, daß jetzt die entwicklung eines politischen prozesses auf neuer grundlage für uns priorität hat, ist eine kollektive, und so muß auch damit umgegangen werden. alles andere wird nicht aufgehen.

celle, ende oktober

Rolf Heißler

Brief vom Januar 1993

das jahr 92 begann mit dem lancieren der kgt-initiative in die öffentlichkeit, deren kern das in aussicht-stellen der freilassung einiger politischer gefangener war unter dem vorbehalt, daß die raf auf operationen verzichtet, und mit dem ziel, daß sich an unserem kampf um unser leben gegen die menschenzerstörerischen bedingungen keine politischen prozesse mehr entwickeln, um so der guerilla das wasser abzugraben. sie war und ist die umsetzung der lochte-these: ohne gefangene keine raf, die von bestimmten liberalen und 'linken' kreisen übernommen wurde.
dem staat ging es nie um eine 'politische Lösung' in der frage der guerilla und der gefangenen, wie, aus welchen gründen auch immer, von vielen behauptet und gehofft wurde. deswegen ist es auch falsch, wenn jetzt noch immer davon gesprochen wird, die 'kinkel-initiative' sei gescheitert oder tot, im gegenteil, sie steht in vollster blüte und erntet ihre ersten erfolge, wenn wir es weiter so laufen lassen. der staat setzte auf spaltung und entsolidarisierung, indem die von ihm festgelegten kriterien für eine freilassung nicht auf alle zutrafen.
die ständigen kriminalisierungsversuche schränkten unsere kommunikation in unerträglicher weise ein und verunmöglichten, zu einer gemeinsamen Analyse der situation zu kommen. trotzdem ging das staatliche kalkül der kgt-initiative nicht auf, niemand von uns ließ sich zur distanzierung von bewaffneter politik und/oder der eigenen geschichte um der freilassung willen erpressen. um so überraschter war der staat von der april-erklärung der raf. sie nahm nicht nur die eskalation bedingungslos zurück, sondern bewertete auch die 'kinkel-initiative' als anzeichen für fraktionen im Apparat, als ob noch kein jahr zuvor die kgt nicht als das mittel der koordinierung und zentralisierung der bekämpfung installiert worden wäre, und für die mögliche eröffnung des politischen raums, als ob der imperialismus/kapitalismus diesen einer fundamentalopposition je freiwillig zugestanden hätte oder zugestehen würde. zudem verknüpften die genossinnen die neubestimmung revolutionärer politik fatalerweise mit der gefangenenfrage, sie sagten nicht, wir wollen jetzt alle gefangenen frei haben, sondern gestanden dem staat unser festhalten als geiseln und rückversicherung gegen bewaffnete politik zu. dieses papier wie auch die folgenden signalisierten dem staat nur eines: die raf in ihrem derzeitigen zustand der desorientierung ist mit sich selbst beschäftigt, damit handlungsunfähig und braucht nicht mehr ernst genommen zu werden. wir können mit den gefangenen machen, was wir wollen. und das haben sie im verlauf des jahres zur genüge getan.
das haben wir durch unsere erklärung vom 15.04.92 auch noch gestützt. wir bezeichneten die entscheidung der raf als richtig - richtig dagegen ist aufgrund der umbrüche und der stagnation in den letzten jahren lediglich eine phase des strategischen rückzugs, aber ob die genossinn-en ihren schritt genauso sehen, ist nach ihren erklärungen mehr als fraglich. diskussion wurde zum ziel erklärt, nicht als mittel des kampfes um den gemeinsamen politischen prozeß gesehen, der tägliche praktische antworten gegen die eskalation finden und zugleich konzentrierte und kontinuierliche Arbeit an neuen strategien und organisierung bedeuten muß - und darüber hinaus unterwarfen wir uns gleichfalls den vom staat festgelegten kriterien für unsere behandlung. diesen fehler haben wir nicht korrigiert, sondern er setzt sich ausgeweitet in der erklärung von karlheinz dellwo fort. ob die inquisitorischen 'anhörungen', die ablehnung der freilassung der haftunfähigen, die 'strafaussetzung' bei bernd (d.h. der staat hält sich die option offen, ihn wieder der schleichenden vernichtung auszusetzen) oder die kronzeugenprozesse (gleich versuche der legalisierung der todesstrafe über das konstrukt der 'schwere der schuld'), die fortdauernde verweigerung unserer zl, von gesprächszusammenführungen und damit der diskussion, die staatliche botschaft an uns ist unmißverständlich, als politisch handlungsfähige subjekte wollen sie uns nicht über/leben lassen, was sie hinter ein paar freilassungen vor der öffentlichkeit zu verstecken versuchen.
doch dies werden wir nicht zulassen. die neubestimmung revolutionärer politik ändert an der legitimität unseres kampfes und unserer ziele genauso wenig wie an der illegalität ihrer maßnahmen gegen uns seit über zwei jahrzehnten. ihre lobpreisung unserer bekämpfung in den letzten wochen dient nicht der behinderung der von ihnen hochgezüchteten und begünstigten rechten, sondern zielt ausschließlich auf die nachträgliche rechtfertigung ihres menschenrechtswidrigen vorgehens gegen uns. der revolutionäre kampf hier muß sich aus der gesamten internationalen situation bestimmen und politisch und praktisch das niveau erreichen, das der weltweiten auseinandersetzung zwischen imperialismus und befreiung entspricht. das durch den zusammenbruch der realsozialistischen staaten entstandene vakuum können nur die revolutionären und basisbewegungen durch internationale zusammenarbeit und praktische solidarität füllen. der kampf um befreiung der politischen gefangenen weltweit ist eines der konkreten politischen felder für den aufbau einer neuen intenationalistischen front, von der die in westeuropa ein teil ist. nur in globalen bezügen kann der revolutionäre prozess neu entwickelt werden.
damit keine mißverständnisse entstehen: wir halten die freilassung von uns und d.h. auch von denen in celle und lübeck für überfällig, das wollen wir auch für sie. aber wir teilen nicht die aussagen, die sie dazu machen. der von ihnen eingeschlagene weg läßt sich gegen revolutionäre politik und damit auch konkret gegen uns mißbrauchen. und zusätzlich, wenn man dem staat den kleinen finger reicht, will er die ganze hand, versucht er, die totale unterwerfung zu erzwingen. die auswirkung des fehlers vom april und dessen fortführung durch sie werden die genoss-inn-en zu spüren bekommen.
für uns steht aufgrund der erfahrungen in diesem jahr fest, der staat hält unverändert an seiner jahrzehntelangen vernichtungsstrategie fest. das ist nichts neues, sondern unsere wirklichkeit vom ersten tag unserer Gefangenschaft an. wir werden weiter kämpfen um unser leben und für unsere zl mit dem ziel unserer freiheit. unsere forderungen liegen seit 89 auf dem tisch, und daran halten wir unverändert fest.

januar, 1993

Heidi Schulz

Auszug aus einem Brief vom Januar 1993

wir brauchen einen klaren ausgangspunkt für die entwicklung der nächsten zeit, deswegen ist es notwendig, einen schlußstrich unter die kampagne, die seit anfang 92 gegen uns und revolutionäre politik überhaupt läuft, zu ziehen. das ist längst überfällig, um die ganze verwirrung - zu dem ziel: freiheit - zu beenden.
eine verwirrung und desorientierung, die die wurzeln von allen bestimmungen revolutionärer politik anfrisst, weil sie angefangen hat, das klare antagonistische verhältnis zum staat, gegen unterdrückung und machtpolitik aufzulösen: dass wirkliche veränderung - wirkliche schritte nie mit ihm, sondern gegen seine politik erkämpft werden können. das hat sich in diesem jahr vermischt, weil aus richtigen gedanken eine falsche Haltung geworden ist.
so berechtigt und richtig der gedanke war, der staatlich propagierten linie der sogenannten kinkelinitiative kein plattes "nein" "entgegenzuhalten", sondern sie mit der forderung nach freiheit aller revolutionären gefangenen zu konfrontieren, die nach 20 jahren vernichtungshaft längst überfällig ist. wie die frauen in lübeck das benannt haben, freiheit für alle, in einem überschaubaren zeitraum! und dass darin als erster schritt die freilassung der haftunfähigen - bernd, isabel, ali ansteht, sowie dass angelika und ute nicht wieder eingeknastet werden, und die freilassung derer, die seit 15, 17 und 20 jahren im knast sind, laufen muß. so richtig diese konkrete bestimmung war, so falsch wurde es, als daraus eine entpolitisierte haltung geworden ist, die trotz aller gegenteiliger staatlicher entscheidungen, wie z.b. bernds "gnadenentscheidung" fallen zu lassen, den eindruck vermittelt, es gäbe eine grundlage, sich auf die "formaljuristischen verfahren" einzulassen und sich mit dem staat zu einigen, aus der situation von wenigen bestimmt und das noch in dem ganzen (vom staatlichen abschwörinteresse bestimmten) alten rahmen wie er bei solchen (anhörungs)verfahren schon immer war - wie es sich in der erklärung von karlheinz ausdrückt. eine haltung, die nicht mehr von der realen wirklichkeit ausgeht, sondern von der reformierbarkeit dieses staates, die den eindruck erweckt, man könnte mit diesem staat einig werden. als wären die anhörungsrituale - das ganze formaljuristische vorgehen zu ihrer freilassung kein abschwörritual. der irrtum auch, als ginge es dabei um die form und das mittel "bewaffnet zu kämpfen", während es in wirklichkeit um das politische fallenlassen von revolutionären, antagonistischen inhalten und politik geht - das ist der knackpunkt, und die loslösung davon soll der preis sein, den jeder individuell zu zahlen hat, um raus zu kommen. sonst würden die neuen prozesse gegen viele von uns nicht angestrengt, die eben mit der 'schwere der schuld' suggerieren sollen, es hätte nicht jede/r die gleiche politische verantwortung in der praxis und politik von 22 jahren antagonistischer politik; eine differenzierung, die eben "eine lösung für alle" verhindern soll.
dazu gehört: eine eindimensionale sichtweise, die nur unsere fehler und schwächen sehen will und losgelöst von der dialektik "von revolution und konterrevolution", losgelöst von den konkreten herrschaftsprojekten und bekämpfungsstrategien gegen revolutionäre politik und jeden widerstand, führt natürlich nicht zur weiterentwicklung von revolutionären erfahrungen, zu lernprozessen aus der authentischen geschichte von 22 jahren kampf, zu neubestimmungen auf dieser geschichtlichen grundlage, sondern zu ihrer negation, zur negation all dessen, was erkämpft worden ist. das ist dann nicht mehr die trennungslinie zu kapitalistisch-imperialistischer herrschaft, sondern ein schlußstrich zu revolutionärer politik zu setzen.
das aus einer enttäuschung über viele "niederlagen" und rückschläge - die aber auch eine frage nach der praxis und politik an alle anderen kräfte ist - nicht mehr wahrhaben zu wollen, und daraus auch nur noch von der eigenen situation auszugehen und sich in "modifizierter" form auf die staatlichen kalküle einzulassen, um wenigstens die eigene freilassung zu erreichen, ist selbstbetrug. so wird alles - jeder vorschlag, jeder inhalt, jedes ziel zum objekt ihrer strategie. und es wird auch so nicht laufen, weil die logische konsequenz daraus ist, dass die staatsschutz-apparate "nicht nur" eine verklausulierte distanzierung zur geschichte dieser 22 jahre verlangen, sondern natürlich eine, "die in die zukunft weist" - die den ganzen klassenantagonismus leugnet zugunsten einer reformistischen haltung von sogenannter (nicht wirklicher) "fundamentalopposition", die verhindern soll, dass eine neubestimmung - aufgrund der tatsächlich zugespitzten gesellschaftlichen wie internationalen verhältnisse - von antagonistischer revolutionärer politik möglich wird.
genau daraus bestimmt war der "politisch teil" der kgt-initiative und der umgang im konkreten - gegen wirkliche schritte: die bedingungslose freilassung der haftunfähigen und derer, die schon am längsten in der vernichtungshaft sind, sowie die zusammenlegung als übergang für die anderen, als erste schritte für die freiheit aller zu unterlaufen, zu verhindern.
und in diesen staatsschutz-manövern, die schließlich in einigem das denken verhindert und gelähmt haben, ist uns selbst der klare politische blick über weite strecken verloren gegangen, die klarheit, mit der zu anfang noch die "kinkelinitiative" gesehen wurde, als ein versuch, um der mobilisierung zur freiheit aller revolutionären gefangenen, die seit dem streik 89 in vielen diskussionen teil war, dass diese forderung die einzige politische und legitime antwort gegen jahrzehntelange vernichtungshaft ist, - zuvorzukommen, zu desorientieren, zu neutralisieren. um zu verhindern, dass gegen das staatliche vernichtungskalkül eine kraft hochkommt, die die freiheit auf die tagesordnung setzt.
sie haben dabei genau in dem (politischen) loch operiert, das mit dem ende der 80er jahre eigentlich für alle deutlich war, und das von einer gesamtlinken neuformierung hätte gefüllt werden müssen, dass aufgrund der grundlegend veränderten internationalen wie gesellschaftlichen verhältnisse, eine bestimmung von revolutionärer politik notwendig ist, die diese neuen verhältnisse sowohl analytisch auf den politischen begriff bringt wie auch einer praxis, die dazu in der lage ist, die realen, die zugespitzten und umfassenden gesellschaftlichen widersprüche in eine revolutionäre verändernde richtung zu orientieren, also auch inhaltlich und in zielbestimmung, die eine entwicklung möglich macht gegen die zersplitterung und perspektivlosigkeit in den linken zusammenhängen, für eine neuformierung, die zu einer gemeinsamen verändernden kraft gegen den grossdeutschen machtrausch in der lage ist und gegen die zerstörung von jedem gesellschaftlichen politisch-sozialen lebensraum authentische politische räume durchsetzt. eine neuorientierung, für die wir im streik 89 auch um eine "politische diskussion mit gesellschaftlichen gruppen" gekämpft haben, für eine politische diskussion eben mit allen, die hier grundlegende veränderung wollen.
[... der Mittelteil dieses Briefes ist in dieser Broschüre in Kap. III abgedruckt ...]
und ich denke, dass die freiheit nur als integraler bestandteil der kämpfe gegen die ganze reaktionäre rechtsentwicklung möglich ist, durchzusetzen, weil die faschisierung von oben und unten zurückgedrängt werden muss, um rationale lösungen an vielen brenn- und schnittpunkten, um einen politischen umgang mit politischen "konflikten" und reale veränderungen durchsetzen zu können, möglich zu machen.

so denke ich auch, dass der kampf für unsere zusammenlegung und freiheit jetzt nur integriert sein kann in den gesellschaftlichen klärungsprozess gegen die reaktionäre entwicklung als kampf gegen staatliche unterdrückung, integriert in den prozess der neuformierung des revolutionären projekts. darum geht es uns und in dem prozess werden wir teil sein, so gut wir können.
gemeinsam im kampf gegen reaktion, faschisierung, rassismus, mit den revolutionären kräften weltweit, werden wir die freiheit, unserer aller freiheit durchsetzen.

anfang januar 1993

BAHAMAS

Zirkular der Gruppe K, erscheint alle 2-3 Monate mit Texten und Analysen zu Deutschland und der marxistischen Diskussion. Antinational, antikapitalistisch, marxistisch

Nr. 12 (Winter 1993/94)

Proletarischer Nationalismus - "Antikapitalismus" von rechts

Schwerpunkt: Die Schwierigkeiten der Linken mit der sozialen Frage und ihrem Verhältnis zur Nation. Rebellischer "Antikapitalismus" und Antisemitismus * Thesen zum Antisemitismus * Rot-braune Allianz in Rußland * Linker Antizionismus * Bedeutung der sozialen Frage in Großdeutschland * Arbeiterbewegung und Nation * Linke und Nazis - Kritik an PDS, BWK, Arbeiterpolitik und Autonomen * Mit diesem Volk?
Außerdem: * Revisionismus. Die Neue Wache * Trauer um Heitmann * Zur Diskussion um Rassismus und Antirassismus * Turcke zum Zweiten. Die Geschlechterfrage
56 Seiten

Noch erhältlich: BAHAMAS 11 - Kapitalistische Krise - militärische Intervention Somalia Jugoslawien, Debatte um Christoph Türckes Rassismus. *Restexemplare*: BAHAMAS 10

Einzelpreis DM 6 (nur Vorauskasse/Briefmarken)
Abonnement per Überweisung DM 18 für jeweils drei Nummern im voraus oder am besten Einzugsermächtigung

Name, Vorname
Straße
PLZ, Ort

Hiermit ermächtige ich S. Roisch/K. Dreyer je DM 18/drei Bahamas von meinem Konto im voraus abzubuchen

Kontoinhaber/in Kontonummer
Bank, BLZ
Unterschrift/Datum

Büro K, Karolinenstr. 21/Hs. 2, 20357 Hamburg, Tel. 040-438846.
Konto: S.Roisch/K.Dreyer, HaSpa, BLZ 200 505 50, Kto. 1228/122 386.

clock work 129 a

☆ die zeitung für die freiheit der politischen gefangenen

☆ information über 129a - verfahren und andere politische prozesse

abobestellung -mind. 5 exempl. á -,50dm
einzelexemplar -gegen 3.-dm in briefmarken

clockwork 129a; leibnizstraße 24; 6500 mainz

Lutz Taufer

Gesellschaft oder Isolation

"In der RAF war immer auch etwas Emanzipatorisches"

Wir wurden in den letzten Wochen oft gefragt, welches denn nun die politischen Differenzen seien. Das ist in der Tat nicht so ohne weiteres zu entschlüsseln, nicht zuletzt deshalb, weil es eine zu verbindlichen Resultaten, also zu gemeinsamen Grundlagen kommende Diskussion so gut wie nie gegeben hat und so Aussagen über ein Hierhin oder Dorthin allenfalls in Ansätzen vorhanden sind.

Es wäre besser gewesen, schneller etwas zu sagen. Aber erstens hat diese Spaltung erstmal umgehauen; zweitens wollte ich einen Beitrag, der etwas erklärt statt zu polemisieren, einen Fehler, den ich in früheren Texten ab und zu gemacht und so sicher meinen Teil zur Eskalation beigetragen habe; an den tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlern von andern hochzuklettern, das ist schnell in die Tasten gehauen, das andere braucht Zeit; drittens sind die Arbeitsmöglichkeiten – im Knast und nach fast 20 Jahren Knast – andere als draußen. Der Mangel an sinnlicher Gewißheit über die Zustände und Veränderungen draußen macht die Arbeit nicht leichter. Schließlich: Wenn ich was nachlesen will, greife ich nicht hinter mich ins Regal, sondern brauche bis zu drei Tagen, bis ich zu meinen Bücherkartons auf der Kammer vorgedrungen bin.

Inhaltlich ist das erste Problem, selbst zu verstehen, wie die Entwicklung war, das zweite, dies anderen zu vermitteln. In dem, was die Gefangenengruppe real war, sowohl in ihren beispielhaften Stärken (und antizipiert hat sie vor allem etwas in ihrem Kampf ums Überleben und um ein Recht auf Existenz, aus elendesten Bedingungen heraus: von den heutigen Kämpfen, vom Kämpfen auf der heutigen und zukünftigen Höhe des Umwälzens), als auch in ihren Schwächen (in denen sie von den Schwächen der Metropolenlinken soweit gar nicht entfernt war), wurde sie häufig idealisierend und so distanziert wahrgenommen. Der Versuch, die zum jetzigen Bruch führende Entwicklung zu verstehen, ist auch immer ein Versuch gegen massiv verankerte Bilder. Schließlich ein letzter Punkt: Es sieht so aus, daß wesentliche Teile gruppeninterner Festlegung (Diskussion?) an uns vorbeigelaufen sind in den letzten Jahren – warum, wissen wir nicht –, und mir deshalb stellenweise konkretes Wissen fehlt. Dies betrifft ganz besonders die heftige Auseinandersetzung um die Einstellung der gezielt tödlichen Angriffe, die es offenbar zwischen den Illegalen und einigen Gefangenen 90/91 gegeben hat. Die Konfliktlinien, die sich da vermutlich schneiden, scheinen ein Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung, die folgen sollte.

1977 – Front

Ein erster Konflikt bricht auf, als 1977 ein palästinensisches Kommando ein Flugzeug mit deutschen Mallorca-Touristen nach Mogadischu entführt. Eine Solidaritätsaktion palästinensischer Genossinnen und Genossen mit Gefangenen aus der RAF, deren Freilassung im Tausch gegen die Urlauber sie fordern. Die Entführung wird von Gefangenen aus der RAF kritisiert. Eine Kritik, die sich zu diesem Zeitpunkt auf weitgehend politisch-moralischem Niveau bewegt. „Die politisch-militärische Aktion der Stadtguerilla richtet sich nie gegen das Volk." Eine Gewißheit, konstitutiv für die RAF, die es dir ermöglicht, selbst diesen Schritt zu tun. Ein unbefangenes Verhältnis zur Gewalt hatten wir, die wir nicht zuletzt vom Entsetzen über Auschwitz herkamen, nicht. Auch einer der Gründe, weshalb Andreas Baader in seinem obigen Imperativ die revolutionäre Aktion als politisch-militärisch bestimmt, das Politische mit dem Militärischen eng verknüpfend und doch in einer deutlichen Prioritätenfolge: Primat hat das Politische. Hier wird sich in den 80er Jahren, ausgehend von der Front-Ideologie, ein Bedeutungswandel vollziehen – die militärische Aktion wird zum Begriff des Revolutionären schlechthin, daneben gibt es auch noch politische Initiativen. Die Gründe für diese „Entpolitisierung" der militärischen Aktion liegen letzten Endes darin, daß das Politikbild, in dessen Rahmen wir uns in der ersten Hälfte der 70er Jahre bewegen (weltweiter Aufstand gegen das US-imperialistische System), in der zweiten Hälfte der 70er Jahre verschwimmt, ohne daß neue Grundlagen sich in ausreichender Deutlichkeit entwickeln. Die Vehemenz, mit der die Gefangenengruppe zwischen 88 und 92 „die große politische Auseinandersetzung" (Eva Haule) fordern wird, ist Spiegel dieses schon fast als schmerzhaft empfundenen Mangels an Klarheit – die Einteilung der Welt in gut und böse, wie wir sie 1993 dann erleben, Ausdruck des Aufgebens dieser in der Tat schwierigen Suche. – 1977 kritisierten wir die Entführung der Urlaubermaschine weitgehend moralisch. Ohne eine tatsächliche Vorstellung zu haben von den sich hinter unserem Rücken vollziehenden tiefgreifenden Veränderungen auf allen Ebenen, war da indes doch eine Befangenheit aufgekommen gegenüber dem bisherigen Politikbild. Eine Stagnation war eingetreten. Die Hoffnungen, die wir an den „Sieg des Vietcong" als dem Anfang vom Ende des US-imperialistischen Systems geknüpft hatten, waren zumindest diffus geworden. Kompromißlos solidarisch mit den RAF-Gefangenen, wie diese Aktion war, konnte der in dieser Urlauberentführung zum Ausdruck kommende Bruch mit der Metropolengesellschaft schlechthin – also mit jenem Volk, das für Andreas Baader (und alle anderen) bei der politischen Konzeption des Militärischen nicht aus dem Blickfeld geraten darf – den Versuch, die bisherige Politik, wie auch immer, zu ändern, von vornherein aussichtslos machen.

Tatsächlich könnten wir diese eine Aktion als einen Punkt sehen, in dem sich wesentliche Entwicklungen kreuzen. Sie ist eingebettet in das Politikbild der 60er und 70er Jahre. Der weltweite Aufstand gegen US-Imperialismus, Kolonialismus und vermeintlich delegitimierten Spätkapitalismus – in Lateinamerika etwa gab es in so gut wie jedem Land mindestens eine Guerilla – eine über viele Jahrzehnte hinweg sich aufbauende Woge, war immerhin von solcher Wucht, daß dieser Irrtum, das imperialistische System jetzt, in gemeinsamer Front, kippen zu können, unbedingt begangen werden mußte. Die Aktion kommt aber zu einem Zeitpunkt, da diese historische Welle bereits am Auslaufen ist. So stellt sich die Frage nach deren politischen Folgen nochmal ganz besonders. – Ein zweites Moment ist 77 der grundsätzliche Einbruch der von 68 herkommenden „Neuen Linken". In ihrem politischen Selbstverständnis noch sehr stark auf den Staat und seine Institutionen fixiert, erlebt sie einen Zusammenbruch ihrer Widerstandskraft in dem Augenblick, wo der Staat zum Angriff übergeht und die Rückzugsmöglichkeit auf das Terrain einer eigenen revolutionär-subjektiven Kultur nicht mehr vorhanden ist. Ende der 80er schließlich sollten andere kommen. Nie wäre es ihnen eingefallen, einen „Marsch durch die Institutionen" zu propagieren. Während die 68er-Generation noch „maschinenstürmerisch" gegen den vermeintlich seinem Ende zugehenden Spätkapitalismus und seine Kultur der Eindimensionalität und Zerstörung anrennt in der Hoffnung, Entfremdung, Kaputtheit und Destruktivität aus dieser Welt hinaustreiben zu können, werden, etwa mit dem Häuserkampf in Berlin, andere kommen, die im schnell wuchernden Dschungel sozialer und kultureller Rebarbarisierung lernen, lernen müssen, sich durchzukämpfen. – Dieser Mentalitätswandel wiederum spiegelt eine entscheidende Veränderung im politisch-ökonomischen Bereich. Die Epoche des Keynesianismus geht zu Ende und damit die Möglichkeit, sich auf den Staat als einen politischen Aktivisten, nicht zuletzt über das Ökonomische zu beziehen; die Ära des Neoliberalismus, Reich des Chaos, beginnt und mit ihr jene Militanz, die von ihrem selbstverständlichen Recht auf Existenz diesseits weltmarktdiktierter Rentabilitätsnormen fürs Leben ausgeht.

Auf sie wird sich das Front-Konzept der 80er Jahre beziehen, ohne sich allerdings von den politischen Denkgewohnheiten der 70er Jahre emanzipiert zu haben. In diesem Kampf der Militanten um Existenz ist eine Verwandtschaft zu spüren. Wer anders hat diesen Kampf geführt und erlitten, wenn nicht die Gefangenen aus der RAF in den Vernichtungsabteilungen der Gefängnisse?! Und dennoch wird die Frage der Verbreiterung und Vertiefung, die sich nach dem Verlust der – tatsächlichen oder vermeintlichen – Bündnispartner in Gestalt der Trikont-Befreiungsbewegungen neu stellt, nicht im Hineinkommen in diese radikale Subjektivität und ihre objektiven Hintergründe beantwortet, die doch weit mehr authentisch Metropole ist als 68 – nein, es wird versucht, die Militanten dort, bei ihren zweitrangigen politischen Geschichten in der Gesellschaft abzuholen, um sie „zur Front", zum Eigentlichen, zum Militärischen zu bringen. Darauf läuft es de facto hinaus, auch

wenn das im Front-Papier weit weniger eng angelegt ist. Wieviele sind seither bei der militärischen Aktion angekommen? Und wieviele wurden nur abgeholt, ohne je anzukommen? Auf Teufel komm raus werden politische Vorstellungen strapaziert, die mit dem Wechsel im globalen politisch-ökonomischen Dispositiv obsolet geworden sind. Jene weltweite, in Jahrzehnten der Kämpfe herangewachsene Aufstandsbewegung der 60er und 70er wird als „weltweite Front gegen das imperialistische Gesamtsystem", als „westeuropäische Front" voluntaristisch imitiert. Ist das zweite der Versuch, die Frage der Verbreiterung und Vertiefung konkret zu organisieren, was aber nie über ein paar wenige Genossinnen und Genossen in Frankreich (Action Directe), evtl. Belgien (CCC) und Spanien (GRAPO) hinauskommt, so ist das erste die abstrakte Lösung in Gestalt eines Traumpartners Trikontmassen. In dieser Form wird der – heute mehr denn je notwendige – Internationalismus zur maximal möglichen Entfernung von den Notwendigkeiten und Möglichkeiten im eigenen Land. Und in dieser Verdinglichung und Widersprüchlichkeit zwischen Altem, von dem man sich nicht trennen will und Neuem, dessen immanente Möglichkeiten zu bewältigen in der Tat eine ungeheure Schwierigkeit ist, wird die Suche nach Möglichkeiten, die 77 eingetretene politische Isolation zu überwinden, konterkariert: Diese „Front" hat mit breitem Bündnis, mit Offenheit und der Suche nach neuen Verbindungen, wie sie Ende der 80er Jahre für kurze Zeit trotzdem ausbrechen sollten und wie sie heute angesichts faschistischer Gefahr unbedingt notwendig wären, herzlich wenig zu tun. Im Gegenteil – die Antiimpis kommen.

Das Front-Konzept beschränkte sich ganz bewußt auf die militanten, radikalen Teile der Linken, auf marginalisierte Bereiche der Gesellschaft. Was nicht unbedingt ein Fehler hätte sein müssen. Selbstverständlich spielen und haben Minderheiten in allen Revolten und revolutionären Prozessen ein wichtige Rolle gespielt. Aber die Frage war ja nicht, Gesellschaft oder Minderheit, die Frage war, Gesellschaft oder Getto. Will sagen: Selbstverständlich muß eine Minderheit nicht nur um eigene Identität und Konstituierung kämpfen, sie muß auch darum kämpfen, über den eigenen Bereich Wirkung in andere Sektoren, innergesellschaftlich wie international, zu entfalten und von dort Herausforderungen annehmen. Sonst schmort sie doch im eigenen Saft! Die Gettos wurden schon immer aufgerieben, sie sind der Ort des Untergangs. Als Minderheit(en) über den eigenen Bereich hinaus Fuß fassen, Orientierung sein, Hoffnungen wecken, ist schlicht und einfach eine Frage des Überlebens.

Das Ziel des Front-Papiers ist „zusammen kämpfen". Das klingt gut. Die Vorstellungen indes waren schon nach politisch und militärisch auseinandergefallen und so mündete diese wichtige Initiative zur Überwindung des nur bewaffneten Kampfs in einer noch verbohrteren Geringschätzung des politischen, sprich: unbewaffneten Handelns.

Auf die Front-Zeit zurückblickend schrieb ein Gefangener 1989:

„Ausgegangen waren Lutz und ich davon, daß es in den Aufbrüchen seit den 80ern einen zentralen Unterschied gibt zu denen der Mitte der 60er, wo ein regelrecht ‚kulturrevolutionärer' Motor drin war, diese Bewegung hatte eine sehr starke gesellschaftsverändernde politisch-kulturelle Dynamik. Lutz meinte, das fehlt in den ganzen Jahren total und macht wesentlich die Schwäche aus ...
Man muß es so sehen – worum es in den ganzen Jahren bis 86 ging, war der Versuch und die Anstrengung, die ganze Situation überhaupt mal dahin zu wenden, daß neue Entwicklungen in Gang gesetzt werden können.
‚Eine grundsätzlich neue Situation schaffen', haben wir gesagt, indem die Anstrengung gemacht wird, hier 'ne Kraft zu entwickeln, die die Walze anhält, eine Umkehrung der reaktionären Entwicklung in Gang bringt – durch das Festsetzen realer Momente von Gegenmacht, Gegengewalt für den revolutionären Prozeß ... das ist richtig, 'ne Kritik auch an uns, finde ich, was in der ganzen Phase gefehlt hat: Die Genossen von AD haben als zentrale Sache immer die Dialektik von Aufbau und Zerstörung gesagt – Aufbau heißt für uns als erstes die Beziehungen als Lebens- und Kampfstrukturen und sie als ‚Keim' der neu zu schaffenden gesellschaftlichen politischen und kulturellen Realität. Eine subjektive politische Kraft, die in der Lage ist, die reaktionäre Entwicklung hier umzudrehen. Und klar, das ist nur möglich, wenn dieser Emanzipationsprozeß, auf den wir aus sind, Wirklichkeit ist.
In dem Sinn wurde da nichts ‚aufgebaut'. Und jetzt ist total klar, es wird entweder eine Bewegung aus beidem oder es wird hier gar nichts. Das ist zwar grundsätzlich schon immer klar gewesen, aber jetzt ist es raus. Und es waren Erfahrungen, die durchgemacht werden mußten von allen."

Das Front-Konzept konnte nur laufen lernen, wenn die einzelnen (Individuen, Gruppen, Sektoren) möglichst eigeninitiativ sich entwickelten. Quer dazu lag die verdinglichte, funktionalistische Vorstellung von „zusammen kämpfen", wie sie aus dem Front-Papier sprach. Denn ein Zusammenfließen relativ autonomer Initiativen in dieser oder jener Kampagne oder Offensive konnte sich nicht allein über einen gemeinsamen Feind oder gar über die gemeinsame Bekämpfung seiner „Projekte" und Aktionen entwickeln. Einer der ideologischen Parameter der Frontzeit hieß: Strategie gegen ihre Strategie. Es brauchte eine gemeinsame politische Kultur, eine spürbare andere Welt, um das herrschende Realitätsmonopol in seiner alles und jedes erfassenden Bedrohlichkeit aufzubrechen und so nicht zuletzt subjektive Spielräume und Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, um mit anderen zusammen zu kommen. Zwar ist Solidarität eine subjektive Kategorie, aber auch eine objektive. Die Zeiten der homogenen Arbeiterklasse und ihrer Kultur sind vorbei und so werden wir an die Stelle des zusammenführenden Effekts des Industrialismus eine Kultur setzen müssen, die das „zusammen kämpfen" trotz ökonomisch und anderweitig bewirkter Zersplitterung unmittelbarer Interessenlagen möglich macht. Das mit der Spaltung gegebene Signal von Abschottung und „neuer Klarheit" scheint in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Wenn es heute viele gibt, die sich in die je eigene kleine Gruppe zurückziehen, dann nicht zuletzt, weil außerhalb dieser Gruppe der Kältetod droht.

Das ideale Ziel der illegalen Aktion (vermeintlich) vor Augen, war für manche der erste Schritt dahin konspirativ-defensives statt politisch-offenes und so offensives Verhalten. Ein Beispiel nur. Die Politik des Staatsschutzbunkers unter der Rebmannschen Richtlinie „soldatische Härte" bestand Mitte der 80er u.a. darin, Leute, die öffentlich gegen Isolationsfolter und für Zusammenlegung eintraten, die das „Kommunikationsverbot mit den RAF-Gefangenen" (Rebmann) durch Briefeschreiben in Frage stellten, zu bedrohen oder gar wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung für Jahre in den Knast zu schicken. Zwar gab es darauf eine *politische* Reaktion – im Rahmen einer bundesweit anlaufenden Gruß- und Infopaketaktion erlebten die Gefangenen Solidarität aus den verschiedensten linken und alternativen Bereichen –, aber nicht selten wurde diese Möglichkeit politischen Zusammenkommens und Ausweitens von Aktiven durch sektiererisch-konspirative Tuerei konterkariert. Eine Genossin aus dem Bereich der ehemaligen Hamburger JobberInnen-Initiativen schrieb mir vor kurzem:
„Ach, absurde Geschichten sind da gelaufen: eine Zeitlang hatten wir den Laden für, ich glaub das ‚Info-Paketetreffen', zur Verfügung gestellt und dabei mitgekriegt, daß Leute, die in den Laden geguckt haben oder gar reingekommen sind, sehr unfreundlich behandelt wurden. Wir mußten dann erstmal ne Runde erzählen, daß wir ne offene Arbeit machen, daß wir wollen, daß sich Leute für uns interessieren und in den Laden gucken, und daß es sich dabei i.d.R. keineswegs um Bullen handelt ... Realsatire."

Ich denke, wo der Begriff „revolutionär" oder auch nur „politisch" nicht nur abstrakt bleibende Bekundung radikaler Moral sein sollte, gibt es einige elementare Kriterien, an denen ein solcher Anspruch überprüft werden muß. Zum Beispiel die Frage der politischen Ausweitung. Aus der Geschichte unseres Gesamtzusammenhangs habe ich aber den Eindruck, daß Handlungsmöglichkeiten uns oft nicht deshalb fehlen, weil der Staat sie uns aus den Händen schlägt, sondern weil wir die Hände nie danach ausgestreckt haben.

Front-Hungerstreik 1984/85

Den letzten Ausschlag für das politische Auflaufen des Projekts „zusammen kämpfen" gab die Situation resp. die Politik der Gefangenen nach dem HS 84/85. Wenn heute in anklagender Weise davon die Rede ist, der Kampf draußen solle sich doch unabhängig von der Lage der Gefangenen entwickeln, ist das eine richtige, aber späte Einsicht. Die Praxis aus 20 Jahren sieht nun wirklich anders aus!

So auch 84/85.

Vor dem Hungerstreik hatte es, im besten Sinn des Frontpapiers, zwischen drinnen und draußen eine Diskussion mit

dem Ziel gegeben, das alte Verhältnis unselbständiger – und so materiell ineffizienter – Solidarität mit den Gefangenen aufzulösen zugunsten eigeninitiativen Handelns und Denkens. Und so erreichte die Front in dieser Zeit ihren Höhepunkt und zugleich ihre Grenzen. Während die Gefangenen drinnen kämpften, gab es draußen eine Vielfalt von Initiativen und Aktionen. Noch nie hatte es aus und in unserem Zusammenhang eine solche konzertierte Dichte befreiend wirkender, phantasievoller, radikaler Initiativen gegeben. Leute, Gruppen, die – wie an ihren Erklärungen und Texten abzulesen – aus den verschiedensten Bereichen kamen, insbesondere aus den militanten Bewegungen, hatten eigeninitiativ dazu beigetragen, daß zum ersten Mal eine Vorstellung mit Händen zu greifen war, wie diese Front sich in der Praxis entwickeln könnte. Indes wurde diese HS-Kampagne von Gefangenen am Ende als Niederlage definiert, nachdem es nicht gelungen war, die Zusammenlegung durchzusetzen. Wäre diese Kampagne nicht gebunden gewesen an die existentiell bedrohliche Situation von Gefangenen, sie wäre anders eingestuft worden. Aufgenommen worden wäre sie als eine Entwicklung, die zwar ihr unmittelbares Ziel nicht erreicht hatte, die jedoch als richtungsweisend unbedingt hätte festgehalten werden müssen. Aber aus der pessimistischen Sicht von Niederlage und Einkreisung ist es schwer möglich, in Fortsetzung der Zusammenarbeit drinnen/draußen ein Bewußtsein über eigene Möglichkeiten der Stärke, über diese Perspektive „zusammen kämpfen" zu verdichten; ein kollektives und konsolidiertes Selbstbewußtsein zu verschaffen über politische Kraft, wie sie sich entfalten kann, wo – wie gerade gehabt – vor dem Hintergrund eines mehr oder weniger gemeinsamen politisch-kulturellen Selbstverständnisses zahlreiche autonome Vorstöße auf ein gemeinsames Ziel hin unternommen werden, ohne daß dies aus dem Innern einer strammen Organisierung oder autoritär fabrizierten Einheit kommt. Mein Vorschlag 1985, nach Streikende, war, einen solchen Selbstbewußtwerdungsprozeß zu unterstützen, nicht zuletzt auch, um vom Bewußtseinshorizont der vermutlich eher vereinzelten Aktion zu einem Bewußtsein gemeinsamer Effizienz und Kultur zu kommen. Wie anders konnte Aktionismus überwunden werden?! Länger denn je bestanden draußen nach diesem Streik die Gruppen, intensiv wurde über Organisierung und Kampfmöglichkeiten diskutiert – wenn aber von einer Gefangenen in einer doch dramatischen Erklärung den Leuten draußen gesagt wurde, wir sollten alle umgebracht werden, sprich: schnelles Handeln ist unbedingt notwendig, hat das sicher nicht dazu beigetragen, vom aktionistischen Denken wegzukommen.

Ich hatte damals in meinem „Pimental-Brief" vom 27.10.85 geschrieben:

„... daß man Entfremdung nicht bekämpfen kann, man kann ihr nur das eigene, nicht-entfremdete Projekt entgegenstellen und gegen den Imperialismus durchsetzen. Das wären die politics, die, wie Mao sagt, das Kommando übernehmen müssen. Die Offensive von Macht, Gesellschaftlichkeit und Moral von unten. Das militaristische und politisch defensive Bewußtsein der letzten Monate und Jahre, das jetzt beginnt, sich in Aktionen umzusetzen, liegt quer dazu ...

Natürlich ist die Situation in den Metropolen eine ziemlich andere, geht es nicht darum, daß wir das Proletariat organisieren oder so etwas. Aber es geht darum, einen Weg in die Gesellschaft zu öffnen – und die Aktion (gemeint ist die Erschießung des US-Soldaten Pimental) ist ein dicker Brocken auf diesem Weg. Und es geht darum, uns selbst ernst zu nehmen. Wir haben im Winter (gemeint ist der HS) eine erste Erfahrungsgrundlage und solide Ahnung von dem erkämpft: Macht, Struktur und Moral von unten. Darin steckt Orientierungs- und Beispielkraft, selbst bis in die reformistische Linke hinein. Wo ist das Bewußtsein von dieser Erfahrung, ihr ‚Geist'? ... Im Winter zeigte sich der Ansatz zu einer räteähnlichen Struktur, wie ich's mal genannt habe – Zusammenkommen aus den verschiedensten Bereichen und Bewußtseinen. Es war die praktische Umsetzung zu der grundsätzlichen und wichtigen Idee vom Mai 82. Von da aus müssen wir den nächsten Schritt tun. Weltweit – das führt weltweit davon weg. Im Winter zeigte sich die Möglichkeit dorthin: wir können das Subjekt sein."

Nein, räteähnliche Struktur war wohl eine agitatorische Übertreibung. Aber was 84 und 85 in Bewegung gekommen war, zu bestätigen, statt es wieder davontreiben zu lassen, wäre schon Sache gewesen. Nach dem Hungerstreik gab es eine kontroverse mit dem PCE/R. Die spanischen Genossinnen und Genossen hatten unseren Streik solidarisch begleitet und analysiert, und so kamen sie – genaue Beobachter der Mobilisierung, wenn auch durch eine marxistisch-leninistische Brille – zu der Forderung an uns, wir sollten eine Arbeiterpartei gründen. So ungenau dieser Vorschlag, steckte doch ein richtiger Kern darin: Hier, nach dieser Mobilisierung, mußte etwas transformiert werden aus dem Bereich des eher spontan-zufälligen in den Bereich des kontinuierlichen, strukturierten, verknüpften und so identifizierbaren. Neben Heidi Schulz, die sich mit Vorschlag und Kritik des PCE/R auseinandersetzte, hatte ich mich dazu mit dem wechselnden Verhältnis von Partei und Klasse bei Marx und Lenin befaßt und machte daraus den Vorschlag, hier, in einigen Städten zu Gruppen, Zentren zu kommen, die nach einer Phase eines wechselseitigen Lernprozesses zumindest einen Teil jener Orientierung und Verantwortung übernehmen, die ansonsten einseitig bei RAF und Gefangenen lag und zu einer grundsätzlichen Schieflage führte. Um jenen „Aneignungsprozeß" ging's mir also, von dem Eva Haule schrieb (taz 14.4.89), notwendig, „um selbständig revolutionäre Politik entwickeln zu können." Der Vorschlag wurde nicht zur Kenntnis genommen.

Wenn dieser Konstituierungsprozeß nicht gelaufen ist, hat das – von den Gefangenen aus – vor allem zwei Gründe: ideologische. Zur Gegenmacht kommen hieß „zur Front kommen" und dies wiederum zur bewaffneten Aktion kommen. Da war nichts von einem „Keim" neuer Gesellschaftlichkeit, in der das Realitätsmonopol des Kapitalismus sinnlich gewiß durchbrochen ist im kollektiven Selbstbewußtsein der gerade erzeugten Bewegung. Ein Bewußtsein jedoch, das sich an den Gegner veräußert, das die Bedeutung des eigenen Tuns ausschließlich an der Reaktion der Gegenseite glaubt ablesen zu müssen, ist nicht frei. Und somit auch nicht in der Lage, über das Vorgefundene hinauszugreifen, über das Bestehende hinauszubauen, mit einem Wort: revolutionär zu sein. „Strategie gegen ihre Strategie" – das konnte nie und nimmer strategiefähig werden. Zweitens: Die Gefangenen und ihr existentielles Interesse treiben den Prozeß zwar immer wieder voran, lenken ihn darin aber gleichzeitig von einer eigenständigen Entwicklung ab. Sie ziehen sich damit den Boden unter den Füßen weg. So wurde die Mobilisierung des HS 84/85 unterschätzt, weil sie die ZL nicht gebracht hat; die Mobilisierung zum Streik 89 hingegen, obschon auf deutlich humanitär-bürgerrechtlichen Grundlage, aber in die Gesellschaft hineinreichend und so zum ersten mal Risse im Staatsschutzblock der Macht bewirkend, wird überschätzt. Die Rede ist von einer „neu entstehenden revolutionären Bewegung" (Eva Haule und andere).

Es kam eine andere Diskussion. Nicht die emanzipative, sondern die autoritäre. Die RAF hatte 1985 einen GI der US-Armee erschossen, um an seinen Ausweis zu kommen. Es kam zu einem heftigen Streit darüber. Einige von uns hatten zu Zeiten des Vietnamkriegs hier stationierten GIs bei der Desertion nach Schweden geholfen. Die Ursache für die Schärfe dieser Auseinandersetzung lag aber auch in den bis dahin offen nicht angesprochenen Problemen, die einige Gefangene mit jenen harten Aktionen der RAF während des Hungerstreiks 84/85 hatten. Wäre etwa – gleich in den ersten Hungerstreiktagen – die Autobombe auf dem US-Stützpunkt in Oberammergau hochgegangen und hätte es dabei womöglich eine Reihe von Toten gegeben, die Gefangenen hätten ihren Streik gleich in der ersten Woche wieder abbrechen können. Von denen, die die Erschießung des Soldaten verteidigten (und damit eine bestimmte Vorstellung, wie revolutionäre Politik sich weiterentwickeln sollte), um sie hernach, nachdem die Autorität RAF sich kritisch damit auseinandergesetzt hatte, ebenfalls zu kritisieren, wurde diese Debatte in einer Art und Weise geführt, die vermutlich jenes zusammen-kämpfen, wie es Monate zuvor zum ersten mal sichtbar geworden ist, strategisch beschädigte. Man/frau schlug sich gegenseitig Wunden, die späteres Zusammenarbeiten völlig blockierten.

Vor allem verlangten die Verteidiger der Pimental-Aktion ein Verständnis von Einheit, das jeden kritischen und damit lernbereiten Blick aufs eigene Tun und Denken moralisch verdächtigte und auf diese Weise jenem Geist des Zusammen-Kämpfens – von einer gemeinsamen revolutionär-militant-kulturellen Grundlage ausgehend, ansonsten aber autonom denkend und handelnd – entgegengesetzt war. Dort war es ein Zusammenwirken, das sich aus den verschiedensten Quellen speiste, und insofern eine Vorahnung dessen, was heute für revolutionär-emanzipative Prozesse überhaupt zur Heraus-

forderung wird – hier ein Versuch, diese Entwicklung ins Korsett verdinglichter Front-Vorstellungen zu zwingen.

„Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die bereits im Ansatz präformierten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Statt dessen führte das zu immer stärkerer Verdinglichung des politischen Bewußtseins: Revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht mehr hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zu einem Mythos, zur Verkörperung des ‚Bruchs', zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin." (Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter: Über das Schleifen von Messerrücken, konkret 11/92)

Ähnlich wie die RAF in ihren ersten Jahren gegenüber der 68er-Revolte bzw. ihren Ausläufern standen wir Mitte der 80er spätestens vor der Situation, ein Verhältnis zu einer Revolte, zu einer Bewegung massenhafter Militanz zu gewinnen. Eine Wiederholung jener Avantgarde, wie sie seit 77 als zumindest ungeklärte Frage im Raum stand, hätte dies nicht sein dürfen. Die Mobilisierung des Jahres 84/85 wäre der Ort gewesen, um das, was RAF und Gefangene tatsächlich antizipiert hatten, nämlich eine bestimmte Art zu kämpfen, Guerillamentalität, mit den Erfahrungen und Vorstellungen anderer, etwa Autonomen, zu etwas Gemeinsamem oder Wechselseitigem weiterzuentwickeln. Denn ohne das bleiben die selbstverständlich notwendigen Klassen- und sonstigen Analysen, Strategiedebatten, Internationalismus Totgeburten, „unbewaffnete Propheten" (Gramsci), ideologische Glasperlenspiele. Avantgarde im Kontext RAF sollte aber zur ewig tragischen Schönheit werden. Ja, wir waren wirklich Avantgarde. Gab es dieses Vorangehen im orientierenden, beispielgebenden, politische Bewegung erzeugenden Sinn, nicht zuletzt im Kampf der Gefangenen, so wurde irgendwann der Versuch aufgegeben, *darin* mit anderen zusammenzukommen, um an diese Stelle anderes zu schieben: Kampf gegen die Nato, westeuropäische Front, Gesamtsystem, etc., in dem das, was RAF ist, nicht mehr wiederzuerkennen war, aus sich heraus bei anderen nichts mehr auslöste, und ihnen deshalb oft mit autoritären Methoden aufs Auge gedrückt werden mußte. Darin kommen die, die diesen Weg seit langen Jahren, immun gegen jedes Argument oder Beispiel, unbeirrbar gehen, dann am Ende doch mit Linken draußen zusammen. Mit jenen und jenen Momenten, *gegen die* RAF 1970 einen anderen Versuch unternommen hatte. Der Klärungsprozeß, nach dem 1989 gerade von diesen Gefangenen laut gerufen wurde, hätte spätestens zu jenem Zeitpunkt geführt werden müssen. 89 war das, was zwischen 84 und 86 damit noch hätte bewirkt werden können, nicht mehr zu erreichen. So fruchtbar eine solche Debatte damals hätte sein können, so unwirklich und unwirksam der Versuch eines antiimperialistischen Kongresses 1986 in Frankfurt, in dessen Verlauf eine grundsätzlich richtige, nicht zuletzt internationalistische Absicht, auf den dogmatischen Hund gebracht wurde.

Wenn die Mobilisierung zum HS 89 vorwiegend bürgerrechtlich-humanitären Charakter haben sollte; wie Christian Klar das in der taz vom 13.6.89 kritisch anspricht, dann erstens als Abgrenzung/Distanz zu einer politischen Gewalt, die selbst in Teilen der radikalen Linken auf heftigen Widerspruch gestoßen war und zweitens, weil die Chance eines emanzipatorisch-aufbauenden Prozesses, in unseren Zusammenhängen schon immer unterbelichtet, spätestens in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ungenutzt geblieben war und so das politische Gewicht fehlte, das der HS-Mobilisierung 89 einen deutlicheren Charakter hätte geben können.

Zwei Befriedungsinitiativen. Die erste läuft – sicher nicht zufällig – nach dieser mißglückten Möglichkeit, 87/88, ist mit dem Namen der grünen Politikerin Antje Vollmer verbunden, Amnestie und Dialog werden propagiert. Die zweite, Kinkel-Initiative, kommt 1992 in einer vergleichbaren Situation.

Hungerstreik 1989 – Die Diskussion

Wenn der Hungerstreik 89 anders war, Ausgangspunkt für die Entwicklung der Jahre danach, hatte das mehrere Gründe. Da ist viel hineininterpretiert worden. Etwa das Kalkül der Gefangenengruppe, sich einem liberalen Spektrum anzudienen. Hat es nicht gegeben! Es war aber erstens klar, daß ein Hungerstreik, in dessen Verlauf es „gezielt tödliche Aktionen" gegeben hätte, zur Zusammenlegung nicht geführt hätte. Und zweitens, daß nach allem, wie die Verhältnisse in der antiimperialistischen Scene waren, die von dort zu erwartende Mobilisierung nicht hinreichen würde, die Zusammenlegung durchzusetzen. So hatten wir etwa die Enttäuschung erlebt, daß die, die sich auf uns bezogen, im Lauf der Berliner Anti-WWG-Kampagne 1988, wichtiges Ereignis internationaler Solidarität mit den Völkern des Trikonts, kaum präsent waren. Obschon es zu dieser Kampagne eine breite, militante und phantasievolle Mobilisierung bis rein in die Berliner Bevölkerung gegeben hatte, die tagelang Straßen, Plätze und Medien beherrschte, war von jenen, die doch jahrelang von weltweiter resp. europäischer Front gegen den Imperialismus gesprochen hatten, nichts zu spüren.

Neben solchen und anderen enttäuschenden Erfahrungen zeigten sich damals aber auch neue positive Ansätze. In drei am 8.8.88 in der taz veröffentlichten Erklärungen machte die Gruppe der Gefangenen aus der RAF deutlich, die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gruppen zu wollen, vorausgesetzt, sich dabei, von den äußeren Bedingungen her, als Gruppe verhalten zu können. Im Oktober 88 brachte ein Aufruf für Zusammenlegung, veröffentlicht vom Hamburger Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße, solidarische Unterstützung bis rein in Betriebe und Gewerkschaften, wobei mehr als einmal die Mut- und Initiativlosigkeit der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre angegriffen wurde. Möglicherweise Reaktionen jenes auch in gewerkschaftlichen Kreisen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ebenfalls durchschlagenden Bewußtseins, gegen das „Wolfsgesetz der neoliberalen und neokonservativen Gesellschaftsoptionen" einen „offenen Dialog und neue Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Gruppen" (ein IG-Metaller) zu suchen, ein Bewußtsein, dem die IG Metall mit ihrem „Zukunftskongreß" November 88 Rechnung tragen mußte. Nein, „zur Front" wären diese nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch beunruhigten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht gekommen! Die umfassendste Veranstaltungsreihe, initiiert und durchgeführt vor allem von der Angehörigengruppe, aber auch bereits zuvor vom holländischen Rechtsanwalt Pieter Bakker-Schut gelegentlich des Erscheinens seines „Stammheim"-Buchs, zeigte ein starkes Interesse an den Gefangenen und einer grundlegenden Änderung ihrer Situation. Auch in kleineren Orten, deren Lage wir erst auf dem Atlas suchen mußten, war ein zu deutliches Interesse vorhanden, als daß wir nicht politisch drüber hätten nachdenken müssen. Dies sind kurz gesagt die Gründe, weshalb die von Helmut Pohl 1989 veröffentlichte HS-Erklärung offener angelegt war als andere.

Der Hungerstreik war dann auch in mehrerer Hinsicht ein Einschnitt. Eine breite Solidarisierung, von den radikalen Linken über sich bis dahin abgrenzende linke Gruppen bis hin zu gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen bewirkte zum ersten Mal ein Aufbrechen des Staatsschutzblocks, ohne indes an der harten Haltung der Entscheidungsträger etwas ändern zu können. Als Resümee schreibt Christian Klar am 13.6.89 in der taz:

„Das bis dahin Erkämpfte ist nicht gar so wenig. Halten wir das fest. Weil darin überhaupt Momente der neuen Aufbrüche liegen. Es startete eine tiefe Wirkung der Mobilisierung in die Gesellschaft rein. Die Gleichschaltung der vergangenen Jahre ist aufgebrochen. Wirkliche Beziehungen zu ausländischen gefangenen Genoss-innen und zu kämpfenden sozialen Gefangenen wachsen ... gegen die selektierende und vernichtende Knastmaschine, Beziehungen, in denen jeder in ersten Schritten von sich ausgeht hin zu gemeinsamer Perspektive befreiender Ziele. Und schließlich ist eine Mobilisierung angeschoben, die erstmals, und das ist mehr als bloße Vermutung, jetzt auch ohne sofortige neue Hungerstreiks die Schritte zum Ziel hin weitertreibt."

„Neue Aufbrüche"? „Ohne weitere Hungerstreiks zum Ziel hin"? Etwas war geschehen!

Zum ersten Mal hatte der fast 20 Jahre bestehende monolithische Block der politischen Klasse, des Staatsschutzbunkers und der Medien Widersprüche gezeigt: „Die Gleichschaltung der vergangenen Jahre ist aufgebrochen." Zum Ende des Streiks hatte es eine Reihe von Gesprächen gegeben: Brigitte Mohnhaupt und Helmut Pohl mit Kinkel; Helmut Pohl mit

Kruse (dem damaligen Vorsitzenden der evangelischen Bischofskonferenz), mit Enzensberger, ein bei Däubler-Gmelin angefragtes Gespräch wurde von dieser abgelehnt; die Frauen in Nordrhein-Westfalen sprachen mit einem Justizstaatssekretär; die Frauen in Lübeck mit Klingner und Engholm; wir in Celle mit einem Abteilungsleiter aus dem (damals noch) CDU-Justizministerium.

In Gang gesetzt worden waren diese Widersprüche von einer bis dahin nicht gekannten Solidarisierung, an der sich linke, alternative, gewerkschaftliche, christliche, humanitäre Tendenzen beteiligten, die sich bis dahin bei den Hungerstreiks meist außen vor gehalten hatten. Ein Verhältnis, das sich bis dahin oft in Distanzierung, wo nicht Denunziation erschöpft hatte, war im Lauf des Hungerstreiks – nicht zuletzt aus den bereits genannten Gründen – umgeschlagen in die Suche nach Diskussion und Dialog. Und dies nicht nur immer in der Absicht, den bewaffneten Kampf Knall auf Fall abzuwürgen:

„Wir wollen diese Diskussion nicht nur um ihrer selbst willen, sondern weil die Erfahrungen der Leute, die in den bewaffnet kämpfenden Gruppen waren, für den jetzt angestoßenen Prozeß für uns genauso ein Stück Geschichte und Erfahrungen der westdeutschen Linken bedeuten wie die Erfahrungen der Linken, die in den Gewerkschaften aktiv sind, die in die Grünen gegangen sind, um dort radikale Politik zu machen, die kommunistische Organisationen gegründet haben, manchmal sogar darin geblieben sind oder die in den sozialen Bewegungen arbeiten." (Radikale Linke, „Brief an die politischen Gefangenen", Juli 1989)

Hier dürfte seinen Ursprung haben, wovon Helmut Pohl am 27.8.93 in der taz schreibt: von einer Neuzusammensetzung der Umwälzungspolitik, die heute über das linksradikale Spektrum hinausreichen könnte. Ja, in der Gruppe taucht die Einschätzung auf, es gäbe eine „neu entstehende revolutionäre Bewegung". Wo aber 1993, ausgedrückt etwa in Helmut Pohls Erklärung, das Gewicht auf unserer seit 20 Jahren richtigen Politik liegt, der gegenüber, angesichts der kapitalistischen Durchbrüche, Teile der Gesellschaft, in Erkenntnis der eigenen Lage, ihre Isolation aufgeben könnten oder sollten, sprechen die Texte der Jahre 1989 bis 1992 – unter dem Eindruck von Hoffnung – eine andere Sprache: Offenheit, kritischer Blick auf das Eigene, nicht zuletzt als Möglichkeit, Zugang zu anderen Tendenzen zu bekommen.

„Das stimmt wirklich in einem umfassenden Sinn, daß die ganze Phase der Kämpfe seit '80 vor zwei bis drei Jahren abgeschlossen war und etwas Neues angefangen hat... Jetzt wird – und muß auch – alles auf einer neuen Grundlage weitergehen, und es wäre total viel verschenkt, wenn diese wichtigsten Erfahrungen, die in den letzten 20 Jahren im revolutionären Kampf hier gemacht wurden, nicht offen in die Diskussion gebracht würden. Na, einfach: Es ist viel zu lernen, und eine sich neu entwickelnde revolutionäre Bewegung braucht ein Bewußtsein davon, sonst hängt sie geschichtslos, bodenlos in der Luft. Außerdem hab' ich wieder gesehen, wie sehr wahr das ist: aus den Fehlern lernen, sich weiterbringen – so läuft's. Unsere Geschichte. Also so will ich das jetzt auch: unsere Erfahrungen offen in die Auseinandersetzungen bringen und offen sein für alle ernsten Fragen – egal, wie kritisch sie sind. Das ist auch ganz klar ein Stück für den Aneignungsprozeß, um selbständig revolutionäre Politik entwickeln zu können." (Eva Haule, taz, 14.4.89)

1989 gibt es aus der Gefangenengruppe eine ganze Reihe engagierter Appelle für eine Diskussion zwischen drinnen und draußen, ja sogar „ausgehend von den – noch so schmalen – Möglichkeiten der kleinen Gruppe, und dazu Initiative auch der einzelnen." (Christian Klar, taz, 13.6.89) Nein, eine neue revolutionäre Bewegung war da gewiß nicht im entstehen, aber wie nach dem HS 84/85 gab es angesichts der Solidaritätssignale aus den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft Gründe genug, politisch darüber nachzudenken und praktisch sich etwas einfallen zu lassen. Wenn Gefangene aus RAF und Widerstand in dieser nachdrücklichen Weise von offener und öffentlicher Diskussion reden, ist das erstens ein Politikum und zweitens werden Erwartungen geweckt. Bevor aber aus dem Knast auch nur ein nennenswerter Diskussionsanstoß kommt, lesen wir bereits wenige Monate später in einer Erklärung von Helmut Pohl:

„Ich habe mich mit ein paar Gefangenen verständigt, und wir glauben, die meisten denken so, daß es längst Zeit ist, unter der Geschichte nach dem Hungerstreik einen Schlußstrich zu ziehen. ... Heute hat sich nach unserem Eindruck draußen alles zum Thema ‚Diskussion' hin verschoben, und die Zusammenlegung rutscht in den Hintergrund. Für uns aber steht die Zusammenlegung im Zentrum." (10.11.1989, Angehörigeninfo 27)

Um wenige Wochen vor der Kinkel-Initiative zu lesen:

„Das ist ganz einfach das konkrete Problem momentan, nicht nur für uns, wie man eine Diskussion in Gang bringt, oder vielleicht besser: eine politische Strukturierung an einer inhaltlichen Klärung der Auseinandersetzungen, die auf uns zugeflogen kommen, die man gar nicht raustüfteln muß." (Helmut Pohl, Brief, Oktober 91, in: ak drinnen & draußen, Celle, Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992, Juli 1992)

Es geht mir nicht darum, anderen, vielleicht gar Helmut Pohl, Inkonsequenz nachzuweisen. Sich einzureden, man selbst habe alles klar, halte ich in diesen Zeiten schon für den Beginn des Irrtums. Aber ich denke, das Hin- und Herpendeln zwischen Diskussion als Metapher für Klarheit, Perspektive, Verständigung und Verbindung mit anderen (weil natürlich jenes Bedürfnis nach gemeinsam entwickelter Kraft mit anderen Sektoren, Klassen, unterdrückten Völkern, wie es in den Gefangenentexten 89-92 zum Ausdruck kommt, das Urpolitische ist) – und Kampf, sich entscheiden, als Metapher für revolutionäre Subjektivität (die in der Tat von RAF und Gefangenen in einer Dimension verwirklicht worden ist wie sonst von kaum einer Gruppe der Linken seit 68) – das Erste als Ausdruck der Möglichkeit, das Zweite als Ausdruck des Willens – dieses Hin- und Herpendeln zwischen zwei Polen zu überwinden, scheinbar gegensätzlich, tatsächlich aber nur in wechselseitiger Durchdringung zu einer anderen Wirklichkeit führend, wäre ein wichtiger Schritt gewesen. Wo aber das Revolutionäre identisch ist mit einem „nicht hinterfragbaren Fetisch" militärische Aktion, bringt sich jene revolutionäre Subjektivität um ihre politischen Möglichkeiten und so, früher oder später, auch um. In der revolutionären Subjektivität der RAF steckten ursprünglich auch andere Möglichkeiten. Das nicht gesehen, nicht darum gekämpft zu haben, ist die Niederlage.

1990 legte Karl-Heinz Dellwo der Gefangenengruppe einen ausgearbeiteten Vorschlag für einen Kongreß vor. Nicht ein Kongreß linker Experten und Spezialisten, sondern ein Forum, vielleicht als Ausgangspunkt für eine permanente Struktur der Verknüpfung und Auseinandersetzung, ein Kongreß, auf dem verschiedene Gruppen der Linken, der Frauenbewegung, der Autonomen, der Alternativen usw. ein Resümee ihrer Erfahrungen ziehen. (Der Vorschlag wird in der Gruppe ignoriert.) Die Linke in Lateinamerika hat das schon lange erkannt, sie hat sich Strukturen des Austauschs und gemeinsamer Suche geschaffen.

Es waren nicht viele, die zu dieser „großen politischen Auseinandersetzung" beitrugen. Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter; Eva Haule mit einer sogenannten Zusammenfassung der Diskussion in der Gefangenengruppe (die nie gelaufen ist); die Illegalen, wir hier in Celle. In der vom Celler ak drinnen & draußen Juli 92 herausgegebenen Sammlung von „Texten von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992" ist die offene Suche jener Zeit spürbar. Hält man diese Texte (bei denen im großen und ganzen jene fehlen, die dann im Herbst 93 die Spaltung organisieren sollten), neben Beiträge aus 93, ist auf den ersten Blick zu sehen, was da wo abgebrochen ist. Und wenn die beiden Erklärungen der RAF aus 92 mit der eigenen Geschichte kritisch umgehen, was ich nach all den Jahren der krampfhaften nicht-Diskussion als wirklich befreiend empfunden habe, wenn in diesen Erklärungen die Einstellung der Angriffe auf Repräsentanten usw. mitgeteilt wird, kann man nun wirklich nicht behaupten, dies sei das eine, was die abgespaltenen Gefangenen gewollt hätten, ginge in eine ganz andere Richtung.

Wenn die politische Auseinandersetzung mit draußen und der Umgang mit der veränderten Situation nicht in die Gänge kommt, hat das verschiedene Gründe. Nach 89 wurden einschneidende Veränderungen sichtbar, in Deutschland, Europa, weltweit. Stichwortartig: der Zusammenbruch des Realsozialismus und des globalen Ost-West-Kräfteverhältnisses, von dem auch die Prozesse im Süden tangiert waren; die deutsche Vereinigung samt anschließender Kolonisierung Ostdeutschlands; der Golfkrieg und das dabei sichtbar werdende Umschlagen der inneren Verfassung Deutschlands in eine neue Qualität, insbesondere das Abtreten der von 68 herkommenden undogmatischen

„neuen Linken" als politischer Faktor im Land; das mehr und mehr ins Chaos taumelnde neoliberale Experiment; nicht zuletzt eine große Gefahr von Faschismus – kurz: Es gab in der Restlinken den Eindruck, gegen eine solche Entwicklung Kräfte sammeln zu sollen, und dies hinein bis in gewerkschaftliche und bürgerliche Kreise. Die Stimmung des Mobilisiertseins, wo nicht Aufbruchs nach dem HS 89 verwandelte sich indes schnell in ihr Gegenteil, Gefühle der Ohnmacht, der Niederlage, der Depression machten sich breit. Zu tief der Einbruch, zu überholt die Denkweise, aus der der neue Versuch gestartet werden sollte. Jene oben mit ihrem „Brief an die politischen Gefangenen" zitierte „Radikale Linke", die ihren Ausgangspunkt nicht zuletzt im HS 89 hatte, festgelegt indes auf die „Kraft der Negation", gibt ihren Geist bald wieder auf. Ein Teil wird sich, so die Mitteilung eines bekannten Hamburger Gründungsmitglieds, schnell in Richtung Bündnis 90/Grüne und PDS verziehen, ein anderer Teil sollte mit Diskussionsbeiträgen erst 1992 rüberkommen, als sich die Chance bot, die Kraft der Negation an RAF und Gefangenen auszuprobieren. „Und Heuchler waren die, die sich brüsteten, sie hätten immer schon so gedacht, wie sie jetzt dachten, und die von anderen eine Eindeutigkeit und Militanz verlangten, die sie selbst nie praktiziert hatten. Genau die hatte ich damals ankommen sehen, das Wort Revolution auf den Lippen." (Alejo Carpentier, Le Sacre du Printemps, Frankfurt, 1993)

Ein weiterer Grund: die Unmöglichkeit, zusammenzukommen und zusammen zu reden. Die Spaltung ist auch ein Produkt der Isolation. Aber diese Situation der Gefangenen erklärt nicht, weshalb ein Dutzend ehemaliger Gefangener draußen – die größte Zusammenlegung, die es je gab – nie in die Initiative gekommen ist.

Ein viertes Moment hängt auch zusammen mit einer Orientierung, wie sie Ende der 60er/Anfang der 70er kurz und knapp so benannt wurde: Die Aktion eint, Worte spalten. Ulrike Meinhof, 1974: „Man ist eine Gruppe von Genossen, die sich entschlossen hat, zu handeln, die Ebene der Lethargie, des Verbalradikalismus, der immer gegenstandsloser werdenden Strategiediskussionen zu verlassen." Richtig. Denn es war eine Situation, die international wie in Europa wie innergesellschaftlich in Kämpfen und Auseinandersetzungen eine Fülle von Erfahrungen, Wissen, „revolutionäre Bestimmungen" hervorgebracht hatte, was sich in einem lebendigen Prozeß ständig weiterentwickelte und sich zu einem Teil in den frühen RAF-Texten und im alten Info wiederfindet. Das Konzept Stadtguerilla entstand in dieser Situation – es war nicht vorstellbar ohne die Revolte von 68 und die Bewegung gegen den US-Völkermord in Vietnam, wie ja auch das Front-Konzept der 80er Jahre ohne die militanten Bewegungen der ausgehenden 70er/beginnenden 80er überhaupt nicht hätte ersonnen werden können. Realitätsfern deshalb der heutige Vorwurf an die Illegalen, sie hätten kein Konzept, als ob revolutionäre Politik das aufgesetzte Produkt von ganz wenigen sein könnte – eine Vorstellung, die doch gerade am Front-Konzept gescheitert ist.

An dieser Stelle noch ein anderer Aspekt zu Diskussion überhaupt. Eine ganze Reihe von Leuten draußen hatte in den letzten beiden Jahren den Eindruck, vor allem die Celler verträten heute eine „Position", die von der, die sie die Jahre davor vertreten hatten, erheblich abweicht und sie verkünden dies im alten Avantgardestil nach draußen. Einige sind darüber sauer. Wo dies nicht nur Zuschauerhaltung ist, ist darin mit Sicherheit ein Moment von Emanzipation. Es hat, nach der Spaltung, eine Reihe von Texten und Haltungen gegeben, in denen deutlich wird: Wir wollen eine inhaltliche Diskussion, weil wir uns nur so als Subjekt in dieser Auseinandersetzung verhalten können.

Celle war nie „Front" im hinreichend bekannten Tenor. Ich glaube nicht, daß es auch nur einen Brief von mir gibt, der diese doktrinäre Front-Ideologie bedient. Es hat von uns von Anfang an Kritik, aber keinen Bruch gegeben, denn tatsächlich hatte das Front-Konzept einiges für sich – wäre die Grundidee von einem offenen, emanzipativen Geist getragen worden, hätte daraus etwas anderes werden können. Das war nicht der Fall, die eingangs zitierte Selbsterkenntnis eines der Front-Ideologie ganz besonders verpflichteten Gefangenen über das Fehlen eines Keims neuer Gesellschaft kam zu spät. Auch wurden Möglichkeiten der Verbreiterung und Vertiefung, die sich immer wieder boten, nicht ausgefüllt. Unsere Widersprüche und Vorschläge, die wir hatten, haben wir in der Regel nicht verheimlicht, unsere Kritik aber auch nicht in öffentlich-systematischer Form vorgelegt. Dies war wohl ein Fehler. Schlimmer als es jetzt ist, hätte es dadurch auch nicht werden können. Wenn also die beiden letzten Jahre bei einigen wie ein unvermittelter „Positionswechsel" ankommen, mag das für die bis dahin fehlende deutliche und systematische Darstellung zutreffen.

Insgesamt gibt es bei den abgespaltenen Gefangenen als auch bei uns hier den Eindruck wechselseitiger Mißachtung über eine längere Zeit. Auch draußen gibt es dieses Gefühl. Auch deshalb hätte ich es gut gefunden, wenn es, von der Spaltung als der inzwischen nötigen Distanz ausgehend, dennoch zu einer Diskussion gekommen wäre. Ich betrachte es nicht für ein Epochendrama, wenn eine Gruppe (oder Teile daraus), die über 20 Jahre unter diesen Bedingungen zu leben und zu kämpfen gezwungen waren, in einer Weise reagiert, die inakzeptabel ist. Diese Frage entscheidet sich eher daran, wie nach einer gewissen Frist damit umgegangen wird. Ich finde Leute, die heute versuchen, sich an diesem Debakel zu mästen, sagen nur etwas über sich selbst. Was soll die Klassenanalyse, wenn ein Teil draußen noch nicht einmal in der Lage oder auch nur bereit ist, sich in die Situation hineinzudenken, die doch seit 20 Jahren so unübersehbar extrem ist? Wo sich welche aber noch nicht mal in die Situation von Gefangenen versetzen können, welchen Zugang – außer einem ideologisch gesteuerten – mochten sie zum Alltag jener Klasse gehabt haben, von der sie so gerne reden? Ich bin skeptisch gegenüber „Positionen", insbesondere, wo sich das im Ablegen von politischen Bekenntnissen (für Internationalismus, gegen Patriarchat) erschöpft. Ob das Projekt eines internationalen Kampftags für Gefangene richtig oder falsch ist, wird sich erst hinter den Forderungen und Überschriften entscheiden. Wenn welche mit jener radikalen und findigen Guerillamentalität diesen Kampf beginnen, könnte etwas darüber hinaus Impulsgebendes daraus werden. Wenn es im sektiererischen Stil beackert würde, sollten wir es lieber gleich vergessen.

Ich hatte einen Entwurf dieses Textes mit einigen FreundInnen draußen diskutiert. Einer sagte mir dabei: Wenn du vom Kampf um Würde schreibst, können wir draußen das so direkt nicht nachvollziehen. Ich reagierte spontan und heftig: Doch, hier mußt du deine Würde tagtäglich verteidigen, und vor allem im Trakt und in der Isolation war das ein Kampf, der jeden Tag sehr deutlich spürbar an deinen Kräften zehrte. Auseinandersetzungen, ob sie und wie sie mit Gefangenen und untereinander laufen, haben andere Bedingungen als draußen.

Das Desaster – Die politische Leere

1992. Die Vehemenz, mit der Klärungsprozesse gefordert werden, ohne zu Resultaten zu kommen, entspricht der politischen Leere des Jahres 1992. Die alten, seit 20 Jahren gültigen Gewißheiten sind erschüttert, neue nicht in Sicht. In dieser Krisenzone – in der die Gefahr eines letzten Stillstands ebenso gegeben ist wie die Chance, neue Ufer zu erreichen – wird erstens von fast allen fast alles gedacht und gesagt, was 20 Jahre lang von fast niemandem gesagt wurde, und zweitens wird der Staat initiativ. Wobei zweitrangig ist, welche Ziele er mit dieser Initiative verfolgt. Entscheidend ist, *daß* er die Initiative in die Hand bekommt. Und so wird aus dieser Kinkel- und/oder KGT-Initiative eine Köpfe-füllende monströse Angelegenheit. Wohl wissend um den inneren Zustand der Gruppe fordert der Verfassungsschutz die Zusammenlegung, lange vor 1992 (die Gefangenen sollen sich zerstreiten) und identifizieren Gefangene die Kinkel-Initiative sofort als Spaltungsmanöver. Weshalb sollte sich diese Gefangenengruppe, 20 Jahre lang auf Leben und Tod zusammen kämpfend, von einer solchen Initiative spalten lassen?

Nein, es ist nicht der Knast, der nicht mehr auszuhalten ist. Wir haben in fast 20 Jahren gelernt, auch extremste Situationen mit Sinn und Leben und Kampf zu füllen, weshalb sollte das jetzt plötzlich abbrechen? Wenn 1993/94, in der Spaltung, jene Mentalität politischer Auseinandersetzung, aus der 1985 die Pimental-Debatte geführt wurde, in aller Unbefangenheit neu aufgelegt wird, offenbart sich hier, wenn auch in zugespitzter Form, die vermutlich unabänderliche Kontinuität einer bleischweren Unbeweglichkeit, in der das Bewußtsein, das Menschen, Dinge, sich selbst in deutlich spürbarer Bewegung hält, kurz: revolutionäre Identität, schon lange zur „Position", zu Festgesetztem, geronnen ist. Der Raum, in dem

„RAF" zu suchen begonnen hatte, war aber ein anderer gewesen. Dorthin als Gruppe zurückzukehren, war unser Versuch der vergangenen Jahre. *Danach* soll fragen, wer uns kritisiert. Ja, dies wäre ein Sich-Auseinandersetzen auf völlig anderer Ebene, wäre es doch immer sofort auch eine Frage der oder des Kritisierenden an sich selbst. „Position" indes, Begriff von 92 und danach, ist das, was übrigbleibt, wo die Frage revolutionärer Subjektivität außen vor gelassen wird. Der Verlust liegt in einer Politik, die es schon lange aufgegeben hat, *diese* Emanzipation auf *allen* Ebenen des Denkens und Handelns, von Praxis und Theorie anzustreben, zu organisieren, aufleben zu lassen. Als dieser Raum spätestens mit der verdinglichten Vorstellung von „zusammen kämpfen" verlassen wird, wird aus strategischem Defizit politische Orientierung, von nun an sieht alles anders aus, die Spaltung ist da nur die Endmoräne.

Wären jene Energien, die noch 1993/94 für eine Spaltung zur Verfügung stehen, die Jahre zuvor genutzt worden, um den emanzipativ-suchenden Weg der Illegalen, einiger Gefangener, von Leuten draußen mitzugehen statt sich auf das Herausgeben von Diskussionsappellen zu verlegen – ich bin mir sicher, das Jahr 1992 wäre zu diesem Desaster nicht geworden. Ob Gefangene rausgekommen wären, darüber will ich nicht spekulieren. Aber es wäre Erinnerungsarbeit gelaufen, inhaltliche Substanz beschafft worden, ein neues Netz von Verbindungen wäre entstanden. Beides auf der Höhe der Zeit: möglichst breites Sammeln von Kräften gegen die Gefahr von Faschismus, bei gleichzeitiger und immanenter Entwicklung einer radikalen Perspektive, radikal im originären Sinn, den Verhältnissen und ihren objektiven Verankerungen auf den Grund gehend. Daraus ist nichts geworden und so ist die inhaltsleere Härte, wie sie aus den Spaltungstexten spricht, tatsächlich Orientierung in eine Richtung, wie sie Eva Haule nach der April-Erklärung der RAF zutreffend kritisiert:

„Jetzt schrieb mir grade jemand aus Berlin, daß die Entscheidung der RAF und was wir Gefangene dazu gesagt haben, bei manchen Leuten ‚Gefühle der Ohnmacht und Niederlage' ausgelöst habe und sie nur noch alles ‚zusammenbrechen' sehen. Das kann ich mir einerseits erklären, so wie die Lage der Linken ist und weil ich weiß, daß für viele hier mit der RAF und ihren Aktionen eine ganze Menge vor allem emotional verbunden war, Hoffungen, ‚der Kampf geht weiter' ... alles das. Aber andererseits sind diese Reaktionen politisch völlig leer und das Denken, das sich darin ausdrückt, darf uns heute nicht mehr ausreichen." (Brief, 25.4.92)

Nach der Erklärung der RAF vom 10.4.92, in der sie die Einstellung der Angriffe mitteilt, bestätigt Irmgard Möller m Namen aller Gefangenen:

„Wir sehen auch heute noch um vieles deutlicher, als es schon Mitte der 80er zu erkennen war und im Hungerstreik 89 von uns das erste Mal angepackt und in eine Praxis umgesetzt wurde, daß die globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre unmöglich machen."

Und wenn Hanna Krabbe im Fernsehinterview der Lübecker Gefangenen vom 16.5.92 die Frage aufwirft, ob Gewalt – angesichts heutiger gesellschaftlicher Zustände – überhaupt noch die Funktion haben kann, „gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen", wenn es in der Gefangenengruppe niemanden gegeben hat, der Irmgard Möllers Erklärung widerspricht, ist das eine authentische Auskunft darüber, wo sich die Gruppe Frühjahr 1992, dem Zeitpunkt also, als sich die Reaktionen auf die Kinkel-Initiative herausbilden, befand. Dieser Satz wird auch dann nicht falsch, wenn es – intern – auf die April-Erklärung der RAF selbst Kritik gegeben hat, die indes von ähnlich diskussionsfernem Zuschnitt war wie gewisse Spaltungstexte.

Und folglich setzen auch alle Gefangene an der Kinkel-Initiative ein. Skeptisch zwar, im Bewußtsein oder zumindest mit dem Appell verknüpft, um Freilassung resp. Zusammenlegung kämpfen zu müssen, aber grundsätzlich verworfen wurde sie von niemandem. Entgegen heutiger Legende kommen doch recht weitgehende Vorschläge, wie auf die justiz-institutionelle Ebene eingegangen werden soll.

In der Pressemitteilung der VerteidigerInnen der politischen Gefangenen in der BRD vom 24.2.92, abgestimmt mit den Gefangenen, wird gesagt, Kinkel habe damit „eine neue Position in der öffentlichen Diskussion" eingenommen, „sich damit der politischen Realität genähert." In ihren Beiträgen zu den 1.-Mai-Demos in Stuttgart und Frankfurt fordern ehemalige Gefangene „vor dem Amtswechsel von Kinkel", daß „eine Entscheidung getroffen wird für die Freiheit aller politischen Gefangenen" und daß die Regierung jetzt Kontakt zu den Gefangenen aufnehmen solle (clockwork 129a, 22.5.92). Im Angehörigen-Info vom 28.2.92 bekräftigt Eva Haule die Haltung, „auf den Punkt zu gehen, an dem wir einhaken und mit dem, was *wir* wollen, weiterkommen zu können statt nur die ‚Counterschnute' zu ziehen und sich zurückzulehnen." Bei diesem Appell sollte es – von der oben bereits erwähnten „Zusammenfassung" einer nie dagewesenen gruppeninternen Diskussion abgesehen – dann aber auch bleiben. Wenn Wochen nach der Kinkel-Initiative sich die Anfragen von draußen häufen, was die Gefangenen denn nun wollten, konkret: nach einer grundsätzlichen Orientierung, einer Erklärung der Gefangenengruppe geradezu gerufen wurde, um draußen handlungsfähig zu werden, wird das mit dem Hinweis auf fehlende Zusammenlegung resp. Diskussionsmöglichkeit ausdrücklich abgelehnt. Das alte Muster. Wieder ist es die Situation der Gefangenen, die zum politischen Angelpunkt gemacht wird – vorgeschobenerweise, denn Hungerstreikerklärungen waren ja auch machbar, nicht zuletzt diese Spaltung. Wenn im April die RAF etwas sagt, dann nicht zuletzt deshalb, um dieses Vakuum zu füllen.

Trotz dieser weitgehend übereinstimmenden Wahrnehmung der Kinkel-Initiative vom Januarbeginn 1992 gab es also erhebliche Unterschiede in der Frage, wie praktisch darauf zu reagieren ist. Verweigerung hielten wir hier stets für die letzte aller Möglichkeiten. Möglicherweise kommt hier aber wieder jenes andere Moment zum tragen: Wer davon ausgeht, daß die Situation so ist, daß Teile der Gesellschaft, über die Linke hinaus, in welcher Form auch immer, sich unserer Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre zuwenden könnten, wer davon überzeugt ist, daß „widerständische" Auseinandersetzungen auf uns zugeflogen kommen könnten, der wird vermutlich von einem real (oder potentiell) erheblich stärker zu unseren Gunsten existierenden Kräfteverhältnis ausgehen (so jedenfalls die Skizze, wie sie sich aus der Erklärung Helmut Pohls vom 27.8.93 ergibt) – während welche, die wie wir eine solche Einschätzung unmittelbarer Möglichkeiten nicht hatten, eher davon ausgingen, uns ins Zeug legen zu müssen, um das politische Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten zu verschieben. Vor einem Jahr hatte ich in „Gesellschaft oder Getto" davon gesprochen, daß Kinkel Januar 1992 der Öffentlichkeit den Gedanken der Freilassung von RAF-Gefangenen in den Kopf gesetzt hatte, „eine neue Position in der öffentlichen Diskussion", und daß es darum gegangen wäre, diese Situation für uns weiterzuziehen und auszubauen, den Gedanken einer Freilassung offensiv zu vertreten, der öffentlichen Position Kinkels und anderer die eigene Kampagne entgegenzusetzen. Wie konnten wir, die wir eben noch von der „großen politischen Auseinandersetzung" mit allen gesellschaftlichen Gruppen geredet hatten, dies an unsere Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte delegieren, wo eben jene gesellschaftliche Gruppen über uns sprachen?!

„Nach der Entscheidung der RAF und den endlich möglich gewordenen öffentlichen Stellungnahmen der Gefangenen aus der RAF in Fernseh- und Zeitungsinterviews gibt es immer mehr Interesse in der Öffentlichkeit, über die Gefangenen zu sprechen." (Vorbereitungsgruppe Demonstration am 20.6.1992, Mitteilung an die Presse, Bonn, 16.6.1992)

Bereits Mitte Januar legt Karl-Heinz Dellwo den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Gefangenengruppe vor. Er beginnt mit einer skeptischen Einschätzung der Kinkel-Initiative: Bereits während des HS 89 hatten RAF und die Gefangenen „die politische Situation grundsätzlich aufgemacht ... von oben kamen nur Reaktionen, den Krieg bis zum ‚Endsieg' fortzusetzen."

„Verschärfung der Haftbedingungen, bundesweite Zellenrazzien, Anwaltsverfolgung, Hetzkampagnen, draußen weiter Repressionsbetrieb gegen Linke und als Abschluß: ein halbes Dutzend neuer anklagen gegen Gefangene, die teilweise schon über 10 Jahre im Gefängnis sitzen, teilweise bereits zu mehrfach lebenslänglich verurteilt wurden oder kurz vor dem Ende langer Haftstrafen stehen. Gegen die Illegalen neue Fahndungsoffensiven und die alten Illusionen ...

Abschwören ist kein Weg. Auch die acht werden nicht abschwören. Und es wäre

auch kein Weg, zu denken, alle Gefangene müßten diese langen Strafen absitzen und sie könnten einzelne Gefangene bis weit übers Jahr 2000 im Gefängnis halten und von unserer Seite gäbe es keinen Kampf mehr."

Insgesamt dreimal werden in dieser zweiseitigen Vorlage die geplanten Kronzeugenprozesse als Hindernis angeführt, um zu einem politischen Umgang mit der Lage zu kommen. So auch in allen Interviews 1992. Aber diese oder irgendeine andere Erklärung wird grundsätzlich abgelehnt. Vielleicht hatte dieses Nein Gründe in einer von diesen Gefangenen erwarteten Einstellungserklärung der RAF, von der sie sich möglicherweise mehr politische Schubkraft für Freilassung/Zusammenlegung versprachen als von einer eigenen Erklärung. Ich weiß es nicht.

Die RAF berichtet in ihrer Erklärung vom 2.11.93, daß es jenen Gefangenen, die von ihr die Einstellung der gezielt tödlichen Angriffe verlangt hatten, um eine Gesamtlösung gegangen sei. Eva Haule schreibt am 25.4.92 in „Sandkörner" (Reader zum Forum 1, Anti-WWG, München, 1992):

„So sind wir 89 in den Streik. Wäre die ZL und die freie Kommunikation erreicht worden, hätte das damals schon ein Aussetzen der Kommandoaktionen bedeutet, denn in der Diskussion, die wir 89 wollten, sollte es um neue gemeinsame Grundlagen für die gesamte revolutionäre Bewegung gehen; was die Priorität des politischen Prozesses einschließt und daß er offen ist für eine grundsätzliche Klärung aller Fragen ... für uns ist jetzt die politische Zeit, in der unsere Freiheit erkämpft werden kann, in der auch der Schritt der RAF richtig und dafür eine Voraussetzung ist – anders wäre ‚Freiheit' bloß ein schöner Traum."

Wie bereits gesagt, wissen wir nicht, worum damals der Streit ging. Aber eine solche Erklärung wie diese fällt ja nicht vom Himmel. Es ist ein Gedankengang, eine Logik, die der Erklärung von Irmgard Möller vom 10.4.92 weit näher sind als den 1993 im nachhinein entwickelten Legenden: Da die Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre nicht mehr so einfach fortgeführt werden kann, Suche nach neuen Grundlagen und Einstellung der Angriffe, damit die Freilassung nicht nur ein Traum bleibt, sondern eine realistische Perspektive bekommt. 1993 sollte der Vorwurf, die Situation der Gefangenen an den bewaffneten Kampf gebunden zu haben, einer der Hauptgründe für die Spaltung sein. Aber selbst wenn diese Haltung nicht von allen Gefangenen geteilt wurde – wovon ich ausgehe –, wie Helmut Pohl jene Einstellung, wie sie von ihm und einigen anderen Gefangenen von den Illegalen gefordert wird, begründet, wird das ganze dann tatsächlich fragwürdig. Nein, um eine Aufgabe des Kampfs sei es nicht gegangen. Aber Freilassung aller! Wie hätte dieser Vorstellung zufolge der gemeinsame Kampf von Illegalen und – dann – ehemaligen Gefangenen ausgesehen? Die ex-Gefangenen hätten den bewaffneten Kampf in der Theorie richtig gefunden – und die Illegalen hätten ihn in der Praxis geführt. Denselben Widerspruch hatten wir bereits vor 25 Jahren. Auch damals gab es welche, allerdings in anderen Dimensionen, die den bewaffneten Kampf richtig fanden. Sie liefen durch die Straßen von Berlin, Frankfurt, Hamburg und München und riefen zu Tausenden: „Für den Sieg des Vietcong!" Und dann gab es damals welche, die dazu in einer bestimmten Weise Nein gesagt haben. Sie sprachen von revolutionärer Identität, von der Einheit von Sagen und Tun. Das war der Beginn der RAF. Wer für sich selbst den bewaffneten Kampf beendet, wer inhaltlich nichts dazu beiträgt, eine solche Zäsur inhaltlich zu bewältigen und für andere begreifbar zu machen, wer sich nicht darum bemüht, zumindest in Gestalt erkennbarer Suche nach weiterführenden Perspektiven deutlich zu machen, daß es nicht um „Aufgabe des Kampfs" geht, sollte nicht spalten. Ich finde es nicht korrekt, bei anderen draußen einen Eindruck stehen zu lassen, der dazu beitragen könnte, daß sie ihr Leben aufs Spiel setzen.

Ich kann mir vorstellen, daß die Illegalen durchaus damit einverstanden waren, wenn die Gefangenen jetzt versuchen, rauszukommen. Ich kann mir auch vorstellen, daß sie bereit waren, den Kampf alleine weiterzuführen. Keine/r der bisher entlassenen RAF-Gefangenen ist in die Illegalität zurückgegangen. Aber nach allem, was ich in ihren Erklärungen ab April 1992 gelesen und gespürt habe, kann ich mir nicht vorstellen, daß sie sich diese Einstellung, eine solche Zäsur anders denken konnten als auf der Grundlage einer inhaltlichen Durcharbeitung und ihrer Vermittlung. Sie wollten nicht nur den formalen Schritt, sie wollten einen inhaltlichen, sich als Subjekt zur eigenen Geschichte verhalten. Das Problem ist doch nicht, daß die Illegalen diesen Weg eingeschlagen haben, sondern daß zuviele zurückgeblieben sind, um im ihnen geeignet erscheinenden Augenblick den Daumen nach unten zu drehen.

Das Problem ist doch, daß der größte Teil der Gefangenengruppe sich diesem notwendigen Prozeß verweigert hat und deshalb *jede* Einstellungserklärung, ohne einen gemeinsamen Begriff der Situation zur Grundlage zu haben, in der Luft hängen mußte. Was für eine revolutionäre Identität, die in wenigen Sätzen dem Rest der Welt mitteilen will, Mitte der 80er Jahre sei eine Phase zu Ende gegangen – um diese dann über eine Formel von der Legitimität des bewaffneten Kampfs wegzutippen wie ein langweilig gewordenes Fernsehprogramm! Und dies bei all den Toten! Warum ausgerechnet einzelne Feministinnen, die doch über die Wechselbeziehung von Subjektivem und Objektivem etwas wissen, damit Probleme haben, wenn die Illegalen auf einem bewußten Verhalten zu ihrer eigenen Geschichte bestehen, wenn sie nein sagen zu einem Subjekt-Objekt-Verhältnis der geschilderten Art, hat sich mir nicht erschlossen. Es fällt mir schwer, mir nach fast 20 Jahren Abwesenheit aus dieser Gesellschaft ein Bild von der Frauenbewegung zu machen (und vom Ablegen parolenhaft-entfremdeter Bekenntnisse halte ich schon gar nichts!), aber wenn ich das doch richtig verstanden habe, war da die Rede von starken Frauen, die sich auf eigene Identität, auf eigene Kraft, auf eigene, bewußt gemachte Geschichte verlassen. Ich habe das Gefühl, wenn solche emanzipative Kraft in den letzten Jahren in unserem Zusammenhang wirksam geworden wäre, wären die Jahre 92 und 93 anders verlaufen!

In der zweiten Hälfte 93 schließlich die Illusion, diese politische Leere durch die bekannte Schuldzuweisung zu füllen. Nochmal: Wir haben niemandem ein Angebot gemacht und hatten dies auch nicht vor. Wo jemand wie Ströbele davon spricht, daß im Fall einer ausbleibenden Deeskalation in der Gefangenenfrage die Möglichkeit einer erneuten Eskalation bewaffneter Aktion wahrscheinlich ist, kann dies gelesen werden als konkrete Drohung, als konkretes Angebot – oder es kann genommen werden als das, was es für Reuter war: die Lageeinschätzung eines früheren aktiven RAF-Anwalts, Kenner der Sachlage, der die Entwicklung verfolgt und der bei Bubis und Reuter formell ausdrücklich als Vertreter einer politischen Gruppierung auftritt, die weder RAF noch Celler Gefangene noch Gefangene aus der RAF und Widerstand heißt – noch sonst irgendwie mit uns in Verbindung gebracht werden kann. Und so war damit auch kein Risiko verbunden. Wir haben niemanden beauftragt, mit dem Verfassungsschützer Benz Kontakt aufzunehmen. Von Reuter/Bubis wußte er nichts. Eine Vermittlung welcher Art auch immer durch ihn hat nicht stattgefunden und war auch nicht beabsichtigt. Im Kontrast zu den von Brigitte Mohnhaupt und anderen, zu den im „Spiegel" und im Angehörigen-Info aufgetischten umfangreichen Einzelheiten und Abläufen, die wir dort erstmalig nachlesen, erfahren konnten wie jede/r andere auch, mag diese Mitteilung dürftig erscheinen. Aber sie entspricht dem Begriff dessen, was gewesen ist. Daß andere Gefangene sich aber auch davon überfahren fühlen, kann ich nachvollziehen. Im umgekehrten Fall wäre mir das vermutlich genauso gegangen. Auch wenn diese, von uns selbst als peripher und aller Wahrscheinlichkeit nach als nicht besonders effektiv empfundene Initiative nicht gerade ein unerklärlicher Ausbruch aus einem lebendigen Kollektiv war – Alleingang war es allemal. Ein Gespräch mit Bubis würde ich auch heute noch führen, er aber vermutlich nicht mehr mit RAF-Gefangenen. Er hat in den letzten beiden Jahren einen engagierten Antifaschismus vertreten. Als der bekannteste Repräsentant der deutschen Jüdinnen und Juden teilt er bei seinem outing zum Vorgang selbst eine Auffassung mit, die mit der öffentlichen Meinung übereinstimmen könnte. Das ist gut so. Die Möglichkeit eines Kontakts zu bürgerlichen AntifaschistInnen dürfte mit dem, wie das jetzt gehandhabt wurde, auf lange Zeit verbaut sein. Schließlich: wenn im Papier der Tübinger Gruppe die Frage aufgeworfen wird, ob in der oben erwähnten Lageeinschätzung ein Widerspruch steckt, kann ich das nur mit ja beantworten.

1991 beschäftigten mich zwei Fragen: Perspektive für die Gefangenen; politische Perspektive, wie kann dieser Sinn, wie er trotz allem in den letzten 20 Jahren steckt, heute und morgen wieder lebendig wer-

den. Zum ersten Punkt vertrat ich die Auffassung, daß die Zusammenlegung ein Ziel für erste Knastjahre sein kann, daß es aber keinen Sinn macht, nach 10, 15, 20 Jahren für Zusammenlegung zu kämpfen. Perspektivisch jedenfalls. Politisch schief vor allem deshalb, weil das sich Abfinden mit der Tatsache der Gefangenschaft, ja, des Gefängnisses überhaupt, etwas zutiefst unrevolutionäres, defensives, ja, resignatives hat. Zur politischen Einschätzung kommen, daß eine Freilassungskampagne zu diesem oder jenem Zeitpunkt aussichtslos ist, ist das eine, ob Gefangenschaft in Frage gestellt oder hingenommen wird, das andere. Vor allem sagt es etwas aus über das Verhältnis zum kapitalistischen Zwangssystem überhaupt. Es hat ja wohl auch in der Frauenbewegung, um das, worum es mir geht, an einem Beispiel zu verdeutlichen, nie eine Diskussion darüber gegeben, statt für Frauenbefreiung und gegen Patriarchat nur für Frauenhäuser zu kämpfen, da die Abschaffung des Patriarchats angesichts heutiger Verhältnisse erstmal nicht durchsetzbar sei. Die Frage, die uns vor einiger Zeit mal erreichte, ob wir's denn im Knast nicht mehr aushalten, ist so sinnvoll wie die Gegenfrage, ob ihr's denn im Kapitalismus nicht mehr aushaltet.

Gleichzeitig bemühte ich mich, zu der 1989 angesagten „großen politischen Auseinandersetzung" etwas beizutragen. Deshalb mein Austausch mit Tupamaros und anderen, deshalb inhaltliche Beiträge. Ich bin der Auffassung, wenn von einer solchen Zäsur die Rede ist, muß Nachforschen einsetzen. In beiden Momenten – Bruch mit dem von manchen verinnerlichten Knast; bewußt gemachte und vermittelte Zäsur – steckt ein emanzipatives Moment: durchbrechen eines verdinglichten, oft in erstarrten Formeln und Denkmustern steckengebliebenen Politikverständnisses. Von einem Hinter-sich-lassen solchen Entfremdungsstresses sei es beim Absender, sei es beim Empfänger – verspreche ich mir das Freiwerden enormer Energiemengen, die ansonsten dafür verbraucht werden, labile ideologische Konstrukte in Schach zu halten. Die beiden letzten Jahre sind ein trauriges Beispiel dafür.

Ich denke, ein solcher oder ähnlicher, weniger spektakulärer, dafür inhaltlich aufbauender und vermittelnder Prozeß hätte mehr gebracht; die Erklärung, gezielt tödliche Angriffe einzustellen, hätte drinnen und draußen eine gemeinsame politische Grundlage gehabt. So aber öffnet diese politische Leere dem Taktieren untereinander Tür und Tor.

Vom Kampf zweier Linien zu sprechen, scheint mir etwas voreilig. Darunter verstehe ich doch etwas anderes. Da ist viel zu wenig herausgearbeitet. Solche spektakuläre Interpretationen befriedigen wohl eher das Bedürfnis nach flinker Einordnung, einen aufklärenden Beitrag kann ich darin nicht erkennen. Es wäre eine weitere deprimierende Erfahrung, würde diese unsere Geschichte zum Steinbruch, aus dem auf die Schnelle Brocken herausgebrochen werden, um die jeweilige „Position" zu untermauern. Dennoch ist heute festzuhalten, daß es seit langem auseinanderstrebende Tendenzen gibt, in sich selbst jeweils nicht ohne Widersprüche, von persönlichen Animositäten überlagert und zur Dimension eines Bruchs nicht zuletzt dadurch gebracht, daß die Freiheit, mit Konflikten eher vertrauensvoll als verbissen umzugehen, zu wenig vorhanden war.

Wir hier in Celle haben seit Mitte der 80er Jahre in Richtung einer emanzipatorischen Gegenmacht gesucht. Will sagen: Befreiung braucht die Mobilisierung und Organisation von Aktionskraft, aber ohne die Mobilisierung und Organisation von Zuneigung zur eigenen Kraft, zu Talenten und Bedürfnissen wird das im subjektiven über Aktionismus nicht hinauskommen. Selbst wo man einen weitgehend „militärischen" Standpunkt einnehmen wollte: daß dies kriegsentscheidend ist, hatte – in seinem Klasseninteresse verallgemeinernd – bereits ein Clausewitz einer revolutionären Armee seiner Zeit abgeguckt. Bewaffneter Kampf ist indes eine autoritäre Angelegenheit, und je ungleicher das Kräfteverhältnis, desto größer die Gefahr solcher Verkürzung der Perspektiven. Zeit und Kraft für lange Entwicklungswege ist da so gut wie nie. Aber auch daraus könnte noch etwas rausgeholt werden in einer Epoche, wo das Zeitgefühl verschwimmt angesichts von Zuständen, die in jedem Punkt schon fertig zu sein scheinen, unkorrigierbar kontrolliert und beherrscht – und so beginnen und beenden, unterbrechen und neu anfangen, wovon das Zeitgefühl lebt, sinnlos erscheinen. Guerillamentalität! Zulange haben wir uns in diesem Widerspruch zwischen Sehnsucht nach Befreiung und Zwang zur Härte bewegt, als daß uns das nicht alle verändert hätte. Davon spricht unser Alleingang nicht weniger als die Art und Weise, wie diese Spaltung vollzogen wurde. Es wäre nicht der erste revolutionäre Krieg, der sich durch sich selbst seines ursprünglichen Ziels beraubt. Lenin spricht am Ende des Bürgerkriegs vom verschwinden der Arbeiterklasse. Womit er nicht deren physische Dezimierung und Zerstreuung in alle Heimatdörfer meinte, er spricht, mit Blick auf die Barbarei dieses Kriegs, vom Verlust jenes einzigartigen, kämpferischen und Talente freisetzenden Klassen-Selbstbewußtseins, das Herz und Verstand jenes emanzipatorischen Sozialismusprojekts hätte werden können, das er, ausgerechnet im streß des Revolutionssommers '17, in „Staat und Revolution" und benachbarten Überlegungen entworfen hatte. Die Partei sollte da doch ein ganz und gar un-leninistisches Gewicht haben! Nein, für *diesen* Lenin war Antiimperialismus und Sozialrevolution ganz gewiß kein Gegensatz. Ganz im Gegenteil! Wenn ich mal davon geredet habe, daß wir alte eingefahrene Denk- und Kontroversenmuster überwinden sollten, wäre dies ein Beispiel. Aber auch Marx! In seinem Begriff der Pariser Kommune hat er, strategisch denkend, dem Emanzipatorischen unmißverständliche ja geradezu demonstrativ Vorrang gegeben vor den militärischen Defiziten, obwohl sie ihm den schlaf geraubt hatten.

In den Auseinandersetzungen der Jahre 1992/93 scheinen die Gewichte anders gelagert zu sein. Denkbar schlechte Voraussetzungen für den Umgang mit dieser Kinkel-Initiative. Denn sie drückt weniger auf das militärische als auf das emanzipatorische Moment. Das, wie unsere Geschichte nun mal gelaufen ist, eher bei den Gefangenen lag, wenn auch in sehr widersprüchlicher Weise, als bei den bewaffnet Kämpfenden, egal ob den von 75, 77 oder 85. Im Konflikt einiger Gefangener mit den Illegalen 90/91 taucht es auf Seiten der RAF auf, findet seinen Ausdruck in den April- und August-Texten 92, um von jenen, die sich einen klaren Blick nur noch über Kimme und Korn vorstellen können, intern sofort als „Müsli" denunziert zu werden.

Wenn es von Seiten des Staats keine politische Antwort gab, dann vor allem deshalb, weil sie glaubten, mit der Figur Steinmetz endlich der militärischen Lösung nahe gekommen zu sein. Dies ist das eine. Das andere ist, daß die seit Januar 92 vom Staatsschutzbunker noch einmal mit besonderer Inbrunst gelegte Eskalationsspur gewiß kein Fremdkörper in der gegenwärtigen Politik von Staat und Kapital ist. Mölln, Bad Kleinen, Solingen gehören zusammen. Von allem andern gar nicht zu reden. An dieser Figur Steinmetz fällt jedenfalls auf, daß sie überall hinfließen will. Und darin ist sie sicher auch Produkt jener politischen Leere, von der oben die Rede war. Nicht daß aus solcher politischen Leere zwangsläufig Verrat kommen müßte, aber dem Verrat vorbeugende Identität kommt aus Verdinglichung und Fetisch nicht.

Ich denke, die politische Vorstellung, wie sie beispielhaft in der Erklärung Helmut Pohl 27.8.93 sichtbar wird: Teile der Gesellschaft könnten sich der seit 20 Jahren richtig antizipierenden RAF-Politik anschließen, nachdem sie im heutigen kapitalistischen Durchmarsch ihre Lage erkannt haben, und zwar ohne daß es von unserer Seite aus nennenswerte Austauschanstrengungen braucht, da die Auseinandersetzungen auf uns zugeflogen kommen – solch ein Szenario ist so realitätsverträglich wie das der weltweiten resp. westeuropäischen Front der 80er Jahre. Umgekehrt wird ein Schuh draus! Die praktische Initiative muß auf die Menschen zufliegen, die in dieser Welt mehr denn je Grund haben, ihre Lage zu begreifen (mehr denn je aber, nicht zuletzt in ihrer oft zugespitzten Vereinzelung, Schwierigkeiten damit haben dürften), und die so in der revolutionären Initiative etwas wiedererkennen von ihrem Bedürfnis, von ihrem Traum nach Würde und Existenz (wozu heute auch der Wunsch gehört, zurückzuschlagen) – jede Initiative ein Moment, aus dem sich nach und nach das Puzzle einer revolutionär-emanzipativen Gegenmacht und -wirklichkeit herausstellt. Ja, es mag sein, daß RAF Hoffnungen auf sich gezogen hat (aber auch Ängste), aber eine revolutionäre Strategie, die diesen Namen verdient, muß doch darauf aus sein, den Menschen Hoffnungen auf sich selbst zu machen! Wo bewaffnete Aktion und revolutionärer Kampf zum Synonym werden, ist die Niederlege vorprogrammiert – sowohl politisch als auch militärisch.

Konkret – auch um das, was von uns und an uns in den letzten Jahren gelaufen ist, einordnen zu können – am wichtigsten scheint mir aktuell eine möglichst breite

Front gegen die Gefahr von Faschismus. Eine Frage, die unausweichlich auf uns zukommen wird, spätestens dann, wenn es in dieser Entwicklung einen noch bedrohlicheren Sprung geben wird. So jedenfalls die Erfahrungen aus der Geschichte. Das von Spaltung und Zensur ausgehende Signal geht in die falsche Richtung. Diese Faschisierung ist aber nur der unverstellte Klartext des neoliberalen Wolfsgesetzes. Antifaschistischer Kampf ist notwendig, soweit ich das von hier sehen kann, hat er eine Kraft und eine Wirkung entwickelt, die ihn legitimiert, aber doch ist er ohne Schutzwirkung gegenüber der Zerstörungsdynamik des neoliberalen Totalitarismus. Die Diskussion über bewaffnete Aktionen, wie sie in den letzten zwei Jahren weitgehend geführt wurde, halte ich nicht für einen Beitrag zur Lösung dieser Frage, sondern für einen Beitrag zu ihrer Verdrängung.

Wir hier haben das Gewicht unserer Arbeit in den letzten Jahren schwerpunktmäßig auf die Suche nach einer Überwindungsperspektive gelegt: das 77-Seiten-Papier von Karl-Heinz Dellwo, ursprünglich für die gruppeninterne Diskussion bestimmt, in Ausschnitten jetzt in der berliner Zeitschrift ARRANCA! (Nr. 3, Winter 92/93) veröffentlicht; mein Austausch mit Tupamaros (Lutz Taufer, „Auf der Suche ...", ak 337, 16.12.91), der Beitrag im PIZZA-Sammelband Frühjahr 1992 (Lutz Taufer, „Gedanken gegen die Mauern", in: PIZZA (Hg.), ODRANOEL. Die Linke – Zwischen den Welten. VLA), Diskussionen und Auseinandersetzungen mit Linken und Alternativen aus den verschiedensten Bereichen, aus Ost- und Westdeutschland. Es ist sicher richtig, daß Gefangene nach dieser langen Zeit des Abgeschottetseins von jeder sinnlichen Erfahrbarkeit der stark veränderten Gesellschaft draußen sich bei einer solchen Arbeit in einzelnen Punkten vertun können. Unser grundsätzliches Anliegen sehe ich aber durch die Entwicklung der letzten Monate eher noch einmal bekräftigt. Auf jeden Fall war diese Arbeit sinnvoller als die An- und Absage von Diskussionen, denen dann aber keine eigene Vorgabe folgte.

Nicht zuletzt ging es uns darum, zwischen der Realpolitik „Zusammenlegung durchsetzen" und der Irrealpolitik einer weltweiten Front zu einem Maß zu finden, das unseren Möglichkeiten und Kräften entspricht und so Entwicklungsmöglichkeiten in sich trägt.

Was uns in den letzten Jahren umgetrieben hat, könnte in den Sätzen aus dem PIZZA-Beitrag skizziert sein:

„Widerstand ist Abwehrkampf, Negation von bestehendem schlechten. Widerstand ist nicht revolutionär, denn er führt der Gesellschaft nicht jenes positive zu, dessen Möglichkeit er mit seiner radikalen Kritik am Bestehenden behauptet."

Die Suche nach einer Überwindungsperspektive wird allerdings in dem Maß subjektiv als sinnlos und abgehoben erscheinen und objektiv auch sein, wo die Alltagskämpfe ums Überleben und für eine selbstbewußte Kultur der Existenz diesseits der Selektionsrampe Weltmarktrentabilität nicht geführt werden. Damit ist aber schon die Unmöglichkeit benannt, unseren Kampf hier anders als mit international-solidarischer Wirkung zu entwerfen. Warum Auschwitz im US-Krieg gegen Vietnam wiedererkennbar gewesen sein soll, die nicht weniger massenhaft-tödlichen ökonomischen Vernichtungsfeldzüge des westlichen Kapitals gegen die allermeisten Trikont-Länder Ausdruck eines Demokratisierungsprozesses sein sollen, ist nicht nachzuvollziehen. Bei jenen, die so reden, scheint mir das demokratische Heute nicht weniger ideologisch-entäußert zu sein wie ehedem das revolutionäre. Wenn die Aufstände gerade in den als jahrzehntelang „stabil" und „demokratisch" geltenden Ländern Lateinamerikas wie Mexico und Venezuela zunehmen, ist das ein deutliches Zeichen. Auch hier bei uns wächst die Bedrohung von Leben und Existenz. Ohne die Erfahrungen aus all diesen Kämpfen, ohne ihre wechselseitige Annäherung und Vermittlung, wird aber eine Überwindungsstrategie kaum zu gewinnen sein. Der im Bild der One-World suggerierte Endsieg hat so nicht stattgefunden. Ratlosigkeit in globalperspektivischer Hinsicht breitet sich aus. Dies zu sagen heißt nicht, die zu unterschätzen, die trotzdem versuchen, die kapitalistische Katastrophe zu verwalten und jene, die so uneinsichtig sind, noch immer wie Menschen leben zu wollen, in Schach zu halten.

Es gibt draußen welche, die die Einstellung der Angriffe, das damit verbundene Aufknoten unserer Geschichte sowie – kaum vermittelt – Andeutungen, wonach in der Gesellschaft heute etwas anderes möglich sein soll, als Messer in den Rücken empfinden. „Links" steht mit dem Rücken zur Wand – so sehr die Kämpfe ums Überleben im Alltag ohne Millitanz kaum noch vorstellbar sind, so sehr sie auch ganz subjektiv Überlebensbedingung sind, an der grundsätzlichen Situation ist damit allein nichts zu ändern. Ich denke aber, auch wenn eine revolutionäre Perspektive nicht in Sicht ist, haben die Recht, die Widerstand leisten. Das war ursprünglich Selbstverständnis von „RAF", um nach und nach dem verbalradikalen Lippenbekenntnis zu weichen.

Wenn wir etwas antizipiert haben, dann diese revolutionäre Subjektivität. Es hat in dieser Gruppe harte Auseinandersetzungen gegeben, auch hier in Celle gab es die. Wie sollte das anders sein, wir sind nicht vom Mond gefallen. Positiv- wie Negativmythen haben dazu beigetragen, Konflikte, die bei einer so langen Zeit und unter derart extremen Bedingungen ganz natürlich, ja, ich würde sagen, notwendig sind, nicht immer in konstruktiver Weise regulieren zu können. Also wurden sie akkumuliert. Aber wenn es diese Gruppe mehr als zwei Jahrzehnte gegeben hat, dann aus einer Reihe von Kämpfen ums Überleben als politisch freibleibende Menschen, aus Bedingungen heraus, die denen draußen heute sehr viel verwandter sind als noch vor 20 Jahren. Die Erfahrungen, die wir erkämpft haben, waren und sind verschlungen in eine Wirklichkeit, die immer wieder so unüberwindbar schien wie die heutige Wirklichkeit draußen. Es gab im Hochsicherheitstrakt und in den Isolationszellen keine Möglichkeit, sich lange Illusionen über die eigene Situation zu machen. Als Gefangene hatten wir nie den Reichtum an Möglichkeiten zum Kämpfen und zum Leben, den es draußen solange gab und der inzwischen dramatisch zu schrumpfen scheint. Wir hatten keinen gemeinsamen Ort wie eine Arbeiterbewegung die Fabrik oder die Gewerkschaft oder eine Hausbesetzerbewegung den Kiez – und unter dem existentiellen Druck der Vernichtungshaft hatte wir auch nicht immer den Luxus endloser Zeit, eine präzise Klassenanalyse anzufertigen, bevor wir einen Hungerstreik begannen. Entsprechende Forderungen, wie sie 92 uns hier erreichten, haben mich doch eher melancholisch gestimmt. Es gab keine hinreichend vorhandene Ressourcen, auf welcher subjektiven und objektiven Ebene auch immer, sie waren dschungelmäßig, äußerst dürftig und beschwerlich. Trotzdem hat sich die Gefangenengruppe in ihrem Kampf der Wirklichkeit präziser angenähert als viele andere. Sie hat gekämpft auf einem Terrain, auf dem das System in jedem noch so kleinen Detail die Initiative zu haben scheint, in einer Situation der scheinbar erdrückenden Übermacht des Gegners; an einem unausweichlich feststehenden, unentrinnbar öden und engen Ort, nach einer Zeiteinteilung, die den eigenen Lebens- und Arbeitsrhythmus zerstückelt; nach objektiven Bedingungen für emotionales und intellektuelles Leben, wie sie unter sensorischer Deprivation und sozialer Isolation schlechter kaum vorstellbar waren und, bei Birgit Hogefeld, noch heute so sind. Wir waren hier in der elendigen Situation einer Guerilla, die mit nichts in der Hand beginnt und lange, lange Zeit über diese erbärmlichen Bedingungen nicht hinauskommt – und die deshalb gar keine andere Wahl hat als unterzugehen, und das heißt auch, individuell unterzugehen, oder ein Maximum an Erfindungsreichtum, Flexibilität, Kraft und Risikobereitschaft zu entfalten. Wir hatten nicht die Möglichkeit, auf Zwangsernährung und Isolationshaft mit Transparenten oder dem Aufstellen „richtiger Forderungen" reagieren zu können. Wie Robinson auf seiner Insel waren wir gezwungen, ständig neue Lösungen zu erfinden. In der politischen Aussage hat es, nicht zuletzt aufgrund dieser Bedingungen, Fehler gegeben. Gut, daß es immer wieder ein paar gibt, die die dahinter sich verbergenden moralischen Abgründe aufdecken. Wir waren in unserem Kampf auf der Höhe der Zeit. Wenn wir dabei an eine Grenze gestoßen sind, dann die, daß unsere Art und Weise, zu kämpfen, eine Vorahnung gewissermaßen, vertieft und verbreitert, aufgehoben sein könnte im Kämpfen, Handeln, nachdenken und suchen auf neuer ebene. Denn die alltägliche Dimension von Austilgung und Selbstaustilgung, von Deprivation und Enteignung hat die abhängigen Teile der Gesellschaft draußen längst erreicht.

Als normative Kraft des *Tat*-Sachen-Schaffens gingen die Gefangenen immer wieder voran, zusammen kämpfend und doch erstmal allein und auf eigene Faust, und darin waren sie Avantgarde im besten Sinn. Da entstand Nähe, erlebt wurde die Geburt menschlicher Beziehungen über Hunderte von Kilometern hinweg, und so von Kraft. Die Furcht vor einer unklaren, offenen Situation – offen im Negativen

wie im Positiven –, verwarf sich im Sprung in die Solidarität. Jene, die uns – die letzten beiden Jahre nicht zum ersten Mal – die Klarheit der Klassikerinnen und Klassiker vorhalten, übersehen dabei, daß es diese, ohne die schon fast natürliche Solidarität der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, gar nicht gegeben hätte. Ja, gewiß, Solidarität ist naiv. Aber in dieser Scham vor solcher Einfachheit, in der manche Linke jener Metropolengesellschaft und der Logik des Wolfsgesetzes ähnlicher sind als ihnen recht ist, verbirgt sich schließlich ein Bedürfnis nach Gesellschaftlichkeit von Vereinzelten, die nicht mehr wissen, wie sie das anstellen sollen. Ungewiß, wie heute nun mal alles ist, braucht eine solche Situation der Krise und des Übergangs eine Solidarität, die Kraft und Selbstbewußtsein genug hat, auch mal alleine zu gehen, ohne auf die ewige Krücke der moralisierenden Abgrenzung angewiesen zu sein. Im ungewissen der einfachen Negation Priorität zu geben – diese endlose und so müde machende Geschichte des Herummanövrierens in der Sackgasse von Ausgrenzung und Abgrenzung – schafft keine Klarheit. Wenn wir Ohnmachtsgefühle (ab und zu) lindern wollen, mag es genügen, hier und da eine bewaffnete Aktion zu machen. Wo wir aber die Ohnmachtssituation aufbrechen wollen, müssen wir alle die politisch-ökonomisch-kulturelle Schranke durchbrechen, die uns heute stärker denn je gesetzt ist, ja, uns einzukreisen droht. Mag sein, daß unsere Suche nach dem, womit die Gesellschaft schwanger geht – nicht nur nach Marx conditio sine qua non jeden revolutionären Prozesses, manchen allerdings untrügliches Zeichen für reformistische Dekadenz – angesichts der realexistierenden Kraft und Bewußtseinslagen von uns Linken sowie der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung nicht vermittelt ist. Trotzdem möchte ich auf Gramscis Warnung hinweisen, die konjunkturellen Entwicklungen nicht mit den organischen zu verwechseln.

ak analyse & kritik

seit 21 Jahren eine linksradikale Zeitung

In ak 361 am 15. Dezember 1993 erschienen:
Das Verbot der PKK - Bundesregierung gegen Kurden
Österreichische Briefbomben - die Spur führt in die BRD
Antifa - Höchststrafen im Möllner Prozeß
Freak out - zum Tod von Frank Zappa
In jeder Ausgabe: Chronologie rassistischer Anschläge

ak erscheint vierwöchentlich und ist in allen linken Buchläden und gut sortierten Zeitschriftenläden erhältlich oder direkt bei

Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Schulterblatt 58B, 2000 Hamburg 36
Kostenloses Probeexemplar anfordern !

Bilanz und Perspektiven

Victor Serge
Erinnerungen eines Revolutionärs
Autobiographie 1901–1941. Gebunden, 464 S., 38,- DM

Günter Reimann
Berlin – Moskau 1932
Das Jahr 1932: Parallelen der Ereignisse in Berlin und Moskau. Bericht und Analyse. Broschiert, 128 S., 19,80 DM

Christian Geissler
Prozeß im Bruch
Schreibarbeiten 1989–1992. Broschiert, 288 S., 29,80 DM

Helmut Thielen
Subversion und Gemeinschaft
Eine Philosophie der Befreiung. Bausteine für eine libertäre Utopie. Broschiert, 176 Seiten, 28,- DM

DIE AKTION
Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst. Das Beste wider den grassierenden Blauhelm-Chic. Heft 105/108= **Italien Dossier (I),** 8,- DM. In Vorbereitung: **Charles Reeve/Sylvie Deneuve:** Reise durch ein Amerika in der Krise, ca. 8,- DM. **1993!** Im Inneren der Festung. Momentaufnahmen aus Europa., ca. 8,- DM (Herbst/Winter). Drei ältere Hefte zum Kennenlernen 10,- (Vorauskasse).

Edition Nautilus
Gesamtkatalog anfordern: Am Brink 10 / 21029 Hamburg

Quellenverzeichnis:

I. Für eine neue revolutionäre Praxis!

1. Vorwort

Originalbeitrag

2. Einleitung: *triple oppression* und bewaffneter Kampf

Originalbeitrag

3. Für eine produktive Debatte zwischen Antiimperialistinnen, Feministinnen und Kommunistinnen! Zusammenfassungen der Texte (abstracts)

Originalbeitrag

II. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit I:

Kommunistische Kritiken an der alten Politik der RAF

1. Gefangene aus der PCE(r) und der GRAPO, *Zwei unvereinbare Linie in der europäischen revolutionären Bewegung* (1986)

aus: *Knispelkrant* (Amsterdam, Niederlande), Nr. 9, 1986, S. 440 - 454.

2. Frédéric Oriach, *Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution*

aus: o. Hg., *Texte 1984-85*, International Institute DOCOM, Groningen/Nederland, o.J., S. 1 - 9.

3. o. Verf., *Für den Kommunismus!* (Papier vom Widerstands-Kongreß 1986)

Der Text "*Für den Kommunismus!*" wurde 1986 im *Arbeiterkampf*, Zeitung des Kommunistischen Bundes (Hamburger Satz- und Verlagskooperative) AK 270, 05.05.1986, S. 38 - 39 und jüngst erneut in der Broschüre der Kommunistischen Brigaden, *Beitrag für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas*. 1. Ausgabe, Amsterdam/Niederlande, 1991, S. 41 - 45 veröffentlicht.

III. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Weißen und People of Color:

Antirassismus ist mehr als Antifaschismus und traditioneller Antiimperialismus!

1. Christian Klar, *Brief vom Jan. 1992*

aus: *Clockwork 129a*. Informationen über 129a-Verfahren und andere politische Prozesse, Nr. 32, 28.05.1993, S. 2.

2. Heidi Schulz, *Auszug aus einem Brief vom Jan. 1993*

Der Brief wurde von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, Heddernheimer Landstraße 155, 60439 Frankfurt am Main - Heddernheim) veröffentlicht.

3. Lutz Taufer, Auszug aus dem Text "*Ghetto oder Gesellschaft*" (Jan. 1993)

Der Brief wurde von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, s. III.2.) veröffentlicht.

4. RAF, *Auszug aus der Weiterstadt-Erklärung* (April 1993)

aus: *interim*. Wöchentliches Berlin-Info, Nr. 235, 08.04.1993, S. 11 - 17 (11 f., 17).

5. einige Frauen aus der *radikal*, *Gegen das organisierte Deutschtum!* (Herbst 1992)

aus: *radikal*, Nr. 146, Nov. 1992, S. 37 - 42.

6. Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen, *Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Politik* (März 1992)

aus: *interim*, Nr. 184/185, 19.03.1992, S. I - VI (I, III - VI).

IV. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen I:

Feministische Kritiken an der alten und neuen Politik

1. Schweizer Feministinnen, *Ein Stein in der Sonne* (1990)

aus: *radikal*, Nr. 141, Teil I, Nov. 1990, S. 6 - 10.

2. Frauen aus der *radikal*, Stellungnahme zu "*Ein Stein in der Sonne*"

aus: *radikal*, Nr. 141, Teil I, Nov. 1990, 10 - 14. Bei beiden Texten (III.1. und III.2.) haben wir am Anfang einige Absätze ausgelassen, die sich auf die damals aktuelle Situation bezogen.

3. Sterin, *Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln* (Okt. 1992)

aus: *interim*. Wöchentliches Berlin-Info (Berlin), Nr. 210, 08.10.1992, S. 17 - 19.

4. Frauen/Lesben aus Gießen, *Eine feministische Kritik* (Feb. 1993)

aus: *interim*, Nr. 229, 25.02.1993, S. 23 - 27.

3. deutsche Lesben aus dem linksradikalen Frauen-/Lesben-Spektrum, Stellungnahme zur "*Feministischen Kritik*" (Mai 1993)

aus: *interim*, Nr. 239, 06.05.1993, 30 - 33.

V. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Männern und Frauen II:

Zur kommunistischen Debatte über das Patriarchat

1. Stellungnahme der Kommunistischen Brigaden

aus: Kommunistische Brigaden, *Beitrag für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas*. 1. Ausgabe, Amsterdam/Niederlande, 1991, 20 - 21 (Abschnitt "Patriarchatsdiskussion").

2. Stellungnahme der belgischen CCC-Gefangenen

aus: Bertrand Sassoye / Pierre Carette / Pascale Vandegeerde / Didier Chevolet, *An die Militanten der "Internationalen Infoläden"* (Antwort auf den offenen Brief vom Sommer 1990) An alle Genossinnen und Genossen. Oktober 1991, fotokopierte deutsche Übersetzung ohne Ort und ohne Jahr, S. 1 - 14, 20 - 22.

3. Kritik von Pro Kommunismus an diesen beiden Texten

Der Text ist eine Neufassung und basiert auf den "Thesen aus und zur Position der Kommunistischen Brigaden und der CCC-Gefangenen zum Patriarchat". Er erscheint hier erstmals; ältere Versionen kursierten bisher nur als fotokopiertes Diskussionspapier, u.a. in der Sammlung verschiedener Texte von Pro Kommunismus sowie weiterer Diskussionspapiere "Beiträge zur Politik der westeuropäischen Guerilla. Diskussionsbeiträge und Dokumente", Berlin, 1992 (unpaginiert).

VI. Der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit II:

Kommunistische Kritiken an der neuen Politik der RAF

1. ZK der PCE(r), *Strategische Neuorientierung oder Das Ende des bewaffneten Kampfes* (Juni 1992)

Der Text wurde von der *interim* (s. Nr. 205, 27.08.1992, S. 2) in ihre in verschiedenen Berliner Info-Läden zur Verfügung stehenden Ordner mit von ihr nicht veröffentlichten Texten aufgenommen. Eine etwas andere Übersetzung des Textes erschien in der *Agitare Bene*. Monatliche Zeitung aus Köln, Nr. 60, Nov. 1992, S. 32 - 35.

2. Gefangene aus den CCC, *Eine nicht zu rechtfertigende Erklärung* (Okt. 1992)

Der Text wurde von der *interim* (s. Nr. 233, 25.03.1993, S. 2) in ihre in verschiedenen Berliner Info-Läden zur Verfügung stehenden Ordner mit von ihr nicht veröffentlichten Text aufgenommen. Später erschien der Text in: Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Selbstverlag: Köln, 1993, 31 - 36.

3. Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, *"... sag mal wo leben wir denn?"* (Mai 1992)

aus: *AK* 343, 03.06.1992, S. 11 und 13.

2. Michi Dietiker / Ali Jansen / Bernhard Rosenkötter, *Über das Schleifen von Messerrücken* (Juli 1992)

aus: *interim*, Nr. 210, 08.10.1992, S. 20 - 25.

VII. Kritische Theorie: Die Totalität eliminiert die gesellschaftlichen Antagonismen.

Die theoretischen Ursachen der Defizite der alten und neuen Politik

1. Herausgeber-Kollektiv, *Frankfurter oder Rote Armee Fraktion? - Zur Kritik des Einflusses der Kritischen Theorie auf die RAF*

Originalbeitrag des Herausgeberkollektivs.

2. Galvano della Volpe, *"Kritik eines spätromantischen Paradoxes (Über die 'Dialektik der Aufklärung' von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno)" und "Marcuses Moralismus und Utopismus"*

aus: ders., *Für eine materialistische Methodologie* (Internationale Marxistische Diskussion 43), Merve Verlag: [West]berlin, 1973, S. 117 - 122 und 123 - 129.

3. Karl Marx und Friedrich Engels, *Über die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie*. Auszug aus dem *Kommunistischen Manifest*

Karl Marx / Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, aus: ebd., Band 4 (1983[10]), S. 459 - 493 (hier S. 464 - 467).

4. Lucio Colletti, *Von Hegel zu Marcuse*

aus: *alternative*. Zeitschrift für Literatur und Diskussion (Alternative Verlag: [West]berlin), Vol. 72/73: *Literatur und Revolution*. Beiträge aus Italien, Juni/Aug 1970, 129 - 135 und 141 - 148 (wir haben die Abschnitte "3. Der dialektische Materialismus und Hegel" [S. 135 - 137] und "4. Hegel und die Dialektik der Materie" [137 - 141] ausgelassen).

5. Friedrich Engels über die Parole "Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagewerk"

Friedrich Engels, *Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk* (1881) und die ersten beiden Absätze von *Das Lohnsystem* (1881) aus: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke* hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 19. Dietz-Verlag: Berlin/DDR, 1982[8], S. 247 - 251.

6. Karl Marx über die Forderung nach "gerechter Verteilung des Arbeitsertrags"

Abschnitt 3. aus Karl Marx, [Kritik des Gothaer Programms (1875)], aus: ebd., S. 11 - 32 (hier: 18 - 22).

7. Rolf Nemitz, *Ideologie als "notwendig falsches Bewußtsein" bei Lukács und der Kritischen Theorie*

aus: Projekt Ideologie-Theorie, *Theorien über Ideologie* (Argument-Sonderband AS 40), Argument-Verlag: [West]berlin, 1979[1], 1986[3], 39 - 60.

8. Stuart Hall, *Ideologie und Ökonomie - Marxismus ohne Gewähr*

aus: Projekt Ideologie Theorie (Hg.), *Die Camera Obscura der Ideologie* (Argument-Sonderband AS 70), Argument-Verlag: [West]berlin, 1984, 97 - 121. Wir dokumentieren mit den Seiten 109 - 114 einen Auszug aus dem Abschnitt 3. "Falsches Bewußtsein' oder Pluralität der ökonomischen Diskurse?".

9. Desch, *Vom Protest zum Widerstand - aber wie?*

Der Text ist das XI. Kapitel einer umfangreichen, unveröffentlichten Stellungnahme des Verfassers insbesondere zur Bedeutung des Humanismus für revolutionäre Politik. Dieser Text antwortet auf eine in der SWING (Frankfurt am Main) im März 1992 veröffentlichte Kritik ("*Ein moralischer Appell oder die hohe Kunst am fliegenden Trapez*") von Ali Jansen / Michi Dietiker / Bernhard Rosenkötter an einem Artikel des Verfassers in der PROWO, Nr. 20, Dez. 1991, S. 6 ("*Sozialistischer Humanismus", autonomer Humanismus oder gar kein Humanismus?*). Der kurze Abschnitt XI.1. des Textes von Desch ("Antiimperialistischer Widerstand mit Max Horkheimer?") bezieht sich direkt auf den (den LeserInnen dieser Broschüre nicht unbedingt bekannten) Artikel in der SWING. Wir lassen ihn hier weg. Aus Platzgründen weggelassen ist der (ein knappes Fünftel des Kapitels XI. ausmachende) Abschnitt XI.3 ("Antiimperialistischer Widerstand mit der Althusser-Schule?"), in dem der Verfasser den französischen kommunistischen Philosophen Louis Althusser (s. bspw. dessen Werke: *Für Marx*, Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main, 1968 sowie *Ideologie und Ideologische Staatsapparate*, VSA: Hamburg/[West]berlin, 1977) statt der Frankfurter Schule als revolutionären theoretischen Bezugspunkt empfiehlt.

VIII. antiimperialistische Kritiken an der neuen Politik

1. Brief von Nathalie Ménigon, Gefangene aus der AD, vom 14.06.1992

aus: "Briefe von Joëlle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon, Jean Marc Rouillan, Gefangene aus action directe, zur Raf-Erklärung vom 10.4.92" Ende 1992 herausgegeben von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, Heddernheimer Landstraße 155, 60439 Frankfurt am Main - Heddernheim) (unpaginiert).

2. Brief von Joëlle Aubron vom 12.06.1992

aus: "Briefe von Joëlle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon, Jean Marc Rouillan, Gefangene aus action directe, zur Raf-Erklärung vom 10.4.92" Ende 1992 herausgegeben von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, siehe VII.1.) (unpaginiert).

3. KONKRET-Leserbrief und Prozeßerklärung von Christian Klar (Herbst 1992)

a) Leserbrief aus: *Konkret*. Politik & Kultur (Gremlizas Verlag: Hamburg), Nov. 1992, S. 7.

b) "*Die Situation der Gefangenen ist wie gehabt*", aus: *Angehörigen-Info* (GNN-Verlag: Hamburg), Nr. 101, 10.09.1992, S. 1 und 2.

4. Erklärung von Karl-Heinz Dellwo vom Okt. 1992

aus: *Angehörigen-Info*, Nr. 106, 20.11.1992, S. 2 - 3.

5. Brief von Heidi Schulz vom Jan. 1993 mit Kritik an der Erklärung von Karl-Heinz Dellwo

Der Brief wurde von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, s. VII.1.) veröffentlicht.

6. Brief von Rolf Heißler vom Jan. 1993 mit Kritik an der Erklärung von Karl-Heinz Dellwo

Der Brief wurde von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, s. VII.1.) veröffentlicht.

Dokumentation

Lutz Taufer, *Gesellschaft oder Isolation?* "In der RAF war auch immer etwas Emanzipatorisches" -

Teil 1, aus AK 363, 09.02.1994, 16 - 18, Teil 2, aus: AK 364, 09.03.1994, 36 - 37.

IX. Anhang

1. Quellenverzeichnis

Originalbeitrag

2 Hinweis auf weiterführende Literatur

Originalbeitrag

Text auf der rückwärtigen Umschlagseite

aus Ingrid Strobls Prozeßerklärung aus: *Clockwork 129a*, Nr. 2. 16.02.1989, S. 2 - 3.

3. weiterführende Literaturhinweise:

Anschriften von in diesem Literaturverzeichnis häufig zitierten Zeitschriften:

Agitare Bene, c/o AL, Bobstr. 6, 50676 Köln

AK, Schulterblatt 58B, 20357 Hamburg

Arranca!, Crellestr. 22, 10827 Berlin

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Perspektiven, Methfesselstr. 5, 10965 Berlin

Swing, c/o Archiv für Zeitgeschichte, Hinter der schönen Aussicht 11, 60311 Frankfurt am Main

I. Zur RAF

1. Literatur zur alten Politik der RAF

a) Die wichtigen alten Texte der RAF und der Gefangenen aus der RAF sind leicht zugänglich in folgenden Veröffentlichungen:

Redaktion (Hg.), Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. *Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF)*, GNN-Verlag: Köln 1988[4].

Klaus Bittermann (Hg.), *Die alte Straßenverkehrsordnung*. Dokumente der RAF (Critica Diabolis) Edition Tiamat: [West]berlin, 1987[3].

Pieter Bakker Schut (Hg.), *Das Info*. Briefe von Gefangenen aus der RAF aus der Diskussion 1973-1977, Neuer Malik Verlag: Kiel, 1987.

Oliver Tolmein, *Stammheim vergessen*. Deutschlands Aufbruch und die RAF, Konkret Literatur Verlag: Hamburg, 1992.

b) historische Einführungen ins Thema:

Pieter Bakker Schut, *Stammheim*. Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung. Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion, Neuer Malik Verlag: Kiel, 1986, bes. 13 - 26, 33 - 36.

Oliver Tolmein / Detlef zum Winkel, *nix gerafft*. 10 Jahre deutscher Herbst und der Konservatismus der Linken, Konkret Literatur Verlag: Hamburg, 1987.

Karl-Heinz Weidenhammer, *Selbstmord oder Mord?* Todesermittlungsverfahren Baader, Ensslin, Raspe, Neuer Malik Verlag: Kiel, 1988.

c) wichtige Diskussionsbeiträge zur alten Politik der RAF, die wir in unserer Broschüre nicht dokumentieren:

Karl-Heinz Roth, *Über die historische Bedeutung der RAF*, in: Klaus Bittermann (Hg.), *Die alte Straßenverkehrsordnung*, [West]berlin, 1987[3], 175 - 198 (Nachdruck aus: ders. / Fritz Teufel, Kault sie!, Tübingen, 1978/79).

Autonome FIM (Lupus), *Bestimmung sozialer und gesellschaftlicher Bedingungen aus sozialrevolutionärer Sicht*, in: o. Hg., Von sozialen Bewegungen zur sozialen Revolution. *Libertäre Tage* von Don. 16.4. - Mon. 20.4. in Frankfurt Fachhochschule, o.O. (Frankfurt am Main), o.J. (1987), Themenblock I.2., 2 - 27 = *Schwarzer Faden*, Vol. 23, 1/1987 = [gekürzt] *taz*, 16.04.1987.

Christian Geissler (k), *Prozeß im Bruch*, Edition Nautilus: Hamburg, 1992, s. dort (als perspektivischen Beitrag) besonders den Text "Winterdeutsch", S. 207 - 276.

Kommunistische Brigaden, *Beitrag für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas*, 1. Ausgabe, De Roodboek Uitgeverij: Amsterdam, 1991, 22 - 25 (Abschnitt "Front als taktisches Moment").

d) als umfassende Dokumentation der Debatte in den 70er und 80er Jahren:

Linke Liste Universität / Frankfurt (Hg.), *Die Mythen knacken*. Materialien wider ein Tabu. Neue Linke. RAF. Deutscher Herbst. Amnestie, Selbstverlag: Frankfurt am Main, 1988[2]. (dort S. 97 - 127 auch noch einmal verschiedene Texte der RAF sowie das SPIEGEL-Interview der Gefangenen aus der RAF vom Jan. 1975 sowie die Erklärung der Gefangenen aus der RAF zu '77; außerdem S. 265- 272 o.g. Roth-Text).

2. Literatur zur neuen Politik der RAF, eines Teils der Gefangenen und des größten Teils des ehemaligen antiimperialistischen Widerstandes

Karl-Heinz Dellwo, *Mitten im Nebel* (1990/91), in: *Arranca!*, Nr. 3, Winter 1993/94,18 - 23

Lutz Taufer, *Wird Zeit, daß wir rauskommen*, in: PIZZA (Hg.), *Odranoel*. Die Linke - zwischen den Welten, Verlag Libertäre Assoziation: Hamburg, 1992.

Lutz Taufer, *Brief an die Tübinger Initiative für die Zusammenlegung*, in: *interim*, Nr. 180, 13.02.1992, 32 - 37.

RAF, *an alle, die auf der suche nach wegen sind, wie menschenwürdiges leben hier und weltweit an ganz konkreten fragen organisiert und durchgesetzt werden kann*, in: AK Drinnen & Draußen (Hg.), *"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß"* (Lukács). Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahre 1988 bis 1992, GNN-Verlag, Köln, 1992, 80 - 81.

Irmgard Möller, *Erklärung zur RAF-Erklärung vom April 1992*, in: *interim*, Nr. 190, 23.04.1992, 9 = AK Drinnen & Draußen (Hg.), *"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß"* (Lukács). Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahre 1988 bis 1992, GNN-Verlag, Köln, 1992, 83.

Oliver Tolmein, *Alle 40 müssen raus* [Abschrift des NDR-Fernseh-Interviews vom 16.05.1992], in: *AK* (Hamburger Satz- und Verlagskooperative), Nr. 343, 03.06.1992, 14 - 15.

o. Verf., *"Sie wollen uns auslöschen"*. Konkret-Gespräch mit Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer, in: *Konkret*. Politik & Kultur (Gremlizas Verlag: Hamburg), 6/1992, 10 - 19 (s. dazu die kritische Stellungnahme von Georg Fülberth, *Auf Messers Rücken*, in: Konkret 8/1992, 31 - 32).

Rote Armee Fraktion, *"... wir sind an eine Grenze gestoßen ..."*. Grußadresse der RAF an die TeilnehmerInnen des WWG, in: *AK*. Analyse & Kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis (Hamburger Satz- und Verlagskooperative), Nr. 345, 26.08.1992, 37 = *interim*, Nr. 201, 09.07.1992, 14 - 18.

Rote Armee Fraktion, *Wir müssen das Neue suchen*. konkret dokument (Sonderdruck), Gremlizas Verlag: Hamburg, 1992 (für 2 DM beim Verlag zu bestellen: Schulterblatt 58 C, 20357 Hamburg) = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Köln, 1993, 20 - 30.

Karl-Heinz Dellwo, *Keine Rückkehr zum bewaffneten Kampf*, in: *AK*, Nr. 348, 19.11.1992 = [gekürzt] taz, 07.11.1992. 10 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Köln, 1993, 44 - 45.

o. Verf., *Kommunikationsprojekt Celle "Power durch die Mauer"* (Interview mit dem "AK Drinnen und Draußen" in der Zeitschrift *Brennpunkt*, Okt./Nov. 1992), nachgedruckt in: *Angehörigen-Info* (GNN-Verlag: Hamburg), Nr. 111, 28.01.1993, 2 - 4.

Lutz Taufer, *Gesellschaft oder Ghetto*, Anfang 1993 veröffentlicht von der *Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen* (c/o Weißes Haus, Heddernheimer Landstraße 155, W-60439 Frankfurt am Main - Heddernheim), später nach gedruckt in: Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Köln, 1993, 87 - 91 = *Arranca!*, Nr. 3, Winter 1993/94, 24 - 30.

o. Verf., *Das Neue zu denken erlernen*, in: *Swing*. Autonomes Rhein-Main Info, Nr. 49, Feb. 1993, 42 - 43.

Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen (Hg.), *"Die Würde des Menschen ist antastbar"* (Ulrike Meinhof). Beiträge von der Veranstaltung am 29.1.93. in Hamburg, Selbstverlag: Hamburg 1993.

Rote Armee Fraktion / Kommando Katharina Hammerschmidt, *"wir haben den druck jetzt neu gesetzt"*, in: *AK*, Nr. 353, 07.04.1993, 5 - 6 = *interim*, 235, 08.04.1993, 11 - 17.

3. Kritiken an der neuen Politik

a) Folgende (Grundsatz- oder Detail)-Kritiken an der neuen Politik werden von uns nicht in der Broschüre dokumentiert - teils aus Platzgründen (wir verweisen insbesondere auf die von uns fett hervorgehobenen Texte); teils, da deren wesentlichen Argumente auch in den hier aufgenommenen Beiträgen enthalten sind:

o. Verf., *Das kann doch nicht alles gewesen sein!* Gedanken aus Diskussionen in Berlin (West), in: *interim*, Nr. 190, 23.04.1992, 10 - 11.

ein Genosse, *Brief an die Genossinnen und Genossen, die im bewaffneten Kampf der RAF stehen*, in: ebd., 12 - 13.

Pepone, RAZ/RZ-Debatte. *Wenn das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird...*, in: interim, Nr. 191, 30.04.1992, 9 - 13.

VERS. Von einer revolutionären Strömung, *Liebe GenossInnen* [Offener Brief an die RAF und die Gefangenen aus RAF und Widerstand), in: ebd., 17 - 19.

ein Teil des Widerstands in der BRD [= Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah], *22 Jahre bewaffneter Kampf der RAF in der BRD*, ebd., 20 - 21.

Reim, *Zur Neubestimmung revolutionärer Politik*, in: interim, Nr. 194, 21.05.1992, 21.

Wilma, *Zum Brief der RAF in der interim 189*, in: ebd., 22 - 23.

Frauen und Männer aus dem radikalen linken Widerstand, *Fragen in den "offenen Raum"*, in: ebd., 24 - 25.

Menschen aus dem Widerstand [= Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah], *Zur Erklärung der RAF*, in: interim, Nr. 195, 28.05.1992, 13 - 14.

ProKo. Pro Kommunismus, *Einige Überlegungen und Vorschläge zum Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen*, in: ebd., 16 - 19.

ders., *Elemente für einen revolutionären Neuanfang*, in: ebd., 19 - 20.

ders., *Wider den Praktizismus!* (Der Text wurde von der *Interim* [s. Nr. 195, 2] in ihren Ordner mit unveröffentlichten Texten aufgenommen).

ein Teil des Widerstandes in der BRD, *Zum RAF-Papier*, in: *interim*, Nr. 196, 04.06.1992, 15 - 17.

Pro Kommunismus, *Alt, aber nicht veraltet. Thesen zur Diskussion vom 31.03.1992*, in: *interim*, Nr. 197, 11.06.1992, 31 - 34.

o. Verf., *Anmerkungen zum KONKRET-Interview der Celler Gefangenen*, in: *interim*, Nr. 198, 18.06.1992, 12.

G. Fliegenfänger, *Zur Erklärung der Rote-Armee-Fraktion!*, in: *Land unter*. Zeitung aus Schleswig-Holstein, Nr. 7, Juni 92, 41 - 43.

Autonome Kommunisten, *Anmerkungen zur Debatte zwischen der RAF, den Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand und GenossInnen, die 'noch' legal leben*, in: *interim*, Nr. 200, 02.07.1992, 29 - 31 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Köln, 1993, 73 - 75.

Revolutionäre Gruppe Ausbruch / Zürich, *Offener Brief*, Teil I, in: *interim*, Nr. 204, 13.08.1992, 26 - 30, Teil II, in: *interim*, Nr. 205, 27.08.1992, 30 - 33.

o. Verf., *Kinkel in Tutzing*, in: *Ohm* (Hamburg), Nr. 4, Aug./Sept. 1992, 10 ff.

interim-Redaktion, *[Stellungnahme zur August-Erklärung der RAF]*, in: *interim*, Nr. 206, 10.09.1992, 2.

Pro Kommunismus, Anmerkungen zur RAF-Erklärung vom August 1992. *Die inhaltliche Debatte weitertreiben!*, in: interim, Nr. 208, 24.09.1992, 16 - 24.

Kreis für die politischen Gefangenen / Hamburg, *Bernd Rössner kommt raus!* Freiheit für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand?!, in: *interim*, Nr. 217, 26.11.1992, 30 - 31.

Joelle Aubron, *Brief vom 14.12.1992*, in: Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Köln, 1993, 37 - 38.

Radikal Brechen. Zeitung für die antiimperialistische und autonome Bewegung (Frankfurt am Main), Nr. 9, Feb. 1993: Zur Auflösung von RZ und zur RAF-Erklärung vom 10.4.92: *Die Debatte über alle grundlegenden Fragen der Revolution endlich beginnen!*

o. Verf., *Die KGT-Initiative - ein Vergleich*, von der *interim* (s. Nr. 234, 2) in ihren Ordner mit unveröffentlichten Texten verbannt.

ders., *die Interim, die RAF und die Hausarbeit*, in: *interim*, Nr. 235, 08.04.1993, 18 - 20.

Gruppe Dak dynamisch - ausdauernd - kommunistisch, *Heute noch RevolutionärIn sein?* Für die Freiheit der Gefangenen aus RAF und Widerstand ohne Unterwerfung unter das Staatskalkül kämpfen! Für eine eigenständige revolutionäre Praxis!, in: *interim*, Nr. 239, 06.05.1993, 34 - 35.

Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah, *Erklärung vom 05.09.1993*, = *interim*, Nr. 252, 09.09.1993 (falsch datiert mit: "19. September"), 28 - 31 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Köln, 1993, 91 - 94.

ein Mann aus Berlin, *Offener Brief an die RAF*, in: *Swing*, Nr. 56, Nov. 1993, 47 - 54 = *interim*, Nr. 263, 12 - 19 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Köln, 1993, 45 - 53.

Militante aus dem antiimperialistischen Widerstand [= Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah], *Erklärung vom Nov. 1993*, in: *interim*, Nr. 263, 20.

Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah, *Erklärung vom 13.12.1993*, in: interim, Nr. 266, 16.12.1993, 31 - 33.

sowie als bisher umfassendste Auseinandersetzung mit der neuen Politik:

o. Verf., Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung. Eine Polemik, Teil I, in: interim, Nr. 243, 03.06.1993, 27 - 31 = AK, Nr. 355, 09.06.1993, 33 - 35 = *Swing*. autonomes Rhein-Main-Info, Okt. 1993, Vol. 55, 26 - 33 (mit red. Vorbemerkung), Teil II, in: AK, Nr. 356, 07.07.1993, 27 - 28 = *Swing*, Nr. 57, 1994 (angekündigt); Teil I und II in: Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Köln, 1993, 12 - 19.

b) Antworten auf die Kritiken an der neuen Politik sind uns leider nur in Form von persönlichen Angriffen auf die KritikerInnen bekannt:

Rico Prauss, *Brief vom 02.05.1992*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 94, 05.06.1992, 2 - 3.

Knut Folkerts, *Brief vom 07.01.1993*, (mit sinnentstellenden Fehlern) in: *Angehörigen-Info*, Nr. 113, 24.02.1993.

Karl-Heinz Dellwo, [Brief vom 29.04.1993], in: *interim*, Nr. 243, 03.06.1993, 32 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Köln, 1993, 11 (s. dazu: den Brief der Verfasserinnen der "Feministischen Kritik", in: ebd. sowie Anton, Fritz und Jenny, *So nicht!* Stellungnahme zum in der INTERIM Nr. 243, Seite 32 veröffentlichten Brief von Karl-Heinz Dellwo an die Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangenen" Berlin, in: *interim*, Nr. 245, 17.06.1993, 22 - 23).

c) S. zur Debatte über die neue Politik außerdem die Broschüren:

Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangenen", *"Aber in den 80ern lief es ganz anders... und was Jetzt?"*. Diskussion über die RAF-Erklärung vom August 1992, Selbstverlag: Berlin, 1992.

o. Hg., *Debatte auf Radio Dreyeckland vom 14.6.1992*, ohne Verlags-, Orts- und Jahresangabe.

AK Drinnen & Draußen (Hg.), *"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß"* (Lukács). Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahre 1988 bis 1992, GNN-Verlag, Köln, 1992.

Gruppe "Kein Friede", *Die Mühen der Ebene*, Selbstverlag: Frankfurt am Main, 1992.

d) Einen knappen und präzisen Überblick über die bisherige Debatte gibt:

P., Berlin, *Kampf zweier Linien*. Anderthalb Jahre "Kinkel-Initiative" - eine Bilanz ihrer Wirkung "drinnen und draußen", In: *AK*, Nr. 358, 22.09.1993, 14 - 15 = Swing, Nr. 56, Nov. 1993, 39 - 42 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Köln, 1993, 3 - 5.

4. Die Debatte über die "Feministische Kritik"

Gregor, *An die Frauen aus Gießen, die den Text geschrieben haben, der in der Interim Nr. 229 vom 25.2.93 abgedruckt ist!*, in: *interim*, Nr. 231, 11.03.1993, 3 - 5.

Anna und Arthur, *Zu Gregors Kritik an den Frauen aus Gießen (interim 231)*, in: *interim*, Nr. 232, 18.03.1993, 32.

Gregor, *An Anna und Arthur wg. der Diskussion um den Text der Frauen aus Gießen aus Interim 229!*, in: *interim*, Nr. 233, 25.03.1993, 33 - 34.

VERS. Von einer revolutionären Strömung, *Zur Diskussion über die feministische Kritik in der Interim 229 am neuen Kurs von RAF sowie Teilen der Gefangenen und des Widerstandes*, in: *interim*, Nr. 235, 08.04.1993, 20 - 21.

ProKo, *Kritisches zur Kritik von Gregor*, von der *interim* (s. Nr. 238, 2) in ihren Ordner mit unveröffentlichten Texten gepackt.

Gregor, *Nochmal- zum letzten Mal: Zu der Diskussion über das Papier der Gießnerinnen (Interim 229, 231, 232, 233) und der daran anschließenden Kritik von "VERS" am "neuen Kurs der RAF sowie Teilen der Gefangenen" (Interim 235) sowie zur der Langfassung der Kritik von einem von "VERS" außerhalb dieser Zeitung*, in: *interim*, Nr. 236, 15.04.1993, 30 - 32 (am Ende des Textes mit einem Vorschlag für eine Amnestie-Kampagne).

Anton und Fritz, *Stellungnahme zur Amnestie-Forderung*, in: *interim*, Nr. 238, 30 - 31.

S. dazu schließlich auch den Brief von Karl-Heinz Dellwo und dazu die Stellungnahmen der Verfasserinnen der "Feministischen Kritik" (beides in interim 243) sowie von Anton, Fritz und Jenny (interim 245).

5. Literatur zur Spaltung des Gefangenen-Kollektivs

a) aktuelle Texte

Helmut Pohl, *Erklärung vom August 1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 127, 09.09.1993 = *AK*, Nr. 358, 22.09.1993, 15 = Agitare Bene (Hg.), *Dokumentation* zur Auseinandersetzung RAF<>politische Gefangene<>Widerstand, Köln, 1993 (im folgenden zitiert als AB-Doku), 43.

Birgit Hogefeld, *Brief an Helmut Pohl zu dessen Erklärung*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 129, 07.10.1993, 3 - 4 = *AK*, Nr. 359, 20.10.1993, 2 = [unter der Überschrift "Es wir keine Neuauflage der Kinkel-Initiative geben"] taz, 27.08.1993, S. 10 = AB-Doku, 65.

Rolf Heißler, *Brief an Birgit Hogefeld vom 10.10.1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 131, 04.11.1993, 2 - 3 = [unter der Überschrift "Realität wird nicht wahrgenommen"] *Clockwork 129a*. Informationen über 129a-Verfahren und andere politische Prozesse (Mainz), Nr. 33/34, 16.11.1993, 5.

Brigitte Mohnhaupt, *Erklärung von Ende Oktober 1993*, in: *AK*, Nr. 360, 16.11.1993, 18 = *Angehörigen-Info*, Nr. 131, 04.11.1993 = [unter der Überschrift "Sinn und Inhalt unserer Politik sind Teil unseres Lebens"] *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 2 = *Frankfurter Rundschau*, 28.10.1993, 5 = [auszugsweise] taz, 29.10.1993, 3= *interim*, Nr. 260, 04.11.1993, 31 = Ab-Doku, 54.

Karl-Heinz Dellwo, *"Von der Freiheit weiter denn je entfernt"*. [Brief von Anfang Oktober], in: *taz*, 01.11.1993, 12 = *interim*, Nr. 260, 32 - 33 = AB-Doku 59 - 60.

ders., *Die Simulation einer Wirklichkeit*, in: *taz*, 01.11.1993, 12 = *interim*, Nr. 260, 32 = AB-Doku, 59.

Christian Klar, *Erklärung vom 16.10.1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 131, 04.11.1993, 3 - 5 = [unter der Überschrift "... wir sind in einen Film geraten"] *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 1 - 2 = AB-Doku, 55 - 56.

Eva Haule, *Erklärung vom 23.10.1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 131, 04.11.1993, 5 - 6.

Sigrid Happe und Gabi Hanka, *Erklärung vom 25.10.1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 131, 04.11.1993 mit einer "Richtigstellung" im *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 10 = AB-Doku, 56 - 57.

Rote Armee Fraktion, *Es gab keine Geheimverhandlungen* (02.11.1993), in: AK 360, 16.11.1993, 17. 19 = *Frankfurter Rundschau*, 06.11.1993, 10 = *interim*, Nr. 261, 11.11.1993, 22 - 24 = AB-Doku, 61 - 63.

Helmut Pohl, *Ohne uns!* (Brief an Birgit Hogefeld von Anfang November 1993), in: *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 3, 8 = *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 11 - 12 = AB-Doku, 66.

Heidi Schulz, *... weil die RAF immer für Aufrichtigkeit stand* (Brief an Birgit Hogefeld vom 01.11.1993), in: *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 4 - 5 = *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 8 - 10.

Eva Haule, *Tauschhandel wird es mit uns nicht geben* (Prozeßerklärung vom 04.11.1993), *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 6 - 7 = *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 3 - 5.

Manuela Happe, *Brief an Birgit Hogefeld vom 01.11.1993*, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 7 - 8.

Rolf Heißler, *Wie die RAF ihre neue Politik betreibt*. Fragment, in: AB-Doku, 63 - 64.

Rolf Heißler, *Brief vom 16.11.1993*, in: *Ab-Doku*, 58.

Norbert Hofmeier, *Brief an Irmgard Möller, Hanna Krabbe und Christine Kuby*, in: interim, Nr. 262, 18.11.1993, 23 - 24.

Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen - jetzt, *Stellungnahme zu den Auseinandersetzungen unter den Gefangenen aus der RAF sowie der RAF selbst, wie sie in den Erklärungen vom 28.10.93 (Brigitte Mohnhaupt in der FR), 1.11.93 (Karl-Heinz Dellwo in der taz) und 6.11.93 (RAF in der FR) zum Ausdruck kommen*, in: *interim*, Nr. 263, 25.11.1993, 21 - 25 = AB-Doku, 68 - 72.

Mikesch, *Offener Brief an die RAF und alle Gefangenen aus der RAF*, in: interim, Nr. 264, 2.12.1993, 30 - 33 = AB-Doku, 75 - 78.

Leute, die "seit April '92 bereits die sog. 'Neubestimmung' kritisieren", *Für den Bruch mit diesEN HinterlassenschafTEN! Für eine neue revolutionäre Entwicklung!*, in: *interim*, Nr. 265, 09.12.1993, 13 - 17.

Oliver Tolmein, *Ende des Kollektivs*, in: *Konkret*, 1/1994, 28 - 31.

P. und D., Berlin, *Ende oder Neuanfang?* Zur Diskussion zwischen "drinnen und draußen" nach dem Bruch zwischen der RAF und der Mehrheit der Gefangenen, in: AK 362, 12.01.1994, 27 - 28.

Herman L. Gremliza, *Hoffnungsträger*, in: AK 363, 09.02.1994, 29.

RAF, *Erklärung vom 06.03.1994*, in: *interim*, Nr. 279, 24.03.1994, 8 - 16 (zuvor auszugsweise unter der Überschrift "ein neuer anlauf ist sicher notwendig" in: *Junge Welt*, 17.03.1994,).

b) Zum Verständnis dieser Kontroverse müssen die Nachbereitungspapiere zu Bad Kleinen mitberücksichtigt werden:

Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangene" (Berlin), *Versuch einer vorläufigen Einschätzung der Umstände der Erschießung von Wolfgang Grams und der Verhaftung von Birgit Hogefeld*, in: *interim*, Nr. 249, 29.07.1993, 26.

Fritz, *Zur "Einschätzung" der Gruppe "Freiheit..." zu Bad Kleinen. Reisende soll man/frau nicht aufhalten*, in: *interim*, Nr. 250, 12.08.1993, 15.

Rote Armee Fraktion, *"Nehmt das nicht hin!"*, AK, Nr. 357, 25.08.1993, 11(vgl. dazu die von der *interim* [s. Nr. 248] in ihren, in Berliner Info-Läden zur Verfügung stehenden, Ordner mit unveröffentlichten Texten gepackte Stellungnahme von Pro Kommunismus, *Jammernde Armee Fraktion*).

Birgit Hogefeld, *Stellungnahme zum "Spitzel Klaus S."*, in: *AK*, Nr. 357, 25.08.1993, 13 - 14 = [unter der Überschrift "Der Verrat des Klaus Steinmetz"] taz, 22.97.1993, 11.

Christian Klar, *Die Rückkehr der Oberflächenvertiebtheit* (14.08.1993), in: *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 8.

Rico Prauss, *... aber das Biotop dafür finden wir durchs ganze Land* (aus einem Brief an Birgit Hogefeld vom 28.08.1993), in: *Clockwork 129a*, Nr. 33/34, 16.11.1993, 3 = *Angehörigen-Info*, Nr. 132, 19.11.1993, 6.

II. weitere Texte zu revolutionärer Politik

1. Texte von Bernhard Rosenkötter / Ali Jansen / Michi Dietiker, die wir aus Platzgründen sowie aus Gründen der Themenstellung nicht in diese Broschüre aufgenommen haben:

Zur Auseinandersetzung um die zionistische Einwanderungspolitik. Beitrag für den Palästina-Kongreß, Hamburg, März 1990 (fotokopiertes Diskussionspapier).

Friedhofsschändungen - Gespenst oder Aktualität des Antisemitismus? Einforderung einer notwendigen Diskussion zwecks praktischer Konsequenzen am Fuße des Eisbergs, in verdrehter Form in: *Konkret* 1/1991.

Der Erlkönig lebt! Zur Hebung der antizionistischen Verkehrssicherheit bei Nacht und Nebel, in: AK Drinnen & Draußen (Hg.), *"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß"* (Lukács). Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahre 1988 bis 1992, GNN-Verlag, Köln, 1992, 59 - 67.

Grußadresse [an den Internationalen Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München], in: *Angehörigen-Info*, Nr. 97, 17.07.1992, 1 - 2.

2. Diskussionsbeiträge von italienischen kämpfenden Gefangenen

Gruppe 2 (Hg.) Reihe - texte -. Dokumente zur Zeitgeschichte

Heft 1: *Klassenkampf oder "politische Lösung"?*. Materialien zur Amnestie-Diskussion, München, o.J. (1988?)

Heft 2: *Italien - Zyklus / Klassenzusammensetzung / Internationalismus / Anderes / Chronik einer Debatte*, München, 1989[2]. teilweise überarbeitet

Heft 3: *Insurrezione!*, München, 1990.

Heft 4: *Per il Comunismo / Der Klassenkampf ist der Motor der Geschichte / Texte italienischer Gefangenenkollektive*, GNN-Verlag: Köln, 1990.

Heft 5: *Texte von CC/PCC - BR/PCC - Prigionieri Politici - WOTTA SITA etc. zur internationalen Debatte über kämpfende Partei, GRAPO, Zusammenlegung, Perestroika, Anderes*, GNN-Verlag: Köln, o.J. (1990?).

außerdem erschienen:

Heft 6: *Face Reality*. There are Political Prisoners in the USA. Freedom Now!, GNN-Verlag: Köln, 1991.

Wir verweisen besonders auf folgende Texte:

Colletivo Comunisti Prigionieri, *wotta sitta* (bedeutet in Afrika "Die Zeit ist reif!"), in: Heft 2, 5 - 24 und Heft 3, 44 - 73.

Kollektiv kommunistischer Gefangener Wotta Sitta, *Per il Communismo aqui no se rinde nadie!* [auf deutsch], in Heft 4, 10 - 54.

Kommunistische Zelle zur Gründung der Kämpfenden Kommunistische Partei, *Für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas* und *Das Thema der Fortführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats. Geschichtliche Erfahrungen und einige aktuelle Betrachtungen*, in: Heft 5, 19 - 24 und 25 - 34.

3. Literatur zum bewaffneten Kampf in weiteren Ländern

Peio Aierbe, *Bewaffneter Kampf in Europa*. Korsika, Italien, Nordirland, BRD, Baskenland. Schwarze Risse/Rote Straße: Berlin/Göttingen, 1991.

Ingo Juchler, *Rebellische Subjektivität und Internationalismus*. Der Einfluß Herbert Marcuses und der Befreiungsbewegungen in der sog. dritten Welt auf die Studentenbewegung in der BRD (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Band 79 hrsg. von Frank Deppe / Georg Fülberth). Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft: Marburg, 1989.

Stefan Seifert, *Lotta armata*. Bewaffneter Kampf in Italien. Die Geschichte der Roten Brigaden. Edition ID-Archiv: Berlin/Amsterdam, 1991.

Gaby Weber, *Die Guerilla zieht Bilanz*. Lateinamerikanische Guerilla-Führern sprechen über Fehler, Strategie und Konzeption - Gespräche, aufgezeichnet in Argentinien, Bolivien, Chile und Uruguay, Focus: Gießen, 1989.

4. Literatur zur aktuellen autonomen Organisierungsdebatte

a) f.e.l.s.

f.e.l.s. - für eine linke Strömung (Hg.), *Texte zur Kritik an den Autonomen*. Organisierungsdebatte, Selbstverlag: Berlin, 1992.

o. Verf., *Diskussionsbeitrag zum Artikel "Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler" in der interim Nr. 166*, in: *interim*, Nr. 168, 07.11.1991, 23 - 24.

Frank Schöbel, *Ein Kessel Rotes*, in: *interim*, Nr. 174, 19.12.1991, 38 - 39.

S. auch die f.e.l.s.-Zeitschrift *Arranca!* (mit wechselnden Untertiteln), vorerst: Nr. 0, Jan. 1993 - Nr. 3, Winter 1993/94.

b) Antifa (M) / AA/BO

Autonome Antifa (M) (Hg.), *Zwischenzeiten*, Göttingen, 1992.

Antifaschistische Organisation / Bundesweite Organisation (Hg.), *Einsatz!*, Selbstverlag: Bonn, 1993.

Hinz & Kunz & Co. KG, *Die Frage der Einheit entzweit uns!* Interview mit der Antifa (M) & KritikerInnen, in: *radikal* (Amsterdam), Nr. 147, März 1993, 34 - 47.

o. Verf., *Interview mit AktivistInnen der Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation*, in: *Clash*. Internationale Zeitung (Amsterdam), Nr. 8, Mai 1993, 14 - 23.

Hans Pfeiffer, *Autonomer Antifaschismus*, in: *Avanti*, Nr. 26, Feb. 1993, 3 - 4.

David Müller, *Sein oder nicht sein - Anatomie der Autonomen*, in: *Avanti*, Nr. 28, April 1993, 13 - 15 = *radikal*, Nr. 148, Nov. 1993, 15 - 16

sowie

das Flugblatt von Bolschewik Partizan: *Nur gemeinsam sind wir stark! Schlagen wir die faschistischen Angriffe gemeinsam zurück!* (Sept. 1992).

5. Literatur zu den Revolutionären Zellen / Rote Zora

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.), *Die Früchte des Zorns*. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. 2 Bände. Edition ID-Archiv: Berlin/Amsterdam, 1993.

o. Verf., zum RZ-Papier: *"Ich geh weg, ich geh weg, ich geh weg und such was Neues..."* (Ton, Steine, Scherben), in: *interim*, Nr. 180, 13.02.1992, 12 - 16.

o. Hg., *Die Rote Zora*, Verlag Sauerländer: Arau/Frankfurt am Main/Salzburg, 1989[28] (Tamangabe).

Rote Zora, Mili's *Tanz auf dem Eis*. Von Pirouetten, Schleifen, Einbrüchen, doppelten Saltos und dem Versuch, Boden unter den Füßen zu kriegen, o.O. o.J. (1994) (Auszüge in: *interim*, Nr. 270, 20.01.1994, 12 - 13 und Nr. 272, 03.02.1994, 5 - 7).

6. Literatur zur* triple oppression*-Theorie und zur aktuellen Rassismus-Diskussion

Anja Meulenbelt, *Scheidelinien*. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus, Rowohlt: Reinbek bei Hamburg, 1988.

Perspektiven. Zeitschrift für sozialistische Theorie (Marburg), Nr. 4: Feminismus - Marxismus, Nov. 1988, 5 - 14.

Projektgruppe Metropolen(Gedanken) und Revolution? (Hg.), *Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus*, Edition ID-Archiv: Berlin, 1991.

Jost Müller, *Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus*. Diskurse, Formationen und Funktionen des Rassismus in Ökonomie und Politik, in: *Widerspruch*, Vol. 21 Juni 1991, 59 - 75.

Jenny Bourne / A. Sivanandan / Liz Fekete, *From Resistance to Rebellion*. Texte zur Rassismus-Dikussion, Schwarze Risse: Berlin, 1992.

Deborah K. King, *Herrschaftsverhältnisse und Schwarzer Feminismus*, in: *Perspektiven*. Zeitschrift für sozialistische Theorie (Berlin), Nr. 9: Rassismus und Sexismus, April/Mai 1992, 5 - 1.

Frauen aus verschiedenen politischen Bereichen, *Zur Kritik der Politik der Frauen aus dem Antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zu antirassistischer Politik*, in: *interim*, Nr. 184/185, 19.03.1992, I - VI.

Regine Gildemeister / Angelika Wetterer, *Wie Geschlechter gemacht werden*, in: Gurdrun-Alexi Knapp / Angelia Wetterer (Hg.), *Traditionen. Brüche*, Freiburg, 1992, 201 - 254.

Autonome LUPUS-Gruppe, *Etwas wenig*, in: konkret extra (Gremlizas Verlag: Hamburg), Nr. 1/1993, 5.

Gloria I. Joseph (Hg.), *Schwarzer Feminismus*. Theorie und Politik afroamerikanischer Frauen, Orlanda Frauenverlag: Berlin, 1993.

7. wichtige allgemeine Literatur zu revolutionärer Politik:

Louis Althusser, *Widerspruch und Überdeterminierung*, in: ders., *Für Marx*, Frankfurt am Main, 1968, 52 - 99.

ders., *Über materialistische Dialektik*, in: ebd., 100 - 167.

ders., *Antwort an John Lewis*, in: Horst Arenz / Joachim Bischoff / Urs Jaeggi (Hg.), *Was ist revolutionärer Marxismus?*, Westberlin, 1973, 35 - 76.

Etienne Balibar, *Klassen, Staat und "Diktatur des Proletariats*, in: *Das Argument*, Vol. 106, Nov./Dez. 1977, 795 - 808.

ders., *Vom Klassenkampf zum Kampf ohne Klassen?*, in: ders. / Immanuel Wallerstein, *Rasse. Klasse. Nation*, [West]berlin, 1990, 190 - 224.

ders., *Vorwort*, in: ebd., 5 - 20.

Ursula Beer, *Geschlecht, Struktur, Geschichte*, Frankfurt am Main, 1990.

Wieland Elfferding, *Klassenpartei und Hegemonie*, in: ders. / Michael Jäger / Thomas Scheffler, *Marxismus und Theorie der Parteien*, [West]berlin, 1983, 7 - 35.

Georg Fülberth, *Erledigte Fragen*, in: *Marxistische Blätter*, 2-1992, 36 - 38.

Miriam Glucksmann, *Einwände gegen Goldmanns Position*, in: *alternative*, Vol. 71, April 1970, 74 - 87.

Saül Karsz, *Theorie und Politik: Louis Althusser* , Frankfurt am Main / [West]berlin / Wien, 1976.

Georges Labica / Gérard Bensussan (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. 8 Bände, [West]berlin/Hamburg, 1983-89.

Mao Tse-Tung, *Über die Praxis*, in: ders., *Ausgewählte Werke*, Peking, 1968, 346 - 364.

ders., *Über den Widerspruch*, in: ebd., 365 - 408.

Ingrid Strobl über KommunistInnen-Verfolgung und § 129a

Der Paragraph 129 wurde unter Bismarck erfunden, um die Sozialistengesetze durchzusetzen. Und er wurde fast genau hundert Jahre später von den regierenden Sozialdemokraten um den 129a erweitert, um, wie es so schön heißt, den Terrorismus zu bekämpfen . Dieser Paragraph, der als Waffe gegen die sich organisierende deutsche Arbeiterbewegung geschmiedet wurde, überlebte das Ende des Kaiserreichs und das Ende des "Tausendjährigen Reiches". Diese Waffe wurde nach der Niederlage des NS-Regimes sorgsam wieder ausgegraben, poliert, technisch verbessert und dient heute als Mehrzweckwaffe gegen jede radikale, nichtintegrierbare Opposition. Sie ist ein Dokument des Antikommunismus, und sie entlarvt den Mythos von der sogenannten Stunde Null. Deutschland lag 1945 in Trümmern, aber das klassische Feindbild hatte nicht den kleinsten Kratzer abbekommen. Während zumindest der Antisemitismus nach Auschwitz eine Zeitlang als inoppurtun galt, reüssierte der Antikommunismus zum tragenden Segment des deutschen Wiederaufbaus.

Dieser tief verwurzelte Antikommunismus schien den westlichen Alliierten eine Garantie dafür, daß es sich lohnte, aus den Trümmern ein neues Industriezentrum und "Bollwerk des Westens" aufzubauen. Und so wurden die Konstrukteure und Profiteure der nationalsozialistischen Großraumpolitik bruchlos in die Etablierung dieses imperialistischen Staates Bundesrepublik integriert, da man auf ihre unschätzbare Erfahrung und Kompetenz nicht verzichten konnte und wollte.

Die NS-Wirtschaftsführer, die ganz Europa, von Frankreich bis Polen ausgeraubt hatten, mußten sich kaum aus ihren Chefsesseln erheben, um sofort wieder neue Großprojekte zu planen.

Gleichzeitig wurde erneut zum Halali geblasen gegen die Kommunistinnen und Kommunisten, die es gewagt hatten, das NS-Regime zu überleben, die es gewagt hatten - fast als einzige - gegen dieses Regime Widerstand zu leisten. Die neue alte Waffe in den Händen ihrer Gegner war der Paragraph 129.

Während der Rassenkommentator Globke in Adenauers Staatskanzlei renommierte, wurden - nach Paragraph 129 - 370.000 Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten und GegnerInnen der Wiederbewaffnung eingeleitet. Während ehemalige Gestapo-Offiziere ihr neues Auskommen fanden, wurde die Kommunistische Partei Deutschlands erneut verboten.

Die deutschen Firmen, die die besetzen Länder Europas schamlos ausgepreßt, die sogar noch von der industriellen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung profitiert hatten, diese Firmen sind heute besser im Geschäft als je zuvor. Von der Deutschen Bank über Krupp bis zu der von Bayer kontrollierten Degesch, die das Zyklon B herstellte, haben diese Firmen heute ihren satten Anteil an der Auspressung, Selektion, Vertreibung und Vernichtung der Menschen in der sogenannten "Dritten Welt".

Doch dieses Programm funktioniert nur dann reibungslos, wenn im eigenen Land absolute Ruhe herrscht. Und weil sich der Widerstand gegen dieses neue Programm bald nicht auf die organisierten Kommunisten beschränkte, weil sich die Ruhe weder durch die Notstandsgesetze noch durch die Integration von Teilen der APO, also weder mit Zuckerbrot noch mit Peitsche, herstellen ließ, weil sich immer noch und immer wieder an allen Ecken und Enden Widerstand rührt, deshalb mußte der gute alte Paragraph 129 generalüberholt und den neuen Erfordernissen angepaßt werden. Er wurde um den 129a erweitert, das neue Feindbild hieß nun Terrorismus, und Terrorismus, das ist immer das, was der Staatsschutz dazu erklärt.

10 DM

Bestelladresse:

Broschürengruppe, c/o Kopierladen M99,

Manteuffelstraße 96, 10997 Berlin